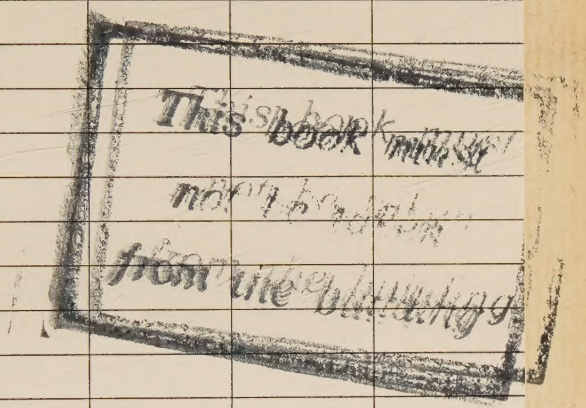
v. 30 pt. 1 JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 0278464/

The Woman's College of
University of North Carolina

The LIBRARY

G940.28
G376
v.30
pt. 1

Date Due



PRINTED IN U. S. A.

Die Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871–1914

Herausgegeben
im Auftrage des Auswärtigen Amtes

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/diegrobepolitikd0030joha

D
394
G4
v.30
pt.1

Die Grosse Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914

Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes

Im Auftrage des Auswärtigen Amtes

herausgegeben von

Johannes Lepsius †
Albrecht Mendelssohn Bartholdy
Friedrich Thimme

Germany. Auswärtiges amt.

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

30. Band

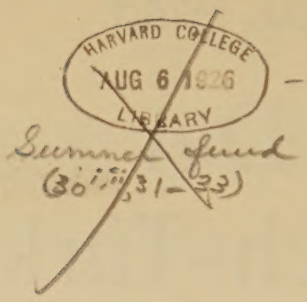
Der Italienisch-Türkische Krieg 1911–1912

Erste Hälfte

1 9 2 6

DEUTSCHE VERLAGSGESELLSCHAFT FÜR POLITIK
UND GESCHICHTE M. B. H. IN BERLIN W 8

Ger. 2330.5



1. Auflage

Alle Rechte, besonders das der Übersetzung, vorbehalten / Für Rußland auf Grund der deutsch-russischen Übereinkunft / Amerikanisches Copyright 1926 by Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. in Berlin W 8, Unter den Linden 17/18 / Amerikanische Schutzzollformel: Made in Germany / Gesetzt und gedruckt in der Buchdruckerei F. E. Haag in Melle i. H.

G940.28
G37g
v.30
pt. 1

Inhaltsübersicht des dreißigsten Bandes (1. Hälfte)

KAPITEL CCXXXII

Die Genesis des Italienisch-Türkischen Konflikts. Der Bruch. Dezember 1910 bis Oktober 1911 1

KAPITEL CCXXXIII

Deutsche Mediationsbestrebungen. Graf Aehrenthals Vorschlag einer Kollektivvermittelung. September bis November 1911 .. 75

KAPITEL CCXXXIV

Das Italienische Annexionsdekret. November 1911 bis Januar 1912 143

KAPITEL CCXXXV

Die Frage der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes. Oktober bis Dezember 1911..... 169

KAPITEL CCXXXVI

Der Russische Vorstoß in der Meerengenfrage. November bis Dezember 1911 201

KAPITEL CCXXXVII

Die Sasonowsche Vermittelungsaktion. Die Mediation der Mächte in Rom und Konstantinopel. Dezember 1911 bis April 1912... 257

Ein Namenverzeichnis für die Bände XXVI—XXXVII erscheint am Schlusse des XXXVII. Bandes; ein ausführliches Namen- und Sachverzeichnis zum Schlusse des gesamten Werkes

192556

Kapitel CCXXXII

Die Genesis des Italienisch-Türkischen Konflikts

Der Bruch

Dezember 1910 bis Oktober 1911

Nr. 10798

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Rom, den 7. Dezember 1910

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten* sagt mir soeben: Differenzen zwischen Italien und der Türkei schienen sich zu Konflikt zuzuspitzen. Abgesehen von systematischen und schikanösen Widersprüchen gegen alle italienischen kommerziellen Unternehmungen verhalte sich die Türkei jetzt auch bei Regelung von Zwischenfällen (Beschlagnahme eines italienischen Schiffes in Hodeida wegen angeblicher Konterbande und Anstrengung von Prozeß gegen Dragoman italienischen Konsulats in Tripolis, die Kapitulationen widersprächen) den berechtigten Forderungen Italiens gegenüber schroff ablehnend. Hiesige öffentliche Meinung verlange energisches Vorgehen. Er, Minister, suche Konflikt nach Möglichkeit zu vermeiden, da er sich verhängnisvoller Folgen bewußt sei, doch werde er schließlich schwer umhin können, Maßregeln zu ergreifen. Welcher Art, wisse er noch nicht, doch schien Minister an Flottenstation** zu denken. Er habe Alliierte vorher informieren wollen, um sie nicht durch eventuelle Tatsachen zu überraschen, daher auch gestern abend schon österreichischem Botschafter*** gleiche Mitteilung gemacht. Ich habe Minister nach Möglichkeit zu beschwichtigen gesucht.

Bericht folgt†. Jagow

Nr. 10799

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 65 Berlin, den 8. Dezember 1910

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 75††.

Bitte Minister zu sagen, daß wir gern bereit seien, berechtigte Beschwerden in Konstantinopel eindringlich zu unterstützen, und da-

* Marquis di San Giuliano.

** Wohl irrtümlich entziffert statt „Flottendemonstration".

*** Baron von Mérey.

† Siehe Nr. 10801.

†† Siehe Nr. 10798.

her um genauere Mitteilung bäten. Wir glaubten von solchen Schritten mehr Erfolg erwarten zu dürfen als von einseitigem gewaltsamen Vorgehen, das bei gegenwärtiger Stimmung in der Türkei schwer absehbare Folgen haben könne.

Kiderlen

Nr. 10800

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann

Nr. 158 Berlin, den 9. Dezember 1910

Nach Mitteilung des Marquis di San Giuliano treiben Differenzen zwischen Italien und Türkei Konflikt entgegen. Der Kaiserliche Botschafter in Rom ist angewiesen, dem Minister unsere Bereitwilligkeit zur Unterstützung berechtigter Beschwerden in Konstantinopel mitzuteilen und gleichzeitig vor einseitigem gewaltsamen Vorgehen zu warnen. Er meldet darauf*: „Minister dankt lebhaft für Zusage eventueller Unterstützung. Nähere Angaben über Beschwerdepunkte folgen. — Minister sagt, Fall Hodeida sei am meisten zugespitzt. Doch wolle er, wenn Türkei anderweit volle Genugtuung gebe, auf Bestrafung von Mutessarif verzichten, da er Türkei alles, was Anschein von Demütigung haben könnte, ersparen möchte."

Bitte auf anscheinend stark erregten italienischen Botschafter** kalmierend einwirken, sich von ihm Beschwerdepunkte erklären zu lassen und eventuell bei Pforte freundschaftlich im italienischen Sinn einzutreten.

Erlaß folgt.

Kiderlen

Nr. 10801

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 164 Rom, den 7. Dezember 1910

Der Minister des Äußern hatte mich heute zu sich bitten lassen, um mir seine Befürchtungen zu eröffnen, daß die Differenzen zwischen Italien und der Türkei sich zu einem ernsten Konflikt zuzuspitzen schienen. Er habe es für richtig erachtet, die Kaiserliche Regierung

* Telegramm Nr. 78 vom 9. Dezember.
** Baron Mayor des Planches.

von der Sachlage beizeiten zu verständigen, damit sie von einer weiteren, eventuell unerfreulichen Entwicklung der Dinge nicht überrascht werde. Deshalb habe er gestern abend auch meinem österreichisch-ungarischen Kollegen eine gleiche Eröffnung gemacht. Er habe sich an uns beide gewandt, weil die Botschafter Pansa* und d'Avarna** auf Urlaub seien und eine Mitteilung durch die Geschäftsträger zu sehr den Charakter einer offiziellen Demarche hätte annehmen können.

Er habe, so führte der Minister aus, schon seit lange darüber zu klagen, daß die Türkei allen wirtschaftlichen Unternehmungen Italiens systematisch und schikanös entgegenarbeite. Jetzt aber nehme die Pforte auch bei der Beilegung einiger Zwischenfälle eine so schroff ablehnende Haltung ein, daß er nicht wisse, ob er auf dem Wege gütlicher Verhandlungen weitergelangen könnte. In Hodeida sei ein italienisches Schiff unter dem Verdacht der Konterbande festgenommen worden. Alle türkischen Behauptungen und Einwendungen habe er widerlegt, aber die Türkei verweigere jede Genugtuung. Dasselbe sei hinsichtlich eines Prozesses der Fall, den man türkischerseits gegen den Dragoman des italienischen Konsulats in Tripolis angestrengt habe, und der gegen die Kapitulationen verstoße. In Tripolis wird, wie ich höre, besonders auch darüber geklagt, daß die türkischen Behörden jeden Landerwerb von Italienern dadurch zu verhindern suchen, daß sie die eingeborenen Verkäufer mit der Verschickung in entfernte Landesteile bedrohen und diese Drohungen auch ausführen.

Marquis di San Giuliano sagte mir, er mache sich keine Illusionen über die unheilvollen Folgen, die ein Konflikt mit der Türkei haben könnte. Was an ihm läge, würde er denselben auf jede Weise zu vermeiden suchen. Aber er wäre bald am Ende seines Lateins; nach einer eben eingetroffenen Depesche des italienischen Botschafters in Konstantinopel hätten Großwesir*** und Minister des Auswärtigen † darauf bestanden, daß sie recht hätten, und jedes Nachgeben verweigert. Marquis di San Giuliano ist der Meinung, daß sowohl Hakki Pascha wie Rifaat Pascha selbst einsähen, daß ihre Stellungnahme unhaltbar sei, daß sie aber unter dem Drucke des Komitees handelten. Letzteres wäre in dem unheilvollen Irrtum befangen, daß das Wesen der konstitutionellen modernen Türkei zum Unterschied vom alten Regime darin bestehen müsse, jede fremde Forderung, auch eine berechtigte, abzulehnen. Das ginge zu weit.

Er, San Giuliano, habe in seiner Parlamentsrede seine Ausführungen über die Türkei in die denkbarst freundschaftliche Form

---

* Italienischer Botschafter in Berlin.
** Italienischer Botschafter in Wien.
*** Ibrahim Hakki Pascha.
† Rifaat Pascha.

gekleidet*, er habe damit für die Sache ein persönliches Opfer gebracht, denn die Kammer habe seine Erklärungen sehr schlecht aufgenommen. Die öffentliche Meinung in Italien wäre sehr erregt gegen die Türkei, man verlange Genugtuung. Wie sehr er aus allgemein politischen Gründen einen Konflikt mit der Türkei um jeden Preis zu vermeiden wünsche, so wisse er doch nicht, wie dies gegenüber der Verstocktheit der Pforte einerseits und den Forderungen der öffentlichen Meinung andererseits möglich sein würde. Er müsse die unangenehme Möglichkeit ernster Maßregeln ins Auge fassen. Worin diese bestehen sollten, erklärte der Minister selbst noch nicht zu wissen, doch schien er an die übliche Flottendemonstration zu denken.

Ich habe nichts unterlassen, um dem Minister von übereilten Schritten abzuraten. Selbstverständlich sei ich auf die mir von ihm gemachten Mitteilungen ohne Instruktion meiner Regierung; nach meiner eigenen Ansicht aber erschiene eine Aktion Italiens gegen die Türkei, Flottendemonstration oder anderer Art, sehr bedenklich und folgenschwer, besonders im jetzigen Moment, wo die Türkei den Dreibundmächten — wenn auch nicht beizutreten — so doch politisch sich zu nähern geneigt schiene**. Auch würde das Feuer in den kleineren Balkanstaaten dadurch genährt werden, und Italien könne in eine orientalische Frage verwickelt werden, während man in allen Unterredungen übereingekommen sei, die Ruhe auf dem Balkan zu erhalten. Schließlich würden Zwangsmaßregeln, die Sultan Abdul Hamid vielleicht hingenommen hätte — ganz abgesehen von ihrem noch fraglichen positiven Erfolge —, von den Jungtürken Italien gewiß nicht vergeben werden. Diese hätten mit dem Warenboykott ein Mittel erfunden, mit dem sie dem erblühenden italienischen Handel die gefährlichsten Wunden schlagen könnten. Der Minister entgegnete mir immer: vous prêchez un converti, aber was solle er machen, er hoffe ja auch, daß sich das Äußerste noch vermeiden ließe, aber alles könne Italien sich nicht bieten lassen.

Der Minister ist klug genug, um die Gefahren eines Vorgehens gegen die Türkei selbst einzusehen; wenn er vor der Kammer besser bestanden hätte, würde er sich wohl auch stark genug fühlen, der Stimmung im Parlament und öffentlicher Meinung entgegen von den besagten „Maßregeln" abzusehen. Ich will dabei nicht untersuchen,

* In seiner Kammerrede vom 2. Dezember 1910 hatte Marquis di San Giuliano die Beziehungen Italiens zur Türkei trotz einiger Mißhelligkeiten als freundschaftlich bezeichnet. „Wir wünschen, daß das ottomanische Reich in vollem Umfange erhalten und daß Tripolis für immer türkisch bleibe. Bei dessen geographischer Lage müssen wir nur Gewicht darauf legen, daß dort kein anderer fremder Einfluß vorherrschend wird." Den genaueren Wortlaut in französischer Übersetzung, der doch der türkischen Regierung Anlaß zur Empfindlichkeit gab, siehe in Nr. 10806.

** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXII.

wie weit er durch sein energisches Auftreten gegen die Pforte sein eigenes Prestige im Lande wiederherzustellen glaubt, oder inwiefern er von dem stets in parlamentarischen Ängsten befindlichen Herrn Luzzati* gedrängt wird.

Auch mein österreichischer Kollege hat, wie er mir sagte, dem Minister seine Bedenken nicht verhehlt.

Streng vertraulich möchte ich noch erwähnen, daß ich aus der Depesche des Botschafters Mayor des Planches, die mir der Minister vorlas, den Eindruck hatte, als ob dieser sehr aufgeregt sei.

Jagow

Nr. 10802

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Eigenhändiges Konzept

Nr. 1079 Berlin, den 10. Dezember 1910

Nach Eingang von Telegramm Nr. 78** habe ich Botschafter in Konstantinopel angewiesen, sich mit italienischem Kollegen in Verbindung zu setzen und dessen berechtigte Forderungen bei Pforte zu unterstützen. Der Botschafter telegraphiert***:

„Mein italienischer Kollege sprach mir vorgestern von Schwierigkeiten, die er mit der Pforte habe. Er nannte dabei den Zwischenfall von Hodeida, bezüglich dessen er den Übereifer des dortigen italienischen Konsuls† tadelte. Dabei führte er Beschwerde gegen die ‚Politik der Nadelstiche', welche die Lokalbehörde in Tripolis gegen alle wirtschaftlichen Unternehmungen Italiens daselbst verfolgte. Als Beispiel nannte er die von einem italienischen Syndikat begehrte Konzession für die Ausbeutung von Phosphatlagern, welche der dortige Wali†† systematisch hinausschiebe, ohne eine Entscheidung zu geben.

Dagegen erhob Rifaat Pascha gestern mir gegenüber bittere Klagen über die italienische Regierung und den hiesigen Botschafter. Letzterer führe ihm gegenüber eine unangenehme und geradezu maßlose Sprache. Zu den tripolitanischen Konzessionsfragen und dem Zwischenfall in Hodeida, in welchem der italienische Konsul offenkundig unrecht habe, sei neuerdings noch die Angelegenheit des ‚Jeune Turc' getreten. Dieses Blatt habe vor etwa vierzehn Tagen einen ungezogenen Artikel gegen die italienische Regierung gebracht

---

* Präsident des italienischen Kabinetts.
** Vgl. Nr. 10 800 nebst Fußnote *.
*** Telegramm Nr. 294 vom 10. Dezember.
† F. Sola.
†† Ibrahim Pascha.

und dabei die Haltung des Botschafters in taktloser Weise kritisiert. Nun verlange Herr Mayor des Planches kategorisch, daß das Blatt vor ein Kriegsgericht gestellt und von diesem das Weitererscheinen verboten werde. Dieses Verlangen setze die Pforte in große Verlegenheit.

Ich habe die Gelegenheit benutzt, um dem Minister zu sagen, daß die Politik des ‚obstructionisme', welche anscheinend die tripolitanischen Lokalbehörden gegenüber italienischen wirtschaftlichen Unternehmungen führten, mir verfehlt erscheine und dazu umso weniger Anlaß vorliege, nachdem Marquis San Giuliano in bestimmter Weise vor der Kammer erklärt habe, daß Italien keinerlei Absichten auf Tripolis habe*. Rifaat Pascha erwiderte, die Pforte sei bereit, Italien pari passu mit anderen Staaten an der wirtschaftlichen Erschließung von Tripolis teilnehmen zu lassen, die Italiener wollten jedoch alles für sich allein haben und jede andere Konkurrenz ausschließen.

Ich werde meinem italienischen Kollegen heute einen Gegenbesuch machen und über seine Mitteilungen berichten. Sein Vorgehen gegen den ‚Jeune Turc' halte ich für einen schweren Mißgriff. Es handelt sich da um ein Skandalblatt, dessen Angriffe die Regierung einer Großmacht ignorieren sollte. Zudem hat die ernste Presse, namentlich der ‚Tanin', seinerzeit den fraglichen Artikel scharf zurückgewiesen. Mein österreichischer Kollege ** und ich haben seinerzeit viel schärfere Artikel der hiesigen Presse lediglich mit Verachtung bestraft."

Stelle vorläufige vertrauliche Verwertung anheim.

Kiderlen

Nr. 10803

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 500 Wien, den 13. Dezember 1910

Erlaß Nr. 1259 vom 9. Dezember *** Graf von Aehrenthal mitgeteilt.

Minister hat ebenso wie wir nach Empfang der Nachricht über Zuspitzung italienisch-türkischer Beziehungen aus Rom dort Bereitwilligkeit erklären lassen, berechtigte italienische Beschwerden eventuell freundschaftlich in Konstantinopel zu unterstützen. Er hat dabei

* Vgl. Nr. 10801, S. 6, Fußnote *.

** Markgraf Pallavicini.

*** Durch Erlaß Nr. 1259 vom 9. Dezember war Botschafter von Tschirschky von der vermittelnden Haltung der deutschen Regierung in den italienisch-türkischen Zwistigkeiten unterrichtet worden.

aber darauf hingewiesen, daß jetziger Türkei gegenüber nicht mehr so verfahren werden könne wie vor Einführung der Konstitution. Österreich-Ungarn habe gleichfalls in letzter Zeit manche Differenzen mit der Türkei gehabt — der Minister meint zum Beispiel die Frage des katholischen Protektorats in Albanien —, es sei ihm aber stets gelungen, zu einer direkten Verständigung im Wege des Kompromisses zu gelangen.

Den Markgrafen Pallavicini hat Graf Aehrenthal dahin instruiert, nach eigenem Ermessen und in engster Fühlung mit Freiherrn von Marschall, jedenfalls aber mit großer Vorsicht für die italienischen Forderungen einzutreten. Vorsicht sei für Österreich-Ungarn umso mehr geboten, als von französisch-englischer Seite wieder Gerüchte über ein österreichisch-italienisches Abkommen betreffend Albanien und Mazedonien ausgesprengt würden, die durch allzu warme Parteinahme des österreichischen Vertreters für Italien neue Nahrung finden könnten.

Dem Grafen von Aehrenthal schien die ganze Sache wenig sympathisch. So meinte er gleich zu Anfang: „Nun, die Italiener wollen uns da in ihre türkische Angelegenheit mit hineinziehen.“ Ganz ablehnen habe man ja dem Verbündeten jede Unterstützung allerdings nicht können, aber Österreich-Ungarn könne nicht seine wichtigen Beziehungen zur Türkei wegen einer Sache aufs Spiel setzen, die Marquis San Giuliano anscheinend aufbauscht, um für sich einen Erfolg der Kammer gegenüber herauszuschlagen. Der Marquis habe mit seiner Kammerrede einen ganz entschiedenen Mißerfolg gehabt, der, wie Baron von Mérey melde, seine Stellung sehr geschwächt habe. Wie er mir ganz vertraulich sagen wolle, sei sein kaiserlicher Herr sogar ernstlich besorgt über die Gestaltung der Verhältnisse in Rom infolge der kühlen Ablehnung, die die im ganzen doch sehr vernünftige Rede des Ministers erfahren habe. So pessimistisch sehe er, Graf Aehrenthal, die Lage in Rom allerdings nicht an. Italien könne auf lange hinaus seinen Standpunkt dem Dreibund gegenüber nicht ändern; die Ergebnisse der Entrevue in Potsdam* müßten jeden italienischen Minister des Äußern, möge er heißen wie immer, noch fester an den Dreibund ketten. Wenn nun Marquis San Giuliano, wie er dies Baron von Mérey gesagt habe, einen wenigstens halben Erfolg brauche, um seine Stellung wieder zu befestigen, so könne er für Österreich-Ungarn keinen zwingenden Grund finden, der es ihm zur Pflicht mache, eigene Interessen aufs Spiel zu setzen, um gerade diesen Minister über Wasser zu halten. Zudem höre er aus Konstantinopel, daß manche von den Beschwerden recht wenig begründet scheinen. Die Einzelheiten der betreffenden Beschwerden kenne er noch nicht. Es sei soeben ein eingehender Bericht aus Rom

---

* Vgl. darüber Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

darüber eingetroffen, den er aber noch nicht gelesen habe. Er gedenke den Bericht an Markgraf Pallavicini zu senden, der im Verein mit Freiherrn von Marschall besser als er hier in Wien in der Lage sein werde zu beurteilen, ob und inwieweit ein Eintreten für die italienischen Wünsche angezeigt erscheinen dürfte. Die beiden Botschafter hätten es ja jederzeit verstanden, die Türken richtig zu nehmen, und er glaube nichts Besseres tun zu können, als das Weitere dem Markgrafen Pallavicini zu überlassen unter Anempfehlung größter Reserve.

von Tschirschky

Nr. 10804

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 172 Rom, den 15. Dezember 1910

Marquis di San Giuliano sagte mir heute, daß nach einem Telegramm aus Konstantinopel die Pforte zur Beilegung des Zwischenfalls von Hodeida Freigabe des Sambuk* und Versetzung des Mutessarif angeboten habe. Wie er mir schon früher gesagt, habe er von Maßregeln gegen den Mutessarif absehen wollen, um der Türkei alles, was den Schein einer Demütigung haben könnte, zu ersparen, nachdem aber der Botschafter telegraphiert, daß die Pforte lieber die Versetzung des Beamten als eine Entschädigung für den Kapitän des Schiffes gewähren wollte, habe er Herrn Mayor des Planches angewiesen, sich mit den Vorschlägen der Pforte einverstanden zu erklären. Darauf sei jedoch ein Telegramm des Konsuls in Hodeida eingegangen, wonach der Mutessarif abgesetzt worden sei und sich nun Schutz suchend an das italienische Konsulat gewandt habe. Der Konsul habe mit der Begründung, daß er Konflikte mit der türkischen Regierung vermeiden müsse, es abgelehnt, den abgesetzten Mutessarif bei sich aufzunehmen. Einstweilen wisse er, der Minister, nicht recht, woran er sei, und müsse weitere Aufklärung dieser Nachrichten abwarten. Denn er könne hier natürlich nicht verlautbaren, daß der Zwischenfall durch Versetzung des Beamten beigelegt werden solle, wenn die Pforte dann vielleicht ihrerseits erklären würde, daß der Mutessarif aus irgend einem anderen Grunde abgesetzt sei.

Der Minister zeigte sich im übrigen sehr dankbar für die Vermittlung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel. Er habe Herrn Mayor des Planches angewiesen, in allen vorliegenden Fragen seinen Rat zu erbitten.

Ich nahm Gelegenheit, dem Marquis klarzumachen, daß „eine allzu kategorische Sprache“ in der Türkei wohl kaum das geeignete

* Bezeichnung für kleine Segelschiffe im Roten Meer; vgl. Nr. 10798.

Mittel wäre, viel zu erreichen, und daß das Vorgehen gegen den „Jeune Turc“ mir auch nicht ganz glücklich gewesen zu sein scheine. Der Minister antwortete, daß — wie ich wüßte — er letzteres von Anfang an für einen Mißgriff erachtet habe. Herr Mayor des Planches wäre durch die persönlichen Angriffe des Blattes offenbar nervös geworden und hätte der Sache eine ihr nicht gebührende Bedeutung beigelegt. Als er die Angelegenheit nach Rom gemeldet, habe er aber seine Forderungen in Konstantinopel schon gestellt gehabt und auf diesseitige Vorhaltungen erwidert, daß Rußland kurz zuvor in gleicher Weise vorgegangen sei. Auf dieses Argument und in Anbetracht der einmal gestellten Forderungen habe er, der Minister, den Botschafter gewähren lassen. Im übrigen habe der Botschafter stets die Weisung gehabt, in allen Fragen seine Forderungen nicht zu überspannen, jeden Echec zu vermeiden und die Dinge nicht dahin zu treiben, daß ein Echec schwere Konsequenzen unabwendbar mache.

Streng vertraulich möchte ich hinzufügen, daß der Minister mir sagte, Herr Mayor des Planches schiene ihm reichlich nervös, er geriete oft in größte Aufregung und beruhigte sich dann plötzlich wieder, jetzt habe er ihm einen Sekretär zurückgeschickt, „weil derselbe hysterisch geworden sei“. Er glaube, der Botschafter sei selbst etwas hysterisch.

Die beiden Herren scheinen sich also gegenseitig Erregtheit vorzuwerfen und haben vielleicht beide recht.

Wenn ich und mein österreichischer Kollege mit dem Minister sprechen, verschließt er sich unseren Argumenten und einer ruhigeren Auffassung der Sache nicht, doch fürchte ich, daß er durch diesseitige Einwirkungen und Momente — auch durch die drohende Ministerkrisis — sich immer wieder weitertreiben läßt.

Jagow

Nr. 10805

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Konzept

Nr. 1390 Berlin, den 22. Dezember 1910
Vertraulich

Wie Eure Exzellenz aus dem Bericht des Kaiserlichen Botschafters in Rom Nr. 172 vom 15. d. Mts.* ersehen haben werden, hat Marquis di San Giuliano Herrn von Jagow gegenüber Gelegenheit genommen, seiner lebhaften Dankbarkeit für Ihre Bemühungen um die Beseitigung

* Siehe Nr. 10804.

der italienisch-türkischen Differenzen Ausdruck zu leihen. Neuerdings hat der Minister diesen Dank wiederholt und dabei gleichzeitig die Frage angeregt, ob wir für den Fall einer befriedigenden Beilegung der Zwischenfälle damit einverstanden sein würden, wenn man in Rom erklärte oder in der Presse verlautbarte, daß Italien in diesen Fragen die wirksame Unterstützung seiner Bundesgenossen gefunden habe. Er, der Minister, sei gern bereit, dies zu tun, und halte eine entsprechende Verlautbarung auch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Italien für nicht ungünstig; denn diese werde daraus ersehen, daß der Dreibund seine guten Früchte trage und Italien aus der Zugehörigkeit zu ihm greifbaren Nutzen ziehe.

Uns kann es nur recht sein, wenn die italienische Regierung die sich bietenden Gelegenheiten benutzt, um ihre Zugehörigkeit zum Dreibund zu dokumentieren und dem Lande die Vorteile dieses Bundes zum Bewußtsein zu bringen. Erscheint schon aus diesem Grunde ein Eingehen auf den Wunsch des Ministers angezeigt, so kommt hinzu, daß in seiner Anregung vor allem auch eine berechtigte italienische Anerkennung der tatkräftigen und geschickten Förderung liegt, die Euere Exzellenz den Interessen unseres Bundesgenossen haben angedeihen lassen.

Unter diesen Umständen habe ich kein Bedenken getragen, Herrn von Jagow dahin zu verständigen, daß wir einer Verwertung unserer Unterstützung in der Presse zustimmen, dabei indes ausdrücklich betont, daß hierdurch nicht die noch schwebenden Verhandlungen beeinträchtigt werden dürfen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10806

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 1 Pera, den 2. Januar 1911

Rifaat Pascha sprach sich mir gegenüber befriedigt über die Erledigung des jüngsten türkisch-italienischen Streitfalles aus, äußerte sich dagegen mit einer gewissen Erregung über die neuliche Parlamentsrede des Marquis San Giuliano. Er hatte — sehr verspätet — aus Rom den stenographischen Bericht der Rede in französischer Übersetzung erhalten. Als besonders bedenklich darin bezeichnete er mir folgenden Passus:

„Les Turcs n'ont pas encore réussi à comprendre une chose qui est pourtant bien claire. L'Italie ne veut pas prendre la Tripolitaine et elle désire qu'elle reste ottomane. Mais cette région placée entre l'Egypte et la Tunisie (qui se développent d'une façon si grandiose)

ne pourra pas rester éternellement avec toutes ses ressources inactive et notre intérêt à nous est que cet œuvre de développement économique de la Tripolitaine ne s'accomplisse pas par l'influence des autres puissances étrangères, mais uniquement par l'activité ottomane ou par l'activité de l'Italie."

Rifaat Pascha hält es für einen ganz ungewöhnlichen Vorgang, daß der Minister einer Großmacht, die mit der Türkei in Frieden lebt und in freundschaftlichen Beziehungen steht, von der Parlamentstribüne aus erklärt, daß seine Regierung nicht die Absicht habe, „eine türkische Provinz wegzunehmen". Es sei geradezu verletzend für die Türkei, wenn damit die Auffassung bekundet werde, daß der Fortbesitz eines türkischen Gebietsteiles lediglich von dem guten Willen einer anderen Großmacht abhänge. Darin liege zugleich ein verhängnisvoller Irrtum. Denn die Türkei sei entschlossen, jeden Zoll ihres Territoriums gegen jeden, der dasselbe antaste, mit allen zu Gebote stehenden Kräften zu verteidigen. Praktisch wichtiger sei der weitere Satz, daß die wirtschaftliche Entwickelung von Tripolitanien nur durch Ottomanen und Italiener erfolgen dürfe. Da die Ottomanen während der nächsten Jahrzehnte nicht in der Lage sein würden, selbst Kapitalien zur Entwickelung des Landes aufzubringen, so würde der Effekt jenes Grundsatzes sein, daß Italien ein wirtschaftliches Monopol in jenen Gebieten erhalte, oder mit anderen Worten, daß Tripolitanien eine ausschließliche „Interessensphäre Italiens" bilde. Darauf werde sich die Pforte unter keinen Umständen einlassen. Sie werde selbstverständlich Italien an der Entwickelung jener Provinz teilnehmen lassen, aber nur in Konkurrenz mit anderen Staaten. Unter dem neuen Regime habe man bei allen wirtschaftlichen Unternehmungen entsprechend einem Votum der Kammer das Adjudikationsverfahren eingeführt. Dasselbe werde im ganzen Lande angewendet werden. Mache dabei das italienische Kapital das vorteilhafteste Angebot, so werde ihm da die Konzession zufallen, aber nur unter dieser Voraussetzung. Wolle Italien den von Marquis San Giuliano ausgesprochenen Grundsatz in der Praxis verwirklichen, so stehe zu befürchten, daß der eben erledigte Zwischenfall in absehbarer Zeit durch neue ernstere Differenzen abgelöst werden würde. Rifaat Pascha bat mich, seine Bemerkungen nach Berlin zu berichten, da von dort vielleicht ein Wort in Rom gesprochen werden könne, das die Italiener von der eingeschlagenen, für die türkisch-italienischen Beziehungen überaus bedenklichen Bahn zurückhalte. Es sei ein wahres Glück, daß fremde Zeitungen hier wenig gelesen würden und daher auch der Wortlaut der Rede San Giulianos nicht bekannt geworden sei. Schon der Artikel des „Corrier della Sera", der ähnliche Ausführungen enthalte* und von der

* In dem Leitartikel des „Corriere della Sera" vom 12. Dezember 1910 (Nr. 344) war eine Vorzugsstellung der Italiener in Tripolis gefordert worden.

„Agencia Stefani" hierher telegraphiert worden sei, habe allgemeinen Unwillen erregt. Hätte man die Erklärung des Ministers gekannt, so wären zweifellos Interpellationen in der Kammer erfolgt, gegenüber welchen die Pforte sich in einer sehr schwierigen Lage befunden haben würde.

Ich habe Rifaat Pascha gesagt, daß er meines Erachtens die Erklärung, daß Italien Tripolis nicht nehmen wolle, allzu tragisch auffasse. Marquis San Giuliano habe sich ausdrücklich gegen den Verdacht gewendet, der in türkischen Kreisen bezüglich der angeblichen Absichten Italiens auf Tripolis bestehe. Da sei es doch ein Zeichen wohlmeinender Absicht, wenn der Minister zur Entkräftung des Verdachtes eine möglichst kräftige Form gewählt habe. Was die wirtschaftliche Entwickelung beträfe, so müsse man es einem parlamentarischen Minister zugute halten, wenn er einer so erregbaren Kammer wie der italienischen gegenüber etwas schärfere nationale Akzente bezüglich der Regierungspolitik gebrauche.

Wer die Türken und insbesondere das unter dem neuen Regime erheblich gesteigerte Nationalgefühl derselben kennt, wird verstehen, daß die Sprache des italienischen Ministers in Regierungskreisen einen üblen Eindruck gemacht hat. Darum hätte Marquis San Giuliano zur Zurückweisung des Verdachtes, daß Italien Absichten auf Tripolis habe, vielleicht eine etwas glücklichere Form wählen können. Die Türken sind empfindlich berührt, wenn in auswärtigen Parlamenten von türkischen Provinzen gesprochen wird. So oft dies geschieht, werden sie mißtrauisch, einerlei in welchem Sinne von ihrem Gebiete gesprochen wird. Sie wittern hinter den Äußerungen Marquis San Giulianos eine tripolitanische Frage. Mit derartigen „Fragen" haben sie bisher recht trübe Erfahrungen gemacht. Daß die Italiener nicht die Absicht haben, „Tripolis zu nehmen", glaube ich schon deshalb, weil sie ohne die größten finanziellen und militärischen Gefahren diese ungeheuren Gebietsteile gar nicht nehmen können. Über die Schußweite ihrer Panzerschiffe hinaus würde ihre Macht nur dann reichen, wenn sie einen Feldzug führen, gegenüber welchem derjenige wegen Massaua ein Kinderspiel war. Denn im Hinterlande von Tripolis gibt es 150—200 000 modern bewaffnete Tuaregs, welche den Italienern den äußersten Widerstand leisten würden. Der bloße Versuch, eine Handelsstraße nach dem Innern zu sichern — und darauf kommt es doch wesentlich an —, würde ungeheure Opfer an Gut und Blut kosten.

Was dann die wirtschaftliche Seite der Frage betrifft, so ist in der Rede San Giulianos meines Wissens erstmals amtlich von italienischer Seite der Gedanke ausgesprochen worden, daß Italien in dieser Beziehung eine monopolartige Stellung beansprucht. Daß eine solche Tendenz besteht, ist mir indirekt dadurch bekannt geworden, daß die italienischen Kollegen, die ich hier er-

lebt habe, mich alle paar Wochen unter Hinweis auf angebliche Zeitungsnotizen gefragt haben, ob es wahr sei, daß deutsche Ingenieure, Kaufleute oder Gelehrte in Tripolis angekommen seien. Analogen Fragen ist mein österreichisch-ungarischer Kollege ausgesetzt. Wir haben stets der Wahrheit gemäß erwidert, daß uns nichts davon bekannt sei. Wenn aber wirklich einmal deutsche Kapitalisten ihr Augenmerk auf das an Bodenschätzen angeblich sehr reiche Tripolitanien werfen sollten, so weiß ich nicht, wie wir dies auf die Dauer hindern könnten. Unter allen Umständen sollte man sich in Rom darüber klar sein: Was an „Interessensphäre" anklingt, hat von jeher in türkischen Ohren einen sehr üblen Klang. Seit den jüngsten Vorgängen in Persien* hat sich dies noch wesentlich gesteigert.

Marschall

Nr. 10807

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 13 Rom, den 19. Januar 1911

Vertraulich

Bei der Besprechung des Hodeida-Zwischenfalls, worüber ich an anderer Stelle berichtet habe, war es mir möglich, dem Minister des Äußern Kenntnis von den Bemerkungen zu geben, zu denen seine Kammerrede Rifaat Pascha veranlaßt hat, sowie von der beschwichtigenden Erwiderung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel**.

Marquis di San Giuliano schien durch die Berichterstattung Baron Mayor des Planches' schon über den ungünstigen Eindruck seiner Rede auf den türkischen Minister unterrichtet zu sein. Er sagte mir, seine Erklärung, daß Italien nicht an eine Besitzergreifung von Tripolis denke, habe grade den Zweck verfolgt, beruhigend auf die Türken zu wirken und dem weitverbreiteten Verdacht, Italien hege derartige Eroberungsgelüste, autoritativ entgegenzutreten. Was den zweiten Punkt, die wirtschaftliche Entwickelung von Tripolis, betreffe, so verlange er nichts mehr als gleiches Recht für alle. Wenn die wirtschaftlichen Interessen Italiens seitens der türkischen Behörden die gleiche Behandlung erführen wie die der anderen Nationen, so würde kein Grund zur Klage vorliegen. Auch gegen das Adjudikationsverfahren sei nichts einzuwenden, eine Konkurrenz anderer Staaten könne und wolle er gar nicht ausschließen. Aber die Türkei treibe Italien gegenüber Obstruktionismus und behandle die italieni-

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVII und CCXIX.
** Vgl. Nr. 10806.

schen Interessenten schlechter als andere. Rifaat Pascha verspreche alles mögliche, aber die Erfüllung der Versprechen werde nachher von den Behörden unter nichtigen Einwänden vereitelt. Es sei kaum zweifelhaft, daß die Behörden geheime Instruktionen der Pforte erhielten, der italienischen wirtschaftlichen Betätigung Hindernisse in den Weg zu legen. Die Konzession zur Ausbeutung der Phosphatlager sei den italienischen Bewerbern mit der Begründung versagt worden, daß ein Gesetz über diese Mineralien dem Parlament vorläge. Selbst die Untersuchung der Lager sei den Italienern verwehrt worden, während ihm — wie er annehmen müsse, glaubwürdig — berichtet werde, daß die Erlaubnis dazu anderen Konzessionsnachsuchern gewährt worden sei. Es werde ihn nicht wundernehmen, eines Tages zu hören, daß die Konzession ohne weiteres an andere vergeben sei. Durch dieses Verfahren schaffe die Pforte selbst eine „tripolitanische Frage". Er, der Minister, tue sein Bestes, einen Konflikt zu vermeiden; wenn seine Sprache in der Türkei als verletzend empfunden werde, so sei sie hierzulande als viel zu schwächlich verurteilt worden. Man werfe ihm hier immerfort Mangel an Energie vor. Die öffentliche Meinung in Italien sei sehr erregt. Die Pforte müsse hiermit rechnen. So sehr die Regierung sich auch der Mäßigung befleißige, so könne sie durch die Stimmung im Lande eines Tages doch gegen besseres Wollen zu energischem Vorgehen gezwungen werden. Sei der Konflikt aber unvermeidlich, so sehe er die einzige Möglichkeit in einer Landung in Tripolis, denn Flottenmanifestationen, die Besetzung einer wüsten Insel oder Beschießung eines kleinasiatischen Hafens etc. seien Schläge ins Wasser, die es nicht lohnten, die unvermeidliche Folge des Boykotts auf sich zu nehmen und die Kriegsfackel in den europäischen Frieden zu werfen. Wenn man einmal zum Handeln gezwungen werde, müsse man aufs Ganze gehen. Aber, so versicherte mir der Minister wiederholt, er tue alles, was in seinen Kräften stehe, um diese äußersten Konsequenzen zu vermeiden. Nur müsse die Pforte auch ihrerseits guten Willen zeigen und durch Entgegenkommen und eine gerechte Behandlung der italienischen Interessen dem Entstehen einer tripolitanischen Frage vorbeugen.

Ich habe den Minister darauf hingewiesen, daß ein gewisses Mißtrauen der Türkei hinsichtlich der Absichten Italiens in Tripolis doch verständlich sei. Der Gedanke, daß Tripolis einmal Italien zufallen müsse, sei hier zu oft zutage getreten, die Abkommen mit England und Frankreich* seien in Konstantinopel wohl auch nicht unbekannt. Der Minister gab dies bis zu einem gewissen Grade zu und sagte, grade deshalb habe er ja in seiner Rede erklärt, daß Italien keine territorialen Absichten auf diese türkische Provinz habe.

---

* Vgl. Nr. 10812, Fußnote **.

Ich muß dem hinzufügen, daß die öffentliche Meinung hier augenblicklich wirklich etwas überreizt ist. Biertischpolitiker und Journalisten, ohne ein richtiges Augenmaß für die Tragweite der Dinge zu haben, spielen mit dem Feuer. Teils sticht sie der Hafer, und sie glauben, durch energisches Auftreten könne man die Türkei zum Nachgeben zwingen, teils wollen sie dem Ministerium durch Angriffe gegen die äußere Politik Schwierigkeiten bereiten. Eine Mischung von zunehmendem Chauvinismus, der aus der wirtschaftlichen Erstarkung erwächst, und von nervöser Reizbarkeit, wie sie dem Gefühl der Schwäche entspringt, die sich hinter anderen zurückgesetzt glaubt. Man betäubt sich dann durch lautes Geschrei, und man schmeichelt der nationalen Eitelkeit. Ging doch neulich ein relativ ernsteres Blatt, die Turiner „Stampa", so weit zu erklären, der Moment für eine Besitzergreifung von Tripolis sei jetzt gekommen. Alles, was dort vorgeht, wird mit Nervosität beobachtet. Stets fürchtet man, daß andere die Italiener dort ausstechen könnten. Glaubt man einen Deutschen in Tripolis zu sehen, so faselt man von germanischer Penetration, gehen Wiener Archäologen dorthin, so wittert man österreichische Intrigen.

Dem steht eine schwache parlamentarische Regierung gegenüber, die keinen genügenden Konterdampf zu geben vermag. Das Kabinett Luzzati hat keine Autorität mehr, und der Ministerpräsident selbst möchte jeden Schreier durch schnelles Nachgeben beschwichtigen. Der Marquis di San Giuliano fühlt die Schwäche dieser Position und wird dadurch selbst mitunter etwas unsicher. Die große Masse des Volkes freilich verhält sich zu diesen Dingen ganz gleichgültig und denkt an keinen Konflikt. Der Ausbruch eines tripolitanischen Abenteuers würde sicher konsternierend wirken. Alle ernsteren Politiker würden es verurteilen. Doch liegt in dem Treiben der unverantwortlichen Schreier die Gefahr, daß eine — wenn auch nur künstliche — Stimmung geschaffen wird, die die Vermeidung eines Konfliktes erschwert.

Immerhin glaube ich, daß das tiefe Ruhebedürfnis und der praktische Instinkt des italienischen Volkes die Oberhand behält und die Regierung es sich zweimal überlegen wird, ehe sie sich zu Abenteuern hinreißen läßt.

Jagow

Nr. 10808

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 15 Rom, den 21. Januar 1911

Italien hat einen neuen tripolitanischen Zwischenfall. Ein Individuum namens Guzman, angeblich Argentinier, war vor drei Mo-

naten auf Verlangen des italienischen Konsuls* aus Tripolis ausgewiesen. Er soll dort mit den italienischen Schutzjuden in Verbindung gestanden, gleichzeitig aber eine maßlose Preßfehde gegen Italien betrieben haben. Gegen die Ausweisung hat Guzman in Konstantinopel reklamiert, jedoch ohne Erfolg. Jetzt ist er nach Tripolis zurückgekehrt, und zwar an Bord eines italienischen Postdampfers. Sobald der italienische Konsul von der Ankunft Guzmans erfuhr, sandte er den Kawass zum Dampfer, um seine Ausschiffung zu verhindern. Aber unter dem Schutz der tripolitanischen Behörden konnte Guzman das Schiff verlassen und an Land gehen. Da die türkischen Beamten hierbei an Bord des italienischen Postdampfers gekommen und dort zugunsten Guzmans eingeschritten sind, erblickt man hier in dem Vorgehen eine Verletzung der Kapitulationen, ganz abgesehen davon, daß die Begünstigung der so baldigen Rückkehr des mißliebigen Individuums seitens der türkischen Behörden als ein Affront für Italien empfunden wird. Die hiesige Presse schlägt auch über diesen Zwischenfall bereits Lärm, und die oppositionelle frägt, ob die Konsulta, statt energisch vorzugehen, vielleicht wieder zu einem Schiedsgericht ihre Zuflucht nehmen werde**.

Einer der amerikanischen Archäologen, welche in Tripolis Ausgrabungen betreiben, ist neulich in Rom gewesen und hat auf der Konsulta erzählt, der Widerstand, den die tripolitanischen Behörden anfangs dem Unternehmen entgegengesetzt hätten, habe seinen Grund nur darin gehabt, daß man in Tripolis vermutet habe, Italiener seien an den Ausgrabungen beteiligt[1].

Jagow

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Auf diesen amerikanischen Schwindel fallen die Italiener herein!

Nr. 10809

Erlaß an den Botschafter in Rom von Jagow

Entwurf von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Zimmermann***

Nr. 55 Berlin, den 30. Januar 1911

Die gegenwärtigen Differenzen zwischen Italien und der Türkei sind durch unbedeutende Vorgänge hervorgerufen worden. Denn

---

* Pestalozza.
** Zur Beilegung des Hodeida-Zwischenfalls hatten sich Italien und die Türkei auf die Einsetzung eines Schiedsgerichts geeinigt.
*** Das Schriftstück trägt nur die Paraphe Zimmermanns, dagegen keinen Abgangsvermerk, so daß es nur als Entwurf anzusprechen ist. Doch ist nach den Aktenvermerken anzunehmen, daß eine Änderung des Entwurfs nicht mehr erfolgt ist.

ebenso geringfügig wie der Zwischenfall mit dem Argentinier Guzman in Tripolis erscheint die Sambukfrage in Hodeida, über die übrigens selbst heute noch in einem für die endgültige Entscheidung sehr erheblichen Punkte, der Havarie des Dampfers, eine vielleicht auch auf der türkischen Seite nicht ganz unberechtigte Meinungsverschiedenheit zwischen den Parteien besteht. Für die Pforte dürfte es hier nicht ganz leicht sein, dem italienischen Standpunkt ohne weiteres Rechnung zu tragen, da dem letzteren die Berichterstattung ihres Walis entgegensteht und der Streitfall sich in einer entlegenen Gegend abgespielt hat, in der die Türkei mangels völliger Klarstellung ihrer Autorität und Hoheitsrechte bekanntlich andauernd mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Trotzdem hat die italienische Regierung bereits die Sambukfrage von Anfang an mit den stärksten Pressionsmitteln betrieben, indem sie der Pforte zu verstehen gab, daß sie nötigenfalls eine Flottendemonstration vornehmen werde und die Bereitstellung einer Eskader schon angeordnet habe. Wenn Marquis di San Giuliano nunmehr, wie der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel von Herrn Mayor des Planches erfährt, diesen Vertreter bei der Pforte telegraphisch dahin verständigt hat, daß Italien beim Mangel einer alsbaldigen Genugtuung in der Guzman-Frage nicht an eine bloße Flottendemonstration denke, sondern zu einem „acte très sérieux et très grave" entschlossen sei, so drängt sich die Frage auf, was Italien eigentlich zu tun beabsichtigt. Hält die italienische Regierung den gegenwärtigen Augenblick für geeignet, um ihre Aspirationen auf Tripolis zu verwirklichen, so werden wir ihr dabei selbstverständlich nicht hindernd im Wege stehen. Aber wenn wir auch bei Durchführung eines derartigen Planes nicht in direkte Mitleidenschaft gezogen werden, so halten wir es doch als treue Bundesgenossen Italiens für unsere Pflicht, auf die ernsten Bedenken hinzuweisen, die einem scharfen Vorgehen gegen die Türkei zurzeit entgegenstehen. Nach unseren Informationen sind in Konstantinopel durchaus günstige Dispositionen vorhanden, um die vorliegenden Zwischenfälle in befriedigender Weise zur Erledigung zu bringen. Andererseits sind aber die Zeiten Abdul Hamids in Konstantinopel vorüber. Die früher üblichen und erfolgreichen Pressionsmittel versagen dort heute völlig, ihre Handhabung kann dagegen geradezu verhängnisvolle Folgen zeitigen. Auch die Türkei hat ein Parlament und eine öffentliche Meinung bekommen, die sehr empfindlich, vielleicht übertrieben empfindlich sind. Falls sich Italien daher bei den heutigen veränderten Verhältnissen in der Türkei zu einem kurzfristigen Ultimatum entschließen sollte, könnten die günstigen Dispositionen der Türkei zur friedlichen Beilegung der Zwischenfälle ins Gegenteil umschlagen. Mit Baron Marschall halte ich es für sehr zweifelhaft, ob die Pforte überhaupt noch nachgeben könnte, wenn Italien sich wirklich zu

einer Flottendemonstration entschließen sollte. Ich glaube vielmehr, daß sich in diesem Falle sehr ernste Komplikationen ergeben würden, die zum mindesten die großen Handelsinteressen Italiens im Orient erheblich beeinträchtigen müßten.

Wie wir uns als Bundesgenossen Italiens für verpflichtet halten, auf diese Konsequenzen aufmerksam zu machen, so glauben wir in der gleichen Eigenschaft andererseits auch einen begründeten Anspruch darauf zu haben, daß unser Bundesgenosse uns volles Vertrauen entgegenbringt und uns rechtzeitig über seine wirklichen Absichten unterrichtet, wobei wir von der Annahme ausgehen, daß Italien mit dritten Mächten bisher keine Fühlung in der Angelegenheit genommen hat.

Eure Exzellenz bitte ich, diese Gedanken der dortigen Regierung gegenüber zu verwerten. In welcher Weise dies am zweckmäßigsten geschieht, insbesondere, ob Sie die gesamten Ausführungen auf einmal vorbringen oder sie in Abschnitten bei verschiedenen sich bietenden Gelegenheiten zur Sprache bringen wollen, darf ich lediglich Ihrem Ermessen überlassen. Einem gefälligen Bericht über die Antwort werde ich mit Interesse entgegensehen.

Nr. 10810

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 20 Rom, den 3. Februar 1911

Der Minister des Äußern sagte mir heute, er hoffe, daß, nachdem Guzman Tripolis verlassen habe, diese Angelegenheit als erledigt angesehen werden könne, und daß, wenn keine neuen Zwischenfälle sich ereigneten, es ihm mit Unterstützung Rifaat Paschas gelingen werde, zwischen Italien und der Türkei eine Ära freundschaftlicher und vertrauensvoller Beziehungen herzustellen. Er habe heute auch in diesem Sinne mit Kiasim Bey* gesprochen. Er, der Minister, werde sein Bestes dazu tun, nur müsse man türkischerseits, soweit dies möglich wäre, die Wiederholung von Zwischenfällen zu vermeiden und eventuell für die schnelle Beilegung derselben zu sorgen suchen, ehe sie durch den Widerhall in der öffentlichen Meinung sich zu politischen Fragen auswüchsen. Die Türkei müsse ferner in Tripolis den Obstruktionismus gegen die wirtschaftliche Betätigung der Italiener fallen lassen. Irgend eine Vorzugsbehandlung verlange er durchaus nicht, er wolle nur gleiches Recht für alle.

* Türkischer Botschafter in Rom.

Ich konnte nicht umhin, den Minister darauf aufmerksam zu machen, daß an dem Aufbauschen der Zwischenfälle zu großen Angelegenheiten die italienische Presse ein gut Teil der Schuld trüge, und daß diese sogenannten „Incidenti" bei näherer Prüfung sich doch oft wesentlich anders darstellten. Ich ließ auch die Frage durchblicken, ob die italienischen Agenten nicht mitunter einen gewissen Übereifer entwickelten. Der Marquis sagte mir vertraulich, der Konsul Pestalozza in Tripolis wäre zwar ein guter Beamter, aber auch nach seiner Meinung nicht ganz der geeignete Mann für Tripolis. Er würde dort lieber einen ruhigeren Vertreter haben, nur könnte er Pestalozza jetzt nach den Zwischenfällen nicht versetzen. Im übrigen erging er sich in den gewohnten Klagen über die Disziplinlosigkeit der hiesigen Presse, die Schwierigkeit, in einem parlamentarischen Lande die auswärtige Politik zu leiten, etc.

Ich muß hierbei erwähnen, daß in der hiesigen Presse in letzter Zeit sich verschiedentlich Andeutungen und sogar direkte Hinweise fanden, daß Deutschland den Widerstand der Pforte gegen die italienischen Forderungen stärke. Sogar die „Tribuna" hatte eine derartige, wenn auch sehr vage gehaltene Bemerkung einfließen lassen. Ich habe daraufhin sofort Herrn Bollati* gestellt und ihn auf das Unerhörte solcher Insinuationen aufmerksam gemacht, die mir ein schlechter Dank für die Bemühungen des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel zu sein schienen. Der Minister ließ mir noch am selben Tage sagen, wie sehr er diese Entgleisung der „Tribuna" bedauerte, und daß er strikte Weisung gegeben habe, daß derartiges sich nicht wiederholen dürfe. Er kam heute darauf zurück, wiederholte sein Bedauern und erzählte mir, der Schreiber des inkriminierten Artikels sei ein Individuum, welches sogar von der Regierung Geld bekäme. Ich könnte daraus ersehen, wie unmöglich es sei, die hiesige Presse zu leiten. Man könne nicht jedes Wort durchlesen, ehe es gedruckt würde, die Preßkulis seien aber so undiszipliniert, daß sie selbst denen, die sie bezahlten, mitunter einen üblen Streich spielten. Er sei deswegen auch davon abgekommen, daß es zweckmäßig sein würde, ein anerkannt offiziöses Blatt wie in anderen Ländern zu gründen, denn keine Regierung würde imstande sein, die Verantwortung dafür zu übernehmen. Doch wäre er, der Minister, gern bereit, bei sich bietender Gelegenheit in der Presse oder im Parlament zu erwähnen, daß bei Beilegung der türkischen Zwischenfälle die freundschaftliche Mitwirkung der Alliierten nicht versagt habe. Ich habe nicht verfehlt, den Minister ernstlich darauf hinzuweisen, welche Gefahr in der Zügellosigkeit der hiesigen Presse läge, durch deren taktloses und wahrheitswidriges Geschwätz die „öffentliche Meinung", auf die man sich hier immer berufe, irregeleitet würde.

* Generalsekretär im italienischen Außenministerium.

Im ganzen fand ich den Minister heute viel ruhiger und besonnener. Zum Teil mag diese Stimmung auf die endliche Entfernung Guzmans aus Tripolis zurückzuführen sein, zum Teil auch auf den Umstand, daß die Regierung in der gestrigen Kammer bei einer Verhandlung über die Lebensmittelteuerung ein Vertrauensvotum erzielt hat, welches freilich mehr durch die Ablehnung der beantragten Zollermäßigung als durch das Vertrauen in das Kabinett bedingt war.

Das größte Übel ist, daß die völlig autoritätslose Regierung Herrn Luzzatis wie ein steuerloses Schiff auf den Wellen des parlamentarischen Zufalls umhertreibt, ein Übel, welches namentlich für die äußere Politik von den bedenklichsten Folgen sein kann.

v. Jagow

Nr. 10811

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 22 Rom, den 4. Februar 1911

Es besteht unzweifelhaft ein gewisser Gegensatz zwischen der Sprache, die der Marquis di San Giuliano mir und meinem österreichischen Kollegen gegenüber in den türkischen Fragen geführt, und den Instruktionen, welche er den Berichten des Freiherrn von Marschall zufolge nach Konstantinopel gesandt hat. Ich möchte auch heute noch annehmen, daß der Minister zu Anfang von dem ernstlichen Wunsche geleitet war, die Zwischenfälle möglichst glatt zu erledigen und dabei unter Aufrechterhaltung guter Beziehungen zur Türkei die wirtschaftliche Betätigung Italiens in Tripolis auf friedlichem Wege zu fördern. Dagegen ist es mir zweifelhaft geworden, ob er in der weiteren Entwickelung des Konflikts nicht mit dem Gedanken eines aktiven Vorgehens auf Tripolis zum mindesten stark geliebäugelt hat.

Das Land ist, wie ich öfters zu berichten die Ehre hatte, entschieden für Ruhe und wenig geneigt, sich in Blut und Geld kostende Abenteuer zu stürzen. Es gibt aber eine Anzahl von unverantwortlichen Journalisten und Politikern — jenem Volk, das leider zu oft die sogenannte öffentliche Meinung fabriziert —, welche auf eine aktive Politik hindrängen. Genährt wird diese Tendenz einerseits von Interessenten, die in Tripolis Geschäfte machen wollen, andrerseits von denjenigen Politikern, welchen jedes Mittel, und auch die auswärtige Politik, recht ist, um die Regierung anzugreifen. Zumeist ist es ja eine rührige Minorität, welche die trägen Massen in ihr Schicksal treibt. Die Stimmung, daß „etwas geschehen“ müsse,

hatte in letzter Zeit entschieden um sich gegriffen, das Geschrei nach Taten statt Worten war lauter geworden. Das Gefühl der Erstarkung, welches die Italiener nach einer Reihe friedlicher Jahre und fortgesetzter günstiger ökonomischer Entwickelung jetzt erfüllt, hat zudem den Boden für die Forderung einer aktiveren Politik empfänglicher gemacht. Gesichert durch Allianzen, umworben von „Freundschaften" hat man sich in einen gewissen Großmachtstaumel[1] hineingewiegt.

Eine starke Regierung hätte sich mit Erfolg dem Treiben widersetzt oder wäre entschlossen bis zum Ende gegangen. Die autoritätslose Regierung Herrn Luzzatis hat sich bis zu einem gewissen Grade von dem Geschrei treiben lassen, ohne doch ebenso wie die Mehrzahl der Schreier sich über die letzten Konsequenzen völlig klar zu sein.

Marquis di San Giuliano ist durch seinen Mißerfolg in der Kammer* etwas aus seinem inneren Gleichgewicht geraten. Ehrgeizig — ich möchte sogar sagen eitel — wie er ist, würde er die Scharte gern durch Erfolge auswetzen. Dazu kommt sein sizilianisches Temperament, seine impulsive Natur, welche ihn den gefährlichen Einflüssen, die ihn auch in nächster Nähe umgeben (unter anderen sein Kabinettschef Baron Fasciotti), nicht immer die Ruhe staatsmännischer Überlegung entgegensetzen läßt. In der Konsulta ist der an sich wenig türkenfreundliche, aber verständige Herr Bollati jetzt noch das mäßigendste Element gewesen.

Als Abgeordneter hat Marquis di San Giuliano sich früher viel mit der albanischen und tripolitanischen Frage beschäftigt, selbst Tripolis bereist und vielfach als Anhänger einer expansiven Politik gegolten. In verantwortlichen Stellungen, als Minister und Botschafter, hat er dann die Dinge von einem anderen Standpunkt aus geschaut und Wasser in den Wein gegossen, den er als oppositioneller Parlamentarier gebraut hatte. Immerhin dürfte ein Bodensatz früherer Tendenzen bei ihm übrig geblieben und in der jetzigen Erregung wieder an die Oberfläche seines Denkens und Wollens gekommen sein. Zum mindesten war seine Haltung in den letzten Phasen der türkischen Differenzen schwankend. Die scharfe Sprache der Pforte gegenüber war meines Erachtens zunächst wohl nur als Bluff gedacht, aber vielleicht doch als der Bluff eines erhitzten Spielers, welcher im Notfall den Coup zu wagen denkt und zu gewinnen hofft. Außer den innerpolitischen Momenten dürften den Minister ferner Erwägungen der äußeren Politik, wie sie hier auch in der öffentlichen Meinung auftreten, beeinflußt und ihm den Moment für ein eventuelles aktives Vorgehen als nicht so ungünstig haben erscheinen lassen. Von der Stabilität des jungtürkischen Regimes hat er eine

---

* Vgl. Nr. 10 801, S. 6 nebst Fußnote *.

geringe Meinung; die Unruhen im Jemen, Nachrichten über Gärungen an der albanesisch-montenegrinischen Grenze, das unter der Asche glimmende Feuer in Mazedonien lassen die Türkei an vielen Stellen zugleich in Anspruch genommen erscheinen. Es ist auffallend, daß der Konzern klerikal angehauchter Blätter und Blättchen, „Avvenire" und „Corriere d'Italia", „Momento" etc., welche dem auch mit klerikalem Geiste gespeisten, in Tripolis interessierten „Banco di Roma" nahestehen, in letzter Zeit fortgesetzt beunruhigende Nachrichten aus Albanien bringt. Daß von englischer Seite hier antreibend eingewirkt worden wäre, habe ich zwar in keiner Weise konstatieren können, doch kennt der Minister die englischen Interessen zu gut, um sich nicht zu sagen, daß England — und dieses hat hier als gefürchtetste Mittelmeermacht immer eine maßgebende Stimme — ihm bei einem Angriff auf die Türkei kaum hindernd in den Weg treten würde.

Wenn der Minister mir gegenüber seine Sprache stets um mehrere Töne milder gestimmt hat, so erklärt sich das sowohl aus dem peinlichen Bewußtsein, in Florenz und Berlin* sich auf das Programm der Erhaltung des Status quo und der Integrität der Türkei verpflichtet zu haben, sowie aus der Erwägung, daß bei Deutschlands Interesse im Orient eine aggressive Politik gegen die Türkei bei uns wenig Sympathie[2] begegnen würde. Meiner kalmierenden Einsprache dagegen hat er daher auch immer nur das Argument der Zwangslage, in die er geraten könnte, entgegengehalten. Immerhin hat er, wie ich zu berichten die Ehre hatte, doch auch zu mir von der Eventualität einer Besetzung von Tripolis gesprochen. Als ein staatsmännischer Charakter von sicherem Blick und festem Entschluß hat sich der Marquis bei aller seiner Intelligenz in dieser Krisis jedenfalls nicht bewährt.

Es ist zu hoffen, daß nach Beilegung der letzten Zwischenfälle bei dem Minister die verständigeren Erwägungen seine tripolitanischen Velleitäten wieder zurückdrängen und das Ruhebedürfnis des Landes auch über die Minorität von Schreiern und Interessenten die Oberhand behält.

Immerhin muß man angesichts der oben geschilderten Faktoren auf die Möglichkeit gefaßt sein, daß bei Eintreten eines neuen Zwischenfalls die Agitation für ein energisches Vorgehen sich fortsetzt und die schwache um die Gunst der öffentlichen Meinung besorgte Regierung sowie der impulsive Minister des Äußern sich zu

---

* Am 2. April 1910 hatte in Florenz eine Zusammenkunft zwischen Reichskanzler von Bethmann Hollweg und dem italienischen Außenminister Marquis di San Giuliano stattgefunden, der Ende Mai ein Besuch des letzteren in Berlin folgte. Bei beiden Gelegenheiten war der friedliche, auf die Erhaltung des Status quo gerichtete Grundcharakter des Dreibundes betont worden. Vgl. dazu Bd .XXVII, Kap. CCXIII, Anhang, Nr. 9859 und 9861.

einem tripolitanischen Abenteuer fortreißen lassen. Der Katzenjammer im Lande würde freilich nachher kaum ausbleiben.

Eine gewisse Garantie gegen unüberlegtes Handeln bietet der nüchterne und realpolitische Sinn des Königs, der meinen vertraulichen Informationen zufolge auch bei den jetzigen Differenzen mäßigend auf seine Minister eingewirkt hat.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hatten sie immer!
[2] scharfer Gegenwehr!

Nr. 10812

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 27 Rom, den 8. Februar 1911

Die Ausführungen des hohen Erlasses vom 30. Januar* über die türkisch-italienischen Beziehungen habe ich heute in einer längeren Unterredung dem Minister des Äußern gegenüber verwertet. Er hörte mich aufmerksam an und sagte auf meine Schlußbemerkung, daß wir von der Annahme ausgingen, daß Italien bisher mit dritten Mächten in der tripolitanischen Frage keine Fühlung genommen habe, sofort: „Wir haben keinerlei andere Abmachungen als die bekannten mit Frankreich und England vom Jahre 1901**." Ich könne versichert sein, fuhr er dann fort, daß er den Tag, wo Italien seine tripolitanischen Aspirationen realisieren müsse, soweit als möglich hinauszuschieben wünsche oder sogar vorzöge, daß derselbe gar nicht käme. Nachdem die Guzman-Angelegenheit erledigt sei, hoffe er, daß kein neuer Zwischenfall die Beziehungen zur Türkei trüben werde. Auf meine Frage, ob die — übrigens inzwischen dementierte — Zeitungsnachricht, daß der argentinische Konsul gegen die Aus-

* Siehe Nr. 10809.

** Gemeint ist die in die Form gegenseitiger Noten gekleidete französisch-italienische Desinteressementserklärung bezüglich Tripolis' und Marokkos vom 14. bzw. 16. Dezember 1900. Vgl. dazu Bd. XVIII, Kap. CXXV, Nr. 5831, S. 713, Fußnote **. Dem französisch-italienischen Abkommen war im Jahre 1902 ein englisch-italienisches gefolgt, über das bisher nichts Näheres bekannt geworden ist. Der wesentliche Inhalt dieses Abkommens ergibt sich aus einem Aide-mémoire, das der englische Botschafter in Wien Cartwright der österreichisch-ungarischen Regierung Anfang Oktober 1911 zustellte. Darin heißt es über ein Gespräch zwischen Sir E. Grey und dem italienischen Botschafter in London Marquis Imperiali:
„Sir Edward Grey observa qu'en 1902 l'Angleterre et l'Italie conclurent un arrangement concernant le Tripoli, à raison duquel le Gouvernement de Sa Majesté Britannique reconnaît que surtout au Tripoli l'Italie ne peut pas admettre que ses intérêts souffrent ou soient ignorés."

weisung Guzmans protestiert habe, und ob nun Guzman nicht doch vielleicht zurückkehre, fuhr er auf: „Wenn das geschieht, so ist keine Regierung, auch eine stärkere als die jetzige nicht, in der Lage, die öffentliche Meinung in Italien im Zaume zu halten — Sie mögen mir über die Rechtslage sagen, was Sie wollen —, dann würden wir gezwungen sein zu handeln! Wenn die Türkei den Krieg will, mag sie Guzman wiederkommen lassen, will sie ihn nicht, so hat sie nötigenfalls in einigen türkischen Pfund ein probates Mittel, Guzman fernzuhalten." Aber er wolle solchen unwahrscheinlichen Fall gar nicht ins Auge fassen. Auf beiden Seiten scheine der beste Wille vorhanden, gute Beziehungen aufrechtzuerhalten. Die Pforte habe entgegenkommende Instruktion erteilt, und auch er habe dem Konsul in Tripolis entsprechende Weisungen zukommen lassen. Der Minister zählte mir dann eine Reihe von Beweisen auf für seine Absicht, sich mit der Türkei freundlich zu stellen. Einige Wünsche, die der türkische Botschafter ihm heute vorgetragen, werde er zu erfüllen suchen, er sei mit England und Frankreich über Maßregeln ins Benehmen getreten, um den Waffenschmuggel im Roten Meer zu verhindern, habe den Gouverneur von Erythräa* angewiesen, die dortigen Sambuks streng zu überwachen, und dem türkischen Thronerben**, als er von dessen Absicht gehört, auf seiner Europatour auch nach Rom zu kommen, sagen lassen, daß er hier einen ausgezeichneten Empfang finden werde. Er hoffe, daß durch die beiderseitigen Bemühungen sich ein dauernder Zustand guter und sogar herzlicher Beziehungen werde herbeiführen lassen. In der Presse und Kammer werde ihm hier immer vorgeworfen, daß er zu schwach und nachsichtig mit der Türkei verfahre, er sei sogar bereit, auch weiter diese Vorwürfe auf sich zu nehmen, wenn der gute Zweck sich erreichen ließe.

Ich habe den Minister nachdrücklich darauf hingewiesen, daß wir jedenfalls erwarten zu können glaubten, von seinen Intentionen stets rechtzeitig unterrichtet zu werden.

Jagow

Nr. 10813

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 41 Rom, den 1. März 1911

Die Preßtreibereien wegen Tripolis haben wieder eingesetzt. Nachdem verschiedentlich neue Alarmnachrichten über Benachteili-

* Marquis Salvago Raggi.
** Prinz Yussuf Izzeddin. Der Besuch erfolgte erst Anfang Juli.

gung der Italiener ihren Weg in hiesige Blätter gefunden hatten — Nachrichten, die notabene sich zumeist als unwahr erwiesen —, behandelt nun auch die gestrige „Tribuna", anknüpfend an einen „Temps"-Artikel vom 26. v. Mts. über die feindselige Haltung des Wali den Italienern gegenüber, dasselbe Thema in ziemlich scharfer Weise.

Zweierlei sei unbestreitbar, sagt das römische Blatt, erstens, daß der Wali keine Gelegenheit versäume, um den Italienern Schwierigkeiten zu bereiten, und zweitens, daß derselbe persona gratissima des Komitees sei. Hieraus ergäbe sich eine gefährliche Lage. Die Bemühungen der Regierungen in Rom und Konstantinopel, zu einem guten Einvernehmen zu gelangen, würden vergeblich bleiben, solange die Handlungen des Gouverneurs der Provinz in Widerspruch mit den freundschaftlichen Versicherungen der Zentralregierung ständen. Wenn letztere „weiß" sage, bedeuteten die Maßnahmen des ersteren „schwarz". Das Blatt fordert die Versetzung des Wali. Der jetzige Zustand könne leicht dazu führen, daß die wirtschaftliche Frage zu einer politischen würde, und in diesem Falle werde schwerlich „die Diplomatie" das letzte Wort zu sprechen haben. Das sei freilich eine reine Hypothese, die das Blatt nur aufstellen will, um daraus weiter zu folgern, daß die türkische Regierung es nicht dazu kommen lassen werde. Denn sie wisse selbst zu gut, daß die Interessen Italiens und der Türkei sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht wie auch in bezug auf den europäischen Orient gemeinsame seien.

Das ist also wieder eine schlecht versteckte Drohung.

Schon wiederholt hat mir der Minister auseinandergesetzt, daß in dem ferneren Zusammensein des Wali und des Konsuls Pestalozza in Tripolis eine beständige Gefahr liege. Er wolle letzteren durchaus nicht von aller Schuld freisprechen und sei auch bereit, ihn zu versetzen, aber die Entfernung des Wali müsse vorausgehen, denn ohnedem wäre es ihm der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber unmöglich, den Konsul zu wechseln. Ich habe dem Minister nicht verhehlt, daß mir dies eine unmögliche Zumutung für die Türkei erschiene. Bei unparteiischer Prüfung des letzten Zwischenfalls könne man denselben statt als „incident Guzman" vielleicht ebensogut als „incident Pestalozza" bezeichnen. In der Tat hat auch mein türkischer Kollege, wie er mir erzählte, im Auftrage seiner Regierung hier Klage über das Verhalten des Konsuls geführt. Demungeachtet ist Marquis di San Giuliano auch bei Kiasim Bey wegen Versetzung des Wali vorstellig geworden, ist aber natürlich auf den Widerspruch des Botschafters gestoßen. Der Minister argumentiert mir gegenüber, daß Tripolis nie als ein bevorzugter Gouverneurposten gegolten habe, man könne den Wali also leicht „die Treppe heraufFallen" lassen. Und er scheint sich mit Recht oder Unrecht der Erwartung hinzugeben, daß eine Versetzung des genannten Beamten er-

reichbar wäre. Wie er mir gestern streng vertraulich erzählte, hat ihm Mayor des Planches telegraphiert, daß eine baldige Abberufung des Wali wahrscheinlich sei. Auch andere Anzeichen, glaubt der Minister, deuteten darauf hin, daß der Wali für die Übernahme eines Militärkommandos ausersehen sei.

Es sind verschiedene Interpellationen über Tripolis in der hiesigen Kammer angemeldet. Der Minister möchte die Beantwortung derselben möglichst hinausschieben. Die Stimmung im Parlament und in der öffentlichen Meinung sei erregt, man beschuldige die Regierung, daß sie es an Energie fehlen lasse. Schlüge er nun einen sehr energischen Ton an, wie ihn die Kammer zu hören wünsche, so müsse man eventuell den Worten auch Taten folgen lassen, spräche er zu milde, so würde er einen Sturm der Entrüstung heraufbeschwören, und es würde die Regierung auch so weitergedrängt werden.

Der Minister versichert mich immer wieder, daß er Verwickelungen vermeiden wolle, aber die entfernte Möglichkeit eines aktiven Vorgehens (notabene der Okkupation von Tripolis) könne man immerhin nicht ganz ausschließen. Ich unterlasse nicht, den Minister auf die Folgen aufmerksam zu machen, habe ihm auch zu verstehen gegeben, daß ein Angriff auf türkisches Gebiet wenig mit seinen wiederholten Erklärungen über die Integrität der Türkei in Einklang stehen würde, und daß der Moment, wo Italien seine Jubiläumsfeier* begehen wolle, wenig geeignet für auswärtige Händel erschiene. Der Minister gesteht das alles zu, gibt sich aber meines Erachtens doch der Illusion hin, daß eine Besetzung Tripolis' militärisch ein nicht zu schwieriges Unternehmen sein und die Türkei in Ermangelung einer Flotte sich wenig widerstandsfähig erweisen würde.

Die Erörterung solcher Eventualitäten wird zwischen uns immer nur „akademisch" geführt, sie gibt aber doch einen Ausblick auf die Entwickelung, die die Dinge unter Umständen nehmen können. Ich glaube, daß es dem Minister vorderhand Ernst damit ist, wenn er mir erklärt, Frieden halten zu wollen. Aber er fühlt sich zu schwach, um allen Aufwallungen der öffentlichen Meinung, wie sie durch neue Zwischenfälle, Redeergüsse im Parlament oder heftige Preßfehden erzeugt werden können, Widerstand zu leisten, und könnte sich dann geneigt finden, den Coup zu wagen, den er an sich nicht einmal für allzu gefährlich hält.

Marquis di San Giuliano ist auch der Meinung, daß die Bewegung zum großen Teil von dem „Banco di Roma" inszeniert wird, der, mit seinen Erfolgen in Tripolis unzufrieden, die Dinge zur Okkupation treiben möchte. Es wäre ein eigenes Schicksal, wenn das antiklerikale Italien eventuell durch klerikales Unternehmertum sich in Abenteuer

---

* Es handelt sich um die am 27. März 1911 begangene Feier des fünfzigjährigen Bestehens des italienischen Königreichs.

stürzen ließe. Ich habe auch den Minister — nicht ohne Eindruck auf ihn zu machen — darauf hingewiesen, daß man in klerikalen Kreisen kaum trauern würde, wenn die Jubiläumsfeste durch auswärtige Händel gestört würden.

Daß diese Feste vor der Tür stehen, ist eine gewisse Garantie für Erhaltung der Ruhe, da sich die Kammer dann vertagt und die Gemüter durch andere Dinge abgelenkt werden.

Jagow

Nr. 10814

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 57 Pera, den 8. März 1911

Rifaat Pascha sagt mir, er habe mit Mayor des Planches einen modus vivendi bezüglich des Verhältnisses des Wali von Tripolis mit dem dortigen italienischen Generalkonsul verabredet und bereits die nötigen Weisungen erteilt. Der Wali solle italienischen Ingenieuren unter denselben Bedingungen, wie sie kürzlich einem Schweizer erteilt worden seien, die Erlaubnis geben, im Innern des Landes eine Forschungsreise zu machen, und dann der Generalkonsul dem Wali einen Besuch machen, den dieser alsbald erwidern werde.

Rifaat Pascha hofft, daß dadurch die Spannung nachlassen werde, hat aber keinerlei Vertrauen zu Herrn Pestalozza, daß dieser ernstlich eine Verständigung anstrebt.

Marschall

Nr. 10815

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 85 Rom, den 13. Juni 1911

Bei der am Tage nach der Rede des Marquis San Giuliano* erfolgten geheimen Abstimmung über das Budget des Äußeren haben

* Am 9. Juni hatte Marquis di San Giuliano, der auch in dem am 27. März 1911 gebildeten Kabinett Giolitti das Ministerium des Äußern bekleidete, eine große Kammerrede zur auswärtigen Politik gehalten, in der er über die italienisch-türkischen Beziehungen u. a. sagte: „Abgesehen von Tripolis und Cyrenaica haben wir im allgemeinen keinen Grund, uns über die Haltung der ottomanischen Behörden unseren Interessen gegenüber in dem größten Teile des ottomanischen Reiches zu beklagen. Es herrscht sicher in den leitenden ottomanischen Kreisen das Gefühl, daß die Ausdehnung der wirtschaftlichen

sich 176 weiße und 88 schwarze Kugeln in den Urnen gefunden, ein Zeichen, daß die Kammer dem Minister keineswegs ungeteilte Sympathien entgegenbringt.

Er selbst sagte mir, seine Äußerungen über Österreich hätten dieses Mal eine viel günstigere Aufnahme gefunden wie die der letzten Rede*, die die Türkei betreffenden Erklärungen aber eine ebenso schlechte**. Und wenn der Eindruck der letzteren nicht ein schlechterer gewesen sei, so käme das nur daher, daß er mit großer Vorsicht gesprochen und seine Ausführungen schon von vornherein auf die Verfassung der Kammer abgestimmt habe. Es herrsche eben im Lande wie im Parlament eine große Animosität gegen die Türkei. Man ließe sich nicht von der Überzeugung abbringen, daß Italien in Tripolis nicht zu seinen vermeintlichen Rechten komme. Die Rede des Venetianers Foscari, der nicht nur die Mittel zur wirtschaftlichen Penetration von Tripolis, sondern naiverweise sogar zur Okkupation angegeben habe, sei symptomatisch. Er habe dem Grafen Foscari erwidert, daß solche Reden nur schaden, nicht nützen könnten. Aber die Kammer habe Foscari, nicht ihm Beifall gespendet. Wie solle man mit solchen Leuten Politik machen?

Er verstände es, führte der Minister weiter aus, bis zu einem gewissen Grade, wenn bei den hier üblichen Auslassungen in Parlament und Presse die Türkei Italien in bezug auf Tripolis mit Mißtrauen betrachte. Die mit anderen Mächten getroffenen Abkommen seien ja auch nicht unbekannt geblieben. Aber gerade das türkische Mißtrauen sei geeignet, die Situation zu gefährden und eine „tripolitanische Frage" erst zu schaffen. Italien sei durch seine Abmachungen über Tripolis gesichert; wenn es daselbst in seiner wirtschaftlichen Betätigung nicht behindert werde, könne es die Frage der Annexion in alle Ewigkeit ruhen lassen. Treiben die türkischen Behörden aber Obstruktionismus gegen die italienischen Unternehmen, so würde die Stimmung hierzulande sich derartig verschärfen, daß selbst eine Regierung, die es nicht wollte, gezwungen werden könnte, zur Okkupation von Tripolis zu schreiten. Er, der Minister, würde das für ein wirkliches Unglück halten, da Italien selbst das größte Interesse an der territorialen Integrität der Türkei habe. Auf meine Andeutungen, ob die Erregung über Tripolis nicht zum großen Teil auf

---

Interessen Italiens in Tripolis und die Ausdehnung der Interessen der anderen Mächte in irgendeiner anderen Provinz des Reiches eine Gefahr für die territoriale Integrität des Reiches darstellen könnte. Dieses Gefühl beruht auf einem schweren Irrtum, denn gerade dadurch, daß man bei der Politik des Mißtrauens beharrt, schafft man die von den Türken gefürchtete Gefahr. Aber es ist ebenso sicher, daß Reden, wie diejenige von Foscari, die Interessen und den Einfluß Italiens in der Türkei schädigen." Vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 460.

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXIII, Anhang Nr. 9874, S. 389 nebst Fußnote *.

** Vgl. Nr. 10 801, S. 6, Fußnote *.

Treibereien von hiesigen interessierten Kreisen zurückzuführen sei, gab der Minister zu, daß er selbst glaube, daß der „Banco di Roma" dahinter stecke. Derselbe mache schlechte Geschäfte in Tripolis und suche nun Zwischenfälle zu kreieren, um die Regierung zu einer Okkupation fortzureißen. Beweisen aber ließe sich diese Vermutung nicht.

Die hiesige Regierung befindet sich dem „Banco di Roma" gegenüber insofern in einer heiklen Lage, als sie, namentlich Herr Tittoni*, ihn zu den uneinträglichen tripolitanischen Unternehmungen größtenteils selbst veranlaßt hat.

Über das vielbesprochene Schwefelvorkommen in Tripolis sagte mir der Minister, daß dasselbe, namentlich auch sein Umfang, noch nicht festgestellt sei. Die italienische mineralogische Mission, welche jetzt in Tripolis weilt, müsse demnächst Klarheit darüber bringen. Eine ernste amerikanische Konkurrenz, von der die Zeitungen so viel geredet, sei übrigens bis jetzt gar nicht vorhanden. Nur ein Schweizer schiene sich auch um die Konzession zu bewerben.

Finden sich wirklich große Schwefelvorkommen in Tripolis, so könnten, wenn der Abbau in fremde Hände fiele, daraus Folgen von ernster wirtschaftlicher und politischer Tragweite für Sizilien entstehen. Reich und Arm auf der Insel sind an dem Schwefelbergbau interessiert; er beschäftigt etwa 500000 Arbeiter, und der Wert des produzierten Schwefels beträgt zirka 53 Millionen Lire. Die schwere Krisis, die durch den Fall des Schwefelpreises vor einigen Jahren für Sizilien eintrat, ist noch unvergessen.

Jagow

Nr. 10816

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 86 Rom, den 13. Juni 1911

Zur Kennzeichnung der kindisch-nervösen Verfassung, in welcher die hiesige öffentliche Meinung sich bezüglich aller Vorgänge in Tripolis befände, erzählte mir der Minister des Äußern, daß auf die Zeitungsmeldung von dem Ankauf eines Grundstücks bei Tripolis durch einen Deutschen** mehrere Redakteure bei ihm angefragt hätten,

---

* Italienischer Botschafter in Paris, Minister des Äußern 1906/09.

** Es handelte sich um einen Leutnant d. R. von Lochow, der von einem Landgut in der Nähe von Tripolis ein Fünftel Anteil für 7500 fr. gekauft und den Rest auf sieben Jahre gepachtet hatte. Die Lochowsche Angelegenheit führte nach Ausbruch des türkischen Krieges im Herbst 1911 neue Weiterungen herbei, da die italienischen Lokalbehörden in Tripolis ihn wegen Spionageverdachts ausweisen wollten. Wurde das auch durch deutsche Vorstellungen in Rom ver-

ob die Nachricht sich bestätige. Das wisse er nicht, habe er erwidert, aber wenn es auch wahr wäre, was solle er denn eigentlich dagegen tun? Das Grundstück selbst vorher kaufen, wäre die Antwort gewesen.

Nach einer Depesche der heutigen „Tribuna" scheint das angeblich von Herrn von Lochow erworbene Terrain zuerst dem „Banco di Roma" zum Kauf angeboten, von diesem aber abgelehnt worden zu sein.

Der heutige „Popolo Romano" bringt nun einen offenbar inspirierten Leitartikel, in welchem die hier beliebte Art der Behandlung von tripolitanischen Fragen als eine Krankheit bezeichnet wird. Früher schienen nur vereinzelte Zeitungen von „intermittierender Tripolitis" befallen zu sein. Seit einigen Wochen wäre die Krankheit aber akut und auch etwas epidemisch geworden. Selbstverständlich könne und müsse man von der Regierung erwarten, daß sie die Unternehmungen und wirtschaftlichen Interessen der Italiener in Tripolis schütze und nötigenfalls auch ermutige. Wohlverstanden aber müsse dies unter Respektierung der souveränen Rechte und Gesetze des Staates geschehen, zu dem diese Provinz gehöre, und folglich auch der Behörden, welchen die Pflicht einer ehrlichen und unparteiischen Verwaltung obliege, indem sie auch ihrerseits die Rechte und die legitimen Interessen der Ausländer zu berücksichtigen hätten. Aber die Annahme, daß die Untertanen anderer Staaten sich in Tripolis nicht kommerziell betätigen dürften, die Aufregung, wenn ein Engländer, ein Deutscher oder ein Amerikaner daselbst eine Feigenkultur oder den Handel mit Straußenfedern betriebe, hieße eine Kolonialpolitik von Kindern, um nicht zu sagen von Narren, treiben. Ein Engländer, welcher in der Nähe von Tripolis einen Olivengarten gekauft hätte, in der Hoffnung, Öl zu gewinnen, um es nach London zu schicken, oder das Grundstück mit Profit wieder zu veräußern, habe einen Deutschen gefunden, welcher dasselbe behufs landwirtschaftlicher Ausbeutung erworben habe, während die Italiener, denen es vorher angeboten war, den Kauf abgelehnt hätten. Sofort fänden sich italienische Korrespondenten bereit zu telegraphieren, daß Tripolis germanisiert worden sei ... mit einer Bodenfläche von 100 Hektar...!

In den Berliner leitenden Kreisen habe man, obgleich es nicht nötig gewesen wäre, die Liebenswürdigkeit gehabt, dies Märchen zu

---

hindert, so sah sich von Lochow doch durch die Kriegsereignisse, die eine Bewirtschaftung seines Landguts unmöglich machten, zur Heimkehr nach Deutschland genötigt. Er trat nun mit größeren Entschädigungsansprüchen an die italienische Regierung hervor, über die lange verhandelt wurde, und die im Januar 1913 auch in der italienischen Deputiertenkammer zur Erörterung kamen. Schließlich zahlte die italienische Regierung Anfang Juli 1913 aus ihrem Geheimfonds 50000 Lire „für italienische Interessen" an Lochow, womit die Angelegenheit ihr Ende fand.

dementieren; hätte man es aber in Berlin nicht für angezeigt gehalten, sich mit der Phantasie der italienischen Zeitungen zu beschäftigen, mit welcher Berechtigung könnten denn die Italiener anderen Ausländern das Recht absprechen, in Tripolis zu kolonisieren oder Handel zu treiben? Würde es sich um eine besondere Konzession der Türkei handeln, welche eine schwierige und gefährliche Lage für die Tripolis zunächst gelegenen italienischen Provinzen schaffen könnte (gemeint ist Sizilien mit seinem Schwefelbergbau), so würden sich Besorgnisse seitens Italiens erklären lassen: aber Alarm schlagen, weil ein Deutscher einen Olivengarten angekauft, um (auf 100 Hektar) eine landwirtschaftliche Niederlassung zu gründen, sei der Gipfel kindischer Politik. Diese akute „Tripolitis" einiger italienischer Zeitungen könne nur zwei Folgen haben: einerseits die Italiener in der Welt lächerlich zu machen und andererseits in den chauvinistischen Kreisen Konstantinopels Mißtrauen zu erzeugen und dadurch der eigenen Regierung den Schutz bereits bestehender und eventueller künftiger italienischer Interessen in Tripolis zu erschweren.

An späterer Stelle bringt der „Popolo" dann eine aus Berlin datierte Depesche: die Nachricht von einer deutschen Kolonisation von Tripolis werde formell dementiert. Man habe wohl die Möglichkeit erwogen, Palästina mit deutschen Ansiedlern zu kolonisieren, aber man habe nie an Tripolis gedacht. Die deutsche Politik verfolge in keiner Weise die Absicht, die Entwicklung der tripolitanischen Interessen Italiens zu behindern.

Jagow

Nr. 10817

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 104 Rom, den 6. Juli 1911

Nicht weniger als drei Interrogationen über das Vorgehen Deutschlands in Marokko* waren in der Kammer eingebracht. Bei Beantwortung derselben beschränkte sich der Unterstaatssekretär Principe di Scaléa gestern auf die Bemerkung, daß eine Truppenlandung bisher nicht stattgefunden habe, sowie auf eine Wiedergabe unserer amtlichen Mitteilung. Die Neugierde der Fragesteller war hierdurch nicht vollständig befriedigt, einer derselben hat daher die Umwandlung seiner Interrogation in eine Interpellation angekündigt, weil letztere Form eine ausgedehntere Debatte gestattet.

* Gemeint ist die Agadiraktion. Über die Haltung Italiens dazu vgl. Bd. XXIX, Kap. CCXXVIII, Nr. 10582.

Marquis di San Giuliano sagte mir, in der Kammer bestehe lebhaftes Interesse für die Frage, da viele Deputierte an eine bevorstehende Aufteilung Marokkos glaubten und alle von dem Gedanken beherrscht würden, daß sich für Italien eine Gelegenheit bieten könnte, um seine Position im Mittelmeer — das heißt Tripolis — zu verbessern.

Jagow

Nr. 10818

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 115 Rom, den 22. Juli 1911

Der zurzeit auf Urlaub befindliche Generalkonsul in Tripolis wird nicht mehr auf seinen bisherigen Posten zurückkehren. Herr Pestalozza soll sich selbst fortwünschen, auch scheint man in der Konsulta eingesehen zu haben, daß seine Stellung in Tripolis ziemlich unhaltbar geworden ist. An seine Stelle wird der derzeitige Generalkonsul in Melbourne Mercatelli ernannt werden. Derselbe wird mir als tüchtiger Beamter geschildert, er war früher italienischer Resident im Somaliland. Bis zur Ankunft Herrn Mercatellis soll ein anderer zuverlässiger Beamter interimistisch nach Tripolis gesandt werden.

Daß mit diesem Personenwechsel sowie dem Botschafterwechsel in Konstantinopel* die „tripolitanische Frage" aus der Welt geschafft wird, glaube ich freilich nicht, die Erregung hat sich zu tief in die hiesige öffentliche Meinung eingefressen und findet durch die Treibereien der interessierten Kreise, der hiesigen Presse und ihrer Berichterstatter in Tripolis immer neue Nahrung.

v. Jagow

Nr. 10819

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 117 Rom, den 28. Juli 1911

Der Minister des Äußern sprach gestern über die Rückwirkung, die die Marokkofrage auf die italienischen Verhältnisse haben könnte**.

* An Stelle des abberufenen Barons Mayor des Planches war der Präfekt von Genua Senator Marquis Garroni zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden.

** Vgl. dazu auch Giovanni Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, deutsche Übersetzung von W. L. Stein, S. 140ff. Giolitti bekennt, daß die Gründe, die

Der Fall, daß durch die Deutschland zu gewährenden Kompensationen Veränderungen im Mittelmeer entständen, durch welche die italienischen Interessen direkt berührt würden, schiene ja nicht wahrscheinlich. Man müsse nun abwarten, welcher Art die Kompensationen sein würden, und wie ein eventueller Gebietszuwachs Deutschlands von der öffentlichen Meinung in Italien aufgenommen würde. Die Frage würde durch die tripolitanische Frage, die, wie ich wüßte, hier alle Gemüter bewegte, kompliziert. Auch Veränderungen im

ihn zu der Kriegserklärung an die Türkei im September bestimmt hätten, allgemeiner politischer Natur gewesen seien und ihren letzten Grund in der Herstellung des französischen Dominiums in Marokko, des englischen in Ägypten gehabt hätten. Man sei nur nach Libyen gegangen, um zu verhindern, daß dies eines Tages eine andere Macht getan hätte, die dort interessiert war oder sich die nötigen Interessen geschaffen hätte. Der eigentliche Grund der Kriegserklärung wäre danach in einem Mißtrauen Italiens gegen Frankreich und England zu suchen, denn nur diese Mächte besaßen dort Interessen oder wären in der Lage gewesen, sie sich dort zu schaffen. Die deutsche Agadiraktion war somit nur ein äußerer Anlaß, um der Ausführung eines längst in Aussicht genommenen Entschlusses näherzutreten. Giolitti selbst will sich übrigens noch nach Agadir mit aller Entschiedenheit dafür ausgesprochen haben, daß Italien keinen Schritt unternehmen dürfe, solange die marokkanische Frage nicht ihre Lösung gefunden haben würde. Anders Marquis di San Giuliano, der nach Giolitti es für zweckmäßig hielt, zu handeln, bevor noch die zwischen Deutschland und Frankreich schwebende Marokkofrage ihre Lösung gefunden hatte. Ebenso der italienische Botschafter in Paris Tittoni, der die Befürchtung aussprach, die französische Regierung könne, sobald erst einmal die Marokkokrise überwunden sei, auch beim besten Willen, die hinsichtlich Libyens übernommenen Verpflichtungen zu halten, unter den Druck der sehr mächtigen Kolonialpartei geraten, die es gewiß nicht mit freundlichen Augen betrachten würde, wenn sich Italien in nächster Nachbarschaft der nordafrikanischen Kolonien Frankreichs seßhaft zu machen suchte. (Vgl. auch Nr. 10 851.)
Das Giolittische Eingeständnis, daß die eigentliche Triebfeder der italienischen Regierung für die Entfesselung des italienisch-türkischen Krieges das Mißtrauen gegen Frankreich (und England) gewesen sei, wird bestätigt durch Äußerungen des italienischen Botschafters in Paris Tittoni; vgl. Nr. 10823 und 10851. Die gleiche Befürchtung drückte der italienische Botschafter in Wien Herzog von Avarna gegenüber Graf Aehrenthal aus. A. Fr. Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 275, Anm. 352. Ja selbst der leitende italienische Außenminister Marquis di San Giuliano hat sich genau im gleichen Sinne unmittelbar beim Kriegsausbruche zu dem deutschen Botschafter geäußert: „Durch die Gewinnung Marokkos habe sich Frankreich ein so erdrückend großes Kolonialreich in Nordafrika geschaffen, daß dessen Macht sich nach allen Seiten hin fühlbar machen werde. Bisher habe Frankreich das Abkommen mit Italien betreffend Tripolis zwar gewissenhaft innegehalten; werde es das auch noch tun, wenn es in Marokko nichts mehr zu fürchten habe? Bei einer Trübung der Beziehungen zu Italien könne Frankreich eines Tages nur zu leicht sagen, daß es sich nicht mehr an das Abkommen gebunden fühle, und das um so leichter, als es Italien bei dem türkischen Widerstand nicht gelinge, sich eine feste wirtschaftliche Position in Tripolis zu schaffen." Bericht Jagows Nr. 147 vom 28. September 1911 (siehe denselben in extenso Nr. 10841). Ähnlich König Viktor Emanuel am 25. März 1912 zu Kaiser Wilhelm II.; vgl. Kap. CCXL, Nr. 11 264.

Innern Afrikas könnten auf den Handel von Tripolis zurückwirken. Zudem litte man hier unter dem Eindruck, daß alle anderen politische Vorteile errängen und nur Italien immer die Hände in den Schoß legte und leer ausginge. Diese Note würde auch jetzt schon von der Presse angeschlagen. Weder Giolitti noch er, San Giuliano, wollten etwas von einem tripolitanischen Abenteuer wissen, aber unter Umständen würde auch die Autorität Giolittis nicht ausreichen und die stärkste Regierung im demokratischen Italien nicht stark genug sein, um der öffentlichen Meinung standzuhalten. Alles käme auf die Türkei an. Wenn sie in dem bisher beliebten Obstruktionssystem fortfahre, den italienischen Unternehmungen Schwierigkeiten zu bereiten, so würden zweifellos neue Zwischenfälle entstehen, und die italienische Regierung könnte unter den gegebenen Umständen von der Stimmung im Lande gezwungen werden, aktiv in Tripolis vorzugehen. Leider schiene auf einen Wechsel des Wali keine Aussicht zu sein. Diesseits möchte man den Generalkonsul Pestalozza, der selbst von Tripolis wegdränge, versetzen. Herr Mercatelli sei für den Posten in Aussicht genommen, aber er, der Minister, frage sich, ob dies ausführbar sei, wenn der Wali bliebe. Die Maßregel würde hierzulande dann als ein neues Zeichen der Schwäche der Regierung aufgefaßt werden. Unglücklicherweise solle demnächst der Bau des Hafens in Tripolis vergeben werden. Der Minister fürchtet, daß die Türkei, selbst wenn die italienischen Gebote die vorteilhaftesten wären, doch Mittel und Wege finden wird, den Zuschlag nicht an Italien zu erteilen. Es hinge von Konstantinopel ab, ob die tripolitanische Frage akut werden würde.

Der Marquis, der unter heftigen Gichtschmerzen litt, war offenbar etwas pessimistisch gestimmt. Aber angesichts der Stimmung in Italien und der Schwäche der Regierung muß ich allerdings eine Komplikation in Tripolis nicht als ganz ausgeschlossen erachten. Marquis San Giuliano hat gar keinen Kredit im Lande und selbst die Autorität Herrn Giolittis hat durch den Verlauf der Monopolfrage* und sein willkürliches Eingreifen bei der Ernennung des Senators Garroni zum Botschafter erheblich eingebüßt.

v. Jagow

Nr. 10820

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 227 Therapia, den 11. August 1911

Der hiesige italienische Geschäftsträger** hat den Auftrag, falls er auf die Adjudikation der Hafenbauten in Tripolis hin angeredet

* Vgl. dazu Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, a. a. O., S. 132 ff.
** de Martino.

werden sollte, mit aller Deutlichkeit auf der Hohen Pforte zu erklären, daß Italien hierbei in erster Linie berücksichtigt zu werden verlange. Dieser Auftrag ist bisher noch nicht ausgeführt worden, wodurch eine Verschärfung des italienisch-türkischen Gegensatzes vermieden wurde.

Herr de Martino erzählte mir, er habe gestern in einer Unterredung mit dem Herrn Großwesir alle die kleinlichen Schikanen aufgezählt, unter denen die Italiener in Tripolis und Cyrene zu leiden hätten, und hinzugefügt, daß er fest überzeugt sei, die türkische Regierung werde diesem Unfug steuern, zumal es sich um ganz unbedeutende Dinge handle. Hakki Pascha entgegnete, er habe, um einen Beweis des besten Willens zu geben, den Wali, dessen ganze Tätigkeit gegen die Italiener gerichtet war, abberufen und ihn durch einen Generalkonsul ersetzt*, welcher durch einen langen Aufenthalt im Auslande, unter andern in Malta und in Rußland, die internationalen Gebräuche kenne. Der italienische Geschäftsträger dankte für diese Erklärung und glaubte, damit das Gespräch beenden zu können. Als er sich schon verabschiedet hatte, sagte Hakki Pascha jedoch zu ihm, die Hafenbauten in Tripolis würden wegen der vielen anderen wirtschaftlichen Pläne wohl noch eine Zeitlang hinausgeschoben werden; wenn sie aber zur Ausführung kämen, so müsse die Türkei auf der Adjudikation bestehen. Der Geschäftsträger vermied es, auf dieses Thema einzugehen, und glaubte, daß er trotz seines Auftrages aus Rom zu dieser Haltung berechtigt gewesen sei, weil nämlich die Hafenbauten den Erklärungen des Großwesirs zufolge in weitere Ferne gerückt seien.

Ich erkenne hieraus, daß Herrn de Martino daran gelegen ist, möglichst einen Zusammenstoß zu vermeiden, und sagte ihm, er habe völlig recht gehabt, so zu handeln, denn bei der Langsamkeit, mit der man offenbar bei den Hafenbauten vorgehen wolle, sei es besser, die italienischen Forderungen, auf welche die Hohe Pforte übrigens kaum eingehen würde, erst in späterer Zeit zu erörtern, wenn sich die Erregung wegen der Rede des Marquis di San Giuliano** und der Abberufung des Barons Mayor des Planches gelegt habe. Würden nur ein Jahr oder zwei gewonnen, so sei dies schon von großem Wert.

Herr de Martino sagte mir ferner, Marquis Pallavicini habe ihm, offenbar im Auftrage seiner Regierung, sehr zu einer milden Behandlung dieser Angelegenheit geraten, und er fragte mich, ob ich auch aus Berlin irgendwelche Nachrichten über die tripolitanischen Differenzen erhalten habe.

Miquel

---

* Bekir Sami Bey.
** Vgl. Nr. 10 815 nebst Fußnote.

Nr. 10821

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 130 Rom, den 2. September 1911

Der russische Geschäftsträger* erzählt mir streng vertraulich, Marquis San Giuliano habe kürzlich ihm gegenüber eine sehr scharfe Sprache gegen die Türkei geführt. Es werde nunmehr alles von dem neuen Wali in Tripolis abhängen; verfolge dieser Italien gegenüber dieselbe Politik wie sein Vorgänger, so werde die Regierung, von der öffentlichen Meinung gedrängt, sich zu aktivem Vorgehen entschließen müssen. Er, der Minister, habe die Großmächte von dieser Sachlage in Kenntnis gesetzt, und diese hätten erklärt, daß sie Italien nicht hindern würden, das zu tun, was es für richtig halte**.

Prinz zu Stolberg

---

* Baron von Korff-Schmising.

** Die Behauptung von der Inkenntnissetzung der Großmächte durch Italien ist nur teilweise richtig. In Kenntnis gesetzt wurden wohl die Mächte der Tripelentente, nicht aber, von vagen Andeutungen abgesehen, die Dreibundmächte. Als erste der Mächte der Tripelentente wurde am 26. Juli England ins Vertrauen gezogen, mit dem Erfolg, daß Sir E. Grey dem italienischen Botschafter erklärte: „Wenn Italien zum Schutze seiner mit Füßen getretenen Rechte, und nachdem sich alle Versuche einer friedlichen Lösung der Frage als vergeblich erwiesen hätten, zur Aktion übergehe, so werde England dies nicht nur nicht hindern, sondern Italien durch seine allerdings nur moralische Sympathie unterstützen und sich vorbehalten, im geeigneten Zeitpunkt in Konstantinopel zu verstehen zu geben, daß die Türkei im Hinblick auf ihr inkorrektes Verhalten von Italien nichts anderes erwarten könne." G. Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, a. a. O., S. 146. Genau einen Monat später wurde auch Rußland offiziell davon benachrichtigt, daß Italien die „allerentschiedensten Maßregeln zu ergreifen beabsichtige, um die normale Ordnung in Tripolis wiederherzustellen und die Türkei zu zwingen, die italienischen Interessen in Berücksichtigung zu ziehen". Vgl. den vertraulichen Brief des stellvertretenden russischen Außenministers Neratow an Baron von Korff vom 26. August 1911 (Diplomatische Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre, ed. B. v. Siebert, S. 492). Auch Giolitti bestätigt (a. a. O., S. 148), daß Rußland, das sich ja in Racconigi verpflichtet hatte, einer italienischen Aktion in Tripolis nichts in den Weg zu legen (vgl. auch: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 150 f.), von der bevorstehenden kriegerischen Aktion Italiens „in Form einer freundschaftlichen Erklärung" Notiz genommen habe. Dagegen hat Italien seine Bundesgenossen absichtlich bis zum letzten Moment im unklaren über seine Pläne gelassen. Ausdrücklich hat Marquis di San Giuliano bei Ausbruch des Krieges dem Botschafter von Jagow bestätigt, er habe „auch deswegen erst im letzten Moment uns die offizielle Mitteilung von den Entschlüssen der Regierung gemacht, um uns die Unannehmlichkeit unnützer Vermittlungsversuche zu ersparen". Siehe den diesbezüglichen Bericht von Jagows vom 28. September 1911 (Nr. 147) in Nr. 10841. Vgl. auch die Angaben Giolittis

Nr. 10822

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 132 Rom, den 5. September 1911

Die italienischen Zeitungen fahren fort, aus Anlaß der deutsch-französischen Marokkoverhandlungen die tripolitanische Frage zu erörtern, und zwar vorwiegend mit dem Leitmotiv, daß Italien diese Gelegenheit, sich Tripolis definitiv anzueignen, nicht vorübergehen lassen dürfe.

Als bemerkenswert möchte ich einen Artikel der Turiner „Stampa" aus der Feder ihres römischen Korrespondenten Cirmeni hervorheben, desselben, der neulich die Nachricht brachte, Italien habe seinen Anspruch auf Kompensationen für den Fall der Lösung der marokkanischen Frage in Berlin, Paris und London geltend gemacht*.

Ausgehend von letzterer Nachricht berichtet er jetzt, daß nicht nur diese drei, sondern alle größeren Signatarmächte der Algecirasakte dieses Recht Italiens auf Entschädigung anerkannt hätten**.

Weiter führt er dann aus: Italien fordert aber diese Kompensationen nicht nur in seiner Eigenschaft als Signatarmacht der Algecirasakte, sondern besonders auch wegen seines überwiegenden Interesses an der Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer.

Der aus einer Tunifizierung Marokkos den anderen Algecirasmächten erwachsende Schaden sei nicht der tausendste Teil dessen, der Italien träfe, wenn bei dieser Umwälzung im Mittelmeer nicht auch Veränderungen zu seinen Gunsten eintreten würden. Italien habe von allen Mächten den größten Anspruch auf eine Entschädigung, nicht zuletzt deshalb, weil es im Gegensatz zu den anderen große Opfer habe bringen müssen, um sich das Gleichgewicht im Mittelmeer garantieren zu lassen, eine Garantie, die ihm Deutschland und Österreich im Dreibundvertrage, England und Frankreich aber

---

(a. a. O., S. 149), der die Nichtbenachrichtigung der Mittelmächte aus der „Rücksicht auf die besondere Lage" erklären möchte, „in der sich Österreich und vor allem Deutschland befanden zwischen dem Bündnis mit Italien und der Freundschaft und Interessengemeinschaft mit der Türkei". Aber Giolitti muß selbst zugestehen, daß diesem angeblichen Moment der Rücksichtnahme ein sehr eigensüchtiges Motiv beigemischt war: „Wir bezweckten damit einerseits, unseren Verbündeten peinliche Situationen zu ersparen und uns andererseits gegen eine Einmischung zu sichern, die, so freundschaftlich sie gedacht sein mochte, unsere Lage doch leicht hätte erschweren können."

* Vgl. Nr. 10821, Fußnote **.

** Auch diese Nachricht ist falsch, mindestens soweit Deutschland und Österreich-Ungarn in Frage kommen.

in den bekannten, unter Delcassés Auspizien geschlossenen Verträgen gegeben haben.

Einen hiervon recht verschiedenen Standpunkt vertritt die radikale „Vita". Tripolis, so führt das Blatt etwa aus, gehöre von Rechts wegen und auch tatsächlich der Türkei, einem Staat, der über 800 000 Soldaten verfüge, eine große Tradition und mächtige Freundschaften habe und sich in einer so bevorzugten Lage befinde, daß niemand ihn anzurühren wage, da dies einen furchtbaren Krieg zur Folge haben könne.

Wenn Mazzini vor 50 Jahren geschrieben habe, daß die Herrschaft im Mittelmeer unbestreitbar Italien gehöre, so hätte sich seitdem vieles in der Welt geändert. Man solle lieber die Wirklichkeit vor Augen haben und sich davor hüten, Phrasen ernst zu nehmen.

Auch die republikanische „Ragione" nimmt in schärfster Weise gegen die tripolitanischen Pläne Italiens Stellung.

W. Prz. Stolberg

Nr. 10823

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 404 Paris, den 6. September 1911

Mein italienischer Kollege, der die Verhandlungen zwischen uns und Frankreich über Marokko stets mit lebhaftem Interesse verfolgt hat und nunmehr mit Sicherheit annimmt, daß eine Verständigung zustande kommt, in der wir Frankreich politisch völlig freie Hand in Marokko einräumen, sagt mir, für Italien werde diese Ausdehnung der französischen Macht in Nordafrika die Folge haben, daß Italien ernstlich daran denken müsse, seine Ansprüche auf Tripolis sicherzustellen. Er, Tittoni, sei als Minister des Äußern stets für ruhiges Abwarten in der tripolitanischen Frage gewesen. Damit sei es jetzt vorbei. Wenn Frankreich Herr über Marokko geworden, werde es unter dem Drängen der Kolonialchauvinisten trotz der bestehenden Abmachung mit Italien auch die Hand nach Tripolis ausstrecken. Frankreich verstehe es ja meisterhaft, Verträge zu umgehen. Es sei daher geboten, daß Italien jetzt zur Besetzung von Tripolis schreite.

Auf meine Frage, wie er sich die Auseinandersetzung mit der Türkei denke, meinte Herr Tittoni, das werde nötigenfalls die italienische Flotte besorgen.

v. Schoen

Nr. 10824

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 134 Rom, den 7. September 1911

Kürzlich suchte mich der türkische Geschäftsträger* auf und beklagte sich lebhaft über die hiesige Presse, die seit einiger Zeit die bevorstehende Besitzergreifung von Tripolis durch Italien ganz unverhüllt diskutiere und sich von Tag zu Tag mehr für diesen Gedanken begeistere. In Konstantinopel sei man hierdurch natürlich sehr beunruhigt, und er habe daher auch in der Konsulta verschiedentlich auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die in dieser, wie er sich ausdrückte, „griserie des fêtes cinquantenaires" liege. Die Antwort habe immer nur gelautet, die Presse sei frei, und man habe keine Macht, sie zu beeinflussen. Er habe aber den bestimmten Eindruck, als lasse sich die Regierung gern von der öffentlichen Meinung schieben, um anläßlich der deutsch-französischen Auseinandersetzung über Marokko mit ihren auf Tripolis gerichteten Wünschen hervorzutreten. Man könne sich unter diesen Umständen wirklich nicht wundern, wenn türkischerseits allen Forderungen Italiens auf wirtschaftliche und sonstige Betätigung in Tripolis Widerstand entgegengesetzt würde. Denn man werde doch einem Lande, das ganz offen die Hand nach einer türkischen Provinz ausstrecke, nicht auch noch die Wege dazu ebnen. Der Personenwechsel des Wali werde hieran nichts ändern; ob er so heiße oder so, sei einerlei, die Politik werde doch dieselbe bleiben.

Sehr bedenklich erscheine ihm ferner, daß neuerdings auch österreichische und sogar deutsche Blätter den Ansprüchen Italiens das Wort redeten, was hierzulande natürlich als eine willkommene Ermutigung aufgefaßt werde, in der Türkei aber, speziell was die Presse des befreundeten Deutschlands betreffe, eine bittere Enttäuschung hervorrufe. Auch sei ihm das Gerücht zu Ohren gekommen, wonach Österreich-Ungarn sich Italien gegenüber verpflichtet habe, ihm im Falle einer Besitzergreifung von Tripolis keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Tatsächlich beherrscht die tripolitanische Frage jetzt wieder fast ausschließlich das allgemeine Interesse und läßt alle anderen politischen Fragen in den Hintergrund treten. Sie bildet, wie ich bereits an anderer Stelle zu berichten die Ehre hatte**, den hauptsächlichsten Gesprächsstoff der Tagesblätter, die zum großen Teil für eine Verwirklichung der Wünsche Italiens eintreten; doch werden

* Seifeddin Bey.
** Vgl. Nr. 10822.

auch gewichtige Stimmen laut, die vor weitgehenden Plänen und unüberlegtem Vorgehen warnen.

Inwieweit die eine oder andere Richtung in der öffentlichen Meinung den Anschauungen und Absichten der maßgebenden Persönlichkeiten entspricht, sich darüber ein einigermaßen klares Bild zu machen, ist zurzeit ungeheuer schwierig. Marquis di San Giuliano braucht eine Kur in Anticoli, sein Unterstaatssekretär Fürst Scaléa und Herr Bollati befinden sich auf Urlaub, und in der Konsulta residiert augenblicklich nur der erst kürzlich ernannte Kabinettschef des Ministers Marquis Torretta. Es ist also wenig Gelegenheit, etwas Authentisches in Erfahrung zu bringen.

Ich habe aber auf Grund der nach außen erkennbaren Symptome die Empfindung, als sei man sich hier überhaupt noch nicht klar darüber, was man eigentlich will. Diesen Eindruck hatte auch der österreichisch-ungarische Geschäftsträger*, der während der neulichen kurzen Anwesenheit des Marquis di San Giuliano in Rom diesen wegen anderweitiger Aufträge zu sprechen Gelegenheit hatte und hierbei die Rede auf Tripolis brachte. Der Minister hat sich wiederum in den bekannten Klagen über die Schikanen ergangen, denen die Italiener in Tripolis seitens der türkischen Behörden ausgesetzt seien. Er müsse vorerst abwarten, welchen Weg der neue Wali einschlage; trete dieser in die Fußstapfen seines Vorgängers, dann seien die Folgen hiervon nicht abzusehen. Baron Ambrózy hatte den Eindruck, als fasse der Minister ein energisches Vorgehen zwar vorläufig noch nicht ins Auge, als wäre ihm aber das Drängen der öffentlichen Meinung doch nicht ganz unerwünscht; denn als er ihn fragte, warum, falls Italien keine Absichten auf Tripolis habe, dies nicht öffentlich erklärt werde, wich der Minister mit der Bemerkung aus, er könne die Presse schwer beeinflussen. Auch die Argumente, mit denen mein österreichisch-ungarischer Kollege, wie er mir sagte, zwar nicht im Auftrage, aber doch etwa im Sinne seiner Regierung dem Marquis zu zeigen versuchte, warum ein zu schroffes Vorgehen Italiens gegen die Türkei für ersteres höchst nachteilige Folgen haben könne, wie zum Beispiel Boykott der italienischen Waren, Rückschlag auf die Behandlung der Italiener in andern türkischen Gebieten, eventuell Massakers etc., schienen auf diesen wenig Eindruck zu machen.

Schwebt also über der prinzipiellen Frage, ob Italien überhaupt die Absicht hat, in naher Zukunft seinen tripolitanischen Aspirationen eine greifbarere Gestalt zu geben, für den hiesigen Beobachter ein ziemliches Dunkel, so gilt dies in noch höherem Maße von dem Modus, den man gegebenenfalls zur Ausführung dieser Absicht wählen würde.

---

* Baron Ambrózy.

Italien betrachtet seine Ansprüche auf Tripolis als durch die Dreibundbestimmungen wie auch durch seine Abmachungen mit Frankreich und England gewissermaßen garantiert, und es liegt nahe, daß es den Zeitpunkt, wo sich wichtige Veränderungen im Mittelmeer vorbereiten, für geeignet hält, seine vermeintlichen Rechte geltend zu machen. Die Zeitungsnachricht, wonach Italien in Berlin, Paris und London gleichsam seine Forderungen angemeldet hätte, entbehrt daher nicht einer gewissen Wahrscheinlichkeit; ob sie indessen den Tatsachen entspricht, entzieht sich meiner Beurteilung.

Italien könnte ferner an eine kommerzielle und wirtschaftliche Penetration von Tripolis in größerem Maßstabe als bisher denken. Steht es doch schon jetzt auf dem Standpunkt, daß es bezüglich der wirtschaftlichen Exploitierung von Tripolis nicht nur ein Vorrecht besitzt, sondern daß ihm vielmehr das alleinige Recht hierzu zusteht. Ob aber die Türkei einer solchen Monopolisierung ruhig zusehen würde, erscheint mir nach den oben erwähnten Äußerungen des türkischen Vertreters immerhin zweifelhaft. Von anderer Seite verlautet ja allerdings, daß der neue Wali die Weisung erhalten habe, den Italienern gegenüber möglichstes Entgegenkommen zu zeigen. Sollte es Italien allerdings gelingen, durch freundschaftliche Verhandlungen mit der Türkei sich eine privilegierte Stellung in Tripolis zu schaffen, so wäre das natürlich die günstigste Lösung des Problems.

Eine andere Frage ist es freilich, ob die Italiener überhaupt die Fähigkeit besitzen, eine wirtschaftliche Expansion nach Tripolis im großen Stil in die Wege zu leiten und durchzuführen. Wie mir der Kaiserliche Konsul in Tripolis* kürzlich sagte, haben sie große Erfolge bisher nicht aufzuweisen, auch scheint die Quantität und die Qualität der dort sich niederlassenden Elemente noch viel zu wünschen übrig zu lassen; hat doch für das bedeutendste italienische Unternehmen, eine Mühle, ein Deutscher als Leiter berufen werden müssen. Dazu kommt die finanzielle Seite. Italien hat innerhalb seiner Grenzpfähle so unendlich viel in Ordnung zu bringen, und es stehen ihm so ungeheuere Ausgaben auf militärischem, wirtschaftlichem, sozialem, hygienischem etc. Gebiete bevor, daß man sich wirklich fragen muß, ob das der Moment ist, um eine großzügige Kolonialpolitik zu inaugurieren.

Ist es aber dennoch entschlossen, diesen Weg zu beschreiten, und findet es dabei hartnäckigen Widerstand der Türkei, so bliebe als ultima ratio ein bewaffnetes Vorgehen. Man würde sich hierzu gewiß nicht leichtsinnig entschließen, aber, daß der Gedanke daran schon früher ventiliert worden ist, hat ja selbst Marquis di San Giuliano zugegeben. Wie ich höre, ist diese Eventualität auch ein-

---

* Tilger.

mal im Gespräch zwischen dem Fürsten Scaléa und dem türkischen Geschäftsträger berührt worden. Dieser hatte auf die drohenden türkischen Bajonette hingewiesen, die sich einer italienischen Invasion entgegenstellen würden, der Unterstaatssekretär will aber diesen Einschüchterungsversuch mit einer skeptisch-ironischen Bemerkung pariert haben.

In welcher Weise man sich eine militärische Expedition nach Tripolis denkt, vermag ich natürlich nicht zu sagen, noch viel weniger, ob sie Aussicht auf Erfolg haben, bezw. ob und inwieweit die Türkei in der Lage sein würde, sich ihr wirksam zu widersetzen. Jedenfalls könnte sich Italien, ohne tollkühn zu sein, nicht auf ein solches Experiment einlassen, wenn es nicht die Gewißheit hat, daß ihm die Verbündeten und die anderen interessierten Mächte hierbei nicht in den Arm fallen.

Nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Ereignisse dürfte schließlich die Stellung der Regierung im eigenen Lande bleiben. Dieselbe steht dank mancher Mißerfolge augenblicklich auf schwachen Füßen, und es besteht daher immer die Möglichkeit, daß sie sich von der Woge der öffentlichen Meinung mitreißen und zu Schritten treiben läßt, die sie selbst im Grunde lieber unterlassen würde. Speziell Herr Giolitti hat in letzter Zeit viel von seinem Prestige verloren, nicht zum wenigsten durch sein Verhalten der Cholera gegenüber, das ihm den Zorn weiter Kreise des Landes zugezogen hat. Es ist in der Presse verschiedentlich gesagt worden, daß er sich neuerdings sehr eingehend mit auswärtigen Fragen befasse, und es gab Stimmen, die behaupteten, daß es sein Verdienst sei, wenn Italien endlich aus seiner Lethargie aufwache und durch eine kräftige auswärtige Politik das verloren gegangene Ansehen in der Welt sich wieder erobere. Vielleicht lockt ihn der Gedanke, durch eine energische Aktion und einen Erfolg nach außen seine Stellung neu zu kräftigen.

In ähnlicher Lage befindet sich Marquis di San Giuliano. Dazu kommt, daß er gleich wie Fürst Scaléa Sizilianer ist. Sizilien ist aber der Hauptherd der tripolitanischen Agitation; es stellt das bedeutendste Kontingent der italienischen Auswanderung nach Amerika, und es liegt auf der Hand, welchen wirtschaftlichen Vorteil es für die Insel bedeuten würde, wenn der Strom der Auswanderer anstatt in die ferne neue Welt in das nahe gelegene und der Heimat an Lebensbedingungen so viel ähnlichere Tripolis geleitet werden und sich dort unter dem Schutz der heimatlichen Flagge ungestörter und ersprießlicher Arbeit widmen könnte.

Es dürfte den beiden leitenden Herren aus der Konsulta gewiß oft nicht ganz leicht sein, sich dem Wünschen und Drängen ihrer engeren Landsleute völlig zu verschließen.

W. Prz. Stolberg

Nr. 10825

Der Geschäftsträger in Konstantinopel von Miquel an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 270 Therapia, den 11. September 1911

Streng vertraulich

Als ich heute mit dem Herrn Großwesir über das deutsch-russische Abkommen* gesprochen hatte, sagte er:

„Sie werden vielleicht erstaunt sein, wenn ich schon wieder eine Schwierigkeit erwähne, die auf einem ganz anderen Gebiete liegt. Wir haben aber solche Besorgnisse wegen der italienischen Ansprüche auf Tripolis, daß ich nicht umhin kann, darüber zu sprechen. Die südlichen Völker wie die Italiener sind leicht erregbar, und man weiß nicht, zu welchem Handstreich sie sich hinreißen lassen. Der Marquis di San Giuliano besitzt kaum den nötigen Einfluß, die öffentliche Meinung zu beruhigen, und Tittoni, welcher eine bedeutendere Persönlichkeit ist, hat keine Lust mehr, das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen. Zweimal hat Italien versucht, einen Geheimvertrag mit uns zu schließen, wonach wir uns verpflichten sollten, nur Italien zur wirtschaftlichen Betätigung in Tripolis zuzulassen, einmal unter dem Marquis Imperiali** und sodann zur Zeit des Barons Mayor des Planches. Stets haben wir uns demgegenüber ablehnend verhalten. Als Botschafter in Rom habe ich direkt gefragt, ob man eigentlich den Krieg wolle, oder ob all das Geschrei nur eine platonische Bedeutung habe. Als mir erwidert wurde, man denke nicht an einen feindlichen Akt, habe ich gesagt, dann solle man auch aufhören, die Türkei zu verletzen und zu reizen. Heute ist die Lage trotz des mehr oder minder schwachen Dementis schlimmer als zuvor. In der Tat sind wir nicht imstande, Tripolis zu heben und aus der ganz zurückgebliebenen Bevölkerung in wenigen Jahren brauchbare Menschen zu machen; Albanien, Syrien, Palästina, Kurdistan gehen vor. Dort müssen wir zuerst mit aller Kraft einsetzen. Es ist also nicht leicht, unsere Stellung in Tripolis aufrechtzuerhalten, falls Italien es angreift. Dahin könnte es aber kommen, wenn die Großmächte nicht ihr Veto einlegen.

Wie steht es zunächst mit Frankreich? Ich weiß darüber nicht genau Bescheid, aber es scheint festzustehen, daß es zur Zeit des Algecirasvertrages der italienischen Regierung hinsichtlich Tripolitaniens Zusicherungen gemacht hat***. Wir müssen diese Nachricht

* Gemeint ist das Abkommen vom 19. August 1911 über Persien, das in der Türkei Anstoß erregte. Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXIX, Nr. 10 255, S. 962, Fußnote.

** Italienischer Botschafter in Konstantinopel 1904/10.

*** Es war bekanntlich schon 1900 geschehen.

als zutreffend ansehen, denn anders könnten wir es uns nicht erklären, daß Italien damals seiner Eigenschaft als Dreibundmacht so wenig Ehre angetan hat.

Noch wichtiger ist England. Es hat gar kein Interesse daran, Italien als Nachbarstaat von Ägypten zu sehen, und wird gewiß nichts dazu tun, diese Entwicklung zu fördern. Es fragt sich nur, ob es eventuell gegen das italienische Vordringen Front machen würde, und da muß ich leider sagen, so weit wird England nicht gehen, es wird dem Gang der Dinge seinen freien Lauf lassen.

Mit Österreich-Ungarn steht es ähnlich. Es wünscht keine Ausdehnung Italiens am Mittelmeer, und dennoch wird es im entscheidenden Augenblick keine Gegenmittel ergreifen.

Und schließlich Deutschland? Ihr Vorteil ist es, daß Tripolis unter türkischer Oberherrschaft verbleibt, damit Deutschland dort Handel treiben kann. Da wir kein Industriestaat sind und zu meiner Zeit gewiß niemals werden, so können Sie auf lange Jahre hinaus auf eine zunehmende Handelsbetätigung in Tripolis rechnen. Denn einerseits brauchen wir fremde Unternehmer, andererseits können wir keinen allzu hohen Zoll einführen. Ihr Interesse liegt also deutlich zutage. Aber Italien könnte darauf Rücksicht nehmen; es könnte Deutschland die Handelsfreiheit etc. garantieren. In diesem Falle vermindert sich Ihr Interesse ganz von selbst. Wie wird dann die Haltung Deutschlands sein, wenn es zur Entscheidung kommt? Dies alles sind Fragen, die uns sehr lebhaft beschäftigen."

Dem Herrn Großwesir lag offenbar mehr daran, seine eigenen Gedanken auszusprechen, als eine Antwort zu erhalten. Ich konnte mich daher darauf beschränken zu sagen, daß aus unserer ganzen Politik hervorgehe, wie sehr uns an der Aufrechterhaltung des türkischen Besitzstandes gelegen sei, und daß hierin eine Änderung nicht eintreten würde. Wir erkennten durchaus an, daß wir auf türkischem Gebiete viel mehr Aussicht auf Erweiterung des Handels hätten als in Ländern, über welche eine andere europäische Großmacht verfüge. Im übrigen könnte ich nicht annehmen, daß Italien sich zu einem solchen Gewaltstreich verleiten lassen würde, der, wie es jedenfalls feststehe, von keiner Seite gebilligt werden würde.

An diesen Ausführungen des Herrn Großwesirs fiel mir wieder die nüchterne Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse auf. Er beschönigt nichts, sondern erkennt die Gefahr in vollem Maße. In dieser Hinsicht ist er den meisten Türken, namentlich auch den militärischen Kreisen recht überlegen, welche nur allzusehr zur Selbstüberschätzung neigen. Die offene Aussprache zeigt ferner, daß er die türkischen und die deutschen Interessen in dieser Frage identisch weiß und Deutschland mehr trauen kann als irgendeiner anderen Macht.

Miquel

Nr. 10826

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 88 Rom, den 14. September 1911

Marquis San Giuliano sagt mir heute abend, er habe bei Botschaft Konstantinopel telegraphisch angefragt, ob von türkischen Zeitungen gebrachte Nachricht über Munitionssendungen nach Tripolis und Boykotterklärung gegen Italien auf Wahrheit beruhe, aber noch keine Antwort erhalten. Sollte jedoch Nachricht wahr sein, so werde dadurch sehr ernste Lage geschaffen, da bei der im ganzen Lande herrschenden großen Erregtheit der öffentlichen Meinung Folgen nicht abzusehen seien.

Stolberg

Nr. 10827

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 139 Rom, den 19. September 1911

Herr Bollati, der kürzlich vom Urlaub zurückgekehrt ist, sagte mir über Tripolis etwa folgendes:

Es ist unrichtig, wenn man sagt, daß wir anläßlich der deutsch-französischen Auseinandersetzung über Marokko Kompensationen verlangen. Was wir wollen, ist, daß jetzt, wo sich eine Verschiebung des Gleichgewichts im Mittelmeer zugunsten Frankreichs vorbereitet, unsere privilegierte Stellung in Tripolis, die uns durch die Abmachungen mit Frankreich und England sowie durch die Dreibundverträge garantiert ist, ein für allemal anerkannt wird. Wir wollen weder ein Protektorat noch eine Okkupation von Tripolis, sondern verlangen nur, daß die Türkei uns gestattet, der uns zugesprochenen Vorzugsstellung entsprechend uns wirtschaftlich frei zu betätigen. Dies ist uns bisher seitens der Türkei nicht nur erschwert, sondern überhaupt unmöglich gemacht worden. Die Folge hiervon ist die ungeheuere Erregung der öffentlichen Meinung, die mit Ausnahme der Sozialisten von dem ganzen Lande geteilt wird. Dazu kommt, daß die Erinnerung an unsere afrikanischen Mißerfolge im italienischen Volke fortlebt und in ihm den Wunsch wach erhält, durch einen positiven Erfolg die Scharte auszuwetzen. Glücklicherweise hat sich

die Nachricht von einer Boykotterklärung gegen Italien nicht bewahrheitet; das hätte natürlich eine sehr ernste Lage schaffen können. Man wird jetzt abwarten müssen, wie sich die Türkei weiterhin verhält; von ihr hängt es ab, wie sich die Dinge gestalten werden. Es ist zu hoffen, daß keine Ereignisse eintreten, die uns zu einem anderen Vorgehen zwingen würden.

W. Prz. Stolberg

Nr. 10828

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 219 Therapia, den 24. September 1911

Der italienische Geschäftsträger sagt mir vertraulich, er habe heute nacht den Befehl von Rom erhalten, dem Großwesir unverzüglich folgende Eröffnung zu machen: „Nach übereinstimmenden Berichten der italienischen Konsuln aus Tripolitanien sei dort von Offizieren, Ulemas und dem jungtürkischen Lokalkomitee unter den Einheimischen durch fortgesetzte Agitationen eine hochgradige Erregung gegen Italien und die italienischen Kolonien erzeugt worden. Unter diesen Umständen erachte es die italienische Regierung für gefährlich, wenn die Pforte ihre Absicht, Truppen und Munition nach Tripolis zu senden, ausführe, da nach Ankunft von militärischen Transporten die bestehende Erregung leicht in Gewaltakte ausarten könne." Der Geschäftsträger hat diese Mitteilung heute morgen schriftlich an den Großwesir gelangen lassen.

Herr von Martino bestätigte mir, daß auf Befehl des Marineministeriums sämtliche Schiffe der vom Staat subventionierten Gesellschaft des Service maritime „rapatriiert" worden seien. Infolge dieses Befehls seien die gestern in den Dardanellen angelangten Schiffe nach Ausschiffung ihrer Passagiere nach Italien zurückgekehrt.

Über die Absichten seiner Regierung wollte der Geschäftsträger nicht informiert sein. Aus seinen privaten Äußerungen entnehme ich jedoch, daß er den Moment für eine militärische Aktion in Tripolis für gekommen erachtet und jedes Ministerium für verloren hält, das diesen Moment nicht benutzt. — Bezüglich der nach Sizilien entsandten Kriegsschiffe hat er die Instruktion, sich dahin auszusprechen, daß dieselben sich bereit halten sollten, falls es in Tripolis zu Gewaltakten gegen Italiener käme, zum Schutz derselben einzugreifen.

Marschall

Nr. 10829

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 147 Berlin, den 24. September 1911

Der Kaiserliche Geschäftsträger in Rom meldet*:

„Herr Bollati sagt mir, daß die anscheinend nahe bevorstehende deutsch-französische Einigung über Marokko Zeitpunkt für Italien sein werde, tripolitanische Frage zu lösen. Italien sei zu finanzieller Entschädigung an Türkei bereit, doch sei unwahrscheinlich, daß diese sich hierauf einlassen werde. Zwar sei türkische Presse seit einigen Tagen weniger kriegerisch, doch habe man wohl von oben auf Presse gedrückt, um Ereignisse nicht zu beschleunigen. Er zweifle, daß Lösung auf friedlichem Wege möglich.

Abreise neuen italienischen Botschafters nach Konstantinopel vorläufig noch für Anfang Oktober in Aussicht genommen."

Wir wirken nach Möglichkeit auf italienische Regierung ein, um sie von Unbesonnenheiten abzuhalten. Bitte auf Pforte tunlichst einwirken, damit sie in Anbetracht italienischer Gereiztheit italienischen wirtschaftlichen Wünschen in Tripolis entgegenkommt.

Kiderlen

Nr. 10830

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 64 Berlin, den 24. September 1911

Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel meldet**:

„Italienischer Stationär ist gestern abgefahren, nicht etwa um Botschafter Garroni abzuholen, wie behauptet wurde, sondern um sich vor der Tripolisaktion in Sicherheit zu bringen. Marquis Garroni wird in absehbarer Zeit nicht nach Konstantinopel kommen. Die Dampfer der Società Italiana erhielten von ihrer Direktion Befehl, außerhalb der Dardanellen und des Bosporus zu bleiben. Nachdem der österreichisch-ungarische Stationär Dampf aufgemacht, um nötigenfalls Mitglieder der italienischen Kolonie zu schützen, hat der

* Telegramm Prinz zu Stolbergs Nr. 93 vom 22. September.
** Telegramm Freiherrn von Marschalls Nr. 218 vom 24. September.

Kommandant S. M. S. ‚Loreley'*, wie er mir sagte, dieselbe Anordnung getroffen und diese nach Berlin telegraphisch gemeldet. Irgendeine Bitte um Schutz der italienischen Kolonie ist mir bis jetzt nicht zugegangen.

Mehrere italienische Kriegsschiffe, die nach Sizilien abgegangen sind, sollen hiesigen Gerüchten zufolge in Tripolis angekommen sein. Das mit Munition für Tripolis beladene türkische Schiff ‚Derna' ist nicht nach seinem Bestimmungsort abgegangen."

Euerer Majestät Geschäftsträger in Rom meldet ferner**:

„Auf Grund königlichen Dekrets hat Kriegsministerium Einberufung Jahrgangs 1888 für 26. September verfügt. Ausgenommen jedoch Pioniere, Alpini und Kavallerie, so daß bei allen Korps Jahrgang 1888 und 1890 unter den Waffen. Nur X. Korps Neapel und XII. Palermo, bei denen Jahrgang 1889 angeblich wegen Cholera noch nicht entlassen war, zählt drei Jahrgänge.

Als Basis für eventuelle Expedition nach Tripolis ist anscheinend Syrakus beziehungsweise Augusta in Aussicht genommen.

Es verlautet, daß etwa 40 Fahrzeuge der italienischen Handelsmarine für Truppentransport gechartert sind."

Italien ist diesseits vor „Abenteuer" wiederholt gewarnt worden.

Alleruntertänigst

Kiderlen

Schlußbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
Von England angestiftet um einerseits uns mit unsrem Verbündeten zu entzweien***, letztren zu schädigen (Frankreich gegenüber) und (Dreibund) mit Türkei zu verfeinden, da er ein Mitglied des 3 Bundes ist, und um Frankreich Ungelegenheiten zu machen, da wir nach Einigung mit ihm, für England fortfallen! W.
England will uns anderen bei der Mohammed[anischen] Welt durch Italien in Tripolis verdächtigen, das Türkische (Stambuler) Chalifat als ohnmächtig den Muslimen darstellen, da es die Muslimen nicht vor Verlust altmohammedanischer Länder Tripolis, Tunis, Marocco bewahrt hat. Daher muß das Arabische Chalifat unter Anglo-Egyptischen Schutz und Bemäntelung den Mohammedanern mundgerecht gemacht werden. Kitchener

---

* Korvettenkapitän von Gaudecker.

** Telegramm Prinz zu Stolbergs Nr. 95 vom 24. September.

*** Die Auffassung, England (und Frankreich) hätten Italien zu seinem kriegerischen Vorgehen gegen die Türkei angetrieben, da sie ein großes Interesse besäßen, die deutsche Politik bei den Türken zu diskreditieren, wurde auch von dem Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall geteilt (siehe dessen Telegramm Nr. 226 vom 27. September in Nr. 10838). Ebenso bezeichnete der türkische Großwesir Hakki Pascha England als das „eigentlich treibende Element in der tripolitanischen Frage" (vgl. Nr. 10840). Daß die englische Regierung wirklich die italienische zu ihrem Vorgehen durch das unmittelbar vor Kriegsausbruch wiederholte Versprechen ihrer moralischen Unterstützung ermutigt hat, bestätigt ja auch Giolitti. Vgl. Nr. 10821, Fußnote ** und Nr. 10832, S. 53, Fußnote *. Die Stellungnahme der englischen Regierung, die in

wird die Sache schon machen *, zumal der gefürchtete Aufpasser Oppenheim ** leider gerade fort ist. Zum Durbar in Indien wo die Meisten Mohammed [anischen] Fürsten hinkommen, die noch für loyal gehalten werden, kann man, dann schon mit einigen Ouverturen ihnen entgegenkommen und sie zu gewinnen versuchen. Zugleich auch auf die Afrikanischen Mohammedaner Einwirkung zu erlangen, ist Egypten vortrefflich gelegen. Ist Stambul erst zurückgeschoben, dann tritt England als Garant und Beschützer des neuen Chalifats auf, und wir anderen haben alle das Nachsehen. W.

Nr. 10831

Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 142 Rom, den 23. September 1911
[pr. 25. September]

Bei einem Gespräch, das ich gestern abend mit Herrn Bollati hatte, kam die Rede wieder auf Tripolis, und zwar hatten seine Äußerungen dieses Mal einen etwas positiveren Charakter als bei unserer letzten Unterredung. Ausgehend von den deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko, deren Abschluß den aus Berlin

auffälligem Gegensatz zu der von der englischen öffentlichen Meinung eingenommenen Haltung stand, im übrigen sich nach dem einmal ausgebrochenen Kriege bald wandelte, ist auch englischen Historikern sehr aufgefallen. So konstatiert G. P. Gooch (History of Modern Europe 1878—1919, p. 487; ähnlich in: The Cambridge History of British Foreign Policy Vol. III, p. 455). „British opinion was hostile; yet no word of protest or rebuke was heard from the Minister who had so sharply condemned the far less serious offence of the annexation of Bosnia."
Die in der englischen Presse kurz nach dem Ausbruch des Krieges auftauchende Version, Deutschland und Österreich hätten bei dem Ausbruch des italienisch-türkischen Konflikts ihre Hand im Spiele gehabt, steht in Widerspruch mit den Akten. Richtig ist daran lediglich, daß Graf Aehrenthal an sich die Ablenkung Italiens von irredentistischen Bestrebungen nicht ungern sah. Am 10. August schrieb er darüber aus Mendel an Staatssekretär von Kiderlen: „Ich kann nicht verhehlen, daß mir Italiens Interesse an Nordafrika aus naheliegenden Gründen paßt. Auch dürfte es den italienischen Staatsmännern wirklich schwer fallen, im gegenwärtigen Augenblicke, wo eine neue Kleider- (richtiger gesagt Schürzen-) Verteilung in Afrika im Zuge ist, tugendhaft zu bleiben." Gleichwohl ersuchte Graf Aehrenthal den italienischen Botschafter, nach Rom zu melden, er, Aehrenthal, hätte die Überzeugung, die italienische Regierung würde nur in wirklichem Notfalle zu dem äußersten Mittel einer Expedition nach Tripolis greifen, weil dessen Anwendung schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen werde. In der Kiderlenschen Antwort an Graf Aehrenthal, d. d. Wilhelmshöhe, 18. August 1911, hieß es: „Eine italienische Expedition nach Tripolis würde ich zurzeit für ebenso bedenklich halten als Sie!" Siehe den vollen Text beider Briefe in Kap. CCXL, Nr. 11 218 und 11 220. Vgl. auch A. Fr. Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 277.

* Lord Kitchener war Anfang September zum englischen diplomatischen Agenten in Kairo ernannt worden.

** Max Freiherr von Oppenheim, Forschungsreisender, dem Generalkonsulat in Kairo attachiert.

und Paris eingegangenen Nachrichten zufolge für die nächste Zeit bevorzustehen scheine*, erklärte der Generalsekretär, daß dies[1] für Italien der Zeitpunkt sei, die tripolitanische Frage zu lösen. Frankreich stehe im Begriff, einen ungeheuren Machtzuwachs im Mittelmeer zu erhalten, und da sei es für Italien Zeit, sich seinen Platz ebenfalls zu sichern. Italien würde ja mit Freuden bereit sein, sich auf finanziellem Wege mit der Türkei über Tripolis zu verständigen, aber es sei kaum anzunehmen, daß man türkischerseits darauf eingehen werde. Die Presse in Konstantinopel, die anfänglich einen recht kriegerischen und feindlichen Ton gegen Italien angeschlagen habe, sei allerdings in den letzten Tagen ruhiger geworden; er nehme aber an, daß dies auf ein mot d'ordre zurückzuführen sei und man ihr bedeutet habe, daß bei der gereizten Stimmung in Italien nicht abzusehen, was geschehen werde.

Auf meine Frage, ob er eine Lösung auf friedlichem Wege für möglich halte, erwiderte Herr Bollati: „J'en doute."

Etwaige Komplikationen auf der Balkanhalbinsel, die als Folge des Vorgehens Italiens gegen die Türkei eintreten könnten, befürchtet Herr Bollati nicht.

So wird denn die Welt damit rechnen müssen, daß in dem Augenblick, wo Frankreich Herr von Marokko wird, Italien seine Ansprüche auf Tripolis geltend macht, und zwar, falls ihm keine andere Macht in den Arm fällt, und falls die Türkei nicht doch noch im letzten Moment eine friedliche Verständigung ermöglicht, mit bewaffneter Hand. Der Entschluß hierzu würde der Regierung durch das Bewußtsein erleichtert werden, daß die öffentliche Meinung des Landes so gut wie geschlossen hinter ihr steht.

Daß inzwischen militärische Vorbereitungen zu Wasser und zu Lande getroffen werden, erscheint zweifellos; inwieweit diese das Maß der bei einer gespannten politischen Situation selbstverständlichen Vorsichtsmaßregeln überschreiten, entzieht sich vorläufig einer sicheren Beurteilung.

W. Prz. Stolberg

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Hat gar nichts damit zu thun!

Nr. 10832

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 220 Therapia, den 25. September 1911

Auf der italienischen Botschaft wurde gestern abend versichert, daß die Pforte in Paris und London vorgestern Demarche habe

* Vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXXI.

machen lassen, um Frankreich und England zu einer Intervention in Rom zu bewegen, an beiden Stellen aber eine kühl abweisende Antwort erteilt worden sei*.

In türkischen Kreisen herrscht trotz des Bairams, der sonst alle Geschäfte ruhen läßt, eine sehr große Aufregung und Ratlosigkeit. Man ist auf der Pforte überzeugt, daß Italien in den nächsten Tagen einen Handstreich gegen Tripolis vornehmen wird. Vorläufig glaube ich, wenn nicht ein besonderer Zwischenfall eintritt, der allerdings bei der herrschenden Stimmung sehr möglich ist, noch nicht daran, daß in dieser Beziehung schon entscheidende Entschlüsse in Rom gefaßt sind. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, daß die Pforte durch Erteilung wirtschaftlicher Konzessionen, zum Beispiel des Hafens von Tripolis, Italien noch einmal beruhigen könnte.

Marschall

Nr. 10833

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Rom Prinzen zu Stolberg-Wernigerode

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 82 Berlin, den 26. September 1911

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel telegraphiert**:

„Mahmud Schewket*** besuchte mich heute früh und sprach sich in sichtlicher Erregung über die Tripolisfrage aus. Er zeigte mir eine Note, die gestern vom italienischen Geschäftsträger eingegangen war†, und bemerkte, daß das Schiff ‚Derna' bereits vor fünf Tagen mit Waffen und Munition nach Tripolis abgegangen sei, und daß weitere Sendungen sich in Vorbereitung befänden. Ich nehme an, daß man diese Sendungen zurückhalten wird.

---

* Vgl. dazu die Angaben bei G. Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, a. a. O. S. 147: „Die herzlichen und freundschaftlichen Dispositionen Englands . . . fanden im entscheidenden Augenblick ihre loyale Bekräftigung. Als nämlich am 26. September, am Vorabend unserer Aktion, der türkische Botschafter in London im Foreign Office mit der Bitte vorstellig wurde, England möge intervenieren, indem es uns zur Mäßigung rate, ließ ihm Grey antworten, daß England, weil es sich um eine ausschließlich zwischen Italien und der Türkei schwebende Angelegenheit handle, nicht gesonnen sei, in irgendeiner Weise einzugreifen, auch dann nicht, wenn Italien in letzter Folge zur Besitzergreifung von Tripolitanien schreiten sollte." Auch Frankreich ließ nach Giolitti (a. a. O., S. 148) am 22. versichern, „Italien könne hinsichtlich der von uns geplanten Aktion in Tripolitanien auf die bedingungslose Unterstützung der französischen Regierung zählen".

** Telegramm Nr. 222 vom 25. September.

*** Türkischer Kriegsminister.

† Vgl. Nr. 10828.

Hakki Pascha, den ich seinem Wunsch entsprechend heute nachmittag besuchte, war ebenfalls sehr erregt. Italien könne irgendeinen stichhaltigen Grund zu seinem Vorgehen aus Handlungen der Pforte nicht entnehmen. Offenbar hätten den Anstoß dazu die deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko gegeben. Am Quai d'Orsay habe man dem türkischen Geschäftsträger* eine kühl abweisende Antwort erteilt, was begreiflich sei, da zwischen Frankreich und England** Verabredungen über Tripolis existierten. In London habe man dem Botschafter*** mit ‚ironischen' Bemerkungen das mit Italien verbündete Deutschland als möglichen Retter in der Not benannt. In Berlin halte man die Lage anscheinend nicht für so ernst. Er wolle nun von mir Rat einholen, was in dieser kritischen Situation zu tun sei.

Zunächst wies ich die Annahme zurück, daß Deutschland mit seinen Verhandlungen über Marokko die Lage verschuldet habe. In erster Linie sei die falsche Politik daran schuld, welche die Türkei bezüglich Tripolitaniens gegenüber Italien verfolgt habe. Eine Politik der passiven Resistenz sei es gewesen, die notwendig dazu hätte führen müssen, daß ‚une dernière goutte fait déborder le vase'. Ich hätte die Pforte hierauf seit Jahren vergeblich aufmerksam gemacht. Die Italiener seien ein erregbares Volk. Die italienische Regierung müsse der Strömung der öffentlichen Meinung Rechnung tragen.

Der Großwesir entgegnete, er sei gern bereit, Italien jeden ‚succès' in Tripolis zu gewähren, der mit dem Charakter des Landes als türkische Provinz im Einklang stehe. Die Idee einer Abtretung des Landes gegen Geld werde jeder türkische Minister mit Entrüstung ablehnen. Wünsche aber Italien dort wirtschaftliche Konzessionen, so sei er zu allem bereit. Die italienische Regierung möge eine Liste der Eisenbahnen, Straßen, Häfen, Bergwerke usw. aufstellen, deren Konzessionierung sie wünsche. Schon jetzt sage er die Bewilligung zu. Als ich einwarf, türkische Versprechungen prinzipieller Art, die im kritischen Moment gegeben würden, besäßen wenig Wert, da nach Beseitigung der Gefahr erfahrungsmäßig die Schwierigkeiten im Detail begännen, entgegnete der Großwesir: ‚Dann nehme man in die Liste auch die Details auf, so daß nur noch die Erledigung der Formalien übrigbleibt. Ein Wirtschaftsmonopol kann ich den Italienern natürlich nicht gewähren, da dies den Verträgen widersprechen würde.'

‚Dieser Vorschlag', fuhr der Großwesir fort, ‚gibt Italien die Wahl, entweder alle gewünschten Konzessionen in Tripolis zu erhalten oder durch einen militärischen Gewaltstreich unabsehbare Folgen heraufzubeschwören. Sollte Tripolis dann auch für uns ver-

---

* A. Rustem Bey.
** sic!
*** Tewfik Pascha.

loren gehen, so werden wir den Italienern doch auf türkischem Gebiet jeden nur möglichen Schaden zufügen. 60 000—100 000 italienische Staatsangehörige treiben in unserem Lande Gewerbe, der Handel und die Schiffahrt Italiens bieten ein ausgedehntes Angriffsobjekt. Die Wegnahme von Tripolis würde für unsere innere Lage eine förmliche Katastrophe bedeuten. Daß mein Ministerium stürzen würde, wäre das geringste. Aber das ganze neue System würde bankerott werden, ohne daß wir einen Ersatz dafür haben. Niemand kann vorhersehen, nach welcher Richtung sich bei der allgemeinen Aufregung unsere Zustände dann entwickeln würden. Das allein kann ich sagen, daß alle Mächte, die an der Erhaltung des Status quo interessiert sind, dringend wünschen müssen, daß es nicht zu einem italienischen Gewaltakt kommt.'

Dieser Prognose des Großwesirs konnte ich nicht widersprechen; ich halte nach meiner Kenntnis der Dinge seine Befürchtungen für die innere Lage für wohlbegründet. Als Hakki Pascha jedoch bemerkte, wegen des Zusammenhanges des italienischen Vorgehens mit Marokko könne auch unsere Stellung in der Türkei schwer notleiden, habe ich ihm erwidert, dieses Argument mache auf mich keinen Eindruck. Unsere Orientpolitik sei durchaus klar und zielbewußt; durch etwaige ups and downs, an die ich hier längst gewohnt sei, könne sie in keiner Weise beeinflußt werden."

Euer pp. wollen den Inhalt dieses Telegramms dort vertraulich mitteilen und dazu bemerken, wir müßten es der italienischen Regierung überlassen, ob sie den von Hakki Pascha angedeuteten sehr entgegenkommenden Weg beschreiten wolle. Der Kaiserliche Botschafter reise heute nach Rom ab* und sei zu weiteren Besprechungen ermächtigt, sobald die italienische Regierung dies wünsche.

Kiderlen

Nr. 10834

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg, z. Z. in Hohenfinow

Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Berlin, den 26. September 1911

Den wesentlichen Inhalt der im Abdruck anliegenden Meldung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel habe ich sowohl dem hiesigen italienischen Botschafter wie unserer Botschaft in Rom mitgeteilt**. Von beiden Stellen wird auf die italienische Regierung

* Siehe das folgende Schriftstück.
** Vgl. Nr. 10 833.

eingewirkt werden, daß sie den sehr annehmbaren Vorschlag der Pforte benutzt, um sich aus ihrer bedenklichen Situation herauszuziehen.

Den zurzeit hier auf Urlaub anwesenden Kaiserlichen Botschafter von Jagow habe ich veranlaßt, heute nach Rom zurückzukehren, da es mir erwünscht schien, daß sich in diesem kritischen Moment der Botschafter auf seinem Posten befindet.

Seiner Majestät dem Kaiser ist das Telegramm aus Konstantinopel telegraphisch übermittelt und von vorstehendem Meldung erstattet worden.

Kiderlen

Nr. 10835

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 223 Therapia, den 26. September 1911

Herr Tscharykow*, der vorgestern aus Urlaub zurückgekehrt ist, besuchte mich heute und sprach mir über die tripolitanische Frage. Er sagte mir, wenn auch Rußland an dem Schicksal von Tripolis direkt nicht beteiligt sei, so habe es doch ein sehr großes Interesse daran, daß die Ruhe in der Türkei und vor allem am Balkan nicht gestört und die orientalische Frage nicht in ihrer Gesamtheit aufgerührt werde. Der Botschafter befürchtet von einem Gewaltakt der Italiener gegen Tripolis:

1) daß die Erbitterung gegen die Italiener sich in Gewaltakten gegen die italienischen Kolonien dieses Landes kundgebe, Italien dann Kriegsschiffe nach Smyrna, Beirut, Salonik usw. sende und dadurch türkische Erbitterung in einer Weise gesteigert werde, daß eine Bedrohung der Christen und Ausländer überhaupt eintrete;

2) daß die Türkei, wenn sie Tripolis durch einen Gewaltakt verliere, auf den Gedanken komme, sich anderwärts schadlos zu halten und beispielsweise Thessalien zu besetzen;

3) daß im Innern des Landes eine allgemeine Verwirrung eintrete, die notwendig auch die Ruhe in den Balkanländern kompromittieren würde. Damit werde die orientalische Frage von neuem eröffnet sein.

Ich habe Herrn Tscharykow gesagt, daß ich seine Befürchtungen durchaus teile und nach meiner Überzeugung die üblen Konsequenzen einer Besetzung von Tripolis — wenn sie auch sicherlich von Italien nicht beabsichtigt würde — ganz unabsehbar seien.

* Russischer Botschafter in Konstantinopel.

Herr de Martino schreibt mir, der Großwesir habe ihn heute morgen zu einer Unterredung gebeten. Dieser Schritt Hakki Paschas ist zweifellos eine Folge meiner gestrigen Unterredung mit ihm*.

Marschall

Nr. 10836

*Der Geschäftsträger in Rom Prinz zu Stolberg-Wernigerode an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 103 Rom, den 27. September 1911

Auftrag ausgeführt**. Bollati dankte für Mitteilung, hinzufügte aber, er fürchte, Vorschläge Hakki Paschas kämen zu spät und Regierung werde sie nicht mehr in Erwägung ziehen können. Gesamte öffentliche Meinung verlange energisches Handeln, wofür völliges Fiasko angekündigten Generalstreiks*** bester Beweis. Regierung könne nicht mehr zurück. Türkische Antwort auf italienische Protestnote† sei ungenügend gewesen; man habe nicht repliziert, sondern werde Antwort auf andere Weise erteilen.

Andeutungen Herrn Bollatis entnehme ich mit Bestimmtheit, daß kriegerische Aktion Italiens unmittelbar bevorsteht.

Stolberg

Nr. 10837

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 85 Berlin, den 27. September 1911

Der Kaiserliche Botschafter in Paris telegraphiert††:

„Herr Tittoni behauptet, Pläne seiner Regierung nicht zu kennen, gibt aber zu, daß Flotte nach Tripolis entsandt sei, um zu demonstrieren und türkische Truppensendung nach Tripolis zu hindern. Da somit die Türkei nicht degarniert, würden Balkanländer sich vor Angriff auf die Türkei hüten. Überdies habe italienische Regierung in Belgrad und Cetinje eindringlich zur Ruhe ermahnt†††.

---

* Vgl. Nr. 10833.

** Das Telegramm wurde noch am gleichen Tage dem in Rominten weilenden Kaiser unter Nr. 66 übersandt.

*** Als Protest gegen die tripolitanische Unternehmung war von italienischen Arbeiterkreisen ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik proklamiert worden.

† Vgl. Nr. 10828.

†† Telegramm Freiherrn von Schoens Nr. 289 vom 27. September.

††† Vgl. die gleichzeitigen Äußerungen Tittonis zu Iswolsky. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolkis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 148 f, 151 f.

Herr Tittoni meint, Italien, dessen Langmut endlich erschöpft sei, müsse gegen die aller Versprechungen ungeachtet fortdauernde schlechte Behandlung der Italiener in Tripolis wirksame Garantien erlangen in Form einer Teilnahme an Verwaltung bei Aufrechterhaltung der Sultans-Souveränität."

Nach diesen Äußerungen Tittonis scheint Italien gewisse Garantien in Tripolis zu fordern; soweit wir unterrichtet, hat aber Italien bestimmte petita bisher in Konstantinopel nicht formuliert.

Ich stelle es Euer pp. Ermessen und Geschicklichkeit anheim, wieweit Sie glauben, Italiener, falls sie nicht à tout prix zu direktem Friedensbruch entschlossen sind, darauf hinweisen zu können, daß es praktischer wäre, statt fortwährend auf Bedrohung (nicht Verletzung) italienischer Rechte hinzuweisen, bestimmte petita in Konstantinopel zu stellen.

Die letzten Angebote von dort scheinen auf entgegenkommende Aufnahme ziemlich weitgehender italienischer Postulate, soweit sie nicht Integrität türkischen Territoriums antasten, hinzuweisen. Solange Italien keine positiven Anträge formuliert, sondern sich lediglich auf angebliche Erregung in Tripolis stützt, wird es auch seinen Freunden unmöglich sein, seine Wünsche in Konstantinopel zu unterstützen.

Will Italien à tout prix Krieg mit der Türkei, so würden wir dies zwar in seinem Interesse glauben bedauern zu müssen, wir werden aber die freie Entschließung unseres Bundesgenossen nicht zu beeinträchtigen suchen. Sollte aber Italien tatsächlich nur gewisse Vorteile in Tripolis, wenn auch relativ weitgehender Natur anstreben, so schiene mir immerhin noch die Möglichkeit einer Verständigung geboten, zu der wir das Unsrige beizutragen gern bereit wären. Die Vorfrage, ob Italien unter allen Umständen Krieg oder auch eventuell eine Verständigung will, muß die italienische Regierung allerdings selbst entscheiden.

Kiderlen

Nr. 10838

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 226 Therapia, den 27. September 1911

Vertraulich

Antwort auf Telegramm Nr. 148*.

Während Herr Bollati dem Kaiserlichen Geschäftsträger gegen-

* Durch Telegramm Nr. 148 vom 25. September war ein Telegramm Prinz zu Stolbergs vom gleichen Tage (Nr. 97) nach Konstantinopel weitergegeben

über ein Vorgehen Italiens gegen Tripolis lediglich mit der Strömung der öffentlichen Meinung begründet, führen die Italiener hier eine andere Sprache. Herr de Martino sowie der politisch sehr tätige Delegierte der Dette Marquis Theodoli haben mir gestern gesagt, Italien müsse sich Tripolis' bemächtigen, da durch das deutsch-französische Marokkoabkommen „das Gleichgewicht am Mittelmeer" gestört sei. Mit diesem Argument arbeiten hier auch unsere Gegner. Offenbar wird Italien zu seinem Vorgehen nicht nur durch die öffentliche Meinung, sondern durch England und Frankreich getrieben, die beide ein großes Interesse besitzen, unsere Politik bei den Türken zu diskreditieren. — Der italienische Handstreich auf Tripolis sollte vermutlich den Schlußeffekt nach Unterzeichnung unseres Marokkoabkommens bilden. Die Italiener haben aber nicht warten können, und so ist der ganze Plan schon jetzt enthüllt worden.

Marschall

Nr. 10839

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227 Therapia, den 27. September 1911

Der Sultan, der mich der Übung entsprechend nach Rückkehr aus meinem Urlaub empfing, sprach mir in großer Erregung von der tripolitanischen Frage. Er wisse nicht, wodurch er eine solche Behandlung seitens Italiens verdient habe. Sein höchstes Streben sei, sein Land zu regenerieren und der Zivilisation zuzuführen. Er appellierte an die bewährte Freundschaft Seiner Majestät des Kaisers mit der Bitte, das schwere Unheil abzuhalten, das ihn bedrohe.

Ich habe dem Sultan erklärt, daß wir getreu der Friedenspolitik Seiner Majestät des Kaisers Ratschläge erteilen würden, um einen Konflikt zu . . .* und eine friedliche Lösung herbeizuführen.

Marschall

Nr. 10840

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 228 Therapia, den 28. September 1911

Der Großwesir, der mich nach meiner heutigen Audienz in Dolmabagdsche erwartete, sagte mir folgendes: Der Herr Staats-

worden, laut dessen Bollati das militärische Vorgehen gegen Tripolis mit dem Druck der öffentlichen Meinung begründete.

* Zifferngruppe fehlt.

sekretär habe Osman Nisami Pascha* angedeutet, Italien hege die Befürchtung, daß, wenn es in Tripolis nicht eingreife, Frankreich allmählich von Tunis aus den wertvollsten Teil des tripolitanischen Hinterlandes an sich reiße. Diese Befürchtung könne vielleicht dadurch beseitigt werden, daß Frankreich an Italien gewisse Zusagen bezüglich der Begrenzung seines tunesischen Gebietes gebe. Auf diese Bemerkung des Herrn Staatssekretärs habe Osman Nisami Pascha mit Herrn Cambon gesprochen und bei diesem eine wohlwollende Aufnahme für den fraglichen Gedanken gefunden. Der Großwesir sagte mir, er sei bereit, einen solchen Modus zu akzeptieren, und habe Rifaat Pascha** beauftragt, mit de Selves*** in demselben Sinne zu sprechen. Frankreich habe zwar seinerzeit den Italienern Zusagen wegen Tripolis gemacht, man könne jedoch annehmen, daß ihm die türkische Nachbarschaft erwünschter als die italienische. Hakki Pascha hofft, daß Deutschland, da es gegenwärtig mit den Franzosen unterhandele, geneigt sein würde, bei diesen einen Akkord mit den Italienern im obigen Sinne zu befürworten. Ich habe ihm erwidert, daß ich diesen Wunsch nach Berlin melden werde.

Sehr scharf sprach sich Hakki Pascha gegen England aus, welches das eigentliche treibende Element in der tripolitanischen Frage bilde. Bei der Präponderanz, die England gegenüber Italien besitze, werde die Abgrenzung von Tripolis nach Ägypten zu keine Schwierigkeiten bereiten. Dagegen erwarte England von einer militärischen Besetzung von Tripolis durch Italien einen doppelten Vorteil: einmal werde ein Präzedenzfall geschaffen, daß eine zur See mächtige Nation sich ohne Kriegserklärung einer am Meer gelegenen türkischen Provinz bemächtigen dürfe, und außerdem, daß die Tripelallianz mit ihrer Stellung im Orient „en faillite" gerate †.

---

* Türkischer Botschafter in Berlin.

** Seit Anfang September 1911 türkischer Botschafter in Paris.

*** Französischer Minister des Äußern.

† Ähnliche Gesichtspunkte treten auch bei den russischen Staatsmännern hervor, — so hebt Iswolsky in einem Bericht an Neratow vom 26. September (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 150) hervor, daß der italienisch-türkische Konflikt, falls er nur nicht auf die Balkanhalbinsel übergreife, unbestreitbare Vorteile für Rußland biete; er werde „Deutschland und den ganzen Dreibund in eine überaus schwierige Lage versetzen und der Türkei den Irrtum ihrer Politik des Mißtrauens uns und den Mächten des Dreiverbandes gegenüber vor Augen führen". Vgl. dazu Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, a. a. O., S. 149: „Für die freundschaftliche und loyale Haltung dieser drei Mächte war vielleicht ein wenig mitbestimmend ein gewisses Mißvergnügen über die jungtürkische Regierung, die sich Deutschland in die Arme geworfen hatte, sowie die Berechnung, daß es nützlich sein möchte, wenn jene Regierung zu der Erkenntnis gelangte, daß die deutsche Protektion selbst gegenüber einem Mitglied des Dreibundes sich als unwirksam erweise."

Für die vertrauliche Mitteilung, welche ich dem Großwesir auf Grund des Telegramms Nr. 150* machte, sprach er mir seinen verbindlichsten Dank aus. Ebenso für den wohlwollenden Artikel der „Kölnischen Zeitung“**.

Marschall

Nr. 10841

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 147 Rom, den 28. September 1911

Als ich heute nach meiner Rückkehr den Minister des Auswärtigen aufsuchte, empfing er mich mit dem Ultimatum, welches Italien an die Türkei gerichtet hat***, und das inzwischen auch Euerer Exzellenz durch Herrn Pansa mitgeteilt sein dürfte. Das Telegramm mit dem entsprechenden Auftrag sei, wie Marquis San Giuliano mir sagte, gestern früh von hier an den Geschäftsträger in Konstantinopel abgesandt, festgestelltermaßen mittags dort angelangt, aber erst des Nachts an die Botschaft ausgeliefert worden. Seiner Berechnung nach müsse daher das Ultimatum von Herrn de Martino heute vormittag übergeben sein. Der Sicherheit halber habe er, der Minister, heute früh auch dem hiesigen türkischen Geschäftsträger noch eine Abschrift zugehen lassen.

Für Verhandlungen auf der Basis kommerzieller Konzessionen, wie Hakki Pascha sie angeboten habe †, sei es zu spät gewesen. Jahrelang sei Italien mit seinen berechtigten Forderungen nur auf einen systematischen Obstruktionismus gestoßen, auch jetzt würden derartige in der Not angetragene Verhandlungen nur Verschleppung und Tergiversationen der Türkei zur Folge gehabt haben. Die Erregung der tripolitanischen Bevölkerung sei so groß geworden, die Provokationen der Italiener durch Offiziere und Mitglieder des jung-

---

* Durch Telegramm Nr. 150 vom 26. September war Freiherr von Marschall verständigt, daß sein ausführliches Telegramm Nr. 222 über die Unterredung mit Hakki Pascha (vgl. Nr. 10833) der Botschaft in Rom sowie dem italienischen Botschafter in Berlin mitgeteilt sei.

** Es handelt sich um den Artikel „Italien und Tripolis“ in der 1. Morgenausgabe des 26. September (Nr. 1052), der Italien vor kriegerischen Abenteuern warnte.

*** Siehe den Wortlaut des am 28. September, nachmittags $2^1/_2$ Uhr, in Konstantinopel überreichten italienischen Ultimatums in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 512. Ebendort der Inhalt der ablehnenden türkischen Antwort vom 29. September.

† Vgl. Nr. 10833.

türkischen Komitees so stark, daß Italien Maßregeln zum Schutz seiner dortigen Interessen und Untertanen ergreifen müsse. Ich warf ein, daß es mir immer noch nicht klar sei, wer in Tripolis eigentlich aufgeregter sei, die Türken oder die Italiener, worauf der Minister zugab, daß die Erregung wohl beiderseits gleich groß sei.

Ich hielt dem Minister auftragsgemäß nun nochmals alle Gefahren vor Augen, die das italienische Vorgehen für die Ruhe Europas, den Bestand der Türkei und für Italien selbst haben könnte. Als ich ihn fragte, was er denn glaube, daß Europa dazu sagen würde, sagte er: „Elle dira que c'est très mal, ce qu'elle a dit d'ailleurs lorsque nous avons fait notre unité et lorsque vous avez fait la vôtre." Die tripolitanische Frage bedürfe absolut einer Lösung; wenn dieselbe jetzt auch mittels einer akuten Krisis erfolge, so hielte er dies immer noch für besser als eine endlose Verschleppung, die das Verhältnis Italiens zur Türkei fortdauernd vergiftete. Normale und gute Beziehungen, die er für nützlich und wünschenswert halte, würden sich erst dann herstellen lassen — und sollte dies auch einige Zeit währen —, wenn die tripolitanische Frage ausgetragen sei. Man müsse durch diese Krisis hindurch. Je schneller sie verliefe, um so besser. Italien würde alles tun, um sie lokal zu begrenzen. An den Ausbruch einer Erhebung in Albanien und Mazedonien wollte der Minister in der jetzigen Jahreszeit nicht glauben; auch eine Aufrollung der Kretafrage hielt er nicht für wahrscheinlich. Gerade aus diesen Gründen sei auch für die europäische Gesamtlage der jetzige Augenblick günstiger. Wenn die doch unvermeidlich gewordene Krisis bis zum Frühjahr verzögert würde, sei dies für die Ruhe auf dem Balkan viel gefährlicher. Einen eventuellen Boykott und anderweite Schädigungen seiner Handelsinteressen und Untertanen in der Türkei müsse Italien als vorübergehende Übel eben auf sich nehmen.

Die „Gründe der Regierung", fuhr Marquis San Giuliano fort, setze das Ultimatum auseinander, er wolle aber freundschaftlich und vertraulich mit mir die Lage besprechen. Der Moment, wo Frankreich infolge der deutsch-französischen Verhandlungen zum Herrn über Marokko würde, sei für Italien der gebotene, um in Tripolis vorzugehen. Alle Hoffnungen Italiens, durch einen Erwerb an der afrikanischen Küste sich eine Gewähr für die Erhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer zu schaffen, seien bisher nicht in Erfüllung gegangen. Durch die Gewinnung Marokkos habe sich Frankreich ein so erdrückend großes Kolonialreich in Nordafrika geschaffen, daß dessen Macht sich nach allen Seiten hin fühlbar machen werde. Bisher habe Frankreich das Abkommen mit Italien betreffend Tripolis zwar gewissenhaft innegehalten; werde es das auch noch tun, wenn es in Marokko nichts mehr zu fürchten habe? Bei einer Trübung der Beziehungen zu Italien könne Frankreich eines Tages nur zu leicht sagen, daß es sich nicht mehr an das Abkommen gebunden fühle, und

das um so leichter, als es Italien bei dem türkischen Widerstand nicht gelinge, sich eine feste wirtschaftliche Position in Tripolis zu schaffen. Das Hinterland gehöre Frankreich schon zum Teil. Wenn die tripolitanischen Verhältnisse geklärt seien, würde Italien auch viel weniger in die Lage kommen, gelegentlich einmal eine sogenannte „Walzertour" mit dem gallischen Nachbar tanzen zu müssen. Wenn ich in den letzten Wochen in Italien gewesen wäre, würde ich mich überzeugt haben, wie die öffentliche Meinung gebieterisch ein Handeln verlangte. Der deutlichste Beweis für die Stimmung im Lande sei das gänzliche Versagen des von den Sozialisten proklamierten Generalstreiks. Ein Ausweichen oder Zögern der Regierung würde seiner festen Überzeugung nach die Existenz der Monarchie auf das Spiel gesetzt haben. Bei ihrem Vorgehen aber habe die Regierung das gesamte Volk hinter sich. Es sei kein Tag vergangen, an dem man ihn, den Minister, nicht als Feigling beschimpft habe, jetzt bekomme er von allen Seiten und aus allen Teilen des Landes Glückwünsche und Zustimmungstelegramme. Er verhehle sich allerdings nicht, daß diese Krisis für manche kommerzielle Interessen Europas in der Türkei gefahrdrohend sei. Er bedauere, speziell uns, seine Bundesgenossen, in eine peinliche Lage bringen zu müssen, er habe auch deswegen erst im letzten Moment uns die offizielle Mitteilung von den Entschlüssen der Regierung gemacht, um uns die Unannehmlichkeit unnützer Vermittlungsversuche zu ersparen.

Der Minister wollte noch hoffen oder gab sich wenigstens den Anschein zu hoffen, daß die Türkei sich dem Ultimatum unterwerfen könne. Dadurch würde sie Blutvergießen vermeiden und die Frage der Kompensationen erleichtern, mit deren Gewährung Italien nicht kargen würde. Er dachte sich etwa eine Okkupation von Tripolis durch Italien unter Wahrung der Suzernität des Sultans, welch' letztere durch eine jährliche Zahlung in Höhe des jetzigen Einkommens aus Tripolis zum Ausdruck gebracht werden könne. Ich verhehlte dem Minister nicht, daß ich diese Hoffnungen nicht zu teilen vermöge, ich sprach ihm alle meine Befürchtungen über die Folgen aus, die Italiens Vorgehen haben könnte, hielt aber — da die Würfel nun einmal gefallen sind — meine Sprache in gemessenen Grenzen.

Auf meine Frage, ob alle militärischen Maßregeln zur alsbaldigen Okkupation getroffen seien, erwiderte der Marquis nur: Il paraît que oui. Die Absichten und Anordnungen der Regierung werden so weit als möglich geheim gehalten, alle Preßnachrichten und Telegramme unterliegen einer strengen Zensur. Man glaubt aber, daß nach Ablehnung des Ultimatums die italienische Flotte sofort vor Tripolis erscheinen und den dortigen Hafen blockieren wird, und daß die Abfahrt der Okkupationstruppen hier etwa am 6. Oktober erfolgt.

Jagow

Nr. 10842

Der Geschäftsträger in Wien Graf von Oberndorff an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Wien, den 28. September 1911

Graf von Aehrenthal bestätigt, daß Italien laut vertraulicher Mitteilung Herzogs von Avarna gestern mit 24stündigem Ultimatum Gewährung der Okkupation von Tripolis gefordert habe. Herzog von Avarna habe Rückäußerung gewünscht, die er, Graf Aehrenthal, einstweilen abgelehnt habe. Er werde zunächst morgen Kaiser Franz Joseph Vortrag halten und wünsche Fühlung mit Berlin. Lage sei durch brutales italienisches Vorgehen sehr verschlechtert. Sein Euerer Exzellenz durch österreich-ungarische Botschaft mitgeteilter Plan, Italien Beschränkung auf wirtschaftliche Konzessionen zu raten, sei nun durch Ereignisse überholt. Er ersuche mich, Euerer Exzellenz folgendes als seine Ansicht zu melden.

Den Italienern zu antworten, daß sie die Folgen aus ihrem Vorgehen selbst zu ziehen hätten. Dabei in schonender Form, — um Italien nicht vom Dreibund abzudrängen — einfließen zu lassen, daß Verlassen des diplomatischen Terrains und Bedrohung des Status quo am Balkan nicht mit Geist des Dreibundes in Einklang.

Den Türken immer zu raten, nicht Gewalt gegen Gewalt zu setzen, sondern sich auf diplomatischen Protest zu beschränken; womöglich auch diplomatischen Verkehr mit Italien nicht abzubrechen. Diesen Rat habe er heute türkischem Geschäftsträger* erteilt. Unter den übrigen Mächten Fühlung zu nehmen, damit Zwischenfall auf Tripolis lokalisiert, Unruhen am Balkan verhindert und nötigenfalls unruhige Balkanstaaten verwarnt würden. Er habe in diesem Sinne heute mit englischem Botschafter und französischem Geschäftsträger** gesprochen. Einer Bemerkung des russischen Geschäftsträgers*** entnehme er, daß Rußland hier Vorschläge zu machen gedenke.

Oberndorff

---

* Hikmet Bey.
** Graf de Saint-Aulaire.
*** Krupensky.

Nr. 10843

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 68 Rominten, den 28. September 1911
Geheim

Für Herrn Staatssekretär persönlich.

Nachdem Seine Majestät der Kaiser Euerer Exzellenz Telegramm Nr. 66* über die bevorstehende kriegerische Aktion Italiens erhalten und die möglichen politischen Folgen des italienisch-türkischen Konflikts besprochen hatte, schickt allerhöchstderselbe mir soeben folgenden Befehl, der Euerer Exzellenz sofort zu übermitteln sei:

„Herr von Kiderlen ist dahin zu instruieren, sobald das Marokkoabkommen perfekt geworden ist, über eine Entente mit Frankreich mir Vorschläge zu machen, in welcher beide Mächte im Falle eines ausbrechenden Balkan- bezw. Weltbrandes sich gegenseitig unterstützen und gemeinsam für die Eindämmung des Feuers eintreten wollen. Ein solcher Brand ist infolge von Tripolis nicht ausgeschlossen, bringt aber deutsche und französische Interessen nicht in Konflikt, wohl aber gemeinsame Interessen in der Türkei in Gefahr, falls sie zerstückelt werden sollte."

Jenisch

Nr. 10844

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Privatbrief. Ausfertigung

Streng vertraulich Rominten, den 28. September 1911

Gestern morgen lebte Seine Majestät noch der Hoffnung, daß Italien und die Türkei sich gütlich einigen würden. Da platzte wie eine Bombe gestern abend das alarmierende Telegramm aus Rom in die Abendunterhaltung und verursachte natürlich große Bestürzung und Aufregung. Seine Majestät erwog in gemeinsamem Kreise hin und her die möglichen Konsequenzen des Tripoliskonflikts, Sturz des türkischen Ministeriums, Revolution in Konstantinopel, Fremdenmassakers, Unruhen in Albanien, Nutzbarmachung der türkischen Verlegenheit durch Bulgarien und Serbien, Griechenland und Kreta,

* Vgl. Nr. 10836 nebst Fußnote **.

Aufrollung der Dardanellenfrage, Okkupation Arabiens durch England, kurz: Entfachung eines Weltbrandes mit allen seinen Schrecken*. Seine Majestät ist der Ansicht, daß Italien den Gewaltstreich in Tripolis nicht gewagt hätte, wenn es nicht durch England encouragiert worden wäre. Seine Majestät zog sich dann zurück und sandte mir in der Nacht den Befehl, der Ihnen heute früh vorgelegt sein wird. Zu Grunde liegt diesen Gedanken, wie ich glaube, die Euerer Exzellenz bereits bekannte Auffassung des Kaisers, daß nach unserer Verständigung über Marokko Frankreich daran gelegen sein müsse, sich im allgemeinen mit uns auf einen besseren Fuß zu stellen.

Heute früh sprach Seine Majestät mit mir über diese Sache: Es müsse der günstige Moment rasch ergriffen werden, wo Frankreich seine Milliardeninteressen im Balkan und in Afrika bedroht sehe, um zwischen ihm und uns eine Verständigung über eine gemeinsame Haltung gegenüber einer Balkankrisis herbeizuführen oder wenigstens anzubahnen. Meinem Einwurf, daß Frankreich sich auf nichts einlassen werde, ohne England hineinzuziehen, besonders nach der großen Marinekatastrophe**, begegnete Seine Majestät mit dem Bemerken: England habe im Balkan keine Interessen. Jedenfalls lohne es sich, den Versuch zu machen. pp.***

Jenisch

Nr. 10845

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 57 Berlin, den 29. September 1911

Zu Telegramm Nr. 68 †.

Gleich bei Beginn der tripolitanischen Frage habe ich mich mit Cambon in Verbindung gesetzt über mäßigende Ratschläge in Rom

* Die Befürchtungen des Kaisers sollten sich nicht im vollen Umfange erfüllen, da sämtliche Mächte, freilich aus sehr verschiedenen Motiven, für eine Lokalisierung des Konflikts und für die Erhaltung der Ruhe auf der Balkanhalbinsel eintraten. Doch kam es schon am 29. September zu dem vom Kaiser prophezeiten Sturz des Kabinetts Hakki Pascha und weiterhin zu dem Versuche Rußlands, die Dardanellenfrage in seinem Sinne zu lösen. Vgl. dazu Kap. CCXXXVI.

** Am 25. September war das Panzerschiff „Liberté" im Hafen von Toulon infolge einer Pulverexplosion gesunken. Der Vorfall führte zu der Einsetzung einer Pulverkommission und zu dem Beschluß, alle Pulvervorräte alten Fabrikats von Bord der Kriegsschiffe entfernen zu lassen.

*** Der Schluß des Briefes betrifft den Wunsch des Kaisers auf Vorlage eines Weißbuches über Marokko, die Flottenfrage und höfische Fragen. Siehe Bd. XXXI, Kap. CCXLI, Nr. 11 308.

† Siehe Nr. 10843.

und Konstantinopel. Französische Regierung erklärte sich mit Rücksicht auf ihr Abkommen mit Italien nicht imstande, im jetzigen Stadium in Rom zu intervenieren, doch dürften wohl alle Mächte für Lokalisierung Streits eintreten*. Nach heutiger Äußerung Geschows** will Bulgarien sich still verhalten. Ich werde Sie weiter behufs Immediatberichterstattung auf dem laufenden halten.

Kiderlen

Nr. 10846

*Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt****

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 71 Rominten, den 30. September 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 57 vom 29. September†.

Von Euerer Exzellenz Gespräch mit Herrn Cambon über eine gemeinsame Intervention in Rom hat Seine Majestät der Kaiser Kenntnis genommen. Allerhöchstderselbe äußerte, dadurch werde sein Befehl in meinem Telegramm Nr. 68†† nicht berührt; es handele sich um ein gemeinsames deutsch-französisches Auftreten im Balkan und Kleinasien für den Fall eines Zerfalls der Türkei. Hierüber würden Euere Exzellenz im richtigen Moment mit Herrn Cambon zu verhandeln haben.

Jenisch

Nr. 10847

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 111 Rom, den 29. September 1911

Da türkische Antwort††† trotz entgegenkommender Form die italienische Okkupation von Tripolis ablehnt, ist sie diesseits als ungenügend erachtet worden. Italien hat Kriegserklärung abgesandt.

* Im gleichen Sinne äußerte sich auch am selben Tage der russische Ministerpräsident Kokowzow zu dem österreich-ungarischen Geschäftsträger in Petersburg von Szilassy. Telegramm des Geschäftsträgers in Petersburg Freiherrn von Lucius Nr. 207 vom 30. September.

** Bulgarischer Gesandter in Berlin.

*** Hier eingereiht des Zusammenhangs halber.

† Siehe Nr. 10845.

†† Siehe Nr. 10843.

††† Die Antwort der türkischen Regierung auf das italienische Ultimatum ging dahin, daß sie wohl bereit sei, über wirtschaftliche Zugeständnisse an Italien sowie die Anerkennung der besonderen Interessen Italiens in Tripolitanien zu verhandeln, aber nur unter der Voraussetzung, daß der derzeitige Status quo beibehalten werde und eine Okkupation nicht erfolge.

Es wird nunmehr Blockade von Tripolis erklären. Okkupationskorps soll hier Anfang Oktober abgehen.

Jagow

Nr. 10848

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 88 Berlin, den 30. September 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 111*.

Verhalten Italiens erscheint widerspruchsvoll. Es erklärt Krieg an Türkei, nachdem es in Ultimatum nur von Besetzung von Tripolis zur Gewinnung von Verhandlungsbasis gesprochen. Gleichzeitig mit Kriegserklärung, die Vorgehen gegen Türkei auf allen Punkten erwarten ließe, wird nur von Blockade von Tripolis und Abgang Okkupationskorps in einigen Tagen gesprochen.

Ich stelle es zunächst Ihrer Kenntnis dortiger Verhältnisse anheim, auf unser bundesfreundliches Verhalten trotz unserer starken Interessen in Türkei und dementgegen auf unfreundliche Haltung dortiger Presse hinzuweisen. Wir könnten als zu Schutz Italiener berufener Bundesgenosse** zum mindesten genauere Aufklärung über italienische Absichten erwarten. Wir müssen insbesondere bedauern, wenn auch amtliche italienische Vertreter wie Tittoni in Paris sich unfreundlich über unser angebliches „Protektorat" über Türkei äußern***. Wir glauben im jetzigen Moment jedenfalls bundesfreundlicher gehandelt zu haben als Italien in Algeciras. Es liegt uns fern zu rekriminieren, wir erwarten aber, daß zum mindesten italienische Vertreter sich Mißtrauensäußerungen gegen uns enthalten, und daß italienische Regierung uns über ihre Pläne ebenso oder besser aufklärt als andere Mächte. Besteht wirklich Kriegszustand, bleibt natürlich Vermittlung ausgeschlossen. Wenn es sich aber, wie es bisher vor angeblicher Kriegserklärung den Anschein hatte, nur um eine

---

* Siehe Nr. 10847.

** Am 29. September hatte die deutsche Reichsregierung, dem Wunsche Italiens entsprechend, den Schutz von Leben und Eigentum der in der Türkei wohnenden Italiener übernommen. Am 30. übernahm sie auf einen Wunsch der Pforte auch den Schutz der türkischen Untertanen in Italien.

*** Nach einer telegraphischen Meldung Freiherrn von Schoens vom 28. September (Nr. 291) hätte Tittoni geäußert, wenn Berlin, wo man sich in der Rolle eines Protektors der Türkei zu gefallen scheine, nicht Italien ganz freie Hand bezüglich Tripolis lassen sollte, so werde dies das Ende des Dreibundes bedeuten. Tittoni stellte die Äußerung allerdings kategorisch in Abrede, doch blieb Freiherr von Schoen bei der Überzeugung, daß sie tatsächlich gefallen sei. Bericht Freiherrn von Schoens Nr. 425 vom 7. Oktober 1911.

Besetzung von Tripolis handelt, ließe sich vielleicht noch tatsächlicher Kriegszustand vermeiden. Nach unsern Informationen hat türkische Truppe Instruktion, sich hinter Schußbereich italienischer Schiffsgeschütze zurückzuziehen und erst dann Widerstand zu leisten. Vielleicht könnte Zusammenstoß vermieden werden, wenn Italien sich mit Faustpfand von Tripolis-Stadt und eventuell Bengasi begnügte und unter Schaffung quasi eines tripolitanischen Gibraltar ohne Vordringen ins Land Verhandlungen wieder eröffnete. Ich muß es Ihrer Kenntnis und Beurteilung dortiger Verhältnisse überlassen, ob Sie dortige Regierung noch solchen Betrachtungen für zugänglich halten. Sollte es der Fall sein, können Sie erklären, daß wir bereit sind, auf Pforte einzuwirken, daß sie ebenfalls einen direkten bewaffneten Konflikt in Tripolitanien vermeidet*.

Kiderlen

Nr. 10849

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 Rom, den 30. September 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 88**.

Minister erklärte, Ziel italienischer Aktion ist Okkupation von Tripolis. Da dieselbe nicht mit türkischer Zustimmung, wie Ultimatum fordert, erfolgen konnte, stellt sie an sich feindlichen Akt dar. Kriegserklärung erschien notwendig, um eventuell Truppen- und Proviantsendungen abzufangen, türkische Torpedoboote an Ausfällen auf adriatische Küstenorte oder Angriffen auf italienische Schiffe zu hindern, das Meer freizuhalten sowie Verkehr der Neutralen zu überwachen. Herzog der Abruzzen*** habe heute bereits im Jonischen Meer ein aus Prevesa ausgelaufenes türkisches Torpedoboot zum Auflaufen gebracht. Italiens kriegerische Aktion soll, soweit irgend möglich, Tripolis und Cyrenaica lokalisiert bleiben. Nachdem Dinge so weit gekommen, müsse Tripolisfrage endgültig gelöst werden. Solange man dort mit türkischen Behörden zu tun habe, würde Lösung nur verschleppt. Daher auch Faustpfand von Tripolis-Stadt und Bengasi unzureichend. Minister sprach lebhaften Dank für deutsche bundesfreundliche Haltung und Schutzübernahme† aus und sagte

* Vgl. dazu Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens, a. a. O., S. 151: „Noch am Vorabend des Beginns der Feindseligkeiten bat der Minister des Äußern, Herr von Kiderlen-Waechter, unseren Botschafter Pansa zu sich und bot alles auf, ihm vorzustellen, Italien möge doch der Türkei den Krieg nicht erklären, wobei auch er die Argumente der Unruhen auf dem Balkan und der Auflösung des türkischen Reichs ins Feld führte."

** Siehe Nr. 10848.

*** Ludwig, Prinz von Italien, Herzog der Abruzzen, Kommandant der Inspektion der Torpedoboote.

† Vgl. Nr. 10848, Fußnote **.

größte Offenheit in allen Mitteilungen zu. Tittonis Äußerung war ihm entgangen, Presse jetzt sehr freundlich gestimmt.

Jagow

Nr. 10850

Der Geschäftsträger in Wien Graf von Oberndorff an das Auswärtige Amt

Ausfertigung

Nr. 268 Wien, den 29. September 1911
[pr. 30. September]

Graf Aehrenthal erzählte mir gestern streng vertraulich, Sir Fairfax Cartwright habe kurz zuvor mit ihm über Tripolis gesprochen und sofort erklärt, das Vorgehen der Italiener sei die „Folge von Agadir". Dies, fuhr Graf Aehrenthal fort, war mir doch etwas zu stark. Er habe dem Botschafter scharf erwidert, nicht Agadir, sondern die französische Politik in Marokko sei schuld. Auch habe er die Gelegenheit ergriffen, Sir Fairfax mit aller wünschenswerten Deutlichkeit zu verstehen zu geben, daß es nicht Aufgabe des englischen Botschafters sei, bei jeder Gelegenheit gegen Deutschland zu hetzen.

A. Oberndorff

Nr. 10851

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 298 Paris, den 30. September 1911

Herr Tittoni gestand mir offen zu, daß er das treibende Element in der italienischen Tripolisaktion gewesen sei. Er gibt wie schon früher als Grund Sasonows angebliche ernste Befürchtung an, daß französische Kolonialpolitiker nach Erledigung Marokkofrage die Hand nach Tripolis ausstrecken würden*. Er ist von Lokalisierung

* Vgl. dazu Nr. 10819, Fußnote ** und die von Iswolsky unter dem 27. September berichteten Äußerungen Tittonis (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve I, 151 f.). Auch gegen Iswolsky hat sich der italienische Botschafter dahin ausgelassen: es bleibe Italien nichts anderes übrig, als schon jetzt die Rechte, die es sich in bezug auf Tripolis vorbehalten habe, zu verwirklichen, weil es befürchten müsse, daß in Zukunft, etwa infolge eines Regierungswechsels in Frankreich, seine Rechte in Vergessenheit geraten oder als erloschen erklärt werden könnten.

und kurzer Dauer Kriegs überzeugt, da italienische Regierung beruhigende Nachrichten vom Balkan erhalten habe.

Schoen

Nr. 10852

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Rominten, den 1. Oktober 1911

Privat für den Herrn Staatssekretär.

Aus zahlreichen Randbemerkungen zu den heute eingetroffenen Zeitungsausschnitten* geht hervor, daß Seine Majestät der Kaiser in der Tripolisfrage eine deutsch-französische Verständigung über etwa zu unternehmende gemeinsame Schritte gern sehen würde, dagegen von einer solchen mit England durchaus nichts wissen will.

Jenisch

Nr. 10853

Der Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandter Freiherr von Jenisch, z. Z. in Rominten, an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Rominten, den 4. Oktober 1911

Seine Majestät der Kaiser hat soeben im „Daily Graphic" vom 2. Oktober einen „Agadir of Tripoli" überschriebenen Artikel von Lucien Wolf gelesen, welcher den Schleier über der Vorgeschichte der Tripolisfrage etwas zu lüften scheint. Der Verfasser behauptet, das englische Foreign Office sei bereits Ende August offiziell von

---

* Es handelt sich bei den Randbemerkungen des Kaisers vorzugsweise um solche zu einem Artikel des „Lokalanzeigers" vom 29. September: „Die Antwort der Türkei an Italien". Die Bemerkungen zeigen, daß der Kaiser, obwohl in der englischen Presse das italienische Vorgehen gegen die Türkei durchweg scharf verurteilt wurde und die englische Besorgnis vor üblen Rückwirkungen des Krieges auf die englische Machtstellung im Orient deutlich hervortrat, doch an der Auffassung festhielt, als habe England wesentlich aus deutschfeindlichen Motiven heraus das Kriegsfeuer geschürt. Aus dieser Auffassung heraus lehnt der Kaiser die in der englischen Presse an die eigene Regierung gerichtete Aufforderung, sich mit Deutschland zu vereinigen, um das Unglück noch in letzter Stunde abzuwenden, mit Entschiedenheit ab: „Nein! Erstmal mit der Französischen Nation eine Einigung, dann mögen die Briten darankommen."

den Absichten Italiens unterrichtet gewesen*, und zwar zu einer Zeit, als zuerst der Gedanke eines französischen Protektorats über Marokko aufgetaucht wäre. Damals habe der italienische Minister des Äußern dem französischen Botschafter in Rom** gesagt, im Falle des französischen Protektorats über Marokko werde Italien eine Regelung seiner Stellung in Tripolis vornehmen. Diese Mitteilung habe den Gegenstand der Besprechung im französischen Ministerrat vom 22. August gebildet. Letzterer habe keine Einwendungen gegen die Absichten Italiens geltend gemacht. Die englische Regierung sei von diesen Verhandlungen unterrichtet worden und habe Italien ihrer wohlwollenden Neutralität versichert.

Seine Majestät ersucht Euere Exzellenz um sofortige Drahtmeldung, ob uns von den vorstehenden Enthüllungen Wolfs etwas bekannt geworden ist, und besonders, ob uns seitens Italiens irgendwelche Mitteilungen über seine beabsichtigte Aktion in Tripolis gemacht worden sind.

Bewahrheiten sich die Angaben Wolfs, so wäre mithin Sir E. Grey in der Lage gewesen, Italien von dem beabsichtigten Schritt zurückzuhalten, nicht aber wir, welche die englische Presse verdächtige, Italien zu seiner Aktion ermuntert zu haben.

Seine Majestät findet es sonderbar, daß Italien seine Verbündeten über seine Pläne im Dunkeln gehalten hat, während es mit den Gegnern des Dreibunds eine Aktion verabredete, die den offenkundigen Zweck verfolgt, uns in eine schiefe Lage gegenüber der Türkei zu bringen.

Jenisch

Nr. 10854

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Rat im Kaiserlichen Gefolge Gesandten Freiherrn von Jenisch, z. Z. in Rominten

Telegramm. Entzifferung

Nr. 58 Berlin, den 4. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 74***.

Die Absichten Italiens auf Tripolis waren längst publici juris. Wieweit einzelne Details im Artikel von Lucien Wolf stimmen,

* Vgl. Nr. 10821, Fußnote **. Volle Klarheit ist nicht darüber zu gewinnen, ob die englische Regierung, die schon seit dem 26. Juli über Italiens Absichten genauer wie irgendeine andere Regierung unterrichtet war, Ende August ebenso wie Rußland noch einmal über die bevorstehende Aktion in Kenntnis gesetzt worden ist, wie der italienische Botschafter in Petersburg Melegari behauptet hat. Vgl. den vertraulichen Brief Neratows an den russischen Geschäftsträger in Rom vom 26. August 1911, v. Siebert, Diplomatische Aktenstücke a. a. O., S. 492.

** Barrère.

*** Siehe Nr. 10853.

muß erst geprüft werden. Jedenfalls ist, wie in allen derartigen Sensationsartikeln, Wahres und Falsches gemischt. Zum Beispiel ist es eine bewußte oder unbewußte Unwahrheit, wenn Wolf von Abbruch der Marokkoverhandlungen im August spricht. Also erscheint auch die Nachricht vom französischen Ministerrat vom 22. August zweifelhaft. Es ist ein bekannter Trick der Sensationsschriftsteller, durch einzelne präzise Daten ihren Artikeln den Anstrich besonderer Information zu geben. Von dem Moment des Losbrechens Italiens waren wir nicht unterrichtet; die jetzige Haltung Englands läßt kaum darauf schließen, daß die englische Regierung es war. Die Behauptung, daß wir Italien aufgestachelt hätten, hat nirgends Glauben gefunden und dürfte keinerlei Entgegnung wert sein.

Inzwischen hat die englische Regierung durch Reuter dementieren lassen, daß ihr die italienischen Pläne seit Ende August bekannt seien.

Kiderlen

Kapitel CCXXXIII

Deutsche Mediationsbestrebungen
Graf Aehrenthals Vorschlag einer Kollektivvermittelung
September bis November 1911

Nr. 10855

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Rominten

Telegramm en clair. Konzept

Berlin, den 29. September 1911

Der hiesige türkische Botschafter hat hier heute mit der Bitte um Übermittelung an Euere Majestät folgendes ihm chiffriert übermitteltes Telegramm Seiner Majestät des Sultans überreicht:

„A Sa Majesté l'Empereur et Roi. Votre Majesté a été certes mis au courant de la question soulevée entre le Royaume d'Italie et mon pays. Le Gouvernement Royal la rend encore plus délicate par remise aujourd'hui d'un ultimatum, demandant en méconnaissance des droits internationaux et des traités qui garantissent l'intégrité territoriale de mon Empire, d'adhérer à l'occupation militaire par l'Italie de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque. C'est en Sa qualité d'Auguste Défenseur de ces droits et traités et Protecteur de la paix que je fais appel aux sentiments bienveillants de Votre Majesté pour qu'Elle veuille bien prodiguer Son puissant concours à la solution pacifique et équitable de ce conflit, également en désaccord avec les intérêts bien entendu des deux partis. Mehmed V."

Euerer Majestät wage ich nachstehendes Antworttelegramm alleruntertänigst in Vorschlag zu bringen:

„C'est avec la plus vive sympathie et avec un regret bien douloureux que je regarde les difficultés créées pour Votre Majesté et l'Empire Ottoman par le conflit entre l'Empire Ottoman et le Royaume d'Italie. Fidèle à mes sentiments d'amitié pour Votre Majesté et Son pays et animé du désir de concourir au maintien de la paix générale, je n'ai cessé, dès le commencement du conflit, d'instruire mon office des affaires étrangères de prêter tout son concours à l'aplanissement des différends surgis. Je regrette que les efforts de mon Gouvernement sont restés sans succès, je l'ai chargé de reprendre son action conciliatrice, dès que les circonstances le permettront, et j'espère qu'en s'inspirant de mon amitié personnelle pour Votre Majesté et Son Empire il réussira à contribuer à une solution équitable et satisfaisante des difficultés actuelles."

Im Falle des Einverständnisses Euerer Majestät würde die Ant-

wort Euerer Majestät Botschafter in Konstantinopel zur weiteren Veranlassung übermittelt werden*.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10856

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 243 Therapia, den 30. September 1911

Der Kriegsminister Mahmud Schewket besuchte mich, in Automobil von Palais kommend, heute nacht 1 Uhr und sagte mir folgendes ...** der Ministerrat, der im Palais versammelt sei, habe die durch italienische Kriegserklärung geschaffene Lage geprüft und sei zu dem Resultat gekommen, daß die möglichst rasche Beendigung des Kriegszustandes im dringenden Reichsinteresse liege. Tripolis und Cyrenaica seien verloren. Genügend Truppen zur Verteidigung zu senden, sei nicht nur wegen Seeherrschaft Italiens, sondern auch deshalb unmöglich, weil die Türkei ihre Truppen anderwärts, vor allem am Balkan brauche. Die Möglichkeit, im Verein mit den eingeborenen Stämmen dem italienischen Vordringen ins Innere Widerstand entgegenzusetzen, liege allerdings vor. Irgendein Vorteil werde der Türkei daraus nicht entstehen, sondern im Gegenteil unabsehbarer Schade. Ein italienisches Kriegsschiff habe schon heute bei Prevesa (Albanien) ein türkisches Torpedoboot zerstört. Würden die Italiener im Roten Meer die türkischen Regierungsschiffe zerstören und damit der Armee im Jemen*** die Zufuhr von Munition und Lebensmitteln abschneiden, so sei die Armee verloren und die Provinz ebenfalls. Daran werde sich der Verlust der Provinz Hedjas knüpfen ...† einstimmig der Ansicht, daß die Türkei möglichst rasch Frieden schließen und zu diesem Zwecke die Vermittelung der

---

* Am 30. September meldete Freiherr von Jenisch das kaiserliche Einverständnis. Das Telegramm wurde am 1. Oktober durch Freiherrn von Marschall dem Sultan überreicht, der ebenso wie der neu ernannte Großwesir Said Pascha sich sehr erfreut über die in dem Telegramm enthaltene Zusage aussprach, daß die deutsche Regierung die „action conciliatrice" zwischen der Türkei und Italien so bald als möglich wieder aufnehmen wolle. Vgl. Nr. 10 860.

** Zifferngruppen unverständlich.

*** Es handelt sich um die gegen aufständische Araber kämpfenden türkischen Truppen im Jemengebiet. Hier trat jedoch eine völlige Wandlung der Lage dadurch ein, daß der Hauptführer der Araber, der Imâm Jahja, unter dem Eindruck des Tripoliskrieges Mitte Oktober 1911 seinen Frieden mit der Pforte machte und sich sogar zu einer Entente gegen die Ungläubigen bereit finden ließ.

† Zifferngruppen fehlen.

Kaiserlichen Regierung erbitten solle. Darüber, daß [in] Tripolis und Cyrenaica für die Türkei nicht mehr als die fiktive Souveränität[1] erhalten werden könne, sei sich der Ministerrat klar. Bevor derselbe definitive Entschlüsse fasse, wünsche derselbe meinen Rat zu holen.

Ich habe erwidert: Die durch die italienische Kriegserklärung geschaffene Lage scheine mir vom Ministerrat durchaus richtig gewürdigt zu werden. Da die beiden kriegführenden Mächte keine gemeinsame Grenze besäßen und die Türkei einer kriegsbereiten starken Flotte ermangele, so komme die militärische Macht der Türkei überhaupt nicht zur Geltung. Nach dem Punkt, wo ein Landkrieg möglich, nämlich nach Tripolis, sei die Pforte außerstande, Truppen und Kriegsmaterial zu schicken. Italien sei in der Lage, seine Seeherrschaft nach Belieben zu verwenden. Aus einer Verlängerung des Kriegszustands drohe daher der Pforte nur Schaden und nicht die geringste Chance. Dem Boykott habe Italien durch Zurückziehung seiner Handelsschiffe vorgebeugt. Repressalien gegen die italienischen Untertanen seien einer zivilisierten Nation unwürdig. Dazu komme, daß die Pforte Ende d. Js. Geld bedürfe, das nur durch Anleihen flüssig gemacht werden könne. Anleihen während des Krieges seien aber unmöglich. Es drohe eine finanzielle Katastrophe. England und Frankreich hätten schon vor Jahren die italienischen Rechte auf Tripolis anerkannt; daß also die Pforte dort höchstens noch die fiktive Souveränität retten könne[2], sei auch mir zweifellos. Wenn die Türkei alsbald eine friedliche Lösung anstrebe, werde sie bei den freundschaftlichen Gesinnungen, welche Seine Majestät der Kaiser für die Türkei hege, und dem Wunsch allerhöchstdesselben, für den Frieden einzutreten, gewiß eine wohlwollende Unterstützung bei uns finden. Die Voraussetzung werde allerdings sein, daß die Pforte, die Schlußfolgerung aus der gegenwärtigen Lage ziehend, bestimmte Vorschläge mache, welche Aussicht auf Annahme in Rom hätten[3]. Ohne solche sei jeder Versuch zur friedlichen Lösung vollkommen aussichtslos.

Mahmud Schewket Pascha sagte mir ferner, im Ministerrat seien verschiedene Ansichten darüber, ob und bis zu welchem Grade man einer Landung in Tripolis militärischen Widerstand entgegensetzen solle. Die 12 Bataillone in der Provinz Tripolis seien auf einem sehr großen Gebiet zerstreut. In der Stadt Tripolis befänden sich nur drei Bataillone, also nur etwa 1200 Mann. Dazu kämen noch etwa 10000 Einheimische, die man bewaffnen könne. Das seien aber militärisch ganz unausgebildete Leute. Allerdings dürfe . . .* auf die Unterstützung der Berberstämme rechnen, aber es werde Wochen dauern, bis ihre Mitwirkung eintreten könne. Die paar tausend türkischen Nisams für eine verlorene Sache zu opfern, habe er keine

---

* Zifferngruppe fehlt.

Lust, da die Truppen anderwärts, zum Beispiel in Rumelien, sehr nützlich verwendet werden könnten.

Ich habe erwidert, die Frage, ob und inwieweit in Tripolis Widerstand zu leisten sei, sei eine rein militärische. Darüber hätten die Diplomaten zu schweigen und den Militärs die Entscheidung zu lassen. Der Kriegsminister allein sei in der Lage, darüber zu urteilen, was in dieser Beziehung mit Rücksicht auf die militärische Ehre und die Stimmung in der Armee zu geschehen habe. Mahmud Schewket Pascha replizierte, er sei der Meinung, daß anfangs ein gewisser Widerstand gegen die Landung zu leisten sei[4], die Truppen sich jedoch sodann der Übermacht gegenüber zurückziehen müßten.

Der Minister begab sich gegen zweieinhalb Uhr nachts in den Ministerrat zurück, nachdem er mir noch mitgeteilt hatte, daß Hakki Pascha demissioniert habe und Said Pascha Kütschük die Bildung eines neuen Ministeriums übernehmen werde*.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ??
[2] Unmöglich!
[3] richtig
[4] Einverstanden

Nr. 10857

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 82 Wien, den 1. Oktober 1911

Graf von Aehrenthal hat Meldung Barons von Flotow** über dessen Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär betreffend Beantwortung des in Berlin und hier türkischerseits mündlich gestellten Ansuchens um Vermittelung erhalten. Der Minister ist mit

---

* Auf Telegramm Nr. 243 erhielt Freiherr von Marschall am 1. Oktober die telegraphische Weisung (Nr. 168): „Mit Ihrer Sprache einverstanden. Wir sondieren vorsichtig in Rom über dortige Dispositionen. Osman Nisami hat hier vorsichtig das Wort Pachtvertrag fallen lassen. Vielleicht können Euere Exzellenz unter der Hand feststellen, wie dort dieser Gedanke aufgenommen würde." Gleichzeitig erhielt der Botschafter in Rom Kenntnis von dem Konstantinopeler Telegramm. Es hieß dabei (Telegramm Nr. 94): „Vielleicht können Euere Exzellenz schon jetzt anfühlen, welches italienische Forderungen sind, und ob sie — die italienische Regierung — eventuell geneigt wäre, auf möglichen türkischen Vorschlag eines Pachtvertrages einzugehen, auch ob sie geneigt wäre, unsere Vermittlung anzunehmen, die Türkei nachsuchen zu wollen scheint. Besonders erwünscht wäre es, dortige Absichten alsbald genau kennen zu lernen. Wir haben Eindruck, daß Türkei sich mit Aufrechterhaltung fiktiven Eigentums über Tripolis abfinden würde."
** Österreich-ungarischer Botschaftsrat in Berlin.

Staatssekretär gleicher Ansicht, daß gegenwärtiger Augenblick zur Intervention nicht geeignet scheint, daß wir aber unsere Bereitwilligkeit dazu bei sich bietender Gelegenheit erklären. Minister glaubt, daß zunächst abgewartet werden muß, bis Italien militärisch in Tripolis festen Fuß gefaßt haben wird, da vorher keine Aussicht bestehe, daß man in Rom Geneigtheit zeigen würde zu verhandeln. Sobald dies der Fall sein werde, glaubt Graf von Aehrenthal, daß wir mit eventuellen Schritten zur Vermittelung nicht mehr zögern sollten, da andernfalls Gefahr für Verwickelungen am Balkan wachsen und damit gerechnet werden müßte, daß andere Mächte Vermittelung übernähmen. Minister legt Wert darauf, sich mit uns über den modus procedendi bei der eventuellen Vermittelungsaktion vorher ins Einvernehmen zu setzen.

Graf von Aehrenthal bat Euerer Exzellenz mitzuteilen, daß er die Tatsache türkischen Vermittelungsansuchens nach Rom lediglich à titre d'information mitgeteilt habe.

Das Vorgehen der italienischen Seestreitkräfte in Prevesa — im Adriatischen Meer — bezeichnete Graf von Aehrenthal als ernste Komplikation der Lage. Es stehe im direkten Gegensatz zu früherer Erklärung italienischer Regierung, Aktion lediglich auf Mittelmeer beschränken zu wollen*. Verschärft werde die Sache noch dadurch, daß Herzog von Avarna hier amtlich erklärt habe, italienisches Vorgehen sei durch aggressive Haltung türkischer Flotte im Adriatischen Meer veranlaßt, und Italien werde voraussichtlich zu weiteren Operationen in diesen Gewässern gezwungen sein. Graf von Aehrenthal hat den Herzog von Avarna unter Betonung der unmöglich aggressiven Absichten der wenigen und minderwertigen türkischen Fahrzeuge im Adriatischen Meer auf die große Verantwortung hingewiesen, die Italien durch sein Vorgehen im Adriatischen Meer übernommen, hat formell um Aufklärung gebeten und dem italienischen Botschafter keinen Zweifel darüber gelassen, daß Österreich-Ungarn weitere Feindseligkeiten im Adriatischen Meer „nicht dulden könne".

Graf von Aehrenthal hofft, daß diese seine energische Sprache die Italiener zur Besinnung bringen werde. Minister würde es für sehr nützlich halten, wenn auch von Berlin aus in demselben Sinne in Rom eingewirkt werde und man dort auch unsererseits darauf aufmerksam gemacht werde, „daß Italien es bei weiteren militärischen Operationen in der Adria mit Österreich-Ungarn zu tun haben würde".

Graf von Aehrenthal fügte noch hinzu, das italienische Vorgehen sei nicht nur gefährlich und vertragswidrig, weil gegen die Integrität Albaniens gerichtet, sondern auch unklug. Italien setze sich damit seinen Verbündeten gegenüber ganz ins Unrecht und

* Vgl. dazu Kap. CCXXXII, Nr. 10 849.

weise Österreich-Ungarn le beau rôle zu, welches dann im Interesse der Erhaltung des Friedens und des Status quo am Balkan in Übereinstimmung mit dem Programm aller anderen Mächte vorgehen würde. Tschirschky

Nr. 10858

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 83 Wien, den 1. Oktober 1911

Wie Euerer Exzellenz gemeldet, hatte Graf von Aehrenthal am 28. v. Mts. mit englischem und französischem Vertreter in dem Sinne gesprochen, daß es zweckmäßig sein würde, unter den Mächten Fühlung zu nehmen, damit Tripolisaktion lokalisiert und Unruhen am Balkan verhindert würden*. Graf von Aehrenthal sagte mir heute, er habe gehofft, damit zugleich England Gelegenheit zu bieten zu einer gemeinsamen Aktion mit Deutschland. Bis heute habe er aber weder aus London noch aus Paris eine Antwort oder eine Äußerung zur Sache erhalten. Das deute auf nichts Gutes und lasse die englische Politik in zweifelhaftem Lichte erscheinen.

Was Rußland anlange, so scheine in Petersburg jedes planmäßige Handeln zu fehlen. Er habe Anzeichen dafür, daß sich dort wieder Iswolskysche Einflüsse geltend machten**, und Herr Tscharykow und Graf Benckendorff*** trieben augenscheinlich Politik auf eigene Faust. Man sei in Petersburg sehr ängstlich und besorgt. Russischer Geschäftsträger habe kürzlich wieder einmal das Interesse Rußlands auf Erhaltung des Status quo am Balkan betont, und er, Graf Aehrenthal, habe daraufhin zum ebensovielten Male seine Übereinstimmung in dieser Beziehung versichert. Wenn die Russen hierin auch zweifellos aufrichtig seien, so sei damit doch augenblicklich wenig gewonnen. Tschirschky

Nr. 10859

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 121 Rom, den 2. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 94†.

In vorgestriger längerer Unterredung besprach Minister des Äußern, der baldige Beendigung des Krieges erhofft, ganz akademisch

* Vgl. Kap. CCXXXII, Nr. 10842.
** Das war in der Tat in steigendem Maße der Fall. Vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, Bd. I.
*** Russischer Botschafter in London.
† Vgl. Nr. 10856, S. 80, Fußnote.

die Möglichkeiten eines Friedens. Nach einigem Widerstand, meinte er, könne Türkei, die in Tripolis tatsächlich wehrlos sei, ganz gut einen ehrenvollen Frieden schließen. Als Basis des letzteren nahm er Überlassung von Tripolis und Cyrenaica an Italien an unter Wahrung fiktiver Souveränität des Sultans, etwa wie früherer Zustand in Bosnien. Seines Erachtens würde Italien sich hierauf und auf Zahlung der kapitalisierten Erträge aus Tripolis und Cyrenaica (nicht Jahrestribut) einlassen können, auch auf anderem Gebiete weites Entgegenkommen zeigen, zum Beispiel Inaussichtnahme der Abschaffung der Kapitulationen (wie Österreich), Unterbreitung einiger schwebender Streitfälle unter Haager Schiedsgericht etc. Italien müsse sich in Kompensationen generös zeigen. Bedingung für Lösung tripolitanischer Frage sei allerdings italienische Verwaltung und völlige Ausschaltung türkischer Behörden in beiden Provinzen; denn solange solche dort walteten, würde Konfliktquelle nie aufhören. Deutschland könne seiner Meinung nach bei künftigem Friedensschluß eine wichtige Vermittlerrolle spielen.

Obwohl Unterredung vom Minister wiederholt als nicht amtlich und rein freundschaftlich bezeichnet wurde, glaube ich doch, daß unsere Vermittelung unter Bedingungen, die Italien faktischen Besitz von Tripolis gewähren, hier gern angenommen würde, zumal baldiger Friedensschluß aus politischen und finanziellen Gründen auch Italien erwünscht sein muß.

Jagow

Nr. 10860

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 254 Therapia, den 2. Oktober 1911

Nach meiner Audienz beim Sultan habe ich den neuen Großwesir Said Pascha auf der Pforte aufgesucht und ihm Abschrift des Antworttelegramms Seiner Majestät des Kaisers übergeben*. Es schien dies nötig, da mir Hakki Pascha ebenfalls Abschrift des Telegramms des Sultans mitgeteilt hatte und es außerdem der Übung entspricht, daß die Botschafter einem neuen Großwesir alsbald den ersten Besuch machen.

Said Pascha sprach mir ebenfalls seine Freude aus über den freundlichen Inhalt des Telegramms Seiner Majestät des Kaisers, indem er zugleich dem Dank für die Unterstützung, welche Deutschland in der tripolitanischen Frage der Pforte geliehen habe und für die Zukunft zusage, in warmen Worten Ausdruck gab. Über die Lage

* Vgl. Nr. 10855.

selbst sagte mir der Großwesir ungefähr dasselbe, was ich aus dem Munde Mahmud Schewkets gehört hatte. Er erwarte von einer Fortsetzung des Krieges unheilvolle Folgen für die Türkei, während Italien vermöge seiner starken Flotte von türkischer Seite keinen Angriff zu gewärtigen habe. Der Angriff auf Prevesa hat offenbar hier die größte Bestürzung hervorgerufen, weil damit bekundet wurde, daß Italien nicht, wie man gehofft, gewillt ist, den Krieg in Tripolis zu lokalisieren, vielmehr überall in türkischen Gewässern seine Seeherrschaft zum Schaden der Türkei geltend zu machen entschlossen ist. Said Pascha fragte mich, ob nicht am Ende Italien als Nachbar von Ägypten den Engländern unbequem sein werde. Ich erwiderte, daß, wenn England in Rom ein ernstes Wort gegen die tripolitanische Expedition gesprochen hätte, diese sicher unterblieben wäre. Statt dessen habe die englische Politik sich von Anfang an freundlich zu jener Aktion gestellt, vielleicht dieselbe sogar insgeheim unterstützt. Entrüstung der englischen Presse gegen Italien sei erst post festum eingetreten und daher von Grund aus unaufrichtig. Wegen Ägyptens habe England von dem italienischen Nachbar nichts zu fürchten. England, das seinerzeit aus Faschoda Frankreich gegenüber einen casus belli gemacht habe, besitze infolge seiner Seemachtstellung einen so starken Einfluß auf Italien, daß letzteres sich vor jedem Übergriff nach Ägypten streng hüten werde.

Der Großwesir sagte mir, er wolle dem Krieg so rasch wie möglich ein Ende machen. Die öffentliche Meinung, die gegenwärtig begreiflicherweise sehr erregt sei, müsse sich damit abfinden. Er sieht ein, daß irgend eine Vermittelung nur möglich sei, wenn die Pforte sich über die Bedingungen des Friedens schlüssig gemacht habe; daß diese Bedingungen andere sein würden als vor acht Tagen, und daß sie der neuen Situation entsprechen müßten, das sei traurig für jeden türkischen Patrioten, aber unabänderlich.

Der Großwesir sagte mir, er habe Tewfik Pascha in London telegraphisch das Auswärtige Ministerium angeboten, und hofft, daß er dasselbe annehmen werde. Meines Erachtens würde diese Wahl weitaus die beste sein*.

Marschall

---

* Am 2. Oktober wurde Freiherr von Marschall durch Staatssekretär von Kiderlen telegraphisch (Nr. 173) dahin verständigt: „Ernennung Tewfiks würden wir für besonders glücklich halten. Dagegen wollen Sie, sofern erforderlich, keinen Zweifel darüber lassen, daß Berufung des in Zeitungen genannten Kiamils uns an jeder weiteren Intervention verhindern würde." Die Ernennung Tewfik Paschas scheiterte übrigens an seiner Weigerung; auch der bisherige Botschafter in Wien Reschid Pascha, den man in Berlin gern als Ersatzmann gesehen hätte, lehnte ab. Außenminister wurde dann der bisherige Gesandte in Sofia Assim Bey. Die Ernennung des ebenso deutschfeindlich wie anglophil gesinnten früheren Großwesirs Kiamil Pascha kam zunächst nicht ernstlich in Frage.

Nr. 10861

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 209 St. Petersburg, den 2. Oktober 1911

Kokowzow empfing mich heute und äußerte Besorgnis, daß Türkei, um sich für Tripolis, das wohl nicht zu halten wäre, zu entschädigen, gegen Griechenland vorgehen würde. Es käme alles darauf an, daß im Balkan „l'état actuel" aufrechterhalten bliebe, und er rechne auf unseren beruhigenden Einfluß in Konstantinopel, um Türkei von etwaigen Schritten gegen Griechenland abzuhalten.

Ich erwiderte, daß Unruhe auch von Griechenland selbst oder anderen Balkanstaaten ausgehen könnte. Ministerpräsident auf das bestimmteste erklärte, daß russische Regierung Bulgarien, Serbien, Griechenland zur Ruhe gemahnt hätte, da jetziger Augenblick ganz ungeeignet wäre, Sonderwünsche vorzubringen. Alles hinge davon ab, in Konstantinopel zu beruhigen.

Ministerpräsident Vorgehen Italiens scharf als „brutal" verurteilte; Rußland sei vollkommen überrascht worden*, da italienische Regierung sich bis zuletzt friedlich ausgesprochen hätte. Türkische Antwort auf Ultimatum** bezeichnete Kokowzow als sehr entgegenkommend und nannte die Italien gewährten Garantien als „très larges".

Lucius

Nr. 10862

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Geschäftsträger in Petersburg Freiherrn von Lucius

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 139 Berlin, den 3. Oktober 1911

Zu Telegramm Nr. 209***.

Ew. wollen gelegentlich Herrn Kokowzow sagen, daß Serbien und Griechenland hier beruhigende Erklärungen abgegeben und auch Türkei wiederholt uns friedlicher Absichten gegen Balkanstaaten versichert habe. Auch Bulgarien verhält sich ruhig. An dieser Stelle liege Gefahr nur darin, daß König von Montenegro sein Ränke-

---

* Das traf keineswegs zu; vgl. Kap. CCXXXII, Nr. 10821, Fußnote **.
** Vgl. Kap. CCXXXII, Nr. 10847, Fußnote †††.
*** Siehe Nr. 10861.

spiel aus diesem Sommer in Albanien* erneuere. Es würde vielleicht Rußland gelingen, auch da vorzubeugen**.

Kiderlen

Nr. 10863

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 122 Rom, den 2. Oktober 1911

Minister des Äußern heute sehr peinlich berührt über Telegramm des Botschafters in Wien, dem Graf von Aehrenthal heftige Vorwürfe wegen italienischer Flottenoperationen im Adriatischen Meer gemacht hat, welche der Zusage, Konflikte im Mittelmeer zu lokalisieren, widersprächen***; sie würden Rückschläge in Albanien haben und den Status quo im Balkan gefährden, weil Zerstörung der Torpedoboote der Türkei Mittel benähme, eventuellen Aufstand in Albanien zu hindern. Italienische Operationen im Adriatischen Meer und Jonischen Meer müßten unbedingt aufhören. Von dortigen Torpedobooten drohe Italien keine Gefahr, da türkischer Botschafter in Wien versichert habe, Türkei wolle keine kriegerischen Operationen unternehmen. Italien solle sich beschränken, türkische Boote im Adriatischen Meer zu beobachten. Graf von Aehrenthals Sprache sei schließlich drohend geworden, er hat auch gesagt, in Berlin sei man sehr präokkupiert über italienische Flottenoperationen.

Marquis San Giuliano hat Botschafter beauftragt, dem Grafen von Aehrenthal zu wiederholen, daß Italien Krieg zu lokalisieren wünsche und ebensosehr wie Österreich am Status quo im Balkan interessiert sei. Es gebe aber militärische Notwendigkeiten. Für Sicherheit des italienischen Expeditionskorps und der Küstenorte sei es unbedingt nötig, das Meer zu säubern. Prevesa sei Operationsbasis für Torpedoboote, die von dort Ausfälle machten, auch in nördlicheren albanischen Häfen lägen noch welche. Diese müßten abgefangen werden, dadurch würde auch Türkei verhindert, Truppen von Albanien nach Kriegsschauplatz wegzuziehen. Flottenkommando habe bereits Befehl, nur im äußersten Notfall im Adriatischen Meer zu operieren, mehr sei unmöglich. Landung in Albanien solle vermieden werden. Einzige Möglichkeit sei, entweder Türkei zu schneller Unterwerfung zu überreden oder sie zu verpflichten, auch

---

* Montenegro hatte im Sommer 1911 die albanischen Aufständischen unterstützt, sodaß es zu einer ernsten Spannung zwischen Montenegro und der Türkei gekommen war.

** Nach einem Telegramm Freiherrn von Lucius' vom 6. Oktober (Nr. 210) hätte die russische Regierung nach neuerlicher Mitteilung Kokowzows auch besonders Montenegro zur Ruhe ermahnt.

*** Vgl. Nr. 10857.

ihrerseits Operationen auf afrikanische Küste zu beschränken und Fahrt des Expeditionskorps nicht zu hindern.

Marquis San Giuliano sagte mir, sekret bleibende diplomatische Konversationen könne er einstecken, befürchtet aber bei drohender Sprache des Grafen von Aehrenthal öffentliche Kundgebungen von Wien eventuell in der Presse. Dies würde von sehr unheilvollem Einfluß auf Beziehungen zu Österreich und auf Dreibund sein und außerdem Türkei nur ermutigen. Minister bittet, auf Grafen von Aehrenthal möglichst beruhigend einzuwirken. Italien würde alles tun, um Krieg zu lokalisieren. Er fügte hinzu, daß Sperrung der Straße von Otranto gegen Durchschlüpfen von Torpedobooten unausführbar sei.

Marineattaché Fuchs erachtet vom marinetechnischen Standpunkt italienische Operationen als ganz unvermeidlich für Sicherheit des Transports des Expeditionskorps.

Jagow

Nr. 10864

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 98 Berlin, den 3. Oktober 1911

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel meldet*:

„Said Pascha hat gestern im Laufe der Unterredung mich gefragt, ob vielleicht in einer occupation provisoire eine Lösung zu finden sei? Damit ist wohl dasselbe gemeint, was Osman Nisami Pascha als „Pachtvertrag" bezeichnet. Ich habe erwidert, daß ich in diesem Augenblick über die Möglichkeit der Lösung des Konflikts keine Ansicht äußern könne."

Würde auf dieser Basis Verständigung vor Landung möglich sein, so würde sich letztere ohne Kampf vollziehen lassen.

Kiderlen

Nr. 10865

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 77 Berlin, den 3. Oktober 1911

Der Kaiserliche Botschafter in Rom telegraphiert**:

„Minister des Äußern teilt mir ein Telegramm des Botschafters in Wien mit, wonach ihm Herr von Tschirschky streng vertraulich

* Telegramm Nr. 257 vom 2. Oktober.
** Telegramm Nr. 125 vom 3. Oktober.

gesagt hat, daß Graf von Aehrenthal ihn gebeten habe, Berlin möchte Italien zu verstehen geben, daß es mit Österreich zu tun haben werde, wenn es mit seinen Flottenoperationen im Adriatischen und Jonischen Meere fortfahre. Minister sehr erregt über diesen Schritt Grafen von Aehrenthals.

Nach italienischer Information hatte Türkei neun Torpedoboote an albanischer Küste, wovon fünf bereits unschädlich gemacht. Wenn es gelingt, andere vier ebenfalls außer Kampf zu setzen, würden Operationen Italiens in jenen Gewässern von selbst aufhören."

Wir haben nach Rom daraufhin folgendes telegraphiert:

„Wie Euerer Exzellenz bekannt ist und auch Marquis di San Giuliano weiß, haben wir der Anregung des Grafen Aehrenthal keine Folge gegeben.

Allerdings wäre erwünscht, daß Italien vom Schießen an albanischer Küste absieht, sich auf Blockierung und Beobachtung der wenigen türkischen Schiffe beschränkt und vor allen Dingen jede Landung in der ohnedies sehr erregten Gegend vermeidet. Streng vertraulich und mehr gesprächsweise können Sie Italienern sagen, uns schiene es das günstigste, wenn sie durch baldige Landung in Tripolis möglichst rasch ein fait accompli schafften. Dadurch würde die Ruhe auf dem Balkan weniger gefährdet und die Intervention dritter Mächte verhindert, was namentlich auch mit Rücksicht auf Englands nicht ganz klare Haltung von Bedeutung wäre. Nach Landung, glaubten wir, würde sich rasch Boden zu einer für Italien vorteilhaften und ehrenvollen Einigung finden."

Euerer pp. kann ich jedoch mein Befremden darüber nicht unterdrücken, daß Euer pp. durch Wiedergabe der scharfen Worte des Grafen Aehrenthal an den Herzog von Avarna den diesseitigen Entschließungen vorgegriffen und ungünstig auf unser Bestreben eingewirkt haben, zwischen unsern Bundesgenossen zu vermitteln. Ich bitte Sie, sich künftig auf die amtliche Wiedergabe der für die Kaiserliche Regierung bestimmten Anregungen des Ministers nach Berlin zu beschränken.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10866

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 127 Rom, den 3. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 98*.

Habe soeben Minister des Äußern gesagt, daß ich unsere neuliche akademische Konversation (vergleiche Telegramm Nr. 121**) ver-

* Siehe Nr. 10864.
** Siehe Nr. 10859.

traulich Kaiserlicher Regierung berichtet und daß inzwischen Freiherr von Marschall in Konstantinopel Eindruck gewonnen hätte, daß Türkei bereit sein würde, auf der Basis einer occupation provisoire oder eines Pachtvertrags Frieden zu schließen und eventuell unsere Vermittelung anzurufen. Minister entgegnete, daß Ausdruck „provisorische" Okkupation und „Pachtvertrag" vermieden werden müsse, da sie dem Lande gegenüber nicht annehmbar wären. Doch hält er Okkupation nach dem Beispiel von Bosnien laut Fassung von Artikel 25 des Berliner Vertrages und von sechs ersten Artikeln der österreichisch-türkischen Konvention von 1879 (die letztere mit eventuell notwendig erscheinenden unbedeutenden Modifikationen) für Italien noch für annehmbar. Hierbei bliebe ja auch, wie früher in Bosnien, fiktive Souveränität des Sultans erhalten. Ferner würde Italien sich zu einmaliger Geldzahlung (etwa kapitalisierte jetzige Rente von Tripolis) und eventuell anderen sekundären Kompensationen an Türkei bereitfinden lassen. Er könne natürlich heute nur in seinem eigenen Namen sprechen, da er für bindende Zusage der Zustimmung des Königs und des Konseilpräsidenten bedürfe. Doch glaube er deren Zustimmung sicher zu sein. Je schneller die Lösung, um so besser, da Verlängerung kriegerischer Anstrengungen Forderungen der italienischen Nation erhöhen würde. Minister sagte, er würde besonders erfreut sein, wenn es deutscher Vermittelung gelänge, Frieden herzustellen.

Bis heute früh hatte Bombardement vor Tripolis noch nicht begonnen, da Konsuln Verlängerung der Frist behufs Einschiffung fremder Untertanen erbeten hatten*.

Jagow

Nr. 10867

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 129 Rom, den 4. Oktober 1911

Bombardement Tripolis hat gestern mittag angefangen. Admiral** hofft, daß heute alle türkischen Forts zum Schweigen gebracht werden. Ob sofortige Landung von Schiffsmannschaften und Besetzung von Tripolis möglich, hängt von Verhalten türkischer Garnison und vom Wetter ab. Gestern zu heftiger Sturm. Auch hier wünscht man, möglichst schnell fait accompli zu schaffen. Erster Truppentransport wird aber kaum vor Sonnabend 7. Neapel abgehen können.

---

* Das obige Telegramm Jagows wurde am 4. Oktober (Telegramm Nr. 181) an Freiherrn von Marschall mit der Weisung, es vertraulich zu verwerten und über den Eindruck zu telegraphieren, weitergegeben.

** Faravelli.

Gestern haben französischer* und russischer Geschäftsträger bei Minister angefühlt, ob freundschaftliche Vermittlung möglich. Minister ist in seiner Antwort ausgewichen, weil er wünscht, daß eventuell Vermittlung durch Deutschland geschieht[1].

Jagow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ist auch besser

Nr. 10868

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 302 Paris, den 4. Oktober 1911

Selves deutete mir heute an, er würde nicht abgeneigt sein, sich an einer eventuellen Vermittlungsaktion zur Beilegung italienisch-türkischen Konflikts zu beteiligen, sobald durch weitere Ereignisse Grundlage dazu gegeben sei**.

Schoen

Nr. 10869

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 270 Therapia, den 4. Oktober 1911

Said Pascha, den ich heute in einer anderen Sache besuchte, sagte mir auf die Frage, ob der Ministerrat sich bereits über die

* A. Legrand.
** Tatsächlich hatte de Selves eine Vermittlungsaktion der Tripelententemächte, nicht aber ein Zusammengehen mit Deutschland im Auge. Vgl. das Geheimtelegramm des russischen Geschäftsträgers in Paris Demidow an den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow vom 3. Oktober 1911, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 154. Es heißt darin: „de Selves telegraphierte gestern nach Petersburg und London und bat die französischen Vertreter, die Meinung unserer und der englischen Regierung in dieser Frage zu ermitteln, wobei er darauf hinwies, daß die Verabredung eines gemeinsamen Aktionsplanes erwünscht sei. Der Minister besteht darauf, daß diese vorausgehende internationale Verabredung im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen eilig sei, das sich bemühe, in Konstantinopel die Basis für eine Vermittelungsaktion zu finden, um seine dort erschütterte Position zu festigen.“ Im gleichen Sinne telegraphierte Iswolsky am 8. Oktober an Neratow: „de Selves glaubt, daß es nicht im Interesse Rußlands, Frankreichs und Englands liegt, Deutschland die Vermittlerrolle

Lösung des türkisch-italienischen Konflikts schlüssig geworden sei, folgendes: Der Ministerrat habe wiederholt die Frage beraten, aber noch keinen Beschluß gefaßt. Darüber, daß Tripolis als Provinz für die Türkei verloren sei, bestehe unter den . . .* kein Zweifel, dagegen seien verschiedene Vorschläge aufgetaucht, beispielsweise der, daß Tripolis in eine autonome Provinz mit einem von den Mächten zu erwählenden, vom Sultan zu bestätigenden Generalgouverneur umgewandelt werde. Was ich davon halte? Auf meine Antwort, daß nach meiner persönlichen Ansicht dieser Gedanke für Italien ganz undiskutabel sei, bemerkt Said Pascha, er teile diese Auffassung. Die Überlassung von Tripolis an Italien zur Okkupation und Administration unter Aufrechterhaltung der Souveränität des Sultans sei unvermeidlich, aber es frage sich, ob es nicht möglich sei, diesen Zustand zeitlich zu begrenzen entweder durch eine zu fixierende Frist oder durch eine allgemeine Fassung in dem Sinne: „Jusqu'au moment où l'Italie aura atteinte le but qu'elle y poursuit." Ich entgegnete, daß ich dies persönlich für unmöglich erachte. Der Großwesir meinte dann, man könne vielleicht der Souveränität des Sultans insofern noch einen gewissen effektiven Charakter wahren, daß man dem hohen Herrn das Recht gebe, den von Italien vorgeschlagenen Generalgouverneur zu bestätigen. Auch in dieser Beziehung machte ich dem Großwesir keine Hoffnung, indem ich bemerkte, daß nach meiner Überzeugung Italien nur eine fiktive und formale Souveränität annehmen werde.

Bezüglich einer etwaigen Geldentschädigung sagte Said Pascha, die Annahme einer solchen sei ihm sehr unsympathisch, da man den Vorwurf erheben könne, daß er eine türkische Provinz verkauft habe. Auf meine Bemerkung, daß man vielleicht die Staatseinkünfte aus der Provinz kapitalisieren könne, erwiderte er, in dieser Form sei die Annahme einer Entschädigung möglich. Den Gedanken, daß ähnlich wie in dem bosnischen Vertrage** Italien bezüglich der Kapitulationen der Abschließung eines Handelsvertrags auf dem Boden des gemeinen Rechts und vielleicht auch durch Gewährung der vierprozentigen Zollerhöhung Zusagen gebe, griff der Großwesir lebhaft auf.

Als ich Said Pascha ausdrücklich sagte, daß meine Äußerung lediglich persönlicher Natur sei, erwiderte er mir, daß auch er noch keine Autorisation des Ministerrats besitze, mir positive Vorschläge zu machen. Er könne nur sagen, daß der Ministerrat das feste Vertrauen habe, daß Deutschland in dieser Lage der schwer bedrängten Türkei seine Unterstützung leihe.

---

zu überlassen, und daß die drei Ententemächte die erste Gelegenheit benutzen sollten, um gemeinsam diese Rolle zu übernehmen." Das. S. 156.

* Zifferngruppe fehlt.

** Gemeint ist das österreichisch-türkische Abkommen über Bosnien und die Herzegowina vom 26. Februar 1909; vgl. Bd. XXVI, Kap. CCI.

Mahmud Schewket Pascha, den ich auf der Pforte traf, sagte mir, die Türkei müsse lieber heute als morgen Frieden schließen. Es falle ihm als Militär schwer an, dies zu sagen. Aber es befänden sich bereits italienische Kriegsschiffe vor Hodeida, wo sie zwei Motorboote zerstört hätten. Damit sei die Armee im Jemen aufs äußerste gefährdet. Er werde im Ministerium bleiben, aber im nächsten Ministerrat bestimmt erklären, daß er militärisch die Verantwortung für Weiterführung eines Krieges nicht übernehmen könne, bei dem die einzige militärische Macht, nämlich die Armee, nicht zur Aktion gelangen könne und 20—30000 Mann, die im Kampf mit Rebellen sich befinden, dem ruhmlosen Untergang geweiht seien.

Der Kriegsminister bestätigte mir die bereits gemeldeten Mobilisierungen mit dem Bemerken, daß dies lediglich Vorsichtsmaßregeln seien. Jede aggressive Aktion nach irgend einer Seite hin sei ausgeschlossen.

Marschall

Nr. 10870

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 134 Rom, den 5. Oktober 1911

Französischer Geschäftsträger hat heute Minister der Auswärtigen Angelegenheiten gesagt, Herr Tittoni habe in Paris mitgeteilt, daß Italien sehr gern Frankreichs Vermittelung für Frieden annehmen würde. Marquis San Giuliano hält solche Äußerung Herrn Tittonis für völlig ausgeschlossen und die Geschichte für einen Trick des französischen Geschäftsträgers. Er hat demselben erwidert, daß man sich hier noch gar nicht mit der Frage beschäftigt und Herr Tittoni daher auch keinen Auftrag zu solcher Anregung gehabt hätte. Damit hat er die Frage abgeschnitten. Unterredung mit mir (vergleiche Telegramm Nr. 127*) hat er bisher verschwiegen, möchte dies einstweilen auch weiter tun, bittet aber für den Fall, daß ihm von einer Macht der Tripelentente offizielle Vermittelungsangebote und Vorschläge gemacht werden, um Autorisation, sagen zu können, daß er über die Frage bereits mit Deutschland in Verhandlungen stehe**. Minister wünscht jedenfalls, Deutschland Vorrang zu geben.

Jagow

---

* Siehe Nr. 10866.

** Ein Telegramm Kiderlens an Jagow vom 6. Oktober (Nr. 111) erklärte sich mit dem Vorschlag San Giulianos einverstanden.

Nr. 10871

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 135 Rom, den 5. Oktober 1911

Minister des Äußern, der inzwischen mit Konseilpräsidenten gesprochen, kam zurück heute auf unsere Unterredung — siehe Telegramm Nr. 127*. Okkupation nach Vorbild Bosniens schiene doch einige Bedenken zu bieten, vor allem wegen türkischer Verfassung und Parlamentswahlen, weswegen ja auch Österreich zur Annexion geschritten sei. Fernere Schwierigkeit Beibehaltung der Kapitulationen. Alle Reibungsflächen mit Türkei müßten bei Lösung der Frage ausgeschlossen werden. Minister behält sich weitere Mitteilung nach erneuter Unterredung mit Ministerpräsidenten vor, der heute nach Turin und zu Seiner Majestät dem Könige reist.

Jagow

Nr. 10872

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 112 Berlin, den 6. Oktober 1911

Großer Teil der italienischen Presse, insbesondere „Perseveranza", treten dafür ein, daß Italien Tripolis ohne auch nur fiktive Souveränität des Sultans und ohne jede Entschädigung einverleibe.

Nach bisherigen Äußerungen scheint dies nicht in Absicht italienischer Regierung zu liegen. Es wäre zu bedauern, wenn sie sich durch öffentliche Meinung zu intransigentem Standpunkt drängen ließe. Dies dürfte zu energischem Widerstand der Türkei und eventueller Aufrollung ganzer orientalischer Frage führen. Da dies zurzeit allen Mächten unbequem, könnten zu weitgehende Fordrungen Italiens leicht von einigen Mächten zum Anlaß einer Italien unerwünschten Intervention führen. Weder eine fiktive Souveränität des Sultans noch Geldentschädigung und Entgegenkommen auf andern Gebieten dürfte Italiens Prestige schaden. In der bosnischen Frage hat sich Österreich trotz seiner Sonderstellung dazu verstanden. Auch sind weder Ägypten noch Tunis von England respektive Frankreich formell annektiert worden; dasselbe wird auch in Zukunft für Marokko gelten.

---

* Siehe Nr. 10866.

Ich bitte, ohne eines Auftrags zu erwähnen, italienische Staatsmänner gesprächsweise auf vorstehende Gesichtspunkte aufmerksam zu machen.

Kiderlen

Nr. 10873

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 122 Berlin, den 7. Oktober 1911

Euerer Exzellenz stelle ich anheim, ohne direkten diesseitigen Auftrag zu erkennen zu geben, dort den Gedanken zu entwickeln, ob es angesichts der Einnahme von Tripolis nicht angezeigt wäre, einen Waffenstillstand mit Türkei abzuschließen, der Italien das Recht zu weiteren Truppensendungen nach Tripolis zur Besetzung des Landes ließe, dem Kriegszustande auf allen andern Punkten aber ein Ende bereitete. Dies würde zunehmende Unzufriedenheit des internationalen Handels, namentlich wegen italienischen Vorgehens im Roten Meer, wo Löschung der Lichter alle Schiffe stört, wesentlich beschwichtigen. Durch Besetzung von Tripolis würde Italien hinreichende Verhandlungsbasis haben.

Kiderlen

Nr. 10874

*Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg**

Ausfertigung

Nr. 160 Rom, den 6. Oktober 1911

Marquis di San Giuliano sagte mir gestern, daß der Herzog der Abruzzen nochmals strengen Befehl erhalten habe, an der albanischen Küste keine Beschießungen oder gar Truppenlandung vorzunehmen. Der Herzog habe grade die Beschießung eines in den Hafen von Prevesa geflüchteten türkischen Kanonenboots und eines Torpedoboots einleiten wollen; es sei ihm aber befohlen, davon Abstand zu nehmen und sich auf das Blockieren der Schiffe zu beschränken. Durch diese Blockade werde jedoch ein zu großer Teil des Geschwaders immobilisiert, und zwar grade in dem Moment, wo die Truppentransporte bevorständen. Für die Sicherheit letzterer könne die Kriegsleitung nicht einstehen, solange sie durch Überfälle türkischer Torpedoboote aus dem Adriatischen und Jonischen Meer

* Der Bericht Jagows wurde am 10. Oktober nach Wien mitgeteilt.

bedroht seien. Dem Wunsche des Grafen Aehrenthal, von den Flottenoperationen in jenen Wassern Abstand zu nehmen, könne daher Italien nur nachkommen, wenn anderseits auch die Türkei sich verpflichte, ihre Seestreitkräfte an der albanischen Küste nicht zu verwenden. Graf Aehrenthal aber habe sich geweigert, in diesem Sinne in Konstantinopel zu vermitteln. Er gäbe Italien einerseits Ratschläge — wenn man die Sprache des Grafen noch als „Ratschläge" bezeichnen könne — und versage ihm anderseits seine Hilfe, um die Ausführung dieser Ratschläge zu ermöglichen.

Marquis di San Giuliano sagte, er habe das Mißtrauen, das vielfach in Italien gegen Österreich geherrscht, nie geteilt und sei auch heute noch fest davon überzeugt, daß Österreich wirklich nur die Erhaltung der Ruhe und des Friedens im Balkan und namentlich in Albanien anstrebe. Er gäbe auch zu, daß die Befürchtungen des Grafen hinsichtlich der Erregung, die die italienischen Operationen an der albanischen Küste hervorrufen könnten, bis zu einem gewissen Grade berechtigt seien. Er selbst erkenne sehr wohl diese Gefahr, und Italien habe ein mindestens ebenso großes Interesse wie Österreich an der Ruhe in Albanien. Aber eine noch größere Gefahr für die Ruhe im Balkan würde die Verlängerung des Krieges bedeuten. Das einzige Mittel, diesen schnell zu beendigen, wäre, die Türkei zu erschrecken und ihr ihre Ohnmacht zum Bewußtsein zu bringen. Die Forderungen des Grafen Aehrenthal aber müßten den Widerstand der Türken gradezu ermutigen. „Aehrenthal veut la fin, mais il ne veut pas les moyens."

Den vertraulichen Mitteilungen des österreichischen Geschäftsträgers entnehme ich, daß er hier auch eine sehr scharfe Sprache zu führen beauftragt war. Baron Ambrózy hat aus den Antworten des Marquis di San Giuliano selbst den Eindruck gewonnen, daß der Minister an der Grenze des von der Kriegsleitung aus militärischen Gründen Erreichbaren angelangt sei. Im Marineministerium ist man, wie ich höre, ziemlich verstimmt, daß die Tätigkeit der Flotte durch die diplomatische Intervention eigentlich ganz paralysiert werde.

Der österreichische Botschafter wird morgen aus Urlaub hier zurückerwartet.

Jagow

Nr. 10875

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm en clair. Konzept

Nr. 123 Berlin, den 8. Oktober 1911

Türkischer Botschafter hat hier nachstehendes Telegramm seiner Regierung überreicht:

Obéissant à notre désir sincère à la conservation de la paix et considérant les recommandations bienveillantes des Grandes Puissances, nous sommes disposés à offrir une nouvelle base qui permettrait l'ouverture des négociations, et nous croyons que le moment d'une médiation efficace est venue. Cette base est de discuter d'un commun accord les intérêts de l'Italie et de nous engager à les reconnaître par une convention, en tant que les demandes de l'Italie soient reconnues comme répondant à la situation et sous réserve expresse du maintien de nos droits de souveraineté. Un tel accord, estimons nous, pour rétablir les relations diplomatiques des deux pays*. Les détails de cette base devront naturellement être discutés et arrêtés au cours des négociations.

Kiderlen

Nr. 10876

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 124 Berlin, den 8. Oktober 1911

Zu heutigem offenen Telegramm Nr. 123**.

Euer pp. bitte ich, bei dortiger Regierung festzustellen, ob ihr gleiche Mitteilung zugegangen, und was sie zu tun gedenkt. Wir würden zu gemeinschaftlicher Sondierung in Rom bereit sein.

Vielleicht dürfte Antrag auf sofortige Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen etwas weitgehend sein, und die Besprechungen könnten während eines Waffenstillstands an drittem Ort stattfinden. Aus bisherigen Äußerungen italienischer Staatsmänner ist zu entnehmen, daß sie fiktive Souveränität der Türkei gewähren wollen; danach scheint uns türkischer Vorschlag eine Basis für Verhandlungen. Da offenbar italienische Regierung großen Wert darauf legt, ihre bereits mobilisierten respektive eingeschifften Truppenteile nach Tripolis zu senden, könnte vielleicht Waffenstillstand so abgeschlossen werden, daß er Truppensendungen nach Tripolis und Besetzung eines gewissen Rayons vorsieht.

Sprechen Sie vertraulich und freundschaftlich in vorstehendem Sinne mit Minister, und halten Sie soweit tunlich Fühlung mit Ihrem österreichischen Kollegen.

Kiderlen

---

* sic!

** Siehe Nr. 10875.

Nr. 10877

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 283 Therapia, den 8. Oktober 1911

Ich habe in meiner heutigen Unterredung den Großwesir nochmals dringend davor gewarnt, eine Massenausweisung der Italiener, die von verschiedenen hiesigen Blättern befürwortet wird, anzuordnen. Die Folge solcher Maßregel werde sein, daß die Sympathien, welche gegenwärtig in der ganzen Welt für die Türkei beständen, [sich] wesentlich abschwächen würden, daß die Pforte für die Ausweisung der zum großen Teil armen Italiener große Summen aufbringen müsse und Italien beim Friedensschluß die Kosten der Repatriierung der Pforte aufbürden werde.

Said Pascha sagte mir, er teile meine Ansicht und werde die Massenausweisung nicht verfügen.

Marschall

Nr. 10878

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 144 Rom, den 8. Oktober 1911

Um österreichischen Beschwerden gerecht zu werden, will Italien Neutralisierung der Küste Antivari bis etwa Zante vorschlagen und eventuell aus Rücksicht für Handel auch Neutralisierung des Roten Meeres. Auf übrigen Meeren müsse Italien Aktionsfreiheit haben, um Türkei schrecken zu können.

Jagow

Randvermerk Zimmermanns:
Diese italienischen Vorschläge kommen den Saidschen Gedanken sehr nahe. (A 16 044) *

Nr. 10879

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 163 Rom, den 7. Oktober 1911

Der kriegerische, man möchte beinahe schon sagen Sieges-Rausch, ist hier im täglichen Steigen begriffen und erfaßt immer weitere

* A 16044 ist mit dem in Nr. 10881 inserierten Telegramm Nr. 284 aus Konstantinopel identisch.

Kreise der öffentlichen Meinung, die nur die bisherige Ohnmacht des türkischen Widerstandes sieht und die Schwierigkeiten, die Italien in Tripolis selbst noch erwarten können, nicht erkennt. Die ausrückenden Truppen werden überall von großem Enthusiasmus begleitet. Damit steigt leider auch das Maß der Erwartungen. Die Presse, soweit sie die Nachrichten über angebliche Friedensmöglichkeiten erörtert, will von dem Fortbestehen einer auch nur fiktiven Souveränität des Sultans nichts hören und lehnt ebenso die Frage von Geldentschädigungen ab. Nach den Anstrengungen und Kosten, die das Unternehmen Italien verursache, könne man auf einen vollen Erfolg rechnen, id est die einfache Annexion[1]. Auch die parlamentarisch-politischen Kreise sind dieser Ansicht.

Ich habe mich der Argumente für die Gefahr einer Überspannung der Forderungen sowie für die Wichtigkeit der beschleunigten Schaffung eines fait accompli, die Euere Exzellenz mir an die Hand zu geben die Geneigtheit hatten, in der Konsulta gesprächsweise, und ohne einen Auftrag zu verraten, bedient[2]. Ihre Richtigkeit wurde vollständig anerkannt, aber man fürchtet, daß das Land sich schwer mit gemäßigten Bedingungen zufrieden geben wird. Die Geldabfindung glaubt man noch am ersten durchsetzen zu können.

Zunächst wird die Rückkehr des Konseilpräsidenten abzuwarten sein, der gestern bei Seiner Majestät dem König in Racconigi war und heute einem parlamentarischen Bankett in Turin beiwohnt. Diese Veranstaltung, schon seit dem Frühjahr geplant und dann hinausgeschoben, war seit lange auf den 7. Oktober festgesetzt. So unzeitgemäß sie mir momentan zu sein scheint, ließ sie sich wohl nicht von neuem absagen. Vielleicht ist es dem Konseilpräsidenten, dem Gesichtspunkte der inneren Politik stets am maßgebendsten sind, auch nicht unerwünscht, gerade jetzt diese Ovation entgegenzunehmen, wo fast alle Parteien dem Vorgehen der Regierung zustimmen. Über 300 Deputierte haben ihre Teilnahme an dem Bankett angemeldet. Von dem Verlauf desselben und der dort zum Ausdruck kommenden Stimmung wird es meines Erachtens nicht unwesentlich abhängen, wieweit die Regierung ihre Forderungen in mäßigen Grenzen halten kann und wird.

Man sucht die Kriegsoperationen so weit wie möglich zu beschleunigen. Streng vertraulich sagt man mir, daß bereits gestern zwei kleine Detachements von Genua und Neapel abgegangen sind. Dies ist merkwürdigerweise hier in der Öffentlichkeit nicht bekannt geworden. Das eigentliche Gros der ersten Staffel des Expeditionskorps soll am Montag, dem 9., in Neapel in Gegenwart Seiner Majestät des Königs eingeschifft werden.

Aus Ägypten glaubt man nichts befürchten zu müssen. Man rechnet bestimmt darauf, daß England, welches die Neutralität Ägyptens und Zyperns erklärt habe, weder den Abbruch der ägyptischen

Beziehungen noch einen türkischen Durchmarsch noch die Stellung von Hilfstruppen gestatten werde.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Raub
[2] alle solche wohlerwogenen- und gemeinten Rathschläge sind völlig überflüssig! the peoples blood is up! Und da helfen alle philosophisch, logisch wohl durchdachten Reden nichts! Zumal bei den Lateinern! Man muß die Lawine hinabtoben lassen, und sich mit dem factum als Elementarereigniß abfinden

Nr. 10880

*Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt von Rosenberg**

Reinschrift

Berlin, den 9. Oktober 1911

Als im Jahre 1899 das französisch-englische Abkommen über das Hinterland von Tripolis bekannt wurde, trat die italienische Regierung in eine Aussprache mit Paris und London ein, um ihre traditionellen Aspirationen auf das tripolitanische Küstenland sicherzustellen. Diese Aussprache führte im darauf folgenden Jahre dazu, daß Frankreich als Gegenleistung für Italiens Desinteressement in Marokko versprach, den italienischen Ambitionen in Tripolis nicht in den Weg zu treten, ein Versprechen, das aus Anlaß des französisch-englischen Marokkoabkommens von 1904 nochmals bestätigt wurde. Von der britischen Regierung erhielt Italien im Jahre 1902 die Zusage, daß die Durchführung seiner tripolitanischen Pläne von England nicht gehindert werden würde**.

Seitdem hat Italien wiederholt, unter anderem am Vorabend der Algeciraskonferenz und anläßlich der Annexion Bosniens und der Herzegowina, Anstalten gemacht, seine Anwartschaft auf Tripolis zu realisieren. Wenn es auch den vereinten Bemühungen der Mächte gelang, Italien zur Vertagung seiner Aktion zu bewegen, so wachten doch die Regierung und die öffentliche Meinung in Rom mit Eifersucht darüber, daß die italienische Vorzugstellung in Tripolis unangetastet blieb. Dies führte zu unausgesetzten Reibungen mit der türkischen Regierung, die von Italiens Vorzugstellung begreiflicher-

* Die Aufzeichnung war nach einer Aktennotiz für die Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten angefertigt worden. Ihr Wert besteht in der Zusammenfassung der Gründe, von denen sich die deutsche Reichsregierung bei ihrer Stellungnahme im italienisch-türkischen Konflikt leiten ließ.
** Vgl. dazu Kap. CCXXXII, Nr. 10812, Fußnote **.

weise* nichts wissen wollte und durch Anwendung kleinlicher Abwehrmittel die Nervosität der Italiener nur noch erhöhte. Wir haben es uns angelegen sein lassen, in Konstantinopel sowohl wie in Rom zur Mäßigung und Ruhe zu mahnen, und haben erreicht, daß zahlreiche Zwischenfälle in friedlicher Weise erledigt wurden. Seit Jahresfrist jedoch war nicht mehr zu verkennen, daß Italien eine endgültige Auseinandersetzung wollte.

Frankreichs Vorgehen in Marokko gab den Anstoß. Die italienische Regierung sagte sich, daß mit der friedlichen Durchdringung des Scherifenreichs der Wechsel auf Tripolis fällig werde, und daß Italien bei nicht rechtzeitiger Präsentierung dieses Wechsels Gefahr laufe, auch Tripolis an Frankreichs afrikanisches Kolonialreich zu verlieren. Dazu kam, daß das italienische Volk, durch die nationalen Feste dieses Sommers patriotisch erregt, einmütig ein entschlossenes Handeln forderte. Auch mag die gegenwärtig am Ruder befindliche Regierung in der Ausnützung dieser Volksstimmung ein geeignetes Mittel erblickt haben, um ihre wenig gesicherte Stellung zu befestigen. Als daher die deutsch-französischen Verhandlungen über Marokko eine Wendung nahmen, die Frankreich das Protektorat zu sichern schien, wurde in Rom die Liquidierung der tripolitanischen Frage beschlossen.

So deutlich das italienische Vorhaben seit Monaten zu erkennen war, so überraschend kam der Moment seiner Ausführung. Gerade in Erinnerung an die von uns und Österreich-Ungarn wiederholt gegebenen, auf Vertagung des tripolitanischen Problems abzielenden Ratschläge war es Italien offenbar daran gelegen, seine Bundesgenossen vor ein fait accompli zu stellen und eine nochmalige Intervention unmöglich zu machen. An Versuchen, dem drohenden Konflikt durch eine vermittelnde Tätigkeit in Rom und Konstantinopel vorzubeugen, haben wir es auch diesmal nicht fehlen lassen. Den festen Entschlüssen der italienischen Regierung gegenüber mußten diese Versuche erfolglos bleiben. Wurde uns doch in Rom sogar angedeutet, daß eine erneute Enttäuschung der ehrgeizigen Wünsche des italienischen Volkes den Bestand der Monarchie gefährden würde.

Nachdem es zum Konflikt gekommen war, konnte über unsere Stellungnahme zu den Kriegführenden kein Zweifel bestehen. Wir waren zur strikten Neutralität verpflichtet und haben nicht gezögert, entsprechende Erklärungen in Rom und Konstantinopel abzugeben. Eine Parteinahme für die Türkei hätte nicht nur den Dreibund gesprengt und in den Augen der Welt Deutschlands Bündnisfähigkeit für alle Zeiten kompromittiert, sie hätte Italien rettungslos in die Arme der Tripelentente getrieben. Daß eine solche Entwickelung der

---

* Das Wort „begreiflicherweise" ist eine Einschaltung von der Hand Staatssekretär von Kiderlens.

Dinge in Frankreich nicht ungern gesehen worden wäre, zeigen die Eile und der Eifer, womit man in Paris seine rückhaltlose Sympathie mit dem italienischen Vorgehen aussprach, und Stimmen der französischen Presse, die Italien in der Hoffnung auf eine unsichere Haltung Deutschlands bereits mit Emphase im Bunde der Westmächte willkommen hießen. Diese Hoffnungen zu vereiteln, lag in unserem eigenen Interesse. Auch hatten wir bei früherer Gelegenheit in Rom mündlich erklären lassen, daß wir, dem Geiste des Dreibundvertrages getreu, Italiens Bewegungsfreiheit in der Tripolisfrage nicht zu beeinträchtigen gedächten.

Dem Wunsche unseres Verbündeten, den Schutz der Italiener in der Türkei zu übernehmen, sind wir um so bereitwilliger entgegengekommen, als die Türkei selbst das größte Interesse daran hat, daß dieser Schutz von einer befreundeten Macht ausgeübt wird, der es fernliegt, das Schutzrecht zu Schikanen zu mißbrauchen. Daß dieser Gesichtspunkt in Konstantinopel richtig gewürdigt wird, ergibt sich daraus, daß die Türkei unsere Mitteilung von der Übernahme des Schutzes mit der Bitte beantwortet hat, auch den Schutz der Türken in Italien zu übernehmen. Die Haltung der Pforte in der Schutzfrage läßt erkennen, daß die türkische Regierung die Motive unserer Neutralität versteht und unsern Verzicht auf ein aktives Eingreifen zugunsten der Türkei als berechtigt anerkennt. Die Enttäuschung, mit der ein Teil der türkischen Bevölkerung Deutschlands Zurückhaltung aufgenommen hat, kann vielleicht eine vorübergehende Abkühlung unserer Beziehungen zur Folge haben, wird aber auf die Dauer unserer Stellung in Konstantinopel nicht schaden. Unsere Politik am Goldenen Horn ist so klar und deckt sich so sehr mit realen, wirtschaftlichen und politischen Bedürfnissen der Türkei, daß Schwankungen der türkischen Volksstimmung in Zeiten nationaler Erregung nicht tragisch genommen zu werden brauchen. Ebenso wie es nach dem Sturze Abdul Hamids der Fall war, wird sich die Türkei auch diesmal schnell genug zu der Erkenntnis zurückfinden, daß Deutschland ihr zuverlässigster Freund und vielleicht die einzige Macht ist, von der sie territoriale Übergriffe unter keinen Umständen zu befürchten hat.

Unsere Neutralität hat uns naturgemäß nicht gehindert, von Anfang an auf eine örtliche Lokalisierung des Konflikts hinzuwirken und den Boden für eine baldige Wiederherstellung des Friedens vorzubereiten. Italien hat sich bereit finden lassen, die Feindseligkeiten an der albanischen Küste einzustellen. Es ist zu hoffen, daß in wenigen Tagen nicht nur das Adriatische Meer, sondern auch das Rote Meer für neutral erklärt werden wird. Der Landung des italienischen Expeditionskorps in Tripolis wird möglicherweise schon bald ein Waffenstillstand folgen, da die Türkei kürzlich an die Großmächte mit der Bitte herangetreten ist, die Einleitung von Friedensverhand-

lungen zu vermitteln, und auch die Regierung in Rom ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln zu erkennen gegeben hat. Bei der Aktion zur Wiederherstellung des Friedens sind wir bestrebt, zwar die Führung in der Hand zu behalten, die übrigen Mächte aber zu beteiligen, damit diese nicht das Odium der Vermittelung auf uns allein abladen können. Eine Einigung zwischen den Kriegführenden erscheint in der Weise denkbar, daß der Sultan eine fiktive Souveränität behält, Italien aber den Besitz und die Verwaltung des Landes übernimmt und dafür der Türkei eine Geldentschädigung sowie Kompensationen auf dem Gebiete der Kapitulationsrechte und in wirtschaftlicher Beziehung gewährt.

Rosenberg

Nr. 10881

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 127 Berlin, den 9. Oktober 1911

Zur vertraulichen Verwertung. Der Kaiserliche Botschafter in Cospoli telegraphiert*:

„Said Pascha sprach mir heute von meiner jüngsten vertraulichen Anregung bezüglich der kriegerischen Aktion an der albanischen Küste und meinte, die paar Torpedoboote, welche die Türkei dort noch besitze, seien wenig wert, und der Wiener Einspruch gegen jede feindselige Aktion in Albanien werde für das an der Küste vorhandene türkische Kriegsmaterial einen wirksameren Schutz bilden als die Zusage der Pforte, nichts gegen das italienische Festland zu unternehmen. Dagegen scheine ihm eine Verabredung in dem Sinne möglich, daß beide Teile sich verpflichten, die Feindseligkeiten in Tripolis zu lokalisieren und jeden Angriff an der Küste des Feindes zu unterlassen. Auf meine Bemerkung, daß ein solcher Pakt angesichts der italienischen Seeherrschaft ausschließlich der Türkei Nutzen bringen und daher voraussichtlich nur in Verbindung mit einer allgemeinen Einstellung der Feindseligkeiten für Italien annehmbar sein werde, die wiederum eine Basis für Friedensverhandlungen voraussetze, entgegnete der Großwesir, er könne mir vertraulich sagen, daß nach Ansicht des Ministerrats die Überlassung von Tripolis zur Okkupation und Administration an Italien unvermeidlich sei, dagegen die Aufrechterhaltung der türkischen Souveränität gewahrt werden müsse. Auf Details darüber einzugehen, ob diese Souveränität eine rein fiktive sei oder in irgendeiner Beziehung eine

* Telegramm Nr. 284 vom 9. Oktober.

effektive Wirkung üben solle, müsse man zunächst möglichst vermeiden. Nur sei zu verlangen — wie dies auch in der Konvention wegen Bosnien vom 21. April 1879 stipuliert ist —, daß in den Moscheen für den Sultan gebetet und auf den Minarets die türkische Flagge gehißt werde. Dazu kämen die bereits erörterten finanziellen und ökonomischen Kompensationen sowie die Zusage bezüglich der Kapitulationsrechte. Auch heute könne er mir diese Mitteilungen nur in akademischer Weise machen, da ein definitiver Beschluß nicht gefaßt sei. Ich bemerkte dazu, daß auch meine Äußerung lediglich einen persönlichen und akademischen Charakter trüge.

Said Pascha bestätigte mir die Zeitungsnachrichten, wonach die Pforte sich nochmals an alle Großmächte um Mediation gewandt habe, bemerkte aber, daß ihm die Übernahme der Vermittelung durch Deutschland allein am sympathischsten sein werde."

Die Gedanken Saids decken sich ungefähr mit den unsrigen über einen Waffenstillstandsvorschlag.

Das am Schlusse Euerer Exzellenz Telegramms 144* ausgesprochene italienische Verlangen, Kampf gegen türkische Küsten außer Adriatischem und Rotem Meer fortzusetzen, dürfte gegenstandslos werden, wenn Italien Besetzung Tripolis zugestanden.

Kiderlen

Nr. 10882

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 Rom, den 9. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 124**.

Minister hält türkisches Telegramm*** für eine der „üblichen Tergiversationen" der Türkei, die immer Zeit gewinnen wolle. Kein möglicher Friedensvorschlag sei darin enthalten. Waffenstillstandsfrage ließe sich eventuell prüfen, aber erst nach Truppenlandung und Besetzung. Es würde dann auch auf militärische Gesichtspunkte ankommen. Minister befürchtet, daß Waffenstillstand einseitig Lage der Türkei verbessern würde. Diese würde Verhandlungen hinschleppen, inzwischen könnte Eingeborenenerregung eintreten.

Quoad Friedensbedingungen anerkennt Minister einerseits, wie wünschenswert baldige Beendigung des Kriegs. Er persönlich wäre auch nicht gegen fiktive Souveränität des Sultans. Andererseits sei es im Interesse Italiens und Europas, Tripolisfrage endgültig zu erledigen. Chirurgische Operationen müßten vollständig sein. Fort-

* Siehe Nr. 10878.
** Siehe Nr. 10876.
*** Vgl. Nr. 10875.

bestehen irgendeines Bandes mit Türkei würde fortgesetzte Weiterungen ergeben. Österreich habe europäische Krise affrontieren müssen, um notwendig gewordene Annexion vorzunehmen. In Kreta sei Fortbestehen der Souveränität des Sultans Quelle endloser Schwierigkeiten für die Mächte. In Ägypten befände sich England fortdauernd in schiefer Lage, wie jetzt Neutralitätsfrage und Recht der Türkei auf Truppendurchmarsch und Kontingentstellung beweise. Auch sei Rücksicht auf Armee und Land zu nehmen. Öffentliche Meinung werde immer anspruchsvoller. Nachricht von Ausweisung der Italiener aus Türkei habe sie sehr erregt. Beschlußfassung über Friedensbedingungen erst möglich nach Besetzung von Tripolis durch Truppen. Herr Giolitti, der heute von Turin zurückgekehrt, und welchen Minister bis jetzt nur flüchtig gesprochen hatte, scheint sich auch noch keine bestimmte Ansicht gebildet zu haben.

Jagow

Nr. 10883

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 295 Therapia, den 11. Oktober 1911

Der neue Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Assim Bey, der mich soeben hier besuchte, sagte mir, nach seiner Überzeugung müsse der Krieg möglichst rasch beendigt werden. Die Zeit laufe gegen die Türkei, im Balkan werde die Erregung wachsen, die Armee im Jemen sei bedroht, in Tripolis sei die Türkei machtlos, ein anderer Kriegsschauplatz bestehe nicht, und dabei dränge die öffentliche Meinung die Regierung zu extremen Maßregeln gegen die Italiener, welche die Situation verschlechtern und der Türkei weit mehr schaden würden als Italien. Die letzte Zirkularnote der Pforte* faßt der Minister in dem Sinne auf: Die militärische Okkupation von Tripolis hat ein „fait nouveau" geschaffen, demgegenüber wir unser Augenmerk auf Erhaltung der türkischen Souveränität zu richten haben, mit anderen Worten: Wir erkennen die Okkupation an, wollen aber die Souveränität retten. Daß diese in der Hauptsache eine fiktive sein werde, sei klar. Mit dieser Erklärung sei die Basis für eine Mediation geschaffen. An Italien, nicht an der Türkei sei es, einzelne Bedingungen vorzuschlagen.

Assim Bey bat dringend, daß wir unsern Einfluß in Rom geltend machen, um möglichst rasch Verhandlungen auf jener Basis unter gleichzeitiger Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen. Bei einem etwaigen Waffenstillstand dürfe man natürlich nicht ver-

* Vgl. Nr. 10875.

langen, daß auch die Araberstämme im Innern von Tripolis sich ruhig verhielten. Ich habe erwidert, daß ein Waffenstillstand sich nur auf die reguläre Armee und diejenigen Kombattanten beziehe, die unter der Botmäßigkeit eines kriegführenden Teiles ständen, daß aber bezüglich der Senussi, der Tuaregs und anderer Stämme im Innern eine bestimmte Zusage von der Pforte um so weniger verlangt werden könne, als diese schon vor der italienischen Okkupation sich nur nominell unter türkischer Herrschaft befunden hätten. An Stelle einer bestimmten Zusage könne vielleicht eine Aufforderung an die fraglichen Stämme treten.

Assim Bey glaubt, daß Said im Parlament ein Vertrauensvotum erhalten werde. Die Sorge, daß eventuell das Großwesirat Kiamil Pascha zufalle, werde in diesem Sinne wirken. Die Engländer und Engländerfreunde entfalteten eine sehr starke Agitation für Kiamil Pascha. Dabei spiele der Gedanke eines Staatsstreichs mit.

Marschall

Nr. 10884

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 156 Rom, den 13. Oktober 1911

Barrère hat heute französische Vermittelung angeboten, gleiche Schritte haben russischer und englischer Vertreter getan. Minister hat erwidert, ein gleiches Anerbieten sei bereits seitens Deutschlands gemacht, und er habe letzteres dankbar angenommen*. Er hat dann Redensart hinzugefügt, daß er natürlich für friedliche Bemühungen der Mächte in Konstantinopel stets dankbar sein würde. Habe Minister gesagt, daß Österreich sich unserem Vermittelungsversuch anschlösse.

Jagow

Nr. 10885

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 157 Rom, den 13. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 132**.

Minister, den ich schon heute früh durch Bollati von den Äußerungen Assim Beys hatte verständigen lassen, ließ mich heute abend rufen. Er kam von Rücksprache mit Giolitti und sagte, Regierung sei zur Überzeugung gekommen, daß Italien Annexion mit Ausschluß

* Vgl. jedoch Nr. 10891.

** Durch Telegramm Nr. 132 vom 12. Oktober war das Konstantinopeler Telegramm Nr. 295 (s. Nr. 10883) nach Rom übermittelt worden.

selbst fiktiver Souveränität des Sultans fordern müsse. Nur geistliche Oberhoheit des Kalifen könne es anerkennen, am besten analog Artikel 4 des Bosnischen Annexionsvertrags von 1909. Alle meine energischen Gegenvorstellungen begegneten kategorischer Ablehnung. Obige Bedingung könne allein Basis für Friedensunterhandlungen sein. Auf allen anderen Gebieten würde man größtes Entgegenkommen zeigen. Minister nannte Geldentschädigung (für die sich Form finden lassen werde, um Vorwurf von „Verkauf und Kauf" der Provinzen zu vermeiden), ferner schon früher gemeldete Kompensationen, eventuell auch noch andere. Türkei möge ihre Forderungen stellen. Waffenstillstand sei erst möglich, wenn Basis für Verhandlungen gefunden und diese Aussicht auf baldiges Gelingen hätten. Denn Waffenstillstand wäre einseitig zugunsten der Türkei wegen der von Eingeborenenstämmen drohenden Gefahr. Zahlreiche türkische Offiziere seien durch Tunis und Ägypten ins Land gedrungen, um Araber zu organisieren. Hierdurch erwüchse italienischen Truppen auch während Waffenstillstands täglich Gefährdung. Wirtschaftliche Nachteile für Italien, wie Boykott etc., würden gleichwohl fortdauern. Augenblick für einen Waffenstillstand könne selbstverständlich auch nur mit Zustimmung Militärbehörde bestimmt werden.

Minister fügte hinzu, daß auch Frankreich und Rußland sich schon von Unerläßlichkeit italienischer Forderung absoluter Souveränität überzeugt zu haben schienen; wie England sich verhielte, wisse er nicht.*

Jagow

Nr. 10886

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 212 Berlin, den 14. Oktober 1911

Ein italienischer Vorschlag betreffend Neutralisierung des Adriatischen Meers, begrenzt nach West und Ost durch Längengrad von

* Das obige Telegramm Jagows wurde am 14. Oktober unter Nr. 213 an Freiherrn von Marschall weitergegeben. Kiderlen bemerkte dabei: „Ich bitte, mit türkischer Regierung in diesem Sinne zu sprechen und ihrer Erwägung anheimstellen, ob sie glaube, auf dieser Grundlage mit Italien verhandeln zu können. Ihrem Ermessen überlasse ich, den Türken dabei zu bedenken zu geben, daß angesichts der Haltung von Frankreich und Rußland, zu denen zweifellos auch England stehen wird, und im Hinblick auf Kosten, die längere Kriegsdauer den Italienern verursacht wird, deren Fordrungen durch Hinziehen eher gesteigert als gemindert würden. Auch eine Schädigung italienischer Interessen an andern Stellen dürfte daran nichts ändern, da es auf ökonomische

Antivari und albanische Küste und nach Nord und Süd durch 42. und 38. Breitegrad, wird von Österreich in Konstantinopel befürwortet werden. Ich bitte Ihren österreichischen Kollegen darin zu unterstützen.

Kiderlen

Nr. 10887

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 306 Therapia, den 14. Oktober 1911

Markgraf Pallavicini sagt mir, nach einem Telegramm des Grafen von Aehrenthal habe San Giuliano Herrn von Mérey gesagt, er zweifle, ob der Gedanke, der anfangs bestanden habe, der Türkei die fiktive Souveränität über Tripolis zu gewähren, jetzt noch durchführbar sei, da die öffentliche Meinung mit steigender Lebhaftigkeit sich für die bedingungslose Annexion ausspreche. Unter diesen Umständen werde auf längere Zeit hinaus keine Möglichkeit zu Verhandlungen mit der Türkei bestehen.

Sollte die italienische Regierung in diesem Sinne . . .* festgelegt haben, so wäre dies tief zu bedauern. Die Türken werden auf die volle Annexion nicht eingehen, für den Krieg wird ein Ende nicht abzusehen sein, da es Italien an der Möglichkeit fehlt, den Gegner militärisch zur Kapitulation zu zwingen. Die Erregung gegen die Italiener in der Türkei, welche die Regierung bisher auf meinen dringenden Rat erfolgreich zurückgehalten hat, würde sich steigern und in Gewaltakten ihren Ausdruck finden. Die Gefahr auf der Balkanhalbinsel, welche Österreich-Ungarn so nahe berührt, würde verewigt werden, ...** alle die wirtschaftlichen Schäden, welche mehr oder minder alle Großmächte durch den Kriegszustand erleiden. Man sollte in Rom auch bedenken, daß der Krieg mit der Türkei . . . . . .** Italien keine Aussicht darauf hat, daß seine volle Souveränität über Tripolis von den anderen Großmächten anerkannt werde.***

Marschall

Schädigung auf alle Fälle gefaßt ist und weiß, daß es an Erreichung seines tripolitanischen Endziels nicht gehindert werden kann. Falls Pforte der Bedingung zustimmt, daß Souveränität sich nur auf geistliches Gebiet erstreckt, dürfte Italien voraussichtlich zu sofortigen Verhandlungen bereit sein."

* Zifferngruppe fehlt.

** Zifferngruppen unverständlich.

*** Der zweite Teil des obigen Telegramms wurde mittels Telegramm Nr. 139 vom 14. Oktober nach Rom weitergegeben.

Nr. 10888

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 168 Rom, den 12. Oktober 1911
[pr. 15. Oktober]

Die infolge des türkischen Telegramms* auch von meinem österreichischen Kollegen unternommene Demarche ist einen Tag später erfolgt als die meinige**, weil Herr von Mérey noch keine Instruktionen aus Wien erhalten hatte. Ich hatte aus letzterem Grunde nach Verabredung mit Herrn von Mérey dem Minister auch nur gesagt, daß ich dem Auftrag meiner Regierung entsprechend meinem österreichischen Kollegen sowohl von dem Telegramm als wie von meiner Demarche Mitteilung gemacht hätte.

Die Antwort, die Marquis di San Giuliano dem österreichischen Botschafter gegeben hat, entspricht inhaltlich der mir erteilten. Er hat zugegeben, daß er selbst anfangs dem Gedanken der Beibehaltung einer fiktiven Souveränität des Sultans, etwa wie früher in Bosnien, nicht abhold gewesen wäre, er habe sich aber zu einer anderen Ansicht bekehrt, da er es für nötig erachte, alle Reibungsflächen mit der Türkei auszuschalten. An dem Beispiel der bosnischen Annexion hat er dann die Unzuträglichkeit eines halben Zustandes klarzumachen gesucht. Ferner hat sich der Minister auf die immer intransigenter werdende Stimmung des Landes berufen, welche keine andere Lösung als die einfache Annexion mehr zulassen würde. Als Herr von Mérey schließlich die Bereitschaft seiner Regierung ausgesprochen hat, an der eventuellen Vermittlung mitzuwirken, hat ihm der Minister erwidert, Deutschland hätte schon, le cas échéant, seine Vermittlung angeboten und er dieselbe auch gern angenommen.

Ich werde nicht verfehlen, bei nächster sich bietender Gelegenheit dem Minister zu sagen, daß das alliierte Österreich sich unseren Friedensbemühungen anschließen würde.

Wann der Moment zu einer praktischen Vermittlungsaktion eintreten kann, und wieweit die italienischen Staatsmänner sich zu einem Entgegenkommen bereit finden werden, ist heute noch nicht möglich anzugeben. Der Minister sagt, und die Presse wiederholt es, daß der Zeitpunkt zu Friedensverhandlungen erst gekommen sein würde, wenn die Okkupation durch das Expeditionskorps tatsächlich auch durchgeführt wäre. Da Tripolis und Tobruk besetzt sind, nehme ich an, daß noch weitere Plätze okkupiert werden sollen. Denn

---

* Vgl. Nr. 10875.
** Vgl. Nr. 10882.

obwohl die Absichten der Kriegsleitung streng geheimgehalten werden, verlautet doch mit Bestimmtheit, daß ein Teil der Expeditionstruppen nach Bengasi bestimmt sei, weil man dort den stärksten Widerstand der Eingeborenen erwarte. Auch scheint hier die Ansicht zu dominieren, daß es an der Türkei sei, greifbare Vorschläge zu machen. Meine gestern gelegentlich eines Diners Herrn Bollati gegenüber gemachten Ausführungen, daß es Italien, welches den Frieden so abrupt gebrochen habe, nun auch wohlanstehen würde, le beau geste zu einer Wiederanbahnung des Friedens zu machen, fanden nicht viel Anklang. Herr Bollati, der, vertraulich bemerkt, selbst ein Gegner der Tripolisaktion gewesen ist, meinte auch, er sähe immer mehr ein, daß die Beibehaltung einer wenn auch nur fiktiven Souveränität des Sultans unmöglich geworden wäre. Die öffentliche Meinung sei zu sehr dagegen. Dies ist insofern richtig, als die maßgebenden Blätter gegen diesen Gedanken bereits heftig polemisieren. Herr Bollati sagte, das Wort „Souveränität" müsse absolut vermieden werden. Ich erwiderte, sie möchten das Ding nennen, wie sie wollten; wenn Italien mit der Türkei je wieder auf einen guten Fuß gelangen wolle, müsse es gewisse Empfindungen der Türken und des Islams schonen. Ich erinnerte an das Beispiel Bismarcks, der nach Königgrätz auch die Schonung des überwundenen Gegners durchgesetzt und sich damit als ein weitsichtiger Politiker bewiesen hätte. Ein Bestehenlassen wenigstens der geistlichen Hoheit des Kalifen, die durch Gebet in den Moscheen und die Fahne auf den Minarets zum Ausdruck gebracht werden könne, sei meiner Ansicht nach für das Zustandekommen eines Friedens unerläßlich. Die Italiener hätten ja in Rom auch einen geistlichen Kalifen mit gewissen Souveränitätsrechten behalten, dessen Wappen noch an allen Kirchen prangten; wenn das hier in der Hauptstadt anginge, wäre es in der Kolonie noch viel eher tunlich. Ich habe letztere Gedanken natürlich als rein persönliche ausgesprochen; doch glaube ich, daß — falls Italien nicht durch unvorhergesehene Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz nachgiebiger gestimmt werden sollte — mehr als eine g e i s t l i c h e Oberhoheit des Sultans sich hier kaum wird durchsetzen lassen.

Der „Krieg" nimmt einen für Italien durchaus günstigen Verlauf. Verschiedene Abteilungen des Expeditionskorps sind schon gelandet, Tripolis und Tobruk von ihnen besetzt. Der nächtliche Angriff einer türkischen Truppenabteilung bei Tripolis ist abgeschlagen worden, es heißt, daß die türkischen Truppen bereits Mangel an Nahrung und Wasser litten. In Tripolis und Tobruk haben die arabischen Chefs — wohl durch Geld gewonnen — ihre Unterwerfung erklärt, und, wie ich vertraulich höre, hat man italienischerseits auch bereits mit dem Oberhaupt der Senussi Verbindungen angeknüpft. Um die Bevölkerung von Tripolis, wo eine große Miß-

ernte sein soll, zu gewinnen, hat man Nahrungsmittel — Mehl, Brot und gesalzene Fische — zur Verteilung gesandt. Es verlautet, wie schon gesagt, daß demnächst auch Bengasi besetzt werden soll. Allem Anschein nach dürften wirklich größere Schwierigkeiten Italien erst in einem späteren Stadium der Etablierung seiner Herrschaft in den beiden Provinzen erwarten, denn es ist wohl kaum anzunehmen, daß die auch der Türkei gegenüber ziemlich unbotmäßigen Eingeborenenstämme auf die Dauer sich den italienischen Eindringlingen gefügig unterwerfen werden.

Jagow

Nr. 10889

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 142 Berlin, den 16. Oktober 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 139*.

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel telegraphiert**:

„Ich werde morgen in sehr vorsichtiger Weise mit dem Großwesir und Assim Bey in dem befohlenen Sinne sprechen***. Daß beide Staatsmänner den Gedanken einer einfachen Annexion von Tripolis mit Entrüstung zurückweisen werden, ist absolut sicher. Italien ist gar nicht in der Lage, die Souveränität auf geistlichem Gebiet anzubieten. Denn diese umfaßt eo ipso alle Muselmanen, welches auch die politische Verfassung des Landes sei, in welchem sie leben. In dem Augenblick, wo hier bekannt wird, daß das in den letzten Tagen von der italienischen Presse ausgegebene mot d'ordre der einfachen Annexion von Tripolis unter Aberkennung selbst eines rein fiktiven Souveränitätsrechts des Sultans das Programm der italienischen Regierung bildet, wird die Strömung, welche den Krieg ‚à outrance' verlangt, unfehlbar die Herrschaft erringen. Dann wird die Stellung Said Paschas, auch wenn er in den nächsten Tagen vom Parlament ein Vertrauensvotum bekommt, unhaltbar sein. Denn sowohl er wie Mahmud Schewket und Assim Bey haben sich öffentlich für eine möglichst baldige Beendigung des Krieges ausgesprochen. Fällt Said, so tritt Kiamil Pascha mit Hilmi Pascha an seine Stelle, die bereits in Interviews den Krieg bis zum Äußersten proklamiert haben."

Herr von Marschall glaubt, daß zwischen dem ultraanglophilen Kiamil und England Einverständnis dahin gehen wird, daß England

---

* Vgl. Nr. 10 887 nebst Fußnote ***.

** Telegramm Nr. 308 vom 15. Oktober.

*** Vgl. Nr. 10 885, S. 106, Fußnote *.

gegen Vorteile in Mesopotamien seinen Einfluß auf Italien im Sinne billigerer Friedensbedingungen energisch zum Ausdruck bringt. Dies würde allerdings die bisherige zurückhaltende Sprache Englands in Rom erklären. Wieweit Sie vorstehendes vorsichtig verwerten wollen, stelle ich Ihrer Erwägung anheim.

Kiderlen

Nr. 10890

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 309 Therapia, den 16. Oktober 1911

Markgraf Pallavicini sieht die internationale Lage infolge der neuesten Erklärungen San Giulianos als überaus ernst und gefährlich an. Die Bedingung der „annexion purement et simplement" werde alle Türken in dem Entschluß der „guerre à outrance" vereinigen und Erregung gegen die Italiener außerordentlich steigern. Bei jener Bedingung sei der Mediationsversuch ausgeschlossen und mit der Fortdauer des Krieges die Gefahr eines Balkanbrandes in nächste Nähe gerückt. Die Türkei könne nicht längere Zeit hindurch mit einer europäischen Macht im Kriegszustand sein, ohne daß fast naturgesetzlich der Balkan und Albanien in Brand gerieten. Die Türken wüßten dies. Darum ergriffen sie Vorsichtsmaßregeln. Aber gerade diese letzteren vermehrten wiederum die Erregung der Völker. In Telegrammen, die er mir vorlas, hat der Botschafter den Grafen Aehrenthal dringend auf diese Gefahr hingewiesen. Er meinte, daß Italien weder nach seiner Stärke noch nach seinen bisherigen Kriegstaten ein Recht hernehmen könne, durch Stellung unmöglicher Bedingungen die Gefahr einer großen europäischen Konflagration heraufzubeschwören. Ich teile durchaus die Ansicht Pallavicinis. Wenn Italien Friedensverhandlungen erst dann wünscht, wenn es sich in Tripolis militärisch noch mehr befestigt hat, so ist das begreiflich. Da es sich aber jetzt schon auf Bedingungen festlegen will, von denen* die Türkei erst „in extremis" annehmen wird, so wirft sich die Frage auf, durch welche Mittel Italien den Gegner in diesen Zustand zu versetzen gedenkt. Die Pforte kann schließlich die Armee im Jemen preisgeben, die Besetzung der Inseln des Archipels und alle wirtschaftlichen Nachteile über sich ergehen lassen, die mit dem Kriegszustand verbunden sind. Die Ernährung der Türkei ist durch die reiche Ernte und die Versorgung mit anderen Waren und dadurch gesichert, daß eine italienische Blockade der Meerenge schon wegen Rußlands unmöglich ist. Geld ist bis zum Schluß des Jahres ge-

* Statt „von denen" ist wohl zu lesen „die".

nügend vorhanden. Nur ein allgemeiner Balkanbrand könnte also die Türkei zur Kapitulation gegenüber Italien bringen. So wenig ich behaupten will, daß Italien einen solchen direkt oder indirekt anstrebt, so teile ich doch die Ansicht Pallavicinis, daß derselbe, wenn der Krieg einige Wochen oder gar Monate fortdauert, unfehlbar eintreten wird. Italien nimmt eine für seine Schultern allzu schwere Veranstaltung* auf sich, wenn es wegen der „fiktiven" Souveränität, die schließlich eine Art Etikettenfrage ist, darauf beharrt, der Türkei unmögliche Bedingungen zu stellen**.

Marschall

Nr. 10891

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig

Berlin, den 16. Oktober 1911

Der französische Botschafter hat mir heute ganz vertraulich gesagt, es schiene ihm, als ob der italienische Minister des Äußern nicht immer die ganz gleiche Sprache den Vertretern der Mächte gegenüber führe.

Dem französischen Botschafter habe er auf eine Sondierung wegen möglicher Mediation erwidert, Deutschland sei ihm zuvorgekommen und habe die seinige schon angeboten.

Dem englischen Botschafter*** habe San Giuliano gesagt, es sei noch nicht der Moment für die Intervention gekommen.

In Petersburg habe der Minister sagen lassen, Rußland möge doch intervenieren.

Das Vorstehende stimmt mit den uns auch sonst zugegangenen Nachrichten.

Vielleicht wollte Herr Cambon auch sondieren, ob wir tatsächlich in Rom ein Mediationsangebot gemacht haben. Ich habe mich aber darauf beschränkt, ihm zu sagen, es schiene mir noch nicht der Moment zu einer Mediation gekommen †. Kiderlen

---

* Soll wohl heißen „Verantwortung".

** Das Telegramm wurde am gleichen Tage durch Telegramm Nr. 140 nach Rom weitergegeben.

*** Sir J. R. Rodd.

† Auf einen ähnlichen Standpunkt stellte sich nach einem Telegramm Iswolskys an Neratow vom 16. Oktober der französische Außenminister: „de Selves ist ganz Ihrer Ansicht, daß eine günstigere Lage abzuwarten ist, bevor irgendein Schritt getan werden soll, und daß es günstiger ist, wenn die Türkei von den italienischen Bedingungen zuerst durch Deutschland erfährt." Nach dem gleichen Telegramm Iswolskys wäre der französische Botschafter in Konstantinopel (Bompard) dahin instruiert, daß die Vertreter der Tripelententemächte in stetem Zusammenhange handeln sollten. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 166.

Nr. 10892

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt**

Telegramm. Entzifferung

Nr. 312 Therapia, den 16. Oktober 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 213**.

Sir Gerard Lowther*** hat sich, wie ich höre, gestern Assim Bey gegenüber sehr scharf gegen Italien ausgesprochen und angedeutet, daß bei Fortsetzung des Kriegs die Türkei Chancen habe, die Souveränität über Tripolis zu behalten. Noch deutlicher hat sich der Direktor der „Jeni Gazetta", die seit einiger Zeit in englischem Fahrwasser sich befindet und für Kiamil Pascha eintritt, heute meinem Vertrauensmann gegenüber ausgedrückt. „Les Anglais nous conseillent la guerre à outrance, mais nous promettent le maintien de notre souveraineté en Tripolitaine." Hiernach besteht für mich kein Zweifel, daß England im gegebenen Moment, wenn die übrigen Mächte in Rom nichts ausgerichtet haben, sich als Retter der Türkei aufspielen und mit oder ohne Druck Italien zur Erhaltung der türkischen Souveränität bestimmen will.

Unter diesen Umständen schien mir bei meinen heutigen Unterredungen mit Said Pascha und Assim Bey große Vorsicht geboten. Als ich letzterem die Mitteilung machte, daß Marquis San Giuliano jetzt nur die bedingungslose Souveränität als Verhandlungsbasis annehme, und zugleich auf die Bestätigung dieser Nachricht durch die italienische Presse hinwies, erwiderte mir der Minister, er könne heute nur eine persönliche Ansicht kundgeben, und zwar dahin, daß er lieber Frau und Kind zu Haus lassen und selbst in den Krieg ziehen würde, als auf jener Basis zu verhandeln. Auf meine Bemerkung, daß ich diese Antwort erwartet hätte, sagte mir Assim, nachdem Italien nach allem, was es bereits gegen die Türkei getan, diese intransigente Haltung einnehme, sei die Ausweisung aller Italiener, welche die öffentliche Meinung verlange, kaum mehr zu vermeiden. Ich habe darauf nochmals auf die ökonomischen, finanziellen und humanitären Bedenken hingewiesen, welche gegen eine solche Maßregel sprechen, und hervorgehoben, daß eine solche Massenausweisung, bei welcher Exzesse seitens der Bevölkerung

---

* Das Telegramm Freiherrn von Marschalls wurde am 17. nach Wien (Erlaß Nr. 522), Rom, London, Paris und Petersburg mitgeteilt.
** Vgl. Nr. 10 885, S. 106, Fußnote *.
*** Englischer Botschafter in Konstantinopel.

kaum zu vermeiden seien, Italien in seiner Intransigenz bestärken werde, ohne der Türkei irgendeinen Vorteil zu versprechen.

Der Großwesir, dem ich ebenfalls die obige Mitteilung machte, sagte mir, die bedingungslose Annexion von Tripolis bilde für die Türkei keine mögliche Basis einer Verhandlung. Ich wisse, daß er einen alsbaldigen Friedensschluß dringend wünsche, da er eine Fortsetzung des Kriegs als schädlich für die Türkei erachte; bleibe aber Italien bezüglich der Souveränität intransigent, so müsse er den Ereignissen ihren Lauf lassen. Er bittet dringend die Kaiserliche Regierung, ihre Bemühungen in Rom fortzusetzen, um Italien, das ja faktisch alles erreicht habe, was es wünschte, zu einer anderen Haltung zu bestimmen. Was England in Ägypten und Österreich-Ungarn in Bosnien zugelassen haben, könne unmöglich im Widerspruch mit der Würde und Ehre Italiens stehen.

Bezüglich der Ausweisung will Said Pascha dem Parlament sagen, daß dieselbe im Prinzip beschlossen sei, die Regierung sich aber freie Entschließung darüber vorbehalten müsse, wann der Moment gekommen, um dieselbe auszuführen.

Marschall

Nr. 10893

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 313 Therapia, den 17. Oktober 1911
Geheim

Aus einem Telegramm des Grafen Aehrenthal an meinen österreichischen Kollegen entnehme ich, daß San Giuliano Herrn Mérey gegenüber als Grund für die Annexion von Tripolis angeführt hat, die Beibehaltung der türkischen Souveränität sei in Ägypten, in Bosnien und in Kreta die Quelle ständiger Reibung gewesen. Dies Argument ist unhaltbar. In Ägypten ist nach der tatsächlichen Okkupation seitens Englands das staatsrechtliche Verhältnis des Sultans zu diesem Lande niemals bestritten worden*, die kretensische Konfusion ist ausschließlich durch die Kretamächte, zu denen Italien gehört, dadurch angerichtet worden, daß diese bald die Souveränität des Sultans anerkannt, bald dieselbe dem Könige von Griechenland

* Über die eigentümliche Lage, die sich aus der Souveränität der Pforte über Ägypten nach dem Ausbruch des türkisch-italienischen Krieges ergab, vgl. das folgende Schriftstück.

zugesagt haben. In Bosnien dagegen hat die fiktive Souveränität, wie sie durch das türkisch-österreichische Abkommen vom 21. April 1879 dem Sultan belassen wurde, bis zur Annexion, also 30 Jahre hindurch, niemals zu Reibungen geführt. Der Unterschied zwischen Annexion und einer Okkupation, wie sie in Bosnien bestanden, liegt lediglich in einer Fiktion. Der Kampf, welchen die inspirierte italienische Presse gegen ein italienisches „Protektorat" in Tripolis führt, verfolgt offenkundig den Zweck, die öffentliche Meinung zu täuschen. Darum handelt es sich hier nicht. Eine europäische Großmacht kann über den Sultan von Marokko und den Bey von Tunis das Protektorat übernehmen, nicht aber über Gebietsteile des türkischen Sultans. Die vergeblichen Versuche Englands, in Kueit ein Protektorat zu konstituieren, sind bekannt.

Der unterirdische Kampf, welchen die Engländer seit Jahren hier gegen uns führen, hat seit der Tripolisaffäre eine Schärfe angenommen, wie sie bisher nie bestand. Obgleich unsere Lage schwierig ist, kann ich diesen Kampf siegreich bestehen, aber nur unter einer Bedingung: daß Italien uns jetzt nicht in den Rücken fällt. Das würde der Fall sein, wenn die italienische Politik, ohne ein wirkliches sachliches Interesse zu besitzen, an Bedingungen festhält, welche die Türken niemals oder höchstens in Gefahr völligen Zusammenbruchs annehmen werden, und wenn Italien sich seinen Bundesgenossen gegenüber auf eine intransigente politische Feindschaft versteift, die dann vor einem ernsten englischen Wort alsbald verschwinden wird. England kann die Verstimmung, die es dadurch in Italien hervorrufen wird, in den Kauf nehmen, wenn ihm der Schädigungspreis winkt, uns hier zu verdrängen. Wir haben den Italienern die bundesgenossenschaftliche Treue gehalten, wir können aber auch verlangen, daß Italien gegenüber den Türken dasjenige Maß halte, welches unsere Stellung in der Türkei gebieterisch erheischt.

Der Erste Dragoman der englischen Botschaft* hat gestern den mir befreundeten Muhtab Bey, Kabinettschef des Großwesirs, gefragt: „Durchführt Ihr denn nicht endlich die Ausweisung der Italiener, die Ihr schon dekretiert habt, oder laßt Ihr Euch immer noch durch deutschen Einfluß leiten?" Das englische Interesse an der Massenausweisung der Italiener in Verbindung mit dem jüngsten Verlangen San Giulianos, daß ich Massentransporte von Italienern veranlasse, die notwendig zu Exzessen führen müssen, läßt Vermutungen zu, die ich vorerst nicht aussprechen möchte.

Marschall

---

* G. H. Fitzmaurice.

Nr. 10894

Der Geschäftsträger in Kairo Freiherr von Richthofen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 120 Kairo, den 17. Oktober 1911

Der Ausbruch des italienisch-türkischen Krieges hatte Ägypten als türkischen und in der Verwaltung des neutralen Englands stehenden Vasallenstaat in eine heikle Lage gebracht. Streng genommen hätte, solange die Suzeränität der Pforte zu Recht besteht, Ägypten in diesem Kampfe nicht neutral bleiben können, insbesondere da es der Pforte mit 18000 Mann zur Heeresfolge verpflichtet ist und türkischen Truppen den Durchmarsch gestatten muß. Wäre andererseits Ägypten seiner Vasallenpflicht nachgekommen, so wären die Italiener natürlich berechtigt gewesen, etwa in Alexandrien zu landen und das von englischen Offizieren befehligte ägyptische Heer in Ägypten zu bekämpfen.

Diese bloße Vorstellung genügt, um erkennbar zu machen, daß Ägypten, wenn nicht de jure, so doch de facto in dem Kriege neutral bleiben mußte. Die Lage der ägyptischen Regierung, die immerhin den im Anfang ziemlich hochgehenden Wogen der Begeisterung für die türkische Sache und der tiefen Empörung gegen das italienische Vorgehen Rechnung tragen mußte, wurde dadurch erleichtert, daß die türkische Regierung, wie mir Rüschdi Pascha* selbst mitgeteilt hat, an Ägypten mit der Forderung auf Erfüllung seiner Vasallenpflichten nicht herangetreten ist. In Konstantinopel war man sich wohl bewußt, daß die Stellung ägyptischer Hülfstruppen gegen die Italiener von England unter keinen Umständen zugelassen worden wäre. Lord Kitchener soll einem Araber, der auf die Pflicht Ägyptens zum militärischen Beistande der Türkei hinwies, bedeutet haben, er werde keinen Augenblick zögern, auf das entsprechende Ersuchen der Hohen Pforte hin die 18000 Mann nach Tripolis zu entsenden, — allerdings würde er dann 18000 Mann britischer Truppen nach Ägypten kommen lassen, das doch nicht ganz ohne Schutz bleiben könnte. Von der Stellung ägyptischer Hülfstruppen ist daraufhin hier nicht mehr die Rede gewesen. Die längs der tripolitanischen Grenze wohnenden Beduinen, die einen Einfall nach Tripolis vorbereiteten, hat Lord Kitchener, wie er dem italienischen Geschäftsträger mitteilte, dadurch hiervon abzuhalten gewußt, daß er sie wissen ließ, er habe mit Befriedigung von ihrem Patriotismus erfahren und nehme infolgedessen an, daß sie es mit Freude aufnehmen würden, wenn sie in Zukunft in die ägyptische Armee eingestellt würden. Bisher ge-

* Ägyptischer Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

nießen nämlich die Beduinen Befreiung vom Militärdienst. Auf diese Mitteilung hin hat sich auch der Eifer der Beduinen für die Verteidigung von Tripolis erheblich abgekühlt.

Was die Frage des Durchmarsches türkischer Truppen anlangt, so stehen alle militärischen Kreise hier der technischen Möglichkeit, ein nennenswertes Truppenkontingent von Syrien/Palästina aus durch Ägypten und die libysche Wüste nach Tripolis zu bringen, mehr wie skeptisch gegenüber. Diese Frage zu entscheiden, wird nur ein Fachmann in der Lage sein können. Natürlich würde ein solcher Marsch große Vorbereitungen erfordern und zahlreichen Schwierigkeiten begegnen; immerhin ist nicht zu vergessen, daß die wohl allerdings stellenweise feindlichem Feuer von der Seeseite ausgesetzte Mariutbahn in einer Länge von über 160 km dem Verkehr eröffnet ist, und daß die Gleise, wie es scheint, bereits erheblich weiter gelegt sind.

Die ägyptische Regierung hatte indessen der erregten Volksstimmung doch in einem Punkte Rechnung tragen wollen. Man hat nämlich lange geschwankt, ob die Regierung nicht offiziell die Beziehungen zu Italien abbrechen solle, wobei nach einem Vorschlage Lord Kitcheners die italienischen Vertreter inoffiziell an Ort und Stelle bleiben sollten. Mein italienischer Kollege Graf Grimani hat auf das Unzuträgliche und Unmögliche dieses Vorschlags hingewiesen; denn mit dem Augenblicke, wo er die Vertretung der italienischen Interessen an die deutsche diplomatische Agentur abtrete, ohne zugleich das Land zu verlassen, verliere er den diplomatischen Charakter und werde daher auch von der Regierung gegen mögliche Insulte nicht geschützt werden können. Die italienische Regierung hat daraufhin die Angelegenheit in London zur Sprache gebracht, wobei entschieden worden ist, daß die diplomatischen Beziehungen Italiens zu Ägypten keine Unterbrechung erleiden sollten. In London soll sogar nach einer Meldung des dortigen italienischen Botschafters an die Konsulta die Neutralität Ägyptens und Cyperns, als unter englischem Schutz stehend, offiziell publiziert worden sein. Von seiten der ägyptischen Regierung ist wohlweislich eine amtliche Neutralitätserklärung unterblieben.

Seitdem die türkische Regierung durch ihren Haut-Commissaire hierselbst* ihre Zustimmung zu dem Verhalten der ägyptischen Regierung hat bekanntgeben lassen, ist natürlich auch die arabische öffentliche Meinung, ohne türkischer als die Türken sein zu wollen, nicht mehr in der Lage, die ägyptische Regierung der Felonie zu zeihen.

Die Erregung hier ist übrigens ebenso schnell, wie sie aufgeflammt war, auch wieder verraucht. Von dem italienischen Boykott ist zwar die hiesige italienische Bank schwer betroffen worden,

---

* Reuf Pascha.

indem ihr arabische Depositengelder in Höhe von 220 000 £ entzogen wurden, — im übrigen aber scheint der Boykott nur die kleinen italienischen Gewerbetreibenden, aber nicht den italienischen Handel an sich treffen zu wollen.

Richthofen

Nr. 10895

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 163 Rom, den 17. Oktober 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramme Nr. 139*, 140**, 142***.

In langer Unterredung, in der ich Argumente obiger Telegramme verwertete, habe ich Minister nochmals mit allem Nachdruck gewarnt, durch Überspannung seiner Forderungen dem Gegner das Nachgeben nicht unmöglich zu machen und Verantwortung für unabsehbare Folgen auf sich zu laden. Minister entgegnete, Italien sei zu allen Konzessionen bereit außer in Souveränitätsfrage. Tripolisexpedition sei für Italien seit 1870 die erste große nationale Unternehmung, bei der das ganze Volk mit seinem Herzen beteiligt wäre. Die ökonomischen Hoffnungen, die man daran knüpfte, hielte er selbst für übertrieben, aber es handele sich um Stellung im Mittelmeer und Zukunft Italiens als Großmacht. Man könnte sich nicht mit halben Erfolgen begnügen, das italienische Volk würde den geringsten Rest einer Sultanssouveränität nie verstehen und akzeptieren. Regierung müsse durchhalten. Er gäbe zu, daß es von Türkei zu viel verlangt wäre, jetzt in Zession zu willigen. Er denke sich Gang der Dinge folgendermaßen: Italien müsse Annexion proklamieren, darauf würden vielleicht noch einige kleine Gefechte stattfinden. Dann brauche Türkei in Friedensvertrag keine Zession bewilligen, sondern nur bestehenden Zustand anerkennen. Wenn das länger dauere, als er hoffe, müsse Italien Nachteile verlängerten Kriegszustandes tragen. Der arabischen Bevölkerung glaubt Italien sicher zu sein, da es durch Proklamation Abschaffung der verhaßten Konskription verheißen hat.

Alle meine Einwendungen blieben fruchtlos. Auch meine Bemerkung, wenn Italien auch jetzt nicht dem Ratschlag seiner Freunde folge, so hoffe ich, daß es nicht dereinst einer Pression von anderer Seite oder von ganz Europa nachgeben müsse, verfing nicht. Minister

---

* Vgl. Nr. 10 887 nebst Fußnote ***.
** Vgl. Nr. 10 890, S. 112, Fußnote **.
*** Siehe Nr. 10889.

übergab mir eine auch Herrn Pansa zugegangene Liste der Konzessionen, die Italien zu machen bereit sei. Verzicht auf Ersatz direkten und indirekten Kriegsschadens. Abwickelung älterer Reklamationen von Privaten durch Haager Schiedsgericht. Unterbreitung des Streitfalls Franzoni unter Haager Schiedsgericht. Verzicht auf englisches Schiedsgericht in Frage des Sambuk „Genova“ * und anderer Streitfragen über Schiffe im Roten Meer. Annahme türkischer Vorschläge betreffs Durchsuchung Betriebsgesellschaften Sambuks, welche England annehmen werde. Außer Abfindung europäischer Gläubiger auch Zahlung einer Geldsumme an Türkei. Regelung religiöser Frage. Annahme der Bestimmungen des austro-türkischen Vertrages von 1909 betreffs Kapitulationen, Postämter und Zollerhöhung. Verzicht auf Erledigung vier weiterer Streitfälle.

Liste folgt mittels Berichtes **. Minister hinzufügte, wenn noch andere Konzessionen vorgeschlagen würden, wäre Italien zu weitestem Entgegenkommen bereit.

Jagow

Nr. 10896

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 321 Therapia, den 19. Oktober 1911

Seitdem hier bekannt geworden ist, daß Italien die „annexion pure et simple“ von Tripolis verlangt, arbeiten die Engländer mit verdoppeltem Eifer bei den türkischen Abgeordneten für Widerstand „à outrance“, für alsbaldige Ausweisung aller Italiener und für Versetzung des Ministeriums Hakki Pascha in den Anklagestand. Mit letzterer Maßregel soll natürlich auch der bisherige „deutsche Einfluß“ vor das Strafgericht gezogen werden. Dies entspricht dem Programm der nach einem Großwesirat Kiamil Pascha strebenden Opposition. Dasselbe findet auch in Kreisen des Komitees starken Anhang. Wie groß die Spaltung in der Komiteepartei bereits geworden, ergibt die Tatsache, daß Achmed Risa Bey, obgleich seine Partei nahezu zwei Drittel der Kammer beträgt, nur mit 84 gegen 73 Stimmen zum ersten Präsidenten gewählt wurde. Mit der unerwarteten Wendung zur Intransigenz, welche Italien Berlin und

* Vgl. Kap. CCXXXII, Nr. 10 808, S. 18, Fußnote **.

** Die Liste folgte mittels Berichts Nr. 173 vom 17. Oktober. Auch der Botschafter Pansa übergab die gleiche Liste offiziell am 21. Da der wesentliche Inhalt oben angegeben ist, erübrigt sich der Abdruck.

Wien gegenüber eingenommen hat, sind natürlich auch die Chancen Saids wieder zugunsten Kiamil Paschas Erhebung gefallen.

Es handelt sich diesmal nicht um eine Episode wie diejenige nach der Revolution und nach der Annexion von Bosnien, die wir nach einigen Monaten überwinden konnten, sondern um einen Entscheidungskampf, dessen Ausfall auf Jahre hinaus seine Wirkung ausüben wird. Sind die beiden Bundesgenossen Italiens außerstande, in Rom maßvolle Friedensbedingungen für die Türkei durchzusetzen, und bleibt dies englischer Vermittelung vorbehalten, so wird hier England auf lange hinaus eine Stellung sich erwerben, die selbst dem Ausbau der Bagdadbahn gefährlich werden könnte.

Ob ein abgekartetes Spiel zwischen Italien und England vorliegt, kann ich zurzeit mit Bestimmtheit nicht sagen. Neben manchen Indizien spricht dafür die Tatsache, daß San Giuliano stark zu England hinneigt. Ich würde dies um so mehr bedauern, weil ich das Verbleiben Italiens im Dreibund schon wegen der Rückendeckung Österreich-Ungarns gegen Osten für dringend wünschenswert erachte.

Die überschwenglich türkeifreundlichen und italienfeindlichen Artikel eines Teils der deutschen Presse nützen hier gar nichts, sondern sind eher schädlich. Sie werden von den hiesigen Blättern nach dem Satz „qui s'excuse s'accuse" meist höhnisch abgetan.

Marschall

Nr. 10897

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 323 Therapia, den 19. Oktober 1911

Über den Verlauf der gestrigen geheimen Parlamentssitzung erfahre ich aus unbedingt sicherer Quelle:

Der Großwesir eröffnete die Debatte mit einer fast zweistündigen Rede. Er erklärte:

„In dieser schweren Zeit sage ich Ihnen die volle Wahrheit. Wir stehen nicht nur dem Krieg mit Italien, sondern der ganzen Orientfrage gegenüber, und es herrscht eine starke Strömung, die auf das Demembrement der Türkei hinausgeht. Das Regime Hakki Paschas hat viel vernachlässigt, aber die Quelle liegt tiefer. Bis jetzt sind wir isoliert gewesen, aber wir haben eine Politik verfolgt, welche eine klare Hinneigung gegenüber gewissen Mächten bekundete. Wenn man nach dieser Seite keine Basis für einen Vertrag findet, muß man

dieselbe verlassen und Parteigänger der anderen sein. Wir haben durch unsere bisherige Politik die Eigenliebe einer Gruppe von Mächten stark froissiert. Aus diesem Grunde hat uns weder die eine noch die andere Mächtegruppe die Hoffnung gegeben, uns aus der jetzigen Lage zu retten. Ich erkläre mich zurzeit weder für die eine noch die andere Gruppe. Aber ich sehe, daß das ottomanische Reich einer starken Stütze sofort bedarf, um die allgemeine Gefahr hintanzuhalten und sich ausschließlich mit dem Krieg zu beschäftigen. Mit Gottes Hilfe glaube ich das Vaterland retten zu können, aber nur wenn mir allgemeines Vertrauen entgegengebracht wird. Nur dann wird die Türkei die mächtige Unterstützung erhalten, ohne unter fremde Vormundschaft zu geraten. Die Entente, von der ich spreche, wird vielleicht noch einige geographische, kommerzielle und politische Opfer verlangen. Wir müssen diese Opfer bringen." (Viele Deputierte bezogen diese Äußerungen auf Kueit.) Die Rede Said Paschas fand keinen lauten Beifall, machte aber einen guten Eindruck.

Nadji Bey, Deputierter von Tripolis, behauptet, daß die italienischen Freimaurer und die dortigen Nationalisten Hand in Hand gingen und dazu mitgewirkt hätten, daß die Türkei von Freimaurern regiert werde. (Stürmische Bewegung. Ruf „Nieder mit den Freimaurern!") Der Abgeordnete fragt den Großwesir: „Wenn Sie sich anheischig machen, das Land bezüglich der orientalischen Frage zu retten, was wird aus Tripolis?" Said Pascha antwortete: „Wir besitzen nicht genügend Kräfte, um Tripolis zu halten; wenn aber die erwähnte Entente zustande kommt, so werden wir dort unsere Ehre und Würde wahren." Essad Pascha — Albanese — nennt Hakki Pascha und Mahmud Schewket Pascha „Verräter". Sie hätten in Albanien alles so vorbereitet, daß das Land nach Analogie von Tripolis die Beute von Italien und Österreich-Ungarn werde.

Mahmud Schewket Pascha erhebt sich, aber der Präsident verweigert ihm das Wort.

Risa Bey (Opposition) sagt, alle Ministerien hätten große Versprechungen gemacht, aber nichts getan. Er will wissen, mit welchen Mächten man die Entente abzuschließen beabsichtigt. Said Pascha erwidert, daß er in dieser Beziehung volle Freiheit haben müsse, und beifügt, daß nach einer eben eingegangenen Depesche aus Sofia der Balkanbrand von einem Augenblick zum andern ausbrechen könne. Die Kammer müsse also sofort Beschluß fassen. In zwei oder drei Tagen werde er jede Verantwortlichkeit ablehnen.

Die geheime Sitzung wird heute nachmittag fortgesetzt.

Marschall

Nr. 10898

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 324 Therapia, den 19. Oktober 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 323*.

Die gestrigen geheimen Äußerungen Said Paschas, welche ich teilweise wörtlich anführte, haben begreiflicherweise trotz mancher Verklausulierungen in der Kammer den Eindruck hervorgerufen, daß der Großwesir zum Schutz gegen eine allgemeine Orientkrisis, und um günstigere Friedensbedingungen von Italien zu erhalten, ein Bündnis mit England anstrebt. Dieser Eindruck war auch wohl von dem klugen Staatsmann beabsichtigt, der genau weiß, daß die englandfreundliche Strömung die ganze Opposition beherrscht und zurzeit bis in die Komiteekreise hineinreicht. Daß dagegen Said Pascha in dieser Beziehung schon einen Entschluß gefaßt hat, glaube ich nicht. Immerhin besteht, wie mir auch Assim Bey neulich andeutete, im Ministerium die Tendenz, sich von einer oder mehreren Großmächten Garantien dagegen geben zu lassen, daß nicht während des Krieges der Bestand des osmanischen Reiches selbst in Gefahr gerät. Die Quelle dieser Tendenz ist natürlich die neueste Haltung Italiens, die ein Ende des Krieges nicht mehr absehen läßt.

Äußerst gefährdet ist die Stellung Mahmud Schewket Paschas.

Marschall

Nr. 10899

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 174 Rom, den 17. Oktober 1911
[pr. 20. Oktober]

Von meinem englischen Kollegen hörte ich vor kurzem, daß seine Regierung sich bemüht, die Neutralisierung des Roten Meeres durchzusetzen. In Rom wäre man wohl geneigt, darauf einzugehen, aber in Konstantinopel schiene man Schwierigkeiten zu machen. Vielleicht hoffte man dort, durch einen Angriff auf Assab Erythräa bedrohen zu können. Auch die heutigen Zeitungen bringen ein Telegramm über die angebliche Gefährdung Assabs.

Dagegen sagte mir Marquis di San Giuliano heute, er wäre prinzipiell mit der Neutralisierung einverstanden, aber die Türkei machte

* Siehe Nr. 10897.

Bedingungen, die für Italien nicht annehmbar wären, da sie sich die Freiheit der Truppentransporte vorbehalten wolle.

Jagow

Nr. 10900

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 175 Rom, den 17. Oktober 1911
[pr. 20. Oktober]

Es ist kein Geheimnis, daß Herr Giolitti lange ein prinzipieller Gegner einer aktiven Tripolispolitik gewesen ist. Wie mir von wohlunterrichteter Seite gesagt wird, ist eine Wandlung in den Ansichten des Ministerpräsidenten erst Anfang September eingetreten. Herr Giolitti, der die Dinge in erster Linie von dem Gesichtspunkt der inneren Politik aus betrachtet und seine Stellung durch die heftige Opposition gegen sein ultrademokratisches Regierungsprogramm gefährdet sah, hat wohl erkannt, daß die Stimmung der öffentlichen Meinung, namentlich in national-konservativ-klerikalen Kreisen, für die Tripolisaktion immer stärker wurde, und daher geglaubt, in dieser Richtung eine Konzession machen zu müssen.

Der Minister des Äußern war, wie ich zu berichten die Ehre hatte, gleich nach Ausbruch des Krieges dem Gedanken an mildere Bedingungen, vor allem an die Beibehaltung einer fiktiven Souveränität des Sultans, noch ganz zugängig. Er sagte mir damals, er glaubte auch die Zustimmung des Ministerpräsidenten hierzu erhalten zu können. Es war in den Tagen, wo Herr Giolitti seine Programmrede auf dem parlamentarischen Bankett in Turin* hielt und damit einen großen Erfolg erzielte. Der Enthusiasmus, den die Rede des Ministerpräsidenten erweckte, hat aber, wie ich von immer zahlreicheren Seiten höre, weniger dem die innere Politik berührenden Teil seiner Ausführungen gegolten — dieselben erfahren sogar eine ziemlich scharfe Kritik —, sondern lediglich seiner Stellungnahme für die Tripolisaktion. Nach der Rückkehr Herrn Giolittis aus Turin erfolgte der Umschwung in den Anschauungen des Marquis di San Giuliano hinsichtlich der Souveränität des Sultans, und er sagte mir wiederholt, daß auch Herr Giolitti eingesehen habe, auf diesem Punkte nicht nachgeben zu können. Ich glaube in der Annahme nicht fehlzugehen, daß Herr Giolitti, dem der Eindruck seiner Rede nicht entgangen sein dürfte, geglaubt hat, durch eine möglichst energische Stellungnahme in der Tripolisfrage sich eine neue Basis für seine durch die Richtung der inneren Politik ins Wanken geratende Popularität zu schaffen[1].

* Vgl. Nr. 10879.

So ward aus dem Saulus ein besonders eifriger Paulus. Auch die dem Ministerium des Innern nahestehenden Preßorgane haben seitdem ins intransigente Horn geblasen, und selbst ein sonst so gemäßigtes Blatt wie der „Popolo Romano" stellte sich an die Spitze derjenigen, die jede Beibehaltung einer türkischen Suzeränität bekämpfen. Der Minister des Äußern, der während seiner ganzen bisherigen Amtstätigkeit mit dem Vorwurf einer zu schwächlichen Politik verfolgt wurde, sich jetzt aber gleichfalls von einer Popularitätswoge getragen fühlt, hat hinter seinem energisch gewordenen Regierungschef wohl nicht zurückbleiben wollen.

Heute lebt alles im Tripolisrausch, und durch den bisher so glatten Verlauf der Aktion sind die Forderungen der öffentlichen Meinung immer höher gespannt worden. Wenn ich auch die Regierung von dem Vorwurf nicht freisprechen kann, die intransigente Richtung zum mindesten haben gewähren zu lassen, wenn nicht gar sie unterstützt zu haben, so muß ich doch zugeben, daß, wie die Dinge sich nunmehr entwickelt haben, ihr ein Nachgeben im jetzigen Moment verhängnisvoll werden könnte.

Ich hatte Gelegenheit, mit einem der wenigen einigermaßen verständigen italienischen Journalisten, welcher auch einen gewissen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübt, die Dinge zu besprechen und ihm die Gefahr einer Verlängerung des Krieges durch Überspannung der Forderungen vorzuhalten. Besonders wies ich darauf hin, wie unpolitisch es sei, von vornherein sich vor der Öffentlichkeit durch die Stellung einer conditio sine qua non festzulegen. Obwohl der Betreffende, angesteckt durch die allgemeine Stimmung und besonders den Turiner Enthusiasmus, bisher auch der Intransigenz das Wort geredet hat, verschloß er sich doch meinen Argumenten nicht völlig. Aber, meinte er, momentan läßt sich nichts machen, die Kammer würde die Beibehaltung einer auch nur scheinbaren Souveränität des Sultans nie akzeptieren. Vielleicht, wenn die erste Begeisterung abflaut und die Schäden eines langwierigen Krieges sich fühlbar machen, würden bei der öffentlichen Meinung auch wieder ruhigere Erwägungen Eingang finden.

Ist die Türkei, ohne innere Konvulsionen oder Balkanunruhen fürchten zu müssen, in der Lage, dem Kriegszustand in Tripolis längere Zeit abwartend zuzusehen, so würden sich die Dinge meines Erachtens für Italien wesentlich verschlechtern. Ein wochen- und monatelang währender Krieg kostet Geld und wieder Geld. Der Rückschlag auf die wirtschaftliche Lage und den Geldmarkt würde sich bald fühlbar machen. Besonders in Mailand und dem industriellen Norden, wo schon sowieso eine akute Baumwollenkrisis herrscht — und die Türkei ist ein starker Abnehmer von Baumwolle —, sprechen die materiellen Interessen ein gewichtiges Wort mit. Der Italiener ist kein „Steher", die Nerven dieses leicht erregbaren, aber

nicht ausdauernden Volkes könnten sich bald verbrauchen, und ich möchte dann einen Umschlag der jetzt so hochgehenden Kriegsstimmung nicht für ausgeschlossen halten.

Freilich würde darüber kostbare Zeit verloren gehen, die für die Konservierung der Dinge in der Türkei[2] und die Ruhe Europas vielleicht verhängnisvoll werden könnte.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Auf Kosten der Türkei!
[2] wenn es noch lohnt?

Nr. 10901

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 327 Therapia, den 21. Oktober 1911

Bei meiner heutigen Unterredung mit Said Pascha, bei welcher ich ihm zu seinem Erfolg in der Kammer* gratulierte, stellte ich die Frage, ob die Nachricht des gestrigen „Tanin" zutreffe, daß die Pforte bereits mit einer Großmacht wegen Abschlusses eines Bündnisses in Verhandlungen getreten sei. Said verneinte die Frage, sagte mir aber ganz vertraulich, daß er in der geheimen Sitzung der Kammer allerdings ein Bündnis mit einer Großmacht unter deutlicher Hinweisung auf England anempfohlen habe. Dies sei durchaus nötig gewesen, weil bis weit in die Komiteepartei hinein die Ansicht herrsche, daß nur England von Italien annehmbare Friedensbedingungen erlangen könne. Bei einer akademischen Erörterung über die Bündnisfrage habe ich dargelegt: Ein Defensivvertrag zwischen zwei Mächten setze eine gewisse Gleichheit der Vertragschließenden bezüglich der äußeren Machtstellung und der inneren Konsolidation voraus. Bestehe in dieser Beziehung eine starke Diskrepanz, so würden auch die Verantwortlichkeiten der beiden Alliierten ganz verschieden sein. Man brauche nur zu erwägen, wie klein der Nutzen sein werde, den England für seine Sicherheit von einer türkischen Unterstützung ziehen könne, und wie enorme Verpflichtungen England auf sich nehmen würde, wenn es das vielbestrittene türkische Gebiet garantiere. Die Ungleichheit könne nur durch Kompensation ausgeglichen werden. Said erwiderte, er teile diese Ansicht und habe deshalb in der Kammer auf die Notwendigkeit territorialer Kompensation hingewiesen. Auf meine Bemerkung, daß bei dem Bündnis

* Die Geheimsitzung der türkischen Kammer hatte mit einem Vertrauensvotum für den Großwesir geendet.

eines schwächeren mit einem stärkeren Staat stets die dringende Gefahr einer „tutelle" bestehe, wie sie zum Beispiel der Vertrag von Hunkiar-Iskelessi enthalte, entgegnete der Großwesir, er habe der Kammer ausdrücklich gesagt, daß er sich nie auf eine solche tutelle einlassen werde.

Daß es sich bei jener Äußerung Saids in der geheimen Kammersitzung vornehmlich um ein taktisches Manöver handelt, ist mir zweifellos. Dagegen trat in dem weiteren Verlauf deutlich hervor, daß auch Said bezüglich Tripolis Hoffnungen auf England setzt. Er sagte mir, die Fortdauer des Kriegs bringe der Türkei schweren Schaden, aber Tripolis könne nur bei Erhaltung wenigstens der fiktiven Souveränität preisgegeben werden. Meine Frage, ob alle Mächte auf die Zirkularnote* geantwortet hätten, bejahte Said Pascha mit dem Bemerken, daß auch die anderen Mächte mitgeteilt hätten, daß Italien zurzeit auf der Annexion bestehe. Ich fragte darauf direkt, ob irgendeine Macht Hoffnung auf eine Änderung dieses Entschlusses gemacht hätte. Nach einigem Zögern antwortete Said Pascha, er müsse aufrichtig sein, darum sage er „ja". England sehe die Besetzung von Cyrenaica durch Italien ungern und habe Waffen in der Hand, um Italien von seiner extremen Haltung abzubringen. Aber er wiederhole mir, daß ihm eine Mediation Deutschlands am sympathischsten sei.

Der alte Said ist ein sehr kluger Mann, der mit seinen Hoffnungen auf England unseren Eifer anstacheln will. Aber die Erwartung, daß England helfen könne und wolle, ist hier zu allgemein, um auch in dieser Beziehung lediglich an ein taktisches Manöver zu glauben.

Marschall

Nr. 10902

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 292 Wien, den 20. Oktober 1911
[pr. 23. Oktober]

Unter Bezugnahme auf Erlaß Nr. 522 vom 17. d. Mts.**
Minister dankte für interessante Mitteilung.

Was die von Freiherrn von Marschall gemeldete italienfeindliche Haltung Sir Gerard Lowthers anlange, so stehe diese, wie der Mi-

* Vgl. Nr. 10875.
** Vgl. Nr. 10892 nebst Fußnote *.

nister meint, im Gegensatz zu dem, was sowohl Graf Mensdorff* als Marquis Imperiali über ihre Londoner Eindrücke berichteten. Der österreichisch-ungarische Botschafter melde, daß das Foreign Office sich alle Mühe gäbe, um die antiitalienische Strömung in der Presse einzudämmen, und damit auch Erfolg gehabt habe. Marquis Imperiali seinerseits habe sich sehr befriedigt über die Haltung der englischen Regierung ausgesprochen. Die englische Politik scheine somit wieder einmal ein Doppelspiel zu spielen. Wenn England versuchen wolle, Italien zur Erhaltung der türkischen Souveränität in Tripolis zu bestimmen, so werde es wohl finden, daß dies eine schwere Aufgabe sei. Übrigens könnten wir beiden Alliierten Italiens seiner Ansicht nach es nur begrüßen, wenn eine dritte Macht das Odium auf sich nähme, Italien zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Angesichts der intransigenten Stimmung in Rom und der Erklärungen Assim Beys und des Großwesirs und mit Rücksicht darauf, daß voraussichtlich nach dem Sturze Said Paschas ein dem Friedensschluß ohne Erhaltung der Souveränität noch mehr abgeneigtes Ministerium folgen werde, scheine ihm unsererseits zurzeit völlige Zurückhaltung nach beiden Seiten hin geboten. Es komme noch hinzu, daß auch nach seinen Nachrichten Marquis San Giuliano den verschiedenen Kabinetten gegenüber eine verschiedene Sprache führe, und der Eindruck ließe sich nicht von der Hand weisen, daß der italienische Minister seine Alliierten gegen die Ententemächte auszuspielen versuche.

Auf dem Balkan schienen zurzeit keine Ruhestörungen zu befürchten zu sein. Deshalb sähe er auch eine längere Dauer des Krieges jetzt nicht mehr mit solcher Besorgnis an wie früher, um so weniger als Italien anscheinend fest entschlossen sei, die europäischen Küsten in Ruhe zu lassen. Kriegerische Maßnahmen in anderen Teilen des Mittelmeeres berührten uns beide aber weniger als Frankreich und England, so habe Herr Cartwright gestern bereits ihm gegenüber über die Unbequemlichkeiten geklagt, die in diesem Falle für England entstehen würden.

Natürlich müßten wir bei aller Reserve Rom und Konstantinopel gegenüber stets in enger Fühlung mit den Mächten bleiben und für den Fall, daß die englische Aktion in Rom einsetzen sollte und es tatsächlich zu Verhandlungen mit der italienischen Regierung kommen sollte, wenn möglich dahin streben, daß sich alle Mächte dann dieser Aktion anschließen. Auf diese Weise würden wir es vermeiden, in Rom allein als unbequeme Dränger zu erscheinen, und zugleich der Türkei unseren guten Willen zeigen.

von Tschirschky

---

* Österreich-ungarischer Botschafter in London.

Nr. 10903

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 97 Wien, den 24. Oktober 1911

Nachdem, wie Graf von Aehrenthal mir mitteilt, er Euere Exzellenz am vergangenen Samstag orientiert hätte, hat der Minister gestern bei den Kabinetten von Petersburg, London, Paris Sondierungen wegen Friedensaktion vorgenommen. Er hat anfragen lassen, welche Stellung die Kabinette gegenüber der Haltung Italiens, welches Anerkennung der türkischen Suzeränität definitiv verweigere, einnehmen, und vorgeschlagen, unter den fünf Mächten in Meinungsaustausch zu treten über gemeinsame Aktion in Rom und Konstantinopel zur Herbeiführung Friedens.

Aus London ist vorläufige Antwort Sir A. Nicolsons* eingetroffen, daß er im Prinzip der Anregung günstig gegenüberstehe, jedoch noch mit Sir E. Grey Rücksprache nehmen müsse. Herr de Selves hat durchaus zustimmend geantwortet. Frankreich hält danach Meinungsaustausch zwischen fünf Mächten für zweckmäßig und würde wünschen, diesen tunlichst zu beschleunigen.

Tschirschky

Nr. 10904

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 146 London, den 24. Oktober 1911

Graf Mensdorff teilt mir vertraulich mit, Sir E. Grey habe seine Eröffnung** günstig aufgenommen und gesagt: Solange die Türkei ihre Souveränität über Tripolis nicht aufgebe und Italien sie nicht anerkennen wolle, erscheine Vermittelung aussichtslos. Einen Refus sollten die Mächte zu vermeiden suchen. Er erhoffe aber im geeigneten Moment eine günstige Wirkung von der Anregung des Grafen von Aehrenthal. Auch würde es der türkischen Regierung unter Umständen leichter sein, dem gemeinsamen Rat der Mächte nachzugeben und sich in das Unvermeidliche zu fügen.

Metternich

---

* Permanenter Unterstaatssekretär im Foreign Office.
** Vgl. Nr. 10903.

Nr. 10905

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 775 London, den 22. Oktober 1911
[pr. 25. Oktober]

In Gesprächen, die ich in den letzten Tagen mit verschiedenen Botschaftern gehabt habe, tritt die übereinstimmende Ansicht hervor, daß die englische Regierung den Zeitpunkt für Vermittelungsversuche in der tripolitanischen Angelegenheit noch nicht für gekommen erachtet. Insbesondere haben auch der türkische und der italienische Botschafter den Eindruck, daß sie sich in der Reserve hält und weder für die Wünsche des einen noch für die des anderen der beiden kriegführenden Mächte eintritt. Tewfik Pascha ist auf dem Foreign Office gesagt worden, solange auf der einen Seite das Suzeränitätsverhältnis, auf der anderen die einfache Annexion verlangt werde, könne die englische Regierung nicht mit Nutzen eingreifen, da sie sich nur einem italienischen Refus aussetzen würde. Es fehle an einer gemeinsamen Basis für Friedensvermittelungen. Sir Arthur Nicolson hat dem russischen Minister schon vor einer Woche gesagt, es sei klar, daß die Italiener unter allen Umständen Tripolis behalten würden.

Aus alledem geht hervor, daß die hiesige Regierung noch nicht handelnd hervortreten will. Sie befindet sich, wenn auch aus anderen Motiven, der Tripolisstreitfrage gegenüber in einer ähnlichen Lage wie wir. Es liegt in ihrem Interesse, es mit keiner der kriegführenden Mächte zu verderben[1]. In der muhamedanischen Welt rührt es sich. Es sollen schon Zeichen der Unzufriedenheit aus Afghanistan hergedrungen sein. In Indien werden Protestversammlungen unter den Muhamedanern, auf die Englands Herrschaft sich hauptsächlich stützt, abgehalten. Die Rolle eines Beschützers des Islam ist verführerisch. Sie würde England wieder den ersten Platz in Konstantinopel sichern und die vielen Millionen seiner muhamedanischen Untertanen für sich stimmen. Aber nur dann, wenn ihre Durchführung gelingt. Eine platonische Erklärung der englischen Regierung zugunsten der Türkei in der Suzeränitätsfrage dürfte Italien nicht davon abhalten, auf der Annexionspolitik pure et simple zu bestehen, würde aber die Ohnmacht Englands vor der muhamedanischen Welt und in Konstantinopel dokumentieren. Außer wenn es sich entschlossen zeigt, für den türkischen Standpunkt Krieg zu führen. Dies erscheint mir aber ganz ausgeschlossen. Es hat in den letzten Jahren und noch in diesem Sommer günstigere Gelegenheiten zum Kriege unbenützt vorübergehen lassen, als es sich zum min-

desten auf eine, wenn nicht auf zwei Großmächte stützen konnte. Weder Frankreich noch Rußland aber werden für das Schattenrecht der türkischen Suzeränität über Tripolis kämpfen noch selbst eine ernste diplomatische Aktion mitmachen wollen, die den Allerweltsfreund Italien zu einem starren Werkzeug des Dreibundes umwandeln würde. Denn darüber kann auch die englische Politik nicht im Zweifel sein, daß sie, wenn sie auch nur diplomatisch jetzt Italien entgegentritt, in ihm einen Todfeind erhält. Die englische Regierung wird die traditionelle Freundschaft Italiens und die damit für sie verbundenen Mittelmeerinteressen nicht leichtfertig aufs Spiel setzen, um die Gunst des jungtürkischen Komitees zu erlangen, an dem sie schon längst keine Freude mehr hat. Könnte sie die Herrschaft Kiamil Paschas erreichen, was den Sturz des Komitees bedeutete, so dürfte sie allerdings eine türkenfreundlichere Politik befolgen, aber auch dann schwerlich bis zu dem Grade, die dauernde Feindschaft Italiens auf sich zu ziehen. Der Abschluß des Krieges erscheint in diesem Augenblick nur durch gemeinsamen Druck der Mächte auf einen der beiden Kriegführenden erreichbar[2]. Es sieht nicht danach aus, als ob dieser gemeinsame Druck in Rom ausgeübt werden wird, wobei die beiden Verbündeten ein größeres Odium auf sich laden würden als die fernerstehenden Ententemächte. Ohne Druck in Rom als Retter der Türkei aufzutreten, dürfte aber für die englische Politik ein schwer zu lösendes Problem bleiben.

Der Marquis Imperiali bezeichnet nun die Haltung Italiens als äußerst gemäßigt. Die bedingungslose Annexion fließe aus dem Recht der Eroberung. Daher nie und nimmer Zulassung der türkischen Suzeränität! Die Türken seien geschlagen und müßten sich fügen[3]. Der Sieger schreibe nun einmal dem Besiegten die Bedingungen vor[4]. Eine Verlängerung des Kriegszustandes könne an dem Schicksal von Tripolis, das für die Türken unerreichbar bliebe, nichts ändern, wohl aber der Türkei schweres inneres und äußeres Unheil bringen[5]. Schikanöse Maßregeln wie die Ausweisung der Italiener würden auch an Tripolis nichts ändern, sondern nur Italien zu Gegenmaßregeln zwingen, wie etwa die Besetzung türkischer Inseln. Dagegen sei Italien zu weitgehenden Konzessionen bereit: Anerkennung der geistlichen Oberhoheit des Sultans in Tripolis, Abfindungssumme für staatliches türkisches Eigentum daselbst, italienische Einwilligung in die Abschaffung der Kapitulationen, der italienischen Posten in der Türkei und Zustimmung zur vierprozentigen Erhöhung des Eingangszolles. Italien habe sich überall als maßvoll und entgegenkommend bewiesen: die Angriffe auf türkische Torpedoboote in der Adria eingestellt, um österreichische Empfindlichkeiten zu schonen, auf Englands Wunsch und des neutralen Handels wegen die Leuchtfeuer nicht gelöscht und schließlich die türkische Flotte unbehelligt in die Dardanellen zurücklaufen lassen, obwohl

es der italienischen Flotte leicht gewesen wäre, sie abzuschneiden und zu vernichten. Die Verlängerung des Kriegszustandes werde die Türkei dem finanziellen Bankerott entgegenführen, während Italien aus den laufenden Einnahmen die Kriegskosten bestreite[6]. Die dauernde Mißachtung der gerechten italienischen Forderungen in Tripolis und an anderen Punkten des türkischen Reiches habe zum Krieg genötigt, jetzt oder nie sei der richtige Augenblick zum Eingreifen gekommen, das österreichische Vorgehen in Bosnien, das französische in Marokko habe der italienischen Regierung keine Wahl mehr gelassen, und selbst ein friedliebender Mann wie Herr Giolitti habe dem nationalen Verlangen nach Anerkennung der Stellung Italiens in Tripolis nachgeben müssen. Nachdem der Kriegszustand jetzt tabula rasa gemacht und Italiens Waffen begünstigt habe, sei es ausgeschlossen, daß Italien die türkische Herrschaft über Tripolis noch in irgend einer Form dulden könne. Aus einem Suzeränitätsverhältnis würden in Zukunft Reibungen entstehen, während nach der endgültigen Annexion von Tripolis keine Differenzpunkte mehr zwischen Italien und dem osmanischen Reiche vorhanden sein würden, das in Italien einen uneigennützigen Freund finden würde[7], nachdem die albanische Frage durch das Übereinkommen Italiens mit Österreich* ausgeschieden sei. Eine baldige Beseitigung des Kriegszustandes[8] sei aber Voraussetzung für das weitgehende Entgegenkommen, welches der Sieger dem Besiegten zu zeigen gewillt sei. Andernfalls werde Italien nicht nur zu keinen Konzessionen mehr bereit sein, sondern eventuell selbst eine Kriegsentschädigung verlangen müssen. Das Geschrei der Jungtürken mache auf ihn, den Botschafter, keinen Eindruck. Er kenne sie aus eigener Erfahrung. Sobald die Türken klar sähen, daß ihnen niemand in Europa beistehen wolle, würden sie sich bald in das Unvermeidliche fügen. Es würde genügen, wenn Deutschland und England ihnen gemeinsam rieten beizugeben[9].

Im Gegensatz zu den siegestrunkenen und schwungvollen Äußerungen meines italienischen Kollegen trug der alte Tewfik Pascha eine ruhige Resignation zur Schau. Tripolis sei verloren, und die Türkei habe keine Machtmittel, diese Provinz wiederzugewinnen. In die bedingungslose Annexion könne keine türkische Regierung willigen. Die Annahme einer Geldentschädigung spreche gegen das nationale Ehrgefühl. Die Beibehaltung der geistlichen Oberhoheit des Sultans sei ein leeres Anerbieten, da sie ihm doch nicht genommen werden könne. Versprechen betreffend Kapitulationen usw. bedeuteten auch nicht viel, solange nicht alle Mächte einstimmten. Die schwachen türkischen Truppen in Tripolis würden sich wehren, bis sie überwunden seien. Dann würde der Kriegszustand ipso facto

* Vgl. A. Fr. Pribram, Die Politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 1879—1914, I, 83 ff.

aufhören. Die türkische Regierung würde zwar die vollendete Annexion nicht anerkennen und dagegen protestieren, ebenso wie sie die französische Besitzergreifung von Tunis bis auf den heutigen Tag nicht anerkannt habe, ohne daß deshalb ein Kriegszustand zwischen Frankreich und der Türkei bestehe. Er glaube nicht, daß seine Regierung die Ausweisung der Italiener aus der Türkei dekretieren werde. Eine solche Maßregel würde irritieren und nichts nützen.

Der türkische Botschaftsrat Dschewad Bey, welcher mit dem Komitee in Verbindung stehen soll, schlug eine kräftigere Note an als sein Chef. Der Widerstand der türkischen Garnison in Tripolis würde sich mit Hülfe der Senussi auf Monate erstrecken. Inhumane Maßregeln gegen die Italiener in der Türkei würden vermieden werden, sie würden schwerlich ausgewiesen, wohl aber boykottiert werden. Unter den 50000 Italienern (der Marquis Imperiali schätzt sie auf 30000) seien etwa zwei Drittel Arbeiter. Diese würden unbelästigt bleiben, aber keine Arbeit erhalten. Sie seien dann gezwungen, nach Italien zurückzukehren. Auch Dschewad Bey hält Tripolis für verloren und Mediation bei dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der türkischen Auffassung und der italienischen Forderung für aussichtslos. Diese wäre nur wirksam gewesen, wenn sie im Anfang, zur Zeit des Ultimatums, eingesetzt hätte. Hätten damals die Großmächte — unter Großmächte versteht er Deutschland und England als die Führer der beiden Gruppen — sofort eingegriffen[10], so würden Italiens Ansprüche befriedigt und Tripolis der Türkei erhalten worden sein. Jetzt sei es zu spät, und es bleibe der Türkei nichts weiter übrig, als sich zu wehren, solange sie es vermöchte. Die größte Schwierigkeit bestehe für die Türkei in der Finanzlage. Infolge des Kriegszustandes sei eine teilweise Mobilisation des Heeres erfolgt, welche Geld koste, aber notwendig sei, um die Balkanstaaten im Schach zu halten. Eine aggressive Maßregel sei dies nicht. Rühre sich aber einer der Balkanstaaten, so werde die türkische Armee, die darauf brenne, die italienische Schmach auszuwetzen, ihn zur Ruhe zwingen.

Während Tewfik Pascha der Ansicht zuneigt, daß der Krieg schon bald im Sande verlaufen wird, sieht Dschewad Bey ihn für monatelang sich hinziehen[11]. Der Marquis Imperiali erhofft von einem deutsch-englischen Druck in Konstantinopel[12] die Beilegung des Krieges, der Jungtürke Dschewad Bey erwartet von einem deutsch-englischen Druck in Rom die Inhibierung des Krieges. So gehen die Ansichten auseinander, und jeder glaubt, daß wir nur dazu da sind, um seine Geschäfte zu betreiben.

P. Metternich

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Aber unser Verhältniß zu den Muslims zu verderben!
[2] ums Himmels Willen! ist ja Unsinn! ganz unmöglich!
[3] noch lange nicht! die Kämpfe fangen überhaupt erst an!

[4] abwarten!
[5] Italien auch!
[6] auf wielange noch?! 400 Mill[ionen] sind schon futsch!
[7] charmant!
[8] das ist natürlich für Italien wünschenswerth, aber nicht im Intresse der Türkei. Wenn letztere die Nerven behält und die Araber fechten lässt unter ihrer Führung, so kommen die Italiener nicht aus dem Bereich ihrer Schiffsgeschütze heraus und befinden sich in übler defensiver Lage! Ohne eine Spur von Herrschaft oder Land zu besitzen!
[9] danke sehr! ich denke nicht daran! im Gegentheil!
[10] Was denkt der Herr! bei 24 Stündiger Frist, ohne das man eine Ahnung hat, da soll der Deibel eingreifen!!
[11] ja!
[12] ich denke nicht daran!

Nr. 10906

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 334 Therapia, den 24. Oktober 1911

Markgraf Pallavicini sagt mir, Graf von Aehrenthal habe in Berlin den Gedanken angeregt, die Mediation als zurzeit . . . . . * beruhen zu lassen, dagegen mit den übrigen Großmächten in Verbindung zu treten, um eine gemeinschaftliche Vermittelung anzuregen. Der Herr Staatssekretär teilte die Ansicht, daß die Mediation auf einen toten Punkt gelangt sei, halte aber die Anregung einer Kollektivvermittelung für nicht opportun.

Der Botschafter glaubt die Idee des Grafen von Aehrenthal so interpretieren zu müssen, daß die übrigen Großmächte zu einer klaren Stellungnahme und zu einer Erklärung aufgefordert würden, wie sie über die Stellung Italiens dächten. Ich habe erwidert, daß auf diese Aufforderung entweder eine unwahre oder gar keine Antwort erfolgen werde. England, das in der Angelegenheit noch eine Rolle zu spielen gedenke, werde sich wohl hüten, sich uns gegenüber zu demaskieren.

Marschall

Nr. 10907

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 227 St. Petersburg, den 25. Oktober 1911

Herr Neratow sagte mir, daß Rußland Vorschlag des Grafen Aehrenthal „de procéder à un échange de vue“ zustimme, nur müsse

---

* Zifferngruppe fehlt.

man sicher sein, daß eine Intervention der Mächte nicht fehlschlage. Ein Mißerfolg würde Situation bloß verschlechtern. Herr Neratow, der vor mir italienischen Botschafter empfangen hatte, fügte hinzu, daß er nicht sähe, wie man anders als auf der Basis der von Italien mit großer Bestimmtheit verlangten Annexion von Tripolis verhandeln könnte. Er wolle sich aber mit dem Gesagten nicht festlegen, nur sähe er vorläufig keinen anderen Weg. Minister gab heute Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung des Krieges auf europäische Türkei zögernd zu. Englischer Geschäftsträger* sprach sich mir gegenüber besorgt über Ausdehnung des Kriegs aus und meinte, daß wohl Moment bald gekommen sein würde, wo die Mächte einschreiten müßten.

Auffallend ist, daß Herr Melegari jetzt weniger zufrieden mit Herrn Neratow ist wie früher und gesprächsweise Wunsch nach Rückkehr Herrn Sasonows, „mit dem man besser verhandeln könne", ausdrückte.

Lucius

Nr. 10908

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 299 Wien, den 24. Oktober 1911

Zu der Beantwortung der Interpellation über die Tripolisfrage, die heute in den Parlamenten in Wien und Budapest erfolgt ist**, sagte mir Graf Aehrenthal, er hätte es der Türkei nicht ersparen können, offen zu sagen, daß sie die guten Ratschläge Österreich-Ungarns bezüglich Gewährung von wirtschaftlichen Vorteilen in Tripolis an Italien nicht befolgt und den Ernst der Lage dort nicht erkannt hätte.

Den Passus über Italien habe er vorher Marquis San Giuliano vorgelegt gehabt. Im vorletzten Absatz der Interpellationsbeantwortung habe er ursprünglich gesagt, Italien habe seinen Entschluß bekannt gegeben, alles vermeiden zu wollen, was eine unerwünschte Rückwirkung seines Unternehmens auf dem Balkan ausüben könnte, und seine kriegerische Aktion auf das Mittelmeer zu beschränken. Statt des letzten Satzes habe Marquis di San Giuliano die jetzige Fassung vorgeschlagen: „und die türkische Küste des Adriatischen Meeres und Jonischen Meeres von den kriegerischen Operationen auszuschließen." Er, der Minister, habe mit Vergnügen letztere

* H. O'Beirne.

** Siehe den Text der von dem Ministerpräsidenten Freiherrn von Gautsch am 24. Oktober im Abgeordnetenhause verlesenen Erklärung über den Tripoliskonflikt in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender, Jg. 1911, S. 312.

Fassung akzeptiert, die ihm mit Rücksicht auf die österreichisch-ungarischen Interessen wesentlich günstiger erscheine.

von Tschirschky

Nr. 10909

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 339 Therapia, den 26. Oktober 1911

Die hiesigen Telegraphenagenturen melden heute abend, daß die Beschießung der offenen Stadt Bengasi, bei welcher Tausende von Menschen, darunter auch Engländer, umgekommen seien, in der englischen Presse eine stürmische Entrüstung hervorgerufen habe. Diese Nachricht, die vermutlich wahr ist, wird hier neue Hoffnung erwecken. Der anfänglich in Regierungskreisen vorhandene Wunsch, möglichst bald Frieden zu schließen, ist bereits in den letzten Tagen erheblich abgeflaut. Das rührt aus verschiedenen Umständen her: einmal der scharfe Widerstand der Türken und Araber in Bengasi, dann die Nachricht, daß der Scheich der Senussi mit etwa 10 000 Mann dorthin marschiert, daß England einer großen Anzahl türkischer Offiziere, die sich nach Bengasi begeben haben, den Durchgang durch Ägypten gestattet hat, und endlich die Überzeugung, daß die Italiener abgesehen von Tripolis militärisch nichts mehr Ernstes gegen die Türkei unternehmen können.

Unter diesen Umständen ist hier in der Vermittelungsfrage nichts weiter zu tun. Dasselbe wird wohl auch in Rom der Fall sein. Wir müssen die Ereignisse abwarten. Daß England zu gegebener Zeit eingreifen und dann auch der Cyrenaica mit Bengasi eine erhebliche Rolle zufallen wird, davon bin ich überzeugt. Dann könnten allerdings Komplikationen eintreten, die über den Rahmen der orientalischen Frage hinausgehen.

Marschall

Nr. 10910

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 98 Wien, den 26. Oktober 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 97 vom 24. Oktober*.

Nunmehr ist auch definitive Antwort aus London hier eingetroffen. Sir E. Grey ist mit hiesigem Vorschlag einverstanden.

* Siehe Nr. 10 903.

Vermittelungsaktion der fünf Mächte, für die augenblicklich allerdings Basis fehle, da Italien Souveränität Sultans nicht konzediere, würde, im geeigneten Moment vorgenommen, jedenfalls das geeignetste Mittel sein, um Frieden zu beschleunigen. Eine gemeinsame Pression aller fünf Mächte in Konstantinopel würde es auch den Türken und der dortigen Regierung wesentlich erleichtern, sich mit der gegebenen Lage abzufinden, da die Türkei dann dem gemeinsamen Druck Europas, nicht aber demjenigen Italiens nachgeben würde.

Letztere Bemerkung Sir E. Greys, daß die gemeinsame Pression der fünf Mächte für die Türkei die Lage erleichtern würde, erscheint dem Grafen Aehrenthal deshalb von besonderer Wichtigkeit, weil er daraus schließen zu können glaubt, daß England eine separate Aktion in Konstantinopel und in Rom nicht plane. Allerdings hat Cartwright in seiner sonst mit der Meldung des Grafen Mensdorff übereinstimmenden Mitteilung gestern wieder die Hoffnung durchblicken lassen, daß die Beibehaltung der Souveränität des Sultans doch noch durchzusetzen sein würde. Graf von Aehrenthal fügte hinzu, er wisse nicht, ob diese Bemerkung des englischen Botschafters dessen persönliche Meinung wiedergebe, oder ob er damit den Gedanken seiner Regierung Ausdruck gegeben habe. Er habe absichtlich Cartwright nicht deshalb befragt; er werde ja aus London hören, wie die Dinge ständen.

Graf Aehrenthal betonte, er sei mit den Antworten auf seine Sondierung sehr zufrieden. Die einzige Divergenz bestehe darin, daß Frankreich zu einer möglichst baldigen Aktion geraten habe, während die anderen Mächte einen geeigneten späteren Zeitpunkt abwarten wollten.*

Tschirschky

Nr. 10911

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 344 Pera, den 27. Oktober 1911

In einer von ihm erbetenen Unterredung hat mich Assim Bey gestern abend gefragt, ob von Rom irgendeine neue Nachricht bezüglich der Friedensbedingungen eingetroffen sei? Auf meine verneinende Antwort fragte der Minister, ob wir nicht in Rom eine Pression ausüben könnten? Ich erklärte, daß diese ausgeschlossen sei. Wir hätten

* Das Telegramm wurde mit Erlaß Nr. 738 vom 27. Oktober Freiherrn von Marschall mitgeteilt.

ebensowenig die Absicht, hier irgendeinen Druck auszuüben. Politische „Pressionen“ und „Vermittelung“ schlössen sich gegenseitig aus. Assim sagte mir dann, San Giuliano habe dem englischen und französischen Botschafter in Rom erklärt, daß Italien nur die Vermittelung „d'un de ses alliés“ annehme, worunter zweifellos Deutschland verstanden sei. Was solle nun geschehen, um dem Kriege ein Ende zu machen? Ich entgegnete, daß man vorläufig den Ereignissen ihren Lauf lassen müsse. Assim fragte mich dann, ob es nicht möglich sei, den Frieden auf der Basis zu schließen, daß Italien Tripolis annektiere, die Cyrenaica aber unter türkischer Herrschaft verbleibe? Ich erwiderte, daß Cyrenaica zwar die kleinere, aber die weitaus wertvollere der beiden Provinzen sei und Italien darum einen solchen Vorschlag sicher ablehnen werde. Assim Bey sprach dann über die verschiedenen Artikel hiesiger Zeitungen, die bald das eine, bald das andere Bündnis für die Türkei empfehlen. Er tadelte diese Artikel, die würdelos seien und nur schaden, aber nicht nützen können. Nach seiner Ansicht könne man gegebenenfalls wohl eine entente spéciale mit einer Macht schließen, eine förmliche Allianz mit einer europäischen Großmacht oder der Eintritt in die eine der Mächtegruppen, Tripelallianz oder Tripelentente, erachte er dagegen, selbst wenn man sich über die Bedingungen verständigen könne, was unmöglich sei, als verhängnisvoll für die Türkei. Denn ein solcher Schritt der Türkei würde unfehlbar einen europäischen Krieg entfesseln und ohne Rücksicht darauf, wer den Sieg davontrage, die Türkei den Siegespreis zu bezahlen haben. Ich bemerkte ergänzend, daß die Türkei dann mindestens ihre rumelischen Provinzen verlieren und möglicherweise vollkommen zusammenbrechen werde. Assim fragte dann, welche Politik die Türkei gegenüber den Großmächten denn eigentlich verfolgen solle. Ich erwiderte, die Politik, die ich stets hier empfohlen habe, „une politique équilibre“. Deutschland verlange keineswegs, daß der türkische Pendel nach seiner Seite hinneige, wir würden aber auch nicht eifersüchtig sein, wenn derselbe vorübergehend nach einer anderen Seite ausschlage. Wenn die Türkei in einigen Jahren in Armee und Flotte sowie durch Reformen im Innern gestärkt sei, werde der Moment gekommen sein, Frage neuerdings zu prüfen. Assim Bey erklärte sich damit einverstanden. „Aber man läßt uns ja nicht Ruhe, um diese Reformarbeit zu leisten.“

Vorstehende Äußerung Assims bestätigt meine Auffassung, daß an maßgebender Stelle niemand an eine Allianz denkt. Aber unter den Worten „une entente spéciale“ könnte wohl der Gedanke verborgen sein, den tripolitanischen Konflikt mit Englands Hülfe zu begleichen.

Marschall

Nr. 10912

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 355 Pera, den 31. Oktober 1911
Ganz geheim

Mein Vertrauensmann meldet mir mit der Bitte um strengste Sekretierung:

Lowther hatte in den letzten Tagen wiederholt lange Unterredungen mit Kiamil Pascha. Auf Grund von Aufzeichnungen, welche Kiamil Pascha selbst gemacht, bin ich in der Lage, folgende absolut sichere Informationen zu geben:

Der Botschafter teilte Kiamil Pascha vertraulich mit, daß der Großwesir den 21. d. Mts. ihm und Bompard in akademischer Weise von einer „Entente" der Türkei mit England und Frankreich in der tripolitanischen Frage gesprochen habe. Am 25. haben darauf die beiden Botschafter im Auftrage ihrer Regierungen Said Pascha erwidert, „daß der gegenwärtige Zustand der Türkei wenig günstig erscheine, um die Basis einer solchen Entente zu finden". Sir Gerard besprach darauf mit Kiamil Pascha eingehend die innere Lage der Türkei. Beide waren der Ansicht, daß dieselbe völlig unhaltbar sei, da das Komitee nach dem Schlag, welchen es durch den Krieg erlitten habe, alle erdenklichen Mittel anwenden werde, um seine Macht wiederherzustellen. Weiter sprach der Botschafter über den Krieg, die Intervention und die Bündnisfrage. Er versicherte Kiamil Pascha, daß Italien durch die Verhältnisse notwendig in die Arme Englands und Frankreichs getrieben werden würde. Er sagte wörtlich: „Solange dies nicht geschieht und Italien fortfährt, nach Berlin zu gravitieren, werden die Grenzen von Tunis und Ägypten nach Tripolis hin offen bleiben, und bei einem solchen Zustande wird Italien sich verbluten. Erst wenn Italien seine äußere Politik anders orientiert, werden die Grenzen gesperrt werden." Kiamil Pascha entwickelte darauf folgenden Plan, den er für das Foreign Office niederlegte: Die Türkei solle Tripolis mit einer aber nicht nur fiktiven Souveränität Italien überlassen, während Bengasi (Cyrenaica) türkischer Besitz bleibe. In dem Exposé wird des weiteren ausgeführt: Ein Friedensschluß zwischen der Pforte und Italien sei möglich. Die Araber würden jedoch niemals auf einen Frieden mit Italien eingehen. Dieselben würden auch nach dem Friedensschluß Krieg in Tripolis führen, zum Teil wohl auch nach Bengasi, wenn dieses türkisch bleibe, auswandern. Auf dieses Exposé hat Lowther Kiamil Pascha die

schriftliche Antwort überbracht, „que le Foreign Office a très apprécié les idées de Kiamil Pacha".

In einer der Unterredungen warf Kiamil Pascha Said Pascha vor, daß dieser die Balkanföderation anstrebe*. Eine solche gefährde die Existenz des Reichs. Kiamil Pascha entwickelte dabei den Gedanken, die Türkei müsse sich für eine Politik der Entente mit Deutschland und Österreich-Ungarn bezüglich der Balkanfrage entscheiden; bezüglich der Mittelmeerfragen aber eine Entente mit England und Frankreich schließen. Der Botschafter verhielt sich zu diesem Gedanken reserviert, stimmte jedoch Kiamil darin bei, daß jede Balkankonföderation die Türkei unter russische Vormundschaft bringen werde.

Marschall

Nr. 10913

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 358 Pera, den 31. Oktober 1911

Geheim

Der frühere Finanzminister Dschawid Bey hat mir heute einen längeren Besuch gemacht, um über die innere und äußere Lage zu sprechen. Er sagte mir unter anderem, seit kurzem agitiere auch Bompard wie Lowther gegen das Komitee und dadurch indirekt für Kiamil Pascha. England und Frankreich hätten in Rom ihre gemeinsame Mediation angeboten; San Giuliano habe dieselbe jedoch mit dem Bemerken abgelehnt, daß er nur die Vermittlung Deutschlands annehme. Auf meine Bemerkung: „Und seither ist man in Ägypten und Tunis sehr kulant gegen sie" erwiderte Dschawid: „Man darf davon nicht reden, aber es ist so".

Da das Komitee seit Ausbruch des Kriegs auf seine eigenen Kosten Offiziere und Waffen nach Tripolis und Bengasi sendet, ist Dschawid Bey als kompetenter Beurteiler der erwähnten Vorgänge zu betrachten.

Marschall

Nr. 10914

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Nr. 245 Berlin, den 1. November 1911

Markgraf Pallavicini ist beauftragt, mit seinen Kollegen wegen etwaiger Sondierung bei Pforte über ihre Dispositionen zur Wieder-

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCX.

herstellung Friedens in Verbindung zu treten. Wenn ich mir auch hiervon gerade im jetzigen Moment wenig verspreche, so wollen Euere Exzellenz sich doch für ermächtigt halten, an Vorbesprechungen teilzunehmen und etwaige Demarche mitzumachen, an der sich alle Botschafter beteiligen.

Kiderlen

Nr. 10915

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 363 Pera, den 3. November 1911

Markgraf Pallavicini sagt mir, er habe gestern lange Unterredungen mit dem Großwesir und Assim Bey über die Frage einer Lösung des türkisch-italienischen Konflikts gehabt. Beide seien an sich dem Friedensschluß günstig, aber, wie vorherzusehen, nunmehr fest entschlossen, auf dem Boden einer Okkupation nach dem bosnischen Schema mit lediglich fiktiver Souveränität nicht mehr zu verhandeln. Es seien verschiedene Projekte besprochen worden, unter anderem die tripolitanische Frage durch eine Art Autonomie nach Analogie von Samos zu ordnen oder einen Zustand wie in Tunis zu schaffen oder den Italienern gewisse wirtschaftliche Vorteile unter einer beschränkten türkischen Souveränität zu gewähren usw., aber irgendein klar durchgearbeiteter Vorschlag sei dabei nicht zutage gekommen.

Der Botschafter teilt vollkommen meine Ansicht, daß im gegenwärtigen Augenblick absolut nichts zu machen sei; alle Kollegen teilten diese Auffassung. Wie ich vertraulich bemerke, ist auch Markgraf Pallavicini der Ansicht, daß der Versuch des Grafen von Aehrenthal, England und Frankreich auf einer bestimmten Stellungnahme festzunageln und dadurch einer späteren Sonderaktion dieser beiden Mächte vorzubeugen, ganz aussichtslos ist*.

---

* Endgültig erledigt wurden die bisherigen deutschen bzw. österreichisch-ungarischen Mediationsbestrebungen durch den Beschluß der italienischen Regierung, die Annexion von Tripolis und Cyrenaica auszusprechen (5. November). Für den Entschluß zur Annexion ist nach einer Äußerung Giolittis zu dem Mitglied des Preußischen Herrenhauses Graf Hutten-Czapski aus dem Januar 1912 (vgl. Kap. CCXXXIV, Nr. 10928) gerade das Motiv geltend gewesen, „die Möglichkeit auszuschließen, daß fremde Mächte bei einer im Interesse der Türkei unternommenen Mediation irgendwelche anderweitige Vorschläge machen wie zum Beispiel die Beibehaltung einer formellen Souveränität des Sultans". Auch in seinen „Denkwürdigkeiten" (S. 165) bestätigt Giolitti, die wahren Gründe für das Annexionsdekret hätten in der „Besorgnis vor einer Einmischung der Verbündeten oder Freunde" gelegen. Vgl. das folgende Kapitel.

Die Meinung Sir E. Greys (Erlaß Nr. 738*), daß eine gemeinsame Pression der Mächte der Pforte das Nachgeben erleichtern wird, ist so völlig verkehrt, daß man fast geneigt wäre, an dessen bona fides zu zweifeln. Schon unter dem alten Regime haben sich Kollektivdemarchen aller Mächte regelmäßig als Fehlschläge erwiesen, weil der frühere Sultan genau wußte, daß die Einigkeit der Mächte nur bis zur Demarche reichte, dieselben aber, sobald weitere Maßregeln in Frage standen, sogleich auseinanderfielen. Unter dem jetzigen Regime würde eine Kollektivpression als Beleidigung empfunden werden und den gegenteiligen Effekt von dem gewünschten haben. Der Tripelentente wäre es natürlich höchst angenehm, wenn derartige Anregungen von Wien ausgehen. Beteiligen wird sie sich gewiß nicht.

Marschall

---

* Vgl. Nr. 10910, S. 136, Fußnote *.

Kap. CCXXXIV

Das Italienische Annexionsdekret November 1911 bis Januar 1912

Nr. 10916

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 200 Rom, den 4. November 1911

Über die Kriegslage in Tripolis sich von hier aus ein Bild zu machen, ist fast unmöglich. Die strenge Zensur unterbindet so ziemlich die Berichterstattung vom Kriegsschauplatz. Die offiziellen Meldungen aber werden vor der Veröffentlichung zum mindesten stark zugestutzt. Dies wird auch auf der Konsulta vertraulich zugegeben.

Die Konstantinopler Nachrichten über schwere italienische Niederlagen, die Wiedereinnahme der Stadt Tripolis usw. dürften allerdings auch tendenziös und sehr übertrieben sein. Daß sie von einem Teil unserer und der österreichischen Presse reproduziert und der Beurteilung der Lage zugrunde gelegt werden, erregt hier lebhafte Entrüstung. Von französischer und vielleicht auch von englischer Seite wird dies geschickt ausgenutzt, um Verstimmung gegen die Alliierten hervorzurufen. Es macht sich hier wieder der Übelstand geltend, daß der Nachrichtendienst aus Deutschland hauptsächlich durch Telephon über Paris geht[1]. Durch die törichte Haltung unserer Presse wird so der gute Eindruck, den die freundschaftliche Haltung der Regierung hervorgerufen hatte, zum Teil leider wieder verwischt*.

Anderseits dürften aber auch die italienischen Meldungen von großen Erfolgen auf dem Schlachtfelde cum beneficio inventarii aufzunehmen sein. Verschiedene Symptome lassen darauf schließen, daß nicht alles so geht, wie man gewünscht hätte. Zuerst werden hier stets große Siege verkündet, bei denen angeblich Tausende von Feinden erschlagen, aber nur ganz wenige Italiener gefallen wären. Die nach unverhältnismäßig langer Zeit erscheinenden Verlustlisten zeigen dann doch ein wesentlich anderes Bild. Bei den Kämpfen von Schara Schat (in der Oase von Tripolis) werden jetzt 374 Gefallene und 156 Verwundete zugegeben, und ich möchte keine Garantie übernehmen, daß auch diese Angabe nicht hinter der Wirklichkeit noch zurückbleibt. Wie bei der Cholera betreibt Herr Giolitti auch hier wieder ein systematisches Vertuschungssystem. Offenbar will man

* Vgl. auch den Privatbrief Botschafter von Jagows an Staatssekretär von Kiderlen vom 12. Dezember 1911, E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, S. 166 ff.

die Stimmung im Lande nicht entmutigen. Ob man auf diese Weise den gewünschten Zweck erreicht, ist mir fraglich. Es macht sich bereits eine gewisse Nervosität geltend, die in Forderungen nach schneller Beendigung des Krieges durch einen direkten Angriff auf die Türkei, in Entrüstung über die fremde Presse, in versteckten Anklagen gegen andere Mächte und in einer ziemlich unwürdigen Verunglimpfung des Feindes zum Ausdruck kommt. Auch die schwülstige Verherrlichung der italienischen „Heldentaten" in der hiesigen Presse, die oft ans Komische grenzende Prahlerei mit Italiens Großmachtstellung, bringt keinen rechten Trost für das Gefühl, daß der Krieg teurer zu stehen kommt, als man dachte. Seitdem man gesehen hat, daß das afrikanische Abenteuer kein bloßer Karnevalsscherz ist, und daß auch die Araber nicht mit Konfetti, sondern mit Kugeln schießen, beginnt die Begeisterung in der Bevölkerung abzuflauen. Der italienische Volkscharakter ist kein kriegerischer, seinem hier so viel gerühmten „bello slancio" — schönen Elan — fehlt die Nachhaltigkeit. Die Freiwilligenmeldungen für die Expedition haben so gut wie ganz aufgehört, die Truppennachsendungen gehen ohne den anfänglichen Jubel ab. Auch die Sozialisten, deren Protest gegen den Krieg in der ersten Begeisterung erstickte, fangen wieder an sich zu rühren.

Wie hoch die allmählich schon erfolgten Truppennachsendungen sich beziffern, ist aus den ungenauen Zeitungsangaben schwer festzustellen. Die Regierung geht auch hier mit einer gewissen Heimlichkeit vor und hat bisher den Anschein zu erwecken gesucht, als ob es sich nur um die notwendige Ausfüllung von Lücken handelte. Heute wird allerdings der Beschluß der Einberufung der Altersklasse 1889 und der Entsendung eines weiteren Korpskommandeurs, des Generals Frugoni, sowie die Absicht der Regierung bekannt gegeben, nötigenfalls weitere „bedeutende Streitkräfte" zur sofortigen Absendung vorzubereiten. Allem Anschein nach dürfte eine dritte Division zum Teil schon abgegangen, zum Teil in der Einschiffung begriffen sein und eine weitere Division zur Absendung noch vorbereitet werden. Der Admiral Aubry* war in den letzten Tagen zu einer Beratung herzitiert worden. Seine Majestät der König ist vor zwei Tagen aus San-Rossore nach Rom zurückgekehrt.

Wenn man den Stand der Dinge auch in der Presse zu verschleiern sucht, so glaubte der offiziöse „Popolo Romano" kürzlich doch vor einer zu optimistischen Auffassung der Kriegslage warnen zu müssen. Der Widerstand, den man neuerdings seitens der Türken und Araber in Tripolis gefunden hat, hat die Berechnungen durchkreuzt und die ursprüngliche Zuversichtlichkeit etwas ins Schwanken gebracht. Die Regierung fühlt, daß man bald zu einem Ende gelangen

* Chefkommandant des ersten Geschwaders.

müßte, ist sich aber wohl über die geeigneten Mittel nicht völlig im klaren. Die nationalistische Presse fordert mit Ungestüm eine baldige Erklärung der Annexion von Tripolis sowie einen direkten Angriff auf die Türkei, sei es durch Besetzung von Inseln im Ägäischen Meer, sei es durch Beschießung kleinasiatischer Häfen. Daß die Annexionserklärung und eventuelle Flottenoperationen gegen türkische Inseln auch an maßgebender Stelle in Erwägung gezogen werden, möchte ich bestimmt annehmen, es wurde mir auf der Konsulta indirekt zugegeben. Nur, meinte der Unterstaatssekretär Fürst Scaléa gestern, der Moment dafür wäre noch nicht gekommen, man möchte die Annexion erst nach einem wirklichen Erfolg in Tripolis selbst erklären[2]; ein Vorgehen im Ägäischen Meer schien ihm als ultima ratio vorzuschweben. Vor einer derartigen Ausdehnung des Krieges scheint man sich einstweilen noch mit Rücksicht auf die Mächte zu scheuen, ich möchte auch aus verschiedenen Gesprächen annehmen, daß man nicht dazu schreiten wird, ohne sich vorher wenigstens mit den verbündeten Kabinetten ins Benehmen zu setzen*.

Immerhin ist man an einem Punkt angelangt, wo man sich fragt, ob die anfänglich angekündigte Lokalisierung des Konfliktes auf die Dauer innegehalten werden kann. Ein Krieg läßt sich leicht vom Zaune brechen, aber die Dinge nehmen nachher ihren eigenen Gang und führen die Menschen über die Grenzen ihrer ursprünglichen Absichten hinaus.

Jagow

Nachschrift:

Soeben, nach Fertigstellung des Berichts, erhalte ich ein vertrauliches Billet des Marquis di San Giuliano, worin er mir schreibt: „En ce moment, nous venons de décider de proposer à Sa Majesté le Roi et au Conseil des Ministres le decrét d'annexion."[3]

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Wie überall! unser Nachrichtendienst ist der schlechteste!
[2] ist nicht geschehen sondern ohne dem
[3] !

Nr. 10917

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 202 Rom, den 6. November 1911

Herr Giolitti, der anfangs bekanntlich ein Gegner der Tripolisexpedition war, hat jetzt die Leitung derselben, und zwar mit allen

* Vgl. dazu Kap. CCXXXV.

Detailfragen, ganz an sich gerissen. Der autokratische Zug dieses Staatsmanns hat sich mit dem Alter immer mehr verschärft und macht sich durch eine Art Diktatur über alle Ressorts geltend. Auch die Konsulta kann gegen seinen Eigenwillen nichts ausrichten.

Ich hatte die Ehre zu berichten, daß Marquis di San Giuliano anfänglich ganz geneigt war, die fiktive Souveränität des Sultans als Friedensbedingung zu akzeptieren. Nach Rückkehr des Ministerpräsidenten aus Turin wandte sich das Blatt, und man bestand auf der annexion pure et simple, angeblich, weil die öffentliche Meinung es forderte*. Letztere haben aber die Organe des Ministerpräsidenten erst montiert, der es aus innerpolitischen Gründen zweckmäßig fand, jetzt durch Intransigenz den Angriffen der nationalistischen Opposition vorzubeugen. Ich glaube mich darin nicht zu täuschen, daß der viel staatsmännischer veranlagte Marquis di San Giuliano den Fehler, der damit begangen wurde, von Anfang an erkannt hat.

Am Abend des 3. d. Mts. sagte mir noch der Unterstaatssekretär Fürst Scaléa, es erschiene richtig, mit der Annexionserklärung bis nach einem wirklichen Erfolge auf dem Schlachtfelde zu warten. Am nächsten Morgen teilte mir der Minister des Äußern mit, daß die Annexionserklärung beschlossen sei. Ich führe auch diese Sinneswandlung auf den Eingriff des Ministerpräsidenten zurück, der die Erregung der öffentlichen Meinung beschwichtigen und den Forderungen der journalistischen Heißsporne[1] nach einem „entscheidenden Schritt" entgegenkommen zu müssen glaubte. In Wirklichkeit dürfte die Annexionserklärung im jetzigen Moment wie ein Schuß ins Blaue wirken.

Wie im Großen, so auch im Kleinen. Als ich auf der Konsulta bat, den Scheck von 50 Pfund an Hamdy Bey** in Tripolis gelangen zu lassen, war man dort sofort dazu bereit. Nachträglich wurde mir mitgeteilt, daß der Ministerpräsident sich sehr dagegen gesträubt habe — weil es keine Beamten der Dette Publique in Tripolis mehr gäbe — und schließlich nur nachgegeben habe, um, wie er mir eigens sagen ließe, „mir einen persönlichen Gefallen zu erweisen". Ich habe gebeten, dem Ministerpräsidenten zu erwidern, daß ich für die Absicht, mir gefällig zu sein, natürlich sehr dankbar wäre, es handle sich aber eigentlich weniger um einen Gefallen für mich als um einen Akt allgemeiner Menschlichkeit, durch den die betreffenden Beamten aus einer unverschuldeten Notlage befreit werden sollten, so wie wir auch die Vermittlung eines Schecks an die Beamten des Banco di Roma in Konstantinopel übernommen hätten. Ich zweifle allerdings, daß meine Antwort dem Ministerpräsidenten, vor dem alle Angst haben, ausgerichtet werden wird.

Den Betrieb der Tabaksregie in Tripolis weigert sich Herr Gio-

* Vgl. Kap. CCXXXIII.

** Vertreter der Dette Ottomane in Tripolis.

litti auf das hartnäckigste fortbestehen zu lassen. Obwohl man auf der Konsulta eine bessere Erkenntnis der Rechtslage hat, will er nicht begreifen, daß es sich um einen Privatbetrieb handelt. Er klammert sich an das Wort „Regie" und erklärt, man könne nicht den Anschein aufkommen lassen, daß es in Tripolis noch irgendwelchen „türkischen Staatsbetrieb" gebe.

Ich habe diese Details aufzählen zu sollen geglaubt — denen ich noch andere Symptome hinzufügen könnte —, weil sie den Gang der Dinge hierselbst illustrieren. Verhängnisvolle Fehler sind dadurch schon gemacht worden. Ohne Herrn Giolittis Eingreifen hätte Italien wahrscheinlich bereits den Frieden und Tripolis haben können, und Europa wäre viel Unruhe erspart worden. Es ist schade, wenn die — vom italienischen Standpunkt — gut[2] und unter richtiger Ausnutzung der internationalen Lage eingeleitete Aktion so dilettantisch kompromittiert wird.

Herr Giolitti ist ein sehr geschickter Spieler auf dem parlamentarischen Schachbrett, das ist seine Welt, weiter reicht sein Horizont nicht. In Friedenszeiten desinteressiert er sich auch so ziemlich von der äußeren Politik und zeigt zum Beispiel gar kein Verständnis für die Schädlichkeit der Undisziplin der von ihm abhängigen Presse in auswärtigen Fragen. Um so größer ist die Gefahr, wenn ein solcher Mann jetzt plötzlich in einem so kritischen Moment die ganze Politik Italiens bestimmen will und sich dabei von Gesichtspunkten innerpolitischer Opportunität leiten läßt. Das kann auch im weiteren Verlauf der tripolitanischen Krise noch bedenkliche Folgen haben. Denn es fehlt Herrn Giolitti wie vielen Italienern an der genügenden Kenntnis und dem richtigen Verständnis auswärtiger Verhältnisse und, wie es scheint, auch allgemeiner und internationaler Rechtsfragen.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] ! Wie „Post, „Rh[einisch]-Westf[älisch]" bei uns!
[2] ! !

Nr. 10918

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Paris Freiherrn von Schoen**

Telegramm. Konzept von der Hand des Legationsrats von Rosenberg

Nr. 230 Berlin, den 7. November 1911

Zu Ew. pp. Information und Regelung Ihrer Sprache.

Italien hat uns Annexion von Tripolis und Cyrenaica notifiziert**.

---

* Gleichlautend auch an die Botschaften in London, Wien, Rom, Petersburg, Madrid und Konstantinopel abgegangen.

** Siehe die italienische Zirkularnote vom 4. November, durch die die Besitznahme von Tripolis und Cyrenaica den Mächten notifiziert wurde, in deutscher

Wir haben hiervon als von einseitiger italienischer Willenserklärung Akt genommen, ohne Antwort zu erteilen, und werden ebenso mit erwartetem türkischen Protest verfahren.

Kiderlen

Nr. 10919

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 102 Wien, den 6. November 1911

Graf Aehrenthal teilt mir mit, Assim Bey habe ungefähr vor acht Tagen bereits dem Markgrafen Pallavicini gesagt, daß, falls Italien Annexion offiziell erklären würde, die Türkei dagegen formell protestieren und ihre Rechte auf Tripolis als unverjährbar erklären werde*. Er, der Minister, habe hiervon durch Baron von Mérey dem Marquis San Giuliano sofort Kenntnis geben lassen. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Rom habe noch 24 Stunden vor der letzten Erklärung der italienischen Regierung den Marquis San Giuliano schriftlich erneut auf diese Erklärung des türkischen Ministers aufmerksam gemacht. „Die Italiener haben aber nicht hören wollen," schloß der Minister.

Tschirschky

Nr. 10920

Der Botschafter in London Graf von Metternich an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 153 London, den 6. November 1911

Sir E. Grey sagte mir heute gesprächsweise, daß, falls italienischer Botschafter, der sich heute angemeldet habe, Souveränitätserklärung über Tripolis mitteile, er antworten würde, daß er zunächst die Ansicht der anderen Großmächte einholen werde.

Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 466f. Die Note wurde am 6. November in Berlin von dem italienischen Botschafter Pansa dem Unterstaatssekretär Zimmermann überreicht und von diesem laut Aktennotiz „ohne Bemerkungen entgegengenommen".

* Es geschah durch eine vom 8. November datierte Zirkularnote. Siehe deren Text in deutscher Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 520.

Hiesige Regierung ist italienfreundlich, wünscht es natürlich mit den Türken nicht unnötig zu verderben und hält sich nach Möglichkeit zurück.

Hiesige Presse schwankt zwischen der Hoffnung, daß Italien durch österreichische und deutsche Preßangriffe dem Dreibund entfremdet werde, und dem Wunsche, sich über Massakers* zu entrüsten.

Metternich

Nr. 10921

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 355 Paris, den 8. November 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 230**.

Selves hat italienische Notifikation von Annexion Tripolitaniens sowie türkischen Protest erhalten und zu beiden Mitteilungen gleiche Haltung eingenommen wie Euere Exzellenz.

Schoen

Nr. 10922

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 313 Wien, den 6. November 1911
[pr. 8. November]

Minister sprach mir heute über neueste italienische Erklärung bezüglich definitiver Annexion von Tripolis. Der Ton, in dem Graf Aehrenthal darüber sprach, war eher sarkastisch. Minister meinte, Italiener könnten gewiß tun, was sie wollten, ob dieser Schritt aber augenblicklich opportun gewesen sei, sei eine andere Frage. Italienische Regierung habe eine Antwort nicht verlangt, er habe deshalb auch keinen Anlaß gehabt, sich italienischem Botschafter gegenüber des näheren darüber zu äußern.

Persönlich bemerkte Graf Aehrenthal noch, man gehe wohl nicht fehl, wenn man annehme, daß dieser Schritt der italienischen Re-

* Am 4. November hatte die Pforte bei den Großmächten gegen die in Tripolis an Kindern, Frauen und Greisen verübten Grausamkeiten der italienischen Soldaten protestiert. Siehe den Text der Protestnote in deutscher Übersetzung in Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1911, S. 519.
** Siehe Nr. 10918.

gierung aus der Besorgnis erwachsen sei, es könnte die eine oder die andere Macht oder eine Gruppe von Mächten den Versuch machen, Italien dahin zu beeinflussen, daß es zu seiner anfänglichen Stellungnahme der Frage der türkischen Souveränität gegenüber zurückkehrt.

Er habe bei den letzten Unterredungen mit dem Herzog von Avarna deutlich gespürt, daß man in Rom in dieser Beziehung nervös geworden sei. Der italienische Botschafter habe ihn auch wiederholt zu einer offiziellen Erklärung über die Basis der künftigen Mediation gedrängt; er sei diesem Versuch aber stets mit der Bemerkung ausgewichen, daß er über Italiens definitive Stellung zur Souveränitätsfrage . . .* unterrichtet sei.

Tschirschky

Nr. 10923

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 368 Pera, den 8. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 251 **.

Durch Notifizierung der Annexion erfährt Europa, daß in einem etwa 1 Million Quadratkilometer umfassenden türkischen Territorium nunmehr ausschließlich italienisches Recht gilt und die Mächte der Sonderrechte und Privilegien, die sie bisher auf Grund von Kapitulationen, Spezialvertrag mit der Türkei und Herkommen in jenen Provinzen besitzen, verlustig gehen. Die Mächte werden somit durch einen Willensakt der italienischen Regierung bezüglich jener Rechte einfach depossediert. Der Schritt ist um so außerordentlicher, weil der Krieg noch andauert und für die Annexion nicht nur die völkerrechtlichen, sondern auch die tatsächlichen Grundlagen vollkommen fehlen. Daß die Italiener sofort ihren Beschluß ausführen, die italienischen Zölle erheben, die Ausländer besteuern usw., steht mit Sicherheit zu erwarten. Unter diesen Umständen ist mir doch sehr zweifelhaft, ob die Rechtswirkungen, welche die Italiener an die Annexion knüpfen, genügend abgewehrt sind, wenn wir auf jene Notifikation der Annexion keine Antwort geben. Es könnte beispielsweise ein Schiedsgericht, welches darüber zu entscheiden hätte, ob in Tripolitanien italienisches oder türkisches Recht gelte, einer reklamierenden Macht gegenüber den Satz anwenden: „Qui tacet, ubi loqui debuisset, consentire videtur."

Noch schlimmer ist, daß, solange in jener Beziehung keine Klar-

* Zifferngruppe fehlt.

** Durch Telegramm Nr. 251 war das Londoner Telegramm Nr. 153 (siehe Nr. 10920) nach Pera mitgeteilt worden.

heit besteht, sich allmählich zwischen den Mächten und Italien unerträgliche Verhältnisse entwickeln müßten.

Nachdem Italien uns in herausfordernder Rücksichtslosigkeit erklärt, daß es über zahlreiche Gerechtsame, die wir bisher in Tripolis besaßen, einseitig zu seinen Gunsten verfügt habe, dürfte man in Rom nicht allzu empfindlich sein, wenn man die Antwort erhält, daß die dermaligen Verhältnisse die Annexion nicht rechtfertigen und wir daher zurzeit die Rechte, die wir in Tripolis besitzen, nicht aufgeben könnten. Auch für den Frieden wäre es nützlich, wenn die Mächte den Italienern die Möglichkeit gewährten, die unhaltbare Stellung, die sie mit Notifizierung der Annexion eingenommen haben, wieder aufzugeben.

Marschall

Nr. 10924

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 337 Pera, den 16. November 1911

Die Dinge stehen nicht gut für die Italiener. Weder militärisch noch politisch. Das ist hier fast überall der herrschende Eindruck. Derselbe tritt in dem Stimmungswechsel der Türken zutage. Man kann sich schärfere Gegensätze nicht denken als die türkische Stimmung am Tage der Kriegserklärung und diejenige von heute. Damals, während der ersten Tage, vollkommene Ratlosigkeit, der extremste Pessimismus. Tripolis und die Cyrenaica waren verloren. Nur alsbaldiger Friedensschluß konnte Rettung bringen. Mehr als die Erhaltung einer Art Scheinsouveränität war nicht zu erhoffen. Obenan in diesem Pessimismus standen die hohen Militärs, welche ganz offen erklärten, daß mit den zwölf Bataillonen und ihren veralteten Feldgeschützen auf einer zirka 1500 Kilometer langen Küste kein Widerstand gegen eine wohlausgerüstete italienische Armee möglich sei. Und heute! Volle Ruhe und Zuversicht. Ein unverkennbares Selbstgefühl, weil den Feinden der Türkei wieder einmal die militärische Kraft derselben gezeigt wurde, und weil trotz aller Unbill von seiten Italiens keinem Angehörigen dieses Landes hier ein Leid geschehen ist. Aufrichtige Freude über die Waffenbrüderschaft der Araber, namentlich des Scheichs der Senussi, und über den Friedenschluß mit dem Imâm Jahja im Jemen*. Optimistische Beurteilung der Kriegslage. Vor Monaten können die Italiener an einen Vormarsch ins Innere des Landes nicht denken. Vorläufig sind sie an allen

* Vgl. dazu Kap. CCXXXIII, Nr. 10 856, Fußnote ***.

Küstenplätzen festgelegt. Ernste türkische Militärs zweifeln, ob Italien überhaupt jemals Tripolitanien erobern werde. Bezüglich der Cyrenaica halten sie dies für ausgeschlossen. Auch politisch findet man die Lage günstig. Man hat Freunde gefunden, auf die man bisher nicht gerechnet. Darum sind auch die Artikel der hiesigen Presse, die jeden Tag ein anderes Bündnis empfahlen, verschwunden. Daß bei allen türkischen Krisen das Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn wieder auftaucht, entspricht der Erfahrung. Abgesehen von dem Verdachte gegen die Wiener Politik haben die Türken gegenwärtig nur eine Sorge, nämlich, ob, wann und wo die längst angesagte italienische Flottenaktion sich vollziehen wird.

Obgleich mir bestimmte Informationen fehlen, so möchte ich annehmen, daß auch in Rom ein Stimmungswechsel eingetreten ist, nachdem der bisherige Verlauf des Krieges doch wesentlich aus Enttäuschungen besteht. Es wäre verführerisch, in diesem Augenblicke die Vorgeschichte des italienisch-türkischen Krieges zu schreiben. Am 2. Dezember v. Js. hatte Marquis San Giuliano vor der italienischen Kammer feierlich erklärt: „L'Italie ne veut pas prendre la Tripolitaine et elle désire qu'elle reste ottomane*." Er fügte bei, daß dieses Land der Entwickelung zugeführt werden müsse und dies mit Ausschluß anderer Mächte „uniquement" durch ottomanische und italienische Tätigkeit geschehen solle. Am 28. September d. Js. schreibt derselbe Staatsmann an die Pforte: „Le Gouvernement Italien a décidé l'occupation de la Tripolitaine et la Cyrenaïque."** Zwischen diesen beiden stark divergierenden Erklärungen liegen eine Reihe von Streitigkeiten. Dieselben sind mir genau bekannt, da ich regelmäßig dabei die wenig dankbare Rolle eines Vermittlers zu spielen hatte. Aber es wäre verfrüht, heute darüber zu schreiben. „Intra arma" macht man nicht nur keine Gesetze, sondern auch keine langen Berichte. Worauf ich heute hinweisen möchte, ist ein italienisches Versäumnis, das sich als folgenschwer herausgestellt hat: Die Überstürzung der Kriegserklärung und der Mangel an Bereitschaft, alsbald militärisch zu handeln. Das ist den Türken gegenüber der denkbar schwerste Fehler. Wer die Türken nicht alsbald vor eine vollzogene Tatsache stellt, gibt ihnen Gelegenheit, das größte Talent zu entfalten, das sie besitzen, nämlich dasjenige der Improvisation. Die Verzögerung der Landung der italienischen Truppen um etwa 10—14 Tage hat den Türken die Möglichkeit gegeben, etwas zu tun, was wir in so kurzer Zeit kaum für möglich halten, nämlich eine Armee zu improvisieren. Dieselbe mag nach modernen Begriffen noch so mangelhaft ausgestattet sein, sie hat den moralischen Erfolg gehabt, daß sie den in Italien herrschenden Gedanken der „promenade mili-

* Vgl. Kap. CCXXXII, Nr. 10801, S. 6, Fußnote *.
** Vgl. Kap. CCXXXII, Nr. 10841, Fußnote ***.

taire“ gründlich zerstörte und an allen Küstenplätzen die italienische Armee in die für eine Eroberungskampagne gerade nicht sehr beneidenswerte Lage gebracht hat, sich kaum mehr rühren zu können.

Trotzdem wären die Chancen Italiens auf Erwerb der beiden Provinzen mit einer fiktiven Souveränität des Sultans noch immer günstig gewesen, wenn nicht die italienische Regierung plötzlich als conditio sine qua non die einfache Annexion ohne jeden Rest von türkischer Souveränität proklamiert hätte. Dieser Beschluß wird für jeden, der die Türkei und den Islam auch nur oberflächlich kennt, vollkommen unbegreiflich sein. Die beiden Provinzen, um die es sich handelt, sind ausschließlich muselmanisches Land. Die paar Christen und Juden in den Küstenorten ändern nichts daran. Nun sind der Türkei im Laufe des letzten Jahrhunderts viele Länder verloren gegangen, aber niemals hat ein Sultan rein muselmanisches Land vertragsmäßig einem christlichen Herrscher abgetreten. Ein Präzedens für das, was Italien begehrt, gibt es in der Geschichte nicht. Man beachte ferner die besonderen Umstände, die hier vorliegen. Italien hatte der Türkei den Krieg erklärt, um sich zweier türkischer, vornehmlich von Arabern bewohnten Provinzen zu bemächtigen. Die waffenfähige arabische Bevölkerung erklärt sich bereit, mit den Türken gegen Italiener zu kämpfen. Der einflußreichste Scheich in Nordafrika, derjenige der Senussi, erklärt den heiligen Krieg. Türken und Araber verbrüdern sich in blutigem Kampfe. Der Streit zwischen Türken und Arabern verschwindet auch anderwärts. Der Imâm Jahja schließt Frieden mit dem Kalifen. Aus allen muselmanischen Ländern treffen Gelder zur Bestreitung der Kriegskosten ein. Und nun soll der Sultan-Kalif das muselmanische Land dem christlichen Italien unter Verzicht auf alle Souveränitätsrechte überantworten, er soll seine Truppen von dort zurückziehen, die Waffen derselben dem Feinde ausliefern und die arabischen Waffenbrüder dem Schicksale überlassen, das einen Rebellen gegen die staatliche Ordnung trifft. Und als Gegengabe soll er wirtschaftliche und finanzielle Vorteile annehmen! Schon vom rein moralischen Standpunkte aus mutet man damit den Türken die denkbar schmachvollste Untreue gegen die bisherigen Waffengenossen zu. Aber von Moral abgesehen, verlangt man von dem Kalifen, daß er selbst einen Stoß in das Herz des Islam führe. Wie ist es möglich, daß man sich in Rom für stark genug hält, um ein so ungeheuerliches Werk, das in der Geschichte keinen Vorgang findet, durchzuführen?

In den jüngsten Tagen hat Italien die „annexion pure et simple“ durch königliches Dekret proklamiert. Rechtlich ist dieser Akt ohne Bedeutung. Vermutlich verfolgt er den Zweck, die öffentliche Meinung im eigenen Lande wieder etwas aufzufrischen und die Großmächte von einer Vermittelung auf einer anderen Basis abzuhalten.

Daß Italien damit die Schiffe hinter sich verbrennt, ist bedauerlich, aber nicht zu ändern. Die Folge wird sein, daß der Krieg weiter dauert. Immer stärker werden England und Frankreich mit der Begründung, daß ihre Schiffahrt notleide, die Lokalisierung des Krieges verlangen. Dabei stehen die Grenzen von Ägypten wie von Tunis aus den Türken nahezu vollständig offen!

Ob die italienische Armee die Offensivkraft und die Ausdauer besitzt, die Eroberung von Tripolitanien und Cyrenaica auch nur teilweise durchzuführen, kann ich nicht beurteilen. Ob das italienische Volk in seinem Entschlusse, die beiden Provinzen zu besetzen, diejenige Nachhaltigkeit und Festigkeit besitzt, die erforderlich ist, um während vieler Jahre schwere Opfer an Gut und Blut zu bringen, ist mir höchst zweifelhaft. In einem Berichte vom 2. Januar d. Js.*, in welchem ich die türkisch-italienische tripolitanische Frage behandelte, habe ich gesagt:

„Daß die Italiener die Absicht haben, Tripolis zu nehmen, glaube ich schon deshalb nicht, weil sie ohne die größten finanziellen und militärischen Gefahren dasselbe gar nicht nehmen können. Über die Schußweite ihrer Panzerschiffe hinaus würde ihre Macht nur dann reichen, wenn sie einen Feldzug führen, gegenüber welchem derjenige von Massaua nur ein Kinderspiel war. Denn im Hinterlande von Tripolis gibt es 150—200000 modern bewaffnete Tuaregs, welche den Italienern den äußersten Widerstand leisten würden. Der bloße Versuch, eine Handelsstraße nach dem Innern zu sichern — und darauf kommt es doch wesentlich an —, würde ungeheure Opfer an Gut und Blut verlangen."

In dieser Ansicht bin ich vor zwei Monaten durch die türkische Ratlosigkeit nach der Kriegserklärung etwas schwankend geworden. Nunmehr scheint mir der Moment gekommen, um mich wiederum zu derselben zu bekennen.

Marschall

Nr. 10925

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 387 Pera, den 20. November 1911
Ganz geheim

Assim Bey, den ich heute wegen verschiedener italienischer Beschwerden aufsuchen mußte, sagte mir ganz vertraulich folgen-

* Siehe Kap. CCXXXII, Nr. 10806.

des: Die gegenwärtige Lage beunruhige ihn in hohem Grade. Zwar sei die militärische Situation für die Türkei in Tripolis gut und in Bengasi noch günstiger. Aber ein Ende des Krieges sei nicht abzusehen. Darunter litten die beiden kriegführenden Staaten und auch die neutralen. Er besorge ernstlich bei längerer Fortdauer des Krieges ernste Komplikationen. Schon heute würden von einzelnen Botschaftern Fragen aufgeworfen, die ihm sehr unerwünscht seien. Dabei werde der Krieg, je länger er dauere, um so barbarischer werden. Alle diese Umstände veranlaßten die Pforte, einen Ausgleich mit Italien dringend zu wünschen. Dabei werde allerdings vorausgesetzt, daß Italien, welches die Türkei überfallen habe, die Initiative ergreife. Meine Frage, ob der Ministerrat sich bereits über ein Friedensprogramm schlüssig gemacht habe, verneinte der Minister, bemerkte aber, nach seiner persönlichen Ansicht werde er seine Kollegen und das Parlament zu einem Frieden auf folgender Basis bewegen können: Die Pforte tritt an Italien das ganze tripolitanische Küstengebiet bis ungefähr zu der Grenze des Gouvernements Fessan (zirka 500 km) ab, so daß von da an das Hinterland der Türkei verbleibe. Für dieses Küstengebiet sei es möglich, sogar das jüngste Annexionsdekret zu berücksichtigen derart, daß nicht von der „Souveränität des Sultans", sondern nur von der „souveraineté religieuse du Calife" gesprochen werde, eventuell mit der Modalität, daß in Tripolis ein Großmufti ernannt werde, der an hohen Festtagen die Fahne des Kalifen hissen dürfe. Bis dahin könne nach seiner Überzeugung die Pforte gehen. Sobald aber die Besetzung der Cyrenaica in irgendeiner Form angeregt werde, so sei jede Verhandlung a priori unmöglich, es sei das keine Phrase, sondern unumstößliche Wahrheit. Was für die Cyrenaica gelte, gelte auch für das tripolitanische Hinterland (Fessan, Tibesti usw.). Auf meine Frage nach dem Grunde dieser Anschauung erwiderte der Minister: „Die Cyrenaica ist der Sitz der Senussis, deren Scheich der mächtigste Mann in ganz Nordafrika sei. Dabei ist die ganze muselmanische Bevölkerung der Cyrenaica gläubig und ungemein fanatisch. Dieses Land einem christlichen Volk zu überantworten, würde einen Selbstmord des Kalifats bedeuten. Eher wird die Türkei zugrunde gehen, als in dieser Beziehung irgendeine Konzession zu machen. Bei dem tripolitanischen Küstengebiet liegt die Sache anders. Zwar ist auch dort das muselmanische Element in der Bevölkerung vorwiegend, aber der ständige Umgang mit Fremden, namentlich auch mit Italienern hat den Charakter desselben verändert.

Auf meine Frage, inwieweit ich diese Mitteilungen als vertraulich zu behandeln habe, erwiderte mir Assim Bey, er bäte mich, dieselben sekret nach Berlin zu melden und dabei zu bemerken, daß vorstehende Erklärung zwar vorläufig nur eine persönliche Ansicht darstelle, daß aber, falls Italien, was unumgänglich sei, die Initiative

ergreife, um in Verhandlungen einzutreten, er Grund zu der Annahme habe, daß die Pforte einen obigem Gedanken entsprechenden Vorschlag machen werde.

Assim Bey hat anderen Botschaftern keine derartige Mitteilung gemacht und beabsichtigt auch nicht, dies zu tun.

Marschall

Nr. 10926

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 278 Rom, den 23. Dezember 1911

Marquis di San Giuliano sprach mir heute von den Modalitäten einer Beendigung des Krieges. Während früher immer von der Notwendigkeit einer formellen Zession von Tripolis und Bengasi die Rede war, scheint man an maßgebender Stelle jetzt ruhigeren Erwägungen Raum zu geben und die Schwierigkeiten einzusehen, die eine förmliche Abtretung der Provinzen für den Kalifen haben würde. Italien, so meinte der Minister, müsse zwar auf der vollen Souveränität über Tripolis und Cyrenaica bestehen; das ganze Volk sei darin einig, daß an der Annexion festgehalten werde, doch ließe sich vielleicht eine Formel finden, die die Eigenliebe der Türken schonte und das Wort Abtretung vermiede[1]. Ein in Konstantinopel lebender Italiener habe die Idee gehabt, der Sultan solle die türkischen Truppen abberufen und den Tripolitanern die Freiheit des Austritts aus der Untertanenschaft geben. Die Formel schiene etwas zu „europäisch", man müsse eine orientalischere finden, meinte der Minister, aber nach Zurückziehung der türkischen Truppen[2] könne man vielleicht in Unterhandlungen über die Wiederaufnahme der alten Beziehungen unter Gewährung gewisser Konzessionen an die Türkei treten. Also ein Frieden ohne förmliche Abtretung, aber mit stillschweigender Hinnahme des tatsächlichen Zustandes. Im ganzen waren die Ideen des Ministers noch ziemlich unklar, denn die „Formel" wird eben schwer zu finden sein.

v. Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Die hätte vorher gesucht werden müßen
wie verträgt sich das mit der Annexion?
[2] dann würden die Araber alleine weiterfechten!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Quatsch
durch Ausspruch der Annexion haben sich die Italiener selbst den Weg versperrt.

Nr. 10927

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 18 Rom, den 12. Januar 1912

Der Möglichkeit einer Verständigung mit der Türkei steht diesseits das Annexionsdekret entgegen[1]. Solange man in Konstantinopel — was nach den Meldungen des Kaiserlichen Botschafters daselbst vorläufig nicht anzunehmen ist — sich nicht damit abfinden kann, Tripolis und Cyrenaica an Italien unter Verzicht auf die Souveränität zu überlassen oder wenigstens unter irgendeiner Form ein fait accompli zuzulassen, welches Italien die volle Souveränität über die Provinzen gibt, wird man hier auf keinen Friedensschluß eingehen[2]. Die Regierung hat mit dem Dekret die Schiffe hinter sich verbrannt. Wenn das Parlament zusammentritt — Herr Giolitti sucht den Moment tunlichst hinauszuschieben, ob es aber über den Februar hinaus möglich sein wird, ist mir sehr fraglich —, wird das Dekret ihm zur Sanktionierung vorgelegt werden müssen, und wie heute die Dinge stehen, ist kein Zweifel, daß die Kammern dasselbe in ein Gesetz umwandeln. „Italien hat Geld genug[3]," wiederholt Herr Giolitti jedem, der es hören will, „um den Krieg noch durch Jahre weiterzuführen," und in der Tat hat Italien auf finanziellem Gebiet bisher sehr gut bestanden. Der Schatz hat infolge jahrelanger Sparsamkeit sehr starke Reserven, von Geldknappheit ist nichts zu spüren, Handel und Wandel haben bisher noch nicht gelitten, die Baumwollenindustrie befindet sich, wie mir aus Mailand versichert wird, sogar wieder im Aufschwung, die Ernte war in diesem Jahre in Italien sehr gut. Die Stimmung in der Bevölkerung ist bisher über mein Erwarten fest und kriegerisch geblieben, und momentan, kann man sagen, steht das ganze Land hinter der Regierung. Ein Umschwung der Dinge könnte meiner Ansicht nach nur nach größeren Niederlagen oder starken wirtschaftlichen Rückschlägen sowie einem dadurch hervorgerufenen Sturz des jetzigen Ministeriums eintreten. Hierfür sind keine großen Wahrscheinlichkeiten vorhanden.

Dagegen halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß bei einem langen Hinausziehen des Krieges — in dem vorderhand auch auf italienischer Seite große Erfolge in Tripolis selbst kaum zu erwarten sind — die öffentliche Meinung von neuem die Frage aufwirft, warum lokalisiert man die Kriegsführung, und warum geht man der Türkei nicht direkt auf den Leib? Für die internationalen Bedenken, die diese Selbstbeschränkung auferlegen, hat das Land kein Verständnis, und es kann eines Tages die Forderung nach Operationen im Ägäischen Meer, gegen die Dardanellen oder die kleinasiatische

Küste mit solcher Gewalt sich erheben, daß die Regierung wohl oder übel sich gezwungen sieht, ihr nachzugeben. Ein eventueller Einspruch Österreichs, der die Aktion Italiens lahmlegt, würde aber auf das Verhältnis der beiden Länder einen fast unheilbaren Einfluß haben und die schon bestehende Kluft zum Abgrund erweitern, über den sich keine Bündnisbrücke mehr schlagen läßt.

Die etwas mehr politisch gebildeten Elemente sehen wohl die Gefahren, die in einer Übertragung des Krieges an europäische oder kleinasiatische Gestade liegen, und das Interesse, welches die Mächte haben, dies zu verhindern; aber sie argumentieren: wenn Ihr die Türkei vor kriegerischen Wirren bewahren zu müssen glaubt, warum übt Ihr nicht lieber in Konstantinopel eine Pression zum Frieden aus, statt Italien an einer schnellen Beendigung des Krieges[4] durch die Beschränkung seiner Aktion hindern zu wollen?

Das ganze Land hat sich in die „zivilisatorische Mission“[5], die es mit der Losreißung der afrikanischen Provinzen von der „korrupten“ Türkei erfüllt, so hineingedacht, betrachtet den Gegner als kulturell so minderwertig, daß ihm jede Durchkreuzung seines Vorhabens als ein Eingriff in sein gutes Recht und als eine Europas unwürdige Unterstützung der „Barbaren“ erscheinen würde[6], für deren berechtigte Beweggründe es kein Verständnis hätte. Dies mag töricht und kurzsichtig sein, man wird aber diese hier herrschende Auffassung als Faktor in die Berechnung der Zukunft einstellen müssen.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] na! dann geht es eben nicht
[3] ? hat bereits gepumpt! Türkei auch!
[4] die würde doch nicht erfolgen! Es würde ein zweites Abessynien werden!
[5] !
[6] ! Blind!

Nr. 10928

Der Schloßhauptmann von Posen Graf von Hutten-Czapski an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Berlin, den 14. Januar 1912

Der Ministerpräsident Giolitti empfing mich sofort nach meiner Ankunft in Rom* und beauftragte mich, Euerer Exzellenz für die ihm

---

* Graf Hutten-Czapski, der namentlich unter dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe eine einflußreiche Rolle gespielt hatte, aber auch in der Folge nicht selten zu vertraulichen diplomatischen Missionen verwandt wurde, nahm auf einer im Januar 1912 angetretenen Romreise im Einverständnis mit Reichs-

übersandten Grüße seinen verbindlichsten Dank zu übermitteln und gleichzeitig seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß er bis jetzt so selten und so kurz Gelegenheit gehabt hat, mit Hochderselben persönlich zusammenzukommen.

Hierauf begann er, wie dieses seine Gewohnheit ist, in zusammenhängender Rede seine Ansichten über die gegenwärtige italienische Politik auseinanderzusetzen. Seine Äußerungen möchte ich wie folgt zusammenfassen.

Er sei wie alle italienischen Staatsmänner stets der Überzeugung gewesen, daß der Besitz Tripolitaniens für Italien eine Lebensbedingung bedeute, fraglich sei für ihn nur der Augenblick des Vorgehens gewesen. Hierbei habe er es als seine Pflicht gehalten, unbedingt dafür zu sorgen, daß ein Konflikt in Europa vermieden werde. Deshalb habe er seit Beginn des Jahres 1911 den in Albanien drohenden Aufstand durch energische Maßregeln bekämpft, welche ihm durch die Heißsporne in Italien sehr verargt worden wären; deshalb habe er sich auch einer Kriegserklärung gegen die Türkei im Sommer energisch widersetzt, weil eine solche zu jener Zeit Unruhen im Balkan nach sich gezogen und das verbündete Österreich in große Verlegenheit gebracht hätte; deshalb habe er, in vollem Einvernehmen mit dem König, jedoch im Gegensatz zu mehreren seiner Mitarbeiter, den Krieg hinausgeschoben und in seiner Turiner Rede* beruhigend gewirkt. Der Druck der öffentlichen Meinung sei aber in stetem Wachsen begriffen gewesen, und er habe sich entschlossen, demselben nachzugeben, zumal er den Augenblick auch sonst für günstig gehalten habe. Es sei vielleicht möglich, daß man Tripolis ohne Krieg hätte bekommen können wie Österreich Bosnien; er für seine Person glaube es nicht, denn die Türkei hätte sich niemals auf eine Abtretung eingelassen; vor allem aber würden die Mächte, deren Mitwirkung nötig gewesen wäre, um ein solches Resultat zu erreichen, einen Teil des Kuchens als Maklergebühr verlangt haben, und zwar voraussichtlich einen so erheblichen, daß Italien nichts für seine Mühe erhalten hätte; namentlich würde dieses seitens Frankreichs und Englands geschehen sein**. Aus allen diesen Gründen habe er beschlossen, auf eigene

---

kanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Kiderlen Veranlassung, den italienischen Ministerpräsidenten Giolitti und den Marquis di San Giuliano aufzusuchen, um mit ihnen das deutsch-italienische Verhältnis, das durch scharfe Auslassungen der deutschen Presse über die Annexion von Tripolis etwas beeinträchtigt schien, zu erörtern. Giolitti benutzte diese Gelegenheit, um sich über seine Kriegspolitik und auch über die Gründe der Annexion von Tripolis im Zusammenhang eingehend auszulassen.

* Es handelt sich offenbar um die — freilich nach Kriegsausbruch gehaltene — Bankettrede in Turin vom 7. Oktober 1911; vgl. Kap. CCXXXIII, Nr. 10879.

** Daß diese Besorgnis Giolittis nicht ganz unbegründet wer, zeigt das Verhalten Englands und Frankreichs an der West- bzw. Südwestgrenze von Tripolis während des Krieges. England benutzte den Kriegsfall, um im De-

Faust vorzugehen, und sei mit dem Erfolg dieses Entschlusses in höchstem Maße zufrieden.

Dieser Erfolg liege auf verschiedenen Gebieten. Als wichtigsten müsse man die Einigung aller Parteien bezeichnen: die Sozialisten und die Republikaner, welche der Regierung in den letzten Jahren viele Unannehmlichkeiten verursacht hätten, seien ganz lahmgelegt und hätten ihm ihr volles Einverständnis ausgedrückt; das italienische Volk habe sein Selbstvertrauen wiedererlangt; die Armee und die Flotte hätten bewiesen, daß sie stets bereit sind und schnell mobil gemacht werden können; Bundesgenossen und Gegner hätten sich überzeugen können, Italien sei ein nicht zu unterschätzender Faktor in der europäischen Politik. Endlich hätte Italiens Finanzwirtschaft die Probe bestanden, die Rente behalte einen Kurs, der bei kriegführenden Staaten nur selten erreicht werde, er führe den Krieg, ohne genötigt zu sein, die Bewilligung außerordentlicher Mittel zu verlangen, die bis Ende Dezember erforderlich gewesenen 90 Millionen Lire habe er aus bereiten Staatsmitteln entnommen, und nach dem Etatsgesetz stände ihm noch die Verfügung über 470 Millionen zu, welche die Emissionsbanken im Kriegsfalle der Regierung vorschießen müßten. Deshalb habe er auch die Kammern nicht einzuberufen brauchen und habe es auch schon deshalb nicht getan, weil sämtliche Parteien sich damit einverstanden erklärt hätten; er würde aber das Parlament in dem sonst üblichen Zeitpunkt versammeln, und es sei kein Zweifel darüber möglich, daß dasselbe alle Kriegsausgaben mit

---

zember den an der östlichen Grenze der Cyrenaica liegenden Hafenort Sollum, über dessen Zugehörigkeit allerdings seit langer Zeit ein Streit zwischen der Pforte und der ägyptischen Regierung bestand, zu besetzen. Durch einen Beschluß des ägyptischen Ministerrats vom 9. April wurde dann der Distrikt von Sollum ausdrücklich dem ägyptischen Verwaltungsbereich angegliedert. Nach den deutschen Akten zu schließen, ist die Besetzung von Sollum im Einvernehmen mit der italienischen Regierung erfolgt. In einem Bericht Jagows vom 22. Dezember 1911 (Nr. 273) heißt es darüber: „Jedenfalls scheint die jetzige Besetzung von Sollum im Einverständnis mit Italien erfolgt zu sein, welches ja die Blockade auch nur bis dorthin ausgedehnt hatte. Auf der Konsulta sagte man mir sogar, Italien habe die Besetzung des Platzes durch die englisch-ägyptischen Truppen gewünscht, weil sie einen besseren Schutz der Grenze gegen türkische Kriegskonterbande garantiere. Zuerst hatte die Nachricht von dem englischen Vorgehen hier eine gewisse Erregung der öffentlichen Meinung verursacht, die darin eine egoistische Ausnutzung der Situation seitens Englands witterte. Es sind aber sofort offiziöse Dämpfer erfolgt, und nach den amtlichen Erläuterungen macht sich auch in der Presse eine ruhige Auffassung der Angelegenheit geltend." — Fast gleichzeitig mit der Besetzung von Sollum durch anglo-ägyptische Truppen erfolgte die der Oasen Djanat und Bilina an der Südgrenze von Tripolis durch französische Truppen. Auch hier erregte sich die italienische Presse erst, wurde jedoch ebenso wie bei der Besetzung von Sollum durch offiziöse Auslassungen, die jene Oasen als zur französischen Einflußsphäre gehörig hinstellten, beschwichtigt. Bericht Jagows Nr. 277 vom 23. Dezember 1911.

überwältigender Mehrheit gutheißen würde. Diese Ausgaben seien übrigens verhältnismäßig gering und beliefen sich auf etwa $1^1/_3$ Million täglich. Er glaube nicht, daß der Krieg alles in allem mehr als 200 Millionen kosten würde, und das sei er gewiß wert, nicht nur wegen der territorialen Vergrößerung, sondern auch wegen seiner übrigen Imponderabilien.

Die formelle Einverleibung des besetzten Gebietes sei nach dem Vorgang Englands in Afrika und aus dem Grunde erfolgt, um die Möglichkeit auszuschließen, daß fremde Mächte bei einer im Interesse der Türkei unternommenen Mediation irgendwelche anderweitige Vorschläge machen wie zum Beispiel die Beibehaltung einer formellen Souveränität des Sultans*. Eine solche Lösung sei für Italien unannehmbar und würde außerdem eine ewige Quelle von künftigen Konflikten sein, während er überzeugt sei, daß vom Tage des Friedensschlusses ab Italien und die Türkei die besten Freunde und in der Lage sein würden, ihre gemeinsamen Interessen im Mittelmeer gemeinsam zu verfolgen. Es liege im allgemeinen Interesse aller europäischen Mächte und insbesondere in demjenigen Österreichs, daß die tripolitanische Frage bald und gründlich erledigt werde, damit sie nicht noch in einem Augenblick schwebe, in welchem sie vielleicht unbequeme Verwickelungen im Balkan hervorrufen könnte. Er habe stets in dieser Frage eine große Rücksicht auf Österreich genommen, würde es auch ferner tun und freue sich darüber, daß die besonnene Politik des Grafen Aehrenthal über andere Strömungen den Sieg davongetragen hätte**. Man dürfe sich aber nicht verhehlen, daß in Italien wie in Österreich viele Elemente von einem gegenseitigen Mißtrauen beseelt seien; so habe er beobachtet, jeder neue österreichische Botschafter bringe nach Rom die Besorgnis mit, Italien würde demnächst die Grenze überschreiten, überzeuge sich aber schon nach wenigen Monaten von der vollständigen Grundlosigkeit dieser Ansicht.

Hierauf ging der Ministerpräsident auf das Verhältnis Italiens zu Deutschland über und betonte zunächst, die Haltung der Reichsregierung sei über jedes Lob erhaben, und das Deutsche Reich habe sich als treuer und zuverlässiger Bundesgenosse bewährt. Die Äußerungen der öffentlichen Meinung und insbesondere der Presse wären aber für ihn eine sehr große und sehr peinliche Überraschung gewesen. Er habe allerdings nicht für das kriegerische Vorgehen Italiens eine besondere Begeisterung in Deutschland erwartet, wohl aber ein Gefühl der Sympathie für den kämpfenden Bundesgenossen, der ver-

---

* Vgl. auch Kap. CCXXXIII, Nr. 10915, Fußnote.

** Anspielung auf die am 30. November erfolgte Entlassung des auf einen Präventivkrieg gegen Italien drängenden Generalstabschefs Conrad von Hötzendorf. Vgl. dazu Kap. CCXL, Nr. 11 243 f.

hindern wolle, daß nicht die ganze Nordküste Afrikas in den Besitz Englands und Frankreichs gelange, die dann das gesamte Gebiet des Mittelländischen Meeres vollständig beherrschen würden, was doch auch Deutschlands Interessen benachteiligen würde. Alle diese Gesichtspunkte habe die deutsche Presse außer acht gelassen und die vermeintlichen Interessen der Türkei als die ihrigen betrachtet und sogar die Nachrichten vom Kriegsschauplatz ausschließlich in türkischer Färbung veröffentlicht. Die italienische Regierung wisse wohl, daß die deutsche Presse nicht von der Regierung abhänge, die öffentliche Meinung Italiens wisse es aber nicht und betrachte die Haltung der deutschen Presse als den Ausdruck einer in Regierungs- wie in Volkskreisen herrschenden antiitalienischen Strömung. Dieses sei für ihn namentlich im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung des Dreibundes* besonders unangenehm.

Herr Giolitti betonte, er betrachte diesen Bund als die einzige Gewähr des europäischen Friedens und stehe und falle mit ihm. Es gäbe aber eine ganze Anzahl italienischer Politiker, welche unter dem Banne irredentistischer österreichfeindlicher Stimmungen oder unter dem Einfluß gallophiler Überlieferungen stille Gegner einer Erneuerung des Dreibundes wären. Diese Politiker könnten ihm recht unbequem werden, falls sie sich darauf berufen könnten, Deutschland habe in einem für Italien entscheidenden Augenblick versagt.

Ich nahm Veranlassung, die deutschen Preßverhältnisse, welche von den italienischen grundverschieden sind, kurz zu beleuchten und darzulegen, welche Mühe Euere Exzellenz sich gegeben hätten, um die öffentliche Meinung in die richtige Bahn zu leiten.

Da mir bekannt war, daß Herr Giolitti einen Teil der Schuld Herrn Pansa zuschiebt, habe ich hinzugefügt, die deutsche Presse sei Einflüssen auswärtiger Diplomaten wenig zugänglich, und es würde für den italienischen Botschafter sehr gefährlich sein, eine nähere persönliche Fühlung mit derselben zu suchen. Einem Wunsche des Staatssekretärs von Kiderlen-Waechter und des Botschafters von Jagow gemäß habe ich mit besonderem Nachdruck betont, daß Herr Pansa das volle Vertrauen der im Reiche maßgebenden Stellen besitzt, und daß er in Berlin mit Eifer und Erfolg für die Interessen seines Landes wirkt. Herr Giolitti gab dieses zu, und ich hatte den Eindruck, daß meine Ausführungen dazu beitrugen, bestehende Mißstimmungen zu beseitigen. Diese Mißstimmungen dürften darin ihren Grund haben, daß Herr Giolitti im allgemeinen der Ansicht ist, daß ein Botschafter, der nicht wie Herr Tittoni und früher der Marchese San Giuliano Abgeordneter und Minister gewesen ist, kaum ein richtiges Verständnis für die Erfordernisse der inneren Politik Italiens besitzen kann.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXL.

Als ich mich verabschieden wollte, sprach mir Herr Giolitti den Wunsch aus, mich mit Herrn Mercatelli bekannt zu machen. Herr Mercatelli war während eines früheren Ministeriums Giolitti Vorstand der Presseabteilung, wurde dann in den Auswärtigen Dienst übernommen und Generalkonsul in Australien. Im Sommer 1911 sollte er als Generalkonsul nach Tripolis gehen, um Vorbereitungen für den bevorstehenden Krieg zu treffen. Da der Bruch früher, als man ihn erwartete, kam, konnte er seine neue Stellung nicht mehr antreten und ist in Rom zur Verfügung des Ministerpräsidenten geblieben, bei welchem er das Dezernat für Tripolis und für die mit dem Kriege zusammenhängenden Preßfragen versieht. Er gilt als ein sehr erfahrener Mann und genießt das unbedingte Vertrauen seines Chefs.

Herr Mercatelli und ich besprachen nunmehr eingehend die Haltung der einzelnen deutschen Zeitungen Italien gegenüber und waren darin einig, daß es sich empfehlen würde, einen hervorragenden deutschen Journalisten zu finden, welcher in Berlin wohnen und die Aufgabe haben würde, deutsche wie italienische Blätter mit Nachrichten und Artikeln zu versehen, die geeignet wären, die guten Beziehungen beider Länder zu fördern. Wir konnten uns nicht verhehlen, daß es nicht leicht sein wird, den für diese schwierige Aufgabe geeigneten Mann zu finden*. Hierbei kam auch der Übelstand zur Sprache, daß es keine direkte telephonische Verbindung zwischen Berlin und Mailand gibt, und daß die Nachrichten über Paris gehen, wo sie meistens entstellt werden.

Als ich Herrn Mercatelli einen Abschiedsbesuch machte, kam derselbe auf den Ablauf des Dreibundes** zu sprechen. Er führte aus, die Frage müsse aus dem Grunde nach allen Richtungen erwogen werden, weil die unerfreulichen Nachrichten aus Wien befürchten ließen, daß der Kaiser von Österreich diesen Zeitpunkt vielleicht nicht mehr erleben würde; sein Nachfolger würde allerdings kaum die Verantwortung für einen Bruch mit dem bewährten Bündnis übernehmen, doch würde er wahrscheinlich Änderungen des Textes vorschlagen; andererseits würde ein vom Erzherzog selbst geschlossener Vertrag für ihn viel bindender sein als ein übernommener. In meiner Erwiderung schickte ich voraus, die Ansicht der Reichsregierung über diese Frage sei mir vollständig unbekannt; persönlich glaubte ich, daß gewisse Gründe für eine vorzeitige Erneuerung sprächen und andere dagegen; Änderungen des Textes würde ich aus denjenigen Gründen für bedenklich halten, welche den Fürsten Bülow bei der letzten Erneuerung veranlaßt hätten, sich gegen die diesbezüglichen

---

* Vgl. dazu auch den Brief Unterstaatssekretärs Zimmermann an Kiderlen vom 4. Januar 1912. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 176.

** Vgl. dazu Kap. CCXL.

Vorschläge Italiens so energisch zu wehren. Aus diesem Gespräch gewann ich den Eindruck, daß Herr Giolitti eine baldige Erneuerung doch wohl vorziehen würde, schon deshalb weil er dieselbe selbst vornehmen möchte.

Mit dem Marchese San Giuliano habe ich ebenfalls eingehend gesprochen. Seine Äußerungen entsprachen ganz denjenigen des Herrn Giolitti, nur betonte er in noch bestimmterer Form und in sehr scharfen Ausdrücken, daß ein Versuch, die feierlich proklamierte unbedingte Souveränität Italiens über Tripolis irgendwie auch nur formell einzuschränken, vollständig aussichtslos sein würde; jede Stelle, die sich auf einen solchen Vorschlag einlassen wollte, würde einfach hinweggefegt werden; hingegen sei das Ministerium bereit und vorerst noch in der Lage, auch gegen den Willen der öffentlichen Meinung und der Kammer jede vernünftige Konzession namentlich materieller Art zu bewilligen, um auf diese Weise dauernd gute Beziehungen zur Türkei zu ermöglichen. Die Haltung der deutschen Presse wurde eingehend erörtert; der Minister sagte mir, er habe dieselbe mit Herrn Giolitti und Herrn Mercatelli besprochen und teile vollständig meine Ansicht über die Zweckmäßigkeit der Anstellung eines deutschen Journalisten in Berlin. Die streng geheim gehaltene Nachricht von dem in Aussicht genommenen Besuch des Herrn von Kiderlen-Waechter in Rom* hatte den Minister ganz besonders erfreut, und er sprach seine Überzeugung aus, daß dieser Besuch den peinlichen Eindruck, welchen die Haltung der deutschen Presse in Italien gemacht habe, ganz beseitigen würde.

Während meines römischen Aufenthalts habe ich viele Menschen verschiedener Berufe und politischer Richtungen gesprochen. Hierbei habe ich mich davon überzeugen können, daß alle Schichten der Bevölkerung, auch die vatikanischen Kreise, den Krieg mit einem Enthusiasmus verfolgen, von welchem man sich in Deutschland keinen Begriff machen kann. Man muß eine wirkliche Einmütigkeit anerkennen, bei welcher die Haltung der Sozialisten die auffallendste Erscheinung sein dürfte.

Das Ministerium Giolitti ist stärker als je. Das unbedingte Vertrauen des Königs, die Erfolge des Krieges und die glänzende Finanzlage geben dem leitenden Staatsmanne ein Übergewicht, welches er voll ausnutzt, indem er im Ministerrat einen Widerspruch kaum dulden soll. Voraussichtlich wird die Tagung des Parlaments diese Stellung vorläufig noch befestigen. Auch der Marchese di San Giuliano erfreut sich keiner großen Selbständigkeit und muß sich damit begnügen, da er an seinem Amt sehr zu hängen scheint, die täglich erteilten Instruktionen des Ministerpräsidenten auszuführen, was er mit seiner bekannten sizilianischen Gewandtheit auch tut.

---

* Der Besuch fand vom 20. bis 22. Januar statt. Vgl. Kap. CCXL, Nr. 11254ff.

Herr Giolitti ist mit seinem Untergebenen sehr zufrieden, doch gibt er ihm keine Gelegenheit zu selbständiger Betätigung und scheint entschlossen zu sein, alle Fäden der auswärtigen wie der inneren Politik in seiner Hand zu behalten. Der jetzige Ministerpräsident hat die Gewohnheit, wenn unbequeme Fragen auftauchen, auf eine gewisse Zeit von der politischen Bühne zu verschwinden. Der Umstand, daß der Krieg sich wohl noch hinziehen wird, und daß alle politischen Wünsche bis zur Beendigung desselben von den Parteien zurückgestellt werden, läßt mit Sicherheit annehmen, daß ein Ministerwechsel für die nächste Zeit ausgeschlossen ist.

Hutten-Czapski

Kapitel CCXXXV

Die Frage der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes Oktober bis Dezember 1911

Nr. 10929

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 189 Rom, den 23. Oktober 1911

In der hiesigen Presse macht sich bereits eine Tendenz dahin geltend, daß Italien, wenn die Türkei in ihrer Unnachgiebigkeit beharre, andere Mittel ergreifen solle, um die Pforte zu zwingen, in die Abtretung von Tripolis zu willigen. Es wird dabei ziemlich offen angedeutet, daß die italienische Flotte, wenn sie ihre Aufgabe an der tripolitanischen Küste erfüllt hätte, ein neues Aktionsfeld im Ägäischen Meer, etwa durch Besetzung einiger Inseln suchen müsse.

Ich habe den Minister gesprächsweise — und als ganz persönliche Ansicht — auf die Gefahren hingewiesen, die in jeder Ausdehnung des Krieges auf andere Gebiete als Tripolis liegen würden.

Der Minister, ohne die Möglichkeit einer zukünftigen Aktion gegen Mytilene oder andere Inseln a limine abzuleugnen, sagte mir, er sei sich dieser Gefahren voll bewußt. Die Türkei müsse zur Beendigung des Krieges zu der von Italien verlangten Bedingung des Verzichts auf jede Souveränität gezwungen werden. Er hoffe aber, daß dies auf andere Weise geschehen könnte. Er verstehe es bis zu einem gewissen Grade, wenn die Türkei jetzt, wo Tripolis noch nicht vollständig von Italien okkupiert sei, und wo sich noch mit der Möglichkeit eines Widerstandes der Araber rechnen lasse, sich noch nicht zu einer bedingungslosen Abtretung der Provinzen entschließen könne. Man werde die Operationen zur Besetzung des Hinterlandes daher möglichst beschleunigen. Die Araber an der Küste hätten sich Italien unterworfen, im Innern schienen die Eingeborenenstämme dagegen noch zu schwanken, weil sie von türkischen Offizieren zum Widerstand organisiert würden. Wäre diese Organisation erst gebrochen und das Innere das Landes von Italien besetzt, so würde die dortige Araberbevölkerung sich zweifellos auch unterwerfen und die Türkei angesichts der vollständigen Ausrottung ihrer Herrschaft eher die nötigen Konsequenzen des fait accompli ziehen.

Jagow

Nr. 10930

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 348 Pera, den 28. Oktober 1911

Geheim

Garbasso* sagte mir heute, bei dem unerwartet starken Widerstand, welchen die Italiener in Tripolis und Bengasi fänden, sei ein Ende des Krieges nicht abzusehen. Er glaube daher, daß es nicht genüge, neue Truppen nach Tripolis zu schicken, sondern gleichzeitig ein entscheidender Schlag gegen die Türkei geführt werden müsse. Auf meine Frage, worin dieser bestehen solle, antwortete Garbasso „durch Beschießung und eventuell provisorische Besetzung von Salonik". Das würde die Türken so erschrecken, daß sie einfach Annexion annehmen würden. Ich fragte darauf, ob derartige Erwägungen in Rom bereits im Gange seien? Garbasso entgegnete, er wisse nichts Positives, aber er nehme an, daß dies der Fall sei. Ich habe darauf bemerkt, darüber, ob und welche Wirkung die Beschießung von Salonik auf die Türken ausüben wird, vermöge ich kein Urteil abzugeben, ich könne nur sagen, daß bei den Türken der Wunsch nach Frieden heut infolge des Widerstandes in Tripolis und Bengasi erheblich geringer sei als noch vor acht Tagen. Als ich darauf hinwies, daß vor jeder militärischen Aktion auf europäischem Boden sehr vorsichtige Erwägungen nötig seien, erwiderte Garbasso, man werde sich zweifellos zuvor mit Österreich-Ungarn ins Benehmen setzen.

Garbasso fragte mich ferner über die in der Stadt umlaufenden Gerüchte, daß England eine Intervention zugunsten der Türkei plane. Ich erwiderte, daß mir davon nichts zu Ohren gekommen sei.

Ich darf bitten, diese Mitteilung Garbassos, was seine Person betrifft, als streng vertraulich zu behandeln.

Marschall

Nr. 10931

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 350 Pera, den 29. Oktober 1911

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 348**.

Nach den gestrigen Mitteilungen Garbassos habe ich keinen

* Italienischer Botschaftsrat in Konstantinopel, der auch nach der Erklärung des Kriegszustandes dort noch verblieben war.

** Siehe Nr. 10930.

Zweifel, daß die italienische Regierung, wie es bereits von der „Tribuna“ vor einigen Tagen angekündigt worden ist, mit dem Gedanken umgeht, den Kriegsschauplatz demnächst auszudehnen. Nach den jüngsten „revers“ in Tripolis und Bengasi wird dies schon der öffentlichen Meinung wegen notwendig sein. Nun haben kriegerische Aktionen in Beirut, Smyrna und im Archipel keine erhebliche politische Bedeutung, wohl aber ein Vorgehen gegen Salonik. In dieser Beziehung kann Graf von Aehrenthal, wenn der italienische Versucher naht, nur eine Antwort geben, nämlich die, daß die Frage, ob eine kriegerische Aktion Italiens gegen Salonik opportun sei, wegen der voraussichtlichen Wirkung auf den Balkan und der konvergierenden verschiedenen Interessen nur von der Gesamtheit der Großmächte entschieden werden könne. Geht Italien gegen Salonik vor, und sickert es dann durch, daß dies nach vorausgegangenem Benehmen mit Österreich-Ungarn geschehen sei, so wird unsere Stellung in der Türkei, die an sich sehr schwierig ist, noch wesentlich verschlechtert und die Gefahr der ernstesten Komplikationen heraufbeschworen.

Marschall

Nr. 10932

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 194 Rom, den 29. Oktober 1911

Der Regierung nahestehende Blätter wie die „Vita“ betonen von neuem die Notwendigkeit der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes, um die Türkei zum Frieden zu zwingen. Der Widerstand, den die Italiener neuerdings seitens der Araber in Tripolis finden, übersteigt jedenfalls ihre Erwartungen und zeitigt hier eine gewisse Nervosität. Die Verluste scheinen größer zu sein, als man angibt[1]. Schon der Umstand, daß die Verlustlisten nur nach vielen Tagen und gleichsam tropfenweise veröffentlicht werden, läßt darauf schließen, daß man die Stimmung im Lande nicht entmutigen möchte. Auch Marquis di San Giuliano sagte mir gestern, es wäre wünschenswert, daß die Türkei bald nachgiebig würde[2]. Er kleidete es allerdings in die Form, daß bei einer längeren Dauer des Krieges und bei einer Zunahme der italienischen Verluste und Kosten die Ansprüche des Landes wachsen und es immer schwerer werden würde, der Türkei weitgehende Entschädigungen zu gewähren[3].

Es gehen Gerüchte über eine bevorstehende Besetzung von türkischen Inseln im Ägäischen Meer um[4]. Dieselben sind schwer zu kontrollieren, doch würde ich es nicht für ausgeschlossen halten, daß

die Regierung sich wirklich in nächster Zeit zu einer derartigen Maßregel entschließt.

Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich
[2] hoffentlich nicht!
[3] es wird wohl umgekehrt kommen.
[4] würde absolut gar nichts nützen! Dort sind keine Türk[ischen] Truppen. Den Italienern die in Tripolis in die Defensive geworfen, und wohl bald noch belagert werden könnten nützen besetzte Inseln im Aeg[äischen] Meer gar nichts. Wenn Tripolis (Stadt) und die Küstenstädte nur mit Hülfe der Flotte, die davor ankert, von der Landtruppe gehalten werden kann gegen Wiedereroberung, dann tritt eine Gefahr ein, im Augenblick wo die Winterstürme die Flotte vom Ankerplatz vertreiben; und damit die Unterstützung durch die weittragende großkalibrige Schiffsartillerie aufhört. Wenn die Türken in Stambul die Nerven behalten, und durchhalten, die Araber mit Offizieren und Waffen und Proviant versehen, werden die Italiener schließlich Tripolis aus Mangel an Proviant und andrem Kriegsbedarf aufgeben müssen! Da Landungsmöglichkeiten im Winter zu selten. Die Türken sollen nur ruhig warten! Die Italiener müßen ihnen kommen, in Demuth und bittend!

Nr. 10933

Aide-mémoire

Unsignierte und undatierte Kopie
Vom türkischen Botschafter in Berlin Osman Nisami am 8. November 1911 überreicht *

Il nous revient que la Flotte Italienne ayant quitté la rade de Tripolis s'apprête à frapper un coup dans la Mer Egée. D'après les informations de certaines de nos missions il paraît probable que l'Italie, voyant que la guerre va durer longtemps, se décidera à attaquer un des ports de la Mer Egée espérant de cette façon obliger la Turquie à demander la paix. Elle passerait donc outre à la promesse, faite au début des hostilités, de ne pas étendre son champ d'action même au risque de léser les intérêts de quelques puissances et d'occasionner une agitation de l'élément grec des Balkans. Nous avons grand intérêt à connaître dispositions des puissances par rapport à l'éventualité extension champ d'action italienne. Veuillez montrer nécessité empêcher pareille extension et cela non seulement dans notre intérêt mais dans celui de toutes les puissances.

* Das Aide-mémoire wurde am 10. November den Botschaftern in Wien, Paris, London und Petersburg mit der Weisung übersandt, sich bei den betreffenden Regierungen zu erkundigen, was dort auf die jedenfalls gleichartige Mitteilung getan werde. Nach der Berichterstattung der Botschafter scheint ein gleicher Schritt der Türkei nur noch in Wien und London erfolgt zu sein. Nach einem Telegramm Tschirschkys vom 14. November hätte Graf Aehrenthal darauf eine ausweichende Antwort erteilt, während Sir E. Grey nach einem Bericht Graf Metternichs vom 16. November den türkischen Botschafter schweigend anhörte.

Nr. 10934

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 205 Rom, den 7. November 1911

Der Minister des Äußern ließ mich heute zu sich bitten, um, wie er sagte, über die jetzige Lage mit mir zu sprechen. Die letzten Nachrichten aus Tripolis wären gut, „réellement bonnes", die Araber hätten den Türken erklärt, sie sollten entweder sofort einen Entscheidungskampf ausfechten, oder sie möchten das Land verlassen. An die Zuverlässigkeit der Eingeborenen glaube er zwar nicht, aber sie würden sich immer dem unterwerfen, den sie für den Stärkeren hielten, und momentan glaubten sie nicht mehr an die Erfolgsmöglichkeit der Türken. In Cyrenaica lägen die Dinge noch besser, man habe das Land bis zum Fuß des Gebirges frei vom Feinde gefunden und an manchen Orten verlassene Kanonen und Munition. Nun müsse man aber sehen, den Krieg zu beenden, und Mittel und Wege finden, die Türkei zum Nachgeben zu bewegen. Solange man in Konstantinopel an die angeblichen Siege der türkischen Waffen glaube und dort falsche Siegesnachrichten verbreite, sei natürlich ein Einlenken nicht zu erwarten. Nach Ansicht des Ministers würde es im Interesse Europas und der Türkei selbst (last not least natürlich Italiens) liegen, wenn die Vertreter der Mächte die Pforte gesprächsweise darauf aufmerksam machen könnten, daß sie mit den falschen Siegesnachrichten ein gefährliches Spiel treibe. Man habe von Konstantinopel aus sogar die Nachricht von der Einnahme von Tripolis, heute von der von Derna verbreitet. Der Minister besteht darauf, daß auch die Gefechte vom 23.—26. ein Erfolg für Italien gewesen seien, denn der Feind wäre zurückgeschlagen worden. Ich entgegnete, daß, wenn die türkischen Siegesnachrichten Europa durcheilt und bei dem größten Teil der öffentlichen Meinung Glauben gefunden hätten, die Schuld daran nicht zum wenigsten auf italienischer Seite läge, wo jeder Nachrichtendienst unterbunden würde. Der Marquis gab zu, daß die Zensur bisher sehr falsch operiert hätte.

Italien, fuhr der Marquis fort, denke nicht daran, den Status quo im Balkan zu verletzen, aber es müsse die Türkei schrecken, und letztere dürfe sich nicht mit dem Gefühl, daß ihr nichts zuleide geschehen könne, in Sicherheit wiegen. Die richtigen Mittel zu finden, wäre gewiß schwer, das Marineministerium studiere zurzeit die Frage. Der Minister sprach von Operationen zur See. Die Mächte dürften nur bei der ersten Flottenbewegung nicht gleich erschrecken. Die österreichische Nervosität bezüglich Albaniens habe die Türkei in

ihrem Widerstand bestärkt, sie fühle sich sicher unter dem vermeintlichen Schutze Europas. Wenn der Kriegszustand bis zum Frühjahr dauere, bedeute das eine wirkliche Gefahr für den Balkan. Auf meine Frage, ob er glaube, daß ein Angriff auf eine oder zwei Inseln einen großen Eindruck auf die Türkei machen würde[1], blieb der Minister mir die Antwort schuldig. Es gäbe, meinte er, allerhand Mittel: Die Wegnahme feindlicher Schiffe, Beschießung türkischer Forts etc. Voraussetzung dafür wäre natürlich die Wahrung der Integrität der europäischen Türkei und die Respektierung der Verpflichtungen des Artikels VII des Dreibundvertrages (betreffend das Ägäische Meer).

Ich konnte dem Minister nicht verhehlen, daß alle die Schwierigkeiten, die ich ihm seit dem Winter vorausgesagt, mir jetzt nach und nach einzutreten schienen. Von der anfänglich beabsichtigten Lokalisierung des Krieges in Afrika wolle man schon abgehen. Ich machte ihn von neuem auf die Gefahren einer weiteren Ausdehnung der Kriegsaktion aufmerksam. Mit den vorbezeichneten „Mitteln" würde man voraussichtlich mehr noch Europa beunruhigen als die Türkei schrecken. Die Türken seien Fatalisten. Die italienische Herrschaft über Tripolis sei ja noch nicht einmal fundiert, noch nicht einmal die ganze Oasis von Tripolis im Besitz der italienischen Truppen. Die bloße Annexionserklärung könne die Türkei doch kaum sehr impressionieren.

Unsere Unterhaltung, bei der ich wiederholt hervorhob, daß ich nur meine persönlichen Ansichten äußere, wurde unterbrochen, aber der Minister schien am Schluß doch der Ansicht zuzuneigen, daß es vorerst richtiger wäre, in Tripolis selbst Fortschritte zu machen, ehe man an weitere Entschlüsse herantrete. Ich habe den Eindruck, daß er sich selbst keinen Hehl über die Schwierigkeit der Lage macht, aber er sieht auch die Notwendigkeit, der Sache ein Ende zu machen, und über ihm steht die treibende Kraft Herrn Giolittis und die Nervosität des Landes. Ich glaube, daß man doch über kurz oder lang sich auf eine Ausdehnung des Krieges durch Flottenoperationen gefaßt machen muß.

Merkwürdigerweise scheint der Minister — oder er gibt sich wenigstens mir gegenüber den Anschein — die Möglichkeit eines englisch-französischen Eingriffs auszuschließen und vielmehr Schwierigkeiten von österreichischer Seite zu fürchten.

Der Minister sagte mir, daß er auch Herrn Pansa in dem Sinne der mir gemachten Ausführungen geschrieben habe.

Jagow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Richtig

Nr. 10935

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 186 Rom, den 8. November 1911

Nach Äußerungen des Ministers und anderen Anzeichen glaube ich, daß Flottenoperationen gegen Türkei über Nordafrika hinaus erwogen werden und vielleicht schon im Werk sind. Bericht folgt*.

Jagow

Nr. 10936

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 248 St. Petersburg, den 8. November 1911

Herr Neratow sagte mir, daß italienischer Botschafter gestern russischer Regierung mitgeteilt habe, daß angesichts der hartnäckigen Haltung der Türkei beschlossen worden wäre, Krieg zu akzentuieren und auch auf anderes Gebiet zu übertragen. Da hierbei ausdrücklich die Gebiete, wo neutrale Interessen verletzt werden könnten, also in erster Linie der Balkan, ausgenommen worden seien, habe er diese Erklärung ebenso wie die erste Erklärung wegen Annexion von Tripolis schweigend entgegengenommen.

Als ich Ministergehülfen meine Überraschung und Besorgnis über diese Wendung aussprach, teilte Herr Neratow dieselbe vollkommen. Er habe Herrn Melegari gesprächsweise bemerkt, daß Rußland als neutrale Macht die Angelegenheit, solange die anfangs gegebenen Erklärungen, den Krieg nicht auf den Balkan zu übertragen, innegehalten würden, als eine lediglich die Kriegführenden betreffende ansehe.

Ebenso habe er sich dem türkischen Botschafter** gegenüber ausgesprochen.

---

* Das Telegramm Jagows wurde den Botschaften in Wien, London, Paris und Petersburg mit der Weisung zugefertigt, bei den dortigen Regierungen anzufragen, ob daselbst ähnliche Nachrichten vorlägen, und ob man eventuell dazu Stellung zu nehmen gedenke. Nach den Antworten der Vertreter scheint es, daß lediglich die italienischen Botschafter in Petersburg und Paris Mitteilungen in gleicher Weise gemacht haben; doch war der österreichische Botschafter von Mérey direkt durch Marquis di San Giuliano verständigt.

** Turkhan Pascha.

Mein österreichischer Kollege hat auch dem Ministergehülfen seine Besorgnis ausgesprochen und fand Herrn Neratow pessimistisch.

Lucius

Nr. 10937

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 251 St. Petersburg, den 10. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 156*.

Herr Neratow teilte mir mit, daß italienischer Botschafter ihm Absicht seiner Regierung, die Kriegsoperationen nunmehr über Nordafrika hinaus auszudehnen, angekündigt habe. Verweser des Ministeriums erwidert, er nehme an, daß ungeachtet Mitteilung des Botschafters die von italienischer Regierung bei Beginn des Krieges abgegebenen Erklärungen in Kraft blieben, daß Italien also bei Erweiterung Kriegsschauplatzes nicht Gegenden im Auge habe, in denen, wie zum Beispiel an adriatischer Küste oder auf Balkanhalbinsel, europäische Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden könnten. Herr Melegari hat versichert, seine Regierung werde sich streng an die von ihr abgegebenen Erklärungen halten. Herr Neratow faßte diese Erklärungen so auf, daß dieselben auch ein Bombardieren von Küstenstädten ausschlössen, da in diesen europäischer Handel betroffen werden würde. Nach seiner Ansicht kann es sich daher bei Erweiterung der Flottenoperationen zunächst nur um Besetzung von Inseln im Ägäischen Meer handeln. Vielleicht werde italienische Flotte auch Versuch machen, sich der Zölle in Smyrna zu bemächtigen.

Pourtalès

Nr. 10938

*Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg***

Entzifferung

Nr. 316 Wien, den 10. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 92 vom 9. November*.

Marquis San Giuliano hat Herrn von Mérey wissen lassen, Italien werde, um die Türkei einzuschüchtern, Kriegsschauplatz erweitern

---

* Vgl. Nr. 10935, Fußnote.

** Der Bericht Tschirschkys wurde durch Erlaß Nr. 794 vom 14. November nach Pera mitgeteilt.

müssen „unter den bekannten Restriktionen", das heißt, wie Graf von Aehrenthal hinzufügte, mit Ausschluß des Adriatischen Meeres und Jonischen Meeres. Bezügliche Instruktionen seien nach hier vorliegenden Nachrichten schon an die Flotte ergangen.

Graf von Aehrenthal hat daraufhin dem italienischen Minister sagen lassen, daß er jede Landung von italienischen Truppen an den Küsten der europäischen Türkei oder auf den Inseln des Ägäischen Meeres nicht ruhig werde hinnehmen können. Er würde darin eine Verletzung des Artikels VII des Dreibundvertrags erblicken müssen.

Minister beabsichtigt für diesen Fall Italien zu erklären, daß infolge einseitigen Bruchs dieses Artikels durch Italien auch Österreich-Ungarn sich an denselben nicht mehr gebunden erachten und bei den Verhandlungen über Erneuerung des Dreibunds* Wegfall dieses Artikels beantragen . . .** Dem Grafen von Aehrenthal wäre, wie er sagte, sehr erwünscht, wenn dieser Artikel gestrichen würde, weil damit die unbequeme Frage der „Kompensationen", die in den Köpfen der italienischen Staatsmänner unklare und gefährliche Illusionen wachgerufen hätte, ein für allemal beseitigt würde. Ihm wäre an dessen Stelle eine Erklärung des Desinteressements am Balkan viel lieber, denn Österreich-Ungarn wolle überhaupt nichts von türkischen Ländern.

Sollten sich Italiener nur auf Bombardement von Inseln beschränken, so würde er sich zunächst mit den anderen Mächten, insbesondere mit uns über die einzunehmende Haltung ins Einvernehmen setzen. Ersterenfalls, also bei einer Landung oder Bombardement an der Küste der europäischen Türkei, würde er schon mit Rücksicht auf hiesige öffentliche Meinung voraussichtlich offiziell protestieren. Seine Stellungnahme bezüglich Artikel VII des Dreibundvertrags bleibe natürlich ein Sekretum.

Übrigens glaubt Minister, daß Italiener es sich doch noch überlegen werden, ob sie bei dieser Sachlage ihre kriegerische Aktion ins Ägäische Meer ausdehnen werden, um so mehr, als auch England und Rußland sich schon jetzt dadurch beunruhigt zeigten. Herr Neratow habe auch, wie österreichisch-ungarischer Vertreter aus Petersburg melde, jede Aktion Italiens an den türkischen Küsten, „wo sich europäische Interessen befänden", mithin auch in Kleinasien als im höchsten Grade bedenklich bezeichnet.

von Tschirschky

---

* Vgl. dazu Kap. CCXL.
** Zifferngruppe fehlt.

Nr. 10939

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 334 Pera, den 11. November 1911

Sowohl in türkischen wie in diplomatischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß die Italiener in der allernächsten Zeit eine größere militärische Aktion gegen die Türkei ausführen werden. Mag dieselbe in Beirut, Smyrna, dem Archipel oder in Salonik stattfinden — für den politischen Zweck, welchen Italien dabei verfolgt, wird die Aktion unter allen Umständen ein vollkommener Fehlschlag sein. Selbst wenn es der italienischen Flotte gelänge, die Dardanellen zu passieren und sich vor die Hauptstadt zu legen, wird der Effekt kein anderer sein. Sollte man in Rom glauben, daß man mit der jungen Türkei umgehen könne wie einst mit Abdul Hamid, so wäre dies ein verhängnisvoller Irrtum. Auch die Spekulation auf innere Differenzen wäre verfehlt. Man hat in dieser Woche in der Kammer einen zweitägigen Sturmangriff der Opposition gegen Mahmud Schewket Pascha erlebt. Als dann vorgestern abend der Abgeordnete von Bengasi, der eben von dort zurückgekehrt war, die Abgeordneten in einigen patriotischen Worten unter Hinweis auf kämpfende Brüder in Tripolis zur Einigkeit ermahnte, war die Diskussion zu Ende, und der Kriegsminister erhielt fast einstimmig ein Vertrauensvotum. Auch die Hoffnung, daß die Türkei durch finanzielle Nöte zum Frieden gezwungen werde, ist eitel. Denn der tripolitanische Krieg kostet der Türkei überhaupt nichts.

Alle militärischen Maßnahmen, welche Italien gegenwärtig außerhalb des tripolitanischen Kriegsschauplatzes plant, werden höchstens als Nadelstiche wirken und vielleicht die Frage der Ausweisung der Italiener wieder anregen. Die Anerkennung der Annexion von Tripolis seitens der Pforte wird Italien erst in dem Augenblick erhalten, wenn infolge schwerer Konflagration in Europa die türkische Heeresmacht zertrümmert ist und es sich für die Türkei darum handelt, ihre Existenz zu retten. Ob Italien stark genug ist, seine Politik bis zu diesem Punkte durchzuhalten, ist mir zweifelhaft.

Marschall

Nr. 10940

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 213 Rom, den 12. November 1911

Es scheint, als wollte man es sich hier doch noch einmal überlegen, ehe man zur Ausdehnung des Krieges auf andere Gebiete, zu dem System der Einschüchterung der Türkei durch Flottenoperationen gegen türkische Inseln und kleinasiatische Küsten übergeht.

In streng vertraulichem Gespräch sagte mir Herr Bollati, daß er sich von derartigen Maßnahmen kein großes Ergebnis verspräche. Zunächst müsse man in Tripolis energisch vorgehen. Wenn die dort noch vorhandenen türkischen Truppen erst derartig geschlagen seien, daß sie die Fortsetzung des Kampfes aufgäben[1] — eine Niederkämpfung aller Araber ließe sich freilich so bald nicht erwarten —, würde man vielleicht auch in Konstantinopel einsehen, daß längerer Widerstand nutzlos sei[2], und sich zum Nachgeben entschließen[3]. Wäre dies aber nicht der Fall, so würde es entschieden besser sein, sich nicht erst mit halben Maßregeln abzugeben, sondern die Türkei direkt ins Herz zu treffen, das heißt die Dardanellen zu forcieren und mit der Flotte vor Konstantinopel zu erscheinen[4]. In hiesigen Marinekreisen wäre man der Ansicht, daß dies mit Aufbietung aller Seestreitkräfte und eventueller Aufopferung einiger[5] Schiffseinheiten möglich sein würde. Allerdings könnte dies nur die ultima ratio sein.

Die Kämpfe in Tripolis haben ihren Fortgang genommen, von offensiven Operationen der Flotte hört man aber einstweilen nichts. Nach Zeitungsnachrichten soll freilich eine Anzahl italienischer Schiffe sich im Ägäischen Meere befinden. Verschiedene Blätter beklagen sich schon über die Untätigkeit der Flotte, und es kommt in der Presse immer lauter der Gedanke zum Ausdruck, Italien könne sich aus Rücksicht auf die Mächte[6] nicht zu einer Eternisierung des Krieges zwingen lassen. Die Mächte (vor allem die Verbündeten!) sollten also in Konstantinopel für den Frieden sorgen, oder Italien müsse ohne weitere Bedenken der Türkei auf den Leib gehen[7].

Augenblicklich scheint mir hier an maßgebender Stelle die von Herrn Bollati geäußerte Ansicht zu überwiegen, was aber Herr Giolitti bei einer zunehmenden Nervosität des Landes für Beschlüsse faßt, ist nicht vorauszusagen.

Ein Grund für eventuelle weitergehende Aktionen könnte in der — offiziell allerdings nicht zugegebenen — Nachricht liegen, daß in Tripolis auch unter den italienischen Truppen die Cholera ziemlich stark herrschen soll[8].

v. Jagow

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
1 Wird sehr schwer möglich sein da sie Gummibandartig ausweichen, und nachgeben können. Italien dagegen nicht ein einziges Cameel zum Transport nach Vorne hat
2 schwerlich!
3 Stambul kann es länger aushalten als Rom.
4 davon würden nicht viel Schiffe übrig bleiben
5 ?
6 !
7 blödsinnig! es würde dabei kolossal hineinfallen, da die Türkei Zeit genug gehabt hat, die möglichen Plätze zu befestigen und mit Garnisonen zu versehen!
8 ja

Nr. 10941

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 375 Pera, den 14. November 1911
Vertraulich

Der englische Botschafter hat gestern Assim Bey im Auftrage seiner Regierung erklärt, daß, falls Italien Beirut, Smyrna, Salonik oder die Dardanellen angreifen werde, England mit Rücksicht auf die Bedeutung seiner Schiffahrt entschlossen sei, dagegen Stellung zu nehmen. Er habe Grund zu der Annahme, daß Frankreich und Rußland dasselbe tun würden. Auf die Frage Assims, ob ein bezüglicher Schritt in Rom bereits erfolgt sei, erwiderte der Botschafter, daß ein solcher Schritt erst geschehen werde, wenn die Richtung der geplanten italienischen Flottenaktion bekannt sei. Von einer Aktion auf den Inseln ist dabei nicht die Rede gewesen.

Marschall

Nr. 10942

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 378 Pera, den 14. November 1911

Hier wird allgemein für die nächsten Tage die große Aktion der italienischen Flotte erwartet. Die in türkischen Kreisen am meisten verbreitete Ansicht geht dahin, daß die Flotte die Dardanellenforts beschießen und eventuell den Versuch machen wird, die Dardanellen zu forcieren. Militärisch sind alle Vorbereitungen getroffen, um den

Versuch zu vereiteln oder doch zu einem sehr verlustreichen zu gestalten.

Herr von Tscharykow sagte gestern meinem österreichischen Kollegen, falls die italienische Flotte die Dardanellen angreife, so müßten nach seiner Ansicht alle europäischen Großmächte intervenieren.

Ein italienisches Kriegsschiff hat heute mittag einen größeren von hier kommenden englischen Dampfer bei Mytilene aufgebracht.

Marschall

Nr. 10943

Der Botschafter in London Graf von Metternich an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 877 London, den 17. November 1911

Sir Edward Grey war heute geneigt, die italienische Drohung der Ausdehnung des Kriegsschauplatzes als einen Bluff aufzufassen, um die Mächte zu der von Italien gewünschten Pression in Konstantinopel zur Herbeiführung des Friedensschlusses unter türkischer Akzeptierung des Verlustes von Tripolis willfährig zu machen.

P. Metternich

Nr. 10944

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow**

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 166 Berlin, den 18. November 1911

Nisami Pascha mitteilt folgendes:

Die türkische Regierung erwägt mit Rücksicht auf Anwesenheit der italienischen Flotte im Ägäischen Meer und Gerüchte über bevorstehende kriegerische Unternehmungen die Ergreifung von Abwehrmaßregeln. Darunter würden in erster Linie fallen Schließung der Meerengen und sonstiger durch italienische Unternehmungen gefährdeter Gewässer. Da durch diese Maßnahmen für unbestimmte Zeit jeder Schiffsverkehr lahmgelegt werden würde, wäre es der türkischen Regierung erwünscht, die fraglichen Maßnahmen nur dann und dort

* Das Telegramm Kiderlens wurde gleichzeitig den Botschaftern in Petersburg, London, Wien und Paris mit dem Auftrage mitgeteilt, festzustellen, ob den dortigen Regierungen die gleiche Mitteilung türkischerseits zugegangen sei, und was darauf veranlaßt worden sei.

zu ergreifen, wo ihr keine Sicherheit vor italienischen Operationen seitens der Mächte geboten wird.

Bitte dies dort verwerten. Drahtantwort über Aufnahme.

Kiderlen

Nr. 10945

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 385 Pera, den 18. November 1911

Assim Bey sagt mir heute ganz vertraulich, Herr von Tscharykow habe ihm vorgestern mitgeteilt, seine Regierung habe in Rom erklären lassen, daß sie einen italienischen Angriff „contre un point proche et sensible da la Turquie" nicht wünsche. Über die Bedeutung „proche" habe der Botschafter keine Interpretation gegeben. Der Minister hat den Eindruck, daß Rußland demnächst die Meerengenfrage hier wieder anregen werde. Er schien anzunehmen, daß die erwähnte Mitteilung gleichsam den Prolog zu einem diesbezüglichen Schritt bilde*.

Marschall

Randvermerk von Kiderlens:
Bitte Botschaft Konstantinopel über russische Mitteilung betreffend Meerengen** vertraulich telegraphisch zu informieren. Wir würden keine Einwendung machen, sofern sich Rußland mit Türkei verständige.

Nr. 10946

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 222 Rom, den 18. November 1911

Den Gedanken der Erweiterung des Kriegsschauplatzes durch Flottenoperationen dürfte man hier zunächst fallen gelassen haben.

Von der Besetzung einer oder der anderen Insel, sagte mir der Minister des Äußern, hielte er überhaupt nicht viel, denn er glaubte nicht, daß man damit auf die Türken den gewünschten Eindruck machen würde. Betreffs eines Angriffs auf die Türkei an anderen Punkten aber sehe er, daß alle Mächte mehr oder weniger dagegen wären. Italien behielte sich natürlich alle Handlungsfreiheit für die Zukunft vor, zunächst aber werde die Flotte nicht in Aktion treten.

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXXVI.
** Vgl. Kap. CCXXXVI, Nr. 10971.

Dauere der Krieg in Tripolis noch längere Zeit, so werde es allerdings schwer werden, die Untätigkeit der Flotte vor dem Lande zu rechtfertigen. Denn schon jetzt frage sich alles, warum man der Türkei nicht zur See auf den Leib gehe[1].

Unklugerweise hatte man aber vorher selber in der Presse Flottenoperationen ankündigen lassen. Jetzt ist es seit einigen Tagen unverkennbar, daß von offiziöser Seite abgewiegelt und Geduld gepredigt wird. Sofort erhebt sich dagegen aber auch wieder der Sturm in den nationalistischen Oppositionsblättern und die Forderung nach energischem Vorgehen, sodaß die Regierung sich heute zu einem Communiqué in der „Agence Stefani" veranlaßt sieht, in dem sie erklärt, daß sie sich durch das Geschrei einiger Zeitungen in ihren Entschließungen nicht beeinflussen lassen werde.

Im Gegensatz zu der Erregtheit der Presse ist die Nervosität in der Bevölkerung bisher weniger groß, und das allmähliche Bekanntwerden der anfangs verschleierten Verluste wird mit mehr Fassung hingenommen, als man erwartet haben mochte. Das Volk hat sich so weit in die tripolitanische Unternehmung und die Notwendigkeit einer nationalen Betätigung hineingedacht, daß es dafür auch einige Opfer zu tragen bereit ist. Die Jubiläumsfeste haben — wie sie auch die chauvinistischen Auswüchse gefördert haben — belebend auf die patriotischen Gefühle der Massen gewirkt.

Ob bei lang ausbleibendem Erfolg und Sieg diese Stimmung anhält, ist bei dem erregbaren Naturell der Italiener freilich eine andere Frage, zumal nicht anzunehmen ist, daß die unvernünftige Beunruhigung durch die Presse aufhören wird.

Der finanzielle und wirtschaftliche Rückschlag scheint sich einstweilen noch nicht geltend zu machen. Aus dem industriellen Norden werden noch keine Klagen laut, das Agio ist sogar wieder etwas heruntergegangen. Gold steht heute 100,65. Aber der Krieg dauert erst sieben Wochen.

Das Parlament, welches Ende d. Mts. zusammentreten sollte, wird fürs erste nicht einberufen werden. Jagow

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Weil sie keine faßbare Flotte hat

Nr. 10947

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 383 Paris, den 19. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 251*.

Gleiche Demarche wurde türkischerseits hier gestern gemacht.

* Vgl. Nr. 10944, Fußnote.

Französische Regierung hat ebenfalls ihre Auslandsvertreter mit Feststellungen über Auffassung der Mächte beauftragt. Leitender Gedanke für französische Regierung ist, daß ein Vorgehen in der Frage nur bei vollem Einvernehmen europäischer Mächte denkbar sei.

Schoen

Nr. 10948

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 259 St. Petersburg, den 20. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 159*.

Hiesiger türkischer Botschafter hat hier im allgemeinen darauf hingewiesen, daß, falls Italien Operationen auf türkische Gewässer ausdehne, Türkei sich genötigt sehen werde, Abwehrmaßregeln zu ergreifen. Von Schließung der Meerengen ist dabei nicht die Rede gewesen. Herr Neratow hat dem Botschafter erwidert, daß, solange die Interessen der Neutralen nicht von diesen Maßregeln berührt würden, Rußland gegen dieselben nichts einzuwenden habe. Schließung der Meerengen würde nach Ansicht des Herrn Neratow mit den internationalen Verträgen und mit den von der Türkei bei Beginn des Kriegs abgegebenen Erklärungen im Widerspruch stehen.

Pourtalès

Nr. 10949

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 108 Wien, den 20. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 94 vom 18. d. Mts.*

Türkischer Vertreter** hat hier ähnliche Mitteilung durch Verlesung eines längeren Schriftstücks gemacht. Am Schluß dieser

---

* Vgl. Nr. 10944, Fußnote.
** Hikmet Bey.

Mitteilung sei noch ausgeführt worden, die Türkei habe zwar die neutrale Stellung der Mächte vor Augen, richtet aber trotzdem an sie einen Appell, sie möchten donner leur conseil amical ou faire une pression morale à Rome, damit Italien von den beabsichtigten kriegerischen Unternehmungen im Ägäischen Meer absehe.

Graf Aehrenthal hat dem türkischen Vertreter ausweichend dahin Antwort gegeben, daß er sich mit den anderen Mächten über diese Frage in Verbindung setzen werde. Jedenfalls glaube er kaum, daß die Mächte sich zu einer pression morale in Rom entschließen würden.

Mir gegenüber fügte Graf Aehrenthal hinzu, er sei der Ansicht, daß es für Österreich-Ungarn und Deutschland nicht angezeigt sein würde, den Türken in den Arm zu fallen. Seiner Ansicht nach gäbe es zwei Wege in der Sache. Entweder den Türken zu sagen, es wäre ihr gutes Recht und ihre Pflicht, ihre Existenz gegenüber Italien zu verteidigen, oder die Mächte müßten den Versuch machen, einen Waffenstillstand zu vermitteln. Vielleicht würden die Italiener jetzt eher auf einen Waffenstillstand eingehen. Von den Türken glaube er das allerdings nicht.

Tschirschky

Nr. 10950

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 330 Wien, den 20. November 1911
Vertraulich

Herr von Giers* zeigte sich mir gegenüber heute sehr besorgt wegen der drohenden italienischen kriegerischen Maßnahmen im östlichen Mittelmeer. Ganz Europa werde durch die italienische waghalsige Politik in Atem gehalten, und ein Angriff der italienischen Flotte auf die Dardanellen könne unberechenbare Folgen nach sich ziehen.

Der König von Griechenland, der einige Tage inkognito hier weilt, habe ihm mitgeteilt, man scheine in Rom leider nicht auf den sehr verständigen Herzog von Avarna zu hören, sondern ganz unter dem Einflusse des Herrn Tittoni zu stehen, den der König keineswegs verständig gefunden habe. Herr von Giers meinte, Tittoni sei wiederum das Sprachrohr des Herrn Iswolsky, und was das bedeute, brauche er mir nicht erst zu sagen.

von Tschirschky

---

* Russischer Botschafter in Wien.

Nr. 10951

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 109 Wien, den 22. November 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 108 vom 20. November 1911*.

Graf von Aehrenthal hatte mir damals gesagt, es gäbe zwei Wege, wie man auf die türkische Mitteilung reagieren könne. Heute meinte er, den Russen scheine noch etwas Besseres eingefallen zu sein. Herr von Giers sei soeben bei ihm gewesen mit dem Vorschlag, sich den Türken wie den Italienern gegenüber auf den Artikel III der Londoner Konvention von 1871 zu berufen. Dieser Artikel stipuliere freie Fahrt für neutrale Handelsschiffe durch die Dardanellen. Russische Regierung schlage vor, den beiden Regierungen zu erklären, daß jeder Akt, der die freie Handelsschiffahrt dort gefährde, serait une violation de cette convention.

Graf von Aehrenthal hat dem russischen Botschafter erwidert, er werde sich zunächst mit Berlin in Verbindung setzen.

Minister fügte mir gegenüber hinzu, er finde den russischen Vorschlag sehr beherzigenswert. Durch ihn werde erreicht, daß das Odium einer Intervention sowohl in Rom als in Konstantinopel in erster Linie auf Rußland, dann auf alle Großmächte falle; Österreich-Ungarn und Deutschland ständen dabei nicht im Vordergrund. Die Gefahr einer Aktion Italiens gegen die Dardanellen und Konstantinopel werde gleichfalls sehr verringert, da kaum anzunehmen sei, daß Italien gegen diesen Appell aller Großmächte auf Grund einer internationalen Konvention handeln würde.

Wie mir Herzog von Avarna sagt, hat Graf von Aehrenthal ihm heute Kenntnis von diesem russischen Vorschlag und von seiner Antwort gegeben.

Tschirschky

Nr. 10952

*Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow***

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 168 Berlin, den 23. November 1911

Der russische Botschafter*** hat heute hier mitgeteilt, daß nach den seiner Regierung zugegangenen Nachrichten eine Ausdehnung der

* Siehe Nr. 10949.

** Ein inhaltlich identisches Telegramm erging unter Nr. 267 nach Pera.

*** Graf von der Osten-Sacken.

italienischen Aktion auf das Ägäische Meer, speziell die Dardanellen zu erwarten sei, und türkische Regierung drohe deshalb mit Absperrung der Dardanellen auch für Handelsschiffe. Sowohl die Sperrung der Durchfahrt seitens der Türkei als auch eine Blockade durch italienische Schiffe bedeute eine erhebliche Schädigung des neutralen Handels, widerspreche aber nach russischer Auffassung dem Artikel III des Londoner Vertrags von 1871. Rußland wird seine Botschafter dort und in Konstantinopel anweisen, von vorstehendem Standpunkt Mitteilung zu machen und der italienischen Regierung von Maßnahmen gegen die Meerengen sowie der türkischen Regierung von Maßregeln zur Verhinderung der freien Schiffahrt in den Meerengen abzuraten.

Euer pp. sind ermächtigt, sich dem Vorgehen Ihres russischen Kollegen anzuschließen, sobald die Vertreter aller Großmächte dazu angewiesen sind.

Kiderlen

Nr. 10953

Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Auswärtigen Amt Freiherrn von Romberg

Eigenhändig

Berlin, den 24. November 1911

Der türkische Botschafter hat den Auftrag, folgendes mitzuteilen: Die russische Regierung habe in Konstantinopel mitgeteilt, sie werde unter Berufung auf Artikel III der Londoner Konvention in Rom in der Dardanellenfrage eine Demarche machen. Der österreichische Botschafter führe die gleiche Sprache.

Der Botschafter ist beauftragt, uns zu bitten, uns diesem Schritte anzuschließen. Die Sache sei dringlich, da in den allernächsten Tagen mit der Absperrung durch Minenlegung etc. begonnen würde.

Nisami wäre sehr dankbar, wenn er womöglich heute noch eine Nachricht bekommen könnte, ob und was wir in der Sache getan haben, und ob wir uns der russischen Demarche anschließen würden.

Kann ich ihm etwas telephonieren?

Romberg

Nachschrift

Dem türkischen Botschafter telephoniert namens Seiner Exzellenz, daß die gewünschte Instruktion bereits gestern abgegangen sei*.

Romberg

---

* Vgl. Nr. 10952.

Nr. 10954

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 308 St. Petersburg, den 23. November 1911

Herr Neratow erzählte mir gestern, er habe vom österreichisch-ungarischen Geschäftsträger eine Mitteilung erhalten, nach welcher sich auch der türkische Vertreter in Wien genau wie Nisami Pascha in Berlin dahin geäußert habe, seine Regierung zöge als Abwehrmaßregel gegen Operationen der italienischen Flotte in türkischen Gewässern die Schließung der Meerengen in Erwägung.

Der Gerent des Ministeriums bemerkte, es sei eigentümlich, daß weder hier noch in Paris in den Mitteilungen der beiden türkischen Botschafter die Rede von den Meerengen gewesen sei. Ob in London türkischerseits auf die Möglichkeit einer Schließung der Meerengen hingewiesen worden sei, wisse er nicht. Auf des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers und meine Mitteilung hin habe er sich aber entschlossen, in der Frage der Schließung der Meerengen mit den Kabinetten der Großmächte in Verbindung zu treten und seiner Ansicht dahin Ausdruck zu geben, daß der Wortlaut des Londoner Vertrages, welcher ausdrücklich die Freiheit der Schiffahrt durch die Meerengen für alle Nationen festsetze, eine solche Maßregel nicht zulässig erscheinen lasse. Eine offizielle Demarche in Konstantinopel, um dieser Maßregel vorzubeugen, würde nach Ansicht des Herrn Neratow vielleicht nicht angezeigt sein, man sollte aber doch der türkischen Regierung klar zu verstehen geben, daß die Mächte in der Schließung der Meerengen einen Bruch eines internationalen Vertrages erblicken würden. Sollten die Türken sich darauf beschränken, vor der Einfahrt in die Dardanellen Minen zu legen, und dafür sorgen, daß die Schiffe der Neutralen durch Lotsen durch die Minen hindurchgeführt würden, so ließe sich nach Ansicht des Herrn Neratow dagegen nichts einwenden, aber eine Sperrung der Meerengen könne nicht geduldet werden.

F. Pourtalès

Nr. 10955

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 392 Pera, den 24. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 267*.

Sowohl auf der Pforte wie bei einzelnen meiner Kollegen tritt

* Identisch mit Nr. 10952.

mir die Ansicht entgegen, daß die Italiener gar keine Absicht haben, die als Pression auf die Türken gänzlich wirkungslose Blockade der Dardanellen vorzunehmen, der Gedanke dieser Blockade vielmehr von Rußland herrührt, das eine Gelegenheit sucht, einen schicklichen Vorwand für Anregung der Dardanellenfrage* zu finden. In der Tat hat Herr von Tscharykow bisher mit der Pforte nur über die Unzulässigkeit der Blockade nach Artikel III des Londoner Vertrags vom Jahre 1871 gesprochen.

Aus dem erwähnten Artikel ergibt sich für die Unzulässigkeit der Blockade der Dardanellen gar nichts, da derselbe sich nur auf Friedenszeiten bezieht. Aber er hat für die Russen den Vorteil, daß er sich unmittelbar an eine Bestimmung über die Meerengenfrage anschließt. In Wirklichkeit ist die Blockade der Dardanellen völkerrechtlich unzulässig, weil ein Kriegführender nur die Küsten seines Gegners, aber weder direkt noch indirekt diejenigen von neutralen Staaten blockieren darf, wie dies hier bezüglich Rußlands, Rumäniens und Bulgariens der Fall wäre.

Marschall

Nr. 10956

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt***

Telegramm. Entzifferung

Nr. 393 Konstantinopel, den 25. November 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 392***.

Herr Bompard, mit dem ich heute die durch die russische Anregung geschaffene Lage besprach, sagte mir, er sei fest überzeugt, daß Italien eine Blockade der Dardanellen nicht beabsichtige. Nach seiner Überzeugung verfolgt Italien den Plan, die Mächte durch fortwährende Drohung mit dem „coup décisif", den es ohne jede Rücksicht auf fremde Interessen gegen die Türkei demnächst zu führen gedenke, zu einer Intervention [zu] bewegen und dann den ganzen italienisch-türkischen Konflikt auf einer Konferenz zu lösen. Das biete den Ausgang aus der „impasse", in welcher sich Italien in Tripolis befinde. Indem man die Aktion gegen die Dardanellen in Aussicht stellte, rechnete man in Rom auf die Unterstützung obigen Planes durch Rußland, die ja auch erfolgt sei. Auf meine Frage, was nun die italienische Flotte voraussichtlich tun werde, erwiderte der Bot-

* Vgl. dazu Kap. CCXXXVI.

** Hier nebst den folgenden Schriftstücken vor Nr. 10961 des Zusammenhangs halber eingereiht.

*** Siehe Nr. 10955.

schafter: Nachdem Italien seit drei Wochen den Mächten zurufe: „retenez-nous, sans cela nous ferons un grand malheur", so müsse schließlich irgendetwas geschehen. Er glaube aber noch eher an einen Versuch, die Dardanellen zu forcieren, als an die Blockade derselben. Da die Forcierung der Dardanellen, wenn die Türkei sich im Krieg befinde, zulässig sei, so könne man die Türken von Maßregeln zur Verhinderung der Schiffahrt nur dann abhalten, wenn die Mächte ihnen die Garantien geben, daß die Italiener die Durchfahrt nicht erzwingen würden. Dann werden die Italiener behaupten, daß die Mächte sie an der Niederkämpfung des Feindes hinderten und darum die Verpflichtung hätten, ihre Absichten auf Tripolis zu unterstützen. Eine konfusere als die gegenwärtige . . . . . * könne man sich nicht denken. In Rom scheine man ganz den Kopf verloren zu haben, denn nach den Berichten, die er von dort habe, glaubten die Italiener, daß die Türken bereit seien, alles preiszugeben, und nur auf eine Gelegenheit warteten, um dies anständigerweise zu tun.

Herr Bompard hat es mir nicht ausdrücklich gesagt, aber doch ziemlich deutlich merken lassen, daß nach seiner Ansicht Rußland ein mit Italien abgekartetes Spiel treibt.

Marschall

Nr. 10957

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 100 Berlin, den 27. November 1911

Die russische Regierung hat hier angeregt, daß die Demarche wegen Offenhaltung der Dardanellen anstatt in Rom besser durch die Regierungen bei den bei ihnen akkreditierten italienischen Botschaftern gemacht werden solle, was für Italien weniger verletzend sei. Ich habe geantwortet, wir hätten bereits im Einverständnis mit unserem Bundesgenossen unsern Botschafter in Rom instruiert**, gemeinsam mit seinen Kollegen sich einer russischen Demarche anzuschließen. Das schiene uns auch praktischer, da die Botschafter in Rom besser in der Lage, die Stimmung der Italiener zu beurteilen und danach sich über die Form der Demarche zu verständigen.

Tatsächlich habe ich noch gegen den neuesten russischen Vorschlag das Bedenken, daß keine Garantie für gleichmäßige Ausführung der Demarche gegeben ist.

---

* Zifferngruppe fehlt.
** Vgl. Nr. 10952.

Nehme an, daß dort gleicher russischer Vorschlag gemacht wurde. Bitte Ansicht des Grafen Aehrenthal einholen.

Kiderlen

Nr. 10958

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 113 Wien, den 27. November 1911

Wie mir Graf Aehrenthal mitteilt, ist Baron von Mérey angewiesen, den russischen Schritt in Rom — Berufung auf den Londoner Vertrag von 1871 — mitzumachen si omnes und jedenfalls Rußland dabei den Vortritt zu lassen.

Von einem gleichen Schritt in Konstantinopel sei zurzeit nicht die Rede.

Tschirschky

Nr. 10959

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 117 Wien, den 28. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 100 vom 27. November* und unter Bezug auf Telegramm Nr. 113 von gestern**.

Gleiche Anregung russischerseits war auch hier erfolgt. Graf Aehrenthal schrieb den Vorschlag der Geschäftsunerfahrenheit Herrn Neratows zu. Er ist auf denselben nicht eingegangen, da er ihn für ungeeignet und dem diplomatischen Gebrauch widersprechend findet.

Tschirschky

Nr. 10960

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 204 Rom, den 28. November 1911

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 168***.

Eine eigentliche russische Demarche ist, wie mein österreichischer

---

* Siehe Nr. 10957.
** Siehe Nr. 10958.
*** Siehe Nr. 10952.

Kollege und ich vertraulich feststellen konnten, hier nicht erfolgt, russischer Botschaftssekretär hat sich auf Konsulta nur in allgemeinen Redensarten bewegt. Dagegen hat Neratow dem italienischen Botschafter in Petersburg die Frage vorgelegt, wie Italien Artikel III des Londoner Vertrags auffasse. Herr Melegari hat sofort geantwortet, daß Italien dazu jetzt keine Stellung nehmen könne noch brauche, da Flottenaktion auf Dardanellen nicht beabsichtigt. Herr Neratow hat hinzugefügt, daß aus Rücksicht auf Italien keine Demarche in Rom erfolgen solle, wohl aber in Konstantinopel.

In Wien hat, wie Baron von Mérey mir sagt, Rußland angeregt, daß Minister der Signatarmächte mit betreffenden italienischen Botschaftern Angelegenheit besprechen sollten. In Paris hat Herr de Selves auch im Sinne der russischen Auffassung mit Herrn Tittoni gesprochen.

Telegramm aus Petersburg in hiesigen Zeitungen meldet, daß Italien Rußland benachrichtigt habe, Dardanellen gegenwärtig nicht blockieren zu wollen. Hiesige offiziöse Presse betont, daß Italien nie an Blockade gedacht habe. Um angesichts des Petersburger Telegramms vor öffentlicher Meinung Anschein zu vermeiden, als hätte Italien einem russischen Druck nachgegeben, bedient sich offiziöse Preßnote dieser équivoque, denn Italien hat in Wirklichkeit auch nicht Blockade, sondern höchstens Forcierung der Dardanellen beabsichtigt. Vorderhand dürfte jede Flottenaktion gegen Dardanellen aufgegeben sein.

Jagow

Nr. 10961

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 621 Berlin, den 24. November 1911

Die italienische Regierung hat hier unter Hinweis auf den Artikel VII des Dreibundvertrags vertraulich sondiert, wie wir und Österreich uns zu einem Antrag stellen würden, uns mit ihr wegen einer kriegerischen Aktion im Ägäischen Meer ins Benehmen zu setzen, die sich nicht auf die europäische Küste erstrecken soll. Ew. pp. bitte ich festzustellen, wie Graf Aehrenthal über diesen Schritt der Italiener denkt.

Kiderlen

Nr. 10962

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 98 Berlin, den 27. November 1911

Auf Wunsch italienischer Regierung bitte, falls noch nicht geschehen, Erlaß Nr. 621 vom 24. d. Mts.* vorläufig nicht ausführen und sich mit Herzog von Avarna wegen geeigneten Zeitpunkts für Besprechung mit Graf Aehrenthal ins Benehmen setzen.

Kiderlen

Nr. 10963

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 114 Wien, den 28. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 98 vom 27. November**.
Erlaß bereits ausgeführt. Bericht unterwegs***. Werde nunmehr weitere Weisung abwarten.

Tschirschky

Nr. 10964

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 341 Wien, den 27. November 1911

Antwort auf Erlaß Nr. 621 vom 24. November*.
Entsprechende Sondierung ist seitens Italiens bisher hier nicht erfolgt.
Graf Aehrenthal äußerte sich über die eventuelle Stellungnahme Österreich-Ungarns zu diesem Schritt der Italiener folgendermaßen.
Es sei kein Zweifel, daß im Dreibund neben dem Prinzip der

---

* Siehe Nr. 10961.
** Siehe Nr. 10962.
*** Siehe das folgende Schriftstück.

gegenseitigen Sicherung des eigenen Territoriums der drei Verbündeten und der Heeresfolge für bestimmte Fälle auch das Prinzip der Herstellung des Status quo im näheren Orient festgelegt sei. Durch den Hinweis auf Artikel VII des Bündnisvertrags sei zunächst erreicht worden, daß Italien von einer Hineinziehung der europäischen Türkei in den Krieg abgesehen habe. Hiermit sei das dringendste Interesse Österreich-Ungarns und, wie er annehme, auch Deutschlands befriedigt. Will Italien gegen asiatische Teile der Türkei vorgehen, so glaube er nicht, daß es unsere Aufgabe sein könne, dagegen direkte Einwendungen zu erheben. Andererseits halte er es aber für eine Gefahr für uns, wenn wir uns ausdrücklich mit einer solchen Aktion Italiens einverstanden erklären würden. Damit würden wir diese Aktion Italiens quasi selbst mitmachen. Italien würde nicht säumen, sich auf unsere Zustimmung öffentlich zu berufen, und die Sache würde zu einem Krieg des Dreibunds gegen die Türkei gestempelt werden. Wir könnten nicht Italien auf das asiatische Gebiet der Türkei als Aktionsfeld hinweisen. Ihm scheine, soweit er heute die Sache überblicken könne, vielleicht das zweckmäßigste, diesem Schritte Italiens gegenüber sich auf gleiche Linie mit den anderen Mächten zu stellen und sich vorerst einer bestimmten Äußerung zu enthalten.

von Tschirschky

Nr. 10965

Der österreich-ungarische Minister des Äußern Graf von Aehrenthal an den österreich-ungarischen Botschafter in Berlin Grafen von Szögyény-Marich

Unsignierte Abschrift
Vom österreich-ungarischen Botschafter am 8. Dezember überreicht

Vertraulich Wien, den 29. November 1911

Der deutsche Botschafter teilte mir mit, daß die italienische Regierung in Berlin den Wunsch geäußert hätte, sich darüber Klarheit zu verschaffen, welche kriegerische Operationen der Italiener an der asiatischen Küste des Ägäischen Meeres nach Dafürhalten der Kaiserlich Deutschen Regierung statthaft wären.

Ohne diesen Schritt mit einer Anregung der italienischen Regierung zu begründen, erkundigte sich Herr von Tschirschky nach meiner bezüglichen Ansicht.

Ich erwiderte dem Herrn Botschafter, ich hätte dem römischen Kabinett abgeraten, den Kriegsschauplatz auf das Ägäische Meer, insoweit dessen europäische Küste in Betracht käme, auszudehnen. Um die Empfindlichkeit Italiens zu schonen, hätte ich mich begnügt, dem Herzog von Avarna diesen Ratschlag zu erteilen; hier-

bei hätte ich den Eindruck gewonnen, daß der Herr italienische Botschafter sich dessen bewußt ist, daß Artikel VII des Dreibundvertrages in meiner Hand eine wirksame Waffe sei. Ein Schritt betreffend die Ausdehnung der kriegerischen Operationen auf die asiatische Küste des Ägäischen Meeres sei in Wien bisher nicht gemacht worden. Gegebenenfalls würde ich dem Herzog von Avarna gegenüber auf meine früheren Abmachungen hinweisen und weiters bemerken, daß ich unter der Bezeichnung „Küste des Ägäischen Meeres" selbstverständlich auch die Einfahrt in die Dardanellen verstehe, und daß ich in einer etwaigen Aktion gegen die Dardanellen oder vor Konstantinopel eine Verletzung des gedachten Artikels des Dreibundvertrages erblicken müßte, was mich veranlassen würde, mich mit der Kaiserlich Deutschen Regierung ins Einvernehmen zu setzen, um die Folgen einer solchen Handlung seitens unseres Alliierten zu ziehen.

Weiters teilte ich Herrn von Tschirschky mit, ich würde bestrebt sein, ein Eingehen auf die Frage der Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf die asiatische Küste des osmanischen Reiches zu vermeiden, daß ich jedoch nicht beabsichtige, dem römischen Kabinett hiebei irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten oder ihr solche auch nur als möglich erscheinen zu lassen. Zum Schlusse meiner Ausführungen bemerkte ich, daß ich mich hiebei von der Anschauung leiten ließe, daß mir ein Eingehen auf einen diesbezüglichen Gedankenaustausch deswegen für untunlich erscheine, weil sodann die eventuelle Ausdehnung des Kriegsschauplatzes als mit Zustimmung der K. und K. Regierung erfolgt betrachtet werden könnte.

Nr. 10966

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 648 Berlin, den 2. Dezember 1911
[abgegangen am 3. Dezember]

Antwort auf Bericht Nr. 341 vom 27. v. Mts.*

Ew. pp. bitte ich, die hier erfolgte italienische Sondierung, auf die sich mein Erlaß vom 24. v. Mts. Nr. 621** bezog, mit dem Herzog von Avarna zu besprechen und zu versuchen, aus ihm herauszubekommen, was eigentlich Marquis di San Giuliano mit diesem Schritte bezweckt hat.

Kiderlen

---

* Siehe Nr. 10964.
** Siehe Nr. 10961.

Nr. 10967

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 368 Wien, den 9. Dezember 1911

Antwort auf Erlaß Nr. 648 vom 2. d. Mts.*

Habe Angelegenheit eingehend mit dem Herzog von Avarna besprochen. Nach dessen ganz vertraulicher Angabe, die er mir auf Grund seiner Akten machte, aus denen er mir die betreffenden Stellen aus der Instruktion an Herrn Pansa vorlas, war Pansa beauftragt, in Berlin unter Hinweis auf Interpretation, die Graf Aehrenthal dem Artikel VII gegeben, zu erklären, daß dieser Artikel sich nur auf eine Modifikation des Status quo auf dem Balkan und im Ägäischen Meere beziehe, der durch vorübergehende militärische Operationen nicht gestört werden würde. Außerdem stipuliere der Artikel nur einen accord préalable. Es sei nicht einzusehen, weshalb ein solcher accord nicht hergestellt werden könnte, in welchem die Grenzen und Bedingungen festgelegt wären, innerhalb welcher eventuelle militärische Operationen Italiens im Ägäischen Meere sich zu halten haben würden.

Italienischer Schritt hat, wie ich glaube ermittelt zu haben, in erster Linie den Zweck, uns zu veranlassen, bei Graf Aehrenthal den Versuch zu machen, daß er seine bisherige Interpretation des Artikels VII, nach welcher er jede kriegerische Operation an den europäischen Küsten der Türkei und auf den Inseln des Ägäischen Meeres wegen möglicher Gefahr für Status quo für unzulässig hält, dahin modifiziere, daß die Inseln oder wenigstens die nichteuropäischen Inseln des Ägäischen Meeres nicht unter die Vorschriften des Artikels VII fallen.

Herzog von Avarna weiß nichts davon, daß ich Angelegenheit bereits allgemein bei Graf Aehrenthal zur Sprache gebracht habe. Ich habe ihm jetzt gesagt, daß ich weitere Instruktion abwarte, ob ich den Schritt bei Graf Aehrenthal machen soll. Herzog von Avarna las mir dann die Depesche vor, die er an Marquis San Giuliano gesandt habe. Er sagt darin, daß ich angewiesen worden sei, die Angelegenheit mit ihm zu besprechen. Er habe mir dann auf Grund der an Herrn Pansa erteilten Instruktionen nähere Details zur Sache gegeben, insbesondere auch darauf hingewiesen, daß Pansa beauftragt worden sei, uns zu bitten, dem Grafen Aehrenthal gegenüber nicht durchblicken zu lassen, daß die Anregung von der italienischen Regierung ausgegangen sei. Ich würde nunmehr weitere Instruktionen meiner

* Siehe Nr. 10966.

Regierung abwarten und mich eventuell, falls ich einen Schritt bei Graf Aehrenthal machen soll, vorher mit ihm in Verbindung setzen.

Mein italienischer Kollege ist, wie ich aus seinen Äußerungen entnehmen konnte, ganz persönlich der Ansicht, daß sich Graf Aehrenthal, wie er ihn kenne, schwerlich zu einer Änderung seiner Auffassung bezüglich der Tragweite des Artikels VII herbeilassen werde. Graf Aehrenthal hat ihm gegenüber einmal sich dahin geäußert, qu'il ne désirait plus revenir sur l'interprétation de l'article VII. Über die Auffassung des Ministers bezüglich einer italienischen Aktion gegen das asiatische Gebiet der Türkei sind Euere Exzellenz durch meinen gehorsamsten Bericht Nr. 341 vom 27. November* unterrichtet.

von Tschirschky

Nr. 10968

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 369 Wien, den 9. Dezember 1911
Ganz vertraulich

Im Anschluß an Bericht vom 9. Dezember Nr. 368**.

Herzog von Avarna teilte mir noch mit, daß er aus Privatbriefen des Marquis San Giuliano entnehme, daß der Minister die feste Absicht habe, alles zu vermeiden, was den Grafen von Aehrenthal froissieren könnte. Jedenfalls denke man in Rom jetzt nicht daran, irgend etwas im Ägäischen Meere zu unternehmen, bevor nicht mit Österreich ein bestimmtes Einvernehmen über die Zulässigkeit einer solchen Aktion festgestellt sei.

Beiläufig bemerkte Herzog von Avarna noch im Gespräche, es erfülle ihn mit Besorgnis, daß jetzt Italien in Paris durch Tittoni vertreten sei, der ganz im französisch-russischen Fahrwasser sich befinde***.

---

* Siehe Nr. 10964.

** Siehe Nr. 10967.

*** Über die nahen Beziehungen zwischen Tittoni und Iswolsky gibt der diplomatische Schriftwechsel des letzteren hinreichende Auskunft. Die aus der gleichen Quelle ersichtlichen französischen Neigungen Tittonis erhielten eine zeitweilige Abschwächung durch die französisch-italienischen Mißhelligkeiten des Jahres 1912, die im Januar mit der Wegnahme zweier französischer Schiffe durch die Italiener (vgl. dazu Kap. CCXXXVIII, Nr. 11 066, S. 343, Fußnote; ferner Kap. CCXL, Nr. 11 254, Fußnote **) begannen. Es kam im Februar zu scharfen Friktionen zwischen Tittoni und Poincaré, so daß Iswolsky von der zeitweiligen Abwesenheit seines italienischen Kollegen einen wohltuenden Einfluß auf die französisch-italienischen Beziehungen erwartete. Brief Iswolskys

Es sei nicht ausgeschlossen, daß Tittoni Politik auf eigene Faust betreiben werde, und in Rom werde man ihm als früherem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten wohl kaum mit der nötigen Festigkeit entgegentreten.

von Tschirschky

Nr. 10969

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Dirigenten der Politischen Abteilung Wilhelm von Stumm

Nr. 684 Berlin, den 16. Dezember 1911
[abgegangen am 18. Dezember]

Die italienische Regierung hat hier die Bitte aussprechen lassen, Ew. pp. möchten zurzeit von einer Besprechung der aus Artikel VII des Dreibundvertrages sich ergebenden Eventualitäten mit Graf Aehrenthal Abstand nehmen, da Italien vorläufig nicht an kriegerische Operationen außerhalb von Tripolis denke. Im übrigen bittet sie ferner Ew. pp., in der Frage weiter enge Fühlung mit dem Herzog von Avarna zu halten.

Kiderlen

---

an Sasonow vom 28. Februar 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914; ed. Fr. Stieve, II, 46. Doch war Iswolsky nach Kräften beflissen, zwischen Tittoni und Poincaré zu vermitteln.

Kapitel CCXXXVI

Der Russische Vorstoß in der Meerengenfrage November bis Dezember 1911

Nr. 10970

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 298 St. Petersburg, den 16. November 1911

In der letzten Zeit beschäftigt sich die hiesige Presse auffallend viel und eingehend mit der Meerengenfrage. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß dies nicht ohne Anstoß von maßgebender Seite geschieht*. Ich habe den entschiedenen Eindruck, daß man der Frage im hiesigen Ministerium des Äußern neuerdings erhöhte Aufmerksamkeit widmet und es nicht ungern sieht, wenn dieselbe öffentlich diskutiert wird. Noch vor wenigen Tagen erschien in der

* Tatsächlich hatte die russische Regierung schon seit der Zuspitzung des italienisch-türkischen Konflikts im September 1911 sich mit dem Gedanken der Wiederaufrollung der Meerengenfrage getragen, die sie zu Beginn der bosnischen Krise notgedrungen infolge des englischen Widerstrebens hatte zurückstellen müssen (vgl. dazu Bd. XXVI, Kap. CXCVI). Das treibende Element dabei war der Botschafter Iswolsky in Paris, der seit Ende September den stellvertretenden russischen Außenminister Neratow immer wieder drängte, das Entgegenkommen Rußlands gegen Frankreich und Italien in der marokkanischen bzw. der tripolitanischen Frage dazu auszunutzen, um sich das Wohlwollen und die Unterstützung beider Regierungen für eine bei erster Gelegenheit zu inszenierende Aktion in der Meerengenfrage zu sichern. Vgl. dazu: Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 150, 155f., 157, 158f., 160f., 161ff., 168, 172f., 177f. und die Zusammenfassung bei Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 26ff. Die Gelegenheit schien der russischen Regierung gekommen zu sein, als die Türkei gegenüber der italienischen Absicht, den Krieg auf das Ägäische Meer und die Dardanellen auszudehnen, eine zeitweilige Schließung der Dardanellen ins Auge faßte. Vgl. dazu Kap. CCXXXV, Nr. 10944. Schon am 11. November teilte Neratow dem französischen Geschäftsträger in Petersburg de Panafieu mit, daß die Meerengenfrage „nunmehr reif" sei. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis a. a. O., I, 178. Die Vorstellungen, die Rußland in Rom gegen die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes erheben ließ, wurden türkischerseits ganz richtig als „Prolog" zu der Aufrollung der Meerengenfrage im russischen Sinne aufgefaßt. Vgl. Kap. CCXXXV, Nr. 10945.

„Nowoje Wremja“ eine zweifellos offiziös inspirierte Notiz, in der es heißt, das Streben der russischen Diplomatie sei mit voller Aufrichtigkeit auf die Öffnung der Meerengen gerichtet. Die türkische Presse habe in der letzten Zeit diese Frage angeschnitten, sie in einigen Artikeln mit Wohlwollen beleuchtet und auf die Möglichkeit einer russisch-türkischen Verständigung über dieselbe hingewiesen. Die russische Regierung könne nicht anders, als dieser Strömung in der türkischen Presse mit Sympathie begegnen, diplomatische Verhandlungen seien jedoch aus diesem Anlasse nicht geführt worden und würden auch jetzt nicht geführt. Alle Meldungen in dieser Hinsicht seien verfrüht und unbegründet.

Bei dem ersten Gespräch, das ich mit Herrn Neratow nach meiner Rückkehr von Urlaub hatte, wurde es mir nicht schwer, ohne direkte Fragen zu stellen, den Leiter des Ministeriums auf dieses Thema zu bringen. Als ich bei Besprechung des italienisch-türkischen Krieges und der aus einer Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf die europäische Türkei zu gewärtigenden Komplikationen* die Bemerkung hinwarf, solche Komplikationen könnten alle möglichen noch ungelösten Fragen des nahen Orients in Fluß bringen, griff Herr Neratow diese Bemerkung sofort auf und erwiderte: „Da ist zum Beispiel für uns die Meerengenfrage.“ Als ich hierauf frug, ob Herr Neratow die Aussichten auf eine Regelung dieser Frage in dem von Rußland gewünschten Sinne neuerdings nähergerückt glaube, ergriff der Ministergehilfe, ohne auf meine Frage direkt zu antworten, offenbar gern die Gelegenheit, um auf das Thema ausführlicher einzugehen. Herr Neratow begann damit, auf den Wert hinzuweisen, den Rußland darauf legen müsse, das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für seine Kriegsschiffe zu erlangen. Bis jetzt sei die Verwirklichung dieses Wunsches hauptsächlich am Widerstande Englands gescheitert, doch sei die Haltung Englands in dieser Frage immer Schwankungen unterworfen gewesen. Diese Bemerkung schien mir darauf hinzudeuten, daß der Ministergehilfe gegenwärtig ein größeres Entgegenkommen von seiten Englands als noch vor wenigen Jahren für möglich hält. Im übrigen, fuhr Herr Neratow fort, müsse immer daran festgehalten werden, daß die ganze Frage eine europäische sei, und daß eine Lösung, falls eine solche über kurz oder lang bevorstehe, nur im Einvernehmen mit der Türkei und nicht gegen dieselbe zu wünschen sei. Ich bemerkte darauf, daß wir bekanntlich im Prinzip den russischen Wünschen bezüglich der Meerengen stets wohlwollend gegenübergestanden hätten. Da wir keine Mittelmeermacht seien, hätten wir in der Frage kein direktes Interesse, ich nähme aber bestimmt an, daß im Hinblick auf den von Herrn Neratow

---

* Näheres darüber in Kap. CCXXXV.

selbst betonten europäischen Charakter der Frage Deutschland bei der Lösung derselben eventuell auch gehört werden würde. Der Ministergehilfe erwiderte mit Lebhaftigkeit, selbstverständlich werde man sich eintretendenfalls auch an uns wenden.

Herr Neratow wies sodann auf die Erörterungen hin, die in letzter Zeit auch in der auswärtigen Presse über die Frage zu lesen waren, und konstatierte mit Befriedigung, daß diese Erörterungen im allgemeinen nicht unfreundlich für Rußland waren, daß sogar die türkische Presse sich den russischen Wünschen entgegenkommend gezeigt hätte. Die einzig wirklich unfreundliche Stimme, erklärte Herr Neratow, habe er in der „Wiener Reichspost" — „bekanntlich das Organ des Erzherzogs Franz Ferdinand" — gefunden.

Aus Fragen, die der österreichisch-ungarische Geschäftsträger an mich stellt, ersehe ich, daß die österreichisch-ungarische Diplomatie mit der größten Aufmerksamkeit die Anzeichen verfolgt, welche auf die Absicht Rußlands hindeuten, die Frage der Öffnung der Meerengen eventuell demnächst aufzurollen. Herr von Szilassy zeigte großes Interesse dafür, ob der Leiter des Ministeriums mit mir über die Frage gesprochen habe. Der Geschäftsträger will aus Kreisen des hiesigen Ministeriums des Äußern vertraulich erfahren haben, daß die Türkei in der Angelegenheit neuerdings hier Avancen gemacht habe. Turkhan Pascha dagegen, der übrigens von seiner Regierung wenig informiert wird, hält es für ganz ausgeschlossen, daß gegenwärtig irgendwelcher Gedankenaustausch zwischen der russischen und türkischen Regierung über die Meerengen stattfinde. Es sei, versichert der Botschafter, jetzt nicht der Augenblick, an eine Lösung dieser Frage heranzutreten.

Daß der Gedanke eines Anschlusses der Türkei an Rußland und einer Lösung der Meerengenfrage im Einvernehmen mit der Türkei von Herrn Tscharykow genährt wird, halte ich für recht wahrscheinlich. Ich kann mir aber die Verwirklichung der weiteren damit zusammenhängenden Träume des russischen Vertreters am Goldenen Horn: Bildung eines Balkanbundes mit Einschluß der Türkei und Anlehnung an Rußland* noch nicht recht denken. Die Türkei würde als Preis für den Eintritt in diesen Bund und für die Zustimmung zur Öffnung der Meerengen jedenfalls die Garantie ihres europäischen Besitzstandes beanspruchen. Würde aber Rußland es vor der slawischen Welt wagen, eine solche Garantie zu übernehmen? Übrigens erheben sich auch hier bereits Stimmen, welche eine Änderung in dem Verhältnis des Schwarzen Meeres als mare clausum ein für Rußland keineswegs erstrebenswertes Ziel erblicken.

F. Pourtalès

---

* Vgl. dazu auch Bd. XXVII, Kap. CCX.

Nr. 10971

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Potsdam

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 80 Berlin, den 19. November 1911

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich alleruntertänigst zu melden, daß der russische Botschafter mir gestern abend mitgeteilt hat, daß seine Regierung beabsichtige, mit der türkischen Regierung über die Erlaubnis für die russischen Kriegsschiffe, die Meerengen zu passieren, in Unterhandlung zu treten. Er bat um Mitteilung über die Stellung der Kaiserlichen Regierung zu dieser Absicht.

Mit Rücksicht auf die von Euerer Majestät in dieser Beziehung wiederholt und zuletzt bei der Entrevue in Potsdam* zu erkennen gegebene Allerhöchste Willensmeinung wage ich es, Euere Majestät ehrfurchtsvollst zu bitten, mich zu einer bestimmten Äußerung an den Grafen Osten-Sacken allergnädigst zu ermächtigen.

Nach einer Äußerung des österreich-ungarischen Botschafters dürfte sich das Wiener Kabinett unserer Haltung anschließen. Graf Osten-Sacken deutete mir allerdings privatim und streng vertraulich an, daß er befürchte, daß Herr Neratow sich über die englische Zustimmung in demselben Irrtum befinde wie seinerzeit Herr Iswolsky. Es dürfte dies vielleicht für uns ein Grund mehr sein, den russischen Wünschen zuzustimmen.

Kiderlen

Nr. 10972

Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Potsdam, an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 83 Neues Palais, den 19. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 80**.

Einverstanden!

Zustimmende Antwort ertheilen, sobald Wiener Absicht klar bekannt, und ebenso lautet.

Wilhelm I. R.

---

* Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

** Siehe Nr. 10971.

Nr. 10973

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 96 Berlin, den 19. November 1911

Der russische Botschafter hat mir gestern abend mitgeteilt, seine Regierung beabsichtige, sich mit der Türkei über die Erlaubnis der Durchfahrt durch die Meerengen für russische Kriegsschiffe zu verständigen.

Wir sind geneigt, der russischen Regierung zu erklären, daß wir einer solchen Vereinbarung keinen Widerstand entgegensetzen würden, um so mehr als dies auch den früher geäußerten Ansichten des Grafen Aehrenthal entsprechen würde.

Ich bitte Euer pp., Graf Aehrenthal zu fragen, ob er geneigt sei, den russischen Antrag, sobald er auch dort gestellt ist, in gleichem Sinne zu beantworten. Wir glauben, daß eine möglichst rasche Entscheidung der beiden verbündeten Kaiserreiche in diesem Sinne nützlich wäre.

Ich bitte Sie, dabei dem Herrn Minister s t r e n g v e r t r a u l i c h zu sagen, Graf Osten-Sacken habe mir gegenüber die Befürchtung geäußert, daß sich Herr Neratow über eine Zustimmung Englands in dem gleichen Irrtum befinde wie seinerzeit Herr Iswolsky. Ich halte dies für einen Grund mehr, unsere Zustimmung sobald als möglich auszusprechen. — Drahtantwort.

Kiderlen

Nr. 10974

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 107 Wien, den 20. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 96 vom 19. November*.

Russischer Botschafter hat heute früh gleiche Mitteilung gemacht. Graf Aehrenthal hat Herrn von Giers erwidert, sobald Rußland hier eine formelle Anfrage wegen der Meerengen stellen würde, würde er diese nach dem Gesichtspunkt der guten Beziehungen, die zwischen Petersburg und Wien beständen, prüfen.

Graf Aehrenthal bemerkte hierzu noch nachstehendes: Für Österreich-Ungarn ist die Beantwortung der russischen Anfrage nicht leicht. Es ist zweifellos, daß, falls der russischen Flotte die Möglichkeit

* Siehe Nr. 10973.

gegeben wird, in das Mittelmeer zu gelangen, eine Verschiebung der dortigen Machtverhältnisse und speziell eine Stärkung der Ententemächte eintreten würde. Die österreichische Flotte, im Verein mit der italienischen, „wenn wir wirklich mit Italien zusammen bleiben", würde dann neben Frankreich und England auch Rußland als Gegner finden.

Im Jahre 1908 habe er allerdings Herrn Iswolsky erklärt, daß er Rußland bei der Dardanellenfrage keine Schwierigkeiten machen werde. Dies habe er aber nur getan, weil er damals eine Gegenleistung von russischer Seite dafür verlangt habe, und weil damals das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Rußland wirklich freundschaftlich gewesen sei. Wenn die Beziehungen jetzt zu Rußland auch nicht mehr gespannt wären, so könne doch von einer freundschaftlichen Atmosphäre noch nicht die Rede sein. Rußland müsse, das sei er genötigt vom Standpunkt der österreichisch-ungarischen Interessen zu verlangen, etwas dafür zahlen.

Wenn er sich recht erinnert, habe ihm Fürst Bülow seinerzeit gesagt*, Deutschland werde sich auf die Seite Rußlands in der Dardanellenfrage stellen gegen die Zusicherung einer Defensivallianz. Ob Deutschland eine in Potsdam erlangt habe, wisse er nicht. Deutschland scheine ihm in der Frage der Meerengen nicht mehr frei zu sein. Österreich habe jedenfalls bisher noch nichts erhalten, deswegen sei er nicht in der Lage, sofort die russische Anfrage zustimmend zu beantworten, sondern werde sich darüber mit Rußland noch eingehend besprechen müssen.

Tschirschky

Nr. 10975

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 619 Berlin, den 24. November 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 107**.

Ew. pp. bitte ich, dem Grafen Aehrenthal zu sagen, wir seien bezüglich der Meerengenfrage den Russen gegenüber nicht gebunden, wohl aber würde es unserer ganzen bisherigen Politik entsprechen, Rußland in dieser Frage keine Schwierigkeiten zu bereiten. Wir hätten übrigens angenommen, daß auch die bisherigen Besprechungen

* Laut einer Aktennotiz dürfte sich diese Behauptung auf die Privatbriefe Bülows an Aehrenthal vom 8. Dezember 1907 (vgl. Bd. XXII., Kap. CLX, Nr. 7384) und vom 30. Oktober 1908 (vgl. Bd. XXVI, Kap. CXCVI, Nr. 9079) stützen.

** Siehe Nr. 10974.

zwischen Österreich-Ungarn und Rußland die gleiche Tendenz ergeben hätten. Um uns jedoch nicht von Österreich-Ungarn zu trennen, würden wir auch uns zunächst einen genau formulierten Antrag von der russischen Regierung ausbitten; wir bäten aber doch den Grafen Aehrenthal, die Sache namentlich von dem Gesichtspunkte aus zu prüfen, ob wir durch eine zurückhaltende Aufnahme des russischen Wunsches nicht lediglich die Geschäfte der Engländer besorgten. Außerdem schiene uns das Bedenken, daß russische Kriegsschiffe im Kriegsfalle im Mittelmeer auftreten könnten, kaum von erheblicher Bedeutung zu sein, da eine uns wohlgesinnte Türkei im Falle des Krieges den Schiffen die Durchfahrt doch nicht gestatten würde, während eine uns feindliche Türkei sie auf alle Fälle durchlassen würde. Verträge und Abmachungen würden hieran nichts ändern.

Kiderlen

Nr. 10976

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II., z. Z. in Donaueschingen

Ausfertigung *

Berlin, den 24. November 1911

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich auf die telegraphische Anfrage nach der österreichischen Antwort auf die russische Anregung bezüglich der Durchfahrt durch die Meerengen** alleruntertänigst zu melden, daß ich der Allerhöchsten Weisung Euerer Majestät entsprechend mich sofort mit Graf Aehrenthal in Verbindung gesetzt und ihn nach der Antwort gefragt habe, die er auf den russischen Antrag zu erteilen gedenke.

Graf Aehrenthal hat darauf durch Herrn von Tschirschky mitteilen lassen***, daß er dem russischen Botschafter auf seine zunächst vertrauliche Anfrage geantwortet habe, daß er, sobald Rußland eine formelle Anfrage wegen der Meerengen stellen werde, dieselbe nach dem Gesichtspunkte der guten Beziehungen, die zwischen Petersburg und Wien bestehen, prüfen werde. Bisher hat der russische Botschafter nur ganz allgemein von einer Verständigung mit der Türkei über die Erlaubnis für russische Kriegsschiffe zur Durchfahrt durch die Meerengen gesprochen.

Euerer Majestät Weisung entsprechend, die vor unserer Entscheidung eine klare Antwort Österreich-Ungarns forderte, habe ich daher dem russischen Botschafter auf eine erneute Anfrage zu-

* Der Immediatbericht beruht auf einem eigenhändigen Konzept des Staatssekretärs von Kiderlen.

** Am 24. November hatte Kaiser Wilhelm II. von Donaueschingen aus telegraphisch angefragt: „Hat Wien Dardanellenöffnung betreffend geantwortet?"

*** Vgl. Nr. 10974.

nächst antworten lassen, daß es der russischen Regierung bekannt sei, daß wir ihr bei der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten zu bereiten wünschten, und daß wir daher einen amtlichen Antrag wohlwollend prüfen würden. Vor definitiver Stellungnahme müßten wir aber eine genauere Formulierung der russischen Wünsche abwarten[1].

In einem Gespräch mit Herrn von Tschirschky hat dann Graf Aehrenthal noch bemerkt, daß bei der Prüfung des russischen Antrags auch noch die Frage in Betracht komme, wieweit dieser Antrag eine Verschiebung der Machtverhältnisse im Mittelmeer und eine Verstärkung der Ententemächte zur Folge haben könne. An seine Zusage bei der Buchlauer Unterredung mit Iswolsky hält sich Graf Aehrenthal nicht mehr für gebunden, da sich seitdem die österreichisch-russischen Beziehungen verändert und weniger freundlich gestaltet hätten. Graf Aehrenthal deutete dabei an, daß wir vielleicht durch Erlangung einer Defensivallianz in Potsdam in der Meerengenfrage schon gebunden seien[2]. Da aber Österreich in der Meerengenfrage nichts erhalten habe[3], müsse er die Frage noch ernstlich mit Rußland besprechen.

Graf Aehrenthal hat dabei zwei Dinge übersehen, einmal, daß wir für eine bestimmte Haltung in der Meerengenfrage von Rußland weder etwas gefordert noch etwas erhalten haben[4] und daher auch nicht gebunden sind, sodann daß im Gegenteil Österreich allerdings von Rußland etwas, wenn auch widerwillig, erhalten hat, nämlich die Anerkennung der Annexion von Bosnien und der Herzegowina.

Ich habe daraufhin dem Grafen Aehrenthal sowohl durch den Grafen Szögyényi als auch durch Herrn von Tschirschky sagen lassen*, wir seien bezüglich der Meerengen den Russen gegenüber nicht gebunden, wohl aber würde es unserer ganzen bisherigen Politik entsprechen, Rußland in dieser Sache keine Schwierigkeiten zu machen. Wir hätten übrigens angenommen, daß auch die früheren Besprechungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland die gleiche Tendenz ergeben hätten.

Um uns jedoch nicht von Österreich zu trennen, würden auch wir zunächst uns einen genau formulierten Antrag von der russischen Regierung ausbitten. Wir bäten aber den Grafen Aehrenthal, die Sache namentlich von dem Gesichtspunkte aus zu prüfen, ob wir durch eine zurückhaltende Aufnahme des russischen Wunsches nicht lediglich die Geschäfte der Engländer besorgten[4]. Außerdem schiene uns das Bedenken, daß russische Kriegsschiffe im Kriegsfalle im Mittelmeer auftreten, kaum von so erheblicher Bedeutung zu sein.

Eine uns wohlgesinnte Türkei[5] würde im Falle eines Krieges aus Gründen der Neutralität den russischen Schiffen die Durchfahrt verbieten, eine uns feindliche Türkei sie auf alle Fälle durchlassen. Verträge und Abmachungen würden daran nichts ändern.

---

* Vgl. Nr. 10 975.

Hierzu gestatte ich mir ehrerbietigst zu bemerken, daß im Laufe der bosnischen Krise Graf Aehrenthal den Gedanken ebenfalls bereits als richtig erkannt hat, daß wir durch eine ablehnende Haltung in der Meerengenfrage lediglich die Geschäfte der Westmächte besorgen würden.

Es bleibt nunmehr die endgültige Antwort aus Wien abzuwarten. Sobald sie eingegangen, werde ich nicht verfehlen, Euerer Majestät weiteren Bericht zu erstatten.

v. Bethmann Hollweg

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Gut
[2] Unsinn!
[3] ?! Bosnien, Herzegowina
[4] richtig
[5] das ist vorüber!

Nr. 10977

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 345 Wien, den 27. November 1911

Antwort auf Erlaß Nr. 619*.

Ich habe heute nochmals an der Hand obigen Erlasses die Angelegenheit eingehend mit Grafen von Aehrenthal besprochen. Der Minister nahm zunächst mit Genugtuung Akt von unserer Erklärung, daß wir bezüglich Meerengen den Russen gegenüber nicht gebunden seien. Dankbar begrüßte der Minister auch die Entschließung der Kaiserlichen Regierung, sich auch in dieser Frage von Österreich-Ungarn nicht trennen und zunächst einen formulierten Antrag von der russischen Regierung sich erbitten zu wollen.

Unseren Standpunkt in der Frage verstehe er nach Lage unserer Interessen vollkommen. Wenn wir den Engländern den Wind aus den Segeln zu nehmen wünschen durch eine baldige zustimmende Erklärung, so finde er das sehr begreiflich, besonders auch angesichts zwischen Berlin und Petersburg bestehenden Freundschaftsverhältnisses. Für ihn und Österreich-Ungarn lägen die Dinge aber anders. Die Beziehungen der Monarchie zu Rußland seien nicht derart, daß er es verantworten könnte, Rußland quasi „auf Vorschuß" eine Freundlichkeit zu erweisen. Er könne Petersburg gegenüber nur eine Politik des do ut des befolgen. Zunächst müsse er wissen, ob er mit der Freundschaft Rußlands rechnen könne.

Übrigens sei er weit davon entfernt, Rußland etwa irgendwie abzuweisen. Im Gegenteil. Er beabsichtige, in eine freundschaftliche

* Siehe Nr. 10975.

Konversation mit Petersburg einzugehen, und hoffe, daß in deren Verlauf es ihm möglich gemacht würde, Rußland in der vorliegenden Frage Entgegenkommen zu zeigen.

von Tschirschky

Nr. 10978

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 396 Konstantinopel, den 1. Dezember 1911

Assim Bey empfing mich heute mit den Worten „Le grand coup vient être porté contre nous". Herr von Tscharykow habe amtlich die Meerengenfrage bei ihm angeregt und ihm schriftlich, wenn auch nicht in der Form einer eigentlichen Note folgendes mitgeteilt:

Rußland verlangt, daß die Pforte künftig die russischen Kriegsschiffe nach Maßgabe eines zu schließenden „accord spécial" durch die Meerenge frei passieren lasse, fremden Kriegsschiffen aber den Zugang verwehre. Dafür biete die russische Regierung der Türkei folgende Konzessionen:

1) Aufhebung der bekannten Konvention vom Jahre 1900 über die Eisenbahnen im „bassin de la Mer Noire*",

2) Rußland bietet seine guten Dienste an, um Frankreich zu bewegen, die anatolischen Bahnen bis zur russischen Grenze weiterzubauen. Nur über die Anschlußstellen behält sich Rußland seine Genehmigung vor,

3) Rußland bietet der Türkei seine „bons offices" an, um eine Verständigung mit den Balkanstaaten herbeizuführen.

Bevor die Mächte von der Änderung des bezüglich der Meerenge bestehenden Rechtszustandes in Kenntnis gesetzt werden, soll ein Vertrag zwischen Rußland und der Türkei in obigem Sinne geschlossen werden.

Assim Bey hat die Anregung ad referendum genommen, ohne sich auf eine Diskussion mit Tscharykow einzulassen. Der Ministerrat hat bisher keinen Beschluß gefaßt, aber Kenntnis von dem russischen Verlangen genommen und dabei seine Entrüstung nicht verhehlt.

Assim beabsichtigt vorzuschlagen, den Russen ausweichend in der Art zu antworten, daß die Pforte mit Rußland keinen Vertrag schließen könne, der mit einer Reihe von internationalen Verträgen in Widerspruch stehe, ohne vorher Fühlung mit den Mächten zu nehmen. In großer Erregung sprach mir dann der Minister von der Tragweite

* Vgl. dazu Bd. XIV, Kap. XCIV.

des russischen Ansinnens. Es handele sich um ein russisches Protektorat über das türkische Reich. Rußland werde, wenn seine Kriegsschiffe die Meerenge frei passieren, zur ausschlaggebenden Vormacht in Konstantinopel. Er habe die ernste Befürchtung, daß England mit Rußland einverstanden sei und damit ein Prinzip aufgebe, das es bisher stets vertreten habe. Treffe diese Vermutung des Einverständnisses zu, dann sei das russische Vorgehen nicht nur ein Schlag gegen die Türkei, sondern ein Schlag der Tripelentente gegen Wien und Berlin. Die ganze österreichische Balkanpolitik und auch die deutsche Orientpolitik brechen zusammen, sobald Rußland hier der entscheidende Machtfaktor werde. Wenn Rußland den Moment, da die Türkei in einem schweren Krieg sich befinde, in dieser Art ausnütze, so sei klar, daß dasselbe auf die Zertrümmerung des türkischen Reichs ausgehe. Aber man täusche sich in Petersburg ebenso wie in Rom über die Lebenskraft des türkischen Volkes.

Ich habe dem Minister gegenüber mich nicht über die Frage geäußert. Ein Bericht über meine Auffassung der Meerengenfrage ist unterwegs*. Befürchtungen Assims sind keineswegs übertrieben. Wenn wirklich, was ich befürchte, England mit Rußland einverstanden ist, dann ist es meines Erachtens an Österreich-Ungarn und Deutschland, die großen politischen und wirtschaftlichen Interessen, die beide Staaten in der Türkei besitzen, gegen die russischen Expansionsgelüste zu verteidigen und für den Status quo einzutreten, der schon bisher die unwandelbare Richtschnur unserer Politik gebildet hat.

Marschall

Nr. 10979

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 397 Konstantinopel, den 1. Dezember 1911

Im Anschluß an Telegramm Nr. 396**.

Assim Bey sprach heute mit großer Bitterkeit auch darüber, daß Rußland, indem es die Hand zur Zertrümmerung der Türkei erhebe, dieselbe auch noch verhöhne. Nur als Hohn sei es zu betrachten, wenn die Konzession angeboten werde, daß man Frankreich veranlassen werde, die Bahnen nach der russischen Grenze zu bauen. Diese Grenzbahnen, die strategisch als Verteidigungsmittel gegen Rußland unentbehrlich seien, würden natürlich, wenn sie unter russi-

* Siehe Nr. 10982.
** Siehe Nr. 10978.

scher Mitwirkung von dem alliierten Frankreich erbaut würden, unter russischer Kontrolle stehen! Ein starkes Stück sei es auch, daß Rußland als Konzession an die Türkei die „bons offices" bei Gründung des Balkanbundes anbiete, von dem jeder türkische Politiker wisse, daß er Anfang vom Ende für die europäischen Besitzungen der Türkei sein werde.

Assim Bey hat über das russische Vorgehen bisher nur mit Markgrafen Pallavicini und mir gesprochen. Er war im Zweifel, ob er Herrn Lowther die Sache mitteilen solle. Marschall

Nr. 10980

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm.

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Grafen von Mirbach-Harff

Nr. 271 Berlin, den 3. Dezember 1911

Mit Beziehung auf Telegramm Nr. 396 und 397*.

Euere Exzellenz bitte ich, sobald Assim Bey auf die Meerengenfrage zurückkommt, zu sagen, daß es uns nicht ganz erfindlich erscheine, wie die Türkei sich über einen einfachen Vorschlag, welchen sie ja nicht anzunehmen brauche, und zu dem ja die Zustimmung der Mächte erforderlich sei, in so hohem Grade bestürzt zeigen könne. Wir würden raten, die Russen zunächst um nähere Erläuterung ihres Vorschlags zu ersuchen, um sie mit ihren eigentlichen Absichten womöglich noch deutlicher hervortreten zu lassen. Hierbei würden sie insbesondere zu sagen haben, was sie unter „Durchfahrt" verstehen: ob diese etwa auf Friedenszeiten beschränkt sein solle, und ob die Schiffe nur einzeln, etwa in 48stündigen Abständen, oder unter sonstigen Kautelen durchfahren dürften, ebenso was sich die Russen unter einer „Verständigung mit den Balkanstaaten" denken.

Zu Ew. Exzellenz ausschließlich persönlichen Information bemerke ich, daß wir keinen Anlaß haben, dem allerdings auffälligen Vorgehen der Russen gegenüber uns ins Vordertreffen zu stellen.

Kiderlen

Nr. 10981

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 400 Pera, den 4. Dezember 1911

Antwort auf Telegramm Nr. 271**.

Die Bestürzung der Türken erklärt sich aus der Befürchtung, daß die Russen ein fait accompli schaffen und eines Tages durch den

* Siehe Nr. 10978 und 10979.

** Siehe Nr. 10980.

Bosporus hierher fahren werden. Auf meine Bemerkung, daß in diesem Falle die Einfahrt verwehrt werden könne, erwiderte mir Assim: „Dann haben wir auch Krieg mit Rußland.“ Der Hinweis auf die notwendige Zustimmung der Mächte hat bei den Türken jede beruhigende Wirkung verloren, seitdem einzelne Mächte feierlich abgeschlossene internationale Verträge brechen, ohne daß irgendeine andere Vertragsmacht dagegen protestiert. Den Türken den Rat zu geben, sie möchten sich mit den Russen in Verhandlungen einlassen, scheint mir bedenklich zu sein. Die Türken sind seit dem russischen Vorgehen dermaßen nervös[1], daß sie den Rat sicherlich nicht befolgen, sondern uns beschuldigen würden, das vertragsmäßige Prinzip der Schließung der Meerenge bereits aufzugeben, nachdem wir bisher stets für den Status quo eingetreten seien. Die Details, unter denen sich die Durchfahrt vollzieht, sind ohne Bedeutung, weil die freie Durchfahrt unter Ausschluß der anderen Flotten, unter welcher Modalität sie erfolgt, die Russen zum Herrn und Meister Konstantinopels machen würde. Zudem würden nach orientalischer Praxis alle die kleinen Beschränkungen, die in Verträgen mit den Türken verabredet sind, in kürzester Frist außer Übung treten.

Ich wäre dankbar, wenn vor weiterer Entschließung ein langer Bericht über die Frage abgewartet würde, der morgen über Konstanza abgehen wird*.

Marschall

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Und Marschall auch!

Nr. 10982

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 351 — Pera, den 30. November 1911 [pr. 5. Dezember]

Während ich in meinem letzten politischen Berichte** konstatieren konnte, daß in den amtlichen türkischen Kreisen an Stelle des Schreckens, welche die italienische Kriegserklärung hervorgerufen hatte, wieder Ruhe und Zuversicht eingetreten sei, so ist heute gerade

---

* Siehe Nr. 10987.
** Siehe denselben in Kap. CCXXXIV, Nr. 10924.

an den Stellen, welchen die Pflege der auswärtigen Politik vornehmlich obliegt, eine gewisse Unruhe, ja selbst Erregung wahrnehmbar. Die Lage in Tripolis und Cyrenaica wird nach wie vor für militärisch günstig erachtet, die Forcierung der Dardanellen durch Italien wird nicht gefürchtet, sondern eher gewünscht, aber die Verhandlung über die Blockade der Dardanellen*, obgleich sie scheinbar zu türkischen Gunsten entschieden wurde, hat ein Unbehagen zurückgelassen, welches in stetigem Wachsen sich befindet. Die Presse hat noch keine Ahnung, worum es sich handelt, aber auf der Pforte geht das Schreckgespenst um, daß Rußland demnächst die Meerengenfrage bei den Mächten anregen werde und die Diskussion der Blockade[1], an die Italien wahrscheinlich niemals gedacht hatte, nur das Präludium dazu gewesen sei. Lösung der Meerengenfrage in russischem Sinne, das gilt jedem politisch denkenden Türken als Beginn der Katastrophe, als der Stoß ins Herz des türkischen Reiches. Und mit vollem Recht! Die Türkei kann Tripolis und die Cyrenaica verlieren und trotzdem ein großes und mächtiges Reich bleiben. In dem Augenblicke, da die russische Kriegsflotte frei die Meerengen passieren kann, bricht die Selbständigkeit des Reiches unfehlbar zusammen. Natürlich wird Rußland zunächst alle möglichen Kautelen zugestehen. Die Kriegsschiffe werden nur einzeln und in bestimmten Zeiträumen durchfahren dürfen. Alle derartigen Modalitäten, die natürlich nach kürzester Frist außer Übung treten werden, ändern an dem Endresultate nichts. Auch dann nicht, wenn man bestimmt, daß die Kriegsschiffe bei der Durchfahrt sich nicht aufhalten können. Der „Zufall" kann wollen, daß ein Dreadnought vor der Hauptstadt Havarie erleidet und dort liegen bleibt. Wer kann das verhindern? Was ich früher gesagt, kann ich nur wiederholen: Wenn die russischen Panzerschiffe den Bosporus durchfahren, so ist Rußland Herr von Konstantinopel. Der Sultan wird allmählich zu der Rolle herabsinken, die der Emir von Buchara einnimmt. Statt Botschaftern würden Konsuln durchaus genügend sein, die fremden Interessen zu vertreten. Die gesamten europäischen Besitzungen der Türkei wären à la merci Rußlands. Denn die türkische Mobilmachung ist in Frage gestellt, wenn die türkischen Truppentransporte durch ein von der russischen Kriegsflotte beherrschtes Gewässer sich vollziehen müssen. Die russische Herrschaft über die Meerengen wird auch die Bagdadbahn treffen, deren Eingang sich gegenüber der Hauptstadt befindet. Allerdings ist die russische Schwarze-Meer-Flotte heute noch schwach. Hat Rußland erst die Durchfahrt durch die Meerengen erzwungen, so wird sie rasch erstarken. Ja, man kann sich fragen, ob nicht

---

* Vgl. darüber Kap. CCXXXV.

dann das Schwarze Meer der eigentliche Sitz der russischen Flottenmacht werden wird.

Zwei Momente treffen zusammen, um die Besorgnisse der maßgebenden türkischen Staatsmänner zu steigern, einmal, daß Rußland die durch den Kriegszustand mit Italien geschaffene schwierige Lage des Reiches auszunutzen gedenkt, um seinen letzten Zielen der Zertrümmerung der Türkei näherzukommen, und dann der Zweifel an der Haltung Englands. Bisher galt es als Axiom, England werde niemals dulden, daß das Schwarze Meer für die russische Flotte ein mare liberum, für alle anderen Flotten dagegen ein mare clausum sei. Das Axiom hat zweifellos einmal bestanden. Lord Salisbury hat mir selbst einmal gesagt[2], daß vielleicht mit Ausnahme Gladstones, der damals schon ein gebrochener Mann war, kein englischer Staatsmann je in dieser Beziehung eine andere Haltung einnehmen könne. Gilt der Satz noch heute, da die Tripelentente Rußland und England umschließt? Wir leben in der Zeit der Geheimverträge. Was nach außen hin als internationales Vertragsrecht veröffentlicht wird, ist nur „for show" bestimmt und wird außerdem, wie das jüngste italienische Vorgehen bewiesen hat, wenn es den eigenen Interessen dienlich erscheint, nach Belieben verletzt. Wie stark zurzeit speziell bei der Tripelentente das System der Geheimverträge vorwiegt, und wie wenig dagegen das publizierte Vertragsrecht bedeutet, zeigt die Algecirasakte. Sie war durch ein Netz von Geheimverträgen schon zerstört, bevor sie das Licht der Welt erblickte. Nun hat England mit Rußland vor vier Jahren einen Teilungsvertrag über Persien geschlossen*. Der Vertrag ist publici juris. Aber Persien war bis dahin nicht der einzige Differenzpunkt zwischen den neuen Freunden. Viel tiefer ging bis dahin der Gegensatz bezüglich der Meerengen. Durch den persischen Vertrag, der Rußland den Persischen Golf verschloß, mußte die Meerengenfrage akuter werden. Liegt nicht die Vermutung nahe, daß auch der erwähnte Vertrag über Persien eine Geheimklausel hatte, die die erwähnte Differenz bezüglich der Türkei beseitigte? England hat so große Interessen vom Persischen Golf aus bis tief nach Mesopotamien, daß ihm für den Besitz dieser Länderstriche die russische Durchfahrt durch die Meerengen feil sein konnte. Das wäre auch die einfachste Lösung der Frage der Bagdadbahn in russisch-englischem Sinne. Rußland hätte dann den einen, England den anderen Schlüssel derselben in der Hand.

Ich will nicht sagen, daß solche Gedanken in der Schärfe, wie ich sie hier darlege, bereits von türkischer Seite mir entgegengetreten sind. Aber aus mancherlei Äußerungen entnehme ich, daß Besorgnisse wegen der eventuellen Haltung Englands in der Meerengenfrage,

---

* Vom 31. August 1907. Vgl. dazu Bd. XXV, Kap. CLXXXIII.

wenn auch noch in embryonischer Gestalt, vorhanden sind. Eine merkwürdige Folie zu der Englandschwärmerei, die sich hier seit dem Kriege kundgibt! Ich halte mich natürlich in meinen Äußerungen vollkommen zurück. Irgend ein Wort meinerseits, welches den Verdacht erweckte, daß wir ein Interesse daran besitzen, bei den Türken Mißtrauen gegen England zu erwecken, wäre durchaus verfehlt.

Wenn wirklich Rußland, wie hier gefürchtet wird, die Meerengenfrage auf das Tapet bringt, so wird eines der schwersten und gefährlichsten Probleme zur Lösung gestellt. Erreicht Rußland, was es anstrebt, so ist die orientalische Frage in dem traditionell russischen Sinne gelöst, das heißt, die Türkei zu einem Vasallenstaat des weißen Zaren degradiert.

Marschall

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Von den Türken angeregt.
Randbemerkung Esternaux':
[2] Gelegentlich aber auch das Gegenteil!

Nr. 10983

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 403 Konstantinopel, den 6. Dezember 1911

Assim Bey sagt mir vertraulich, Sir E. Grey habe dem türkischen Botschafter auf dessen Anfrage wegen der Stellung Englands zu der jüngsten russischen Demarche wegen der Meerengen erwidert: „La démarche me paraît déplacée à ce moment." Es sei die Zustimmung aller Signatarmächte nötig. Er werde darüber mit seinen Kollegen sprechen und könne erst in der nächsten Woche eine bestimmte Antwort geben.

Was die von den Russen angebotene Konzession der bons offices in bezug auf die Balkanentente betrifft, so zweifelt der Minister nicht daran, daß es sich um den von Herrn von Tscharykow schon längst gewünschten „Balkanbund" handelt, der nicht nur als ein Defensiv-, sondern auch als Offensivbund gedacht und schon deshalb für die Pforte nicht annehmbar sei*.

Assim Bey sagte mir, ich könne mir keinen Begriff machen, mit welcher tiefen Empörung das türkische Volk das Vorgehen Rußlands gegen Persien** betrachte, das zwar in der Religion differiere,

---

* Vgl. dazu auch Bd. XXVII, Kap. CCX.
** Vgl. Bd. XXXI, Kap. CCXLIII, Nr. 11 349, Fußnote **.

aber doch ein muselmanisches Land sei. Die Vernichtung Persiens, der Krieg mit Italien, nun noch der neueste russische Stoß gegen die Türkei! Die Nachricht von demselben sei jetzt bekannt geworden. Der Chefredakteur der „Jeni Gazetta", eines Blattes, das zu England neigt, habe ihn gestern um seine Meinung gefragt. Er habe geantwortet: „Schreiben Sie darüber, was Sie als Ottomane fühlen." Der heutige Artikel des Blattes gipfelt in dem Satz, daß „die Russen das große ruhmreiche Osmanenland zu einer unter russischem Protektorat stehenden Provinz herabwürdigen wollen", und daß kein Ottomane dies dulden werde.

Marschall

Nr. 10984

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 273 Berlin, den 7. Dezember 1911

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 403*.

Ew. pp. bitte ich in Meerengenfrage äußerste Zurückhaltung zu bewahren, da wir keinen Anlaß haben, Geschäfte der Westmächte zu machen. Ich verweise auf mein Telegramm Nr. 271 vom 3. d. Mts.**

Kiderlen

Nr. 10985

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 406 Konstantinopel, den 7. Dezember 1911
Geheim

Herr von Tscharykow hat gestern abend Assim Bey einen förmlichen russisch-türkischen Vertragsentwurf bezüglich der Meerengen übergeben und als Zweck seines Besuchs die Diskussion desselben bezeichnet. Der Minister erwiderte, daß er eine Diskussion ablehne, aber den Ausführungen des Botschafters gern zuhören werde. Der Entwurf, den mich Assim soeben ganz vertraulich lesen ließ, besteht aus sechs Artikeln. In Artikel I und II verzichtet Rußland auf den

* Siehe Nr. 10983.
** Siehe Nr. 10980.

Vertrag vom Jahre 1900, wonach im „bassin de la Mer Noire“ nur von den Türken oder von russischen Kapitalisten Eisenbahnen gebaut werden durften. Herr von Tscharykow erläuterte diese Bestimmungen mündlich dahin, daß bei fremden Unternehmungen nur Franzosen zugelassen werden dürfen[1].

Der Artikel über die Meerengen lautet wörtlich: „Le Gouvernement Impérial de Russie s'engage en outre de donner au Gouvernement Impérial Ottoman son appui pour le maintien du régime actuel des détroits du Bosphore et des Dardanelles en étendant le dit appui également aux territoires adjacents dans le cas où ceux-ci seraient menacés par des forces armées étrangères[2].

En vue de faciliter l'exécution de la clause précitée le Gouvernement Impérial Ottoman s'engage de son côté à ne pas s'opposer au passage des navires de guerre par les drétroits à la condition que ces navires ne s'arrêtent dans les eaux des Dardanelles sauf accord.

Bedeutsam für Deutschland ist auch folgender Artikel:

Le développement du réseau ferré de l'Asie mineure à l'est de la ligne de Samsoun—Sivas—Karpout—Diarbékir—Mossoul présentant une importance capitale tant pour les intérêts commerciaux réciproques que pour le maintien des rapports de bon voisinage entre les deux Empires les Gouvernements contractants s'engagent à s'abstenir de toute concurrence nuisible[3] en concluant au préalable une convention pour sauvegarder les intérêts précités et déterminer les points et les conditions de raccordement des lignes de ce réseau.“

Die Worte „s'abstenir de toute concurrence“ sind von Herrn von Tscharykow — was kaum nötig war — dahin erläutert worden, daß nur die Türken mit ihrem eigenen Geld, nicht aber eine fremde Gesellschaft in diesem Gebiet Eisenbahnen bauen dürfen. Der Zweck ist natürlich, den deutschen Eisenbahnbau auf jenem großen Gebiet ebenso auszuschließen, wie dies vertragsmäßig in Persien geschehen ist*[4].

In einem weiteren Artikel verspricht Rußland „die bons offices für die Herstellung guter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Türkei und den Balkanstaaten“ auf Grund des Status quo, eine Schlußbestimmung endlich gibt die Zusage, daß russischerseits die Aufhebung der Kapitulationen ins Auge gefaßt und den finanziellen und wirtschaftlichen Wünschen der Türkei Rechnung getragen werde. Dieser Entwurf, der nach Abschluß den Mächten vorgelegt werden soll, bedarf keines Kommentars. In den Worten, daß Rußland die Türkei auf den „territoires adjacents des détroits“ unterstützen werde, ist die Absicht des Protektorats direkt zugestanden.

Marschall

---

* Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXIX.

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf einer Abschrift der Entzifferung:
[1] Unerhört! wieder werden wir ausgeschloßen!
[2] also Forcirung durch Italien brächte Rußland mit 3 Bund in Conflikt!
[3] wieder sind wir ausgeschloßen!
[4] richtig
Schlußbemerkung des Kaisers auf der Abschrift:
Wenn das Ausschließen Deutschlands Industrie so ungestört weitergeht: Dann werden wir zu den Waffen greifen und uns mit dem Schwert in der Hand durchsetzen müssen also Rüsten!

Nr. 10986

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 407 Pera, den 8. Dezember 1911
Geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 273*.

Der gestern gemeldete Wortlaut des russischen Vorschlags wegen der Meerengen bekundet noch schärfer, als dies bisher bekannt war, daß es sich dabei um einen rücksichtslosen Angriff nicht nur gegen die Türkei, sondern auch gegen Deutschland handelt. Die Abwehr gegen diesen Streich müssen wir aus eigener Kraft führen, ohne uns darum zu kümmern, wie die mit Rußland alliierten Westmächte darüber denken**. Würden die Türken merken, daß unsere Stellungnahme in der Frage davon abhängt, wie man in London und Paris denkt, so würde unser hiesiges Ansehen aufs schwerste erschüttert und auch in diesem Lande die Annahme bestärkt werden, daß die Tripelentente der stärkere und der Zweibund der schwächere Machtfaktor ist. Daß diese Annahme in Europa vielfach Wurzel gefaßt hat, ist der eigentliche Grund der ständigen Kriegsgefahr, in der wir uns gegenwärtig befinden. Wenn Österreich-Ungarn und Deutschland in dieser Frage, in der das „nostra res agitur" gilt, fest zusammenstehen, dann wird der ganze Kriegsspuk mit einem Mal verschwunden sein.

Nach meinem Dafürhalten müssen wir zusammen mit Österreich-Ungarn hier alsbald erklären, daß unsere Regierungen einer Veränderung der bestehenden Verträge, wie sie Rußland beabsichtigt, nicht zustimmen könnten. Man wird sich in Petersburg um so weniger darüber erstaunen können, als der Potsdamer Pakt***, wie er mir

* Siehe Nr. 10984.
** Vgl. dazu das Telegramm Neratows an Iswolsky vom 9. Dezember 1911. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 193f.
*** Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXIX.

amtlich mitgeteilt worden ist — Erlaß vom 6. September 1911 Nr. 597 — von den Russen durch ihr jetziges Vorgehen in der eklatantesten Weise verletzt ist.

Bisher habe ich auf der Pforte erklärt, daß ich keine Instruktion besäße. Weiter kann ich in der Zurückhaltung nicht gehen. Wenn die Türken, die von allen Seiten in ihrer Existenz bedroht sind, sich in der Not an das befreundete Deutschland wenden, so kann ich keine Interesselosigkeit markieren, welche unsere ganze türkische Politik desavouieren und die Türken unfehlbar in das Lager der Russen und der Westmächte treiben würde.

Marschall

Nr. 10987

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 357 Pera, den 4. Dezember 1911
Geheim [pr. 8. Dezember]

Nachdem Rußland in rücksichtsloser Weise die durch den Krieg mit Italien geschaffene überaus schwierige Lage der Türkei benützen will, um von ihr die Lösung der Meerengenfrage zu erzwingen, so wird es von Interesse sein, dieses Thema etwas ausführlicher zu behandeln. Drei internationale Verträge, der Pariser Vertrag, die Konvention von London vom Jahre 1871 und der Berliner Vertrag enthalten darüber Bestimmungen. Sie statuieren sämtlich das Prinzip der Schließung der Meerengen in Friedenszeiten. Nur über die Modalitäten, unter denen der Sultan Ausnahmen von dem Prinzip gewähren kann, sind in den späteren Verträgen gewisse Änderungen vorgenommen worden. Man wundert sich, wie unter solchen Umständen die Meerengen eine „Frage" bilden können. Das rührt daher, daß Rußland sich, seitdem ihm im Jahre 1871 wieder der Bau einer Flotte im Schwarzen Meer gestattet wurde, beschwert fühlt. Es verlangt, daß die russischen Kriegsschiffe frei die Meerengen passieren, den fremden aber der Zugang versagt bleibe. Mit anderen Worten, das Schwarze Meer soll für die russische Kriegsflotte mare liberum, für diejenige der anderen Mächte aber mare clausum sein. Jede andere Lösung ist für Rußland unannehmbar. Die Fortdauer des heutigen Zustandes gilt noch als erträglicher als die Zulassung fremder Kriegsflotten. Daraus folgt, daß jede Großmacht, welche Rußland in der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten bereiten will, bereit sein muß, dasjenige zu bewilligen, was

in diesen Tagen die russische Regierung der Pforte angesonnen hat.

In der Stellung der deutschen Politik zu der Meerengenfrage sind zwei Perioden zu unterscheiden, die eine vor und die andere nach dem Sturze des Fürsten Bismarck. Bekanntlich hat der große deutsche Staatsmann den höchsten Wert auf gute Beziehungen mit Rußland gelegt, während er den nahen Orient als außerhalb unserer politischen Interessensphäre liegend betrachtete und es scharf ablehnte, wegen österreichisch-ungarischer Interessen das Deutsche Reich irgendwie zu engagieren. Aus dieser Gesinnung heraus war Fürst Bismarck allezeit bereit, den Russen bezüglich der Meerengen Konzessionen zu machen. Mit dem Abgang des Fürsten trat gerade in dieser Frage ein vollkommener Umschwung ein. Zwei Momente haben auf diese Wendung einen entscheidenden Einfluß geübt, einmal die größere Intimität in unseren Beziehungen mit Österreich-Ungarn und dann der Umstand, daß Deutschland, anknüpfend an den ersten Besuch Seiner Majestät des Kaisers in Konstantinopel, sich im türkischen Reiche eine politische, militärische und wirtschaftliche Interessensphäre geschaffen hat, welche notwendig auf unsere Haltung zu Rußland einwirken mußte. Die Politik der Bereitwilligkeit, den Russen bezüglich der Meerengen Konzessionen zu machen, war damit zu Ende. —

Ich würde diese Behauptung nicht so apodiktisch aufstellen, wenn ich nicht an der eingetretenen Wendung selbst persönlich beteiligt gewesen wäre. Die Ansicht des Fürsten Bismarck über die Meerengenfrage hatte in dem bekannten Rückversicherungsvertrage mit Rußland den denkbar prägnantesten Ausdruck gefunden. Etwas Weiteres halte ich mich nicht für berechtigt über den Inhalt dieses Geheimvertrages zu sagen, von dem Fürst Bismarck bekanntlich die russischen Leistungen veröffentlicht, aber die deutschen Gegenleistungen verheimlicht hat*. Die Umstände und Motive, welche zur Nichtverlängerung des Vertrages führten, sind mir genau bekannt. Im Jahre 1890, gelegentlich der österreichisch-ungarischen Manöver, ist dem Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Kálnoky von der Sachlage Mitteilung gemacht worden. Damals wurde ein Einverständnis in dem Sinne erzielt, daß eine Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne überhaupt unmöglich sei[1], und daß einer Veränderung der einschlägigen Verträge nur auf Grund eines vorherigen Einverständnisses zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland nähergetreten werden könne[2]. Schriftlich ist dieses Einverständnis meines Wissens nicht niedergelegt worden; daß aber in den siebeneinhalb Jahren, in denen ich Staatssekretär war, an diesen Grundsätzen festgehalten worden ist, dafür darf ich wohl als glaubwürdiger Zeuge

---

* Vgl. dazu Bd. VII, Kap. XLIV, Nr. 1384 ff.

gelten. Nach außen hin ist diese Politik nicht hervorgetreten. Wenn da und dort die Russen gelegentlich die Frage in der Türkei anregten, so haben wir auf türkische Anfragen meist in dem ausweichenden Sinne geantwortet, daß die Entscheidung bei der Gesamtheit aller Mächte stehe und wir alles annehmen würden, was die Pforte mit Rußland frei vereinbare[2]. Wir waren damals, ebenso wie Österreich-Ungarn, durch den englisch-russischen Gegensatz gedeckt und durch das englische Axiom, daß die Meerengen entweder allen oder niemandem geöffnet werden dürften[3].

Daß in der deutschen Politik seit den mehr als vierzehn Jahren, seit denen ich hier Botschafter geworden, bezüglich der Meerengen irgendeine Änderung eingetreten sei, habe ich niemals wahrgenommen. Wiederholt habe ich über die Frage genau ebenso wie in diesen Tagen berichtet und niemals Widerspruch, wohl aber vielfache Zustimmung gefunden. Als mich Fürst Bülow im Dezember 1907 nach Wien sandte, um mit dem Grafen Aehrenthal über die Orientfrage zu sprechen*, sind wir bezüglich der Meerengen rasch zu einer Einigung auf Grund der oben gekennzeichneten Politik gelangt. Für meine bei dieser Gelegenheit gemachten Äußerungen habe ich die Billigung von maßgebender Stelle erhalten[4]. Ich darf daher sagen, daß die deutsche Politik, welche im Jahre 1890 anfing, auch heute noch besteht. Würde damit in der neuesten Zeit gebrochen worden sein[5], so würde ich als Botschafter in Konstantinopel sicher Nachricht erhalten haben.

Nur eine Änderung ist in unserer Politik seit 1890 eingetreten. Anfangs war es vornehmlich die Solidarität mit Österreich-Ungarn und unsere Bundestreue, welche Konzessionen an Rußland verhinderte, heute sind es die im türkischen Reich geschaffenen eigenen bedeutenden Interessen, die einen Rückfall in die einstige Politik ausschließen[2]. Aus den beiden Kaiserreisen heraus hat sich hierzulande jene gewaltige Summe erfolgreicher deutscher Arbeit auf allen Gebieten herausgebildet, die mit der Existenz der Türkei als selbständigen, unabhängigen Staates steht und fällt. Es ist ein vitales Interesse Deutschlands, fremde unentwickelte Länder wirtschaftlich zu erschließen, und die Türkei bietet in dieser Beziehung ein überreiches Feld. In zirka vier Jahren werden wir in der Türkei mehr als 3000 Kilometer Eisenbahnen unter unserer Kontrolle im Betriebe haben. Über viele hundert weitere Kilometer schweben Verhandlungen[6]. Bewässerungsarbeiten, welche sich auf ganze Provinzen erstrecken, sind in deutschen Händen. Um diese wirtschaftlichen Unternehmen und die darin angelegten Hunderte von Millionen wirksam zu schützen, bedarf Deutschland in Konstantinopel einer starken politischen Stellung. Um diese zu erreichen, haben wir den Türken

---

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV, Nr. 7719.

immer wieder aufs neue amtlich erklärt, daß die deutsche Politik für den Status quo im nahen Orient auf dem Boden der bestehenden internationalen Verträge und für die Integrität des türkischen Reiches eintrete[4]. Wir haben zu erkennen gegeben, daß eine militärisch und wirtschaftlich starke und unabhängige Türkei den politischen Interessen Deutschlands dienlich sei, da ein Zusammenbruch der Türkei nur unseren Gegnern Vorteil gewähren würde. Wir haben uns dabei nicht auf Worte beschränkt, sondern auch Taten folgen lassen. Zahlreiche deutsche Offiziere in den verschiedensten Waffen arbeiten seit Jahren an der Verbesserung der türkischen Armee. Überall in derselben sind die deutschen Reglements durchgeführt. Was Generalfeldmarschall Freiherr von der Goltz für die türkische Wehrkraft geleistet hat und noch leistet, ist in der Geschichte des türkischen Heeres mit ehernen Lettern eingeschrieben. Wir haben durch Verkauf von Panzerschiffen die türkische Marine gestärkt*. Die Gefahr erkennend, die von Rußland her droht, haben deutsche Militärs wiederholt der Pforte den Rat erteilt, die Befestigungen des Bosporus zu verstärken. Trotz mancher schwierigen Lagen schätzen die verständigen Türken die Bedeutung der deutschen Freundschaft um so höher, als dieselbe seinerzeit aus dem Munde Seiner Majestät des Kaisers in Damaskus feierlich bestätigt worden ist**[4]. Aus allen diesen Gründen ist unsere politische Stellung in diesem Lande so stark, daß sie selbst durch den italienischen Gewaltstreich gegen Tripolis nicht wesentlich tangiert worden ist.

Man kann diese Politik billigen oder tadeln. Das ist Ansichtssache. Aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Orientpolitik, die wir seit bald 20 Jahren verfolgen, unverträglich ist mit einer Konnivenz gegenüber Rußland in der Meerengenfrage. Wir können nicht jahrelang den Türken von Status quo, von internationalen Verträgen, von Integrität und Unabhängigkeit des türkischen Reiches reden und dann Rußland die Mittel in die Hand geben, die Verträge zu zerschlagen und die Unabhängigkeit des Reichs in Trümmer zu legen[2].

Der Wunsch der Russen ist verständlich, daß ihnen, nachdem sie wieder eine Kriegsflotte im Schwarzen Meere besitzen und offenbar mit der Absicht umgehen, dieselbe wesentlich zu vergrößern, ein Ausgang nach dem Mittelländischen Meere gewährt werde[7]. Das ist unter der Voraussetzung ein billiger Wunsch, daß die Flotten anderer Staaten ebenfalls zum Schwarzen Meere zugelassen werden. Aber gerade das ist es, was Rußland gleichsam als einen Eingriff in seine Prärogative mit Hohn zurückweist. Ausschließlich die russischen

---

* Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXII, Anhang B.
** Vgl. Bd. XII, Kap. LXXXIII, Anhang.

Kriegsschiffe sollen die Meerengen durchfahren. Damit fällt die Maske. Rußland will Herr von Konstantinopel werden[7]. Ich habe noch keinen Kenner der türkischen Verhältnisse gesprochen, der nicht die Durchfahrt der russischen Flotte in jenem exklusiven Sinne für ein unfehlbar sicheres Mittel zu jenem Ziele betrachtet. Liegen erst ein paar Panzerschiffe vor der wehrlosen Hauptstadt, dann ist Rußland politisch und militärisch Meister derselben[8]. Kein Iradee wird dann mehr erscheinen, ohne das Placet des Herrn Tscharykow zu tragen. Und bei der intensiven Zentralisation im türkischen Reiche ist die Macht, welche Konstantinopel beherrscht, Herr und Meister im Lande. Graf Goluchowski hat im Jahre 1903 dem Fürsten Bülow gesagt: „Wenn Rußland in Konstantinopel steht, ist Österreich nicht mehr zu regieren, denn die zentrifugalen Elemente würden es auseinandersprengen." Das Wort enthält keine Übertreibung. Die russische Herrschaft in Konstantinopel wäre ein glänzender, berauschender Erfolg für das Slawentum und der denkbar schwerste Schlag für das Deutschtum, und zwar nicht nur für dasjenige in Österreich-Ungarn, sondern für das Deutschtum im weitesten Sinne. Herrscht Rußland in Konstantinopel, so würden die Deutschen, welche die Ziele unserer Politik erkennend zur Entfaltung ihrer wirtschaftlichen Expansionskraft die Türkei erwählt haben, vor die Alternative gestellt, entweder das Land zu verlassen oder das Produkt ihrer Arbeit russischer Kontrolle zu unterwerfen. Diese Alternative erwähnen, heißt die Unmöglichkeit nachweisen, daß sie jemals gestellt werden wird.

Die heutige Lage ist um so schwieriger, als die Sicherheit, die einstmals bezüglich der Haltung Englands bestand, nicht mehr vorhanden ist[2]. Man sollte freilich glauben, daß ein Inselvolk darauf bestehen würde, daß, wenn eine fremde Flotte aus einem Meere ausfahren darf, der englischen Flotte dasselbe Recht zustehen müsse. Aber die Zeiten haben sich geändert und mit ihnen die Anschauungen. England gehört heute jener aggressiven Erwerbsgenossenschaft[9] an, die man „Tripelentente" nennt. Daraus ergeben sich neue Rechte und Pflichten. Es ist meines Erachtens ausgeschlossen, daß der Genosse Rußland einen politischen Schritt von so ungeheurer Tragweite unternehmen könnte, wenn er nicht im voraus wenigstens für das Prinzip das Placet Englands erhalten hätte[2]. Man wird in London vielleicht kleine Modalitäten, zum Beispiel für den Kriegsfall, vorschlagen, die das Endziel Rußlands nicht alterieren. Frankreich, dessen finanzielle Interessen dringend für die Erhaltung des Status quo in der Türkei sprechen, wird den Mut nicht haben, gegen seinen Alliierten aufzutreten. Italien ist von uns abgeschwenkt und macht gegenwärtig seine Geschäfte mit Rußland. Daß der jüngste russische Vorstoß wegen der Meerengen im Einvernehmen zwischen Petersburg und Rom erfolgt ist[10], gilt mir ebenso zweifellos, als daß die

jüngste Komödie wegen der angeblichen Blockade der Dardanellen* ein abgekartetes russisch-italienisches Spiel war. So stehen wir in der Meerengenfrage einem konzentrischen Angriffe der Tripelentente gegenüber, der zunächst gegen die Türkei zielt, aber auch gegen Österreich-Ungarn und Deutschland gerichtet ist[11]. Die Verteidigung können wir nur führen Schulter an Schulter mit dem verbündeten Österreich-Ungarn und auf dem Boden der bestehenden Verträge. Wenn irgendwo, so ist in diesem Falle eine Interessengemeinschaft des Zweibundes vorhanden[4]. Niemand kann mehr als ich von der Notwendigkeit guter und freundnachbarlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland überzeugt sein, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß jenseits der Grenze dieselbe Gesinnung besteht. Wir haben soeben den Russen eine große Konzession in Persien gemacht**. Will die russische Politik in der Türkei einen ähnlichen Zustand schaffen, wie er in Persien besteht, will sie die politische und wirtschaftliche Stellung, die wir hier einnehmen, zerstören und den türkischen Sultan zu einem Vasallen machen — und das wären die unfehlbaren Konsequenzen, wenn der jüngste Streich gelänge —, so gibt es für uns nur eine Antwort: „Non possumus".[2]

Marschall

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Vorzüglich!
Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Das waren des Kaisers eigene Worte
[2] richtig
[3] richtig
Darauf basirte auch Fürst Bismarck seine Politik.
[4] ja
[5] nein
[6] die in dem neuen der Türkei angebotenen Vertrage verhindert werden sollen!
[7] liegt im Intresse der Entente Cordiale, die ein Gegengewicht gegen Oesterreichs Dreadnoughts haben will!
[8] hat auch mir jeder Türke gesagt
[9] sehr gut
[10] unter Aegide Londons!
[11] nicht unmöglich

Schlußbemerkung des Kaisers:
Sehr gut
Einverstanden

---

* Vgl. Kap. CCXXXV.
** Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXIX.

Nr. 10988

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 358 Pera, den 5. Dezember 1911
[pr. 8. Dezember]

Anlage zu meinem geheimen Bericht vom 4. Dezember*.

Das Verlangen, welches Rußland an die Pforte bezüglich der Meerengen gestellt hat, entspricht genau dem „article séparé" des berüchtigten russisch-türkischen Vertrages von Hunkiar-Iskelessi vom Jahre 1833. Darin wird bestimmt, daß die Dardanellen für alle fremden Flotten geschlossen werden sollten. Dafür garantierte Rußland der Türkei zwar den Fortbestand, aber nicht ihre Machtstellung. Über die Auffassung dieses Vertrages in Europa sagt Rosen (Geschichte der Türkei Bd. I, S. 188): „Präponderanz der russischen Diplomatie in Konstantinopel schien nicht mehr ein entsprechender Ausdruck für das Verhältnis derselben zu dem Divan inmitten der Vertreter der befreundeten Mächte; schon glaubte man die Pforte als bloßen Vasallenstaat ihres nordischen Nachbars ansehen zu müssen."

Die Ausführung des Vertrages hat denn auch diese Anschauung vollkommen bestätigt. An einer anderen Stelle schreibt Rosen (S. 190): „Und was war der Preis, den das Kabinett des Zaren für jene Gewährsleistung der nackten Existenz für sich erwartete? Ebenderselbe, um dessentwillen die Mehrzahl der türkischen Staatsmänner sich schon gegen die russische Kriegshilfe wider Mehmed Ali so heftig gesträubt hatte, die offiziöse Abhängigkeit des Divans, welche wie ein Hemmschuh dem Staatsfuhrwerke sich anlegte und, ohne irgendeinem Übel zu wehren, jeden Fortschritt, jeden wirklichen Aufschwung zunichte machte. War im Divan irgendeine Verbesserung, namentlich im Kriegs- und Festungswesen, aber auch in anderen Materien, die oft weniger sich unmittelbar auf die Berührungen der beiden Mächte bezogen, als sie die Türkei dem sonstigen gebildeten Europa näherbrachten, in Beratung, gleich hatte der russische Gesandte durch seine Spione davon Kunde, und nun erschien der Dolmetscher Fürst Handjery, ein fanariotischer Grieche, Sohn eines aufständischen Hospodaren der Moldau, also ein feindseliger Rajah, den sich die Pforte in seiner amtlichen Stellung gefallen lassen mußte, um namens seines Chefs Auskünfte zu verlangen. Waren diese erteilt — und wie konnten sie je verweigert werden? —, so erfolgte der Regel nach die weitere Botschaft, der Gesandte fürchte,

* Siehe Nr. 10987.

die Sache möchte in Petersburg Mißfallen erregen, und er rate den Ministern, entweder gleich ganz davon abzustehen oder doch die Ausführung zu vertagen, bis er darüber an seinen Hof berichtet habe. Warum? Diese Frage durfte gar nicht gestellt werden, denn sie war eine Beleidigung des so wohlmeinenden Gesandten."

Andere Schriftsteller stimmen mit dieser Darstellung überein. Daß es bei einer neuen Auflage des Vertrages von Hunkiar Iskelessi genau ebenso gehen wird, daß namentlich jeder Versuch der militärischen Stärkung der Türkei sofort unterbunden werden würde, wird wohl von niemandem bezweifelt werden. Anlaß zu dem erwähnten Vertrage gab bekanntlich der Feldzug Mehmed Alis von Ägypten nach Syrien und die völlige Hilflosigkeit, in welcher damals die Pforte sich befand[1]. Offenbar rechnet Rußland darauf, daß die Türkei durch den Krieg mit Italien einem ähnlichen Zustande nahe ist. Als infolge der Annexion von Bosnien und der Herzegowina die politische Lage ernst geworden war, hat Herr Iswolsky ebenfalls, wenn auch nur akademisch und mündlich, den Versuch gemacht, die Lösung der Meerengenfrage auf derselben Basis von den Türken zu erringen[2]. Die Gegenkonzessionen, die man damals anbot, waren wesentlich reichlicher als die jetzigen. (Telegramm aus Pera vom 8. Oktober 1908 Nr. 17*.) Die russische Anregung war mit der kraftvollen Erledigung der bosnischen Frage gescheitert. Damals wurde mir amtlich von Berlin telegraphiert, man stimme ganz meiner Meinung bei, „daß die Öffnung der Dardanellen ein tödlicher Stoß für die Türkei sein würde". (Telegramm vom 13. Oktober 1908, Nr. 213**[3].)

Marschall

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] !!
[2] Doch nicht ganz!
[3] spricht aber nur von England

Nr. 10989

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Privatbrief. Ausfertigung

Pera, den 4. Dezember 1911
[pr. 8. Dezember]

Euere Exzellenz bitte ich um Verzeihung, wenn ich Ihre Zeit mit diesem Schreiben in Anspruch nehme, das in erster Reihe einen

---

* Siehe dasselbe in Bd. XXVI, Kap. CXCV, Nr. 8999.
** Siehe dasselbe in Bd. XXVI, Kap. CXCVI, Nr. 9029.

politischen, aber zugleich auch einen persönlichen Charakter hat. Das Wohlwollen, das mir Euere Exzellenz stets erwiesen haben, ermutigt mich, in voller Offenheit hier zu sprechen. Es handelt sich um den jüngsten Vorstoß der Russen in Konstantinopel, also kurz gesagt, um die Meerengenfrage. Der Herr Staatssekretär hat mir den Immediatbericht mitgeteilt, den Euere Exzellenz am 24. November an Seine Majestät erstattet haben*. Ich bitte es mir nicht zu verargen, wenn ich es ausspreche, daß der Inhalt dieses Immediatberichtes mich bestürzt und schmerzlich beeindruckt hat. Dies trifft besonders zu bezüglich des Satzes, daß es „unserer ganzen bisherigen Politik entsprechen würde, Rußland in dieser Sache keine Schwierigkeiten zu machen." Wenn man Rußland keine Schwierigkeiten bezüglich der Meerengen machen will, so kann dies nur heißen, daß es der bisherigen Politik entspräche, die Lösung anzunehmen, welche für Rußland allein akzeptabel ist, nämlich die freie Durchfahrt der russischen Flotte und die Schließung der Meerengen für alle anderen Flotten. Wenn es in der Tat der ganzen bisherigen Politik entsprochen hätte, in dieser Beziehung Rußland nachzugeben, so hätten wir niemals die Orientpolitik speziell gegenüber der Türkei verfolgen dürfen, die schon seit bald 20 Jahren im Gange ist. Denn diese Politik beruht auf dem Gedanken, die Türkei als unabhängiges Staatswesen in seiner territorialen Integrität zu erhalten und dieselbe militärisch und wirtschaftlich zu stärken. Die russische Meerengenpolitik dagegen verfolgt das direkt entgegengesetzte Ziel, die Türkei zu zertrümmern und den Sultan zu einem russischen Vasallen zu degradieren. Die Unvereinbarkeit der beiderseitigen Bestrebungen bedarf keiner Ausführung. Und nun bitte ich Euere Exzellenz, mir zu verzeihen, wenn ich als alter Beamter des Auswärtigen Amts es ausspreche. Die oben angezogene Stelle aus dem Immediatberichte beruht insofern auf einem Irrtum, als die dort erwähnte Politik mit dem Sturze des Fürsten Bismarck ihr Ende fand und durch den Grundsatz abgelöst wurde, daß wir Konzessionen an Rußland bezüglich des Orients nur im Einverständnis mit Österreich-Ungarn machen werden. Der Satz ist schriftlich nicht fixiert, aber eine selbstverständliche Konsequenz unserer Beziehungen zu unserem Verbündeten.

In einem Geheimberichte, den ich heute erstatte**, sind die bezüglichen Vorgänge historisch entwickelt. Was meine persönliche Beteiligung an dem Umschwunge unserer Politik bezüglich der Meerengen betrifft, so gestatte ich mir Euerer Exzellenz vertraulich folgendes zu sagen. Als nach dem Sturze des Fürsten Bismarck von mir

---

* Siehe Nr. 10976.
** Siehe Nr. 10987.

als Staatssekretär an Stelle Herbert Bismarcks die Rede war, erfuhr ich von dem geheimen Rückversicherungsvertrag mit Rußland, der kurz darauf ablief, und dessen Verlängerung Rußland begehrt hatte. Diesen Vertrag zeigte mir damals Herr von Holstein. Als ich da las, daß wir den Russen in ziemlich unverblümten Worten die Meerengen und Konstantinopel als Gegenleistung für die russische Neutralität in gewissen Kriegsfällen zusagten, habe ich Holstein erklärt, daß ich das Amt des Staatssekretärs nicht annehmen werde, wenn dieser Vertrag verlängert werde, und dies damit begründet, daß ich darin eine Untreue gegen Österreich-Ungarn erblickte. Ich habe beigefügt, daß ein großer Mann wie Bismarck auch mit solchen komplizierten Instrumenten arbeiten könne, ich als einfacher Mensch dagegen außerstande sei[1], einen solchen Vertrag, wenn er je bekannt werde, unserem Verbündeten gegenüber zu rechtfertigen. Caprivi war derselben Ansicht. Noch viel schärfer hat Seine Majestät den Vertrag verurteilt. Euere Exzellenz werden mir nach diesem Vorgange, der meinen Eintritt ins Auswärtige Amt markierte, glauben, daß in den siebeneinhalb Jahren, in denen ich Staatssekretär war, irgendeine Neigung, den Russen bezüglich der Meerengen Konzessionen zu machen, nicht bestand, vielmehr die direkt entgegengesetzte Richtung maßgebend war. Daß unter Bülow in den Ansichten eine Änderung eintrat, ist mir niemals bekannt geworden. Als Botschafter in Konstantinopel, der über die Meerengen viele Berichte geschrieben hat, müßte ich gemerkt haben, wenn eine Änderung eingetreten wäre. Ich habe im Gegenteil aus schriftlichen Erlassen und in mündlichen Unterredungen die Überzeugung gewonnen, daß bezüglich der Meerengen an dem Entschluß, stets in engster Fühlung mit Österreich-Ungarn vorzugehen, festgehalten wurde.

Wenn ich in meinen verschiedenen Berichten die Behauptung aufstellte, daß Rußland, wenn es mit seinem Ansinnen durchdringt, Herr und Meister von Konstantinopel würde und damit die Zertrümmerung des türkischen Reiches eingeleitet würde, so bitte ich nicht zu glauben, daß ich irgendwie übertreibe. Auch an der Behauptung halte ich fest, daß in dem Augenblicke, da die russische Flotte mit Ausschluß derjenigen der anderen Mächte die Meerengen befahren würde, unsere politische Stellung dabei rettungslos zusammenbrechen würde, und damit eine zwanzigjährige, erfolgreiche deutsche Arbeit. Es wäre das ein politischer Zusammenbruch[2], wie ihn kaum jemals eine Macht ohne vorherigen unglücklichen Krieg erlitten hat. —

Euere Exzellenz werden nach vorstehenden Ausführungen und nach Durchsicht meines Geheimberichts die Gefühle würdigen, welche mich bei Lesung des Immediatberichts vom 24. November erfaßt haben. Dieser Bericht führt mich in einen Anschauungskreis, der mir in den 22 Jahren, in denen ich dem Auswärtigen Amte an-

gehöre, vollkommen fremd geblieben ist[3]. Ich kenne denselben als historische Reminiszenz unter Fürst Bismarck, da die Westmächte gegen die russischen Aspirationen im Orient standen, während sie heute gemeinsame Sache mit Rußland machen. Euere Exzellenz werden mir glauben, daß ich in der jetzigen ernsten Lage die Schwierigkeiten nicht vermehren will, und daß mich nicht nach den traurigen Lorbeeren des Herrn von Lindequist* gelüstet. Aber Euere Exzellenz werden verstehen, daß ich in dieser Frage, die an Bedeutung allerersten Ranges ist, nicht eine Politik aufgeben kann, die ich während 22 Jahren mit Herz und mit tiefster Überzeugung verfochten habe. Soll nunmehr das Prinzip zur Durchführung gelangen, daß wir „Rußland bezüglich der Meerengen keine Schwierigkeiten machen", so müßte ich bitten, das hiesige Amt einem anderen zu übertragen. Ich müßte, um irgendeine Nachgiebigkeit gegen russische Wünsche den Türken mitzuteilen, alles desavouieren, was ich ihnen seit über 14 Jahren gesagt habe. Euere Exzellenz als Edelmann werden mir nachfühlen, daß ich das nicht kann, ohne meiner amtlichen Würde und meiner persönlichen Ehre etwas zu vergeben. —

Marschall

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Das stimmt denn doch nicht ganz laut Akten!
[2] !!
[3] er hat eben unsere Politik nie erfaßt

Nr. 10990

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 276 Berlin, den 8. Dezember 1911
Geheim

Mit Bezug auf Telegramm Nr. 407** und Privatbrief***.
Wir haben unserer Haltung noch in keiner Weise präjudiziert und uns in Fühlung mit Österreich-Ungarn gehalten. Sie erhalten ausführliche schriftliche Darlegung. Bis dahin bitte ich Ew. pp., sich jeden Schritts in der Sache zu enthalten.

v. Bethmann Hollweg

---

* Staatssekretär des Reichskolonialamts, der im Verlauf der zweiten Marokkokrise zurücktrat; vgl. Bd. XXIX, Kap. CCXXX.
** Siehe Nr. 10986.
*** Siehe Nr. 10989.

Nr. 10991

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 277 Berlin, den 10. Dezember 1911

In Meerengenfrage, in der Ihnen Erlaß zugehen wird, handelt es sich zunächst um russischen Antrag an Türkei. Dieser steht also zunächst Annahme oder Ablehnung zu. Erst im Falle einer russisch-türkischen Verständigung werden wir berührt und haben zu entscheiden, ob unsere Interessen ein Veto als Signatarmacht erfordern, insbesondere wenn direkte deutsche Interessen tangiert werden wie in dem von Euer Exzellenz angedeuteten Eisenbahnabkommen.

Nach Wiener Mitteilungen steht österreich-ungarische Regierung auf demselben Standpunkt.

Wir können uns nicht zum Verteidiger türkischer Interessen aufwerfen, die Türkei selbst preiszugeben geneigt wäre. Wir müssen also nicht vor, sondern hinter der Türkei stehen nach Maßgabe unserer Interessen.

Es scheint, daß ganze Frage in türkischen Kreisen zu nervös beurteilt wird. In Meerengenfrage haben Ansichten der Mächte wiederholt gewechselt, so 1878, 1885 und 1902. Ich stelle daher anheim, dort beruhigend zu wirken; dies dürfte um so mehr unsern Interessen entsprechen, als die bekannt gewordenen Äußerungen des Ministers Sasonow in Paris* durchaus nicht auf ein aggressives Vorgehen der Tripelentente in dieser Frage schließen lassen.

v. Bethmann Hollweg

Nr. 10992

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 367 Wien, den 9. Dezember 1911
[pr. 11. Dezember]

Graf Aehrenthal sagte mir heute: Nun, die Russen machen ja eigentümliche Sachen in der Dardanellenfrage. In Paris erklärte Sasonow, Rußland wolle keinerlei amtliche Schritte in dieser Frage

* Der russische Außenminister Sasonow, der am 6. Dezember nach langem Aufenthalt in Davos in Paris eingetroffen war, hatte hier am 8. eine Unterredung mit

unternehmen, und gleichzeitig verhandle es in Konstantinopel mit den Türken. Rußland scheine den Türken so etwas wie ein allgemeines Protektorat über die Türkei angeboten zu haben. Was dabei herauskomme, und ob man in Konstantinopel in irgendeiner Form auf die russischen Anerbietungen eingehen werde, sei zurzeit

---

dem Chefredakteur des „Matin" Stéphane Lauzanne, die dieser im „Matin" vom 9. veröffentlichte. Danach hätte Sasonow hinsichtlich der Dardanellenfrage erklärt: „Il n'y a pas de ‚question des Dardanelles', comme on l'imprime chaque jour un peu partout. Une ‚question' au sens diplomatique du terme, suppose en effet une demande formulée par un gouvernement ainsi que des démarches ou des négociations. Or la Russie ne demande rien n'a entamé aucune négociation ni tenté aucune démarche. Les Dardanelles sont la porte — une porte un peu étroite — par laquelle s'écoule tout le commerce de la Russie méridionale. Il importe au premier chef que cette porte reste ouverte. Tout recemment on a pu craindre que la guerre italo-turque eût pour résultat d'y mettre un cadenas. Les Turcs avaient même parlé de pousser le verrou. La Russie s'est contenté d'attirer l'attention des diverses puissances européennes sur le fait et de leur rappeler la nécessité de laisser cette porte ouverte à deux battants. Voilà tout. Ce n'est pas là une ‚question'."
Auf seiner Rückreise nach Petersburg, die ihn am Nachmittage des 11. Dezember über Berlin führte, hat Sasonow gegenüber Reichskanzler von Bethmann Hollweg das Interview ausdrücklich als authentisch bezeichnet. Vgl. Nr. 10995. Wieder in Petersburg eingetroffen, hat Sasonow dem österreichischen Botschafter Grafen Thurn zugestanden, daß durch sein Interview die Aktion Tscharykows „bis zu einem gewissen Grade" desavouiert worden sei. Aus dem diplomatischen Schriftwechsel Iswolskys ergibt sich in der Tat, daß Neratow an dem Entwurf zu einem Abkommen über die Dardanellen, das Tscharykow am 6. Dezember Assim Bey überreichte (vgl. Nr. 10985), einiges auszusetzen gehabt hat. Wenigstens schreibt Neratow am 9. Dezember an Iswolsky (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, I, 193 f.), „leider" seien die sechs Punkte des Entwurfs, „deren vollständiger Text seinem Inhalt und seiner Abfassung nach die Tscharykow bereits bekannten Einwände von unserer Seite hervorruft", von dem Botschafter bereits offiziell an Assim Bey übergeben. Wenn aber Neratow in dem Telegramm ausdrücklich erwähnt, daß die sechs Artikel Iswolsky bekannt seien, und wenn Iswolsky selbst in einem Schreiben an Neratow vom 7. Dezember (Stieve, a. a. O., I, 190) bemerkt, daß der von Tscharykow in Konstantinopel unternommene Schritt eine günstige Konjunktur für die Besprechungen über die Meerengen schaffe, so sieht man doch ganz deutlich, wie sehr Iswolsky bei dem Vorgehen Tscharykows die Hand im Spiele gehabt hat, und wie sehr dieses im Prinzip, wenn auch vielleicht nicht ganz in der Form, im Einklang mit der offiziellen russischen Politik stand. Nach einer späteren Angabe des russischen Marineattachés Schtscheglow in Konstantinopel (vgl. Kap. CCXXXVII, Nr. 11 046) wäre Tscharykow bezüglich der Dardanellendemarche „vollkommen durch Petersburger Instruktionen gedeckt gewesen". Daß Sasonow sich in Paris genötigt sah, halbwegs von der in Konstantinopel unternommenen Aktion abzurücken, erklärt sich wohl hauptsächlich aus der Erkenntnis, daß in diesem Augenblick weder England, über dessen Intentionen Sasonow in Paris durch den aus London herbeigeeilten Botschafter Graf Benckendorff ins klare gesetzt wurde (vgl. Nr. 10983), noch selbst Frankreich, das auf Iswolskys dringliche Vorstellungen erst am 4. Januar 1912 in dilatorischer Weise antwortete (vgl. Stieve, a. a. O., II, 22), geneigt war, die russischen Aspirationen auf die Meerengen tatkräftig zu unterstützen.

nicht zu übersehen. Die Türkei sei jedenfalls in schwieriger Lage. In Paris werde man jetzt die Frage erörtern. England scheine sich noch nicht klar aussprechen zu wollen. Frankreich rate den Türken, sich mit Rußland zu verständigen, und Deutschland habe sich völlig desinteressiert. Er könne sich der Auffassung nicht verschließen*, daß es für Österreich-Ungarn gleichgültig sei, ob die Dardanellenfrage im russischen Sinne gelöst werde; auch sei seiner Ansicht nach jetzt nicht der Moment, um diese Frage aufzuwerfen und den Russen jeden Gefallen zu tun.

Tschirschky

Nr. 10993

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an Kaiser Wilhelm II.

Ausfertigung

Berlin, den 11. Dezember 1911

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät überreiche ich ehrfurchtsvollst in der Anlage einen Bericht Euerer Majestät Botschafters in Konstantinopel vom 4. d. Mts.**, betreffend die Meerengenfrage.

Zu den darin enthaltenen Ausführungen Freiherrn von Marschalls bitte ich alleruntertänigst vorläufig die nachstehenden kurzen Bemerkungen machen zu dürfen:

Die ausschließlich an Ort und Stelle gewonnenen Eindrücke lassen Euerer Majestät Botschafter die allgemeine Situation und die sich daraus ergebenden Folgeerscheinungen politischer und wirtschaftlicher Natur zweifellos düsterer erscheinen, als sie sich tatsächlich darstellen. Eine weitere Erklärung für die pessimistische Gesamtauffassung Freiherrn von Marschalls wird auch darin zu suchen sein, daß der neu im Amt befindliche Minister Assim Bey der außergewöhnlich schwierigen Lage nicht immer ganz kaltblütig gegenüberstehen dürfte und seine Nervosität jedenfalls auch auf seine Gespräche mit den fremden Vertretern überträgt.[1]

Gewiß vertritt die deutsche Politik, den Allerhöchsten Direktiven Euerer Majestät folgend, den Grundsatz, daß die Integrität des türkischen Reichs aufrechtzuerhalten ist, aber doch nur insoweit, als die Türkei selbst für diese Integrität eintritt.

Zunächst bitte ich ehrfurchtsvollst darauf hinweisen zu dürfen, daß sowohl nach offiziösen Erklärungen in der russischen Presse als auch nach den von Herrn Sasonow in Paris abgegebenen Versicherun-

---

* sic!; vielleicht falsch entziffert für „anschließen".
** Siehe Nr. 10987.

gen ein amtlicher Schritt Rußlands in der Meerengenfrage in Konstantinopel noch gar nicht erfolgt ist. Es liegt demnach durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß der als außergewöhnlich rührig genugsam bekannte Botschafter Tscharykow sich auf eigene Faust etwas weit vorgewagt hat. Sollte dennoch Herr Tscharykow auf Grund geheimer Instruktionen seiner Regierung handeln, so wird diese sich gewiß nicht scheuen, ihn in irgendeiner Form zu desavouieren, falls die Durchführung des erteilten Auftrags auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen sollte.

Gesetzt den Fall, daß ein formeller Antrag Rußlands auf freie Durchfahrt durch die Meerengen vorliegt, so würde sich die Situation immer noch so darstellen, daß es zunächst ausschließlich Sache der Türkei sein würde, sich zu der russischen Anregung in irgendeiner Form zu äußern, wobei nicht aus dem Auge zu verlieren sein wird, daß eine a-limine-Ablehnung der russischen Wünsche bis auf weiteres immer im Bereich der Möglichkeit liegt. Oder aber, es tritt die andere Alternative ein, und die Türkei und Rußland gelangen zu einem wie auch immer gearteten Abkommen. Dann, aber auch erst dann, würde für uns der Zeitpunkt gekommen sein, zu den getroffenen Abmachungen Stellung zu nehmen[2]. Es kann für uns meines alleruntertänigsten Erachtens nicht in Frage kommen und würde unsere Politik in unerwünschter Weise vorzeitig festlegen, wenn wir schon jetzt, vor derartigen Eventualabmachungen zwischen den beiden Nächstinteressierten, nach einer ganz bestimmten Richtung hin Partei ergreifen und uns damit die Hände binden wollten.

Euerer Majestät Befehlen entsprechend hatte ich es mir angelegen sein lassen, mit der K. und K. österreichisch-ungarischen Regierung in der Frage in dauernder Fühlung zu bleiben, und Herr von Kiderlen hat noch aus seinem gestrigen Gespräch mit Graf Szögyényi feststellen können, daß die vorstehend entwickelten Gesichtspunkte auch für die Politik des Wiener Kabinetts die maßgebenden sind.

Um noch kurz die Frage der Durchfahrt fremder Fahrzeuge durch die Meerengen zu streifen, bitte ich alleruntertänigst darauf hinweisen zu dürfen, daß jene Frage im Grunde von jeher, bald in mehr, bald in weniger akuter Form, strittig gewesen ist. Auch braucht das Erscheinen fremder Kriegsschiffe in den Meerengen in Friedenszeiten an sich durchaus nicht mit zwingender Notwendigkeit den Zusammenbruch der türkischen Herrschaft in Konstantinopel nach sich zu ziehen. Das Recht der Durchfahrt kann mit einer so großen Zahl erschwerender Bedingungen und Formalitäten belastet werden, wie das zum Beispiel bezüglich der sogenannten Freiwilligen Schwarzmeerflotte Rußlands bis 1902 der Fall war, daß jederzeit eine ganze Reihe nicht zu unterschätzender Kautelen nach jener Richtung hin geschaffen werden kann, ganz abgesehen davon, daß die Anwesenheit einiger türkischer

Torpedoboote in den Dardanellen genügen dürfte, um einer Nichtbeachtung der etwa getroffenen Vereinbarungen vorzubeugen.

Falls also Euere Kaiserliche und Königliche Majestät mir nicht anderweitige Befehle zu erteilen geruhen, werde ich Freiherrn von Marschall dahin instruieren, die Frage auch weiterhin nach den bisherigen, von Euerer Majestät Allergnädigst genehmigten Direktiven zu behandeln.

Alleruntertänigst

v. Bethmann Hollweg

Bemerkung Kaiser Wilhelms II. am Kopf des Schriftstücks:
Meine durch 20 Jahre bewährte, durch Marschall vorzüglich vertretene Orientpolitik bleibt absolut aufrecht erhalten. Das ist Stambul und Wien mitzutheilen. Hier hat die Türkei das erste Wort. Es ist nicht anzunehmen, daß sie die Absicht hat Harikiri zu machen W 12/XII 1911

Randbemerkungen des Kaisers:
[1] Die Türkei ist im Anfangsstadium der allmählichen Erstarkung! Das paßt Italien nicht u[nd] Rußland nicht. Weil die Stärkung größtentheils Deutschland zu danken ist, auch England-Frankreich nicht. Welch letzteres sonst auch dabei seinen Vortheil findet. Daher um uns ökonomisch zu ruiniren soll der Stoß gegen Stambul treffen und Italien ihn führen — um uns als Bundesgenossen in den Augen der Türken zu kompromittiren!
[2] Da meiner Ansicht nach — darin stimme ich Marschall zu — die Aktion seitens der Entente Cordiale inszenirt ist, liegt erst recht keine Veranlassung vor für uns Stellung zu nehmen. Der Stoß ist gegen unsre Stellung — auch die Wirthschaftliche — siehe Passus über Eisenbahn gemünzt. Ich habe darunter geschrieben ich würde sie mit dem Schwerte vertheidigen, in Gemeinsamkeit mit den Türken!

Nr. 10994

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 412 Pera, den 12. Dezember 1911
Ganz geheim

Antwort auf Telegramm Nr. 277*.
Für den Herrn Reichskanzler persönlich.

Euere Exzellenz gestatten mir die nachstehenden Bemerkungen:

Der Satz, daß die Meerengenfrage erst zwischen Rußland und der Türkei zum Austrag kommen solle und erst dann die Mächte intervenieren könnten, ist die russische Auffassung, die wir niemals anerkannt haben. Sie läuft darauf hinaus, die schwache Türkei ihrem mächtigen Nachbar zu überlassen mit der Begründung,

---

* Siehe Nr. 10991.

daß die Mächte sich nicht zu Verteidigern von türkischen Rechten aufwerfen könnten, welche die Türkei selbst aufgebe. Diese nun von uns akzeptierte These, welche praktisch eine Preisgabe der Türkei an Rußland bedeutet, ist die direkte Verneinung der Orientpolitik, die wir seit mehr als 20 Jahren verfolgt haben auf der Grundlage, daß die Erhaltung einer militärisch und wirtschaftlich starken Türkei ein eigenes deutsches Interesse bilde. Dank dieser Politik sind wir trotz unserer geographischen Lage, die ein militärisches Einschreiten unsererseits unmöglich machte, ein politischer Machtfaktor geworden. Damit hat es, sobald wir uns jene russische Formel aneignen, alsbald ein Ende.

Was die Regierung Österreich-Ungarns betrifft, so bin ich genau darüber informiert, auf welche Weise unsererseits in dieser Sache prozediert wurde. Wir haben in Wien scharfsinnig vorhergesehene Besprechungen mit Rußland und unsere Sympathie mit den russischen Propositionen geltend gemacht und damit natürlich einen sehr peinlichen Eindruck hervorgerufen. Infolgedessen geht Österreich-Ungarn seine eigenen Wege. Graf von Aehrenthal hat vorgestern dem türkischen Geschäftsträger Muchtar Bey die Erklärung abgegeben, „daß die K. und K. Regierung entschlossen sei, bezüglich der Meerengen an dem bisherigen Rechtszustande festzuhalten, insolange als nicht eine Lösung der Frage gefunden sei, welche den Interessen Rußlands und der Türkei sowie aller anderen Signatarmächte gerecht werde". Markgraf Pallavicini ist beauftragt, dieselbe Erklärung an Assim Bey abzugeben. Die Haltung Österreich-Ungarns, welches bereits prophylaktisch interveniert, steht also in direktem Gegensatz zu der unseren. Die Ermächtigung, gemeinsam mit Österreich-Ungarn eine ähnliche Erklärung abzugeben, ist mir versagt worden. So ist der unglückliche Zustand eingetreten, daß in dieser hochbedeutsamen Frage unser Alliierter sich von uns trennt und wir isoliert dastehen. Dieser Zustand darf, wenn nicht ernste Schäden eintreten sollen, auch nicht tagelang weiterbestehen.

Der Vorgang beweist, zu welchen Konsequenzen unsere neue Orientpolitik führt. Nachdem die Argumente, die ich dagegen geltend gemacht habe, ohne Erfolg geblieben sind, so habe ich Seine Majestät gebeten, mich abzuberufen und in den Ruhestand zu versetzen. Das Demissionsgesuch geht an Euere Exzellenz mit dem heutigen Feldjäger in offenem Kuvert ab*. Ich darf gehorsamst bitten, dessen Genehmigung zu befürworten.

Marschall

---

* Siehe Nr. 10998.

Nr. 10995

Der Reichskanzler von Bethmann Hollweg an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Konzept von der Hand des Staatssekretärs von Kiderlen

Nr. 281 Berlin, den 13. Dezember 1911

Geheim

Zu Telegramm Nr. 412*.

Euerer pp. Rücktritt würde ich nicht nur bedauern, sondern in der jetzigen schwierigen Orientlage bei Seiner Majestät nicht befürworten können, und ich bitte daher, mich durch telegraphische Nachricht davon zu entheben, das Gesuch Seiner Majestät vorzulegen und dessen Ablehnung zu erbitten. Euere Exzellenz werden sich nicht verhehlen, in welche schwierige Lage Sie nicht nur die Kaiserliche Regierung, sondern auch Seine Majestät selbst durch Ihren Rücktritt in diesem kritischen Momente bringen würden. Tatsächlich kann ich auch in der von uns befolgten Politik keinen Anlaß für Ihren Rücktritt erkennen, da nach meinem Dafürhalten keine der Euerer Exzellenz erteilten Instruktionen geeignet war, die durch Ihre Verdienste in Konstantinopel geschaffene Stellung Deutschlands zu erschüttern. Wir haben auf eine erste allgemeine russische Anfühlung hier nach Verständigung mit Österreich-Ungarn ebenso wie dieses wohlwollende Prüfung eines eventuellen russischen Antrags zugesagt. Wenn wir nachher, als Rußland die Frage in Konstantinopel anregte, zunächst den Erfolg einer vorauszusehenden ablehnenden Antwort der Pforte abwarteten, so hat uns hierin der Erfolg recht gegeben; das von Herrn Sasonow selbst mir als authentisch bezeichnete Interview im „Temps“ vom 9. d. Mts.** hat dem russischen Vorgehen ein wenigstens vorläufiges Ende bereitet — wahrscheinlich wohl infolge eines durch Graf Benckendorff übermittelten englischen Wunsches.

Die letzte von Graf Szögyényi mitgeteilte Instruktion des Grafen Aehrenthal an Markgraf Pallavicini lautete dahin, daß den Türken zu raten sei, die Russen zunächst zu fragen, welche Unterstützung sie der Türkei gegenüber Italien als Gegenleistung für die Durchfahrtserlaubnis gewähren würden. Dies stimmt also mit unserm ersten Gedanken überein, die Türken sollten die Russen zunächst mit ihren Gedanken mehr herauskommen lassen. Von der in Euerer Exzellenz Telegramm erwähnten Instruktion an Ihren österreichischen Kollegen war hier bisher nichts bekannt; sie enthält aber meines Erachtens etwas so Selbstverständliches, daß ich darin keine Trennung

* Siehe Nr. 10994.

** In der Ausgabe des „Temps“ vom 9. Dezember konnte A. Tardieu ein ausführliches Interview Sasonows veröffentlichen, in dem der russische Minister ähnlich wie in dem „Matin“-Interview (vgl. Nr. 10992, Fußnote) die Aufrollung der Meerengenfrage durch Rußland energisch dementierte.

Österreich-Ungarns von uns erkennen kann. Denn sie besagt, daß Österreichs Zustimmung von einer russisch-türkischen Einigung und dem Einverständnis der Signatarmächte abhängig sei. Von diesem Standpunkte sind auch wir in keiner Weise abgewichen. Wenn Euere Exzellenz angeben, daß Ihnen die Abgabe einer ähnlichen Erklärung versagt worden sei, so muß hier irgendein Mißverständnis vorliegen, denn weder von Euerer Exzellenz noch von österreichischer Seite bin ich um Abgabe einer derartigen Erklärung angegangen worden. Ihren Bericht Nr. 357* hat Seine Majestät mit vorzüglich bezeichnet und mit zustimmenden Randvermerken versehen, die auf die seit 20 Jahren befolgte Politik hinweisen, dabei aber ausdrücklich bemerkt, daß für uns keine Veranlassung vorliege, vor einer türkischen Entscheidung auf russische Anträge Stellung zu nehmen.

Ich wiederhole daher meine eingangs an Euere Exzellenz gestellte Bitte, um so mehr, als durch die Sasonowschen Erklärungen die ganze Dardanellenfrage zum mindesten auf absehbare Zeit wieder beseitigt zu sein scheint. v. Bethmann Hollweg

Nr. 10996

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 417 Pera, den 14. Dezember 1911

Geheim

Für den Herrn Reichskanzler persönlich.

Um dem Wunsch Euerer Exzellenz entgegenzukommen, bitte ich, das Gesuch an Seine Majestät zunächst zurückzuhalten, bis meine eingehende Antwort auf Telegramm Nr. 281** eingetroffen sein wird. Euere Exzellenz werden daraus entnehmen, um welchen entscheidenden Punkt es sich noch handelt. Marschall

Nr. 10997

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 418 Pera, den 15. Dezember 1911

Geheim

Im Anschluß an Telegramm Nr. 417***.

Für den Herrn Reichskanzler persönlich.

Der entscheidende Punkt für mich ist, daß wir in der für die Türkei und die hiesigen deutschen Interessen vitalen Frage der Meer-

* Siehe Nr. 10987.
** Siehe Nr. 10995.
*** Siehe Nr. 10996.

engen mit Österreich-Ungarn Hand in Hand gehen, und zwar in einer Weise, die den Türken klarmacht, daß der Zweibund fest zusammenhält. Geschieht dies nicht, ist meine Stellung schwer erschüttert. Sie ist zu stark, um gegenüber fortwährenden Fragen der geängstigten Türken schweigen zu können. Ganz unmöglich wird dies, nachdem mein österreichischer Kollege die gemeldete Erklärung abgegeben hat; schweige ich dann, so wäre dies für all die Türken der strikteste Beweis, daß der Zweibund sich gelockert, daß Deutschland seine Orientpolitik geändert hat und mit den russischen Wünschen sympathisiert — ein glänzender Triumph für Herrn von Tscharykow, der als notorischer Deutschenfeind systematisch, seitdem er hier ist, gegen Deutschland und seinen Verbündeten intrigiert und hetzt.

Nach wiederholter Prüfung des Telegramms Euerer Exzellenz Nr. 281* bin ich zu der Ansicht gelangt, daß in dieser für mich entscheidenden Frage eine weitere Aufklärung nicht mehr nötig ist. In meinem Telegramm Nr. 412** habe ich gemeldet, Markgraf Pallavicini sei beauftragt, folgende Erklärung hier abzugeben, „daß die K. und K. Regierung entschlossen sei, bezüglich der Meerengen an dem bisherigen Rechtszustand festzuhalten, insolange als nicht eine Lösung gefunden sei, welche den Interessen der Türkei und Rußlands sowie denjenigen aller anderen Signatarmächte gerecht werde". Mit Telegramm Nr. 281 mitteilen mir Euere Exzellenz, daß diese Erklärung etwas Selbstverständliches sei und darin nichts stehe, was Österreich-Ungarn von uns trenne. Es wird ferner gesagt, meine Annahme, daß mir die Abgabe einer ähnlichen Erklärung versagt worden sei, beruhe auf einem Mißverständnis. Ich habe daher, da Markgraf Pallavicini seine Erklärung bereits gestern abgegeben hat, heute dem Minister Assim erklärt, „daß die Kaiserliche Regierung in der Meerengenfrage an dem bisherigen Rechtszustande festzuhalten beabsichtige, bis eine Lösung gefunden werde, welche nicht nur den Interessen der Türkei und Rußlands, sondern denjenigen aller Signatarmächte gerecht werde". Der Minister dankte mir und war besonders darüber befriedigt, daß meine Erklärung im wesentlichen derjenigen des Markgrafen Pallavicini entsprach. In allen Nöten ist den Türken stets die Gewißheit, daß der Zweibund fortbesteht, der beste Trost.

Da, wie ich an anderer Stelle berichte, die Meerengenfrage durch Rücknahme des russischen Antrags einstweilen entschieden ist, hat der Befehl Seiner Majestät, daß vor der Entscheidung unsererseits keine Stellung genommen werde, seine Ausführung gefunden.

Die Tatsache, daß Seine Majestät der Kaiser sich mit meinem

---

* Siehe Nr. 10995.
** Siehe Nr. 10994.

Bericht vom 4. d. Mts.* einverstanden erklärt hat, gilt mir als allerhöchste Weisung, die bisherige Orientpolitik in enger Fühlung mit unserem österreichisch-ungarischen Verbündeten fortzusetzen.

Euere Exzellenz darf ich um Rücksendung meines Demissionsgesuchs gehorsamst bitten.

Marschall

Nr. 10998

*Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an Kaiser Wilhelm II.***

Abschrift

Pera, den 11. Dezember 1911
[pr. 16. Dezember]

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät bitte ich allerunterthänigst, mir die Entlassung aus meinem hiesigen Amte und zugleich meine Versetzung in den Ruhestand Allergnädigst bewilligen zu wollen. —

Die Gründe dieses Schrittes sind nicht persönlich, sondern rein politisch. Es hat sich zwischen dem Auswärtigen Amte und mir bezüglich der deutschen Politik im nahen Orient eine Divergenz herausgestellt, die nicht lösbar erscheint. Ihr Ausgangspunkt ist die Meerengenfrage.

Euere Majestät erinnern sich an die Frage der Verlängerung des sogenannten deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages, von welchem später Fürst Bismarck die russischen Leistungen, nicht aber die deutschen Gegenleistungen veröffentlicht hat. In jenem Vertrage waren Rußland eventuell die Meerengen und selbst Konstantinopel zugesagt. Euere Majestät haben die Stipulation als unvereinbar mit der Bundestreue gegen Österreich-Ungarn erachtet, die Verlängerung abgelehnt und davon auf den Manövern von 1890 Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph und dem Grafen Kálnoky Kenntnis gegeben. Seit jener Zeit ist dem Befehle Euerer Majestät entsprechend an dem Grundsatze festgehalten worden, daß bei Anregung der Meerengenfrage oder einer anderen wichtigen orientalischen Frage zunächst eine Verständigung mit dem alliierten Österreich-Ungarn anzubahnen sei. Diese Haltung hat unsere guten Beziehungen zu Rußland niemals gestört.

---

* Siehe Nr. 10987.

** Das mit Anschreiben an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg vom 12. Dezember gesandte Entlassungsgesuch Freiherrn von Marschalls ist dessen Bitte entsprechend (vgl. Nr. 10996, 10997) dem Kaiser nicht vorgelegt worden, sondern wurde, wie aus einem Telegramm des Reichskanzlers an Marschall vom 16. Dezember hervorgeht, im Original an diesen zurückgesandt.

Bekanntlich geht das russische Streben in der Meerengenfrage dahin, daß die in den Verträgen ausgesprochene Schließung der Meerengen — des Bosporus und der Dardanellen — für Kriegsschiffe zwar für die fremden Flotten aufrechterhalten, für die russische Schwarze-Meer-Flotte dagegen aufgehoben werde. Dieser Zustand hat schon einmal während acht Jahre bestanden auf Grund des Vertrages von Hunkiar-Iskelessi vom Jahre 1833, als die Türkei durch den Vormarsch Mehmed Alis von Ägypten gezwungen war, sich in Rußlands Arme zu werfen. Alle Geschichtsschreiber stimmen darin überein, daß während jener acht Jahre der Sultan faktisch russischer Vasall gewesen ist. Daß auch diesmal Rußland das Protektorat über die Türkei beabsichtigt, ergibt sich ganz deutlich aus dem Artikel des Vertragsentwurfs Tscharykows, in dem die russische Regierung sich bereit erklärt, im Falle ihre Flotte die Meerengen passieren würde, auch die „territoires adjacents", unter anderem also die Hauptstadt, unseren Hafen von Haidar-Pascha, den Schlüssel zur Bagdadbahn, und einen Teil der anatolischen Bahn unter ihren Schutz zu nehmen.

Würde Rußland dieses Ziel erreichen, so wäre dies ein berauschender Erfolg für das Slawentum und ein schwerer Schlag für das Deutschtum, vor allem für dasjenige im türkischen Reiche. Dank der kraftvollen Initiative und der Unterstützung Euerer Majestät ist dieses Deutschtum heute ein hochbedeutsamer Faktor in der wirtschaftlichen Erschließung des türkischen Reiches geworden. Trotz unserer geographischen Lage, die ein direktes Einschreiten im nahen Orient verbietet, hat Deutschland sich eine sehr starke politische Stellung erworben. Das ist der Orientpolitik zu danken, die wir bisher befolgt haben, und die in dem Gedanken gipfelte, daß es ein eigenes deutsches Interesse sei, die Integrität des türkischen Reiches, seine militärische und wirtschaftliche Stärke, seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit zu erhalten und zu hüten. Diese Politik hat nicht nur in Worten, sondern auch in Taten ihren Ausdruck gefunden. Ich darf auf die Leistungen des Generalfeldmarschalls Freiherrn von der Goltz und der deutschen Reformer hinweisen. Mit dieser Politik ist jede Konnivenz gegenüber russischen Wünschen in der Meerengenfrage durchaus unerträglich. Zielen doch die Propositionen des Herrn Tscharykow — das kann man ohne Übertreibung sagen — direkt darauf hin, die deutsche Stellung am Goldenen Horn und im türkischen Reiche zu zerstören. —

Meine Erwartung, daß das Auswärtige Amt sich in dieser Frage zunächst mit Österreich-Ungarn, das vitale Interessen an dieser Frage hat, über gemeinsame Schritte zur Selbstverteidigung gegen den auf uns beide gerichteten russischen Angriff verständigen würde, etwa dahin, daß wir die Türken mit der Erklärung beruhigen, daß wir bezüglich

der Meerengen an dem bestehenden Rechtszustande festzuhalten gedenken, — diese Erwartung ist nicht in Erfüllung gegangen. Vielmehr hat man deutscherseits sich zunächst an die Russen gewendet und dann in Wien mit dem Argumente operiert, daß Deutschland zwar nicht gegenüber Rußland gebunden sei, „der Herr Staatssekretär jedoch — was in Petersburg nicht unbekannt sei — die russischen Propositionen in der Meerengenfrage sympathisch aufzunehmen beabsichtige". Dieses Argument hat natürlich in Wien sehr peinlich berührt, denn es wirkt dort mit vollem Recht verletzend, wenn wir uns in einer Orientfrage zuerst mit den Russen benehmen und dann die Besprechungen mit demselben als Pression in Wien verwenden. Das heißt die Axt an die Wurzeln unseres Zweibundes legen.

Die Absichten des Herrn Staatssekretärs, die in Petersburg nicht unbekannt waren, sind natürlich auch in London und Paris bekannt geworden und von dort den hiesigen Vertretern mitgeteilt worden. So hat sich die seltsame Tatsache herausgebildet, daß meine hiesigen Kollegen von den Sympathien des deutschen Staatssekretärs für die russischen Propositionen Kenntnis hatten, der Botschafter Euerer Majestät dagegen nichts davon wußte. Denn mir ist niemals irgendeine amtliche Information über die Besprechung des Herrn Staatssekretärs mit den Russen zugegangen. —

Erst allmählich ist mir bekannt geworden, daß eine durchgreifende Änderung unserer Orientpolitik eingetreten sei. Ich habe dies zunächst dadurch erfahren, daß meine Bitte um Ermächtigung, den Türken gemeinsam mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen zu erklären, daß wir an den bestehenden Verträgen festhalten würden, wiederholt versagt worden ist. Die Grundzüge der neuen Orientpolitik sind mir gestern telegraphisch mitgeteilt. Ich kann dieselben kurz dahin präzisieren, daß unsere hiesige Politik in der Meerengenfrage sich der russischen Auffassung, um mich milde auszudrücken, stark genähert hat.

Euere Majestät bitte ich, mir Allergnädigst zu verzeihen, wenn ich es offen ausspreche, daß ich diese Politik hier nicht vertreten kann. Sie bedeutet eine Verneinung und Auflösung alles dessen, was ich seit mehr als 14 Jahren hier zur Stärkung der deutschen Sache getan habe. Den Intentionen Euerer Majestät gemäß bin ich den Türken ein Freund geworden. Nur weil die Türken dies wissen, ist es mir möglich gewesen, die außerordentlichen Schwierigkeiten, die seit dem italienisch-tripolitanischen Konflikt und der Übernahme des Schutzes der Italiener eintraten, zu überwinden, ohne irgend etwas an meiner Stellung und meinem Einfluß einzubüßen. Die neue Orientpolitik, die mit dem Erbfeind der Türken sympathisiert, zu vertreten, hieße für mich Verrat an dieser Freundschaft üben. —

Welche Ziele man verfolgt, indem man die deutsche Orientpolitik

auf eine neue Grundlage stellt, ist mir nicht bekannt. Sollte dabei der Gedanke vorschweben, durch Gefälligkeiten an Rußland diese Macht von England zu trennen, so würde ich ein sehr übles Prognostikon stellen müssen. Jede Konzession, die wir den Russen gewähren, würde für sie ein Zertifikat bilden dafür, wie ausgezeichnet die englisch-russische Allianz fungiert, und ein Kompelle, sich noch inniger an England anzuschließen. Daß bei solcher Politik unser Bündnis mit Österreich-Ungarn in ernste Gefahr käme, ist klar. Normale Beziehungen zu Rußland, ohne dessen Gunst durch Geschenke erkaufen zu wollen, unverbrüchliches Festhalten am Zweibunde, Fortsetzung unserer bisherigen Orientpolitik und möglichste Anbahnung eines guten Verhältnisses zu England — wenn Deutschland fest und entschlossen diese Politik verfolgt, wird der ganze Spuk von Kriegsgefahr alsbald verschwunden sein.

Euere Majestät bitte ich zu glauben, daß es mir tief schmerzlich ist, aus Allerhöchstderen Dienst zu scheiden. Aber unauslöschlich wird in mir der Dank fortleben für alle die Gnaden, welche Euere Majestät mir während einer zweiundzwanzigjährigen Tätigkeit im Reichsdienste erwiesen haben. —

Nach Niederschrift dieses Immediatberichts teilt mir Graf Pallavicini mit, daß Graf Aehrenthal gestern dem türkischen Geschäftsträger Muchtar Bey die Erklärung abgegeben hat, „die Kaiserliche und Königliche Regierung sei entschlossen, bezüglich der Meerengen am bisherigen Rechtszustand festzuhalten, insolange als nicht eine Lösung der Frage gefunden werde, welche den Interessen Rußlands und der Türkei sowie aller anderen Signatarmächte gerecht werde". Der Botschafter ist beauftragt, dieselbe Erklärung dem Minister Assim Bey zu machen. Die Ermächtigung, gemeinsam mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen eine Erklärung gleicher Art abzugeben, ist mir versagt worden. So hat sich der Zweibund in dieser bedeutsamen Frage getrennt, und Deutschland steht isoliert da! Für unsere Feinde ein sehr erfreuliches Schauspiel! —

(gez.) Marschall

Nr. 10999

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 419 Pera, den 15. Dezember 1911

Wie mir Assim Bey heute vertraulich sagte, war gestern Herr von Tscharykow wieder bei ihm. Auf die Frage des Ministers, wie sich die Erklärungen Sasonows in Paris mit den Demarchen, die der Botschafter hier gemacht habe, vereinigen ließen, erwiderte

letzterer: Sasonow sei schwer krank gewesen, und man habe ihm deshalb nur sehr wenig geschäftliche Mitteilungen gemacht. Offenbar sei ihm die Korrespondenz, die zwischen hier und Petersburg über die Meerengen geführt worden sei, nicht bekannt geworden. Die Vorschläge, die er hier gemacht, seien mit Genehmigung Neratows erfolgt. Da nun aber Herr Sasonow von Paris aus hierher telegraphiert habe, die Sache ruhen zu lassen, so bitte er, den Schritt bezüglich der Meerengen als „non avenu" zu betrachten. Dagegen wünsche er, mit der Pforte die Verhandlungen über die Eisenbahnfragen weiterzuführen.

Ferner sagte mir der Minister, es drohe schon die Gefahr einer neuen Differenz mit Rußland. Herr von Tscharykow habe ihm nämlich erklärt, daß in dem von den Türken zu besetzenden streitigen türkisch-persischen Grenzgebiet auf der Karawanenstraße von Choi nach Diliman und weiter nach Süden jüngst ein Raubanfall gegen einen Russen stattgefunden und die russische Regierung beschlossen habe, alle dortigen Karawanen durch Truppen begleiten zu lassen und zu diesem Zwecke Standquartiere für Soldaten zu errichten. Assim hat dem Botschafter ins Gesicht gesagt: Sie wollen unter diesem Vorwand ein Gebiet, das wir für türkisch halten und wegen dessen wir Persien eine Entscheidung des Haager Schiedsgerichts vorgeschlagen haben, besetzen, um nie mehr herauszugehen. Das können wir nicht zulassen.

Assim Bey war sehr besorgt darüber, daß bei diesem Anlaß es zu Feindseligkeiten kommen könne. Er fürchtete, daß auf dem Umwege der persischen Grenzfrage auch die Meerengenfrage wieder aufs Tapet kommen könne.

Marschall

Nr. 11000

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 420 Pera, den 16. Dezember 1911

Der rumänische Gesandte Herr Misu sagt mir, Herr von Tscharykow habe ihm bestätigt, daß die Meerengenfrage „pour le moment" beiseite gestellt sei, und dabei versichert, daß sie demnächst wieder aufs Tapet kommen werde. Rußland müsse mit seinen Kriegsschiffen ins Mittelmeer kommen. Es handele sich hier also um eine Mittelmeerfrage. Nach dem Vorgang Marokkofrage, in welcher Deutschland und Frankreich zuerst sich verständigten und dann erst die anderen Signatarmächte der Algecirasakte gefragt wurden, müßten auch in diesem Falle zunächst Rußland und Türkei einig werden.

Dann würden zunächst England und Frankreich als Mittelmeerstaaten ihre Interessen geltend machen können. Österreich-Ungarn und Deutschland seien an der Frage viel weniger beteiligt. Deutschland habe nur wirtschaftliche Interessen, für deren Wahrung Sicherheiten gegeben werden könnten.

Das Programm, den Marokkovertrag formell und materiell zum Muster für die Meerengenfrage zu nehmen, ist auch von Herrn Sasonow in Paris verkündet worden und darum beachtenswert. Dasselbe ist bezüglich Österreich-Ungarns aber und bezüglich Deutschlands von einer geradezu rührenden Naivität. Wir sollen uns politisch hier desinteressieren und dafür die russische Garantie für unsere wirtschaftlichen Interessen erhalten. Das wäre das bekannte „Offene Tor", aus dem wir zuerst politisch und dann auch wirtschaftlich hinausbefördert werden sollen. Wer in der Türkei sich wirtschaftlich frei entfalten will, muß eine politische Stellung in dem Land haben. Geht uns dieselbe verloren, so ist es auch mit der wirtschaftlichen Erschließung ein Ende, namentlich dann, wenn Rußland das Protektorat über dieselbe zufällt.

Wenn Rußland mit seiner Flotte ins Mittelmeer will, so mag es anderen Flotten den Zugang zum Schwarzen Meer gestatten. Der Widerstand der Westmächte gegen die russische Lösung der Meerengenfrage ist erloschen oder doch dem Erlöschen nahe. Um so fester müssen diejenigen Mächte zusammenstehen, die ein Interesse an der Unabhängigkeit und Selbständigkeit des türkischen Reiches haben.

Marschall

Nr. 11001

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 340 St. Petersburg, den 15. Dezember 1911
[pr. 17. Dezember]

Ebenso wie Herr Sasonow es in Paris getan hat, versicherte Herr Neratow schon in der vorigen Woche, daß Rußland nicht daran denke, die Meerengenfrage aufzurollen, und daß alle gegenteiligen Nachrichten auf Erfindungen der Presse beruhen. Die Frage sei lediglich rein akademisch von den russischen Vertretern bei den Kabinetten der Großmächte mit den betreffenden Ministern erörtert worden, wobei sich erfreulicherweise eine im allgemeinen günstige Aufnahme der russischen Wünsche ergeben hätte. Natürlich könne im gegenwärtigen Augenblick von einer Verwirklichung dieser Wünsche nicht die Rede sein, da man von der Türkei jetzt nicht erwarten

könne, daß sie sich bereit erkläre, jetzt in Verhandlungen über die gedachte Frage zu treten.

Diese Sprache schien mir einigermaßen von derjenigen verschieden zu sein, die Herr Neratow noch vor einigen Wochen führte, als er auf meine Bemerkung, daß eine längere Dauer des Krieges zwischen Italien und der Türkei leicht verschiedene Fragen aufrollen könnte, diese Gelegenheit ergriff, um mir mit Eifer den Wert, den das Recht der freien Durchfahrt durch die Meerengen für Rußland haben würde, auseinanderzusetzen*. Die damaligen Äußerungen des Herrn Neratow klangen beinahe so, als gäbe man sich hier der Hoffnung hin, daß nunmehr der Augenblick für eine Lösung der Meerengenfrage im Sinne der russischen Wünsche gekommen sei. Die neuerdings von Herrn Neratow geführte Sprache erweckt dagegen eher den Eindruck, als ob man bei Lösung des Problems auf vorläufig unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen sei und aus diesem Grunde nicht zugeben wolle, daß der Plan, die Frage jetzt aufzurollen, überhaupt bestanden hat.

Bei der reservierten Art des Herrn Neratow ist es sehr schwer, den wirklichen Sachverhalt festzustellen und insbesondere auch darüber Klarheit zu erlangen, ob Herr Tscharykow amtlich beauftragt war, in Konstantinopel Schritte in der Meerengenfrage zu tun, oder ob er auf eigene Faust gehandelt hat. Ich möchte aber das erstere für wahrscheinlich halten.

F. Pourtalès

Nr. 11002

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 421 Pera, den 18. Dezember 1911

Vertraulich

Der frühere Großwesir Hilmi Pascha, dem ich heute einen Gegenbesuch machte, erzählte mir vertraulich, Herr von Tscharykow sei gestern lange Zeit bei ihm gewesen und habe gesucht, ihn für ein türkisch-russisches Abkommen in der Meerengenfrage zu interessieren. Derselbe habe ihm die großen Vorteile auseinandergesetzt, welche ein Vertrag, wie ihn Rußland vorgeschlagen habe, für die Türkei biete, und dabei bemerkt, man solle sich dabei den Vorgang in Marokko zum Vorbild nehmen, wo die zwei meistinteressierten Staaten sich verständigt und dann den übrigen Vertragsmächten Kenntnis gegeben hätten.

Hilmi Pascha hat erwidert, das Beispiel mit Marokko treffe nicht zu. Dort habe es in der Tat nur zwei Interessenten gegeben, während

* Vgl. Nr. 10970.

die anderen Signatarmächte sich schon vorher mehr oder weniger desinteressiert hätten. Hier liege die Sache ganz anders. Die Meerengenfrage sei keineswegs eine russisch-türkische Frage, vielmehr bilde der Verschluß der Meerengen gegen Kriegsschiffe ein europäisches Prinzip, an dessen Umstoßung oder Modifikation alle anderen Signatarmächte der bezüglichen Verträge ein teilweise sehr großes Interesse besäßen. Die Pforte müsse danach jede Sonderdiskussion mit Rußland a priori zurückweisen, da ihr jede Befugnis fehle, über ein „europäisches Prinzip" mit Rußland in Verhandlungen einzutreten. Auch wolle er dem Botschafter nicht verhehlen, daß er im Widerspruch zu dessen Ansicht eine Verständigung in dem von Rußland gewünschten Sinne als überaus nachteilig für die Türkei betrachte. Auf die Frage Herrn von Tscharykows nach den Gründen verwies Hilmi Pascha auf das 1910 erschienene Buch von Goriainow „Le Bosphore et les Dardanelles" (Paris, Plon), worauf der Botschafter erwiderte: „Mais c'est de l'histoire et pas de l'actualité." In dem Buch wird nämlich, wie mir Hilmi Pascha sagt, direkt ausgeführt, daß der Zweck der Russen bei Anregung der Meerengenfrage „la tutelle sur la Turquie" sei.

Auf meine Frage, wie er sich die Stellung Englands zu der Frage denke, erwiderte mir Hilmi Pascha, schon zur Zeit seines Großwesirats habe sich dieselbe dahin präzisieren lassen: „Wenn die Türkei Rußland in der Meerengenfrage Konzessionen macht, werden wir keinen Widerspruch erheben, wir werden aber niemals einen Druck auf die Türkei ausüben, daß sie Rußland nachgibt." In ähnlichem Sinne hat sich nach den Berichten Tewfik Paschas das Londoner Kabinett auch diesmal geäußert.

Es ist doch ungemein charakteristisch, daß, während Herr Sasonow fortfährt, Herrn von Tscharykow öffentlich zu desavouieren, letzterer ruhig weitermacht und nun bereits Hilmi Pascha, der viele Chancen hat, demnächst wieder Großwesir zu werden, in einer Frage bearbeitet, die nach dem Ausspruch seines Chefs gar nicht existiert.

Marschall

Nr. 11003

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 423 Pera, den 19. Dezember 1911

Herr von Tscharykow war gestern wieder auf der Pforte und hat in Abwesenheit des Ministers dem Unterstaatssekretär* folgende Erklärung diktiert: seine jüngste Mitteilung, daß die Verhandlungen

* Ohannes Bey Chauyoumigian.

über die Meerengenfrage nicht fortgeführt werden sollten, habe nicht die Bedeutung, daß damit auf eine Antwort seitens der Pforte verzichtet werde. Vielmehr sei eine solche Antwort sehr erwünscht. Würden die Verhandlungen über die Meerengen eingestellt werden, so könne man zwar über die in dem russischen Entwurf vorgesehenen Eisenbahnfragen weiter diskutieren, dagegen ständen die Artikel über die Kapitulationen und die finanziellen Wünsche der Türkei mit der Meerengenfrage in engem Zusammenhang.

Assim Bey, dem ich vorstehende Mitteilungen verdanke, sagte mir, er betrachte diese Demarche lediglich als eine Drohung, daß, wenn den russischen Wünschen bezüglich der Meerengen nicht stattgegeben werde, die Pforte Gewährung der vierprozentigen Zollerhöhung* nicht zu erwarten habe.

Marschall

Nr. 11004

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 344 St. Petersburg, den 19. Dezember 1911

Bei einer Unterredung, die mein österreichisch-ungarischer Kollege mit Herrn Sasonow hatte, und bei welcher auch die Rede auf die Meerengenfrage kam, äußerte sich der Minister über dieses Thema in ähnlicher Weise wie in seinem Interview mit einem Mitarbeiter des „Temps“**. Herr Sasonow erwähnte dabei die zahlreichen Erörterungen in der Presse über den angeblichen Schritt Rußlands in Konstantinopel und bemerkte, daß jetzt behauptet werde, er habe den russischen Botschafter am Goldenen Horn desavouiert. Er könne, fügte der Minister hinzu, nicht leugnen, daß dies bis zu einem gewissen Grade richtig sei[1]. Herr Tscharykow sei ein sehr fähiger und eifriger Botschafter, aber ein großer Optimist, welcher immer glaube, daß seine Gedanken und Pläne sich sofort durchführen ließen.

Die Äußerungen des Ministers lassen erkennen, daß der russische Vertreter in Konstantinopel in der Meerengenfrage seine Instruktionen überschritten haben dürfte. Daß Herr Tscharykow aber ganz selbständig, ohne Wissen des hiesigen Ministeriums, gehandelt hat, möchte ich nach wie vor bezweifeln.

Herr Sasonow hat sich übrigens bei dieser Gelegenheit dem Grafen Thurn gegenüber nicht unfreundlich über die Türkei ausgesprochen.

F. Pourtalès

Randbemerkung Kaiser Wilhelms II.:
[1] Natürlich!

* Vgl. dazu auch Bd. XXXI, Kap. CCXLV nebst Anhang.
** Vgl. Nr. 10995, Fußnote **.

Nr. 11005

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen für den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Abschrift*

Berlin, den 21. Dezember 1911

Weisungsgemäß beehre ich mich die Euerer Exzellenz bekannten Vorgänge während der jüngsten Phase der Meerengenfrage im nachstehenden kurz zusammenzufassen.

Am 18. November teilte mir der russische Botschafter vertraulich mit, seine Regierung beabsichtige, mit der Türkei in Verhandlungen einzutreten, um, wenn möglich, für die russischen Kriegsschiffe die Erlaubnis zur Durchfahrt durch die Meerengen zu erwirken**. Zugleich fragte er an, wie wir uns zu diesem Vorhaben stellten. Ich habe Graf Osten-Sacken für seine Mitteilung gedankt und hinzugefügt, daß nach meiner persönlichen Meinung eine russisch-türkische Verständigung kaum auf Widerspruch bei uns stoßen würde, daß jedoch vor endgültiger Beantwortung seiner Anfrage zunächst die Weisung Euerer Exzellenz und Seiner Majestät des Kaisers eingeholt werden müßte.

Mit allerhöchstem Einverständnis traten wir am 19. November durch Grafen Szögyényi und Herrn Tschirschky an Graf Aehrenthal heran, um uns mit ihm über die Rußland zu erteilende Antwort zu einigen***. Wir waren, wie wir in Wien erklären ließen, an sich geneigt, der russischen Regierung zu sagen, wir würden, wenn sich Rußland mit der Türkei über die Meerengenfrage verständigte, einer solchen Vereinbarung keinen Widerstand entgegensetzen. Diese von der allerhöchsten Stelle gebilligte Haltung deckte sich mit der Willensmeinung, die Seine Majestät der Kaiser auch nach dem Erlöschen des Rückversicherungsvertrages mit Rußland wiederholt zu erkennen gegeben hatte, und die dahin ging, daß wir uns wegen der Meerengenfrage nicht gegen das Zarenreich vorschieben lassen dürften. Wir wußten, daß unsere Auffassung den früher geäußerten Ansichten des Grafen Aehrenthal entsprach, legten aber, um auch in dem neuen Stadium der Angelegenheit in engster Fühlung mit der verbündeten Monarchie zu bleiben, Wert darauf, durch eine ausdrückliche Anfrage festzustellen, ob das Wiener Kabinett die russische Demarche im gleichen Sinne zu beantworten geneigt sei.

Graf Aehrenthal erwiderte †, er sei weit davon entfernt, Rußland irgendwie abzuweisen, und hoffe, den russischen Wünschen im

---

* Laut einer Aktennotiz findet sich das Original der Aufzeichnung in der Reichskanzlei.

** Vgl. Nr. 10971.

*** Vgl. Nr. 10973.

† Vgl. Nr. 10977.

weiteren Verlauf der Konversation nachkommen zu können; er wünsche aber nicht sofort zustimmend zu antworten, sondern wolle versuchen, sich zunächst durch freundschaftliche Aussprache mit Petersburg eine Gegenleistung zu sichern. Darum beschränkte er sich darauf, Herrn von Giers auf seine vertrauliche Sondierung zu antworten, er werde, sobald Rußland eine formelle Anfrage stelle, diese nach den Gesichtspunkten der guten Beziehungen prüfen, die zwischen Petersburg und Wien beständen.

Um uns von Österreich-Ungarn nicht zu trennen, haben wir uns dem Vorgehen des Grafen Aehrenthal angeschlossen und dem Grafen Osten-Sacken erklärt, es sei der russischen Regierung bekannt, daß wir ihr in der Meerengenfrage keine Schwierigkeiten zu bereiten wünschten und einen amtlichen Antrag wohlwollend prüfen würden, wir müßten aber vor definitiver Stellungnahme eine genauere Formulierung der russischen Wünsche abwarten.

Rußland ist auf seinen Antrag weder hier noch in Wien zurückgekommen.

Am 1. Dezember meldete der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel, der über die Hauptmomente der oben geschilderten Vorgänge von hier aus unterrichtet war (Telegramm Nr. 264 vom 22. 11. und Erlaß Nr. 838 vom 26. 11.), daß Herr von Tscharykow dem türkischen Minister positive Vorschläge unterbreitet habe und die Pforte hierüber in große Bestürzung geraten sei*. Nach Einholung der allerhöchsten Zustimmung wurde Baron Marschall beauftragt, Assim Bey zu raten, er möge Tscharykow zunächst um nähere Erläuterung seines Vorschlags ersuchen und ihn mit seinen eigentlichen Absichten womöglich noch deutlicher hervortreten lassen. Die Bestürzung des Ministers sei uns nicht ganz erfindlich, da es sich vorerst nur um einen einseitigen Vorschlag Rußlands handele, den die Türkei nicht anzunehmen brauche, und zu dessen Verwirklichung überdies die Zustimmung der Mächte erforderlich sei (Telegramm Nr. 271 vom 3. 12.**). Markgraf Pallavicini erhielt, wie Graf Aehrenthal hierher mitteilen ließ, einen entsprechenden Auftrag. Er sollte den Türken gleichfalls nahelegen, scheinbar zunächst auf die Verhandlungen einzugehen und insbesondere Aufklärung darüber zu erbitten, welche Garantien ihnen Rußland im Hinblick auf den türkisch-italienischen Krieg zu geben gedächte.

Die Angelegenheit hat dann durch Zurückziehung des russischen Antrags vorläufig ihre Erledigung gefunden.

---

* Vgl. Nr. 10978.
** Siehe Nr. 10980.

Durch den Dreibundvertrag waren wir nicht verpflichtet, in der Meerengenfrage Hand in Hand mit Österreich-Ungarn zu gehen. Wenn wir es gleichwohl getan haben, so geschah dies, weil es uns praktisch erschien, und weil nach unserer Auffassung ein Zusammengehen mit Wien in wichtigen orientalischen Fragen den engen Beziehungen der verbündeten Monarchien entspricht. Daß Österreich-Ungarn in diesem Punkte weniger diffizil denkt, ergibt sich daraus, daß Graf Aehrenthal in Buchlau, ohne uns zu fragen, Herrn Iswolsky zugesagt hat, Österreich-Ungarn werde den Russen wegen der Dardanellen keine Schwierigkeiten machen. Zur Einlösung dieser Zusage ohne Gegenleistung hielt sich Graf Aehrenthal diesmal nur deshalb nicht für verpflichtet, da sich seitdem die österreichisch-russischen Beziehungen weniger freundschaftlich gestaltet hatten. Grundsätzlich war er auch jetzt zum Entgegenkommen bereit, nur „auf Vorschuß" wollte er Petersburg den Freundschaftsdienst nicht leisten.

Ein Anlaß, im vorliegenden Falle die Führung gegen Rußland zu übernehmen, lag weder für uns noch für Österreich vor, ganz besonders aber nicht für uns. Wir konnten und mußten es den Türken überlassen, zunächst selbst zu dem russischen Ansinnen Stellung zu nehmen, und durften annehmen, daß die erstarkte konstitutionelle Türkei hierzu Manns genug sein würde. Hätten wir der Türkei die aus ihrer staatlichen Unabhängigkeit resultierende Pflicht selbständiger Entscheidung abnehmen wollen, so würden wir uns die Rolle eines Vormunds angemaßt haben, die zur neuen Ära wenig gepaßt hätte und am Goldenen Horn peinlich berühren mußte. Wäre es zur Verständigung zwischen Türken und Russen gekommen, so hätten wir es als Signatarmacht in der Hand gehabt, zur Wahrung etwa gefährdeter deutscher Interessen ein Veto einzulegen. Hätte Rußland einer türkischen Ablehnung gegenüber Anstalten zu machen versucht, um die Pforte durch diplomatische oder militärische Mittel zu vergewaltigen, so wäre für Deutschland und Österreich-Ungarn immer noch Zeit zur Intervention gewesen. Daß weder die eine noch die andere Alternative eintreten würde, das war das Kalkül, auf dem unsere Politik basierte.

Die Tatsachen haben uns recht gegeben. Als Iswolsky während der bosnischen Krise den in Buchlau von Aehrenthal erhaltenen Wechsel in der Meerengenfrage dem Londoner Kabinett präsentierte, holte er sich eine glatte Absage. Ein Grund zu glauben, daß England in der Meerengenpolitik inzwischen eine Schwenkung gemacht habe, bestand nicht; umgekehrt deuteten zuverlässige Nachrichten darauf hin, daß England auch diesmal von Anfang an seine warnende Stimme erhoben hatte. Hiermit stimmt überein die Meldung Baron Marschalls vom 6. Dezember (Telegramm Nr. 403*), wonach Sir E. Grey

---

* Siehe Nr. 10983.

dem türkischen Botschafter gegenüber Rußlands Demarche als deplaciert bezeichnet und die Notwendigkeit der Zustimmung aller Signatarmächte betont hat*. Als Herr Sasonow in Paris eintraf, begab sich von London auch Graf Benckendorff dorthin, um dem Minister persönlich die englischen Bedenken vorzutragen. Das Ergebnis war, daß Sasonow noch von Paris aus Herrn Tscharykow zum Rückzug anwies.

Diese Entwickelung der Dinge zeigt, daß wir lediglich Englands Geschäfte besorgt hätten, wenn wir auf Rußlands erste Sondierung alsbald mit Protest geantwortet hätten. Es ist ein bewährter Grundsatz der englischen Politik, auch in Fragen, die ihr unbequem sind, so lange wie möglich Desinteressement zu heucheln, in der Hoffnung, daß sich andere finden, die für England die Kastanien aus dem Feuer holen und das lästige Projekt zum Scheitern bringen. Hätten wir England diesmal den Gefallen getan, so würden wir Rußlands Zorn gegen uns gelenkt und das Zarenreich immer rettungsloser in die

---

* Auch Frankreich hat (vgl. Nr. 10991, Fußnote) die russischen Wünsche wegen der Meerengenfrage, wie sich aus dem diplomatischen Schriftwechsel Iswolskys ergibt, keineswegs mit großem Eifer unterstützt. Auf den Brief, den Iswolsky am 4. November 1911 unmittelbar nach dem Abschluß des deutsch-französischen Marokkoabkommens an den französischen Außenminister de Selves in der Meerengen- und der chinesischen Frage gerichtet und in dem er in aller Form die Rechnung für die russische Unterstützung Frankreichs in der Marokkoangelegenheit präsentiert hatte (vgl. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis, ed. Fr. Stieve, I, 172ff.), erhielt er erst am 4. Januar 1912 eine schriftliche Antwort, die obendrein ziemlich nichtssagend war. Sie lautete bezüglich der Meerengen (Stieve a. a. O., II, 24): „Ich freue mich, ganz allgemein von neuem Eurer Exzellenz die Erklärungen der französischen Regierung gelegentlich der Ereignisse von 1908 bestätigen zu können, in denen es sich um die Genugtuung handelt, die die russische Regierung in der Frage des Bosporus und der Dardanellen zu verlangen vielleicht sich veranlaßt sehen könnte. Die französische Regierung erklärt sich bereit, hierüber mit der russischen ihre Ansichten auszutauschen, wenn neue Verhältnisse eine Prüfung der Meerengenfrage notwendig machen sollten." Iswolsky bemühte sich zwar, diese evasive Erklärung seinem Chef schmackhaft zu machen (siehe seinen streng vertraulichen Brief an Sasonow vom 11. Januar 1912, Stieve a. a. O., II, 23), aber er riet doch ab, schon jetzt auf Grund des de Selvesschen Briefes förmliche und eingehendere Unterhandlungen über die Meerengenfrage einzuleiten! Erst nachdem Poincaré ans Ruder gelangt war, zeigte sich die französische Regierung zu einer positiven Unterstützung der russischen Dardanellenwünsche bereit. Vgl. das Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 9. Februar 1912: Stieve a. a. O., II, 35. Im November 1912 hat dann Poincaré Iswolsky aus freien Stücken erklärt, daß, wenn Rußland beabsichtigen sollte, die Meerengenfrage aufzuwerfen, Frankreich seinen Alliierten natürlich mit der größten Energie unterstützen würde. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 26. November 1912. Stieve a. a. O., II, 362. Jetzt aber setzte die russische Regierung der Aufmunterung Poincarés die Erklärung entgegen, daß man warten wolle, bis die Frage durch eine Änderung der Verhältnisse von selbst auf die Tagesordnung gestellt werde. Streng vertraulicher Brief Sasonows an Iswolsky vom 28. November 1912. Stieve a. a. O., II, 364 ff.

Arme der Westmächte getrieben haben. Das Ziel, die Türkei zu stärken und unsere Stellung am Goldenen Horn zu wahren, gehört, eingereiht in den Rahmen der Gesamtheit unserer politischen Aufgaben, nach wie vor zu den vornehmsten Grundsätzen unserer Politik und ist von uns auch diesmal nicht aus den Augen verloren worden. Der Wunsch jedoch, uns als Freund der Osmanen zu zeigen, in einer Frage, wo diese unserer Hilfe nicht bedurften, wäre mit einer zwecklosen Verschlechterung unseres Verhältnisses zu Rußland und einer weiteren Kräftigung der Tripelentente zu teuer bezahlt gewesen.

(gez.) Kiderlen

Kapitel CCXXXVII

Die Sasonowsche Vermittelungsaktion
Die Mediation der Mächte in Rom und in Konstantinopel
Dezember 1911 bis April 1912

Nr. 11006

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 346 St. Petersburg, den 19. Dezember 1911

Bei Besprechung der allgemeinen politischen Lage äußerte Herr Sasonow mir gegenüber ernste Besorgnisse wegen der Gefahren, die aus einer Dauer des italienisch-türkischen Krieges bis in das Frühjahr hinein entstehen könnten. Er halte diese Frage im gegenwärtigen Augenblick für die wichtigste und schwierigste und würde dringend wünschen, daß sich alle Mächte zu gemeinsamen Schritten vereinigten, um möglichst bald den Frieden herbeizuführen. „Das wäre eine gute Gelegenheit," rief Herr Sasonow aus, „um einmal gemeinsam zu handeln und zu zeigen, daß die Mächtegruppierungen auch gemeinsame Interessen verfolgen können." Allerdings sei die Frage schwer zu beantworten, wie eine solche gemeinsame Friedensaktion auszuführen wäre, da eine Vermittelung zwischen den beiden kriegführenden Parteien zurzeit ganz aussichtslos erscheine. Beim Nachdenken über diese Frage sei ihm die Idee gekommen, ob nicht die Mächte bei beiden Parteien dahin wirken könnten, daß sie zunächst einmal die Feindseligkeiten einstellten, das heißt einen Waffenstillstand abschlössen. Während dieses Waffenstillstandes könnten dann Italien und die Türkei, ohne einen formellen Friedensvertrag zu schließen, übereinkommen, daß sie ihre Truppen vom Kriegsschauplatz zurückziehen. Auf diese Weise würde tatsächlich der Friedenszustand wiederhergestellt werden. Italien bliebe im Besitze der Oase Tripolis, welche die Türkei ihr doch nicht mehr entreißen könnte, und müßte sich eventuell weiter mit den Arabern herumschlagen, der Türkei bliebe aber die Demütigung erspart, in einem Friedensvertrag in aller Form auf Tripolis zu verzichten.

Herr Sasonow gab zu, daß diese Idee noch sehr durchdacht werden müsse und ohne weiteres vielleicht nicht praktisch verwertbar wäre. Er denke auch nicht daran, einen förmlichen Vorschlag zu machen, er frage sich aber, ob der Gedanke nicht vielleicht in irgend einer Weise einer Friedensaktion zugrunde gelegt werden könnte.

Zu einer solchen Aktion müßte natürlich eine Macht die Anregung geben, und dies führe zu der weiteren Frage, welche Macht diese Aufgabe am besten zu übernehmen haben würde. Rußland könne nicht gut in Frage kommen, da bei Rußland von vornherein weniger freundliche Absichten der Türkei gegenüber vorausgesetzt werden würden. Aber auch eine Macht, die im Rufe stehe, besonders freundlich gegen die Türkei gesinnt zu sein, würde sich nach der Meinung des Ministers zu dieser Rolle nicht eignen. Am besten wäre es, wenn eine ganz neutrale Macht die Führung übernähme, und die anderen sich alsdann anschlössen.

Den ganzen Plan bezeichnete der Minister wiederholt als nicht reif, er halte es aber für dringend wünschenswert, daß die Kabinette der Großmächte nach Mitteln suchten, durch welche der Frieden noch vor Eintritt des Frühjahrs hergestellt werden könnte. Meinem österreichisch-ungarischen Kollegen* gegenüber hat sich Herr Sasonow in ähnlichem Sinne geäußert.

F. Pourtalès

Nr. 11007

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Staatssekretär von Kiderlen, z. Z. in Stuttgart

Ausfertigung

Nr. 4 Berlin, den 30. Dezember 1911

Bezüglich einer eventuellen Friedensaktion der Mächte zur Beilegung des italienisch-türkischen Konflikts hat sich heute Graf Osten-Sacken mir gegenüber in ungefähr demselben Sinne geäußert, wie dies laut beiliegendem Bericht** Herr Sasonow dem Grafen Pourtalès gegenüber getan hat.

Als diejenige Macht, welche als Mandatar der übrigen an die Kriegführenden heranzutreten haben würde, bezeichnete Graf Osten-Sacken ausdrücklich Frankreich, welches ja in der Türkei finanziell in erster Linie interessiert sei.

Die Frage des Botschafters, wie sich die Kaiserliche Regierung zu den Anregungen Sasonows stelle, habe ich dahin beantwortet, daß es mir persönlich im Interesse der allgemeinen politischen Beruhigung und Sicherheit durchaus erwünscht erscheine, wenn, womöglich noch vor dem Frühjahr, eine Beilegung des Konflikts erzielt werden könnte. Die Waffenstillstandsidee liege ja auch bereits seit

* Graf Thurn.
** Siehe Nr. 11006.

einiger Zeit sozusagen in der Luft; ob die Türken sich mit dem Gedanken abfinden würden, ihre Streitkräfte aus Tripolis zurückzuziehen und sich mit einer Geldentschädigung abzufinden, schiene mir allerdings nach Osman Nisamis* Äußerungen nicht unbedingt festzustehen. Diese Fragen würden jedenfalls noch eine eingehende Prüfung nötig machen. Die Anregung, Frankreich die Rolle des Mandatars zu übertragen, schiene mir mancherlei für sich zu haben; vor definitiver Äußerung hierüber wie über den gesamten Komplex der angeregten Fragen überhaupt müsse ich jedoch zunächst noch dem Herrn Reichskanzler eingehend Vortrag halten.

Dem Gedanken, nach erfolgter Einigung der Mächte Frankreich die Führerrolle zuzuschieben, dürften wir meines Erachtens wohl zustimmen können, da die Vermittlerrolle notwendigerweise mit einem gewissen Odium verknüpft sein wird und es unzweifelhaft besser ist, wenn dieses Odium auf Frankreich als etwa auf uns lasten bleibt.

Falls Euere Exzellenz mit diesbezüglichem Vortrag an den Herrn Reichskanzler und demnächstiger entsprechender Rückäußerung an Graf Osten-Sacken einverstanden sind, darf ich um ein hochgeneigtes Telegramm mit dem Wort „Einverstanden" bitten.

Zimmermann

Bemerkung von Kiderlens am Kopf des Schriftstücks:
Ganz einverstanden — die Herrn sollen zunächst einmal in Cospoli sondieren. K.

Nr. 11008

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 353 St. Petersburg, den 30. Dezember 1911

Herr Sasonow kam heute mir gegenüber auf seine Idee eines Versuches zurück, durch eine getrennte, aber gleichzeitig und in gleichem Sinne gehaltene Demarche der Mächte in Rom und Konstantinopel dem Kriege zwischen Italien und der Türkei ein Ende zu machen. Der Minister sagte mir, er habe sich nunmehr entschlossen, seinen Vorschlag den Kabinetten der Großmächte mitzuteilen**. Er

---

* Türkischer Botschafter in Berlin.

** Er hatte es bereits durch ein Zirkularschreiben an die russischen Botschafter in Paris, London, Berlin usw. vom 28. Dezember (Nr. 799) getan, dem am 11. Januar ein erläuterndes Zirkulartelegramm (Nr. 2267) folgte. Beide Schriftstücke, die in einer späteren Zirkulardepesche Sasonows vom 27. Januar (siehe Nr. 11020) zitiert werden, liegen nicht bei den Akten, finden sich auch weder bei v. Siebert noch bei Iswolsky, werden aber in dem diplo-

bat mich, Euerer Exzellenz seine Anregung zur wohlwollenden Erwägung zu empfehlen. Er lege, fügte Herr Sasonow hinzu, gar keinen Wert darauf, daß gerade der von ihm vorgeschlagene Weg zur Herbeiführung des Friedens gewählt werde, ebensowenig wolle er das Verdienst der Autorschaft bei einer etwaigen Friedensaktion für sich in Anspruch nehmen. Er sehe nur sehr schwarz bezüglich der Gefahren für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel, wenn der Krieg sich bis zum Frühjahr hinziehen sollte, und möchte, daß die Mächte alles tun, um diesen Gefahren rechtzeitig vorzubeugen. Ein einiges Europa würde nach Ansicht des Ministers viel erreichen können. Es komme nur darauf an, daß alle Mächte ohne Hintergedanken und ohne Rücksicht auf die gegenwärtigen Gruppierungen gemeinsam demselben Ziele der Herstellung des Friedens zustrebten. Wenn Europa diese Gelegenheit wahrnähme, um einmal einig und nicht in zwei Lagern getrennt aufzutreten, so würde dies nach Herrn Sasonows Überzeugung auch in weiterem Sinne für die Sache des allgemeinen Friedens von größtem Werte sein.

---

matischen Schriftwechsel des letzteren mehrfach erwähnt, der Brief vom 28. Dezember in einem Telegramm vom 3. Januar 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 18), das Telegramm vom 11. Januar in einem Geheimtelegramm vom 15. Januar und einem Bericht vom 16. Januar (Stieve a. a. O., II, 25, 27). Es scheint, daß das Zirkulartelegramm Nr. 2267, während das Schreiben Nr. 799 lediglich eine französische Initiative vorsah, einen gemeinsamen Schritt Frankreichs und Deutschlands, statt des französischen also ein französisch-deutsches Mandat in Vorschlag brachte, offenbar auf eine Anregung Italiens hin, wo man ein rein französisches Mandat nichts weniger wie gern gesehen hätte (vgl. das folgende Schriftstück). Für ein deutsch-französisches Mandat trat auch der italienische Botschafter in Berlin Pansa ein; vgl. den Brief Unterstaatssekretär Zimmermanns an Kiderlen vom 4. Januar, E. Jäckh, Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und Mensch, II, 174 f. Deutscherseits stand man dieser Idee keineswegs abgeneigt gegenüber; Zimmermann wenigstens stellte sich auf den Standpunkt: „Die Idee dürfte nicht übel sein. Deutschland und Frankreich haben die größten wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in der Türkei und sind nicht die Grenznachbarn. Nach außen hin würde es des weiteren zweifellos ausgezeichnet wirken, wenn gerade wir mit Frankreich den Frieden zwischen der Türkei und Italien herbeiführen könnten. Wollten wir allein mit Vorschlägen an die Pforte herantreten, so würden wir sicherlich ein starkes Odium auf uns laden.“ (Jäckh, a. a. O. II, 175.) Dagegen wollte der soeben (13. Januar) an das Ruder gelangte neue französische Ministerpräsident Poincaré von einem französisch-deutschen Zusammengehen absolut nichts wissen. Am 15. gab er gegenüber Iswolsky der Ansicht Ausdruck, daß ein gemeinsamer Schritt Frankreichs und Deutschlands gleich nach Unterzeichnung des Marokkoabkommens und nach den bekannten Zwischenfällen in der Kommission des Senats (vgl. dazu Bd. XXIX, Kap. CCXXXI, Nr. 10 792 ff.) falsche Vorstellungen über den Grad der französisch-deutschen politischen Annäherung und über eine Schwächung des Dreiverbandes erwecken könne. Stieve, a. a. O., II, 25. Man sieht, wie weit entfernt Poincaré von der Sasonowschen Anregung war, „einmal gemeinsam zu handeln und zu zeigen, daß die Mächtegruppierungen auch gemeinsame Interessen verfolgen könnten“ (vgl. Nr. 11 006).

Was seine Vorschläge betrifft, so dürften dieselben in der Mitteilung, die der russische Botschafter in Berlin Euerer Exzellenz übergeben wird, näher präzisiert sein. Mir gegenüber betonte Herr Sasonow folgende Punkte:

Zunächst müßte versucht werden, einen Waffenstillstand herbeizuführen. Während dieses Waffenstillstandes müßten die Mächte sich bemühen, von Italien zu erreichen, daß dieses sich bereit erklärt, seine Truppen allmählich zurückzuziehen, der Türkei eine Geldentschädigung zu zahlen, wie es Österreich-Ungarn seinerzeit für Bosnien und die Herzegowina getan habe, und sich damit zufrieden gibt, daß der Besitz von Tripolis tatsächlich an Italien übergeht, ohne daß die Türkei formell in einem Friedensvertrage auf dieses Gebiet verzichtet. Die Mächte müßten außerdem ihrerseits in Rom einzeln Garantien dafür geben, daß sie tatsächlich den Übergang von Tripolis in italienischen Besitz anerkennen würden. In Konstantinopel müßte sich die freundschaftliche Aktion der Mächte dahin richten, der Türkei zu raten, das ohnehin verlorene Tripolis de facto aufzugeben, ohne in einem Friedensvertrage formell ihren Verzicht auf dieses Land auszusprechen, ferner die von Italien hierfür angebotene Entschädigungssumme anzunehmen.

Herr Sasonow versicherte wiederholt, er sei sich der Schwächen seiner Anregung vollkommen bewußt. Wenn von irgend einer Seite ein besserer Vorschlag gemacht würde, erkläre er sich von vornherein bereit, demselben beizutreten. Die Hauptsache für ihn sei, daß überhaupt etwas geschehe. Da nun die Stimme Deutschlands sowohl in Rom als in Konstantinopel viel gelte, so glaube er, daß gerade die Teilnahme Deutschlands an einer Aktion in dem von ihm befürworteten Sinne von größtem Werte sein würde. „Wenn Deutschland aufrichtig mit den übrigen Mächten für den Frieden arbeiten will, so würde dies die Aussichten auf einen Erfolg einer gemeinsamen Aktion wesentlich erhöhen."

F. Pourtalès

Nr. 11009

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 5 Wien, den 3. Januar 1912

Im Vorzimmer des Grafen Aehrenthal traf ich heute meinen italienischen Kollegen*, der mich sogleich über die Sasonowsche Proposition wegen Herstellung eines Waffenstillstandes zwischen Italien und der Türkei ansprach. Der Herzog von Avarna gab mir

* Herzog von Avarna.

auf meine Entgegnung, daß mir nichts Näheres darüber bekannt geworden sei, Kenntnis von den Eröffnungen, die der russische Geschäftsträger in Rom* hierüber dem Marquis di San Giuliano gemacht hat. Danach sollen die Mächte sich in Konstantinopel dafür verwenden, daß die türkische Regierung in einen Waffenstillstand willigt, dessen Basis darin bestehen würde, daß die Türken ihre Offiziere und Truppen aus Tripolis zurückziehen und Italien zugleich eine Zusicherung wegen finanzieller Entschädigung der Türkei abgibt. Dieser Waffenstillstand solle dann bis zur endlichen Herbeiführung des Friedens andauern. In der Zwischenzeit würde seitens der Mächte die Anerkennung der italienischen Souveränität über Tripolis und die Cyrenaica erfolgen. Eine solche Anerkennung solle zunächst von der Türkei nicht gefordert werden. Schließlich solle dann Frankreich bevollmächtigt werden, im Namen aller Mächte in Konstantinopel die Verhandlungen zu führen.

Der Herzog von Avarna äußerte seine persönliche Ansicht dahin, daß ihm dieser ganze Plan noch sehr vage und unreif erscheine. Wie könne man sich vorstellen, daß die italienischen Truppen in Tripolis mit Eintritt des Waffenstillstandes und bis zu dem künftigen Friedensschluß ganz untätig sich verhalten sollen. Das sei ganz undenkbar. Besonders aufmerksam machte mich mein italienischer Kollege auf die Rolle, die Frankreich bei diesem Vorschlage zugedacht sei. Ihm scheine da ein fein erdachtes Manöver vorzuliegen, um die beiden Verbündeten Italiens bei der Friedensvermittelung zur Seite zu schieben und Frankreich in Rom zu insinuieren. Würden Deutschland und Österreich-Ungarn sich dem Mandate Frankreichs widersetzen, so würde Herr Barrère** in Rom die Sache so darstellen, als hätten die Alliierten Italiens die Friedensversuche Frankreichs und der Ententemächte konterminiert, anderenfalls würde aber Frankreich le beau rôle haben, im Namen der übrigen Mächte die Friedensaktion zu leiten. Hoffentlich werde man in Berlin und Wien einen guten Ausweg aus dieser impasse finden.

Ich ging dann zum Grafen Aehrenthal hinein, der zuvor den russischen Botschafter*** empfangen hatte. Der Graf berührte mir gegenüber sofort auch die russischen Eröffnungen, die ihm Herr von Giers soeben gemacht hatte. Graf Aehrenthal hat dem russischen Botschafter zunächst erwidert, daß er es begreife, wenn praktische Vorschläge zur Herbeiführung des Friedens gemacht würden, und daß er gern bereit sei, darüber zu diskutieren. Er werde sich deshalb mit den anderen Kabinetten ins Einvernehmen setzen.

Mir gegenüber bemerkte der Minister, er halte es für höchst unwahrscheinlich, daß mit dem russischen Vorschlage etwas anzufangen

* Baron von Korff-Schmising.
** Französischer Botschafter in Rom.
*** Nikolaus von Giers.

sein werde. Auf meine Frage, was er über das französische Mandat zur Führung der Verhandlungen in Konstantinopel denke, antwortete Graf Aehrenthal, er habe dem Herrn von Giers hierüber nur gesagt, das sei eine Frage der Ausführung und Durchführung des eventuell von den Mächten beschlossenen Vorgehens, die zurzeit noch nicht aktuell sei. Zunächst müsse man sich über die praktischen Vorschläge einigen. Für mich fügte der Minister hinzu, seiner Ansicht nach könne überhaupt von einer einseitigen Aktion der Mächte in Konstantinopel nicht die Rede sein; ein analoger Schritt müsse in Rom erfolgen. Würden die Mächte einig über praktische Friedensvorschläge, so wäre es auch Sache aller Mächte, für diese bei den Türken und Italienern einzutreten. Höchstens könnte man Frankreich oder noch besser der Macht, die die Initiative ergriffen habe, also Rußland, anheimgeben, vorher in Konstantinopel zu sondieren. Diese Sondierung werde wohl ohnehin nur zu einem Refus führen[1].

von Tschirschky

Bemerkung von Kiderlens am Kopf einer Abschrift des Schriftstücks:
Die Aehrentalsche Bemerkung in fine erscheint mir zutreffend. K.
Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Richtig

Nr. 11010

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 5 Berlin, den 6. Januar 1912

Zu Euerer Exzellenz Orientierung.

Graf Osten-Sacken hat im Auftrag Sasonows Aktion zugunsten Friedens zwischen Türkei und Italien angeregt. Großmächte sollen in Konstantinopel und Rom für Herbeiführung Waffenstillstandes tunlichst vor Frühling eintreten auf der Basis, daß Türkei Truppen aus Tripolis zurückzieht und Italien der Türkei Geldentschädigung zusichert. Waffenstillstand soll bis zum Friedensschluß andauern. Inzwischen sollen Mächte italienische Souveränität über Tripolis und Cyrenaica anerkennen; von Türkei wird Anerkennung nicht gefordert. Frankreich soll als Mandatar der Mächte in Konstantinopel auftreten.

Wir haben erwidert, daß wir prinzipiell dem Gedanken einer gemeinsamen Aktion der Mächte zwecks Herbeiführung Waffenstillstandes gern zustimmen. Ob die angeregten Bedingungen Aussicht auf Annahme seitens der Parteien haben würden, bedürfe noch eingehender Prüfung sämtlicher Mächte; wir seien mit weiterem Meinungsaustausch

ganz einverstanden. Bis zur Einigung über die Bedingungen könne unseres Erachtens die weitere Frage offen bleiben, in welcher Weise schließlich die Verhandlungen in Konstantinopel zu führen sein würden*.

Zimmermann

Nr. 11011

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 7 Konstantinopel, den 7. Januar 1912

Markgraf Pallavicini sagt mir, er habe auf den Wunsch des Grafen Aehrenthal sich über den russischen Vorschlag geäußert und dahin ausgesprochen, daß für die Mächte kein Anlaß vorliege, den Italienern aus den Schwierigkeiten, welche sie sich selbst geschaffen, herauszuhelfen, und daß die Türken sowohl das Ansinnen, ihre Truppen zurückzuziehen, wie eine Geldentschädigung mit Entrüstung ablehnen würden. Herr Lowther** hat Markgraf Pallavicini gesagt, er halte es für ganz unmöglich, daß die Türken die Araber in Tripolis und Cyrenaica ihrem Schicksal überlassen. Nach Äußerung, die mir Herr Bompard*** vor einigen Tagen gemacht hat, zweifele ich nicht, daß er auf demselben Standpunkt steht.

---

* Am 15. Januar machte Graf Osten-Sacken auch dem Kaiser Mitteilung von dem Sasonowschen Vorschlag, und zwar in der Form einer gemeinsamen deutsch-französischen Friedensvermittlung. Der Kaiser bemerkte darüber am Schlusse eines ihm am 15. Januar vorgelegten Berichts Freiherrn von Marschalls vom 9. Januar (Nr. 6), der einen Artikel des „Tanin" über die Friedensvermittlung glossierte: „Osten-Sacken theilte mir heute mit, er habe dem Reichskanzler einen Vorschlag Sassonows — an alle Mächte gerichtet — unterbreitet behufs Friedensvermittelung, durch Frankreich und uns gemeinsam. Der Modus, wie er ihn vortrug, schien mir nebelhaft und jedenfalls auch die ‚Mentalität' der Islam[itischen] Welt nicht zu berücksichtigen. Ich entgegnete ihm mir sei nichts bisher von S[einer] E[xzellenz] mitgetheilt worden, ich werde mich aber mit der Sache Studiums halber befassen. Verhehlte ihm nicht, daß es ein Trugschluß sei zu hoffen die Türken würden sich von den Arabern trennen oder umgekehrt. Letzte hätten geschworen den Krieg nicht zu beenden bis Italiener den heimischen Boden verlassen hätten; und die Türken könnten daher nicht in die Verlegenheit gesetzt werden ‚Verrath' an den Arabern zu begehen und sie sitzen zu lassen. Er war sehr bestürzt, da er erklärte sichere Nachrichten zu haben, daß die Araber sich ganz den Italienern zu und von den Türken ab gewendet hätten. Ich glaube diese kommen wohl aus Rom. Was man wünscht, das hofft man. Der Botschafter war in großer Sorge vor einem Balkankriege zumal wegen der Bulgaren. W."

** Englischer Botschafter in Konstantinopel.

*** Französischer Botschafter in Konstantinopel.

Herr Lowther hat Markgraf Pallavicini angedeutet, daß Rußland sich im voraus die Zustimmung gesichert habe. Allgemein wird hier angenommen, daß nicht Herr Sasonow, sondern Herr von Tscharykow der geistige Vater des russischen Vorschlags sei.

Marschall

Nr. 11012

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 8 Pera, den 8. Januar 1912

Herr Bompard hat mich soeben aufgesucht, um mich zu fragen, ob eine ihm von Rom zugegangene Information zutreffe, wonach Deutschland und Österreich-Ungarn den russischen Vorschlag bereits angenommen hätten, letzteres mit der Modifikation, daß nicht Frankreich als Mandatar der Mächte auftrete, sondern die Vertreter aller Mächte gemeinsam die Demarche machen sollten. Ich habe erwidert, daß meines Wissens die Kaiserliche Regierung noch keine Stellung zu dem Vorschlage genommen, sondern zunächst in einen Meinungsaustausch mit den übrigen Kabinetten zu treten gedenke.

Der Botschafter — der bekanntlich aus seiner Petersburger Zeit her ziemlich antirussisch ist — sprach sich sehr abfällig über den russischen Vorschlag aus. Er verstehe den Geist desselben nicht. Man wolle von den Türken eine Handlung verlangen, „dont nous devrions rougir nous-mêmes", das heißt Verrat an den Arabern zu üben und dafür Geld zu bekommen. An ehrenwerte Leute — und das seien doch die Türken — stelle man ein solches Ansinnen nicht. Außerdem wolle man die Türken zu einem Frieden zwingen, nachdem Italien selbst alle Modalitäten, welche eine friedliche Lösung ermöglichen könnten, ausgeschlossen und sich auf den einzigen Weg festgelegt habe, der für die Türken ungangbar sei. In diesem Sinne habe er nach Paris berichtet und zugleich dargelegt, daß bei dem sicheren Refus der Türken die Mächte, falls sie dem russischen Vorschlage näherträten, sich über Koerzitivmaßregeln schlüssig machen müßten, und zwar nicht über eine friedliche Flottendemonstration, die auf die Türken gar keinen Einfluß üben würde, sondern eine effektiv militärische Aktion, an welcher alle Mächte mit ihren Kriegsschiffen teilnehmen müßten. Geschehe dies nicht, so würden die Mächte sich nicht nur hier, sondern vor der ganzen Welt lächerlich machen.

Ich selbst verstehe den Geist des russischen Vorschlags, der, wie auch Herr Bompard annimmt, von Herrn Tscharykow herrührt, sehr

wohl. Rußland will der Türkei seine Macht zeigen, um dieselbe in der Meerengenfrage gefügig zu machen.

Marschall

Nr. 11013

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 5 Pera, den 7. Januar 1912
[pr. 11. Januar]

Die von deutschen und österreichischen Blättern in den letzten Tagen verbreiteten Nachrichten, daß sich hier eine starke Friedensstimmung geltend mache, entbehren jeder tatsächlichen Unterlage. Die Sache liegt heute noch genau so, wie ich sie früher geschildert habe. Das Friedensbedürfnis, welches in den ersten vierzehn Tagen nach der italienischen Kriegserklärung hier in einer an Kopflosigkeit grenzenden Intensität aufgetreten war, wurde bereits wesentlich abgeschwächt, als die ersten Nachrichten von der erfolgreichen Organisierung der türkisch-arabischen Streitkräfte eintrafen, und ist vollends geschwunden seit dem Dekret des Königs von Italien, welches die „annexion pure et simple" von Tripolis und der Cyrenaica ausspricht. Auf dieser Basis ist und bleibt jede Vermittelung und jede Verhandlung unmöglich. Ob die parlamentarische Konfusion hier noch größer wird, als sie heute ist, ob im Frühjahre ein Balkanbrand ausbricht oder nicht, ob die Türken am Ende ihres Etatsjahres mit ihren Geldbedürfnissen bei der europäischen Finanz offene oder verschlossene Türen finden werden, — alle diese Fragen, so bedeutsam sie an sich sind, ändern nicht das geringste an der Unmöglichkeit eines Friedensschlusses zwischen Italien und der Pforte auf der Grundlage des königlichen Dekrets.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß nach einem „expédient" gesucht wird, welches den Krieg beendet, ohne in formellem Sinne Frieden zu schaffen. In dieses Gebiet gehört der Gedanke, welchen Herr Sasonow dem Kaiserlichen Botschafter in St. Petersburg und auch anderwärts unterbreitet hat. Wenn ich den Gedanken richtig verstehe, so strebt derselbe zwischen Italienern und Türken einen Waffenstillstand sine die an, ohne daß vorher eine Basis für Friedensverhandlungen fixiert wird. Herr Sasonow sieht dabei mit vollem Recht voraus, daß die Araber als irreguläre Truppe sich um den Waffenstillstand nicht kümmern, die Italiener daher gezwungen sein würden, sich weiter mit diesen herumzuschlagen[1]. Mit anderen

Worten: Die Türken sollen den Kampf aufgeben, ihre Truppen samt Kriegsmaterial zurückziehen und die Araber allein fechten lassen. Als Trost soll ihnen dienen, daß ihnen die Demütigung erspart werde, in einem Friedensvertrag in aller Form auf Tripolis und die Cyrenaica zu verzichten. Dieser Weg ist meines Erachtens nicht gangbar. Die Demütigung eines formellen Verzichts auf beide Provinzen brauchen die Türken nicht zu fürchten, da den Italienern die Machtmittel fehlen, um von der Pforte die Zeichnung eines solchen Vertrages zu erzwingen. Auf der anderen Seite würde ein Waffenstillstand, wie ihn der russische Minister im Auge hat, für die Türkei geradezu verhängnisvolle Wirkungen haben. Der Rückzug der türkischen Truppen würde gleichbedeutend sein mit der Preisgabe der Araber, die bisher treue Waffenbrüderschaft geleistet haben. Die Türken selbst würden ihre Bundesgenossen zu „Rebellen" stempeln, für die weder Kriegs- noch Völkerrecht Schonung kennt. Durch die ganze arabische Welt würde alsbald sich die Kunde von dem türkischen Verrate verbreiten. Mit dem Zusammenschluß des Islam, wie ihn das italienische Vorgehen ungewollt und unerwartet geschaffen hat, wäre es zu Ende. Der verschärfte türkisch-arabische Gegensatz würde sich im Jemen und im ganzen arabischen Sprachgebiete des türkischen Reiches fühlbar machen und die inneren Schwierigkeiten des Reiches gewaltig potenzieren. Und all dies Unheil sollen die Türken in diesem Augenblicke über sich ergehen lassen, da der wirkliche Krieg erst beginnt und dem italienischen Heere in Tripolis und der Cyrenaica eine Aufgabe gestellt ist, deren Lösung, wenn sie überhaupt gelingt, Jahre in Anspruch nehmen wird!

Der Wunsch des russischen Ministers, daß die Feindseligkeiten möglichst bald eingestellt werden, ist an sich schon mit Rücksicht auf die unsichere Lage im Balkan begreiflich. Nur scheint mir die Gefahr eines mit der Schneeschmelze zu erwartenden Balkanbrandes stark übertrieben zu sein. Seitdem ich hier bin, ist jedes Jahr um diese Zeit regelmäßig für das kommende Frühjahr dieselbe Prognose gestellt worden. Der Hinweis auf den italienischen Krieg zur Unterstützung dieser Prognose findet in den Tatsachen keine genügende Begründung. Hätten die Italiener Albanien, den Golf von Salonik, die Dardanellen oder den Archipel zum Kriegsschauplatz erwählt, so würde ein Kausalzusammenhang zwischen dem Krieg und einem bevorstehenden Balkanbrande zu konstruieren sein. Nachdem aber der Krieg in Tripolis lokalisiert erscheint, liegen die Dinge auf dem Balkan nicht wesentlich anders als in früheren Jahren. Die Stimmung der Bulgaren — und auf deren Haltung kommt es in erster Reihe an — pflegt durch eine Reihe von Momenten bestimmt zu werden. Zunächst durch die militärische Macht der Türkei. Nun ist die türkische Armee in Mazedonien und Rumelien trotz des Krieges eher stärker und jedenfalls kriegstüchtiger als in früheren

Jahren. Auch dürfte der Widerstand, welchen die Türken in Tripolis leisten, seine moralische Wirkung auf die Bulgaren nicht verfehlen. Dann kommt die Haltung Rumäniens in Betracht. Ich habe nicht den Eindruck, daß König Karl mit seinem Volke heute den großbulgarischen Expansionsgelüsten sympathischer gegenübersteht als zuvor[2]. Bedeutsam ist ferner die Stellung Rußlands. In dieser Beziehung halte ich an der Überzeugung fest, daß der Petersburger Politik den Bulgaren gegenüber Argumente zu Gebote stehen, welche eine Friedensstörung gegen den russischen Willen ausschließen. Endlich die mazedonische Frage. Zweifellos geht es in Mazedonien schlecht. Aber das ist ein chronischer Zustand. An Banden und Bomben in jener Provinz ist die Welt längst gewöhnt. Nur die englischen Nerven scheinen sich noch zu erregen, wenn solche Dinge passieren. Eine Kriegsgefahr droht aus der mazedonischen Frage nur dann, wenn die Mächte des Friedens willen intervenieren. Einen Rückfall in die Reformpolitik befürchte ich nicht. Die Türken behaupten, daß die Italiener durch große Geldsendungen die mazedonische Bandenbewegung unterstützen. Als Beweis dafür wird angeführt, daß die Bomben in diesem Jahre kunstvoller und wirksamer konstruiert seien als früher. Das mag sein oder nicht sein. Auf solche Qualitätsfragen kommt es nicht an. Die mazedonische Frage ist und bleibt für die Bulgaren lediglich ein Mittel, das nationale Feuer nicht erlöschen zu lassen, dessen man bedarf, um, wenn einmal alles stimmt, den großbulgarischen Traum zu verwirklichen. Die Lage in Mazedonien wird für sich allein keinen Kriegsgrund für die Bulgaren bilden.

Ernster als die Zustände in Mazedonien scheinen mir diejenigen in Albanien zu sein. Schon aus dem Grunde, weil dort die Gefahr einer fremden Intervention näherliegt als in Mazedonien. Auch die albanischen Zustände haben mit dem Kriege nichts zu tun, sondern sind ausschließlich die Folge türkischer Torheiten. Das Jakobinertum, das unter den jungtürkischen Beamten stark vertreten ist, hat in Albanien zu nivellieren, egalisieren und turkifizieren gesucht mit dem Effekte, daß das Land überhaupt nicht mehr zur Ruhe kommt. Übertriebene Forderungen stellen die Albanesen nicht: Bau von Wegen, Beibehaltung des lateinischen Alphabets für ihre Sprache, Aufrechterhaltung gewisser alter Privilegien bezüglich des Wehrdienstes und der Besteuerung. Mein österreichisch-ungarischer Kollege und ich haben dem Großwesir* wiederholt dringend geraten, einen Ausgleich mit den Albanesen anzubahnen. Inzwischen ist bei der Ministerkrisis der vergangenen Woche ein Albanese zum Scheich ül Islam ernannt worden**. Diese Auszeichnung wird in dem muselmanischen Teile Albaniens voraussichtlich einen günstigen Eindruck machen. Bleiben die Albanesen ruhig, so wird auch der unternehmungslustige Herrscher

* Said Pascha.

** Abdurrahman Nessib.

der Schwarzen Berge schwerlich Gelegenheit finden, seine Tatkraft zu entfalten.

Die Konklusionen, welche ich aus vorstehenden Darlegungen ziehe, fasse ich dahin zusammen: Die Gefahr eines Balkanbrandes ist in diesem Jahre vornehmlich wegen Albaniens größer als in früheren Jahren, hat aber mit dem Krieg nichts zu tun, kann also durch Friedensschluß oder Waffenstillstand nicht beschworen werden. Vollends verkehrt wäre es, aus den „inneren Schwierigkeiten" ein türkisches Friedensbedürfnis abzuleiten. Was sich zurzeit hier auf parlamentarischem Gebiete vollzieht, ist ein nach den Extravaganzen der letzten drei Jahre notwendiger Rückbildungsprozeß. Das einst allmächtige Komitee bröckelt allmählich ab und besitzt heute höchstens eine Majorität von wenigen Stimmen in der Kammer. Neue Parteien haben sich gebildet. Da den meisten Deputierten sachlich nichts Vernünftiges einfällt, so vollzieht sich der parlamentarische Parteikampf unter infernalischem Lärm und persönlichen Schimpfereien. Der gegenwärtige Streit dreht sich darum, ob das natürliche Ende der Kammer, das am 30. April d. Js. eintritt, abgewartet oder die Kammer jetzt schon aufgelöst werden soll. Die Regierung will die Auflösung und verlangt gleichzeitig eine Änderung der Verfassung in dem Sinne, daß dem Sultan bezüglich der Auflösung wenigstens ein Teil der Rechte wieder eingeräumt werde, welche selbst in parlamentarisch regierten Staaten dem Souverän zustehen. Die Opposition widerstrebt, weil sie mit ihrer Organisation in den Provinzen noch nicht fertig ist und daher einen Wahlsieg des Komitees fürchtet, wenn jetzt schon aufgelöst wird.

Die „Tribuna" hat vor einigen Tagen einen Artikel gebracht, dessen Sinn sich kurz dahin wiedergeben läßt: Italien kann warten, die Türkei aber muß Frieden schließen. Das ist ein neuer Fehlschluß in der an irrigen Voraussetzungen überreichen italienischen Kampagne. Hier spricht man kaum mehr vom Krieg, geschweige denn von Frieden. Seitdem die Gefahr der Flottenaktion in nächster Nähe zurückgetreten und das königliche Dekret vom 5. November* erlassen ist, sind die Türken bezüglich des Krieges in den Mentalzustand geraten, der ihnen stets der sympathischste ist, nämlich geduldiges Abwarten. In dieser Beziehung sind die Türken die gefährlichsten Konkurrenten, die man sich denken kann, und jedenfalls den Italienern stark überlegen.

Marschall

Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II.:
[1] Ja
[2] Nein!
Schlußbemerkung des Kaisers:
Vorzüglich

* Das heißt das italienische Annexionsdekret.

Nr. 11014

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 15 St. Petersburg, den 12. Januar 1912

Die Frage der von Herrn Sasonow behufs Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Italien und der Türkei angeregten Aktion wird gegenwärtig zwischen meinen hiesigen Kollegen viel erörtert. Dabei habe ich feststellen können, daß in Wien und Paris auf den Vorschlag des russischen Ministers eine der unserigen ähnliche Antwort erteilt worden ist. Die französische und österreichisch-ungarische Regierung scheinen im Prinzip den Vorschlag günstig aufgenommen und sich bereit erklärt zu haben, den Meinungsaustausch über die Frage, wie am besten den Feindseligkeiten tunlichst bald ein Ende bereitet werden könnte, fortzusetzen. Was aber die Einzelheiten des russischen Vorschlags betrifft, so geht aus den Äußerungen meines österreichisch-ungarischen und französischen Kollegen * hervor, daß ihre Regierungen in dieser Beziehung bis jetzt noch nicht Stellung genommen haben.

Bei einem Gespräch, das ich vor kurzem mit Herrn Louis hatte, betonte derselbe mit besonderem Nachdruck, daß ein Schritt der Mächte nach seiner Überzeugung nur dann Aussicht auf Erfolg habe, wenn alle Mächte zwar jede für sich, aber möglichst gleichzeitig und in gleichem Sinne handelten. Als ich darauf bemerkte, ich hätte gehört, daß Herr Sasonow bei der Einwirkung in Konstantinopel Frankreich eine besondere Rolle zugedacht hätte, erwiderte der Botschafter, er habe die Eröffnungen, die ihm der Minister gemacht habe, nicht eigentlich in diesem Sinne aufgefaßt. Er würde auch persönlich sehr dagegen sein, daß Frankreich als Mandatar der übrigen Mächte in Konstantinopel auftrete, und glaube, sich in dieser Auffassung mit seiner Regierung in Übereinstimmung zu befinden **. Sobald eine Macht besonders hervortrete, würde sofort der Verdacht entstehen, daß sie Nebenabsichten dabei verfolge, und das sei gerade, was Herr Sasonow sehr verständigerweise vermieden zu sehen wünsche.

Im übrigen verhehlt sich Herr Louis keineswegs die Schwierigkeiten, welche der vorgeschlagenen Aktion im Wege stehen. Er glaubt

---

* G. Louis.

** Über die Stellungnahme des schon nach wenigen Tagen gestürzten Kabinetts Caillaux zu dem Sasonowschen Vorschlag sind wir nur durch Iswolskys Telegramm an Sasonow vom 3. Januar 1912 unterrichtet. Es heißt darin: „de Selves wird sofort telegraphisch die Ansicht Bompards einholen und erst, wenn die Aussichten der einen oder der anderen Kombination feststehen, imstande sein zu entscheiden, ob Frankreich die Initiative den Mächten und der Pforte gegenüber ergreifen kann." (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 18.)

insbesondere, daß es nicht leicht sein dürfte, die italienische Regierung zur Zahlung einer Geldentschädigung zu bewegen, ohne ihr zugleich Garantien dafür zu bieten, daß die Türken sich nach dieser Zahlung tatsächlich aller feindseligen Handlungen enthalten würden. Denn selbst wenn die türkische Regierung in dieser Beziehung beruhigende Versicherungen geben sollte, wer bürge dafür, daß die in Tripolis und der Cyrenaica kämpfenden Offiziere und Truppen den Befehl, die Feindseligkeiten einzustellen, befolgen würden. Ich darf hier einschalten, daß mein italienischer Kollege * dieselbe Befürchtung hegt. Herr Melegari hält es für wahrscheinlich, daß, wenn wirklich die regulären türkischen Truppen den Befehl erhielten, aus Tripolis abzuziehen, sie ihren Abmarsch über Tunis und Ägypten ausführen und nach Überschreitung der Grenze unter Führung von fanatischen Offizieren, wie Enver Bey **, auf eigene Faust heimlich auf den Kriegsschauplatz zurückkehren würden, um gemeinsam mit den Arabern den Kampf fortzusetzen. Um diese Gefahr vorzubeugen, hat Herr Louis im Gespräch mit meinem österreichisch-ungarischen Kollegen eine Abänderung des Sasonowschen Vorschlages dahin angeregt, daß Italien die Entschädigungssumme versprechen, aber nicht zahlen solle, bevor die Türkei den neuen Zustand anerkannt habe. Auf diese Weise würde nach Ansicht meines französischen Kollegen zwischen Italien und der Türkei ein ähnliches Verhältnis eintreten, wie es zwischen Italien und dem Papst besteht.

Der österreichisch-ungarische Botschafter teilte mir vertraulich mit, daß er seiner Regierung einen anderen Vorschlag unterbreitet und Graf Aehrenthal denselben dem Markgrafen Pallavicini zur Prüfung und Begutachtung gesandt habe. Dieser Vorschlag geht im wesentlichen dahin, daß beide kriegführende Parteien durch entsprechende Einwirkung bewogen werden sollen, sich den Mächten gegenüber durch formelle Erklärungen zu verpflichten, den Krieg nur in Tripolis und der Cyrenaica weiterzuführen. Auf diese Weise würde nach Ansicht des Grafen Thurn der Gefahr einer Konflagration auf der Balkanhalbinsel oder sonstigen Verwickelungen vorgebeugt und der Krieg tatsächlich auf die Pazifikation von Tripolis, die Italien auf alle Fälle unternehmen müsse, beschränkt werden. Um den Italienern diese Pazifikation zu ermöglichen, müßte ihnen allerdings die Sendung von weiteren Truppen und Munition nach Tripolis gestattet werden; es bestehe aber um so weniger Bedenken, dieses Zugeständnis auch den Türken zu machen, als die Türkei schwerlich davon Gebrauch machen werde. Die Truppennachschübe dürften dann infolge der von beiden kriegführenden Parteien übernommenen Verpflichtung auf offener See nicht angegriffen werden, vielmehr müßten beide Mächte

* Melegari.
** Major Enver Bey, Militärattaché in Berlin, hatte sich auf den tripolitanischen Kriegsschauplatz begeben.

sich darauf beschränken, eventuell die Landung dieser Nachschübe zu verhindern.

Die vom Kaiserlichen Botschafter in Konstantinopel gemeldete Vermutung seines österreichisch-ungarischen Kollegen, daß Herr Tscharykow bei der von Herrn Sasonow vorgeschlagenen Friedensaktion die Hand im Spiele habe*, vermag ich nicht zu teilen. Der österreichisch-ungarische Botschafter und ich waren die beiden ersten, mit denen der Minister seinen Gedanken besprochen hat, da der englische Botschafter** damals krank und der französische abwesend war. Dem Grafen Thurn und mir hat Herr Sasonow übereinstimmend gesagt, der Gedanke sei ihm auf der langweiligen Eisenbahnfahrt von Berlin hierher gekommen; mir gegenüber hat der Minister noch hinzugefügt, er bedauere, den Gedanken nicht schon früher gehabt zu haben, denn er würde ihn gern mit dem Herrn Staatssekretär von Kiderlen-Waechter besprochen haben. Herr Sasonow hat ferner sowohl meinem österreichisch-ungarischen Kollegen als mir gegenüber betont, daß die Türkei nach seiner Ansicht von der geplanten Aktion erst dann Kenntnis erhalten dürfe, wenn alle Mächte über den einzuschlagenden Weg einig seien. Der Minister hat seitdem wiederholt die Befürchtung ausgesprochen, daß die Türkei von der Sache Wind bekommen könnte, und hat mir sogar versichert, daß er nicht einmal Herrn Tscharykow von seinem Vorschlag Kenntnis gegeben habe.

F. Pourtalès

Nr. 11015

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 22 St. Petersburg, den 17. Januar 1912

Bei dem Besuch, den ich Herrn Sasonow an seinem heutigen Wochenempfangstag machte, kam der Minister wieder auf seinen Vorschlag wegen Herbeiführung einer Aktion der Mächte zur Beendigung des italienisch-türkischen Krieges. Der Minister bemerkte, er bedauere, daß seine Vorschläge an manchen Stellen in einem Punkt offenbar mißverstanden worden seien. Man scheine vielfach anzunehmen, daß er sich eine sofortige Aktion der Mächte in Rom und Konstantinopel gedacht habe. Dies sei keineswegs der Fall, denn er sehe vollkommen ein, daß angesichts der augenblicklichen inneren politischen Lage der Türkei der gegenwärtige Zeitpunkt für eine Einwirkung auf die türkische Regierung sehr ungeeignet sei. Er habe nur anregen wollen,

* Vgl. Nr. 11011.
** Sir G. W. Buchanan.

daß die Kabinette ohne Zeitverlust über die eventuell zu unternehmende Aktion sowie auch über den Zeitpunkt einer solchen in Meinungsaustausch treten. Ergebe sich dabei, daß der von ihm vorgeschlagene Weg unpraktisch sei, so werde er jedem anderen Vorschlag dankbar entgegensehen und ihn eingehender Erwägung unterziehen. Um das entstandene Mißverständnis aufzuklären, will der Minister in der nächsten Woche einen neuen Runderlaß an die Botschafter bei den Großmächten richten.

Der Minister bemerkte weiter, er bedauere einigermaßen, daß die Botschafter der Großmächte in Konstantinopel seine Vorschläge bereits ziemlich offen zu diskutieren schienen und auf diese Weise die Türkei von ihnen Kenntnis erhalten habe. So sei der Meinungsaustausch der Mächte auf ein falsches Terrain geschoben worden. Er sei immer der Ansicht gewesen, daß die Türkei von der geplanten Aktion erst etwas erfahren sollte, wenn alle Mächte über das, was zu geschehen habe, einig wären. Aus diesem Grunde habe er auch Herrn Tscharykow ganz ohne Information gelassen. Die Stellung, welche die Vertreter der Mächte in Konstantinopel gegenüber seinen Vorschlägen einnähmen, sei nur geeignet, eine Einigung der Kabinette in der Frage zu erschweren. Herr Sasonow fügte hinzu, er höre („il me revient"), daß Freiherr von Marschall bei der Kritik seiner Vorschläge besonders hervortrete.

Hier unterbrach ich den Minister, indem ich bemerkte, daß diese Nachrichten mit meinen Informationen in keiner Weise übereinstimmten. In den Berichten des Kaiserlichen Botschafters, welche mir zur Kenntnis geschickt worden seien, zitiere derselbe vielmehr vorwiegend die Ansichten seiner Kollegen, insbesondere des Herrn Bompard*. Herr Sasonow gab zu, daß nach seinen Nachrichten auch der französische Botschafter gegen die von ihm angeregte Aktion Bedenken habe. Ich zweifle gar nicht daran, daß, um hier gegen uns zu hetzen, von unsern Gegnern ausgestreut wird, die Vorschläge des Herrn Sasonow fänden in Baron Marschall einen besonders heftigen Gegner.

Der Minister wies sodann von neuem darauf hin, daß die Ruhe Europas die Beendigung des Krieges dringend erfordere. Dies müsse die Türkei einsehen und dem allgemeinen Frieden das Opfer bringen, ihre „bouderie impuissante" aufzugeben. Tatsächlich sei der materielle Verlust, den sie erleide, nicht bedeutend, und die Aussicht, die sie habe, Tripolis wiederzugewinnen, gleich Null. Setze sie den Krieg fort, so laufe sie Gefahr, sich unter viel härteren Bedingungen in das Unvermeidliche schicken zu müssen. Er sei überzeugt, daß, wenn die Türkei ein einiges Europa sich gegenüber sehe, sie sich den ihr gemachten Vorschlägen zu einer Beendigung des Krieges unter Bedingungen, die so ehrenvoll für sie seien, als es die Umstände ge-

* Vgl. Nr. 11012.

statteten, nicht widersetzen würde. Allerdings müßten sich die Mächte nach seiner Ansicht auch tunlichst über diejenigen Schritte einigen, die zu geschehen hätten, falls ihre Ratschläge zurückgewiesen würden. „Un langage un peu comminatoire" würde dann wohl in Frage kommen müssen.

Der Minister erwähnte schließlich noch, daß die Idee, Frankreich solle eventuell als Mandatar Europas in Konstantinopel auftreten, bei manchen Mächten und besonders bei Frankreich selbst wenig Beifall finde. Er lege auf diesen Punkt seines Vorschlages nicht den geringsten Wert und sei gern bereit, ihn fallen zu lassen.

F. Pourtalès

Nr. 11016

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Eigenhändiges Konzept

Nr. 51 Berlin, den 18. Januar 1912
[abgegangen am 19. Januar]

Zu Euerer Exzellenz gefälligen Orientierung.

Herr Sasonow hat durch den hiesigen russischen Botschafter mitteilen lassen, daß der von ihm angeregte Gedanke, nach Mitteln zur Einstellung der Feindseligkeiten zwischen Italien und der Türkei zu suchen, von allen Kabinetten sympathisch begrüßt worden sei. Über seine Detailvorschläge gingen indes die Ansichten der Kabinette auseinander. Einige Kabinette hielten ihre Annahme seitens der Türkei für zweifelhaft, andere befürchteten offenbar bei ihrer Erörterung in Konstantinopel mit Rücksicht auf bestehende Rivalitäten Schwierigkeiten. Er bäte wiederholt, die Erörterungen über seinen Gedanken fortzusetzen und ihm neue oder ergänzende Vorschläge mitzuteilen. Auch empfehle er, daß die ausführende Rolle in Konstantinopel zwei Mächten übertragen werde, und zwar je einer Macht des Dreibundes und der Tripelentente. Frankreich und Deutschland erschienen ihm für diese Aufgabe besonders geeignet, da sie nicht Grenznachbarn der Türkei seien, dort aber die meisten wirtschaftlichen Interessen besäßen.

Wir haben erwidert, daß letztere Anregung manches für sich habe, eine endgültige Stellungnahme dazu indes wohl noch nicht in Frage kommen könne. Unseres Erachtens käme es vor allem darauf an, daß sich die Mächte zunächst über die zu machenden Vorschläge einigten.

Wir würden uns nach wie vor angelegen sein lassen, diese Vorfrage im Meinungsaustausch mit den übrigen Kabinetten einer Lösung entgegenzuführen.

Zimmermann

Nr. 11017

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 24 St. Petersburg, den 19. Januar 1912

Auch meinem österreichisch-ungarischen Kollegen gegenüber hat Herr Sasonow bei seinem letzten Empfangstage sein Bedauern darüber geäußert, daß sein Friedensvorschlag von den Botschaftern in Konstantinopel offen diskutiert worden und dadurch vorzeitig zur Kenntnis der türkischen Regierung gelangt sei. Der Minister hat dabei ausgeführt, seine Idee sei gewesen, daß, falls sich die Mächte über eine Aktion einigen, der Türkei in freundschaftlicher Weise von allen Mächten geraten werden sollte, in ihrem eigenen Interesse auf ein für sie nach Lage der Dinge durchaus annehmbares Arrangement einzugehen. Die vorzeitige Erörterung und Kritik seines Vorschlages in Konstantinopel habe den Boden für eine solche freundschaftliche Einwirkung nicht gerade günstig vorbereitet. Die Türkei müsse sich schließlich klar darüber werden, daß sie, wenn der Krieg noch lange dauere, möglicherweise unter viel schlechteren Bedingungen werde Frieden schließen müssen.

Herr Sasonow scheint die Hoffnung noch nicht aufzugeben, daß eine Fortsetzung des Gedankenaustausches zwischen den Großmächten vielleicht doch noch zu einer Einigung über einen zur Herbeiführung des Friedens einzuschlagenden Weg führen werde. Er hat dem Grafen Thurn seinen Plan nochmals ausführlich dargelegt und ihn davon zu überzeugen gesucht, daß sein Vorschlag für beide kriegführenden Parteien annehmbar und ehrenvoll sei. Dies ist ihm auch anscheinend gelungen. Graf Thurn sagte mir heute, er habe die Absicht, seiner Regierung den Plan des Herrn Sasonow nochmals ausführlich auseinanderzusetzen und die Annahme desselben warm zu empfehlen. Auch dem Grafen Thurn hat Herr Sasonow von der Eventualität gesprochen, daß die Türkei sich der gemeinsamen freundschaftlichen Einwirkung der Mächte nicht füge und auf Fortsetzung des Krieges beharre. Als Druckmittel, um die Pforte nötigenfalls zu größerer Nachgiebigkeit zu bewegen, hat der Minister davon gesprochen, daß die Mächte der türkischen Regierung zu verstehen geben könnten, sie würden die Annexion ungeachtet des türkischen Widerspruchs anerkennen.

Bei der Entscheidung der Frage, wie weit wir die von Herrn Sasonow vorgeschlagene Aktion mitmachen sollen, spielen zu viele Momente der allgemeinen Politik hinein, als daß ich mich befugt halten könnte, dem Beispiele des Grafen Thurn zu folgen und einer bestimmten Stellungnahme in dieser Frage das Wort zu reden. Vom hiesigen Standpunkt aus halte ich es aber für meine Pflicht, Euere Exzellenz gehorsamst darauf hinzuweisen, daß es mir nicht angezeigt erscheinen würde, wenn wir bei der Bekämpfung der russischen Vorschläge eine führende Rolle spielen würden. Nach meinen Beobachtungen begegnen diese Vorschläge beinahe auf allen Seiten so großen Bedenken, daß mir bis jetzt wenig Aussicht zu sein scheint, die Mächte in dieser Frage unter einen Hut zu bringen. Dessenungeachtet verhalten sich anscheinend sämtliche Kabinette im Prinzip dem Sasonowschen Vorschlage gegenüber äußerst sympathisch. Ich glaube, daß unsern Gegnern nichts angenehmer sein würde, als wenn sie darauf hinweisen könnten, daß der schöne Traum einer gemeinsamen Friedensaktion sämtlicher Mächte allein an den Ränken der deutschen Diplomatie gescheitert wäre. Wir würden hier wieder dieselben Vorwürfe zu hören bekommen, die uns anläßlich des Scheiterns der mazedonischen Justizreform* gemacht wurden. Wie hoch gegenüber diesen Nachteilen der Vorteil zu bewerten wäre, daß wir dann als die einzigen Freunde der Türkei dastehen würden, entzieht sich meiner Beurteilung; was aber unser Verhältnis zu Herrn Sasonow betrifft, so fürchte ich, daß er in einem Hervortreten[1] unsererseits bei der Bekämpfung der einzelnen Punkte seines Vorschlages einen Widerspruch mit der dem Grafen Osten-Sacken erteilten Versicherung, daß wir der angeregten Friedensaktion der Mächte im Prinzip sympathisch gegenüberstehen, erblicken würde. Ich darf Euerer Exzellenz nicht verschweigen, daß ich bei dem Minister neulich eine deutliche Nuance von Verstimmung über die ihm gemeldete angebliche Haltung unseres Botschafters in Konstantinopel in der vorliegenden Frage wahrnehmen konnte. Es würde zweifellos einen guten Eindruck hier machen, wenn ich in die Lage gesetzt werden könnte, diese Meldungen als unrichtig zu bezeichnen[2].

Ich gestatte mir bei dieser Gelegenheit nochmals hervorzuheben, daß ich die Annahme, Herr Tscharykow stecke hinter den russischen Vorschlägen, welchen die Absicht einer Vergewaltigung der Türkei zugrunde liege, nicht zu teilen vermag. Ich glaube und befinde mich darin in Übereinstimmung mit meinen hiesigen Kollegen, daß Herr Sasonow der alleinige Vater des Gedankens ist und er den aufrichtigen Wunsch hegt, einen für beide kriegführenden Parteien annehmbaren Weg zur Herbeiführung des Friedens zu finden. Er geht allerdings dabei von der Voraussetzung aus, daß einerseits Italien sich unter

---

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

keinen Umständen zu einer Zurücknahme der Annexionserklärung, die der Minister übrigens selbst bedauert und inopportun findet, verstehen wird, daß andererseits für die Türkei nach der jetzigen Kriegslage nicht die geringste Aussicht besteht, Tripolis wiederzugewinnen.

Die Erklärung für den Eifer, welchen Herr Sasonow in der Frage an den Tag legt, ist nach meiner Ansicht lediglich darin zu suchen, daß er im Hinblick auf die innere Lage Rußlands, auf den gegenwärtigen Stand der Reorganisation der russischen Armee und vor allem auf die verschiedenen asiatischen Fragen, welche Rußland gegenwärtig in Anspruch nehmen, um jeden Preis dem Ausbruch eines Konfliktes auf der Balkanhalbinsel vorbeugen möchte.

F. Pourtalès

Randbemerkungen Zimmermanns:
[1] Daran denken wir nicht!
[2] Das kann unbedenklich geschehen.

Nr. 11018

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Rom von Jagow

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 11 Berlin, den 20. Januar 1912

Für den Herrn Staatssekretär*.

Freiherr von Marschall war beauftragt, die Pforte von Euerer Exzellenz Reise nach Rom vertraulich zu verständigen und dabei durchblicken zu lassen, daß dieselbe namentlich durch Wunsch veranlaßt sei, wegen Friedensaussichten zu sondieren. Freiherr von Marschall meldet darauf**:

„Assim Bey*** dankte mir mit warmen Worten für vertrauliche Mitteilung und sprach Hoffnung aus, daß der Herr Staatssekretär in Rom Dispositionen vorfinde, welche Eintritt in Friedensverhandlungen ermöglichten †. Die Pforte werde niemand lieber als Frie-

* Staatssekretär von Kiderlen weilte vom 20. bis zum 22. Januar in Rom. Näheres darüber in Kap. CCXL, Nr. 11254 ff.
** Telegramm Nr. 14 vom 20. Januar.
*** Türkischer Minister des Äußern.
† Das war keineswegs der Fall. In einem Telegramm vom 22. Januar (siehe Kap. CCXL, Nr. 11254) faßte Kiderlen das Ergebnis seiner Besprechungen mit den italienischen Staatsmännern, soweit die Frage einer Mediation in Betracht kam, dahin zusammen: „Italiener erklären, an Annexionsdekret und absoluter Souveränität unbedingt festhalten zu müssen. Habe gesagt, daß dies mit Bedingungen, zu denen Türkei eventuell bereit sein würde, sich nicht vereinigen lasse, daher im jetzigen Augenblick für Mediation und Friedensverhandlungen

densvermittler annehmen als Deutschland. Er rechne auch auf die deutsche Freundschaft, daß die Pforte nicht eines Tages ohne vorherige Warnung einer Kollektivpression aller Großmächte gegenüberstehe. Der Minister las mir Telegramm Tewfik Paschas* vor, welcher meldet, Sir E. Grey habe ihn ganz unerwartet gefragt, ob Türkei geneigt sei, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten, falls Italien auf die ‚annexion pure et simple' verzichte. Der Botschafter hat um Instruktion gebeten, wie er Frage beantworten soll. Assim war im Begriff, Tewfik Pascha zu telegraphieren, eine Friedensverhandlung auf Basis der einfachen Annexion sei und bleibe für Pforte ausgeschlossen. Geldanerbietungen vermöchten an diesem Beschluß nichts zu ändern. Falls Italien dagegen Vorschläge mache, welche die Würde und Ehre der Türkei nicht verletzten, so sei Pforte gern bereit, sofort in Friedensverhandlungen einzutreten.

Auf meine Frage, wie er sich eine annehmbare Verhandlungsbasis denke, kam Assim auf Gedanken zurück, den er mir schon früher geäußert hatte: man könne die ganze tripolitanische Küste samt einem Stück von einigen Hundert von Kilometern Italien überlassen, dagegen müsse die Cyrenaica und ebenso das eigentliche Hinterland von Tripolis bei der Türkei verbleiben. Eine Überlassung der Cyrenaica sei schon wegen der Senussi, die dort ihren Sitz hätten, unmöglich. Über die Souveränitätsfrage in dem an Italien abzutretenden Teil seien verschiedene Modalitäten möglich, unter anderen die, daß der Sultan das Land für unabhängig erklärt und einen Notabeln, zum Beispiel einen Karamanli, als Bey einsetzt, der dann zu Italien in dasselbe Verhältnis trete wie der Bey von Tunis zu Frankreich.

Die letztere Idee scheint eine Reminiszenz an den russisch-türkischen Vertrag von Kütschük-Kainardschi vom Jahre 1774 zu sein. Damals handelte es sich um die Abtretung der Krim sowie eines großen, ausschließlich von Muselmanen bewohnten Gebiets. Um die Annexion zu vermeiden, wurde im Artikel 3 des Vertrages bestimmt, daß diese Tartarenländer unabhängig unter ihrem eigenen Chan sein sollten. Die Annexion durch Rußland erfolgte dann zehn Jahre später in der verschleierten Form, daß durch den Vertrag vom 8. Januar 1784 der erwähnte Artikel 3 einfach als aufgehoben erklärt wurde."

Zimmermann

---

keine geeignete Basis vorhanden sei. Man müsse abwarten. Minister zustimmte." Vgl. dazu auch das Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 24. Januar 1912 (Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 31 f.). Danach zog auch Poincaré aus den Eindrücken, die Kiderlen in Rom gewonnen hatte — der französische Ministerpräsident dürfte darüber durch Barrère unterrichtet worden sein —, den Schluß, daß es vorläufig nicht möglich sein werde, eine Einigung der Mächte zu einem sofortigen Vorgehen in Konstantinopel zu erzielen.

* Türkischer Botschafter in London.

Nr. 11019

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 113 Berlin, den 28. Januar 1912
[abgegangen am 29. Januar]

Auf Bericht Nr. 24 vom 19. d. Mts.*

Ew. pp. darf ich bitten, Herrn Sasonow zu sagen, daß wir nach wie vor seiner Vermittelungsaktion die aufrichtigste Sympathie entgegenbringen und gern bereit sind, den Meinungsaustausch darüber fortzusetzen. Auch wir bedauern lebhaft die vorzeitige öffentliche Erörterung des Vorschlags. Die Angelegenheit scheint nicht überall mit genügender Diskretion behandelt worden zu sein, denn es ist hier aufgefallen, daß der Vorschlag Herrn Sasonows in allen Einzelheiten sehr bald auch an solchen Stellen bekannt war, die das Mißlingen der Vermittelungsaktion und eine daraus folgende Zuspitzung der Lage am Balkan vielleicht nicht ungern sehen würden.

Daß wir mit in erster Linie Anlaß haben, alle auf eine gerechte Beilegung des Konfliktes hinzielenden Bestrebungen zu unterstützen, liegt so auf der Hand, daß jeder Zweifel an unserem guten Willen ausgeschlossen sein sollte. Es kann daher auch nicht davon die Rede sein, daß Freiherr von Marschall, dessen Sympathien für die Türkei bekannt sind, eine andere Haltung einnimmt. Allerdings hat der Botschafter, wie Ew. pp. bekannt ist, in seiner Berichterstattung sich dahin ausgesprochen, daß eine Lösung, die den Türken zumutet, die Araber in Tripolis und der Cyrenaica im Stiche zu lassen, in Konstantinopel keine Aussicht auf Annahme haben würde. Er hat sich jedoch hierbei nicht allein auf seine eigene Kenntnis der türkischen Verhältnisse berufen, sondern auf die übereinstimmende Meinung aller Botschafter in Konstantinopel, unter denen gerade die Vertreter Frankreichs und Englands an dem Projekte Herrn Sasonows die allerschärfste Kritik geübt haben.

Übrigens sind auch, wie ich Herrn Sasonow ganz im Vertrauen anzudeuten bitte, die Eindrücke, die der Herr Staatssekretär von Kiderlen-Waechter in Rom gewonnen hat**, nicht dazu angetan, eine Vermittelungsaktion, zurzeit wenigstens, als besonders aussichtsvoll erscheinen zu lassen.

Zimmermann

---

* Siehe Nr. 11017.
** Vgl. Nr. 11018, Fußnoten * und †.

Nr. 11020

Der russische Minister des Äußern Sasonow an den russischen Botschafter in Berlin Grafen von der Osten-Sacken

Unsignierte Abschrift
Vom Grafen von der Osten-Sacken dem Stellvertretenden Staatssekretär Zimmermann am 30. Januar übergeben

le 14/27 Janvier 1912

Par ma lettre en date du 15 Décembre 1911, No. 799, et mon télégramme du 29 Décembre, No. 2267*, j'ai eu l'occasion d'exposer à Votre Excellence les motifs pour lesquels je jugeais opportun d'entrer avec les Grandes Puissances dans un échange de vues confidentiel dans l'espoir de provoquer une action pacificatrice dont le but serait de préparer la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie.

J'ai lieu de croire que les principes fondamentaux qui m'ont guidé — c'est-à-dire la nécessité d'une part de tenir compte de la situation créée par l'Italie et, d'autre part, le désir d'épargner autant que possible la susceptibilité turque — ont été appréciés à leur juste valeur. Un certain malentendu semble cependant subsister au sujet du moment auquel cette action devrait se produire. Dans notre pensée il ne s'agissait pas d'entreprendre cette intervention immédiatement, mais uniquement de se mettre d'accord sur la question de principe afin de pouvoir agir en temps opportun.

C'est précisément pour cela que je me proposais de ne faire intervenir les Représentants à Constantinople que lorsque cette communauté de vues et d'action aurait été établie. Or, on risquait à cette occasion de se heurter à de multiples et épineuses questions, telles que: garanties du maintien d'un armistice et du retrait projeté des troupes ottomanes, compensation pécuniaire de la part de l'Italie et, enfin, celle du mode d'une intervention entre les combattants. Je suis convaincu que la divergence sur ces questions de détail qui, fatalement, s'est fait jour à Constantinople, a été la cause principale de l'opposition que le projet dans son entier y a rencontré parmi les Représentants des Puissances qui se trouvaient sous l'impression de la crise interne en Turquie.

Quoiqu'il en soit, de l'ensemble des informations qui me sont parvenues jusqu'ici, trois conclusions se dégagent: 1) qu'il est impossible, dans l'état actuel des hostilités, de s'attendre à ce que la Turquie consente à un armistice ou au retrait de ses troupes; 2) que certaines Puissances se prononcent contre toute pression sur la Turquie et 3) que la crise parlementaire turque est considérée comme condition

---

* Vgl. dazu Nr. 11008, Fußnote; die oben gegebenen Daten sind alten Stils.

défavorable à tous pourparlers avec la Porte au sujet de son conflit avec l'Italie.

Si les conséquences de ce conflit pouvaient n'atteindre que les parties belligérantes, il ne resterait plus qu'à attendre un moment plus propice pour tenter une entremise. Mais actuellement la guerre provoque sur toute l'étendue de l'Empire Ottoman une inquiétude que personne ne peut nier. Ceci est vrai, surtout pour la péninsule Balkanique où, indépendamment de tout le reste, un grand nombre de questions attendent une solution. Tout ceci me semble interdire aux Puissances de demeurer spectatrices passives.

Pour se rendre compte de la nécessité de mettre fin aux hostilités, il importe avant tout et indépendamment des liens qui, séparément, unissent les Puissances à chacun des deux belligérants de se placer au point de vue de l'intérêt supérieur de la paix européenne. Il faudrait considérer aussi à quel point l'intention d'épargner l'amour propre de la Turquie — c'est-à-dire le désir de ne pas la contraindre à se soumettre, mais de l'aider à ne devoir sa soumission inévitable qu'à sa propre initiative — pourrait être erronément interprêtée dans le sens d'un encouragement à une trop grande confiance en soi dont témoignent certains cercles turcs. Il s'agirait ensuite de décider si, dans quelque temps, il ne serait pas utile de provoquer la cessation des opérations de guerre au prix d'une certaine pression, peut-être sensible sur l'instant, bien que salutaire, — plutôt que de se trouver en face d'une situation qui en elle-même ne serait pas améliorée, mais aurait pris un caractère menaçant pour les intérêts des tiers et dangereux pour la paix générale, le conflit africain pouvant facilement se répercuter dans les autres parties de l'Empire Ottoman.

Au cours des conversations récentes nombre d'idées ont été énoncées et bien des propositions faites — tant par rapport à la forme que pourrait prendre la cessation des hostilités (armistice, évacuation, déclaration de l'indépendance de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque), qu'au sujet des compensations à offrir à la Turquie pour la perte désormais inévitable de ses provinces (rachat des vacoufs, participation proportionnelle à la dette publique ottomane et autres charges d'ordre économique) et, en dernier lieu, au sujet de la forme dans laquelle il serait fait appel aux belligérants (toutes les Puissances conjointement ou bien séparément mais simultanément; l'une des Puissances, par délégation générale, ou deux — selon les groupements politiques). Le choix de bases et de formules ne devrait plus, semble-t-il, rencontrer de difficultés insurmontables, pourvu que de toute part la bonne volonté d'aboutir à des résultats positifs ne fasse pas défaut.

Il faudrait pour cela ne pas abandonner l'échange de vues entamé récemment par les Puissances et auquel j'aimerais contribuer encore en priant Votre Excellence de vouloir bien entretenir de ce qui précède le Gouvernement auprès duquel Vous êtes accrédité et d'établir comme

premier point dans quelle mesure le Cabinet de Berlin est disposé à reconnaître la nécessité d'une action pacificatrice commune, au cas où le cours des événements deviendrait menaçant pour la paix européenne.

Nr. 11021

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 40 St. Petersburg, den 31. Januar 1912

Am heutigen Empfangstage des Herrn Sasonow habe ich dem Minister gegenüber den Inhalt des hohen Erlasses Nr. 113*, betreffend die Vermittelungsaktion im italienisch-türkischen Kriege, verwertet. Ich habe dabei von neuem feststellen können, daß das Mißtrauen des russischen Ministers gegen die Haltung des Kaiserlichen Botschafters in Konstantinopel in der vorliegenden Frage sehr tief Wurzel gefaßt hat. Ich kann mir leider nicht schmeicheln, Herrn Sasonow davon überzeugt zu haben, daß die gegen den Freiherrn von Marschall gerichteten Verdächtigungen unbegründet sind. Im Laufe des Gespräches ließ der Minister die Bemerkung fallen, es sei sehr merkwürdig, wie gut unterrichtet der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“** über die gegen seinen Vorschlag erhobenen Bedenken sei. Ich entgegnete, daß mir dies keineswegs merkwürdig erscheine, da der genannte Korrespondent meines Wissens schon lange in Konstantinopel sei, dort in allen Botschaften ein und aus gehe und daher natürlich auch von der scharfen Kritik gehört habe, die besonders Herr Bompard und Herr Lowther an dem russischen Vorschlage geübt hätten. In einem anderen Zusammenhange, aber auch mit sehr deutlicher Spitze gegen Baron Marschall bemerkt Herr Sasonow, er sei sehr überrascht gewesen zu ersehen, wie orientiert die türkische Regierung über seinen Vorschlag sei.

Nachdem ich nochmals versucht hatte, den Minister von seinem Mißtrauen abzubringen, verließen wir dies Thema, und der Minister setzte mir von neuem auseinander, wie wünschenswert es sei, daß Europa über ein Mittel zur Beendigung des Krieges einig werde. Die Lage auf dem Balkan scheine ihm keineswegs beruhigend. Die Banden in Mazedonien, die zwei Jahre hindurch verhältnismäßige Ruhe gehalten hätten, fingen schon jetzt an sich zu rühren. Daß im Frühjahr Unruhen in Albanien wieder ausbrechen würden, stehe so gut

* Siehe Nr. 11019.
** Weitz.

wie fest. Die Gefahr, daß Italien, um die Türkei zum Frieden zu zwingen, schließlich zu neuen Mitteln greife, werde täglich größer. Schon jetzt gingen ihm Nachrichten zu, deren Richtigkeit er allerdings nicht kontrollieren könne, daß italienischerseits in Kreta und in Athen geschürt werde. Kurz, die Gefahr einer größeren Konflagration bestehe zweifellos. Er sei der Ansicht, daß, wie die Mächte militärisch rüsteten, um jeder Eventualität entgegensehen zu können, so auch diplomatisch gerüstet werden müsse. Das sei der Zweck seiner Vorschläge, die er den Mächten von neuem zur Prüfung empfohlen habe. Europa müsse diplomatisch gerüstet den Ereignissen, welche vielleicht bevorstehen, entgegengehen.

F. Pourtalès

Nr. 11022

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 26 Konstantinopel, den 2. Februar 1912

Assim Bey sagte mir heute, er habe gestern abend ein Telegramm Rifaat Paschas* aus Paris erhalten, welches meldet, „nach authentischer Quelle" habe Rußland einen neuen Vorschlag zur Herbeiführung des Friedens gemacht. Danach sollten Italien und die Türkei ihre Truppen aus Tripolis und der Cyrenaica zurückziehen und sodann entweder Frankreich allein oder eventuell Großmächte, die je aus einer der Mächtegruppen zu nehmen seien, den Friedensschluß vermitteln. Auch aus Wien ist dem Minister die Nachricht von einem neuen russischen Vorschlag zugegangen, dessen Einzelheiten jedoch dort noch nicht bekannt geworden seien.

Meine Frage, ob Rifaat Pascha die „authentische Quelle" näher bezeichnet, verneint der Minister. Er erklärte es als „enfantillage", wenn man glaube, die Pforte werde ihre Truppen zurückziehen ohne vorherige Feststellung einer für sie annehmbaren Friedensbasis. Wenn Vermittelung scheitert, so würden die Italiener nach Tripolis zurückkehren, die türkischen Soldaten aber daran verhindert sein. Was die eventuelle Basis für einen Friedensschluß betreffe, so nehme die türkische Bereitwilligkeit, Konzessionen an Italien zu machen, immer mehr ab, je ungünstiger die militärische Lage der Italiener werde. Nach allen Nachrichten, auch von Angehörigen neutraler Staaten,

---

* Türkischer Botschafter in Paris.

welche die Sachlage mit eigenen Augen gesehen, stehe fest, daß die Italiener in den sechs Orten, die sie an der Küste genommen, belagert seien, daß sie sich nur durch die Flotte halten könnten und an energischen Vormarsch ins Innere nicht mehr gedacht werde.

Marschall

Nr. 11023

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Telegramm. Eigenhändiges Konzept

Nr. 19 Berlin, den 5. Februar 1912

Zu Euerer Exzellenz vertraulichen Orientierung und geeigneter Verwertung gegenüber Herrn Sasonow, falls dieser das Verhalten Freiherrn von Marschalls wiederum kritisiert.

Freiherr von Marschall meldet*:

„Mein Vertrauensmann meldet mir:

‚Streng vertraulich! — Der russische Marinebevollmächtigte Schtscheglow, bei welchem ich gestern speiste, bemerkte, Botschafter von Tscharykow habe sich ihm gegenüber auf das schärfste gegen die Sasonowschen Friedensvorschläge geäußert. Tscharykow drückte Schtscheglow gegenüber das Erstaunen aus, daß Sasonow es nicht der Mühe für wert hielt, den Botschafter vor Einleitung des Vermittelungsversuchs über dessen voraussichtliche Aufnahme in Konstantinopel zu konsultieren. Er sagte zu Schtscheglow, daß Assim Bey ihm das Befremden über den Vorschlag Rußlands aussprach, da derselbe im vollsten Widerspruch mit der bisherigen Haltung des Botschafters stände.

Tscharykow verhehlte sowohl dem belgischen Gesandten** wie dem Chefredakteur des ‚Tanin‘*** nicht, daß der russische Versuch im Sande verlaufen müsse, da er selbst die Überzeugung habe, daß er für die Türkei nicht akzeptabel sei.‘

Auch meine Informationen bestätigen, daß Herr von Tscharykow sich sowohl einigen Kollegen wie den Türken gegenüber sehr abfällig über den Sasonowschen Vorschlag ausgesprochen hat.“

Zimmermann

---

* Telegramm Nr. 29 vom 4. Februar.
** Baron Moncheur.
*** Hussein Dschahid.

Nr. 11024

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 31 St. Petersburg, den 4. Februar 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 18*.

Sasonow las mir vor einigen Tagen einen Erlaß an russischen Botschafter in Berlin** vor, worin dieser beauftragt wurde, Gedankenaustausch über die Friedensaktion fortzusetzen. In diesem Erlaß wird auf die von verschiedenen Seiten gegen die Vorschläge des Ministers erhobenen Bedenken hingewiesen und Wunsch wiederholt, daß Einigung zu gemeinsamem Handeln erzielt werde. Neue Vorschläge enthält der Erlaß nicht. Da Sasonow ähnliche Weisungen auch an andere Botschafter gerichtet haben dürfte, läßt sich Mitteilung Assim Beys an Freiherrn von Marschall vielleicht hieraus erklären.

Die Zurückziehung italienischer und türkischer Truppen vom Kriegsschauplatz war von Sasonow mir gegenüber von Anfang an stets als ein Punkt seines Vorschlags bezeichnet worden; cfr. meine Berichte Nr. 346 vom 19. Dezember und Nr. 353 vom 30. Dezember v. Js.***

Pourtalès

Nr. 11025

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 138 Berlin, den 6. Februar 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 31 †.

Graf Osten-Sacken hat den von Ew. pp. erwähnten Erlaß** hier mitgeteilt, worauf ihm unsere Bereitwilligkeit, an einem Meinungsaustausch über eine Friedensaktion teilzunehmen, erneut zu erkennen gegeben worden ist. In dem Erlasse, von dem Ew. pp. Abschrift zugeht, ist ebenso wie bei den früheren Eröffnungen der russischen Botschaft von der Zurückziehung der italienischen Truppen aus Tripolis

---

* Durch Telegramm Nr. 18 vom 3. Februar war Graf Pourtalès von dem Konstantinopeler Telegramm Nr. 26 (siehe Nr. 11022) in Kenntnis gesetzt worden.

** Siehe Nr. 11020.

*** Siehe Nr. 11006 und 11008.

† Siehe Nr. 11024.

nicht die Rede, sondern nur vom „retrait des troupes ottomanes". Bitte unauffällig festzustellen, ob Herr Sasonow tatsächlich auch an die Zurückziehung der italienischen Truppen als Vorbedingung für den Waffenstillstand gedacht hat.

Zimmermann

Nr. 11026

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 30 Pera, den 7. Februar 1912

Auf Erlaß Nr. 84*.

Euerer Exzellenz beehre ich mich folgendes zu berichten:

Daß die übereinstimmende Ablehnung des Sasonowschen Vorschlages durch die hiesigen Botschafter in Petersburg einen unangenehmen Eindruck gemacht hat und mir die „führende Rolle" dabei zugeschrieben wird, überrascht mich nicht im geringsten. Ich gelte nun einmal in verschiedenen europäischen Hauptstädten als der böse Zauberer am Goldenen Horn, der durch seine magischen Künste die edelsten und menschenfreundlichsten Pläne geflissentlich zerstört. So schmeichelhaft die Bedeutung, die mir dadurch zugeschrieben wird, für mich persönlich sein mag, so muß ich doch die Ehre, in dieser Angelegenheit „eine führende Rolle" gespielt zu haben, dankbar ablehnen. Am Vormittage des 7. Januar habe ich telegraphisch Kenntnis von dem Inhalte des Sasonowschen Antrages erhalten**. Marquis Pallavicini, den ich im Laufe desselben Tages über seine Auffassung befrug, sagte mir, er habe bereits entschieden ablehnend an seine Regierung berichtet, und dasselbe habe Sir Gerard Lowther getan. Am folgenden Tage besuchte mich Herr Bompard, um mich zu fragen, ob eine ihm aus Rom zugegangene Nachricht, daß Deutschland und Österreich-Ungarn den russischen Vorschlag angenommen hätten, zuträfe. Auf meine Erwiderung, daß der Vorschlag in Berlin prinzipiell sympathisch aufgenommen worden sei, die Kaiserliche Regierung sich aber eine bestimmte Stellung zu demselben vorbehalten habe, erzählte mir der Botschafter, er habe nach Paris telegraphiert, daß er den russischen Vorschlag für unannehmbar halte. Die Gründe, die er dafür angab, waren weit schärfer

---

* Durch Erlaß Nr. 84 war der Petersburger Bericht Nr. 24 (siehe Nr. 11017), nach dem Sasonow über die Haltung Freiherrn von Marschalls gegenüber seinem Vermittlungsvorschlage verstimmt war, nach Pera weitergegeben und dem Botschafter die Frage vorgelegt worden, „ob türkischerseits irgendwelche Konzessionen möglich wären, die nach Ihrer Ansicht und vom Standpunkt des deutschen Interesses aus der Pforte zugemutet werden könnten und sich dem bekannten italienischen Standpunkt nähern".

** Vgl. Nr. 11010.

gefaßt als diejenigen meines österreichisch-ungarischen Kollegen. Mit Sir Gerard Lowther habe ich über die Frage überhaupt nicht gesprochen. So hat sich die Sache zugetragen, und so habe ich sie berichtet. Die Überzeugung, daß der Sasonowsche Vorschlag unmöglich sei, hatte meinen Kollegen die Feder zu einer entschiedenen Ablehnung bereits in die Hand gedrückt, bevor ich überhaupt in die Lage kam, „Ränke" zu schmieden. Daß Herr Tscharykow die Dinge umgekehrt dargestellt hat, bezweifle ich keinen Augenblick, denn nur so erklärt sich die „deutliche Nuance der Verstimmung" des russischen Ministers über meine Haltung. Dabei nehme ich es meinem Kollegen nicht übel, daß er seine eigene Gegnerschaft zu dem Sasonowschen Vorschlage und deren Kundgabe an die Türken und einige Kollegen nicht zum Gegenstande seiner Berichterstattung gemacht hat. Die Gefahr einer russischen Verstimmung würde mich übrigens niemals von einer führenden Rolle abhalten, wenn ich eine solche mit meinen Instruktionen für vereinbar und den deutschen Interessen für nützlich erachtete. Darum bin ich dem Grafen Pourtalès aufrichtig dankbar für die Reminiszenz an die gescheiterte mazedonische Justizreform. Ich werde es mir stets als Ehre zurechnen, dieses traurigste und friedensgefährlichste Machwerk der Reformaktion zu Falle gebracht zu haben*. Hätte ich anders gehandelt, so wäre die türkische Revolution sofort und nicht erst fünf Monate später als Folge der Revaler Begegnung ausgebrochen. Eine Umwälzung aus Anlaß eines unter meinem Vorsitze gefaßten Beschlusses, der nicht nur Recht und Gerechtigkeit ins Gesicht schlug, sondern die türkischen Gefühle aufs tiefste verletzte, würde vielleicht den russischen Interessen dienlich, den deutschen dagegen in hohem Maße schädlich gewesen sein.

Um die am Schluß des obigen Erlasses gestellte Frage zu beantworten, bedarf es einer sorgfältigen Prüfung der Sachlage, wie sie sich nach dem bisherigen Verlauf des Krieges darstellt. Dies wird am besten an der Hand einer Kritik des Sasonowschen Vorschlages geschehen. Es wird sich dabei zeigen, daß dieser Vorschlag von einer tatsächlich irrtümlichen Voraussetzung ausgeht, daß er die politischen, militärischen und religiösen Gefühle, die in dieser Frage bei den Türken maßgebend sind, verkennt, und daß er — selbst wenn alle Mächte ihn schließlich akzeptieren — als Mittel zum Friedensschluß erfolglos bleiben muß. —

Am 28. September v. Js. hat die italienische Regierung der Pforte in der Form eines Ultimatums angezeigt, „que le Gouvernement Royal a décidé de procéder à l'occupation militaire de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque". Der Krieg, der am folgenden Tage erklärt wurde, verfolgt also den Zweck, die beiden Provinzen zu erobern. Die Feindseligkeiten haben alsbald begonnen. Das Resultat der bisherigen

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXIV.

Kriegführung, die bereits in den fünften Monat eingetreten ist, bezeichnet Herr Sasonow dahin, „daß für die Türkei bei der gegenwärtigen Kriegslage nicht die geringste Aussicht besteht, Tripolis wiederzugewinnen". Danach nimmt der russische Minister an, daß die beiden Provinzen für die Türken militärisch verloren seien. Das ist ein fundamentaler Irrtum. Ich gedenke nicht, mit Zahlen oder mit Worten zu spielen. Auch will ich mir über militärische Dinge kein Urteil anmaßen. Für die Frage, von welchem Augenblicke an ein Land als im Kriege erobert anzusehen ist, gibt es selbstverständlich keine Formel. Es wird namentlich bei einem so ungeheuren, wüstenreichen Lande wie Tripolitanien und die Cyrenaica viel von dem individuellen Ermessen abhängen, ob man eine „Eroberung" als begonnen, im Fortschreiten befindlich oder als vollzogen ansehen will. Es kommt zunächst auf die Größe und Bedeutung des kriegerisch okkupierten Gebietsteiles im Verhältnisse zum ganzen Lande an. Dieser Gesichtspunkt ist aber keineswegs ausschlaggebend. Viel wichtiger ist die Frage, wie sich, nachdem der Krieg eine Zeitlang gedauert hat, die Offensivkraft des Eroberers und die Defensivkraft des Verteidigers zueinander gestaltet haben. Ist die Kraft der Verteidigung gebrochen oder wesentlich geschwächt, so wird man mit Recht geneigt sein, im Interesse einer Friedensaktion den Begriff einer „vollzogenen Eroberung" extensiv zu interpretieren. Nun haben sich im vorliegenden Falle die militärischen Verhältnisse seit dem Kriegsbeginn für die Italiener ungünstiger, für die Türken dagegen günstiger gestaltet. Als Mitte Oktober v. Js. die Italiener unter dem Schutze ihrer Kriegsflotte fünf an der Küste gelegene Orte, nämlich Tripolis, Homs, Bengasi, Derna und Tobruk besetzt hatten, waren alle militärischen Sachverständigen der Ansicht, daß nunmehr der eigentliche Krieg durch Vormarsch ins Innere des Landes beginne. Seitdem sind fast vier Monate vergangen. Die Italiener haben in den besetzten Orten sich befestigt und arrondiert. Weiter ist zu Lande nichts geschehen.

Um in das Innere Tripolitaniens einzudringen, bedarf es des Vormarsches nach Gharian. Derselbe gilt militärisch für außerordentlich schwierig. Von Anfang Mai ist in jenen Gegenden der Hitze wegen eine größere Operation unmöglich. Von den 30 000 Kamelen, die erforderlich sind, haben die Italiener heute noch nicht 2000. Die französische Regierung hat die Kamelausfuhr aus Tunis verboten. Unter diesen Umständen ist schwerlich anzunehmen, daß vor dem Herbst ein größerer Offensivstoß stattfinden wird. Von einem Vormarsch in der Cyrenaica ist bisher überhaupt nicht gesprochen worden. Über die Stoßkraft der Italiener haben unparteiische Beobachter eine wenig günstige Meinung. Auf der anderen Seite ist es den türkischen Offizieren gelungen, in den angegriffenen Gebieten eine Armee zu schaffen, welche trotz mancher Mängel fähig und ent-

schlossen ist, den Italienern, wenn sie überhaupt den Eroberungskrieg fortsetzen wollen, auf Jahre hinaus den äußersten Widerstand zu leisten. Militärisch steht daher die Eroberung der beiden türkischen Provinzen in den allerersten Anfängen.

Genau dasselbe Bild erhält man bei einem Vergleiche der von den Italienern bisher besetzten Gebiete mit dem Gesamtterritorium, um welches gekämpft wird. Die Küste von der tunesischen bis zur ägyptischen Grenze beträgt rund 1200 Kilometer. Davon haben die Italiener in den fünf genannten Orten zusammen höchstens 100 Kilometer besetzt. Das sind 8 Prozent. Noch ungünstiger stellt sich für die Italiener folgende Rechnung: Der Gesamtflächeninhalt der beiden Provinzen beträgt zirka 1 Million Quadratkilometer. Von diesen besitzen die Italiener in Tripolis höchstens 200, in den vier anderen Küstenorten höchstens 300, macht zusammen 500 Quadratkilometer, das ist ein Zweitausendstel von Tripolitanien und der Cyrenaica. Und die okkupierten Orte bilden nicht etwa ein zusammenhängendes Gebiet. In den fünf Orten sind die Italiener in gewissem Sinne belagert. Sobald sie ihre Verschanzungen verlassen, werden sie zurückgetrieben. Die Rekognoszierung nach Bir Tobras hat nahezu zu einer Katastrophe geführt. —

So liegen die Verhältnisse. Die Türken selbst sehen dieselben noch viel günstiger an. Sie halten den italienischen Landfeldzug bereits für gescheitert. Das ist wohl übertrieben. Immerhin ist die Mentalität der Kriegsführenden jedenfalls ein Faktor, der bei einer Friedensvermittelung in Betracht kommt. Aber selbst wenn man die Sachlage so nüchtern wie möglich auffaßt, so bleibt es unbegreiflich, wie Herr Sasonow seinen Vorschlag als „für beide kriegführenden Teile“ annehmbar und ehrenvoll bezeichnen kann, der angesichts der geschilderten tatsächlichen Lage den Türken ansinnt, den dritten Teil ihres Reichsgebiets gegen Geldentschädigung einem dritten Staate zur „annexion pure et simple“ zu überantworten. Ich glaube nicht, daß es einen Türken gibt, der einen Vertrag auf dieser Basis nicht für den schmachvollsten ansehen würde, welchen das Reich jemals geschlossen hat. Schon bei dem Waffenstillstand, wie ihn Herr Sasonow vorschlägt, erhielte die türkische Waffenehre eine schwere Wunde. Die türkischen Truppen in den angegriffenen Provinzen sollen sich zurückziehen und die Araber ihrem Schicksal überlassen! Die Araber, die seit Beginn des Krieges in treuer Waffenbrüderschaft mit den Türken gekämpft und Tausende der Ihrigen auf dem Schlachtfelde gelassen haben. Nicht mit Unrecht sagte mir Herr Bompard: „C'est une proposition dont nous devrions rougir nous-mêmes.“ In der Tat wäre die den Türken angesonnene Handlung ein nichtswürdiger Verrat. Wir Deutschen könnten uns an einem solchen Vorschlage schon wegen unserer Beziehungen zu der türkischen Armee nicht beteiligen, weil diese ihn als eine Beschimpfung

betrachten würde. Selbst wenn ethische Momente einen solchen Vorschlag nicht schon unmöglich machten, so würden es politische und religiöse tun. In dem Augenblicke, da der Sultan einen solchen Waffenstillstand abschlösse, gälte er der gesamten arabischen Welt als Verräter. Der einzige, aber sehr bedeutsame Vorteil, welchen die Türkei aus dem Kriege gezogen hat, nämlich die arabisch-türkische Waffenbrüderschaft, würde verschwinden, der Aufstand im Jemen alsbald wiederum in hellen Flammen aufschlagen und der türkisch-arabische Gegensatz schärfer werden als je zuvor. Man wird also verstehen, wenn die Türken einen Waffenstillstand erst dann für möglich erachten, wenn vorher auch für die Araber eine annehmbare Friedensbasis gefunden ist.

Eine Friedensaktion der Mächte pflegt regelmäßig erst dann einzutreten, wenn dies von dem einen oder anderen kriegführenden Teil gewünscht wird. Nun besteht in der Türkei seit dem königlichen Dekrete vom 5. November v. Js. ein Friedensbedürfnis nicht mehr. Nach Ansicht des Kaiserlichen Botschafters in Petersburg ist für Herrn Sasonow die „Balkangefahr" das Leitmotiv. Leider entbehrt dieses Argument hier jeder Überzeugungskraft. Besteht eine Balkangefahr — so sagen die Türken —, so wird sie durch den Friedensschluß nicht beseitigt; besteht keine, so wird sie durch Fortsetzung des Krieges nicht geschaffen. Wer die Verhältnisse kennt, wird in der Tat zugeben müssen, daß, auch wenn heute der Frieden geschlossen wird, im Frühjahr genau ebensoviel Bomben explodieren, Mordtaten und Bandenüberfälle erfolgen werden wie bei Fortsetzung des Krieges. Der Faktor, welcher die Balkangefahr allein zu beschwören vermag, ist die türkische Militärmacht, und diese ist heute stärker und besser als je zuvor. Das Argument von der „Balkangefahr" hat aber nicht nur keine Überzeugungskraft für die Türken, sondern wirkt bei ihnen dem Friedensgedanken direkt entgegen. Die Annahme ist nämlich hier allgemein, daß der Sasonowsche Vorschlag nicht aus russischer, sondern aus italienischer Quelle stammt. Die italienische Presse hat unter den Gründen, die angeblich die Türkei zum alsbaldigen Friedensschluß zwingen, die Balkangefahr so stark unterstrichen, daß man es den Türken nicht verdenken kann, wenn sie bei jenem Worte die Fabrikmarke „Rom" und nicht „Petersburg" zu erkennen glauben. Die Überzeugung, daß es Italien ist, welches den Frieden wünscht, hat hier den letzten Rest von Friedensbedürfnis zerstört. —

Nachdem ich vorstehend gelegentlich der Kritik des Sasonowschen Vorschlages die politische und, soweit es einem Laien möglich ist, die militärische Lage dargelegt habe, komme ich an den weit schwierigeren Teil meiner Aufgabe, nämlich zu prüfen, ob „wir bessere und aussichtsreichere Vorschläge suggerieren können, welche vom Standpunkte des deutschen Interesses den Türken zugemutet werden können

und sich dem italienischen Standpunkte nähern". Da möchte ich zunächst meinem schlichten Menschenverstand das Wort lassen, der zu folgenden Schlüssen gelangt: „Die Italiener haben, ohne irgend eine Macht zu fragen, der Türkei den Krieg erklärt, um zwei große türkische Provinzen zu erobern. Als dann nach Beginn der Feindseligkeiten einige Küstenorte besetzt waren, hat die italienische Regierung, wiederum ohne jemanden zu konsultieren, in feierlicher Form die beiden Provinzen für annektiert erklärt. Damit hat Italien deutlich den Wunsch ausgesprochen, die Sache mit der Türkei allein abzumachen. Man gewähre diesen Wunsch und lasse die Italiener ruhig die beiden Provinzen erobern." — Leider ist der schlichte Menschenverstand nicht immer ein guter Politiker und oft ein noch schlechterer Diplomat. Die Sache liegt nicht so einfach. Denn die Fortdauer des Krieges beschwört Gefahren herauf, schädigt Handel und Schiffahrt und ist speziell für Deutschland als Verbündeten Italiens und Freund der Türkei in hohem Maße peinlich.

Wer eine Friedensaktion der Mächte befürwortet, muß sich zunächst über die Mittel klar werden, welche zu Gebote stehen, um die Genehmigung der kriegführenden Teile zu erwirken. Man will der Parität wegen eine Kollektivdemarche in Rom und Konstantinopel machen. Natürlich handelt es sich in Wirklichkeit nur um eine Pression auf die Türken. Über die Wirkung einer solchen scheinen merkwürdige Illusionen zu bestehen. Leider bin ich zu alt, um mit meiner Phantasie folgen zu können. Auch mir hat einstmals die Gesamtheit der europäischen Mächte, die als solche agierend auftritt, imponiert. Aber bei der ersten Kollektivaktion, an der ich mich hier beteiligte, ist der Nimbus ins Schwinden geraten; und je öfter sich dieselben wiederholten, um so intensiver hat sich diese Wirkung fortgesetzt. Die ganze Prozedur hat an Würde auch dadurch nicht gewonnen, daß einzelne Botschafter ihrer hiesigen politischen Stellung wegen vorher den Sultan auf den bekannten Hintertreppen zu informieren pflegten, daß nicht sie, sondern andere die Sache angezettelt hätten. Herr Tscharykow, der aus seiner früheren hiesigen Tätigkeit mit den Usancen bekannt ist, hat ja auch diesmal bereits prophylaktisch die Türken wissen lassen, daß er ein Gegner des russischen Vorschlages sei. Abdul Hamid pflegte sich über Kollektivdemarchen schwer zu ärgern, ließ sich aber nicht imponieren. Einer einzelnen Macht oder vielleicht zweien traute er den Entschluß zu, im Falle der Ablehnung „durchzuhalten". Aber der Gesamtheit der Mächte gegenüber war er in dieser Beziehung sicher.

Anläßlich der mazedonischen Reformen hatten die Kollektivdemarchen dermaßen an Wirkung verloren, daß ein Exempel statuiert werden mußte. Gelegentlich der Finanzkommission, die der Sultan hartnäckig verweigerte, wurde von den Botschaftern mit einer gewissen Kriegs-

begeisterung eine Flottendemonstration vor Mytilene beschlossen*. Sie gelangte zur Ausführung, glücklicherweise ohne deutsche Beteiligung. Aber der Sultan rührte sich während drei Wochen nicht und gab dann eine ablehnende Antwort. In trüber Stimmung berieten die Botschafter von neuem. Drei Stunden dauerte die Beratung. Schließlich einigte man sich, da kein anderer Vorschlag Zustimmung fand, dahin, die Demonstration auch auf Lemnos auszudehnen, eines der armseligsten geologischen Gebilde, welches den Namen „Insel" führt. Um dem Jammer ein Ende zu machen, habe ich dann beim Sultan eine Demarche gemacht und erreicht, daß der hohe Herr im Prinzip nachgab, aber eine Reihe von Bedingungen stellte, die wir leichten und dankbaren Herzens bewilligten. —

Nun ist Abdul Hamid verschwunden. Die heutigen Machthaber sind junge Leute mit einem fast über Gebühr ausgeprägten nationalen Selbstgefühl. Und es handelt sich nicht mehr um Reformen, sondern um die Abtretung großer türkischer Gebietsteile und um Fragen, die die Existenz des Islam selbst berühren. Und da gibt es Staatsmänner, welche glauben, daß die Türken in solchen Dingen sich vor der Autorität der vereinigten Großmächte beugen würden. Ein verhängnisvoller Irrtum! Gottlob ist man noch nicht auf den Gedanken der eventuellen Zwangsaktion gekommen. Sie müßte sehr drastischer Natur sein und eben deshalb die ernstesten Gefahren heraufbeschwören. Gelegentlich der armenischen Massakers war einmal der Gedanke aufgetaucht, die Mächte sollten eine gemeinsame Flottendemonstration vor Konstantinopel machen. Einer Friedensaktion dieser Art könnte man eine sichere Prognose stellen: Sie würde den türkisch-italienischen Konflikt nicht lösen, aber voraussichtlich zu einem großen europäischen Kriege führen. Harmloser ist der Gedanke, den Türken mit Anerkennung der Annexion seitens der Mächte zu drohen. Diese Drohung würde natürlich keine Wirkung und ihre Ausführung keine praktische Bedeutung haben. Die Sache blieb dann, wie sie ist. Kollektivbeschlüsse der Großmächte haben nicht jene Wirkung, welche die alten Römer der „res judicata" zuschreiben, daß sie „ex nigro facit album". Bei Anerkennung der Annexion durch die Großmächte würde der Krieg fortdauern und, solange die Italiener nicht ins Innere vormarschieren, der heutige Zustand bestehen bleiben, das heißt die Türken 99,95% und die Italiener den Rest der beiden Provinzen okkupieren und administrieren. Politisch möchte ich die Anwendung eines solchen Pressionsmittels für recht bedenklich halten. Schon die Drohung mit Anerkennung der Annexion würde die Türken und speziell die türkische Armee aufs tiefste verletzen. Die Ausführung der Drohung wäre ein Schlag ins Wasser, aber zugleich ein illegaler Akt. Völkerrechtlich kann während

* Vgl. dazu Bd. XXII, Kap. CLXII, Nr. 7540ff.

eines Krieges eine fremde Souveränität selbst auf militärisch okkupierte Gebiete nicht übertragen werden. Wir haben uns dieser Rechtsnorm, die inzwischen durch die Beschlüsse der ersten Haager Friedenskonferenz einen vertragsmäßigen Ausdruck gefunden hat, während unseres Krieges mit Frankreich gefügt und die Annexion Elsaß-Lothringens erst nach dem Friedensschluß ausgesprochen.

Hat man sich erst von der Illusion freigemacht, daß im Wege einer kollektiven Pression von der Türkei alles erreicht werden kann, was die Großmächte beschließen, so gelangt man wieder auf einen natürlichen Boden, nämlich zu der Erkenntnis, daß eine Friedensvermittlung nicht nur den Wünschen des einen, sondern auch den Interessen und Anschauungen des anderen kriegführenden Teils Rechnung tragen muß. Von diesem Gesichtspunkte aus komme ich zur Aufstellung folgender Sätze, die allerdings zum großen Teil negativer Natur sind.

1.) Ein Friedensschluß, bei welchem Italien den von ihm proklamierten Kriegszweck in der Form des königlichen Dekrets vom 5. November erreicht, ist unmöglich und wird stets unmöglich bleiben. Beharrt Italien auf seinem Standpunkt, so bleibt ihm nichts übrig, als die beiden Provinzen militärisch zu okkupieren und jeden Widerstand mit Gewalt niederzuschlagen. Über diese Folge des Annexionsdekretes konnte in Rom unmöglich ein Zweifel bestehen. Es wäre eine geradezu beleidigende Annahme, wenn man glauben wollte, daß die italienischen Staatsmänner sich bezüglich des Islams, des Kalifats und der türkischen Geschichte in einer so hochgradigen Unkenntnis befinden, um an einen Friedensschluß auf jener Basis zu denken. Die Geschichte kennt keinen Präzedenzfall, daß der Sultan-Kalif einem christlichen Staate ein rein muselmanisches Land verschrieben hat. Während des türkisch-russischen Krieges, der 1769 begonnen hatte, war die türkische Armee bis zur Vernichtung geschlagen, die Flotte zerstört, ein Beduinenscheich hatte sich in Syrien für unabhängig erklärt. Das Reich schien in der Auflösung begriffen. Und trotzdem hat der damalige Sultan in dem Frieden von Kütschük-Kainardschi von 1774 in die Annexion der rein muselmanischen Territorien der Krim und der Tartarei nicht gewilligt, sondern nur die Unabhängigkeit derselben unter zu erwählenden Chans zugestanden. Und heute, da die Türkei trotz mancher Schwächen immerhin ein recht festes Staatsgebilde ist mit einer trefflichen Armee von mindestens einer Million Streitern, welche der Krieg intakt gelassen hat, glaubt Italien die gigantische Kraft zu besitzen, dem türkischen Reiche die Preisgabe eines Drittels seines Gebietes in einer Form aufzuzwingen, welche für jeden Muselman einen Stoß in das Herz des Islam und des türkischen Kalifats bedeutet. Für mich bildet das Dekret vom 5. November ein Rätsel. Der Wunsch, die Volksbegeisterung zu steigern, indem man kriegerische Erfolge, die erst zu erringen sind, im voraus eskomptiert, bietet keine genügende Lösung.

2.) Geht Italien auf eine Modifikation des Annexionsdekretes ein, so ist bezüglich Tripolitaniens oder wenigstens bezüglich des größten und wirtschaftlich bedeutsamsten Teils dieses Landes eine Verständigung mit der Türkei wohl möglich. Die Türken haben an der Beibehaltung des Landes kein erhebliches Interesse, und sie sehen wohl ein, daß die Italiener mit der Zeit Herren desselben sein werden. Die Art der Verständigung kann man sich auf sehr verschiedene Weise denken. Will Italien die fiktive Souveränität, wie sie nach dem Berliner Vertrag bezüglich Bosniens und der Herzegowina bestand, nicht annehmen, so bliebe die Analogie des Vertrages von Kütschük-Kainardschi. Der Sultan erklärt Tripolitanien für unabhängig unter einem von den Einwohnern zu ernennenden Scheich oder Bey. Mit diesem würden die Italiener sich verständigen. Allmählich würde dieser Modus, wenn auch erst nach Jahren, zu einer Annexion führen unter Schonung des muselmanischen Empfindens.

3.) Was von Tripolitanien gilt, findet auf die Cyrenaica keine Anwendung. Bestehen die Italiener auf dem Besitz dieser Provinz, so müssen sie dieselbe militärisch erobern. Hier ist eine Verständigung wie bezüglich Tripolitaniens ausgeschlossen. Das hat eine Reihe von Gründen. Dieselben sind zum Teile religiöser Natur. In Cyrenaica befindet sich der Hauptsitz des Senussi-Ordens. Daher rührt es, daß die Araber diese Provinz als eine Art heiligen Landes betrachten. Für die Türken sind zwei politische Momente maßgebend. Sie glauben — und wohl mit Recht —, daß der Sultan-Kalif bei den afrikanischen Muselmanen wesentliche Einbuße an Autorität erleiden würde, wenn er kein von ihm direkt verwaltetes Land in Afrika mehr besäße. Der zweite, noch wichtigere Grund ist der Gedanke an Ägypten. Die Hoffnung, das Pharaonenland einmal wiederzugewinnen, war selbst unter dem alten System niemals erloschen. Unter der neuen Ordnung ist diese Hoffnung neu entflammt. Man spricht nicht davon, aber man denkt daran. Nun ist es allgemeine Ansicht, daß mit dem Verlust der Cyrenaica auch Ägypten definitiv verloren sei. Das mag mehr Autosuggestion als wie das Produkt einer logischen Geistesarbeit sein, aber gerade darum werden die Türken in dieser Beziehung nicht nachgeben. Die Eroberung der Cyrenaica wird den Italienern, wenn sie überhaupt gelingt, große Opfer an Gut und Blut auferlegen. —

4.) Solange die Kammerwahlen dauern, werden die Türken in Friedensverhandlungen nicht eintreten. An sich wäre es vernünftig, gerade die parlamentarische Ruhepause zu benutzen, um einen eventuellen Friedensschluß vorzubereiten. Aber der Türke kann nicht zwei wichtige Dinge auf einmal tun. Er kann wählen oder über Frieden verhandeln. Beides gleichzeitig kann er nicht. —

Mit Bedauern sehe ich, daß mein Bericht zwar sehr lang geworden, das positive Resultat, zu dem ich gelange, aber ein höchst

dürftiges ist. Um mich nunmehr kurz zu fassen, behaupte ich, daß die Zeit zu Friedensverhandlungen noch nicht gekommen ist. Schon aus diesem Grunde möchte ich widerraten, unsererseits mit irgend einem Vorschlag hervorzutreten. Derselbe würde, wie er auch immer lautete, hier verstimmen, unsere ohnehin recht schwierige Lage noch erschweren und sicherlich keinen Erfolg haben. Wenn ich oben gesagt habe, daß hier kein Friedensbedürfnis bestehe, so ist das natürlich cum grano salis gemeint. Ernste Staatsmänner wie der Großwesir und Assim Bey erkennen sehr wohl die Nachteile und Gefahren des fortdauernden Krieges. Aber es ist eine der übelsten Nebenwirkungen des Dekrets vom 5. November, daß das türkische Volk, die Unmöglichkeit eines Friedensschlusses auf dieser Basis erkennend, sich fatalistisch an die Fortdauer des Krieges gewöhnt hat. Dazu kommt die gegenwärtige italienische Kriegführung. Im Gegensatz zu der Stagnation im Landkrieg entwickelt die Flotte eine geradezu fieberhafte Tätigkeit. Wo an der Küste eine Mauer, ein Haus oder irgend eine andere Baulichkeit sich befindet, wird ein Bombardement eröffnet. Aus der Zerstörung von sieben Zollkuttern, den armseligsten Fahrzeugen, die, je mit einer alten Kanone bewaffnet, keinem Schmuggler, geschweige denn einem anständigen Seeräuber Respekt einflößen, macht der italienische Admiral einen glänzenden Seesieg. Ein türkisches Hospitalschiff wird gekapert, auf allen neutralen Schiffen wird nachgespürt, ob nicht irgend ein türkischer Offizier oder Soldat sich nach dem Kriegsschauplatz begibt, usw. Diese ganze Kriegführung tut den Türken sehr wenig Schaden, macht aber in ihrer Nervosität hier den Eindruck nicht der Stärke, sondern der Schwäche und wirkt dadurch dem Kriegszweck, den die Italiener verfolgen, direkt entgegen.

Nach meiner Wahrnehmung glaubt man hier, wenn die Zeit gekommen ist, an eine Friedensvermittelung durch England. Dabei denkt man natürlich, daß die Hauptpression nicht hier, sondern in Rom ausgeübt werden wird. Da mögen wohl türkische Illusionen mitspielen. Ich selbst halte an dem Gedanken fest, den ich zu Anfang des Krieges ausgesprochen habe*, daß England eines Tages aus seiner Reserve heraustreten wird. Abgesehen von den schweren Schädigungen, welche den englischen Interessen namentlich im Roten Meere zugefügt werden, wird die Rücksicht auf die muselmanischen Untertanen die englische Politik veranlassen, einem Kriege ein Ende zu machen, welcher, je länger er dauert, die ganze islamitische Welt in Bewegung setzen muß.

Marschall

---

* Vgl. Kap. CCXXXIII, Nr. 10892.

Nr. 11027

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 42 Wien, den 12. Februar 1912

Wie mir Baron Müller* mitteilt, hat er gestern die seinerseits auf die letzte russische Anregung zur Friedensvermittlung gegebene Antwort ausführlich nach Berlin telegraphiert.

Aus den Bemerkungen des Sektionschefs konnte ich entnehmen, daß die K. und K. Regierung darin die Nützlichkeit des von Sasonow angeregten Meinungsaustausches nachdrücklich anerkennt und sich bereit erklärt, daran teilzunehmen, damit, wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen sein würde, man dann praktische Vorschläge zu formulieren in der Lage sein werde. Am Schluß wird nochmals auf das Verdienst hingewiesen, das sich Herr Sasonow durch seine Initiative erworben habe.

Tschirschky

Nr. 11028

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept

Nr. 174 Berlin, den 15. Februar 1912

Mit Bezug auf den Bericht vom 31. v. Mts. — Nr. 40** —.

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel war aufgefordert worden, sich zu der Frage zu äußern, ob er aussichtsvollere und bessere Vorschläge für eine Friedensvermittlung zwischen der Türkei und Italien angeben könne, als sie Herr Sasonow gemacht habe. Abschrift eines von Freiherrn von Marschall daraufhin unter dem 7. d. Mts. erstatteten Berichtes*** beehre ich mich Euer pp. anbei zur gefälligen vertraulichen und persönlichen Information und mit dem Anheimstellen zu übersenden, den Inhalt, soweit es Ihnen angemessen erscheint, zu verwerten.

Kiderlen

---

* Erster Sektionschef im k. und k. Ministerium des Äußern.
** Siehe Nr. 11021.
*** Siehe Nr. 11026.

Nr. 11029

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 51 St. Petersburg, den 12. Februar 1912
[pr. 15. Februar]

Antwort auf Erlaß Nr. 138*.

Gelegentlich eines Gesprächs mit Herrn Sasonow konnte ich feststellen, daß der Minister gegenwärtig nur an die Zurückziehung türkischer Truppen vom Kriegsschauplatz als eine der für die Herstellung des Friedens anzuregenden Maßnahmen denkt. Italien, bemerkte Herr Sasonow, könne man nicht zumuten, seine Truppen aus Tripolis zurückzuziehen, da es ihrer zur Abwehr der Angriffe der Araber bedürfe. Italien würde aber vielleicht veranlaßt werden können, seine Kriegsschiffe aus den türkischen Gewässern zurückzuziehen und sich überhaupt weiterer kriegerischer Handlungen zur See zu enthalten.

Pourtalès

Nr. 11030

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 52 St. Petersburg, den 12. Februar 1912
[pr. 15. Februar]

Herr Sasonow las mir heute ein Telegramm des russischen Botschafters in London vor, in welchem dieser eine Unterredung mit Sir Edward Grey über die Friedensaktion wiedergibt. Danach hätte Sir Edward Grey seine volle Sympathie mit den Sasonowschen Vorschlägen sowie seine Überzeugung ausgesprochen, daß, wenn es gelänge, die fünf Großmächte zu einer gemeinschaftlichen Aktion zu vereinigen, diese Aktion Aussicht auf Erfolg habe. Die türkische Regierung werde den Ratschlägen eines einigen Europas ihr Ohr kaum verschließen, das gemeinsame und einheitliche Auftreten der Großmächte aber werde ihr ihre Stellung gegenüber der türkischen öffentlichen Meinung auch wesentlich erleichtern.

Als modus procedendi habe Sir Edward Grey vorgeschlagen, daß, sobald die Einigung zwischen den Kabinetten erzielt sei, die Vertreter der Mächte in Konstantinopel zunächst einen gleichzeitigen Schritt bei der Pforte tun sollten, um deren Standpunkt zu den Friedens-

* Siehe Nr. 11025.

vorschlägen kennen zu lernen. Danach würden diese Vorschläge gleichzeitig und in gleicher Weise zur Annahme zu empfehlen sein.

Herr Sasonow hat gegen diesen Weg Bedenken. Er glaubt, daß, wenn nach diesem Vorschlag verfahren wird, die Aktion schon bei der ersten an die Pforte zu stellenden Frage scheitern wird, da die Pforte wahrscheinlich die Zurücknahme der Annexionserklärung als conditio sine qua non aller Verhandlungen verlangen werde. Der Minister hält es daher für praktischer, sich zuerst gemeinschaftlich nach Rom zu wenden, um festzustellen, wieweit man dort geneigt ist, im Sinne der russischen Vorschläge entgegenzukommen. Alsdann würde eventuell an die Türkei heranzutreten sein.

Der Minister hat nunmehr den Grafen Benckendorff beauftragt, Sir Edward Grey diesen Gegenvorschlag zu machen. Geht das Londoner Kabinett auf den Gedanken, die Aktion mit einem Schritt in Rom einzuleiten, ein, so will Herr Sasonow sich sofort mit einer entsprechenden Anregung an die anderen Kabinette wenden.

Herr Sasonow war durch die Äußerungen des Sir Edward Grey sichtlich angenehm berührt, weil es, wie er bemerkte, die erste über eine allgemein gehaltene prinzipielle Zustimmung hinausgehende Gegenäußerung sei, die er zu seinen Vorschlägen erhalte. Der Minister bemerkte schließlich, er habe das Gefühl, daß jetzt die Entscheidung darüber, ob es zu einer gemeinsamen Aktion kommen solle, hauptsächlich bei Deutschland liege. „C'est à Berlin qu'est en ce moment la clef de la situation."

F. Pourtalès

Nr. 11031

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Entzifferung

Nr. 38 Konstantinopel, den 12. Februar 1912
[pr. 16. Februar]

Der rumänische Gesandte, Herr Misu, sagt mir vertraulich, Herr von Tscharykow habe sich ihm gegenüber geäußert, der Sasonowsche Vorschlag habe seinen Zweck vollkommen erreicht; die Lösung des italienisch-türkischen Konflikts sei als eine gemeinsame Angelegenheit aller Mächte anerkannt, und damit fielen die Bestrebungen einzelner Mächte, eine Sondervermittelung zu versuchen, zu Boden. Diese letzte Äußerung bezieht sich natürlich auf Österreich-Ungarn und Deutschland. Daß Herr von Tscharykow an fortgesetzte Vermittelungsversuche, welche ich teilweise allein, teilweise mit Markgraf Pallavicini hier seit Kriegsbeginn unternommen habe, glaubt und

darüber nach Petersburg berichtet hat, ist mir von dem bisherigen Botschaftsrat, Herrn Swjetschin, bestätigt worden.

Herr von Tscharykow hat Herrn Misu ferner gesagt, er sehe bezüglich des Balkans dem Frühjahr mit Ruhe entgegen. Bulgarien werde durch Rußland im Zaume gehalten, König Nikita werde in Petersburg die besten Ratschläge erhalten, und endlich bilde die Krankheit des Grafen von Aehrenthal* eine Garantie für die Ruhe auf der Balkanhalbinsel.

Marschall

Nr. 11032

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Petersburg Grafen von Pourtalès

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 189 Berlin, den 18. Februar 1912

Auf Bericht vom 12. d. Mts. Nr. 52**.

Ew. pp. bitte ich Herrn Sasonow zu sagen, daß wir dem von ihm vorgeschlagenen modus procedendi zustimmen und bereit sind, uns an einer von allen Mächten gemeinsam zunächst in Rom zu unternehmenden Demarche nach genauer Fixierung der dem italienischen Kabinett vorzulegenden Fragen zu beteiligen. Dabei wollen aber Ew. pp. zum Ausdruck bringen, daß wir nicht recht verständen, was Herr Sasonow mit der Bemerkung habe sagen wollen, daß der Schlüssel der Situation in Berlin liege. Wir hätten den Kern und Hauptvorzug des russischen Vorschlags darin erblickt, daß er darauf ausgehe, alle Mächte zu einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen und dadurch Sonderaktionen einzelner vorzubeugen, und hätten daher von vornherein Herrn Sasonow unsre lebhafte Sympathie für seinen Vermittelungsversuch zu erkennen gegeben. In einer Beziehung allerdings könnten wir seiner Auffassung nicht ganz beitreten, nämlich in der Ansicht, daß der tripolitanische Krieg die Situation am Balkan erheblich beeinflusse. Wir hätten keine Anzeichen dafür, daß die Gefahr eines Balkanbrandes in diesem Jahre näher liege wie in früheren Jahren, eine Ansicht, die übrigens auch Herr Tscharykow zu vertreten scheine, um so mehr als alle Mächte einschließlich Italien das Bestreben zeigten, die Balkanvölker von Abenteuern zurückzuhalten. Indessen würden auch wir eine Beilegung des bestehenden Kriegszustandes nur freudig begrüßen können und die Bestrebungen des russischen Ministers in dieser Richtung aufrichtig unterstützen.

Kiderlen

---

* † 17. Februar.
** Siehe Nr. 11030.

Nr. 11033

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 58 St. Petersburg, den 20. Februar 1912

Herr Sasonow erzählte mir gestern, er habe aus London die Mitteilung erhalten, daß das dortige Kabinett mit seinem Vorschlage, die erste Sondierung behufs Einleitung der Vermittelungsaktion nicht in Konstantinopel, sondern in Rom vorzunehmen, nicht ganz einverstanden sei. Er sei infolgedessen in London noch einmal auf diesen Vorschlag zurückgekommen und habe denselben eingehender begründet, indem er darauf hingewiesen habe, daß, wenn man erst wisse, wie weit eventuell Italien entgegenzukommen bereit sei, auf Grund dieses italienischen Entgegenkommens vielleicht leichter bei der Pforte etwas zu erreichen sein werde. Stelle man dagegen die erste Frage an die Türkei, so bestehe Gefahr, daß die Aktion schon bei dem ersten Schritt auf einen toten Strang gerate. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Sasonow in London den auch mir gegenüber vor kurzem angeregten Gedanken zur Erwägung gestellt, daß bei den den kriegführenden Parteien zu erteilenden Ratschlägen Italien veranlaßt werden könnte, als Gegenleistung für die Zurückziehung der regulären türkischen Truppen vom Kriegsschauplatz auf kriegerische Operationen zur See zu verzichten und seine Kriegsschiffe aus den türkischen Gewässern zurückzuziehen. Auf diesen neuen nach London gerichteten Vorschlag erwartet Herr Sasonow zunächst eine Gegenäußerung Sir Edward Greys; je nach dem Ausfall dieser Gegenäußerung will er sich dann von neuem an die anderen Kabinette wenden.

Inzwischen hat der Minister aus London eine neue Mitteilung erhalten, die sich mit seinem letzten Vorschlag gekreuzt hat, und die eine ausführliche Wiedergabe der von Sir Edward Grey dem Grafen Benckendorff gegenüber entwickelten Gedanken enthält. Diese Mitteilung stimmt, wie Herr Sasonow selbst hervorhob, nicht ganz mit dem Telegramm des russischen Botschafters über seine Unterredung mit Sir Edward Grey überein, welches der Minister, wie ich zu berichten die Ehre hatte, mir vor einigen Tagen vorlas. Nach dieser Mitteilung schlägt der englische Minister vor, daß sämtliche Vertreter der Mächte der Türkei nahelegen, die Vermittelung der Mächte anzurufen. Herr Sasonow bemerkte, auch dieser englische Vorschlag ändere nichts an seiner Auffassung, daß der erste Schritt in Rom geschehen müsse.

An diese Mitteilungen schloß sich ein Gespräch über die Aussichten der Friedensvermittelung. Ich warf dabei den Gedanken hin, daß die Friedensaktion wohl nur dann Aussicht auf Erfolg haben

dürfte, wenn alle Mächte über eine eventuell auf die Türkei auszuübende Pression einig werden sollten, was mir allerdings recht unwahrscheinlich scheine. Herr Sasonow griff das Wort „Pression" auf und meinte, man dürfe dieses Wort gar nicht aussprechen, sondern nur von freundschaftlichen Ratschlägen sprechen. Daß aber die Türkei auf solche Ratschläge, wenn sie wirklich übereinstimmend von allen Mächten erteilt würden, nicht hören sollte, scheine ihm unwahrscheinlich. Nach seinen Nachrichten sei das Friedensbedürfnis der Türkei größer, als es zugegeben werde; er wisse positiv, daß sich verschiedene türkische Vertreter im Auslande in diesem Sinne geäußert hätten. Wie aber, bemerkte ich darauf, wenn die Vermutung des Ministers, daß sich die Pforte den Ratschlägen der Mächte fügen werde, nicht eintreffe? In diesem Falle, entgegnete Herr Sasonow, würde allerdings die Aktion der Mächte als gescheitert anzusehen sein. Es verlohne sich aber doch, den Versuch zu machen.

Der Minister suchte darauf zu beweisen, daß sein Vorschlag ein ganz uneigennütziger sei und nur das höhere Interesse des allgemeinen Friedens im Auge habe. Vom ausschließlich engherzigen russischen Standpunkt aus sei es sehr die Frage, ob Rußland nicht besser täte, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Die von der Türkei Rußland gegenüber befolgte Politik sei eine so wenig freundliche, daß Rußland nicht die geringste Veranlassung habe, ihr aus der Klemme zu helfen. Dabei vertrat Herr Sasonow den Standpunkt, daß, man möge sagen, was man wolle, die militärische Lage der Türkei keineswegs so günstig sei, wie vielfach behauptet werde.

Wir kamen dann auf die Lage am Balkan, und der Minister versicherte von neuem, daß dieselbe ungünstiger sei wie seit Jahren. Schon im Januar hätten sich in Mazedonien 19 Banden gebildet, wie werde es erst im Frühjahr werden! Auch in Albanien sähe es sehr übel aus. Er habe dem König von Montenegro während seines hiesigen Besuches sehr ernst geraten, alles zu tun, um zu verhüten, daß von Montenegro aus in Albanien geschürt werde. Der König habe auch versprochen, daß, „soweit es von ihm abhänge", nichts geschehen werde, was neuen Unruhen Vorschub leisten könnte.

Auf meine Bemerkung, daß die Türkei augenblicklich in Mazedonien und Albanien militärisch sehr stark und in der Lage sei, etwaige Unruhen sofort zu unterdrücken, entgegnete Herr Sasonow, die in jenen Gegenden versammelten türkischen Truppen böten nach seiner Ansicht keine genügende Garantie für die Ruhe. Im vorigen Jahre hätte die Türkei mit ihren 50 000 Mann in Albanien schließlich doch den Forderungen der Albanesen gegenüber bis zu einem gewissen Grade kapitulieren müssen. Hierzu komme, daß der Krieg gegen Italien die Türkei zwinge, einen Teil ihrer Truppen zum Schutze der Küste zu versenden.

Ein weiteres für den Frieden bedrohliches Moment erblickt Herr

Sasonow in der Stimmung in Griechenland, über welche er neuerdings sehr ungünstige Nachrichten erhalten haben will. Veniselos*, dessen Stellung stark erschüttert sei, habe erklärt, daß er nicht mehr imstande sei, den Eintritt der kretischen Abgeordneten in das griechische Parlament zu verhindern. Die kretische Frage drohe somit wieder akut zu werden.

Ich bemerkte dem Minister, der Wunsch, den italienisch-türkischen Krieg möglichst bald beendigt zu sehen, werde von uns voll geteilt, und wir seien bereit, jede Aktion, über welche die Mächte sich einigten, und welche Aussicht auf Erfolg habe, mitzumachen. Vor allem aber scheine es mir im höchsten Grade wichtig, daß Rußland und Österreich-Ungarn in Fühlung miteinander bleiben, denn wenn das Wiener und Petersburger Kabinett einig darüber seien, eine Störung des Friedens am Balkan nicht zulassen zu wollen, so liege darin wohl die sicherste Garantie für die Ruhe in jenen Gegenden. Herr Sasonow erwiderte, daß er volles Vertrauen in die gegenwärtige Politik Österreich-Ungarns setze und den lebhaften Wunsch habe, mit Wien in den Balkanfragen zusammenzugehen. Daß aber dadurch die Gefahr einer Störung des Friedens ganz abgewendet werde, wollte er nicht zugeben.

Zum Schlusse erwähnte ich noch den Gedanken des Botschafters Freiherrn von Marschall, den Frieden nach Analogie des Vertrages von Kütschük-Kainardschi herzustellen. Der Minister erklärte, er glaube nicht, daß man auf diesem Wege, der übrigens schon anderweitig vorgeschlagen worden sei, weiterkommen werde. Übrigens würde, wenn der Sultan Tripolitanien für unabhängig erklärte, die Türkei ausdrücklich auf den Besitz dieser Provinz verzichten müssen, was ihr nach seinem Vorschlage gerade erspart werden solle.

Unsere Unterredung schloß damit, daß der Minister erklärte, er wolle nicht die Alarmglocke läuten, die allgemeine politische Lage aber lasse es wohl der Mühe wert erscheinen, alles zu versuchen, um den Frieden herbeizuführen.

F. Pourtalès

Nr. 11034

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Rom von Jagow

Konzept von der Hand des Vortragenden Rats von Rosenberg

Nr. 175 Berlin, den 24. Februar 1912
[abgegangen am 26. Februar]

Graf Osten-Sacken hat mir das in Abschrift anliegende Aide-mémoire** mitgeteilt, wonach England den russischen Vorschlag, die

* Präsident des griechischen Ministerkonseils.
** Siehe Anlage.

Vermittelungsaktion der Mächte durch eine gemeinsame Sondierung in Rom zu eröffnen, mit der Anregung beantwortet hat, die Pforte möchte zunächst zur Anrufung der Intervention veranlaßt werden.

Die englische Anregung scheint uns aus dem im Aide-mémoire angeführten Grunde weniger zweckmäßig zu sein als der russische Vorschlag, der von uns und, soweit hier bekannt, von den übrigen Mächten bereits angenommen ist.

Ew. pp. ermächtige ich daher, sobald Ihre Kollegen entsprechende Instruktionen erhalten haben, an einer gemeinsamen Demarche bei der italienischen Regierung teilzunehmen, sofern sie sich in dem Rahmen der aus der Anlage ersichtlichen Vorschläge hält.*

Kiderlen

Anlage

Aide-mémoire

Unsignierte Abschrift. Vom russischen Botschafter in Berlin Grafen Osten-Sacken dem Staatssekretär von Kiderlen am 24. Februar mitgeteilt

le 8/21 Février 1912

Sir E. Grey, répondant à une communication de l'Ambassadeur de Russie à Londres au sujet du procédé à adopter par les cinq Grandes Puissances neutres pour le cas d'une intervention amicale entre la Turquie et l'Italie, expose l'opinion du Gouvernement Britannique à ce sujet dans le sens suivant:

L'unanimité de principe quant à l'opportunité d'une pareille intervention une fois établie entre les Puissances, celles-ci s'adresseraient amicalement à la Turquie l'invitant de remettre l'affaire de la paix aux mains des cinq Puissances, qui, après s'être concertées et avoir confidentiellement consulté l'Italie, élaboreraient les conditions d'une cessation d'hostilités et en conseilleraient l'acceptation à la Porte.

En s'associant entièrement à cette manière de procéder qui, équivalant à une médiation, permettrait aux Puissances d'éluder la délicate question du décret d'annexion rendu par l'Italie, le Gouvernement Impérial y voit cependant un inconvénient à éviter. Cet inconvénient consiste dans la possibilité pour la Porte de mettre à son acceptation de la médiation quelques conditions préalables de nature à faire avorter toute action pacificatrice ultérieure.

C'est pourquoi le Gouvernement Impérial serait d'avis de faire précéder l'ensemble des démarches ci-dessus indiquées par un échange de vues entre les Puissances et l'Italie qui serait invitée à leur communiquer le minimum des conditions auxquelles elle subordonnerait l'acceptation d'une intervention des Puissances.

---

* Entsprechende Mitteilungen ergingen nach Pera, Petersburg, Wien, London und Paris.

La connaissance préalable de ces conditions offrirait la possibilité de faire entrevoir à Constantinople dès le début des conversations quelques avantages qui pourraient servir de compensation au retrait éventuel des troupes turques des provinces africaines, tels par exemple que la levée du blocus des côtes de l'Arabie et le retour au status quo ante bellum par rapport aux forces navales italiennes dans la Mer Rouge, avantages qui pourraient être de nature à disposer la Porte à remettre ses intérêts entre les mains des Puissances.

Nr. 11035

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 64 St. Petersburg, den 24. Februar 1912

Ich habe Herrn Sasonow gestern gesagt, daß Euere Exzellenz bereit sind, an einer von allen Mächten gemeinsam zunächst in Rom zu unternehmenden Demarche nach Fixierung der dem italienischen Kabinett vorzulegenden Fragen teilzunehmen. Der Minister nahm diese Mitteilung mit sichtlicher Genugtuung entgegen und bat mich, Euerer Exzellenz seinen Dank dafür auszusprechen. Was die genaue Fixierung der in Rom zu stellenden Fragen betreffe, so erklärte Herr Sasonow, daß es sich nach seiner Ansicht zunächst nur um e i n e Frage handeln könne, nämlich wie weit Italien eventuell geneigt sei entgegenzukommen, um die vermittelnde Aktion der Mächte zu ermöglichen. Bis jetzt nehme man an, daß die italienische Regierung mit Bezug auf verschiedene Punkte zu Zugeständnissen bereit sei, eine positive Äußerung der italienischen Regierung liege aber in dieser Beziehung noch nicht vor. Es sei nun wahrscheinlich, daß, wenn dem italienischen Kabinett die Frage allgemein vorgelegt werde, dieses die Punkte selbst nennen werde, bezüglich derer es Entgegenkommen zeigen wolle. Diese allgemeine Frage erscheint dem Minister praktischer, als wenn die Mächte selbst bestimmte Punkte nennen. Mit einem Wort, bemerkte Herr Sasonow, die in Rom zu führenden Konversationen würden die Punkte, auf die sich die eventuellen Zugeständnisse Italiens beziehen würden, von selbst ergeben.

Inzwischen dürfte Euere Exzellenz durch den Botschafter Grafen Osten-Sacken den offiziellen Vorschlag des Herrn Sasonow betreffend die in Rom zu unternehmende Demarche * erhalten haben. Der Minister sagte mir gestern, er habe ein Telegramm vom Grafen Benckendorff

---

* Siehe Nr. 11034, Anlage.

erhalten, nach welchem Sir Edward Grey seine Bedenken gegen die Anregung, den ersten Schritt in Rom zu machen, fallen läßt*.

Was die von mir gemeldete Äußerung des Ministers, daß in Berlin der Schlüssel der Situation liege, betrifft, so habe ich, wie schon früher, auch bei unserer gestrigen Unterredung feststellen können, daß Herr Sasonow immer an der Ansicht festhält, unser Verhältnis zu unserem italienischen Verbündeten und zu der befreundeten Türkei setze uns in die Lage, bei beiden Regierungen mehr zu erreichen als alle anderen Kabinette. Die fragliche Äußerung bezog sich offenbar hauptsächlich auf unseren Einfluß in Konstantinopel. Der Minister wiederholte auch gestern: „Ihre Stimme in Konstantinopel gilt so viel, daß, wenn Sie wirklich ernstlich dort raten, die Vorschläge der Mächte anzunehmen, dieser Rat seinen Eindruck gewiß nicht verfehlen wird." Ich habe dem Minister erwidert, er überschätze sehr unsern Einfluß am Goldenen Horn. Nach allem, was ich von dort hörte, glaubte ich nicht, daß Vermittelungsvorschläge auf der Basis der italienischen Annexionserklärung, von wem sie auch immer befürwortet würden, viel Aussicht auf Annahme hätten. Im übrigen, fügte ich hinzu, könne der Minister nach meiner ihm eben gemachten Mitteilung unmöglich an

---

* Wie Sir E. Grey, so erhob auch Poincaré, während Deutschland bereitwillig auf den Sasonowschen Vorschlag eingegangen war, Bedenken gegen ihn. Der französische Ministerpräsident machte den Gegenvorschlag, sich gleichzeitig und gemeinschaftlich in Rom wie in Konstantinopel zu erkundigen, welches die beiderseitigen Bedingungen seien. Das deutsche Eingehen auf den Sasonowschen Vorschlag suchte Poincaré als unaufrichtig zu verdächtigen: es sei zu befürchten, daß Deutschland, nachdem es das Minimum der italienischen Forderungen kennengelernt habe, sich weigern werde, sie gemeinschaftlich mit den anderen Mächten den Türken vorzulegen, und daran müsse der ganze Vermittlungsplan scheitern. Telegramm Iswolskys an Sasonow vom 28. Februar 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 43 f. Der russische Botschafter an der Seine wiederholte und unterstrich die Poincaréschen Verdächtigungen nochmals in einem Briefe an Sasonow vom gleichen Tage: „Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist Ihr Vorschlag bereits in Berlin und Wien bekannt, und die deutsche Regierung hat sich beeilt, ihn anzunehmen. Nach H. Poincarés Überzeugung garantiert diese Bereitwilligkeit des Berliner Kabinetts noch keineswegs seine zukünftige Beteiligung an der beabsichtigten Vermittelung, denn sobald das Minimum der italienischen Forderungen sich als unannehmbar für die Türkei erweisen wird, wird Deutschland unter dem üblichen Vorwand von einer Teilnahme an dem Kollektivschritt in Konstantinopel absehen." Iswolsky machte sich auch den Poincaréschen Vorwurf zu eigen, weshalb Sasonow sich nicht vorweg mit Paris in ein festes Einvernehmen bezüglich seiner Friedensaktion gesetzt habe, um „selbst den Anschein einer Meinungsverschiedenheit zwischen Rußland und Frankreich zu vermeiden". Stieve, a. a. O., II, 45. Am 14. März hielt Iswolsky Sasonow nochmals vor, wie unangebracht, zumal im Hinblick auf Poincarés Individualität, bei der verletzte Eigenliebe eine sehr große Rolle spiele, es gewesen sei, daß der russische Außenminister nicht im voraus Sorge getragen habe, eine unangebrachte Meinungsverschiedenheit mit dem französischen Kabinett zu vermeiden. Stieve, a. a. O., II, 67.

unserem guten Willen zweifeln, alles mitzumachen, was Aussicht böte, die Sache des Friedens zu fördern.

Über die Ansichten des Herrn Sasonow in betreff der Lage am Balkan habe ich Euerer Exzellenz bereits in einem Berichte * Meldung erstattet, der sich mit dem oben angeführten hohen Erlaß ** gekreuzt hat. Die gestrigen Äußerungen des Ministers enthielten in dieser Beziehung nichts Neues.

F. Pourtalès

Nr. 11036

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 47 Pera, den 1. März 1912

Herr Bompard, der eben von einer mehrwöchigen Reise nach Paris zurückgekehrt ist, hat mich alsbald aufgesucht und mir von der tripolitanischen Frage gesprochen. In seinen Äußerungen spiegelte sich deutlich die französische Aufregung über das jüngste Vorgehen der Italiener in Beirût ***. In sehr düsteren Farben schilderte er mir zunächst die Zustände in Tunis. Der Krieg in Tripolis habe zwischen den tunesischen Italienern, die nahezu 100 000 betragen, und den einheimischen Arabern ein Verhältnis geschaffen, welches der französischen Regierung die größten Schwierigkeiten bereite und möglicherweise die Notwendigkeit scharfer Maßregeln, wie die Verhängung des Belagerungszustandes, begründen werde.

Aus der Schilderung dieser Schwierigkeiten in Tunis zog jedoch Herr Bompard nicht die Konsequenz, daß möglichst bald der Friede geschlossen werden müsse. Von der Unmöglichkeit einer wirksamen Vermittelung seitens der Mächte ist er nach seiner Pariser Reise ebenso überzeugt wie vorher. Im Laufe des Gespräches frug er mich, ob ich mir die Gründe denken könne, welche Rußland veranlaßten,

---

* Siehe Nr. 11033.

** Siehe Nr. 11032.

*** Am 24. Februar hatten die beiden italienischen Kreuzer „Garibaldi“ und „Volturno“ die offene Stadt Beirût beschossen. Daß die Nachricht in Paris, wo noch die Gärung über die Fortnahme der beiden französischen Schiffe (vgl. Kap. CCXXXV, Nr. 10968, Fußnote ***, sowie Kap. CCXXXVIII, Nr. 11066, S. 343, Fußnote) nachzitterte, lebhafte Erregung hervorrief, und daß Poincaré große Mühe hatte, bei der französischen Presse eine ruhige und möglichst wohlwollende Haltung in dieser Angelegenheit durchzusetzen, wird bestätigt durch Iswolskys Brief vom 28. Februar an Sasonow. Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 45 f.

so entschieden und hartnäckig die Initiative für eine Mediation der Mächte zu ergreifen. Ich habe ausweichend in dem Sinne geantwortet, daß mir die Gründe nicht bekannt seien, möglicherweise aber in Petersburg Besorgnisse wegen eines eventuellen Vorgehens der Italiener gegen die Dardanellen beständen, welches die russischen Handels- und Schiffahrtsinteressen mit ernster Schädigung bedrohen würde.

Der wahre Grund des russischen Vermittelungseifers ist mir sehr wohl bekannt. Ich habe aber keinen Anlaß gefunden, meine Ansicht darüber Herrn Bompard auszusprechen. In Petersburg weiß man ganz genau, daß ein Friedensschluß auf der Basis der vollen italienischen Souveränität über Tripolitanien und die Cyrenaica entsprechend dem jüngsten Beschlusse des italienischen Parlaments ein Stoß in das Herz des türkischen Kalifats und damit zugleich das Signal zum Zusammenbruch des türkischen Reiches wäre. Die jetzige Vermittelungsaktion unterscheidet sich daher von dem jüngsten russischen Vorgehen wegen der Meerengen* nur bezüglich der angewendeten Mittel. Der Zweck bleibt derselbe. Die Türkei soll politisch und in diesem Falle auch noch religiös Selbstmord üben. Das wird sicherlich nicht geschehen. Auch der Gedanke, es könnte die Pforte bestimmt werden, nachdem Italien sich bereits auf die volle Souveränität der beiden türkischen Provinzen festgelegt hat, den Mächten die Festsetzung der Friedensbedingungen zu überlassen, ist vollkommen aussichtslos. Daß der Gedanke von Rußland herrührt, genügt allein schon, um diese Prognose zu rechtfertigen. Auch wenn es Rußland gelingen sollte, alle Großmächte zu der denkbar schärfsten Pression auf die Türkei zu vereinigen, wird die Vermittelungsaktion an dem Selbsterhaltungstrieb der Türkei sicherlich scheitern.

Das jüngste russische Aide-mémoire** scheint bei den Adressaten auf eine hochgradige Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu rechnen, indem es am Schlusse darlegt, daß die Aufhebung der Blockade im Roten Meere sowie die Wiederherstellung des Status quo daselbst die Türken zu Konzessionen an den italienischen Standpunkt veranlassen könnte. In Wirklichkeit empfinden die Türken, seitdem mit Imâm Jahja Frieden geschlossen ist***, die Aktionen der italienischen Flotte im Roten Meere höchstens als Nadelstiche, die sie um so weniger beeindrucken, als jene Aktionen die arabische Bevölkerung immer mehr gegen die Italiener erbittern und damit der türkischen Sache nützen.

Marschall

---

* Vgl. Kap. CCXXXVI.
** Siehe Nr. 11 034, Anlage.
*** Vgl. Kap. CCXXXIII, Nr. 10 856, Fußnote ***.

Nr. 11037

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 62 Konstantinopel, den 6. März 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 59*.

Markgraf Pallavicini hat, wie er mir sagt, am Montag Assim Bey gegenüber bezüglich des jüngsten englischen Vorschlags** dieselben Argumente wie ich entwickelt. Dieser Vorschlag ist bereits am Sonntag im Ministerrat diskutiert und von der Mehrheit der Minister beifällig aufgenommen worden, da man darin den Anfang der längst erwarteten englischen Intervention gegen Italien erblickte. Den Türken ist es noch nicht vollkommen klar, daß England, wenn es aus irgendeinem Grunde eine Intervention ausschließlich pro Turchia wünschen sollte, dieselbe am wirksamsten allein in Rom unternehmen würde, die erfolgte Aufforderung an alle Mächte, an der Demarche teilzunehmen, dagegen den Beweis liefere, daß als Korrelat derselben auch eine Intervention pro Italia beabsichtigt sein muß, die nur in einer Pression in Konstantinopel bestehen kann.

Die von den Blättern gemeldete Nachricht, daß gestern auf der englischen Botschaft eine Besprechung zwischen Lowther, Bompard und von Tscharykow über die Vermittelungsfrage stattgefunden hat, wird den anfänglichen Enthusiasmus der Türken über den englischen Vorschlag dämpfen. Die Tatsache der Besprechung ist auch darum interessant, weil sie beweist, daß der Wunsch Sasonows, es möchten die Botschafter vorher über die von ihm vorgeschlagene Aktion nicht befragt werden, sich, wie ich vorhersah, nur auf den Markgrafen Pallavicini und mich bezogen hat.

Marschall

Nr. 11038

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 29 Rom, den 9. März 1912

Antwort auf Erlaß Nr. 175***.

Russischer Geschäftsträger hat heute Demarche bei Minister des Äußern gemacht. Wir vier Botschafter der anderen Mächte haben uns

---

* Siehe Kap. CCXXXVIII, Nr. 11075.
** Vgl. Kap. CCXXXVIII, Nr. 11074.
*** Siehe Nr. 11034.

darauf jeder einzeln angeschlossen. Minister will in einigen Tagen Antwort schriftlich geben.

Jagow

Nr. 11039

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Wien von Tschirschky

Eigenhändiges Konzept

Nr. 175 Berlin, den 10. März 1912
[abgegangen am 12. März]

Der k. und k. österreichisch-ungarische Botschafter hat hier mitgeteilt, daß die Demarche der Vertreter der fünf Mächte in Rom erfolgt sei, und daß Graf Berchtold* Anstoß daran genommen habe, daß Rußland der Vortritt gelassen worden und die Anfrage an die italienische Regierung von den Botschaftern nicht zum voraus genau schriftlich formuliert worden sei. Graf Berchtold ließ gleichzeitig die Frage aufwerfen, wie weit wir durch die Demarche in Rom zur Teilnahme an der Demarche in Cospoli verpflichtet seien. Dort schien es ihm besonders bedenklich für unsere beiderseitige Stellung à la remorque Rußlands zu erscheinen.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, eine rechtliche Verpflichtung zur Beteiligung an der Konstantinopler Demarche hätten wir meines Erachtens nicht übernommen. Doch liege wohl eine moralische Pflicht vor, uns an Besprechungen über die weitere Demarche zu beteiligen. Die Formulierung für die Demarche in Rom sei ziemlich einfach gewesen, für Konstantinopel sei sie schwieriger, und es würde gut sein, den Botschaftern vorherige gemeinsame schriftliche Fixierung aufzutragen.

Den Russen den Vortritt zu lassen, erscheine mir um so mehr erwünscht, als ich von einem Erfolg der Demarche nicht überzeugt sei und daher eine Verminderung unserer Verantwortung nicht ungern sehe.

Kiderlen

Nr. 11040

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 52 Pera, den 7. März 1912
[pr. 12. März]

Wohl noch niemals hat unter den hiesigen Botschaftern eine so vollkommene Übereinstimmung bestanden wie zurzeit darüber, daß

* Nachfolger des Grafen Aehrenthal.

der von Herrn Sasonow zur Beseitigung des italienisch-türkischen Krieges angeregten Vermittelungsaktion der Mächte, in welcher Form sie auch erfolgen mag, ein absoluter Mißerfolg in sicherer Aussicht stehe. Auch Herr Tscharykow, den ich selbst seit etwa 14 Tagen nicht gesprochen habe, soll sich in demselben Sinne äußern. Die Argumentation, welche zu obigem Schlusse führt, lautet wie folgt: Ob die Kollektivdemarche der Mächte zuerst in Rom oder gleichzeitig dort und in Konstantinopel stattfindet, ist eine Etikettenfrage, die sachlich keine erhebliche Bedeutung besitzt. Warum die beiden kriegführenden Mächte bezüglich ihrer Friedensbedingungen erst gefragt werden sollen, ist unverständlich. Denn in dieser Beziehung ist alles bereits bekannt. Für Italien bildet die volle Souveränität über Tripolitanien und Cyrenaica nach Maßgabe des kürzlich vom Parlamente mit großer Begeisterung sanktionierten königlichen Dekrets* die conditio sine qua non jeder Friedensverhandlung. Auf die ausdrückliche Anerkennung dieser Souveränität durch die Pforte will man in Rom großmütig verzichten, wenn die Pforte ihre Truppen aus den beiden Provinzen zurückzieht und die arabischen Waffenbrüder ihrem Schicksal überläßt. Bezüglich der religiösen Rechte des Kalifen ist man zu Konzessionen bereit, obgleich in dieser Beziehung Italien keinerlei Verfügungsgewalt zusteht. Endlich soll die Türkei eine größere Geldsumme erhalten. Die Pforte ihrerseits steht fest und unerschütterlich auf dem Standpunkte, solange das erwähnte Königliche Dekret besteht, den Eintritt in Friedensverhandlungen abzulehnen. Der Vorschlag, die Truppen zurückzuziehen, das heißt Verrat an den Arabern zu üben, gilt hier als eine Beschimpfung der türkischen Armee und gießt als solche natürlich Öl in das Kriegsfeuer. Der türkische Standpunkt ist allerdings durch kein kaiserliches Dekret festgelegt. Derselbe ruht auf der wohlbegründeten gemeinsamen Überzeugung des türkischen Volks, daß es sich hier um die Existenz des Kalifats und des ganzen Reiches handelt. In dieser Beziehung ist und bleibt jede Konzession ausgeschlossen.

Die vollkommene Aussichtslosigkeit der eingeleiteten Vermittelung ist auf Grund vorstehender Gegenüberstellung ohne weiteres klargestellt. Ich gehe aber noch einen Schritt weiter und behaupte, daß diese Vermittelung die Lösung des italienisch-türkischen Konflikts hinausschieben und erschweren wird. Der Schlüssel der Situation liegt in Rom. Die Möglichkeit eines Friedensschlusses, zu dem an sich die Türken selbst mit erheblichen Opfern bereit wären, liegt nur dann vor, wenn Italien zur Erkenntnis der realen Verhältnisse zurückkehrt und aus dem Traumzustande erwacht, in welchem es

---

* Das königliche Dekret über die volle Souveränität Italiens in Tripolis und Cyrenaica war am 23. Februar in der Kammer mit 440 gegen 36 Stimmen angenommen worden.

sich seit bald sechs Monaten befindet. Der ganze tripolitanische Feldzug war politisch und militärisch ein falsch kalkuliertes Unternehmen. Die Okkupation der beiden Provinzen galt als eine „promenade militaire", von den Arabern erwartete man, daß sie die Italiener als Befreier vom türkischen Joche mit offenen Armen aufnehmen werden, man glaubte, daß die Türkei infolge des Krieges finanziell zusammenbrechen, daß ein Balkanbrand entstehen, die Flottenaktion an der Küste von Jemen die Herrschaft der Türken in jener Provinz zerstören werde usw. Von allen diesen Voraussetzungen hat sich nicht eine einzige bestätigt. Von der Mehrzahl derselben ist das direkte Gegenteil eingetreten. Das Fazit aller dieser falschen Berechnungen ist das königliche Dekret vom 5. November v. Js., mit welchem Italien angesichts mannigfacher Möglichkeiten, die tripolitanische Frage den italienischen Interessen entsprechend zu lösen, sich auf den einzigen Weg festgelegt hat, der dauernd ungangbar ist. Jeder Freund Italiens muß wünschen, daß das Erwachen aus dem Traumzustande möglichst bald erfolge, denn je weiter dieser Moment hinausgeschoben wird, um so näher tritt die Gefahr irgend einer Katastrophe. Diesem natürlichen Gesundungsprozeß wirkt die russische Vermittelungsaktion direkt entgegen, denn sie schafft bei den Italienern wiederum neue Illusionen, die sich niemals erfüllen werden.

Ähnliches gilt von dem jüngsten englischen Vorschlag, die Italiener von weiteren militärischen Operationen an der türkischen Küste und in den Dardanellen abzuhalten*. Seit Monaten wird von Italien aus mit dem Stoße geredet**, welchen man ins Herz des türkischen Reiches zu führen gedenke. Aber zwischen den Zeilen war zu lesen, daß man nur sehr ungern ein so ungeheures Unglück über das unglückliche Land heraufbeschwören werde. Eine Kollektivdemarche, welche Italien davon zurückhielte, würde in Rom als „vis grata" aufgenommen werden in der Erwartung, daß die Mächte, welche Italien in die Arme fallen in dem Augenblick, da es den Todesstoß gegen den Feind führt, die moralische Verpflichtung übernehmen, zur Erreichung des italienischen Kriegszwecks politische Hilfe zu leisten. So würden auch, falls der englische Antrag Annahme fände, in Rom Illusionen erweckt werden, deren Verwirklichung erst in den griechischen Kalenden zu erwarten steht[1].

Marschall

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Diesmal gibt uns also ausnahmsweise der Herr Botschafter einmal recht!

---

* Vgl. dazu Kap. CCXXXVIII, Nr. 11074.
** sic!

Nr. 11 041

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 76 Wien, den 10. März 1912
Vertraulich

Graf Berchtold teilte mir gestern mit, daß die Botschafter in Rom sich zusammengetan hätten und nunmehr, jeder einzeln, beim Marquis di San Giuliano vorsprechen würden*, um von ihm das Maximum von Konzessionen zu erfahren, die Italien der Türkei gewähren wolle. Um seine gewiß nicht minder große Friedensliebe zu dokumentieren und sich nicht zu isolieren, habe er schließlich Herrn von Mérey autorisiert, die Sache mitzumachen. Doch könne er sich keinen Erfolg davon versprechen und sich schwer vorstellen, wie die Angelegenheit weitergeführt werden solle. Er halte daran fest, unter keinen Umständen von der Linie strikter Neutralität abzuweichen[1]. Sollte etwa von anderer Seite als Folge des Schrittes in Rom eine Pression in Konstantinopel beabsichtigt werden, so habe er keine Lust, eine solche mitzumachen, die sicherlich nicht im Interesse Österreich-Ungarns und, wie er wohl annehmen könne, auch nicht im Interesse Deutschlands gelegen sein könne[2].

von Tschirschky

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Darum soll er, wie ich sagen ließ, auch keinen Anstoß am Vortritt Rußlands nehmen!**
[2] Das liegt doch auf einem ganz andern Brett!

Nr. 11 042

Aufzeichnung des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes von Kiderlen

Eigenhändig. Undatiert

[pr. 12. März 1912]

Wenn Jagow noch immer nicht den Wortlaut der Demarche berichtet hat, bitte ich, ihn dazu aufzufordern***. In der Presse steht, die Mächte hätten Italien um Nennung der Bedingungen nicht, wie es heißen müßte, „für Einstellung der Feindseligkeiten", sondern „für Annahme einer Vermittlung der Mächte" gebeten.

Kiderlen

---

* Es war bereits am 9. März geschehen. Vgl. Nr. 11 038.
** Vgl. Nr. 11 039.
*** Es geschah durch Telegramm Nr. 40 vom 12. März 1912.

Nr. 11 043

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 34 Rom, den 13. März 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 40*.

Wir haben uns nach vorheriger Abrede an Text russischer Note gehalten: Ich habe gefragt le minimum des conditions auxquelles l'Italie aurait subordonné l'acceptation d'une médiation des Puissances. Frage wurde mündlich gestellt. Herrn Barrères Instruktion war russische Note nicht beigefügt, doch entsprach sein Auftrag dem Sinne nach dem der übrigen Botschafter**.

Jagow

Nr. 11 044

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 74 St. Petersburg, den 14. März 1912

Herr Sasonow erzählte mir gestern, er erwarte nunmehr in wenigen Tagen die Antwort der italienischen Regierung auf die Anfrage der Mächte in der Angelegenheit der Vermittelungsaktion. Der Minister fügte hinzu, sobald diese Antwort bekannt sei, werde man sich darüber verständigen müssen, wie und wann an die türkische Regierung heranzutreten sein werde. Nach seiner Ansicht würde es am besten sein, sich an den englischen Vorschlag zu halten und der Türkei zunächst nahezulegen, die Vermittelung der Mächte anzurufen. Ein solcher Rat würde, ebenso wie es bei der Anfrage in Rom geschehen sei, von den Vertretern der Mächte in Konstantinopel gleichzeitig und in gleichem Sinne zu erteilen sein[1]. Zeige

---

* Vgl. Nr. 11 042, Fußnote.

** Am 14. März überreichte Botschafter Pansa dem Unterstaatssekretär Zimmermann eine Übersicht über die von den fünf Mächten gestellten Fragen:

Russie: à quelles conditions Italie subordonnerait acceptation d'une médiation des Puissances à l'effet d'une cessation des hostilités.

France: à quelles conditions subordonnerait l'acceptation d'une intervention des Puissances dans son conflit avec la Turquie.

Gouvernement français heureux de travailler ainsi au rétablissement de la paix.

Angleterre: consentirait à accepter une intervention des Puissances conduisant à la cessation des hostilités.

Jagow: „... minima des conditions auxquelles l'Italie subordonnerait

Mérey: l'acceptation d'une médiation des Puissances.

sich die Pforte geneigt, auf diesen Rat einzugehen, so könnte alsdann die eigentliche Vermittelung auf der Basis des von Italien in Aussicht gestellten Entgegenkommens beginnen[2].

Wie ich von meinem österreichisch-ungarischen Kollegen höre, hat man sich in Wien darüber gewundert, daß der russische Vertreter in Rom die Anfrage an die dortige Regierung anscheinend vor seinen Kollegen gestellt hat. Herrn Sasonow war hiervon nichts bekannt. Er bemerkte, er habe sich um die Details der Ausführung seiner Instruktion an den russischen Botschafter in Rom nicht gekümmert. Jedenfalls habe er den Fürsten Dolgoruki nicht angewiesen, in der Angelegenheit die Führung zu nehmen. Wenn der Botschafter dennoch als erster die Anfrage gestellt habe, so müsse dies auf eine Vereinbarung zwischen ihm und seinen Kollegen zurückzuführen sein.

F. Pourtalès

Randbemerkungen von Kiderlens:
[1] Damit würden wir zu viel Verantwortung übernehmen. K.
[2] ?

Nr. 11 045

Der Botschafter in Rom von Jagow an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 36 Rom, den 15. März 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 34*.

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat heute nachmittag Vertretern der fünf Mächte schriftliche Antwort übergeben. Ich habe ebenso wie mein französischer und englischer Kollege, welche vor mir bei Minister waren, Schriftstücke entgegengenommen und mir eventuelle Bemerkungen beziehungsweise Rückfragen nach Kenntnisnahme vorbehalten.

Note besagt: Die Einstellung der Feindseligkeiten muß als Grundlage die volle Souveränität Italiens über Tripolis und Cyrenaica laut Gesetz vom 27. v. Mts. haben. Die Anerkennung derselben, von den Mächten eingeräumt, würde von der Türkei nicht verlangt werden. Die Gewißheit ihres tatsächlichen Verzichts würde genügen. Diese müßte zunächst in der definitiven Zurückziehung aller türkischen Offiziere und Truppen aus beiden Provinzen bestehen. Türkei müßte ferner status quo ante bellum für italienische Untertanen innerhalb türkischen Gebiets bezüglich Kapitulationen, Handelsbeziehungen etc. wiederherstellen. Ebenso würde Italien Zollzuschläge für türkische Waren aufheben. Italien bietet folgende Konzessionen:

---

* Siehe Nr. 11 043.

1. Anerkennung der religiösen Autorität des Kalifen analog Artikel 4 des österreichisch-türkischen Protokolls von 1909*.

2. Zugeständnisse bezüglich Zollerhöhung, Monopole, Postanstalten und Kapitulationen wie in Artikel 6, 7 und 8 des genannten Protokolls.

3. Erstattung des Werts des türkischen Staatseigentums in den Provinzen.

4. Entschädigung der Dette Ottomane.

5. Entscheidung der privaten Reklamationen durch Haager Schiedsgericht oder nach Vorschlag der Mächte.

6. Erklärung, daß Italien auf alle Bestrafungen arabischer Bevölkerung bis zum Tage der Einstellung der Feindseligkeit verzichtet und der Bevölkerung liberalste Behandlung angedeihen lassen will.

7. Vereinbarung mit anderen Mächten über eine Erklärung betreffend Aufrechterhaltung der Integrität der Türkei in Europa.

Eventuelle andere Vorschläge der Mächte würde Italien zu prüfen bereit sein.

Der Wortlaut der Note folgt mit Depeschenkasten**.

Jagow

Nr. 11 046

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 74 Konstantinopel, den 16. März 1912

Der Marineattaché Schtscheglow, der heute aus Urlaub von Petersburg zurückgekehrt ist, sagte meinem Vertrauensmann, der Zar, der noch vor zwei Monaten den Antrag Sasonows, Tscharykow abzuberufen, abgelehnt, habe vergangenen Sonntag aus eigener Initiative den alsbaldigen Rücktritt des Botschafters befohlen. Der Grund liege darin, daß Tscharykow in seinen Berichten warm für den Sasonowschen Vermittlungsvorschlag eingetreten sei, der Zar aber — und zwar nicht durch Sasonow — dokumentarische Beweise dafür in Händen habe, daß derselbe hier gegen den Vorschlag gearbeitet habe.

Der Marineattaché fügte bei, mit dem Vorgehen des Botschafters in der Meerengenfrage*** habe der Rücktritt desselben nichts zu tun. Für die in dieser Beziehung von ihm hier gemachte Demarche sei Tscharykow vollkommen durch Petersburger Instruktionen gedeckt gewesen. Unerträglich für die meisten Mitglieder der Botschaft sei die Haltung Tscharykows gegenüber den Türken gewesen. „Wir

---

* Vgl. Bd. XXVI, Kap. CCI.
** Siehe Nr. 11 047, Anlage.
*** Vgl. dazu Kap. CCXXXVI.

können keinen russischen Botschafter hier haben, der bei den Jungtürken des Komitees antichambriert."

Marschall

Nr. 11 047

Der Botschafter in Rom von Jagow an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 113 Rom, den 15. März 1912
[pr. 18. März]

Euerer Exzellenz beehre ich mich anliegend die mir wie den Vertretern Rußlands, Frankreichs, Englands und Österreichs heute vom Minister des Auswärtigen übergebene Antwort auf unsere Vermittelungsdemarche* zu überreichen.

Der Minister sagte mir, er würde ein Communiqué für die heutigen Abendzeitungen ausgeben, welches nur das Faktum der Zustellung der Antwort enthalten solle. Über den Inhalt dagegen wünsche er nichts zu veröffentlichen.

Jagow

Anlage

Les Gouvernements de l'Allemagne, de l'Autriche-Hongrie, de la France, de la Grande-Bretagne et de la Russie ont exprimé le désir de connaître le minimum des conditions auxquelles l'Italie subordonnerait l'acceptation d'une médiation des Puissances à l'effet de la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie.

Le Gouvernement Royal apprécie à sa juste valeur l'esprit amical qui a inspiré cette démarche des Grandes Puissances et le but hautement humanitaire qu'elles se proposent. Obéissant aux devoirs qui lui étaient imposés par sa dignité de Grande Puissance et par la nécessité de sauvegarder ses intérêts politiques et économiques dans la Méditerranée, l'Italie s'est vue contrainte à déclarer la guerre à la Turquie; guerre que l'attitude du Gouvernement Ottoman avait rendue inévitable et qui a été constamment appuyée par le consentement unanime du Parlement et du pays. L'Italie n'a cependant pas d'intérêt à amoindrir la situation internationale de l'Empire Ottoman. Par conséquent, tout en poursuivant la guerre avec tous les moyens à sa disposition, l'Italie est également disposée, la réalisation de ses fins une fois assurée, à mettre un terme à l'état de guerre et à seconder, avec esprit de conciliation, les efforts des Puissances tendant au rétablissement de la paix.

---

* Siehe Anlage.

La cessation des hostilités signifie en effet la constitution d'un état de fait, équivalant à la paix, sans l'existence d'un traité qui en contienne la stipulation formelle.

La cessation des hostilités doit avant tout avoir comme base la souveraineté pleine et entière de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaïque, telle qu'elle a été solennellement proclamée par la Loi du Royaume du 27 février 1912. La reconnaissance de cette souveraineté, une fois explicitement admise par les Puissances, ne serait pas demandée à la Turquie. Il suffirait d'obtenir la certitude de sa renonciation pratique, qui serait donnée en premier lieu par la retraite définitive de tous ses officiers et de toutes ses troupes des deux provinces. La Turquie devrait pareillement rétablir le „statu quo ante bellum" pour tout ce qui concerne la situation des sujets italiens dans son territoire (régime des capitulations, relations commerciales, bureaux de poste, écoles, hôpitaux etc. etc.). L'Italie supprimerait, en échange, bien entendu, les surtaxes établies à l'entrée des produits turcs dans le Royaume.

Les concessions que l'Italie ferait de son côté pourraient se rapporter aux points suivants:

1. reconnaissance de l'autorité religieuse du Calife, sous une forme analogue aux dispositions de l'article IV du protocole austro-turc du 26 février 1909, pour autant qu'elles seraient appliquables aux usages et aux conditions locales, et à la condition qu'elles se maintiennent sur le terrain religieux, de manière à exclure tout ce qui pourrait constituer une immixtion politique ou y donner prétexte. Il ne faut pas laisser subsister, en effet, une source de conflits perpétuels, ce qui ne serait certes pas dans l'intérêt de l'Italie, ni des Puissances, ni de la Turquie elle-même;

2. engagements relatifs à l'élévation des droits de douane, à l'établissement de monopoles, aux bureaux de poste italiens et au régime des capitulations dans l'Empire Ottoman, pareillement sous une forme analogue aux dispositions des articles VI, VII et VIII du protocole austro-turc susmentionné;

3. remboursement, dans un montant à établir, de la valeur des biens immeubles de divers nature, que l'Etat Ottoman possédait en Tripolitaine et en Cyrénaïque.

4. confirmation de la déclaration déjà émise par le Gouvernement Italien relativement à la garantie des intérêts représentés par le Conseil de la Dette Publique Ottomane, en ce qu'ils se rapportent aux revenues de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque;

5. règlement des réclamations privées des sujets italiens en Turquie, en les déférant au Tribunal de la Haye, ou en adoptant telle autre solution qui serait proposée par les Puissances; règlement sur ces mêmes bases, ou solution proposée par les Puissances, de toutes les réclamations concernant les dommages infligés par la Turquie

aux ressortissants italiens, à leur commerce et aux institutions italiennes, pendant la guerre. Le droit des particuliers de faire valoir leurs raisons envers le Gouvernement Ottoman par la voie judiciaire devrait cependant demeurer intact;

6. déclaration de renoncer à l'application de toute punition aux populations arabes de la Tripolitaine et de la Cyrénaïque pour tous les faits survenus jusqu'à la date de la cessation des hostilités entre l'Italie et la Turquie; expression, de la part du Gouvernement Royal, de son intention d'appliquer aux dites populations un régime largement libéral, faisant droit aux us et coutumes de leur race;

7. accords à prendre avec les autres Grandes Puissances en vue d'une déclaration ou stipulation répondant au principe du maintien de l'intégrité territoriale de la Turquie d'Europe.

Le Gouvernement Royal, dans ses échanges de vues avec les Puissances, a déjà eu maintes fois l'occasion de mentionner quelques-unes des conditions sus-énoncées, en ayant soin d'ajouter qu'elles répondaient à la situation du moment, et qu'elles auraient dû subir des limitations considérables par suite de la prolongation de l'état de guerre. Cependant, et pour déférer au désir exprimé par les Grandes Puissances, le Gouvernement Royal est toujours disposé à maintenir ces conditions. Le Gouvernement Royal est convaincu que les Grandes Puissances reconnaîtront l'esprit de conciliation auquel s'inspirent les conditions qu'il propose. Si toutefois, dans le but de donner satisfaction aux intérêts et aux sentiments de la Turquie, les Grandes Puissances présentaient quelques autres propositions, le Gouvernement Royal est disposé à les examiner avec le même esprit de conciliation, en restant naturellement hors de discussion le point relatif à la souveraineté pleine et entière de l'Italie sur la Tripolitaine et la Cyrénaïque.

Les dispositions du Gouvernement Royal deviendraient naturellement moins favorables à la Turquie si la guerre devait se prolonger.

Nr. 11 048

Der Botschafter in Wien von Tschirschky an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 84 Wien, den 16. März 1912
Vertraulich

Während meines heutigen Gesprächs mit Graf Berchtold, über dessen Inhalt ich noch anderweit zu berichten die Ehre habe*, konnte ich feststellen, daß den Minister die anscheinend zwischen Rom und Petersburg bestehende Intimität lebhaft beschäftigt. Er meinte, es sei kaum zu leugnen, daß zwischen Italien und Rußland eifrig Fäden

* Siehe Kap. CCXL, Nr. 11 260.

gesponnen würden. Die Absetzung des Herrn Tscharykow halte er auch für einen Dienst, den Rußland seinem Freunde an dem Tiber geleistet habe. Tscharykow habe eine mehr türkophile Politik betrieben und ganz mit Recht, wie ihm scheine, seine Regierung immer wieder darauf hingewiesen, daß die Türken nicht daran dächten, sich von den Versuchen zur Friedensvermittelung, die von Petersburg aus fortgesetzt betrieben werden, beeinflussen zu lassen. Herr Sasonow scheine aber alles daran zu setzen, um — wohl im Einverständnis mit Rom — eine Friedensvermittelung eintreten zu lassen, die dann mit einer Pression in Konstantinopel endigen solle.

Er höre aus Konstantinopel, daß die Russen nach Kars und Eriwan Truppen vorschieben, was vielleicht auch im Einverständnisse mit Italien geschehe; diese Truppenbewegungen könnten zwar auch mit der Entwickelung der persischen Frage* in Verbindung stehen. Von anderer Seite würde sogar behauptet, Rußland bereite sich in Asien darauf vor, sich Kompensationen zu sichern in der Voraussicht, daß Österreich-Ungarn in nächster Zeit den Sandschak wieder besetzen wolle. Das russische Mißtrauen gegen aggressive Pläne Österreichs am Balkan sei geradezu krankhaft und unausrottbar. Ich benutzte diese Gelegenheit, um zu bemerken, daß mir nach der ernsten und nachdrücklichen Weise, wie seitens der Kaiserlichen Regierung in Potsdam gerade in bezug auf diese Frage mit Herrn Sasonow gesprochen worden sei **, das immer wieder auftretende Mißtrauen Rußlands wegen österreichischer Eroberungsabsichten am Balkan sehr merkwürdig erscheine. Graf Berchtold bemerkte dazu noch, diese hypnotische Vorstellung in Petersburg sei um so unbegreiflicher, als man dort durch die russische Vertretung in Wien doch darüber unterrichtet sein sollte, daß Österreich-Ungarn seiner ganzen Struktur nach eine expansive Politik überhaupt nicht treiben und Länderzuwachs mit heterogenen Volkselementen sich nicht wünschen könne.

von Tschirschky

Nr. 11049

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 75 Konstantinopel, den 18. März 1912

Die italienischen Friedensbedingungen sind nunmehr auf der Pforte bekannt und erregen dort, obwohl sie nichts Neues enthalten, tiefgehende Entrüstung. Man erblickt in denselben die Absicht, die Türkei

* Zu den Vorgängen in Persien vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender Jg. 1912, S. 516, 517 sowie Bd. XXXI, Kap. CCXLVIII, Nr. 11551, Fußnote **.
** Vgl. dazu Bd. XXVII, Kap. CCXVIII.

zu demütigen und die türkische Armee, die man nicht besiegen konnte, zu beschimpfen. Die Pforte soll ohne Unterschreibung eines Friedensdokuments ihre Offiziere und Soldaten aus den beiden Provinzen zurückziehen und damit an den arabischen Waffenbrüdern schmählichen Verrat üben. Italien will auf die türkische Anerkennung der Souveränität der Provinzen verzichten, verlangt dagegen die Anerkennung durch die Großmächte. Man weiß nicht, für wen dieses Begehren weniger annehmbar ist, für die Türkei, über deren Souveränitätsrechte von dritter Seite ohne ihre Mitwirkung verfügt wird, oder für die Großmächte, die im Widerspruch zu der militärischen Lage einen eklatant völkerrechtswidrigen Akt legalisieren sollen. Als ein Hohn wird es neben der Beleidigung angesehen, daß Italien sich bereit erklärt, über die Integrität der Türkei mit den Mächten zu verhandeln, nachdem es soeben die diesbezüglichen Zusagen des Pariser und des Berliner Vertrags gebrochen hat. —

Was die Mächte nun weiter zu tun gedenken, ist mir nicht bekannt. Von einer Mitteilung der Bedingungen an die Pforte möchte ich dringend abraten. Der Politik, die wir seit mehr als 20 Jahren in diesem Land verfolgen, würde es direkt widersprechen, wenn wir Vorschläge an die Pforte übermittelten, die bei den Türken gar nicht als „Friedensvorschläge" angesehen, sondern als beleidigende Provokation empfunden werden. Die Vermittelungsaktion scheint mir überhaupt am Ende zu sein. Denn ich weiß nicht, zu welchem Zweck die Mächte von der Pforte die bereits definitiv feststehende Antwort exzitieren sollten, daß die türkischen Truppen weiterkämpfen werden und, solange das Dekret vom 5. November v. Js. besteht, jede Friedensverhandlung ausgeschlossen ist.

Marschall

Randvermerk von Kiderlens:
Herr von Marschall scheint sich als türkischer Anwalt zu fühlen. K.

Nr. 11050

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 76 Konstantinopel, den 18. März 1912

Assim Bey sagt mir vertraulich: Vergangenen Freitag, also einen Tag vor der italienischen Antwort auf die Demarche der Mächte, habe Sasonow dem türkischen Botschafter* gesagt: man verlange von der Pforte keinerlei Unterschrift, sondern nur, daß sie ihre Offiziere und Truppen aus Tripolitanien und Cyrenaica zurückziehe und im übrigen den neutralen Großmächten „la sauvegarde de ses intérêts en Tripoli-

* Turkhan Pascha.

taine et la Cyrénaïque" überlasse. Dann werde sofort der Kriegszustand aufhören, die Blockade an der Küste von Jemen aufgehoben werden und die italienische Flotte sich von den türkischen Küsten entfernen. In diesem Sinne würden die Mächte demnächst eine Demarche in Konstantinopel machen. Turkhan Pascha habe darauf kategorisch erwidert, daß er jetzt schon in der Lage sei zu erklären, daß die Pforte den Rückzug der Truppen wie die Übertragung ihrer Interessen in den beiden Provinzen an die Mächte bestimmt und definitiv ablehne. Sasonow habe sodann erklärt, daß Rußland in diesem Falle in dem Bewußtsein, seine Pflicht getan zu haben, von jeder weiteren Vermittelung zurücktrete. Dann werde die Pforte eines Tages gezwungen sein, die italienischen Friedensbedingungen zu unterschreiben. Bei dieser Unterredung hat nach Angabe Assims Turkhan Pascha dem russischen Minister bemerkt, es scheine Rußland in dieser Sache weniger Friedensvermittler denn als Sachwalter Italiens aufzutreten, was wohl auf die Verabredungen in Racconigi* zurückzuführen sei. Herr Sasonow erwiderte, daß in Racconigi zwar die Grundlage zur Besserung der russisch-italienischen Beziehungen gelegt worden sei, von Tripolis aber gar nicht gesprochen worden sei.

Assim Bey hat alsbald an Turkhan Pascha telegraphiert, daß er seine Antwort vollkommen billige. Davon ist den türkischen Botschaftern mit der Weisung Kenntnis gegeben worden zu erklären, daß dieser Beschluß der Pforte unerschütterlich sei und daher dringend gebeten werde, von der seitens Herrn Sasonows angezeigten Demarche Umgang zu nehmen.

Über die Zumutung des Rückzugs der türkischen Truppen sprach mir der Minister mit kaum verhaltener Entrüstung. Bezüglich des Ansinnens „la sauvegarde des intérêts turcs" den Mächten zu überlassen, sagte er mir: „Wir haben dies einmal getan, nämlich bezüglich Kretas. Mit welchem Erfolg weiß die ganze Welt. Ein zweites Mal wird dies nicht geschehen."

Marschall

Nr. 11051

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 77 Konstantinopel, den 18. März 1912

Im Anschluß an Telegramm Nr. 76**.

Es ist ein interessantes Anzeichen für die Natur der italienisch-russischen Beziehungen, daß, während Italien seine Friedensvorschläge als streng vertraulich bezeichnet, Herr Sasonow am Tage vor der

* Vgl. Bd. XXVII, Kap. CCXIV.
** Siehe Nr. 11050.

Erteilung der italienischen Antwort an die Mächte dem türkischen Botschafter in Petersburg schon die italienischen Friedensbedingungen im allgemeinen mitteilen konnte[1].

Marschall

Randbemerkung von Kiderlens:
[1] Das hätten wir auch gekonnt! K.

Nr. 11052

Note

Unsignierte und undatierte Abschrift
Vom türkischen Botschafter in Berlin Osman Nisami Pascha am 18. März dem Staatssekretär von Kiderlen übergeben

Suite télégramme communications St. Pétersbourg.

Si les Puissances se bornaient simplement à nous communiquer les conditions de paix de l'Italie et à nous demander les nôtres, nous n'aurions rien à dire contre une pareille démarche, tout en nous réservant bien entendu pleine et entière liberté d'appréciation et de réponse. Dans le cas cependant où la démarche des Puissances aurait lieu sous la forme sous laquelle elle a été décrite à notre Ambassadeur par M. Sazonow et si les propositions italiennes ont pour base la reconnaissance par nous de l'annexion, la démarche des Puissances serait en contradiction directe, — avec la neutralité que les Puissances se sont empressées de proclamer dès le début des hostilités et dont elles se sont prévalues lors de nos protestations à l'occasion du bombardement de nos ports et de plusieures villes ouvertes dans la Mer Rouge, des massacres commis à Tripolis et enfin à la suite du bombardement de la ville de Beyrouth, — ainsi qu'avec les traités garantissant notre intégrité territoriale. Cette contradiction serait d'autant plus flagrante que l'un des belligérants a été simplement sondé et consulté, pendant que l'autre serait invité à confier ses intérêts aux Puissances. Notre décision au sujet du décret d'annexion étant d'ores et déjà connue par les Puissances, nous avons la ferme conviction qu'elles ne feront pas auprès de nous une démarche aussi contraire à l'équité.

Nr. 11053

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 80 Konstantinopel, den 21. März 1912

Assim Bey sagt mir, Graf Berchtold habe dem türkischen Botschafter* erklärt, der Vorschlag, es sollten die Mächte der Pforte an-

* Mavrogeni Pascha.

sinnen, daß diese die Wahrung ihrer tripolitanischen Interessen den Mächten anvertraue, sei nur ein persönlicher Gedanke Herrn Sasonows. Entschieden ablehnend hat sich zu diesem Vorschlag Sir E. Grey gegenüber Tewfik Pascha ausgesprochen. Ganz vertraulich bemerkt mir der Minister, Herr Sasonow habe Turkhan Pascha gesagt, der Vorschlag sei englischen Ursprungs. Der russische Wunsch, auf diese Weise hier gegen England Mißtrauen zu erwecken, sei ein charakteristisches Moment. Ich habe dazu bemerkt, daß gegenwärtig auch die Bestrebungen, die Pforte gegen Österreich-Ungarn mißtrauisch zu machen, wieder eifrig im Gange seien. Assim Bey erwiderte, in dieser Beziehung sei er persönlich ganz fest, aber es falle ihm manchmal schwer, alle seine Kollegen zu überzeugen.

Marschall

Nr. 11054

Der Botschafter in Paris Freiherr von Schoen an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 97 Paris, den 21. März 1912

Die Pforte hat, wie mir Herr Poincaré gesprächsweise bestätigt, auch hier erklären lassen, daß sie auf die ihr bekannten Friedensbedingungen Italiens nicht werde eingehen können. Herr Poincaré bemerkte, diese türkische Ablehnung im voraus hätte vielleicht vermieden werden können, wenn seine Idee, die in Rom und Konstantinopel in Aussicht genommenen Demarchen gleichzeitig zu unternehmen, zur Verwirklichung gekommen wäre. Dies sei durch eine rein zufällige Äußerlichkeit, nämlich den Umstand verhindert worden, daß die russische Anregung in Paris um einige Tage später als in Berlin, und nachdem sie bei uns schon Zustimmung gefunden, vorgebracht worden sei*. Er habe es damals des guten Einvernehmens halber, und um keine Zeit zu verlieren, vermeiden wollen, auf seiner

* Tatsächlich ist das für die englische Regierung bestimmte russische Aide-mémoire vom 21. Januar (siehe Nr. 11034, Anlage), das den Vorschlag entwickelte, zunächst die italienische Regierung um die Bekanntgabe ihrer Minimalforderungen zu ersuchen, am 24. vom Grafen Osten-Sacken in Berlin mitgeteilt worden, während Iswolsky (vgl. dessen Brief an Sasonow vom 28. Februar 1912, Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 44) erst am 28. in der Lage gewesen zu sein scheint, dem französischen Ministerpräsidenten von dem russischen Aide-mémoire Kenntnis zu geben. Jedenfalls hat sich Poincaré gegenüber Iswolsky wiederholt darüber beschwert, daß der russische Außenminister ihn in dieser ganzen Angelegenheit nicht zu Rate gezogen habe, sondern sich zuerst mit London, später mit Berlin und den anderen Kabinetten ohne einen vorherigen Meinungstausch mit ihm besprochen habe. Iswolky an Sasonow, 14. März 1912, Stieve, a. a. O., II, 67.

Idee zu bestehen, sei aber nun der Ansicht, daß die Mächte durch die türkische Ablehnung sich nicht abhalten lassen sollten, die in Aussicht genommene Demarche in Konstantinopel recht bald auszuführen. Man sei zwar ziemlich sicher, einer formellen Ablehnung zu begegnen, aber es sei doch gut, der Türkei und der Welt zu zeigen, daß die Mächte in dem ernsten Bestreben, den Frieden herbeizuführen, einig verharren. Vielleicht ergebe sich auch aus den Besprechungen irgend ein Anhalt für erneute Vermittelungsvorschläge.

Für den kaum mehr zweifelhaften Fall des Scheiterns der jetzigen Vermittelungsaktion, meinte Herr Poincaré, schienen die Italiener einen die Türkei empfindlich treffenden entscheidenden Schlag mit der Flotte vorzubereiten*. Er wisse darüber nichts Bestimmtes, glaube aber als sicher annehmen zu können, daß Italien dabei darauf bedacht sein werde, die Interessen der europäischen Mächte tunlichst zu schonen. Er nehme auch an, daß die Italiener den früher zweifellos gehegten Plan einer Forcierung der Dardanellen aufgegeben hätten. Tittoni, der vordem selbst ein Förderer dieses Planes gewesen, habe ihm vor seiner Abreise nach Rom anvertraut, er werde dort entschieden davon abraten. In ähnlichem Sinne hat sich mir der italienische Geschäftsträger vertraulich geäußert. Prinz Ruspoli fügte noch hinzu, all die Zeitungsnachrichten von einer Verständigung zwischen Italien und Rußland über militärische Aktionen gehörten absolut in das Reich der Fabeln.

v. Schoen

Nr. 11055

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Telegramm
Konzept von der Hand des Vortragenden Rats Freiherrn von Romberg

Nr. 49 Berlin, den 23. März 1912

Zu Ew. pp. Information.

Nisami Pascha hat auch hier Standpunkt der Pforte zu eventueller Demarche der Mächte dargelegt.

Wir haben geantwortet, wir hätten noch keine Gelegenheit gehabt, zur Frage einer Demarche in Konstantinopel Stellung zu nehmen, warteten vielmehr russische Initiative ab. Die Pforte könne überzeugt sein, daß wir wie bisher keinen Schritt unterstützen würden, der für die Türkei demütigend wäre. Wir seien gleicher Anschauung unseres österreichischen Bundesgenossen sicher.

Kiderlen

* Vgl. Kap. CCXXXVIII.

Nr. 11056

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 93 St. Petersburg, den 26. März 1912

Über den gegenwärtigen Stand der Vermittelungsaktion teilte mir Herr Sasonow bei unserer letzten Unterredung nachstehendes mit. Der letzte Zirkularerlaß, den die Pforte an ihre Vertreter bei den Mächten geschickt und in dem sie von neuem erklärt habe, auf der Basis der Anerkennung der Souveränität Italiens über Tripolis und Cyrenaica in keine Verhandlungen über Einstellung der Feindseligkeiten eintreten zu können*, beruhe auf einer mißverständlichen Auffassung einer vertraulichen Mitteilung, die er dem hiesigen türkischen Botschafter gemacht habe. Lediglich um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle er den Türken etwas verheimlichen, habe er Turkhan Pascha informiert, wie er sich die einleitenden Schritte zu der Vermittelungsaktion denke, und habe dabei die zunächst in Rom zu stellende Anfrage erwähnt. Diese vertraulichen Mitteilungen hätten nicht im entferntesten die Bedeutung eines Schrittes in der Vermittelungsaktion gehabt, wie dies in Konstantinopel offenbar angenommen worden sei. Dieses Mißverständnis sei inzwischen der Türkei gegenüber aufgeklärt worden.

Auf die italienische Antwort übergehend bemerkte der Minister, daß er dieselbe „ungeschickt redigiert" finde. Es sei bedauerlich, daß die italienische Regierung es für nötig befunden habe, die Frage der Anerkennung der Souveränität über die beiden Provinzen so stark zu betonen. Gerade von dieser Frage, bezüglich deren bekanntlich keine der beiden Parteien Zugeständnisse machen wolle, hätte so wenig als möglich gesprochen werden sollen. Nach seiner Ansicht habe der betreffende Satz der italienischen Antwort offene Türen eingerannt, denn mit den übrigen Mächten werde sich Italien in der Frage der Anerkennung der Souveränität voraussichtlich leicht verständigen. Die ganze Vermittelungsaktion sei aber gerade darauf basiert gewesen, daß der Türkei die formelle Anerkennung der Annexion erspart werden sollte. Durch die unnütze Betonung des heiklen Punktes der Souveränitätsfrage habe Italien nur den neuen Protest der Türkei hervorgerufen, welcher natürlich nicht geeignet sei, die Sache der Vermittelung zu fördern.

Immerhin, meinte Herr Sasonow, liege kein Grund vor, welcher gegen eine Fortsetzung des Gedankenaustausches zwischen den

---

* Vgl. Nr. 11052.

Mächten spreche. Es werde sich vielmehr nunmehr darum handeln, an die Türkei heranzutreten. Dabei hält der Minister daran fest, daß es sich empfehlen möchte, sich an den englischen Vorschlag zu halten und der Türkei den Rat zu geben, sie möge die Vermittelung der Mächte anrufen. Um aber die türkische Regierung, welche augenscheinlich die Besorgnis habe, daß sie anders behandelt werden solle als die italienische, zu beruhigen, werde man vielleicht guttun, auch der Pforte gegenüber damit zu beginnen, daß man ihr zunächst die Frage stelle, unter welchen Bedingungen sie zur Beendigung der Feindseligkeiten bereit sein würde. In diesem Sinne hat Herr Sasonow die Absicht, den Kabinetten in der nächsten Zeit Vorschläge zu machen.

Große Hoffnungen macht sich der Minister bezüglich der Vermittelung nicht. Immerhin scheint ihm der vorletzte Satz der italienischen Antwort: si toutefois, dans le but de donner satisfaction etc. einen Anhaltspunkt zu bieten, um eventuell die Vermittelungsaktion weiterzuführen. Damit diese aber wirklich Aussicht auf Erfolg habe, werde es wohl nötig sein, daß Italien einen entscheidenden Schlag führe. Als ich den Minister frug, ob ihm dabei die Forcierung der Dardanellen vorschwebe, erwiderte er: „Daran glaube ich ganz bestimmt nicht."

F. Pourtalès

Nr. 11057

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Kiderlen an den Botschafter in London Grafen von Metternich

Telegramm. Konzept von der Hand des Unterstaatssekretärs Zimmermann

Nr. 77 Berlin, den 28. März 1912

Nach Mitteilung hiesigen russischen Vertreters * scheint das St. Petersburger Kabinett in italienisch-türkischer Vermittelungsaktion für Anfrage in Konstantinopel zu sein, unter welchen Bedingungen die Türkei zur Einstellung der Feindseligkeiten bereit sein würde. Wir halten diesen Gedanken im Interesse der Neutralität und Wahrung gleichartiger Behandlung beider kriegführenden Parteien für glücklich und würden daher, si omnes, zustimmen.

Bitte unter Verwertung vorstehender Gesichtspunkte Standpunkt dortiger Regierung feststellen und Ergebnis drahten **.

Kiderlen

---

* Botschaftsrat Schebeko.

** Das gleiche Telegramm erging an die Botschaften in Paris und Wien.

Nr. 11058

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 87 Konstantinopel, den 29. März 1912

Antwort auf Telegramm Nr. 54*.

Assim Bey, der infolge des Brandes in seinem Konak den gestrigen Abend bei mir zubrachte, erzählte mir noch vor Eingang obigen Telegramms, daß nach einer Mitteilung Poincarés an Rifaat Pascha die Mächte mit dem Gedanken umgingen, eine gleiche Anfrage wie in Rom auch an die Pforte zu richten. Meiner Bemerkung, daß dieses Vorgehen eine vollkommen gleichartige Behandlung der beiden kriegführenden Staaten darstellt und daher sowohl der Neutralität wie der Würde der Türkei Rechnung tragen würde, stimmte der Minister zu. . . . . .** entwickelte er folgende Bedenken: Die Mächte könnten nicht im unklaren darüber sein, wie die Antwort lauten werde. Die Pforte werde erklären, daß, solange das königliche Dekret vom 5. November in Kraft stehe, die Pforte außerstande sei, in Friedensverhandlungen einzutreten. Dieser Entschluß sei fest und unerschütterlich. Um den Vorwurf der Intransigenz zu vermeiden, könne man einen weiteren Satz beifügen in dem ungefähren Sinne, daß die Pforte jeden Augenblick bereit, in Verhandlungen einzutreten, sobald Italien sich auf eine Basis stelle, welche der Würde und den vitalen Interessen des türkischen Reiches entspreche. Wenn nun diese Antwort erfolgt sei, welchen Nutzen werde daraus der Friedensgedanke ziehen? Es werde dann in besonders feierlicher Form die Unlösbarkeit des Konflikts festgestellt sein, was sicherlich den Frieden nicht fördere.

Auf meine Anfrage, ob die Pforte nicht in ihrer Antwort irgend eine Lösung vorschlagen könne, zum Beispiel diejenige, von welcher er mir früher gesprochen habe, erwiderte der Minister, dies sei absolut ausgeschlossen. Solange das Dekret bestehe, sei ein solcher Vorschlag unmöglich. Die ganze muselmanische Welt befände sich in der größten Erregung. Der von der Presse veröffentlichte Brief des obersten Scheichs der Senussi an Major Enver Bey, in welchem der heilige Krieg erklärt werde, sei authentisch. Der Minister las mir ferner vor Telegramme aus Kalkutta, Bombay und anderen indischen Städten, in welchen die dortigen Muselmanen gegen jede Konzession in der tripolitanischen Frage protestieren. Diese Bewegung müsse die Pforte

---

* Durch Telegramm Nr. 54 vom 28. März war Telegramm Nr. 77 (siehe Nr. 11057) nach Pera zur Orientierung mitgeteilt worden.

** Zifffergruppe fehlt.

beachten. Es sei eine der verhängnisvollsten, wenn auch von Italien sicher nicht gewollten Folgen des Dekrets vom 5. November, daß in den Augen der Muselmanen der tripolitanische Konflikt aufs religiöse Gebiet übertragen worden sei. Der Krieg erscheine den Muselmanen als gegen den Islam gerichtet, und die Türken erblicken in dem Dekret eine schwere Bedrohung des Kalifats. Diese Sachlage schließe, solange das Dekret bestehe, jede Konzession aus.

Man wird zugeben müssen, daß die Gründe, welche Assim gegen die geplante Demarche vorbringt, einer Beachtung wert sind. Ich selbst habe die sogenannte Mediation stets nicht nur für nutzlos, sondern für dem Frieden schädlich erachtet. Alle Welt beklagt es, daß Italien, nachdem die Feindseligkeiten kaum begonnen hatten, sich auf bestimmter Friedensbasis festgelegt hat. Nun soll bei der Pforte eine Demarche gemacht werden, deren im voraus bekanntes Resultat sein wird, daß sich nun die Türken auf die Unannehmbarkeit dieser Basis festlegen. Diese von den Mächten provozierte beiderseitige Festlegung auf einen unvereinbaren Gegensatz wird es den streitenden Parteien erschweren, ihren Standpunkt jemals zu modifizieren. Das würde weniger gefährlich sein, wenn entscheidende kriegerische Aktionen zu erwarten ständen, welche auf die Entschlüsse einwirken. Dies ist nicht der Fall. „Die Mediation" würde daher einen Zustand schaffen, den man im Interesse des Friedens vermeiden sollte.

Marschall

Nr. 11059

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 90 Pera, den 1. April 1912

Assim Bey fragte mich, ob es nicht möglich wäre, die Anfrage wegen der türkischen Friedensbedingungen um etwa drei Wochen, das heißt bis zum Ende der Kammerwahlen zu verschieben. Tatsächlich würde die Antwort auch dann nicht anders lauten, allein es könnte eine weniger scharfe Form gewählt werden als bei der gegenwärtig durch die Wahlen geschaffenen Erregung.

Ich habe dem Minister anheimgestellt, da es sich hier um eine russische Initiative handele, die Frage mit Herrn Swjetschin zu besprechen.

Marschall

Nr. 11060

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 101 St. Petersburg, den 31. März 1912

E

Bei dem letzten Besuche, den ich Herrn Sasonow machte, erzählte ich ihm, ich hätte gehört, daß der Gedanke aufgetaucht sei, Italien nahezulegen, es möge neben den bereits in Aussicht gestellten Konzessionen der Türkei noch eine jährliche Rente für das in Tripolitanien zu erwerbende Staatseigentum und die dort vorhandenen Mineralschätze anbieten*. Ich frug den Minister, ob er glaube, daß die italienische Regierung sich eventuell zu dieser Konzession bereit finden würde.

Herr Sasonow erwiderte, er meine, daß, nachdem sich Italien im Prinzip bereit erklärt habe, der Türkei eine Geldentschädigung zu gewähren, die italienische Regierung auf die Form, in welcher diese Entschädigung zu leisten wäre, kaum besonderen Wert legen dürfte. Es scheine ihm daher keineswegs unwahrscheinlich, daß Italien sich mit der Zahlung einer jährlichen Rente dem obigen Vorschlag gemäß einverstanden erklären würde. Jedoch könne er in dieser Beziehung nur seine persönliche Ansicht aussprechen, da er über die Absichten der italienischen Regierung nicht näher unterrichtet sei, auch von dem obigen Vorschlag bis jetzt nichts gehört habe.

Der Minister fügte hinzu, er glaube im allgemeinen, daß Italien augenblicklich durchaus geneigt sei, in seinen Konzessionen, soweit es sich nicht um einen Verzicht auf die Souveränität über Tripolis handele, möglichst weit entgegenzukommen. Ob dieses Entgegenkommen in einigen Wochen noch im selben Maße vorhanden sein werde, erscheine ihm allerdings zweifelhaft.

F. Pourtalès

Nr. 11061

Der Botschafter in Petersburg Graf von Pourtalès an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 103 St. Petersburg, den 31. März 1912

Im Laufe meiner gestrigen Unterredung sagte ich Herrn Sasonow, Euere Exzellenz hielten den Gedanken einer Anfrage bei der Türkei

---

* Dieser Vorschlag war Mitte März von der Kurie ventiliert, kurz darauf auch von dem auf Urlaub in Rom weilenden italienischen Botschafter in Paris

als weiteren Schritt in der Vermittelungsaktion für glücklich und würden demselben, falls die anderen Mächte auch einverstanden wären, zustimmen. Dem Minister war diese Mitteilung sichtlich angenehm. Er bemerkte, ihm erscheine es besonders wichtig, daß Deutschland seinem Vorschlage zustimme, da er annehme, daß Österreich-Ungarn mit uns gehen werde, und er von seiten Frankreichs und Englands keine Schwierigkeiten erwarte*. Der Minister war noch nicht davon unterrichtet, daß der russische Vertreter Euerer Exzellenz von dem Gedanken der Anfrage in Konstantinopel bereits gesprochen habe. Er äußerte sich aber sehr zufrieden, daß es geschehen sei. Nunmehr werde er mit dem formellen Vorschlage an die Mächte herantreten. Als Formel für die in Konstantinopel zu stellende Frage denkt er sich ungefähr folgende: Demander à la Turquie dans quelles conditions elle serait disposée à accepter une médiation des Puissances en vue de faire cesser les hostilités.

F. Pourtalès

Nr. 11062

Der Stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Zimmermann an den Botschafter in Konstantinopel Freiherrn von Marschall

Eigenhändiges Konzept

Nr. 289 Berlin, den 10. April 1912

Herr Sasonow hat uns durch den hiesigen russischen Geschäftsträger den Vorschlag unterbreiten lassen, daß die Mächte zur weiteren Betreibung der italienisch-türkischen Friedensvermittelungsaktion nunmehr der Pforte folgende Mitteilung machen:

„Les Puissances ayant pu constater que, sous certaines conditions, l'Italie serait disposée à admettre une intervention amicale des Puissances en vue d'arriver à la cessation des hostilités — s'adressent dans le même esprit d'amitié à la Sublime Porte pour la prier de leur communiquer les conditions auxquelles elle accepterait leur médiation en vue d'arriver à la cessation des hostilités."

Wir haben erwidert, daß wir, si omnes, an einer entsprechenden Demarche in Konstantinopel teilzunehmen bereit sind.

Tittoni gegenüber dem deutschen Botschafter von Jagow erörtert worden. Berichte Jagows Nr. 115 und 126 vom 15. bzw. 21. März 1912.

* Tatsächlich fand, während Deutschland den russischen Vorschlag unter der Voraussetzung allseitiger Zustimmung sofort akzeptierte, zwischen Sasonow und Poincaré eine gereizte Auseinandersetzung über die der Konstantinopeler Demarche zu gebende Form statt. Vgl. dazu Der Diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914, ed. Fr. Stieve, II, 73 ff.

Euere Exzellenz bitte ich, hiernach im Einvernehmen mit den Vertretern der übrigen Mächte das Weitere zu veranlassen. Ich darf ergebenst hinzufügen, daß die Botschafter in Rom die gleichartige Demarche nicht gemeinsam, sondern einzeln gemacht haben. Die Beobachtung dieser Praxis auch in Konstantinopel wird schon deshalb geboten sein, um das Prinzip völliger gleicher Behandlung der beiden Kriegführenden zu wahren.

Zimmermann

Nr. 11063

Der Geschäftsträger in Petersburg Freiherr von Lucius an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 115 St. Petersburg, den 11. April 1912

Herr Sasonow sprach mir gestern seine Befriedigung über unsere zu erwartende freundliche Aufnahme seines neuen Vermittelungsvorschlags aus. Herr Schebeko habe ihm in diesem Sinne bereits berichtet. Der Zustimmung der übrigen Mächte glaube er sicher zu sein. Da man in Konstantinopel wegen der Wahlen, wie er erfahre, erst in einigen Wochen antworten möchte und italienischerseits auch nicht gedrängt werde, habe die Beantwortung seiner Anfrage keine Eile. Er gebe sich durchaus keinen Illusionen über den Erfolg seiner Aktion hin, „mais il y aura toujours un fil à tirer". Schon das Faktum, daß eine Vermittelungsaktion — wenn sich dieselbe auch noch in den Vorstadien befände — eingesetzt habe, trage dazu bei, den Kriegszustand nicht zu verschärfen und den Kriegführenden die Überzeugung beizubringen, daß die Mächte eine Beendigung des Krieges anstrebten.

Der Minister war der bestimmten Ansicht, daß Italien den Frieden wünsche. Daß zwischen Rußland und Italien — wie die „Nowoje Wremja" behauptet hätte — wegen Albanien, wo Rußland gar keine Interessen habe, Abmachungen beständen oder Verhandlungen geführt worden seien, wäre natürlich freie Erfindung des Blattes.

Ich wies den Minister hierbei auf die gegen die „Nowoje Wremja" gerichtete Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hin, welche der frivolen Behauptung entgegentrete, als ob die Kaiserliche Regierung der Vermittelungsaktion des Ministers Schwierigkeiten bereite. Der Minister hatte die Notiz gelesen und bemerkte, daß er sich über die deutliche Sprache derselben gefreut habe. Er schätze — wie er schon anfangs bemerkt habe — die bisherige wohlwollende Aufnahme seiner Anregungen durch Euere Exzellenz sehr hoch und gebe die Hoffnung nicht auf, daß durch weiteren Gedankenaustausch es allmählich zu Friedensverhandlungen kommen werde.

Lucius

Nr. 11064

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an das Auswärtige Amt

Telegramm. Entzifferung

Nr. 91 Pera, den 16. April 1912

Antwort auf Erlaß Nr. 289*.

Die befohlene Demarche ist heute bei Assim Bey in der Weise erfolgt, daß nach dem Vorgang in Rom zunächst Herr Swjetschin und dann die vier Botschafter nach einander dem Minister die von den Mächten verabredete Formel vorlasen.

Assim sagte mir, er werde die an die Pforte gestellte Frage alsbald dem Ministerrat vorlegen und behalte sich Antwort vor. Schon jetzt aber müsse er den Mächten den Dank dafür aussprechen, daß sowohl bezüglich Inhalts der Anfrage wie der Form der Demarche die Parität vollkommen gewahrt worden sei.

Marschall

Nr. 11065

Der Botschafter in Konstantinopel Freiherr von Marschall an den Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Ausfertigung

Nr. 90 Pera, den 23. April 1912

Euerer Exzellenz überreiche ich mit Bezug auf Erlaß Nr. 289* ergebenst Abschrift der Antwort, welche die Pforte heute den Botschaftern auf deren Anfrage wegen der Bedingungen für eine Friedensvermittelung überreicht hat**.

Marschall

Anlage

Le Gouvernement Impérial Ottoman apprécie hautement le sentiment qui a inspiré aux Grandes Puissances amies les démarches qu'elles

---

* Siehe Nr. 11062.

** Siehe Anlage. Mit dieser ablehnenden Antwort der Pforte war der auf Grund der Sasonowschen Anregungen eingeleiteten Mediation der Mächte zunächst ein Ende gesetzt.

ont décidé d'entreprendre auprès des parties belligérantes pour leur demander les conditions auxquelles celles-ci accepteraient leur médiation en vue d'arriver à une cessation des hostilités, et il les remercie sincèrement de la communication amicale qu'elles ont bien voulu lui faire à cet effet.

Le Gouvernement Impérial n'a sans doute pas besoin de rappeler que, dès le début et pendant les premiers jours de la guerre, il n'avait cessé de faire preuve de ses dispositions pacifiques en offrant à l'Italie, dans les provinces de Tripoli et de Benghazi, les concessions compatibles avec ses droits souverains et l'intégrité de son territoire.

La Sublime Porte avait, à ce moment, recouru, sur cette base, aux bons offices des Puissances afin d'amener l'Italie, au nom des intérêts supérieurs de l'humanité, de la paix générale et aussi par respect aux traités garantissant l'intégrité de l'Empire Ottoman, à renoncer à cette guerre dont le Gouvernement Impérial prévoyait dès lors les conséquences également préjudiciables aux intérêts réels des deux Etats.

La Turquie était uniquement préoccupée de sa réorganisation et de ses réformes intérieures. En plusieurs circonstances graves elle avait déjà prouvé l'esprit de conciliation dont elle était animée pour conserver une paix qui lui était si nécessaire.

Devant la brusque et injuste agression de l'Italie sa surprise a presque été plus forte que son indignation et avant de songer à protester et à se défendre elle a cherché, croyant à un malentendu, à arriver à une explication et à une entente.

Les Puissances amies connaissent mieux que le Gouvernement Impérial l'accueil que cet appel suprême à la paix et à la raison avait trouvé en Italie.

Après l'insuccès de cette dernière tentative et les événements qui se sont produits à Tripoli, le Gouvernement Impérial n'avait plus qu'à se préparer, avec résignation, mais sans faiblesse, à soutenir une lutte qu'il savait devoir être longue et sanglante pour la défense de ses droits et de son territoire.

Quant à l'Italie qui ne croyait viser qu'une province sans lien solide avec l'Empire, elle avait prononcé dès le premier moment et pendant même le débarquement de ses troupes les mots de conquête et d'annexion. Elle ne se doutait pas, — et c'est là sans doute la seule atténuation possible à la lourde responsabilité qu'elle assumait devant l'Europe et devant l'histoire — que le cœur ottoman battait avec autant de force à Tripoli et à Benghazi que dans toute autre province et que demander au Gouvernement Impérial d'amputer lui-même un membre aussi vivace de son Empire équivalait à lui proposer le suicide.

L'Italie a pu constater, depuis, que les coups violents et cruels qu'elle leur a portés ont fait refluer vers ces provinces, à travers mille

obstacles, tout ce que le sang ottoman a de plus pur et de plus généreux, de sorte que l'armée italienne reste encore assiégée dans les mêmes ports où elle avait débarqué il y a sept mois.

Le Gouvernement Italien a dû certainement se convaincre, à l'heure actuelle, que la séparation de ces provinces du reste de l'Empire est absolument impossible et que cette impossibilité, rendue plus évidente par les faits de la guerre, ne dépend ni des pouvoirs d'un parti ni de l'existance d'un régime en Turquie. Elle résulte de causes plus hautes et plus générales et aucun gouvernement ottoman ne pourrait consentir, soit formellement, soit tacitement, à abandonner ces provinces si fortement attachées à la patrie commune non plus que leurs vaillants défenseurs. Un pareil acte provoquerait dans tout l'Empire un bouleversement qui risquerait d'en compromettre la paix intérieure et de compliquer encore davantage la situation internationale et qui, dans tous les cas, ferait annuler et disparaître cet acte de renonciation et d'abandon.

Le résultat d'un pareil acte serait de la sorte diamétralement opposé au but poursuivi par les Puissances, c'est-à-dire à la sauvegarde de la paix générale.

Si donc l'Italie, après s'être rendu compte de la gravité du problème soulevé par elle, persistait encore à vouloir occuper et réclamer des provinces qu'elle n'a pas conquises et imposer un acte d'annexion nul en fait comme en droit, son insistance ne ferait que prolonger et accentuer l'impossibilité dans laquelle se voit le Gouvernement Impérial de trouver, pour sa part, une solution à ce pénible problème.

De cet exposé d'une situation, connue d'ailleurs des Puissances elles-mêmes et dont le Gouvernement Impérial n'est certes pas responsable, il ressort évidemment que la solution cherchée dépend de la juste appréciation par l'Italie des exigences de cette situation.

Toujours conscient de son besoin de paix et en même temps désireux de prouver sa déférence au vœu exprimé par les Puissances, le Gouvernement Impérial accepte leur médiation; mais il doit déclarer dès maintenant et pour éviter tout malentendu qu'il ne lui serait pas possible d'entrer dans des négociations qui n'auraient pas pour base et point de départ, le maintien effectif et intégral des droits souverains de Sa Majesté Impériale le Sultan, la renonciation formelle par l'Italie à l'annexion des provinces ottomanes de Tripoli et de Benghazi et l'engagement préalable de sa part d'en retirer ses troupes.

Ainsi qu'il l'a déjà exposé, c'est par la force même des choses et parce que toute autre solution ne serait pas applicable et ne servirait pas, par conséquent, à faire cesser les hostilités, que le Gouvernement Impérial, tout en désirant la paix, se voit obligé d'y mettre cette condition préalable. Il est convaincu que les Puissances l'apprécieront dans ce sens. Il persiste également à espérer que l'Italie se rendant

à leurs explications et à leurs conseils, conviendra elle-même que dans la présente réponse donnée après mûre réflexion à la communication amicale des Puissances la Sublime Porte a fait abstraction de tout sentiment d'animosité, — bien naturel cependant après l'injuste agression de l'Italie et les provocations qu'elle ne lui a pas ménagées, même au lendemain de la dite communication, — et que cette réponse n'a été dictée au Gouvernement Impérial que par la vision claire et objective des nécessités inéluctables d'une situation de laquelle les deux Parties ont également intérêt à se dégager. —